

INS Bochum  
Inst. z. Gesch.  
d. Arbeiterbew.  
581 3308



Todesfabrik Auschwitz S.29

# Arbeiterkampf

Jg. 15, Nr. 254, 14. 1. 85 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM C 21734 E Förderpreis DM 5,-

## Massenprotest und Belagerungszustand



Frauen in Chile: „Gemeinsam verteidigen wir das Leben“

### Chile

Der September und Oktober schienen Monate einer neuen „Öffnung“ zu sein. Zwar gab es wie immer die Repression mit Verschwundenen, Ermordeten und Verhafteten, aber alles schien auf einen neuen Dialog und Verhandlungen hinauszulaufen. Selbst Pinochet rief zu einem Minimalkonsens aller verfassungstreuen Parteien auf. Die Verhandlungen zwischen Linken und bürgerlicher Opposition brachten ständig neue Ergebnisse, Gerüchte, Überraschungen.

In dieser Situation wurde Anfang Oktober der „Punto nacional“, der nationale Streik- und Protesttag, immerhin schon seit April im Gespräch, mit großen Schwierigkeiten und vielen Gegenstimmen beschlossen, durchgeführt — und wurde zum größten Erfolg und Höhepunkt aller bisherigen Proteste. Die Freude darüber war kurz — sechs Tage später wurde der Belagerungszustand verhängt und die größte Säuberungsaktion seit Jahren, einige sagen, seit 1973, begonnen.

**Neue deutsche Welle**  
Unermüdlich und in immer neuen Kostümen mühen sich „linke“ Neu-Patrioten, die „ungelöste deutsche Frage“ als Voraussetzung für eine neue Friedensordnung zu lösen. Wir nennen Namen und Initiativen und setzen uns mit der „Dankschrift zur Verwirklichung der europäischen Friedensordnung“ auseinander. Und wir stellen die berlin- und deutschlandpolitische Debatte der Alternativen Liste Berlin vor.  
Seiten 10 und 20

**Grüne Außenpolitik**  
Sechs Grüne unterwegs in Nahost haben viel Staub aufgewirbelt. Die grüne Reiseplanung, grün-interne Kritik, Hetze, Kritik und Zustimmung aus Israel sowie die scheinheilige Empörung der bundesdeutschen Rechtspresse schildern wir auf Seite 24

**30 Jahre Bundeswehr**  
Wird es in diesem Jahr heißen. Grund genug, sich mit der Geschichte der Bundeswehr zu befassen. Wird die Bundeswehr zunehmend einer aggressiven US-Strategie unterworfen, droht damit „nationaler Verrat“? Wie dies der Sozialdemokratie nahestehende Kreise der Friedensbewegung befürchten. Oder ist die Bundeswehr bei ihrer „Geburt“ 1955 bereits mit aggressivem Auftrag und Blick gen Osten gegründet worden? Seite 33

**Papst-Tod**  
33 Tage war er im Amt, Albino Luciani, alias Papst Johannes Paul I. Dann starb er im September 1978. Bald wurde von seiner Ermordung gemunkelt. 1981 begann der

wurde von seiner Ermordung gemunkelt. 1981 begann der britische Journalist David Yallop auf eigene Faust zu untersuchen. Seine spannenden Recherchen hat er in einem Buch veröffentlicht. Seite 45

**Sri Lanka**  
und die Tamilen — Pogrom gegen eine nationale Minderheit Seite 36

**Südafrika**  
Südafrikas Homelandpolitik — Ausbürgerung der schwarzen Mehrheit Seite 37

## Hungerstreik politischer Gefangener

Der am 4.12.84 begonnene unbefristete Hungerstreik von Gefangenen der RAF und anderen politischen Gefangenen geht inzwischen in die sechste Woche. Obwohl der gesundheitliche Zustand einzelner bereits kritisch ist, scheinen die Hungerstreikenden entschlossen, ihre Forderungen unter allen Umständen durchsetzen zu wollen. Es sind dieselben Forderungen wie beim letzten kollektiven Hungerstreik im Frühjahr 81, dem achten in der Geschichte der RAF, der nach dem Tod von Sigurd Debus und dem danach gegebenen Versprechen der Justizbehörden, auf die Forderungen einzugehen, abgebrochen wurde:

- Zusammenlegung mit anderen politischen Gefangenen in großen Gruppen,
- Abschaffung der Einzel- und Kleingruppenisolation,
- Aufhebung der Kommunikationsperre,
- Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention.

Bekanntlich dachten die Justizbehörden der BRD nach Abbruch des Hungerstreiks 1981 nicht daran, ihre Zusage zu erfüllen. Die Gesellschaft nahm diese Entwicklung schweigend bis zustimmend hin. Auch die Linke fand sich weitgehend damit ab.

Gegen den Versuch, diese Situation jetzt mit einem erneuten Hungerstreik zu durchbrechen, kündigte die Bundesjustiz von Anfang an eine knallharte Linie an. Man sieht sich nicht veranlaßt, auf die Forderungen einzugehen. Wie schon bei früheren Hungerstreiks, werden Tote in Kauf genommen.

Die demokratische Öffentlichkeit hat Grund, sich Sorge um das Leben der Hungerstreikenden zu machen.

Ein Bericht über den aktuellen sowie eine Chronologie der bisherigen Hungerstreiks finden sich auf Seite 3.

Seit Beginn des Hungerstreiks häufen sich Anschläge und Sabotageakte. Sie gelten vornehmlich militärischen Einrichtungen der NATO und damit in Verbindung stehenden Rüstungs- und Versorgungszentren.

Politisch dienen sie nach eigener Darstellung dem Aufbau einer „anti-imperialistischen Front“. Die meisten stellen zudem ausdrücklich einen Zusammenhang zum aktuellen Hungerstreik her.

Die „Sicherheitsorgane“ der BRD, allen voran General Rehmann, wittern Terror-Gefahr für die „Symbolfiguren“ dieses Staates, geben sich aber trotzdem gelassen.

Eine Übersicht über die Anschlagserie auf Seite 4.

## 8. Mai: Lauter Streit um leise Töne

Eigentlich gäbe es am 8. Mai 1985 viel zu feiern. Die Niederlage des Faschismus und der Zerfall des großdeutschen Reiches am 8. Mai 1945 wären Anlaß genug hierfür. Nicht so bei den Herrschenden hierzulande. Wenn man schon mit großdeutschen Ambitionen keine Regierungspolitik betreiben

kann, so soll doch zumindest der Gedanke an „unser Reich“ wachgehalten werden. Derzeit spricht man lieber von der „Neuordnung Europas“ und der „Unfreiheit im Osten“. Doch mit „stillem Gedenken“ und „leisen Tönen“ zum 8. Mai ist nichts. Die Diskussion läuft schon auf vollen Touren. Seite 9

## Wer hat Angst vor Arthur Scargill?

Am 12. Januar sollte Arthur Scargill, Präsident der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM, auf einer Solidaritätskonferenz in Essen sprechen. Die Konferenz ist nach massiver Intervention der IG Metall und des DGB geplatzt. Gemeinsam mit der IG Bergbau haben die Vorstände dieser Gewerkschaften sich öffentlich von den Streikzielen der Bergarbeiter und der NUM distanziert und einmal mehr ihre Ausgrenzungspolitik gegen klassenkämpferische Gewerkschafter praktiziert.

- Die NUM habe, so erklärten sie, gegen zwei Grundsätze bundesdeutscher Gewerkschaftspolitik verstoßen:
- Sie praktiziere keine Sozialpartnerschaft, weil sie für den Erhalt aller Arbeitsplätze kämpft und nicht in „Einsicht unvermeidbarer ökonomischer Zwänge bei Abwehr sozialer Härten“ Zeichenstilllegungen mittrage.
  - Sie verweigere den Antikommunismus, weil sie mit den realsozialistischen Gewerkschaften in einem Verband zusammenarbeiten will, statt unter Führung des bundesdeutschen IG Bergbau-Chefs Adolf Schmidt pro-imperialistische Politik mitzutragen.

Peinlich, wie man im DGB ist, will man allerdings den notleidenden Familien der Bergarbeiter und selbstverständlich den Kindern, die unter der Politik ihrer Gewerkschaft zu leiden haben, die Solidarität nicht verweigern.

Brot für die Welt statt praktischer, politischer Solidarität.

So weit, so different. Doch dabei läßt man es in einer deutschen Gewerkschaft nicht bewenden. Die Stellungnahmen aus dem DGB sind auch eine massive Intervention in die britische

Gewerkschaftsbewegung, die in gute europäische und schlecht klassenkämpferische Verbände eingeteilt wird. Über 600.000 DM, die von Aktiven Gewerkschaftern in der IG Metall gesammelt wurden, werden nicht an die Bergarbeitergewerkschaft, sondern an die als „zuverlässig“ angesehene britische Stahlarbeitergewerkschaft weitergeleitet, damit auf diesem Weg sie an die Bergarbeiterfamilien kommen. Die NUM hat mitgeteilt, daß diese Gelder bisher nicht angekommen sind, und daß in einer Situation, wo jeder Pfennig gebraucht wird!

Versuchen kann man diese DGB-Führer. Es macht ein ausnehmend schlechtes Bild, sich den jovialen Papa Breli (immer um ein Gespräch mit Kohl bemüht), den drögen Hans Mayr (peinlichst auf die Rechtmäßigkeit gewerkschaftlichen Tuns, bedacht), den ewigen Kongressredner Adolf Schmidt (verhinderter Minister in einer großen Koalition) neben Arthur Scargill vorzustellen, einem Gewerkschaftsführer, der die Stirn besitzt, nicht nur Sonntagsreden zu halten, sondern Thatcher Paroli zu bieten. Der notfalls auf das bürgerliche Recht pfeift, persönliche Risiken eingeht, mit Streikposten steht, zusammengeschlagen wird und Polizeiwachen von innen kennenlernt — nicht weil gerade wieder der Dialog Polizei / Gewerkschaften ansteht, sondern weil er seine Kumpels aktiv unterstützt hat. Kein Wunder, daß in den DGB-Führungsetagen Hektik ausbrach, als bekannt wurde: Arthur Scargill kommt.

Ein ausführlicher Bericht und die Distanzierungsbriefe der IG Metall auf Seite 14.



Verletzter Arthur Scargill nach der Schlacht vor der Zeche Orgreave



# BVG-Urteil zur Raketenstationierung DIE ERMÄCHTIGUNG

Aller Erfahrung nach war es nicht anders zu erwarten: Am 18. Dezember letzten Jahres urteilte das Bundesverfassungsgericht über die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles auf westdeutschem Boden. Die Zustimmung der Bundesregierung ohne ein besonderes Gesetzgebungsverfahren im Bundestag sei verfassungsgemäß. Die Grünen sehen in dem Urteil eine „gefährliche Erosion parlamentarischer Mitwirkungsrechte“ und klagen über „Argumentationschwächen“ in der Urteilsbegründung.

Gegenstand des Verfahrens war eine sog. Organklage (Klage eines Staatsorgans gegen ein anderes, in diesem Fall der Bonner Fraktion der Grünen gegen die Bundesregierung). Die Grünen wollten das Recht des Parlaments festgestellt wissen, durch Gesetz über die Stationierung zu entscheiden (anstatt, wie es der Fall war, per Resolution die „Nachrüstung“ zu „begrüßen“). Ein solcher „Gesetzesvorbehalt“ ergibt sich nach Ansicht der Grünen aus zwei Artikeln des Grundgesetzes: Zum einen aus Art. 19 (2), wonach völkerrechtliche Verträge grundsätzlich nur dann ratifiziert werden dürfen, wenn ihnen zuvor durch Bundesgesetz zugestimmt wurde. Zum anderen aus Art. 24 (1), wonach der Bund „durch Gesetz“ Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen kann. Die Klage der Grünen vertrat die Auffassung, daß beim Entscheidungsverfahren über die Raketenstationierung diese Grundgesetz-Artikel hätten berücksichtigt werden müssen.

Gegen ein Minderheitsvotum von nur einer Stimme entschied das BVG, daß die Zustimmung zur Stationierung bereits durch den Beitritt der Bundesregierung zur NATO gedeckt sei. Zu diesem Beitritt sei die Regierung 1955 per Gesetz ermächtigt worden. Einer neuen gesetzlichen Regelung bedürfe es nicht, solange die damals festgelegten Bündnisziele („Verteidigung“) nicht verlassen und durch neue Ziele

(Angriff) ersetzt würden. Eine solche Veränderung der Ziele der NATO — so sie denn jemals defensiv wären — vermochten die Richter selbstredend nicht zu erkennen. Insofern habe die Zustimmung der Bundesregierung keinen neuen Vertragsschließungs-Akt dargestellt, der eine besondere Gesetzgebung durch den Bundestag notwendig gemacht hätte. Die Bundesregierung habe also die Rechte des Parlaments nicht verletzt.

Natürlich folge aus dieser Sachlage eine Begrenzung der Mitwirkungsrechte des Bundestags in auswärtigen Angelegenheiten. Dies sei aber als Element der Gewaltenteilung hinzunehmen. Dem Parlament verblieben als Kontrollmittel immer noch die Möglichkeiten, einen neuen Kanzler zu wählen oder die Haushaltsmittel zu verweigern.

Das BVG gab der Klage der Grünen sogar recht darin, daß die Bundesregierung mit der Zustimmung zur Stationierung Souveränitätsrechte an die NATO übertragen habe, da der Einsatz der neuen Waffen nicht in die Entscheidungs-Befugnis der Bundesrepublik falle. Diese Befugnis sei aber nicht auf die USA schlechthin übertragen worden, sondern lediglich auf die USA in ihrer Eigenschaft als Bündnispartner. Hierbei gälten die Vereinbarungen, daß die Mitglieder des Pakts konsultiert werden müßten, und die Waffen nur zu Zwecken im Rahmen der NATO-Aufgabenstellung verwendet werden dürften. Wenn im akuten Spannungsfall allein der US-Präsident entscheide, dann nur, weil er mit einer besonderen Bündnisfunktion betraut ist. So kann man's auch nennen. Es bestätigt sich, was man schon ahnte: Einem gut ausgebildeten Juristen ist auch der beste Journalist formulierungsmäßig hoffnungslos unterlegen.

In seinem Minderheitsvotum fand der überstimmt Verfassungsrichter Ernst Gottfried Mährenholz überraschend klare Worte. So sagte er u.a.: „Die Konstruktion des Senats läuft darauf hinaus, daß der Gesetzgeber der Zustimmungsgesetze zum Nordatlantikvertrag und zum Aufenthaltsvertrag (ausländischer Streitkräfte in der BRD — Anm. AK) im Jahre 1955 die Bundesregierung auf nicht absehbare Zeit

ermächtigt hat, in einem von ihr zu bestimmenden beliebigen Umfang den USA das Recht zur Stationierung und zum Einsatz von Waffen zu übertragen. Dies gilt für alle denkbaren politischen Lagen, obwohl sie in ihrer Vielschichtigkeit und auch in ihrer Gefährlichkeit für die Existenz des deutschen Volkes nicht abschätzbar sind. Das betrifft auch jede Art von Waffen, also auch diejenigen, die in ihrer Qualität seinerzeit nicht einmal ausdenkbar gewesen sind (Raketen mit je mehreren sich selbst ins Ziel steuernden Gefechtsköpfen oder mit Flugzeiten, die praktisch keine Vorwarnzeit übrig lassen; Neutronenwaffen; Satellitenwaffen und Anti-Satellitenwaffen; bündere chemische Kampfstoffe). Die Ermächtigung umfaßt auch die Inkaufnahme eines möglicherweise gesteigerten atomaren Kriegsrisikos, das im Einzelfall in der Inanspruchnahme dieser Ermächtigung liegen kann.“

Dagegen nimmt sich die Stellungnahme der Grünen selbst eher als naives Lamentieren aus. Es trieft geradezu von staatsbürgerlicher Besonnenheit und Zurückhaltung, wenn man etwa den folgenden Nonsens liest: „Die vom Gericht im Hinblick auf die bisherige Rechtsprechung vorgenommene Gewichtsverschiebung zugunsten der Regierung erscheint umso problematischer, als die Begründung an entscheidenden Stellen nicht überzeugt.“ So lernt man den Schilly-Lumus in der Pose der SPD von 1933 kennen.

Nun ist es also höchststrichlich: Rüstung und Kriegsvorbereitung sind nicht vom Willen der Bevölkerung, ja nicht einmal von dem seiner gewählten parlamentarischen Vertreter abhängig, sondern allein Sache der NATO.

In Existenzfragen erweist sich der Weg durch die Institutionen als kurz und unergiebig. NATO und Demokratie, und sei es auch nur bürgerliche, gehen nicht gut zusammen. Die Friedensbewegung wird nicht umhin können, daraus Konsequenzen zu ziehen. Nach Lage der Dinge kann es nur eine sinnvolle Antwort geben: raus aus der NATO! Nicht so sehr deshalb, weil man diese oder jene oder keine „Bündnis-Perspektive“ bevorzugt, sondern weil es einen anderen Weg zum Frieden schlicht nicht gibt.



Hinterhalt de luxe (Todenhöfer)



Einfache Panzer-Safari (Horadek)

Afghanistan-Reisen

## Der Osten ruft

Afghanistan-Reisen

## Der Osten ruft

# Genf: Es geht voran

Was ist Abrüstung? Wenn graue alte Männer ihre thermonuklearen Metastasen gesunden. Arteriosklerose zwang gegen Prostate zu zwanzig. Aber den pazifistischen Virus hat man voll im Griff. Der wäre ja beinahe zur Seuche geworden. Jetzt reden sie wieder, daß sie reden wollen. Die Welt wird wieder von Vernunft regiert. Die Gattung kann aufatmen.

„Westliche Entschlossenheit“ und der „starke Mann“ im Weißen Haus haben es möglich gemacht. Weil der Iwan eben nur eine Sprache versteht: Die der knorrigen Faust am stahlglatten Revolver. Und das darf der deutsche Birnen-Michel als Moral von der Geschichte mitnehmen: Erst stationieren, dann „star wars“ vorbereiten, Verhandlungen anbieten und das Ganze Nulloption nennen.

Jubel, Trübel, Highteierkeit bei der publizistischen Kanaille: Wo ist er denn, der Krieg? Wo der Weltuntergang? Solange verhandelt wird, wird nicht geschossen (weil: solange geschossen wird, wird ja auch nicht verhandelt). Sollen sie also

„Selbstkritik“ leisten, die Friedensbewegten, die „Unterzeichner des Krefelder Appells und anderweitiger Unterschriftslisten, Mitmarschierer und Spruchbandträger von Friedensmärschen, nach „Dialog“ greinende Ankläger angeblicher amerikanischer Intransigenz“, giftet die FAZ böse. Da sind sie doch, die Verhandlungen. Und die Sowjetunion sitzt mit am Tisch.

Dabeisein ist alles. Wo Schalmeein locken, ist die DPK nahe. „Ein erster Schritt voran“, heißt die frohe Botschaft, als ob Weihnachten und Ostern (und Pfingsten, würde Bahro sagen!) auf einen Tag gefallen sind. Raketen-Stopp und Weltraum-Hopp heißt das neue Ziel der Nachbeter sowjetischer Genierie. Die nächsten Aktionen heißen: Genf, Senf und Einhaltung des Senfs.

Man kann sich wieder sicher fühlen, weil wir mitten in der Stationierung sind. 60 von 108 Pershing II sind schon da, wöchentlich kommt es 32 eine dazu. In Großbritannien sind es 32 von 160 Cruise Missiles, in Italien 16

von 112 Exemplaren des gleichen famosen Systems. US-Soldaten werden in Bad Tölz an „Tomster-Bomben“ ausgebildet — die handliche Atommine in der praktischen Tragetasche. Eine Pershing-Rakete gerät bei Heilbronn in Brand, tötet zwei und verletzt zehn weitere GI's — macht nix, dafür haben wir die freiwillige Feuerwehr. In der Karibik und in Mittelamerika stehen neue US-Großmanöver bevor, damit es dort noch friedlicher wird. Aber in Genf wird verhandelt, ob über Verhandlungen verhandelt werden soll. Peace, men, peace!

Die Show verspricht, ein Wahnsinns-Erfolg zu werden. Sensationelle Meinungsumfragen besagen: 55% der westdeutschen Bevölkerung — soviel wie nie in den letzten drei Jahren — blicken der Zukunft wieder hoffnungsfroh entgegen. Wie mag das erst in der DDR aussehen? Stärke, Vertrauen, Zuversicht! Jetzt kann es auch mit der Beigewalt wieder aufwärts gehen (damit wir nicht aussterben). Ja, es kommt uns schon, das Kotzen.

## Die sowjetisch-amerikanische Erklärung

Die gemeinsame sowjetisch-amerikanische Erklärung von Genf hat folgenden Wortlaut:

Kontsprechend der früher erzielten Vereinbarung fand am 7. und 8. Januar in Genf ein Treffen zwischen dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, dem Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Außenministers der UdSSR, Andrej Gromyko, und dem Außenminister der USA, George Shultz, statt. Während des Treffens wurde die Frage des Gegenstandes und der Ziele der bevorstehenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über nukleare und Weltraumwaffen erörtert.

Die Seiten stimmten darin überein, daß Gegenstand der Verhandlungen der Komplex von Fragen sein wird, die die Weltraum- und nukleare Waffen, strategische und mittlere Reichweite, betreffen, wobei alle diese Fragen in ihrem wechselseitigen Zusammenhang erörtert und gelöst werden.

Ziel der Verhandlungen wird die Ausarbeitung effektiver Übereinkünfte sein, die auf die Verhinderung des Wettlaufes im Weltraum und seine Beendigung auf der Erde, auf die Begrenzung und Reduzierung der nuklearen Rüstungen und auf die Festlegung der strategischen Stabilität gerichtet sind. Die Verhandlungen werden von jeder Seite durch eine Delegation geführt, die in drei Gruppen unterteilt ist.

Schließlich müssen, nach Meinung der Seiten, die bevorstehenden Verhandlungen wie auch alle Anstrengungen im Bereich der Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen zur vollständigen und vollständigen Verhinderung der Kernwaffen führen.

Das Datum des Beginns der Verhandlungen und der Ort ihrer Durchführung werden im Verlauf eines Monats auf diplomatischem Wege vereinbart.

Zum fünften Jahrestag der sowjetischen Invasion in Afghanistan sahen sich namhafte westdeutsche Politiker vor Ort um. Unter der Führung islamischer Widerstandskämpfer drangen sie bis dicht an die sowjetischen Linien vor, um sich ein authentisches Bild zu machen. Dabei ergaben sich immer wieder Situationen höchster Lebensgefahr: Grüne Basiskämpfer (Milan Horadek, Uli Fischer, Ahmad Taheri) hätten sich um ein Haar im sowjetischen Granatfeuer der Sache des Friedens geopfert. CDU-Todenhöfer entging mit knapper Mühe und Not einem Hinterhalt der sozialistischen Besatzer. Der AK sprach mit Uli Fischer (Bad Hersfeld), „Kommune“-Autor, der in der grünen Delegation den linken Flügel repräsentierte.

AK: Demnächst wird im Bundestag rotiert. Du bist dann der neue Fischer. Fischer: Aber hallo! Dann geht die Post ab.

AK: Wie in Afghanistan? Fischer: Das kann man wohl sagen. Die sind echt gut drauf.

AK: Was war am eindrucksvollsten? Fischer: In einem dieser engen Täler zwischen wild zerklüfteten Felsen stießen wir einmal völlig überraschend auf einen Russen-Konvoi, wir prallten fast zusammen.

AK: Und? Fischer: Der sowjetische Leutnant deutete in ca. 1 km Entfernung mit ausgestrecktem Arm direkt auf mich, offensichtlich um mich zu liquidieren. Durch einen Hechtsprung auf die Seite konnte ich mich retten.

AK: Auf Fotos sieht man Milan, wie er auf einem eroberten Russenpanzer steht.

Fischer: Alles gestellt. Du solltest mal mein Foto-Album sehen.

AK: Noch mehr scheinen es die Sowjets auf Todenhöfer abgesehen zu haben. „Wenn wir den kriegen, werden wir ihn ausspeitschen, umbringen, am besten erschießen“ (Bild).

Fischer: Daß ich nicht lache. Der kommt doch als armer Mann zurück. AK: Davon sind wir überzeugt. „Zwei Kugeln durchschlugen meinen Sack-Beutel“ (Bild). Hodenlöcher? Hoden — toter!

Fischer: Nein. Die Mudjaheddin sind

inzwischen vom Tourismus versaut. Die haben jetzt verschiedene Reise-Kategorien eingeführt: Panzer-Fotos, Hinterhalte usw. gehen schwer ins Geld.

AK: Eine Art Militanz-Aufschlag? Fischer: Seit Brzezinski sind die Preise bei den Mullahs nicht mehr zu halten. Todenhöfer muß für sein Programm eine Irrsinn-Summe hingelegt haben. Schon für die Einkleidung in landesüblichen Rebellen-Look halten die die Hand auf.

AK: Was haben die Grünen aus der Reise gelernt?

Fischer: Wie? Ich versteh dich so schlecht.

AK: Nimm doch mal die Pickelhaube ab.

Fischer: Wie? Wie bitte ...?

### Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Abowervaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abrol, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 4.500 Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

### Winterhilfe für die Lakota

Die Pine Ridge in Süd-Dakota ist die zweitgrößte und gleichzeitig die ärmste Indianer-Reservation in den USA. Hier leben die Sioux, bekannt durch den Kampf um ihre heiligen Berge, die Black Hills. Die meisten in slum-ähnlichen Hütten und ohne Geld, um Heizmaterial oder warme Kleidung zu kaufen. Zur Zeit herrschen dort Temperaturen von bis zu 40 Grad minus. Wir haben durch eine Sammlung warme Kleidung und Decken erhalten. Jetzt brauchen wir dringend Geld für den Transport in die USA. Gesellschaft für bedrohte Völker Postfach Hamburg Kto.Nr. 7400 „Lakota-Winterhilfe“



Seit dem 4.12.84 sind Gefangene der RAF und aus dem antiliterarischen Widerstand im unbefristeten Hungerstreik.

Sie fordern Zusammenlegung mit den Gefangenen aus dem Widerstand und allen kämpfenden Gruppen in große Gruppen; Abschaffung der Einzel- und Kleingruppenisolation und der akustischen und optischen Ausforschung und Kontrolle; Aufhebung der Kommunikationsperre, d.h. Besuche, Briefe, Bücher, freie politische Diskussion und Information; Haftbedingungen, wie sie in der Genfer Konvention als Mindestgarantien gegen Folter und Vernichtung festgehalten sind.

In „alter Tradition“ zeigt die Bundesstaatsanwaltschaft Härte:

„... Rehmanschließt Anschläge auf „Symbolfiguren“ der Bundesrepublik oder der NATO nicht aus... Zum Hungerstreik sagt der Generalbundesanwalt, es komme „überhaupt nicht in Frage“, ihre Forderung nach Zusammenlegung zu erfüllen.“ („faz“, 7.1.85). „Obwohl er „unruhige Wochen“ befürchte, müsse man „die Entwicklung gelassen verfolgen.“ („faz“, 5.1.85).

Diese Äußerungen schließen sich nahtlos an Rehmans Erklärungen zum Hungerstreik 1977 und 1981 an: „Ich weiß, daß die Bevölkerung gar nicht daran interessiert ist, ob die Leute Hunger- oder Durststreik begehen. Die Bevölkerung will, daß man diese Leute hart anfaßt.“ (1977) und: „Natürlich ist es immer schlecht, wenn ein Gefangener stirbt, aber es ist die Konsequenz, die den Gefangenen und Anwälten klar gemacht worden ist.“ (1981)

#### Die aktuelle Situation

Ganz im Sinne dieses „Auftrages der Bevölkerung“ ist von der Bundesanwaltschaft für alle Hungerstreikenden die Anordnung der Zwangsernährung beantragt worden; beschlossen wurde sie bereits für neun Gefangene.

Zwangsernährt werden jetzt schon Helmut Pohl und Rolf Clemens Wagner. Nach den Angaben seiner Verteidiger fühlt sich Helmut Pohl seit Beginn der Zwangsernährung noch Stunden danach benommen und kann nachts nicht mehr schlafen.

Er äußerte den Verdacht, daß in die Lösung Psychopharmaka gemischt sein könnten. Durchgeführt wird die Zwangsernährung von einem externen Arzt: „... Ein externer Arzt, Dr. Steeb, Scheidter Straße 48, 6600 Saarbrücken, Tel.: 0681-811259 hat sich schon vor der Verlegung bereit erklärt, die Zwangsernährung an allen drei Gefangenen (Helmut Pohl, Stefan Frey und Volker Staub; Anm. AK) vorzunehmen und ihnen dies bei einem Besuch in Frankenthal mitgeteilt.“ (Aus: Presseerklärung der Anwälte vom 20.12.84). Das Einschalten eines externen Arztes war notwendig geworden, weil sich der größte Teil der Knastärzte nicht bereit erklärt hat, eine Zwangsernährung durchzuführen.

#### Im Hungerstreik befinden sich:

Stand: 11.1.85

Berlin: Monika Berberich, Angelika Goder, Gabi Rollnik  
Bielefeld: Ingrid Jakobsmeier, Anne Holling, Barbara Ernst  
Celle: Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts, Andreas Vogel, Luiz Tauber  
Frankfurt: Olaf Dutzi, Monika Krohs  
Aachen: Helga Roos, Christa Eckes  
Düsseldorf: Rolf Clemens Wagner  
Frankenthal: Stefan Frey, Helmut Pohl, Volker Staub  
Stuttgart: Manuela Happe, Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt  
Straubing: Rolf Heisler, Günter Sonnenberg, Bernd Rössner  
Köln: Siegfried Hoffmann, Adelheid Schulz  
Lübeck: Hanna Krabbe, Inga Kreuzer, Christiane Kuby, Irmgard Möller  
Bruchsal: Roland Meyer  
Hamburg: Manfred Klein  
Münster: Dorothee Peters  
Vechta: Michaela Geklebe  
Geldern: Klaus Goldbaum  
Wuppertal: Uwe Wieser

In einem befristeten Solidaritäts-Hungerstreik befinden sich in Münster seit dem 26.12.84 Jürgen Benken, Willi Lehmann und Holger Deilke.

## Hungerstreik politischer Gefangener: Aufhebung der Kommunikationssperre! Zusammenlegung in große Gruppen!



Zwangsernährung 1974 ebenso wie 1981 Sigurd Debus. Helmut Pohl wurde nun im jetzigen Hungerstreik bereits nach gut drei Wochen, vom 28.12.84 bis zum 4.1.85 dieser Maßnahme unterworfen und wird nach letzten Meldungen seit dem 8.1. wieder zwangsernährt.

Von den anderen Gefangenen sind bisher Christian Klar, Christa Eckes, Brigitte Mohnhaupt, Ingrid Jakobsmeier, Anne Holling, Barbara Ernst und Günther Sonnenberg in Haftkrankenhäuser verlegt worden. Christian wiegt — bei stolzen 1,82 — nur noch knapp 40 Kilo, sieht aber nach Darstellung seiner Verteidiger immer noch auf und geht zu Verteidigergesprächen. Besonders kritisch ist der Gesundheitszustand bei allen Gefangenen in Celle: Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts, Luiz Tauber und Andreas Vogel.

#### Repressionen gegen die Hungerstreikenden

Luiz Tauber und Andreas Vogel.

#### Repressionen gegen die Hungerstreikenden

— In Berlin wurden die Frauen aus der Klein-Einzelsolothofang, Einzelzelle und keinen Umschluß mehr.  
— Privatbesuche bei Helmut Pohl und Stefan Frey wurden bei Erwähnung des Hungerstreiks abgebrochen.  
— Der Brief von Christian Klar an seine Mutter, in dem er sich zum Hungerstreik äußert, wurde zu Beweiswecken für sein laufendes Strafverfahren beschlagnahmt.  
— Christa Eckes wurden nach ihrer Hungerstreikklärung Kaffee und Zigaretten weggenommen. Begründung: das sei gesundheitsschädlich.  
— Den vier Gefangenen in Celle sowie Günther Sonnenberg wird das notwendige Mineralwasser verweigert.  
— Der Anstaltsarzt in Bruchsal, Dr. Phahler, verweigert die Hinzuziehung eines externen Facharztes zur Untersuchung eines möglichen Leistenbruchs mit der Begründung: „Was brauchen Sie eine Leistenoperation, Sie werden am Hungerstreik sowieso sterben.“  
— Obwohl Brigitte Mohnhaupt wegen Magenverschlusses keine Flüssigkeit mehr zu sich nehmen konnte, erklärte der Vorsitzende Richter Dr. Knospe, nach der Genehmigung eines externen Facharztes gefragt: „Dann soll sie eben wieder essen.“  
— (nach der Presseerklärung der Anwälte vom 20.12.84)

#### Die Presse tut

Während noch beim Hungerstreik 1981 die Presse eine „selbstaufgelegte Kommunikationsperre“ durchführte, die erst mit der Besetzung der Spiegel-Redaktion in Hamburg durch Angehörige der politischen Gefangenen ansatzweise durchbrochen werden konnte,

kommt die bürgerliche Presse jetzt nicht darum herum, über die fast täglich stattfindenden Anschläge und Aktionen zu berichten. Selbstverständlich wird das gleichzeitig genutzt, um eine offensive „Terroristen“-hetze zu betreiben. Die Berichterstattung in der „Bild-Zeitung“ läuft nach dem althergebrachten Schema „erstmal behaupten und neue Terroristen schaffen, irgendwas wird schon hängenbleiben“. So wird von den sechs Leuten, die vom BKA als angebliche „neue RAF-Mitglieder“ gesucht werden, natürlich gleich unter der Überschrift „RAF: Das sind die neuen Terroristen“ außer dem Foto auch noch die entsprechend dreckige Story veröffentlicht. Angeknüpft wird auch an die alten Hetzartikel und -serien über die besondere Gefährlichkeit der „Terrormädchen“ (siehe Faksimile).

Jede Aktion, egal gegen welche Einrichtung oder welches Gebäude, wird sogleich der RAF zugeschrieben. Verschwiegen werden die Haftbedingungen: Isolation, verstärkte Besuchsverbote, Schreibverbote, Literaturverbote.

Jede Aktion, egal gegen welche Einrichtung oder welches Gebäude, wird sogleich der RAF zugeschrieben. Verschwiegen werden die Haftbedingungen: Isolation, verstärkte Besuchsverbote, Schreibverbote, Literaturverbote.

#### SPD — Streit um Kontaktsperregesetz

Während sich der SPDler Holtfort (Landtagsabgeordneter in Hannover und Vorsitzender des Republikanischen Anwaltsvereins) für die Abschaffung des Kontaktsperregesetzes und des § 129a ausspricht, verlangt der SPDler Wernitz (Vorsitzender des Bundesinnenausschusses), das Kontaktsperregesetz nicht, wie geplant, zu verändern, weil es wieder aktuell werden könnte. Baum bezeichnet diese Äußerung von Wernitz als „sehr unglücklich“, und Schmude sah sich genötigt, sich von Wernitz' Äußerung zu distanzieren: „Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und frühere Bundesjustizminister Jürgen Schmude sagte am Mittwoch in Bonn, es solle sich nicht wiederholen (Hervorhebung AK), daß „Rechtsvorschriften unter dem Eindruck gerade begangener Straftaten, vielleicht gar in Erregung und Eile verschärft werden.“ (FR, 10.1.85)

#### Die Forderungen der RAF

sind die gleichen, wie auch die Forderungen in den anderen Hungerstreiks seit 1974. Die Zusage der Bundesregierung, die sie 1981 über den Amnesty-Sekretär Helmut Frenz machen ließ: Keiner bleibt allein — es wurde sogar ein Vorschlag für jeden Gefangenen vorgelegt — ist nicht eingehalten worden. Am 15.9.81 kündigte Rolf Heißler einen erneuten Hungerstreik an, wenn die Zusagen nicht eingehalten würden. Mitte Oktober schrieben die FAU, der

KBW, die GSI e.V. und der KB einen offenen Brief an die Gefangenen, sich ihren Entschluß zu einem neuen Hungerstreik noch einmal zu überlegen.

„Bekanntlich ist einer Hungerstreik und der der anderen Gefangenen, die mit euch begonnen hatten, praktisch ohne jedes Echo begonnen worden. Zu Anfang ist er nur von wenigen Gruppen in wenigen Städten unterstützt worden, wobei sich diese Gruppen unserer Einschätzung nach nur wenig um Bündnispartner in der fortschrittlichen Öffentlichkeit bemüht haben. Die autonome Linke, die organisierte kommunistische Linke, die fortschrittlichen Kräfte in den Gewerkschaften hatten Schwierigkeiten, sich an der Unterstützungsarbeit zu beteiligen. Es gab weniger „Prominente“ als je zuvor, die sich um eure Sache gekümmert ha-

ben... Beim letzten Hungerstreik hat sich ein Teil der Linken noch dazu aufschwingen können, — mit politischen Bauchschmerzen — auch wenigstens verbal zu unterstützen.“ Ob eure politischen Einschätzungen der „Weltlage“ richtig oder falsch sind, ob eure Forderung nach Zusammenlegung — Konzentration aller Gefangenen in einen Knast — richtig oder falsch sind, darüber will ich an dieser Stelle gar nicht streiten, das sollte — wenn es gewünscht wird — Teil einer politischen Auseinandersetzung sein. Ein gemeinsamer Kampf dagegen sollte sein — und zwar gemeinsam mit allen kommunistischen, demokratischen, liberalen und humanistischen Kräften, gegen die Isolation, die Traktate, die Kommunikationsperre, für freie Arztwahl und derartige konkrete Forderungen mehr. Forderungen, die an konkreten Mißständen erhoben werden können und müssen, von allen gemeinsam und zwar ohne den Versuch, die Unterstützer auf irgendeine politische Programmatik festzulegen. Wie in der Hungerstreikklärung ausgeführt, die Forderung nach Zusammenlegung als Machtforderung zu stellen, wird allein zeigen, daß die Macht heute nicht auf unserer Seite ist. Den Hungerstreik als Mittel einzusetzen, die politischen Machtverhältnisse ändern zu wollen, ist ziemlich absurd: „aus einem festgefahrenen Kräfteverhältnis die defensive durchbrechen — die suche, die anläufe, den willen in kampf verwandeln, und neue politische durchbrüche zu schaffen“ (aus der HS-Erkl. vom 4.12.84).

Wenn nicht schon 77 nach dem „Selbstmord“ in Stammheim, dann müßte doch eigentlich endgültig während des Hungerstreiks 1981 klar geworden sein, daß es dem Staat um eine totale Vernichtung der politischen Gefangenen geht, dabei werden dann auch Tote in Kauf genommen.

Die Unterstützung, die jetzt draußen läuft, ist zusammengeschrumpft auf einen kleinen Kreis von Menschen, die in ihrer Verzweiflung über diese Haftbedingungen und in ihrer Angst um das Leben der gefangenen Genossen, mit Anschlägen und spektakulären Aktionen zumindest noch Öffentlichkeit über den Hungerstreik herzustellen versuchen. Ohne diese Aktionen als solche angreifen zu wollen, muß aber doch mit einigermaßen klarem Kopf gesagt werden, daß diese Aktionen real keine Unterstützung für die Forderungen sind. Dieser Staat war 1977 bereit, einerseits seine eigenen Leute über die Klinge springen zu lassen und andererseits — in einem durchaus noch krisistischem politischen Klima — in Stammheim Gefangene selbstzumorden. Wenn es gelingen soll, auch nur ansatzweise eine Veränderung der Haftbedingungen zu erreichen, und

Fortsetzung nächste Seite

## Die neuen Terrormädchen Ihre Lieben, ihre Waffen, ihre Haß

aus: „BILD“ 8.1.85

Wer Mädchen werden von der Polizei gefügt — als neue Terroristinnen der RAF. Sie haben einen Plan: Alle sind mit schweren Pistolen, Revolvern, MP3, sogar Spezialgewehren (die RAF-Mitglieder) bewaffnet, sie werden jetzt wahrscheinlich in ihre Terrorzelle in Deutschland geschickt.  
Sie gingen auch durch, besetzte Annula Becke (links) lebte sie in Frankfurt mit anderen RAF-Sympathisanten die Hamburger „Spiegel“-Redaktion.  
Auch ihre Schwester Annula Becke (rechts) lebte sie in Frankfurt mit anderen RAF-Sympathisanten die Hamburger „Spiegel“-Redaktion.  
Mutter Ruth Becke (links) hat 19 Kinder. Wäre sie nach der Verhaftung von Annula Becke (rechts) in die RAF gegangen, wäre sie dort wahrscheinlich verurteilt worden.  
In der RAF-Terrorzelle 1981 in Hungerstreik (rechts).



Annula Becke, rechts, 1,64 m groß.

#### Birgit ging mit dem Waffen-Chef

Waffen-Chef (links) war schon die Geliebte mehrerer RAF-Terroristen, gilt als besonders gefährlich. Sie lebte zu dessen Verhaftung mit ihm in Hamburg zusammen. Danach ging sie Wolfgang Werner (rechts) zu, der für die RAF Waffen und Gelder einsammelte. Birgit, rechts, in Wiesbaden gesehen, ist 1,61 m groß, schlank, hat braunes Haar, braune Augen.

#### Sabine-Elkes Vater weint

Sabine-Elkes (links) wurde in Hamburg geboren, studierte in Hamburg Soziologie. Sie hatte die Terroristin Barbara Isenl kennen. Der Vater, der in einem Bankhaus am Stockrand wohnte, weinte zu BILD: „Ich habe sie schon fünf Jahre nicht mehr gesehen. Ich habe nicht mehr gesehen, ich habe nicht mehr gesehen.“ Sabine-Elkes (links) hatte sich eine Wohnung in der Hamburger City gemietet. Sie ist 1,67 m groß, schlank, hat braunes Haar, blaue Augen.

#### Eva mit der Bomben-Skizze

Eva (rechts) ging in die Luft. Sie war in Hamburg geboren, hat zwei Jahre mit einem Offizier verheiratet. Sie verließ sich in einen RAF-Terroristen, schenkte eine Skizze der NATO Anlagen in Oberrhein, die mit einer Bombe in die Luft gejagt werden sollte. Eva ist 1,61 m groß, schlank, hat braunes Haar, braune Augen. (links) Eva (rechts) ging in die Luft.



# Anschläge, »Angriffe«, Sabotage - Versuch einer aktuellen Zählung

Nicht erst seit Beginn des gegenwärtig stattfindenden Hungerstreiks der RAF und anderer politischer Gefangener gibt es in diesem unseren Lande „direkte Aktionen“, wird gesprengt, gezündelt, sabotiert, werden zumindest Versuche dazu unternommen. Häufig geschieht das ohne unmittelbaren politischen Zusammenhang, zunehmend aber auch im ersichtlichen Bemühen, Zusammenhänge mit Zielsetzungen politischer Bewegungen zu finden, um diese zu polarisieren und die politische Auseinandersetzung zuzuspitzen.

Seit Beginn des Hungerstreiks am 4.12.84 allerdings hat sich die Zahl der Anschläge erheblich erhöht — ungeachtet der Tatsache, daß eine Reihe davon wegen Mängeln der technischen Durchführung nicht gelangen. Der folgende Artikel soll über Art, Umfang und Ergebnisse der gegenwärtigen Anschlagserie informieren. Wie immer mensch zu dem in den diversen Bekennerbriefen übereinstimmend vorgebrachten Einschätzungen stehen mag, nach denen sich die anti-imperialistischen Kräfte mit der gegenwärtigen Anschlagserie gegenüber dem Imperialismus aus der Defensive in die Offensive vorkämpfen, so ist doch klar, daß die Entwicklung der Anschlagserie und der Reaktionen der Staatsorgane darauf unser ungeteiltes politisches Interesse verdient.

Am Anfang stand der gelungene Anschlag auf die NATO-Pipeline in Belgien. Am fünf verschiedenen Stellen waren am Morgen des 11.12.84 Sprengsätze detoniert, die z.T. erhebliche Schäden anrichteten. An zwei Punkten brachen Brände aus. Personenschaden gab es nicht. In einem Bekennerbrief an die wallonische Zeitung „La Cité“ bekannte sich eine Organisation „Kämpfende kommunistische Zellen“ zu den Anschlägen. Ihre Lebensaufgabe sei „Krieg gegen die NATO“, Ziel der Sabotage die Störung des Versorgungsnetzes der NATO, über das von Le Havre bzw. Antwerpen Treibstoff in die Bundesrepublik transportiert wird. Auch das NATO-Hauptquartier in Casteau (Belgien) wird aus der Pipeline versorgt. Schon im Juni '84 hatte es übrigens eine versuchte Sprengung an der NATO-Pipeline bei Lorch in Baden-Württemberg gegeben, die allerdings offenbar fehlschlug. Nach dem Anschlag am 11.12. zogen die „Sicherheitsbehörden“ sofort öffentlich Verbindungen zwischen den „Kämpfenden kommunistischen Zellen“ und der RAF. Bei der Verhaftung von sechs RAF-Angehörigen im Sommer in Frankfurt — bei der u.a. Rolf Pöhle

mitverhaftet wurde — seien Hinweise mit detaillierten Angaben über das Pipeline-Netz in Belgien übergeben worden. Im übrigen, so ließen „Experten“ in der „Welt“ verlauten, sei denkbar, daß die Lagepläne für die Pipeline vom DDR-Geheimdienst an die RAF lanciert worden seien. Überschrift: „Steuert Ost-Berlin die Saboteure?“. In dem Zusammenhang wurde zugleich kolportiert, wie sich der sowjetische und der DDR-Geheimdienst hierzulande nützliche Idioten als „Handlanger“ für aktuelle Manöver und zukünftige „Kampfhandlungen“ auf deutschem Boden schaffen. „Die Phantasie der Bürger reicht nicht aus für ein Bild davon, was schon heute an ‚schlafenden‘ Einsatztrupps für den Fall X unter ihnen lebt.“ („Welt“, 13.12.; „TSP“, 14.12.; „taz“, 15.12. — außerdem: „Welt“, 22.12.; „taz“, 15.12.; Bekennerbrief vom 14.6. zum Anschlag bei Lorch). (S.a. Anm. am Ende des Artikels.)

In der Nacht vom 10. auf den 11.12. setzte eine Gruppe „Macht Feuer! Paranoia!“ den „Hof Hasselmann“ in Melndorf/Celle in Brand. Eine Scheune und 19 Fahrzeuge der „Notfalltechnischen Übungs- und Bereitschaftsstaffel e.V.“ (TENÖ) brannten

vollständig aus. Weiterhin setzte die Gruppe auf dem Gehöft „Adlerhorst“ in Hetendorf/Kreis Celle, das dem „Freundeskreis Filmkunst e.V.“ und der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ gehört, zwei Gebäude und einen Schuppen in Brand. Schaden insgesamt: ca. eine halbe Million DM. Bei den Anschlagobjekten handelt es sich um — inzwischen auch vom Staatsapparat zur Kenntnis genommene — Tagungs- und Organisationstreffpunkte der „WSG Jörgens“ und anderer neo-nazistischer Kräfte. In dem erst jetzt bekanntgewordenen Bekennerbrief der Gruppe „Macht Feuer! Paranoia!“ hieß es — nach ausführlichen Informationen über den neo-faschistischen Charakter der TENÖ und des „Adlerhorstes“: „Klar ist, daß der imperialistische Staat ein Interesse am Aufbau verdeckt agierender faschistischer Verbände hat. Entwickelt die Kämpfe in allen gesellschaftlichen Bereichen zur Einheit des ant imperialistischen Widerstands! Übt praktische Solidarität mit dem Kampf der Gefangenen und dem Widerstand.“ Der Anschlag fand fast keine Beachtung in der Presse, obwohl er der erste war, der sich ausdrücklich auf den Hungerstreik bezog (Bekennerbrief vom 11.12.84; „Innere Sicherheit“ 75, 2.11.84).

So richtig losgehen sollte es am 11.12.84 um 13 Uhr mit einem Sprengstoffanschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau. Dort werden seit 1953 Führungskräfte der NATO in ein- bis dreiwöchigen Lehrgängen in Organisationsfragen, Waffeneinsatz, Waffentechnik, elektronischer und atomarer Kriegführung ausgebildet, bisher ca. 24.000 Mann. Die Schule untersteht nicht Bonn, sondern dem Oberkommando der alliierten Streitkräfte in Europa, SHAPE, in Brüssel.

Der Anschlag war im großen Stil geplant. Von einem als US-Offizier getarnten Mann wurde ein mit Sprengstoff beladener PKW durch die Kontrollen bis nahe vor das Schulungs-Gebäude gebracht und dort abgestellt. Hier unterlief den Attentätern aller-



Schweres Kaliber: Sprengstoff, der in dem vor der NATO-Schule geparkten Auto gefunden wurde

dings der erste Fehler: Der Fahrer betrat nicht wie andere Offiziere üblicherweise das Gebäude, sondern machte sich — auffallend ungewöhnlich — schleunigst davon, so daß eine Überprüfung des Wagens eingeleitet wurde.

Im Wagen wurde eine Plastikrohrbombe von 70 cm Länge und 30 cm Durchmesser gefunden, die mit einem elektronischen Zeitzähler verbunden war. Daneben sollen noch drei Campinggasflaschen und — lt. „Bild“ — ein Behälter mit losen Schrauben zur Verstärkung der Sprengwirkung gelegen haben. Selbst wenn man das Vor-

handensein der Schrauben bezweifelt, hätte die direkt vor dem Eingang der Schule geplante Detonation tatsächlich — wie die Presse schreibt — „verheerende Wirkung“ gehabt. Daß die Detonation nicht stattfand, lag aber nicht etwa an der „Wachsamkeit“ des Wachpersonals, sondern an einem Versagen des Zeitzählers, der vor der für die Detonation bestimmten Zeit stehen geblieben war.

Ein Tag später meldete sich die RAF mit einem Bekennerbrief bei dem ehemaligen Chefredakteur der

Fortsetzung nächste Seite

Angehörige der politischen Gefangenen besetzten kurzfristig das Büro des Informationsbüros des Europaparlaments, weil sie wollten, daß ihre Erklärung über den Verteiler des Europaparlaments verteilt würde. Dieser Bitte wurde nicht nachgekommen.

## Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD

### Erklärung: 19.12.85

Wir Angehörigen der politischen Gefangenen besetzen heute das Bonner Informationsbüro des Europaparlaments. Hier ist die Propagandazentrale für das „freie Europa“. Dieses Informationsbüro besetzen wir, um gegen diese Propaganda die Wahrheit über die Situation der politischen Gefangenen in der BRD und anderen westeuropäischen Ländern zu setzen. Seit dem 4.12.84 sind in der BRD 36 Gefangene aus der RAF und aus dem Widerstand in einem kollektiven unbefristeten Hungerstreik. (...) Durch den Erfahrungsunterschied mit Angehörigen von politischen Gefangenen in anderen westeuropäischen Ländern, z.B. Spanien, Italien und Irland wissen wir, daß es ein Ziel der propagierten „versierten Europa“ ist, die Bekämpfung des Widerstands zu vereiteln. Das heißt auch, daß konzentrisch gegen gemeinsame Richtlinien und Grundsätze die Gefangenen vorgegangen wird. Nach BRD-Modell werden Hochbehälterstrafe eingeführt, politische Gefangene isoliert, politische Verteidigung eingeschächt, Prozesse entpolitiert. Aber wir wissen auch, daß diese Gefangenen in anderen Ländern gegen diese Verdrängungsstrategie kämpfen, wie 1981 die britischen Gefangenen und die Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) in Spanien mit ihrem

Hungerstreik. Ende letzten Jahres haben die Gefangenen von action direct in Frankreich einen kollektiven Hungerstreik für ihre Zusammenlegung gemacht. Zur Zeit sind auch wieder über 100 Gefangene in den türkischen Gefängnissen im Hungerstreik für die Veränderung ihrer Haftbedingungen, wie alles kämpfenden Gefangenen, gebietet unsere Solidarität.

Wir sind besorgt um das Leben unserer Angehörigen — weil sich der Gesundheitszustand einiger Gefangener sehr verschlechtert hat — weil andere Gefangene zwangsverhaftet werden — weil wir zwei Tote BRD-Politiker M. Jendlich die „Einführung der Kontaktpersonen in voller Schärfe“ diskutieren. Es gab heute nur einmal eine Kontaktperson, 1977. In dieser Kontaktperson gab es vier tote Gefangene.

Wegen dieser Tatsachen sind wir der Meinung, daß der Tod von Gefangenen geplant wird. Wir kämpfen dafür, daß sie leben und ihre politische Identität auch in der Gefangenschaft behaupten können. Derselbe Weg ist die Zusammenlegung großer Gruppen, deshalb unterstützen wir ihre Forderungen!

Wir kämpfen dafür, daß sie leben und ihre politische Identität auch in der Gefangenschaft behaupten können. Derselbe Weg ist die Zusammenlegung großer Gruppen, deshalb unterstützen wir ihre Forderungen!

## Chronologie der Hungerstreiks seit 1973

► Beim 1. Hungerstreik treten am 17.1.73 erstmals 40 politische Gefangene mit der Forderung „Aufhebung der Isolation“ in den Hungerstreik. Der Hungerstreik wurde nach mehr als vier Wochen am 22.2. abgebrochen. Mit dem Hungerstreik war erreicht worden, daß die Öffentlichkeit erstmals über die Isolationshaftbedingungen informiert wurde. Ein wesentlicher Faktor in der Öffentlichkeitsarbeit war der Hungerstreik von sieben Anwälten, den sie vier Tage lang in Anwaltsroben vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe durchführten. Ulrike Meinhof wurde aus dem Toten Trakt in eine Einzelzelle der Männerabteilung in Köln-Ossendorf verlegt. Weitere Zusagen zur Aufhebung der Isolation wurden nicht eingehalten.

► Am 8. Mai 1973 begann der 2. Hungerstreik der Gefangenen. Diesmal beteiligten sich 80 Gefangene. Ihre Forderungen waren: Gleichstellung der Gefangenen mit allen anderen Gefangenen und freie politische Information für alle Gefangenen auch aus außerparlamentarischen Medien. Die Aufhebung der Isolation von Carmen Röll und Siegfried Hausner wurde gerichtlich angeordnet. Der Hungerstreik wurde am 29.6., also nach fast sieben Wochen abgebrochen. — Wie auch im ersten Hungerstreik wurde massiv versucht, durch Wasserentzug, Verlegung in Trockenzellen, „Servieren“ von Mahlzeiten und Bier, den Hungerstreik zu brechen. Begleitet wurde der Hungerstreik von öffentlichen Erklärungen von Ärzten und Schriftstellern im In- und Ausland.

► Der 3. Hungerstreik begann am 13.9.74. 40 Gefangene forderten die Aufhebung der Isolationshaft: „Der Hungerstreik ist in der Isolation unsere einzige Möglichkeit zu kollektivem Widerstand gegen die counterstrategie des Imperialismus, gefangene revolutionäre und gefangene, die im Gefängnis angefangen haben, sich organisiert zu wehren, psychisch und physisch, daß heißt politisch zu vernichten. entworfen, gefangen, isoliert ist er unsere einzige Möglichkeit unsere physischen und geistigen Kräfte, unsere Identität als Menschen einzusetzen, um den Stein, den der herrschende Staat abherr-

schende Klasse gegen uns aufgehoben hat, ihm auf seine eigenen Füße fallen zu lassen.“ Wieder wird versucht, über Trinkwasserentzug den Hungerstreik zu brechen. Am 9.11.74 stirbt Holger Meins an den Folgen des Zwangsernährung. Ab dem 17.12.74 fordern die Gefangenen nicht mehr die Gleichstellung mit allen anderen Gefangenen, sondern Konzentration aller politischen Gefangenen in einer Anstalt bei Aufhebung der Isolation. Nach der Aufforderung der in Freiheit befindlichen RAF-Genossen, brachen die Gefangenen am 5.2.75 den Hungerstreik ab.

► Die Hungerstreikerklärung vom 29.3.77 zum 4. Hungerstreik enthielt als Forderungen: Eine Behandlung, die den Mindestgarantien der Genfer Konvention entspricht, Abschaffung der Isolation und der Gruppenisolation, Auflösung der Isolations-Trakte. Außerdem wird gefordert die Untersuchung des Todes von Holger Meins, von Ulrike Meinhof und von Siegfried Hausner durch eine internationale Untersuchungskommission und die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse. Gudrun Ensslin wird bereits Ende April zwangsernährt. Weiteren Gefangenen wird die Zwangsernährung angedroht. Zu diesem Zeitpunkt sind über 100 Gefangene im Hungerstreik. In ihrer Erklärung vom 30.4.77 schreiben die Gefangenen aus der RAF zum Abbruch ihres Hungerstreiks: „nachdem die gefängnisärztliche stammheim und die zugezogenen anästhesisten sich gestern geweigert haben, psychodrogen bzw. zwangsmarkieren gegen die gefangenen einzusetzen, teilt der gefängnisdirektor in stammheim uns heute, am 30. april 77 um 12 uhr, die verbindliche erklärung des Justizministeriums mit, daß unter berücksichtigung der forschungen der medizinischen gutachter sofort eine konzentration politischer — d.h. gefangener nach §129 — auch aus anderen bundesländern in stammheim und eine vergrößerung des haftraumes in die wege geleitet wird. ... damit ist die zentrale forderung des hungerstreiks erfüllt.“

► Eine im Juni gebildete Kleingruppe wird schon im August wieder zerschla-

gen. Daraufhin beginnt am 10.8. der 5. Hungerstreik, der am 2.9. beendet wird, nachdem ihnen ein Amnesty international-Vorteil mitteilte, daß alle Versuche, Verhandlungen zur Veränderung ihrer Haftbedingungen zu erreichen, abgebrochen worden sind. Jan Carl Raspe erklärt dazu am 2.9.: „Die Gefangenen haben daraufhin — um das Mordkalkül nicht zu erleichtern — am 26. Tag ihren Streik unterbrochen.“

► Mit dem 6. Hungerstreik im März/April 1978 versuchen die Gefangenen, die Einzel- und Kleingruppenisolation aufzubrechen.

► Ein weiterer Versuch wird am 20.4.79 unternommen. In ihrer Hungerstreikerklärung fordern die Gefangenen: Abschaffung der Isolationsbunker, Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention, Zusammenlegung in interaktionsfähige Gruppen, Freilassung von Günther Sonnenberg aufgrund seiner Kopfverletzung und Überwachung der Haftbedingungen durch internationale humanitäre Gremien/Organisationen. An diesem 7. Hungerstreik beteiligten sich Mitte Mai über 70 Gefangene. In der Erklärung zur Unterbrechung des Hungerstreiks schreibt sie am 26.6.79: „Wir warten jetzt die Ergebnisse der Verhandlungen der von uns beauftragten internationalen Kommission ab, sowie die zwischen Amnesty International und dem Bundesjustizministerium geführten Verhandlungen“. Diese Verhandlungen blieben ergebnislos.

► Mit den selben Forderungen wie 1979 begann am 2.2.81 der 8. Hungerstreik, an dem sich über 120 Gefangene beteiligten. Sigurd Debus, seit dem 10.2. im Hungerstreik, wird vom 16.3. an der Zwangsernährung unterworfen und stirbt an deren Folgen am — nach offizieller Verlautbarung — 16.4. — In der Nacht vom 15. auf den 16.4. handeln ein Verteidiger und ein Vermittler der Bundesregierung als Versprechen an die Gefangenen aus, daß kein Gefangener allein bleiben würde. Die Gefangenen brechen daraufhin den Hungerstreik ab. Die Zusage der Bundesregierung wird nicht eingehalten.

ga., antirep

Fortsetzung von vorheriger Seite

wenn es den Gefangenen auch darum geht, dann werden wir gemeinsam versuchen müssen, Schritte in diese Richtung im Bündnis mit (vor allem!) kirchlichen, humanistischen und liberalen Kräften, hart an den Sachforderungen zu machen.

Eure Politik, entweder eure politische Einschätzung wird geteilt oder mensch ist counter, hat euch in den letzten Jahren immer mehr in die Isolation getrieben und macht auch jetzt eine Unterstützung des Hungerstreiks so schwer. Die meisten organisierten Linken, die sich nach wie vor nicht auf eure Parolen haben einschwören lassen, unterschreiben nochmal mit fast schon

krampfartigen Bauchschmerzen total reduzierte Erklärungen oder beschränken sich auf die Veröffentlichung der aktuellen Informationen. Die demokratischen und liberalen Kreise sind für ein Ausfechten der Machfrage, wozu ihr in eurer Hungerstreikerklärung aufruft, nicht zu gewinnen.

Wenn ihr uns auch schon öfter auf die andere Seite der Barrikade stellt, fühlen wir uns trotz aller politischer Differenzen mit euch verbunden und fürchten um euer Leben.

Wir unterstützen eure Forderung nach Abschaffung der Sonderhaftbedingungen und werden auch weiterhin versuchen, über eure Lage zu informieren.

ga., antirep



Fortsetzung von vorheriger Seite

„Süddeutschen Zeitung“, dem angeblich mitgeteilt wurde, man habe das Gebäude in die Luft jagen wollen. Der Zünder der Bombe sei auf 9.30 Uhr eingestellt gewesen, weil sich um diese Zeit die meisten Menschen dort befänden. In einem späteren Bekennerbrief formulierte die RAF: „Ziel der Aktion war, die Militärs der RAF auszuschalten“. Mensch mag diesen Bekennerbrief glauben, schenken wollen oder nicht, mag sie für inhuman oder taktischen Stumpfheit halten — Tatsache ist: die RAF hat sich bisher nicht von diesen Meldungen und dem zitierten Bekennerbrief distanziert. Also muß mensch es wohl für RAF-Meinung nehmen.

Da hilft es denn auch nichts, wenn eine Gruppe wie der BWK in seinen „Politischen Berichten“ (26/84) die zweifelslos vorhandenen „Merkwürdigkeiten“ in der Berichterstattung über diesen mißglückten Anschlag aufzählt: die widersprüchlichen Angaben, wer den Alarm bzgl. des abgestellten PKWs auslöste — „Wachmannschaften“, „US-Offizier“ oder „deutscher Oberst“. Oder die widersprüchlichen Angaben über die Zeit, wann der PKW auf das Gelände kam, auf welchen Zeitpunkt der Zünder gestellt war und wann der Wecker stehenblieb; tatsächlich sind die Angaben recht chaotisch. Oder die Feststellung, daß Rebmann schon morgens über die Urheberschaft der RAF für das versuchte Attentat Bescheid wußte, obwohl der Bekennerbrief erst abends stattfand. Zwar gibt es diese „Merkwürdigkeiten“. Solange sich die RAF aber nicht von dem Anschlag distanziert, dürfte die BWK-Beurteilung: „Nicht auszuschließen ist also, daß die Bundesanwaltschaft faschistische Umtriebe nutzen will, um eine öffentliche Hetze anzufeuern“ jeglicher Grundlage entbehren, auch wenn es noch so verführerisch ist, sich die Problematik dieses Anschlagversuchs und besonders seiner Begründung in dem nachgereichten Bekennerbrief auf diese Weise vom Hals zu schaffen.

Ähnliches gilt für Vermutungen der DKP, die — wie sollte es anders sein — wieder einmal die agents provocateurs am Werk sind, deren Nutznießer natürlich die „Rechtskräfte“ sind. „Schließlich kommen Boenisch die Terrorkräfte wie bestellt, um damit die Kritik an Reagans Konfrontationspolitik zu kriminalisieren“ („UZ“, 2. und 3.1.85).

Wie immer also mensch zu den Anschlägen steht: so einfach kann es ja wohl doch nicht sein. Man wird schon genauer hinsehen müssen, was sich da abspielt.

Allerdings haben die „Sicherheitsbehörden“ diesen Anschlag zum Anlaß einer massiven Hetzkampagne gegen den Hungerstreik gemacht. Schon vor und erst recht nach dem Bekennerbrief und -brief der RAF zum versuchten Anschlag im Oberammergau stellte Generalbundesanwalt Rebmann den Zusammenhang zwischen dem Hungerstreik und der „neuen Strategie“ der RAF her. In seinem routinemäßigen

Zusammenhang zwischen dem Hungerstreik und der „neuen Strategie“ der RAF her. In seinem routinemäßigen Halbjahrespressesgespräch am 20.12.84 sprach er von einer „Verschärfung der momentanen Sicherheitslage“ und warnte vor „unfriedlichen Weihnachten“.

Allzuviel allerdings können Rebmanns Befürchtungen nicht gegangen sein, denn in derselben Konferenz gab er an, insgesamt sei die „Bedrohung durch den Linksterrorismus“ im Vergleich zu 1977 zurückgegangen. Und in den Pressemitteilungen des Bundesministers des Inneren zur „Inneren Sicherheit“, die am selben Tag erschienen, hieß es gar: „Die in zurückliegenden Jahren im Zusammenhang mit der „RZ“ vorgebrachten Begründungen der Zusammenhänge wie „Starbahn West“, Frauenprobleme und Kampf gegen die „NATO-Nachrüstung“ wurden aktuell um die Konfliktbereiche „Computer-technik“ und die Kritik an der Hafensituation erweitert“. Jedoch: „Insgesamt zeigt der Vergleich aller in diesem Jahr verübten Brand- und Sprengstoffanschläge mit den Zahlen des Vorjahres einen nicht unbeachtlichen Rückgang. So wurden zwar noch im Jahr 1983 ca. 400 politisch motivierte Brand- und Sprengstoffanschläge registriert; von Januar bis 20. November 1984 waren es hingegen lediglich noch 200 Anschläge.“ („Welt“, 22.12.84; „faz“, 20.12.84; „Innere Sicherheit“ 26.12.84).

Hatte manche/r zunächst geglaubt, die „Befürchtungen“ Rebmanns seien nicht mehr als seine übliche Halbjahrespropaganda, mit der er als amtlich bestellter Terroristen-Jäger seit Jahren regelmäßig vor der Öffentlichkeit seine Existenzberechtigung nachzuweisen bemüht ist, der/die mußte sich denn doch über Weihnachten und bis heute eines anderen belehren lassen.

Und so sieht die Liste seitdem aus:



Abgebrannte Lagerhalle von Siemens in Frankfurt

— In der Nacht vom 17. auf den 18.12.84: Brandanschlag auf die Kundendiensthalle der Firma Siemens in der Rödelheimer Landstr. 5-10 in Frankfurt. Schaden: zwischen 10 und 20 Millionen DM. In einem Bekennerbrief wird die Hungerstreikklärung der Gefangenen der RAF wiedergegeben. Handschriftlich ist u.a. der Satz hinzugefügt: „Siemens ist Teil der imperialistischen Machtstruktur“ („FR“, 20.12.84; „faz“, 2.1.85).

— In der Nacht vom 22. auf den 23.12.84: versuchter Sprengstoffanschlag auf eine Weigniederlassung der AEG Kabelwerke in Mülheim-Ruhr. Dort war eine selbstgebaute fünf Kilogramm schwere Bombe in einem Feuerlöscher abgestellt worden, auf die in einem Warnruf hingewiesen wurde. In einem Bekennerbrief einer „Antimperialistischen Gruppierung“ wird der Anschlagversuch damit begründet, daß die AEG „maßgeblich am militärischen Ausbau der BRD, an der Realisierung der imp. Krisenlösungsstrategie beteiligt“ und mit den größten US-Rüstungskonzernen verflochten sei (z.B. elektronische Anlagen, aber auch Aufstandsbehlämpfungs- und Kontrolltechnologie). Es gehe darum, die „antimperialistische Front real werden (zu) lassen“. Der Hungerstreik werde zum „Signal für den Widerstand in der BRD“. „In dieser Situation, in der die Gefangenen aus der totalen Defensive der Gefangenschaft heraus für die neue Qualität antimperialistischen Widerstands kämpfen, haben wir uns für die Offensive gemeinsam mit ihnen und der Guerilla entschieden. Wir haben keinen Grund, auf irgendwas zu warten.“

— 24.12.84: versuchter Brandanschlag auf dem Gelände der US-Luftwaffe in Wiesbaden, Camp Lindewey, durch Deponierung eines Brandsatzes an einer Lagerhalle. Der Sprengsatz wurde vorzeitig gefunden. Es gab einen Bekennerbrief mit antimperialistischem Inhalt.

— 24.12.84: Von der Presse umstandslos als Mal-Anschlag in die Anschlagserie eingereiht wird eine Aktion des zivilen Ungehorsams im „Friedenscamp“ Mutlangen. Dort durchschnitten zwei Frauen den Sicherheitszaun und malten Friedenssymbole auf Container („FAZ“, 31.12.84; „faz“, 5.1.85).

— In der Nacht vom 23. auf den 24.12.84: Sprengstoffanschlag auf das regionale Rechenzentrum in Reutlingen, bei dem die Fensterfront des Gebäudes eingedrückt wurde. Sachschaden: mehrere 100.000 DM, kein Personenschaden. Die Inneren des Rechenzentrums blieben aber offenbar unbeschädigt. Anschließend ging ein Bekennerbrief einer Gruppe „Kämpfende Einheit Gudrun Ensslin“ ein, der zur Unterstützung der Forderungen des Hungerstreiks und zum Aufbau einer „proletarischen Gegenmacht“ gegen den Imperialismus aufrief („Welt“, 31.12.84; „TSp“, 29.12.84; „faz“, 5.1.85).

— 25.12.84: Brandanschlag auf die Sakristei der Kirche der US-Pedon-Kaserne in Wertheim (Main-Tauber-Kreis). Sachschaden ca. 90.000 DM, kein Personenschaden. Vor dem Anschlag gab es mehrere Warnrufe bei der Polizei und den US-Streikkräften. Ein Bekennerbrief ist nicht bekannt („TSp“, 29.12.84).

— 25.12.84: Sprengstoffanschlag auf das türkische Generalkonsulat in Münster. Die Wucht der Detonation riß nach Angaben der Polizei die mit Panzerglas gesicherte Eingangstür aus der Verankerung, richtete aber sonst keinen weiteren Schaden an. Der Sprengstoff war als einfache

„Luntentombe“, ähnlich wie bei Feuerwerkskörpern, morgens um 4 Uhr zur Detonation gebracht worden. In einem Bekennerbrief wird eine Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF gefordert. Keine Gruppenangabe („Welt“, 31.12.84 und 3.1.85; „TSp“, 29.12.84; „faz“, 5.1.85).

— 25.12.84: Brandanschlag auf ein US-Zivilfahrzeug in Herzogenaurach. Der Mercedes mit US-Kennzeichen brannte vollständig aus. Kein Personenschaden („TSp“, 29.12.84; „Welt“, 31.12.84).

— In den Weihnachtsfeiertagen zwischen 24.12. und 26.12.84: In Fortführung des Brandanschlags vom 17./18.12. auf die Lagerhalle der Firma Siemens/Frankfurt Brandanschläge und Aktionen gegen diverse Firmenwagen der Firma Siemens. Bekennerbrief: siehe vorn („faz“, 5.1.85).

— 28.12.84: versuchter Brandanschlag auf dem Gelände der US-Airforce in Wiesbaden. Der Sprengsatz ging nicht hoch. Er wurde erst aufgrund des Bekennerbriefes in einer Lagerhalle gefunden, wo er in einer Aktentasche abgestellt war. Der Brief enthielt u.a. Forderungen zum Hungerstreik („FAZ“, 31.12.84; „FR“, 31.12.84; „faz“, 2.1.85).

— 29.12.84: Brandanschlag gegen eine US-Sendeanlage in Edingen bei Mannheim. Die Anlage befindet sich unbewacht auf freiem Feld. Sachschaden ca. 350.000 DM. In einem Bekennerbrief wurde ein Zusammenhang zum Hungerstreik hergestellt („Welt“, 31.12.84; „FR“, 31.12.84; „faz“, 2.1.85; „TSp“, 1.1.85).

— 29.12.84: Brandanschlag auf eine Büro-Baracke der US-Army auf dem Gelände der britischen Rheinarmee im Norden Düsseldorf. Es entstand ein Büro-Gelände der britischen Rheinarmee im Norden Düsseldorf. Es entstand ein Brand, der von der Feuerwehr gelöscht werden mußte. Sachschaden: ca. 50.000 DM. Nach Angaben der Presse soll sich die Büro-Baracke unbegrenzt inmitten eines Wohngebietes befinden. Personen kamen jedoch nicht zu Schaden. Ein Bekennerbrief stellte den Zusammenhang zum Hungerstreik her. Eine Gruppe wurde nicht benannt („Welt“, 31.12.84; „FR“, 31.12.84; „TSp“, 1.1.85; „faz“, 2.1.85).

— In der Nacht vom 30.12. auf den 31.12.84: Sprengstoffanschlag auf die „Technische Rüstungsmission“, eine Zweigstelle der französischen Botschaft in Bonn-Mehlem. Die „Mission technique“ ist eine besondere Abteilung der französischen Botschaft, die zuständig ist für die Kooperation der Verteidigungstechnik zwischen Frankreich und der BRD. Durch die Explosion, die von der Rückfront des Gebäudes aus erfolgte, entstand ein Sachschaden von ca. 100.000 DM. Personen kamen nicht zu Schaden, da per Telefon zuvor zum Verlassen des Gebäudes aufgefordert worden war. In einem anschließenden Bekennerbrief heißt es, der Anschlag habe auf „eine der Nahtstellen zwischen NATO-Militär und Rüstungsindustrie“ gezielt. Im übrigen wurde zur Unterstützung des Hungerstreiks aufgerufen („FR“, 2.1.85; „FAZ“, 2.1.85; „faz“, 4.1.85; Bekennerbrief vom 3.1.85).

— 2.1.85: versuchter Brandanschlag auf das Labor der Universitätsklinik Eppendorf in Hamburg. Eine petroleumgefüllte Flasche wurde durch das Fenster des Labors geworfen. Die Flasche brannte dort ab, ein Brand entstand jedoch nicht in dem Raum. — Vergeblich, schreibt die „Bild“, suchte die Polizei nach einem Bekennerbrief. Vergeblich, muß mensch hin-

zufügen, suchen wir nach einem Sinn dieses Anschlagversuchs („Bild“, 2.1.85).

— 2.1.85: versuchter Brandanschlag auf das im Bau befindliche Geforschungs-Institut in Heidelberg. Brandsatz und Zünder wurden im Keller des Gebäudes vorzeitig entdeckt. Allerdings richteten die nächtlichen Besucher/innen einen Schaden in Höhe von ca. 100.000 DM an, indem sie technische Einrichtungen des neu entstehenden Zentrums mit Bodenkleber und Motoröl übergossen. An den Wänden fanden sich Parolen zum Hungerstreik („faz“, 4.1.85; „Welt“, 4.1.85; „FR“, 4.1.85).

— 3.1.85: Brandanschlag auf das Wachhäuschen des US-Militärflugplatzes in Heidelberg-Pfaffengrund. Schaden: mehrere 1.000 DM. Urheber unbekannt („FR“, 4.1.85).

— 3.1.85: Brand- und Farb-,anschläge auf das amerikanische und französische Generalkonsulat in Frankfurt. Mehrere mit Farbe gefüllte Flaschen und ein Molotowcocktail wurden gegen die Gebäude geschleudert. Eine der Hauswände soll durch Rauchspuren beeinträchtigt sein. Als Urheber werden „in schwarzes Leder gekleidete Gestalten“ angegeben („faz“, 5.1.85; „FR“, 5.1.85).

— 4.1.85: Intercity Amsterdam-München zwischen zwei Bahnhöfen in Amsterdam Ost per Notbremse gestoppt. Während des Stops wurden Flugblätter an die Fahrgäste verteilt, in denen zur Unterstützung des Hungerstreiks aufgefordert wurde. Der Zug wurde mit Protestparolen gegen die Isolationshaft bemalt („faz“, 5.1.85; „FR“, 5.1.85).

— 6.1.85: versuchter Brandanschlag auf dem Gelände des US-

Fliegerhorstes in Erlensee bei Hanau (Main-Kinzig-Kreis). Arbeiter hatten den Brandsatz, der mit einem Zeitzünd- versetzen war, gefunden, als sie am Zaun des Fliegerhorstes Festzettel errichten sollten. Der Anschlag war gescheitert, weil der Kurzzeit-Wecker für die Zündung — wie die „FR“ vermutet: wegen der eissigen Kälte — stehen geblieben war. Wenige Tage später meldete sich eine Organisation „Partisanen der Nacht“ mit einem Bekennerbrief, in dem der versuchte Anschlag damit begründet wird, daß Erlensee zum Hauptquartier des bevorstehenden Wintermanövers der Amerikaner ausgestattet werde. In der Tat, schreibt die „FR“, dient der Erlenseer Fliegerhorst für das etwa von Mitte bis Ende Januar vor allem in Ost- und Mittelhessen stattfindende Manöver „Central Guardian“ des 5.US-Armee-Korps als Sammelstelle für etwa 5.000 aus den USA eingeflogene Soldaten. Für diese Soldaten wurden in den letzten Tagen beheizbare Truppenzelte am Rande des Fliegerhorstes aufgestellt, denen der versuchte Anschlag galt („faz“, 8.1.85; „FR“, 11.1.85).

— 8.1.85: Sprengstoffanschlag auf die NATO-Pipeline bei Hohenahr (Lahn-Dill-Kreis). Ziel war offenbar die Schalstation der Pipeline. Es entstand jedoch nur geringer Sachschaden. Die Versorgungsleitung des NATO-Tanklagers wurde nicht beschädigt. Der mit einem Zeitzünd- versetzten Sprengsatz wurde nach Darstellung der Polizei von den Urhebern des Anschlags offenbar in einen außerhalb des NATO-Lagers liegenden umzäunten Schacht geworfen. Bei seiner Explosion kurz vor 1 Uhr morgens habe er einen Sachschaden in Höhe von 3.000 bis 4.000 DM verursacht. Kurz

nach der Explosion wurde eine Gleisener Lokalisation durch Unbekannte telefonisch von dem Anschlag informiert. Ein Bekennerbrief liegt noch nicht vor. Von den „Sicherheitsbehörden“ wird der Anschlag selbstverständlich der RAF zugerechnet, die damit die schon im Sommer '84 geplante und begonnene Serie von Anschlägen gegen das Pipelinenetz der NATO fortsetze („faz“, 8.1.85; „FR“, 8.1.85).

— Die vorläufig letzte Meldung im Zusammenhang der gegenwärtigen Anschlagserie stammt vom 10.1.85: in unmittelbarer Nachbarschaft der Starbahn West wurden mehrere Masten der Stromleitung des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks ange- sät. Die Gruppe „Sagende Zellen“, die sich in einem Schreiben zu der Aktion bekannte, ist dabei recht launig vorgegangen: An drei Strommasten sagte sie jeweils drei der vier Stützen in einem Meter Höhe zu 70% durch. Ohne den genauen Standort der angesägten Masten anzugeben, erklärten sie in ihrem Schreiben, sie hätten mehrere Masten so weit angesägt, „daß sie zur Vermeidung eines Sicherheitsrisikos ausgewechselt werden müssen“. Zum Beweis legte sie ein Foto bei, das eine Metallsäge in einem mit dem Wort „Lebensgefahr“ beschrifteten Metallbehälter zeigt. Bei der daraufhin von der Gesellschaft vorgenommene Überprüfung der Leitung stieß man auf die angesägten Masten.

Ob die seit Anfang Dezember erkennbare Serie sich in gleicher Weise fortsetzen oder gar noch steigern wird, bleibt abzuwarten. Dies dürfte nicht zuletzt vom weiteren Verlauf des Hungerstreiks abhängen. Andererseits wurde zwar fast in allen Bekennerbriefen und -schreiben der Infrage kommenden Zeit ein Zusammenhang zum Hungerstreik hergestellt. Die Propagierung des Hungerstreiks ist insofern durchaus der aktuelle Anlaß für die gegenwärtige Häufung der Anschläge und Sabotage-Aktionen. Ob aber der Grund ausreicht, kann bezweifelt werden. Immerhin signalisieren Art und Objekte der Anschläge eine bemerkenswerte Konzentration auf militärische Einrichtungen und Logistik im weitesten Sinne. Es muß einer genaueren Untersuchung überlassen bleiben, dieser äußerst interessanten Frage anhand gründlicher Fallstudien der letzten Zeitjahre nachzugehen. Jedenfalls dürfte es jedem mit den bisherigen Praktiken der Terroristen-Fahndung einigermaßen Vertrauten hellhörig machen, den Generalbundesanwalt Rebmann angesichts der gegenwärtigen Serie von Anschlägen auf der Seite derer zu sehen, die gegenüber einer übertriebenen Terrorismus-Hysterie a b w i e g e l n. Zwar müsse mit „Terroranschlägen“ auf „Symbolfiguren“ gerechnet werden und insofern seien auch die allgemeinen „Sicherheitsvorkehrungen“ des Personen- und Objektschutzes zu verstärken, konkrete Anhaltspunkte für gezielte Attentate lägen ihm allerdings nicht vor. Und noch erstaunlicher ist Rebmanns Feststellung, ihm lägen auch keine Anhaltspunkte dafür vor, daß aus der Friedensbewegung, „etwa aus einem Gefühl der Frustration und auch der Isolation“, Gruppen von Terroristen hervorgegangen seien. Der RAF und den revolutionären Zellen sei es bisher nicht gelungen, die große Friedensbewegung zu unterwandern ... Warum sagt gerade dieser Mann das? Dieser Frage lohnt es nachzugehen.

F.

Anmerkung:

In der „Internationalen Wehrrevue“ 1983 erschien ein Aufsatz über die sog. „Speznaz“, sowjetische Spezialeinheiten, die angeblich die Aufgabe haben, hinter den feindlichen Linien im gegnerischen Territorium Diversions- und Sabotage zu treiben. Diese Diversionstruppen seien besonders auf die Führungsstrukturen und logistischen Nervenstränge ihres Gegners ausgerichtet. Sie seien als Kitter-Truppen zu allem bereit. Schon zu Friedenszeiten seien sie aktiv, indem sie als getarnte Agenten die Schwachstellen des Gegners ausspähten und ein dichtes Agentennetz mit hiesigen Kollaborateuren und Saboteuren knüpften, mit dem die Verteidigungsbereitschaft ihres Gegners geschwächt werde. — Nur logisch, daß über diesen Weg der KGB militante Mitglieder der Friedensbewegung usw. zu nützlichen Idioten für eine Zersetzungs-Absicht macht!

Die Propaganda über die „Speznaz“ und angeblich drohende sowjetische bzw. von der DDR gesteuerte Subversion dient ihrerseits dazu, den Aufbau eigener Spezialeinheiten mit einem entsprechenden Spezialauftrag zu legitimieren. So erschien z.B. am 8.1.85 in der „FR“ ein Bericht über die sog. „Tornister-Bomben“. Das Pentagon „bestätigte“, daß die US-Armee mit kleinen, tragbaren Atombomben ausgerüstet sei, die „im Ernstfall hinter die feindlichen Linien getrieben werden und ferngezündet werden können“.

Der Entwicklung von Sabotage und Sabotagebekämpfung scheint in letzter Zeit wieder mehr Bedeutung beigemessen zu werden. Dies dürfte eine eigene Untersuchung wert sein.



# Interview mit Elard Biskamp und Wolfgang Kronauer Verteidiger von Christian Klar und Helmut Pohl

**ARBEITERKAMPF:** Der Hungerstreik läuft jetzt seit 4.12., wie sieht Ihr als Verteidiger die Situation heute? Die politische und die gesundheitliche?

Elard: Ganz wichtig ist, das möchte ich hier nochmal sagen, weil das in der Presse immer verwechselt und verfälscht wird: es handelt sich um den Hungerstreik von RAF-Gefangenen und um den Hungerstreik von anderen Gefangenen aus dem Widerstand.

Wolfgang: Und das ist von den anderen auch keine Solidaritätsforderung, die Forderung nach Zusammenlegung ist für die eine ganz wichtige eigene Forderung.

Elard: Zur aktuellen Situation: momentan sind es noch 34 Gefangene, die den Hungerstreik machen, bei einigen von ihnen spitzt sich die Situation mittlerweile deutlich zu. Bei Christian kann ich das als Verteidiger sagen, daß er aufgrund des erheblichen Gewichtsverlustes mittlerweile sehr geschwächt ist, wobei man da eines nicht vergessen darf, daß nämlich der Gesundheitszustand von Christian schon bei Beginn des Hungerstreiks aufgrund der Haftsituation nicht gut war. Christian ist mittlerweile ins Krankenhaus auf dem Hohenasperg verlegt worden, Günther Sonnenberg und Brigitte Mohaupt am 7.1.85. In Bielefeld liegen die dort inhaftierten Frauen schon seit mehreren Tagen in der Krankenstation. Das ist aber auch ein Teil der Taktik der zuständigen Stellen: das ganze soll nicht als politischer Vorgang sondern als ein medizinischer gesehen werden. Einige Gefangene haben auch Schwierigkeiten, das Wasser, das sie trinken, bei sich zu behalten und kotzen das aus — das führt natürlich auch nochmal zu einer zusätzlichen Schwächung.

Wolfgang: Dann muß man noch die Ausnahme von Helmut sehen: er ist der einzige, der bisher tatsächlich zwangsversorgt worden ist, und zwar vom 28.12.84 bis 4.1.85, wo die Zwangsversorgung vorerst unterbrochen wurde. Die Zwangsversorgung beim Helmut ist also zu einem Zeitpunkt erfolgt, als sie medizinisch überhaupt nicht geboten war und ist jetzt auch nur wegen Helmut's anhaltendem aktiven Widerstand und ihrer Verdrängung ausgesetzt worden. Das bestätigt die These, daß durch diese Zwangsversorgung der Hungerstreik zu einem medizinischen Problem gemacht werden soll.

**Wie erklärt Ihr Euch, daß Helmut jetzt schon zwangsversorgt wird?**

Elard: An ihm soll wohl exemplarisch versucht werden, den Hungerstreik auf versucht werden, den Hungerstreik auf einer medizinischen Ebene zu brechen. Einerseits dadurch, daß die Zwangsversorgung in jedem Fall eine Folter darstellt, andererseits aber dadurch, daß der Hungerstreik, der ja eine Durchsetzungsmöglichkeit in einer zugespitzten Situation hat, die Spitze gebrochen werden soll.

Wolfgang: Daß das Exempel gerade bei Helmut statuiert werden soll wird vielleicht etwas klarer, wenn man sieht, daß fast zeitgleich mit dem Beginn seines Hungerstreiks ein langer Artikel in der „Zeit“ erschien, in dem versucht wird, ihn als den eigentlichen Urheber des Mai-Papiers 82 und der jetzigen Hungerstreikklärung aufzubauen. In die gleiche Kerbe hakt der „Spiegel“ in seiner neuesten Ausgabe vom 7.1., in dem behauptet wird, Helmut habe aus der Haft heraus zu den Anschlägen aufgerufen und seine „Anhänger“ hätten entsprechend gehandelt. Was habt Ihr als Anwälte für eine Möglichkeit, gegen die Zwangsversorgung vorzugehen?

Wolfgang: Juristisch praktisch keine. Es ist so, daß sich die meisten Ärzte weigern, Zwangsversorgung durchzuführen, so daß sich die Bundesanwaltschaft speziell Ärzte, Nicht-Anstaltsärzte heraussuchen muß, die die Zwangsversorgung dann durchführen. Helmut ist dann auch extra von Frankfurt nach Zweibrücken in die Nähe des ihn zwangsversorgenden Arztes Dr. Sieb verlegt worden.

## Hungerstreik und westdeutsche Linke ...

Bisher war das Echo auf den Hungerstreik ja sehr gering. In der bürgerlichen Presse ohnehin, aber auch in der Linken. Was kann das für den Hungerstreik bedeuten oder andersherum: was müßte eigentlich getan werden?

Elard: Ich denke, daß es ganz wichtig ist, daß es jedem hier klar wird, daß im Moment Bundesanwaltschaft, Bundesregierung und Länderregierungen versuchen abzuschleichen, inwieweit die Situation hier so ist, daß es ohne weiteres geht, die Gefangenen einfach sterben zu lassen! Das ist zu sehen an der Art und Weise, wie u.a. von der Bundesanwaltschaft die Frage der Zwangsversorgung diskutiert wird. Zwangsversorgung heißt, man kann es nicht oft genug sagen, gegen den Willen der Gefangenen Folter, und nichts anderes ist es, Zwangsversorgung an den Gefangenen durchzuführen. Die Zwangsversorgung nicht durchzuführen heißt: die Gefangenen verhungern, also sterben zu lassen. Deswegen ist die Diskussion Zwangsversorgung oder keine Zwangsversorgung der völlig falsche Punkt. Es kann in der Diskussion in der Linken nur darum gehen zu diskutieren, wie es gelingen kann, ein politisches Kräfteverhältnis herzustellen, in dem die Bundesregierung die Gefangenen nicht sterben lassen kann. Das kann nur passieren, wenn die Regierung über einen öffentlichen Druck gezwungen wird, die Forderungen nach Zusammenlegung zu erfüllen.

Wolfgang: Die Diskussion muß also von der Zwangsversorgung weggelassen, hin zu deren Ursachen, nämlich den Haftbedingungen. Das mag für die Linke zwar ein altes Thema sein...

Elard: ...aber genau an dem Punkt muß man auch sagen, daß es zynisch und 'ne Sauerei ist, wenn Leute, wie bei der Veranstaltung im Berger Kino sagen, „Die RAF benutzt uns als Geisel...“ (Siehe den Artikel „Pohrt gegen Hungerstreik“ in diesem AK — Anm. AK) Die Linke muß sich doch an die Nase fassen, daß es bis jetzt einfach nicht geschafft wurde, die eindeutig notwendige grundsätzliche Verbesserung der Isolationshaftbedingungen durchzusetzen.

Da muß man sich auch mal angucken, daß in Griechenland vor einigen Wochen ein Gesetz verabschiedet wurde, in dem die Folter unter Strafe gestellt wird und ganz explizit steht darin, daß unter Folter auch die Isolation eines Menschen über einen längeren Zeitraum hinweg in Haft als Folter zu verstehen ist. Das entspricht ja auch der UNO-Resolution gegen die Folter und da paßt es auch, daß sich die Bundesregierung zur Zeit weigert, einer europäischen Anti-Folter-Konvention beizutreten, mit der Begründung, hierzulande würde nicht gefoltert. Aber um nochmal auf die hiesige Linke zurückzukommen. Das ist jetzt der neueste Hungerstreik um die Forderung nach Aufhebung der Isolation der politischen Gefangenen. Und wenn jetzt von großen Teilen der Linken gesagt wird: das bringt doch nichts, dann muß man feststellen, daß es der Linken eben nicht gelungen ist, ein politisches Klima zu erreichen, in dem die Aufhebung dieser Isolationsfolter hätte durchgesetzt werden können.

**Die innenpolitischen Verhältnisse für die Durchsetzung dieser Forderung sind nun heute aber so schlecht wie nie zuvor, so daß die Durchsetzung fast aussichtslos erscheint.**

Elard: Prognosen da an dem Punkt abzugeben ist wohl eine sehr heikle Sache. Der Punkt ist, und das war in dem tohu-Kommentar in der „taz“ vom 5.1. sehr gut nachzulesen, daß im Unterschied zu 1981 heute sich etliche Gruppen in der BRD mit der Zusammenlegungsforderung und mit dem Frontkonzept der RAF auseinandersetzen. Seit dem Beginn des Hungerstreiks wurde ca. 20mal im europäischen Bereich gestreikt. Die Aktionen, die verschiedenen Anschläge sind sehr unterschiedlich...

**...auch unterschiedlich erfolgreich...**

Elard: ...auch, nur darf man nicht den Fehler machen, alles am Erfolg zu messen. Auf jeden Fall gibt es in einer ganz bestimmten Linken eine ganz andere Form von Echo, als es das z.B. 1981 gegeben hat.

**Gibt's denn von Euch Kontakte z.B. zu den Bundestagsgrünen?**

Elard: Nee, gibt es nicht. Was uns bekannt ist, ist, daß die Regenbogenfraktion im Europaparlament kurz vor Weihnachten einen Dringlichkeitsantrag eingebracht hat, dem sich auch drei sozialistische und zwei Drittel der kommunistischen Abgeordneten angeschlossen haben. Es ging darum, sich im Europäischen Parlament überhaupt erstmal mit dem Hungerstreik zu be-

fassen. Das ist von den Sozialdemokraten und der geballten Rechten abgelehnt worden. Insofern kann ich die Ansicht, daß die politische Situation heute schlimmer als bei den letzten Hungerstreiks ist, nicht teilen.

**Man muß da wohl zwei unterschiedliche politische Situationen unterscheiden: 1. Wie ist das Verhältnis zwischen Linke und RAF, das ist heute teilweise nicht mehr so von kompromisslosen Haltungen geprägt wie 1981; dann gibt es 2. aber das Verhältnis zwischen RAF und RAF, und da denke ich, ist die Situation, sofern das möglich ist, schlimmer als 1981.**

Elard: Insofern hast Du sicher recht. Rebmann und die Bundesregierung werden jetzt versuchen, die harte Haltung durchzuziehen und die Frage ist, inwieweit sie das politisch heute schaffen können. Und das heißt: die Gefangenen durch den Hungerstreik loszuwerden. Denn eines kann man klipp und klar festhalten und ich möchte das mit den nötigen Ausrufezeichen versehen, weil wir da immer wieder drauf angesprochen werden. Wir wissen von sehr vielen Gefangenen, die sich jetzt im Hungerstreik befinden, daß sie diesen Hungerstreik nur dann beenden werden, wenn die Forderungen erfüllt werden. Auf Zusagen, die nicht eingehalten werden, wie 1981; wird sich heute nicht mehr eingelassen werden. Schon 1981 haben die Gefangenen gesagt: wenn die Zusagen nicht eingehalten werden, werden wir erneut in Hungerstreik gehen, das genau ist der heutige Hungerstreik.

**Wenn die Situation aber so ernst ist, wie Ihr es beschreibt, reicht es doch nicht mehr aus, sich bloß hinter die Forderung zu stellen, oder sich gar nicht zu ihr zu verhalten, wie das die Bundestagsgrünen tun, es muß doch etwas in Gang kommen, aktiv für die Zusammenlegung der Gefangenen getan werden.**

Elard: Das ist richtig. Das sollen sich die Leute auch mal überlegen, das erwarten wir, was das heißt, wenn eine Bundesregierung es darauf anlegt, hier politische Gefangene verhungern zu lassen, also umzubringen. Was das aber auch, in der Folge, heißt für diese bundesrepublikanische Linke. Das ist überhaupt kein moralischer Appell, das ist eine eminente politische Frage!

Wolfgang: Der Druck, der hier in der Bundesrepublik gemacht werden kann, wird allerdings vermutlich nicht ausreichen, es ist da auch ganz wichtig, den internationalen Zusammenhang zu sehen, zumal es ja nicht so ist, daß es po-

Der Verteidiger von Christian Klar, Elard Biskamp, und der Verteidiger von Helmut Pohl, Wolfgang Kronauer, äußern sich in dem folgenden AK-Interview u.a. zur Lage der Gefangenen im Hungerstreik, der Zwangsversorgung, den Absichten der Bundesregierung und den Konstruktionen des Staates über die „Zellensteuerung“.

litische Gefangene und eine derartige Behandlung nur hier in der BRD gibt. Es gibt jetzt Kontakte mit Anwälten aus anderen Ländern und die Frage, inwieweit die Mindestgarantien der Genfer Konvention auf die Guerilla anzuwenden sind, wird Thema einer größeren Konferenz sein, auf der auch Vertreter von politischen Gefangenen aus anderen Ländern da sein werden.

Elard: Das ist wichtig, weil die Bekämpfung des politischen Gegners in Westeuropa zusehends gleichgeschaltet wird, und da spielen BRD und Frankreich die Vorreiter. Da muß man an Mitterands Vorschlag von 1983 denken, einen Europäischen Strafgerichtshof speziell auch für Fragen von Auslieferungen politischer Gefangener einzurichten.

## Bürgerliche Presse und Hungerstreik

Wolfgang: Um jetzt mal auf die bürgerliche Presse zu kommen. Ich glaube schon, daß man sagen kann, daß die Linke ist, den Hungerstreik möglichst gar nicht zu erwähnen, oder, wie in der „Frankfurter Rundschau“ mal was unter der Rubrik „Personalien“ zu bringen. Das ist sicher auch mit der Bundesanwaltschaft abgesprochen. In einer Pressekonferenz hat sich Rebmann für dieses Ignorieren des Hungerstreiks in der Presse auch ausdrücklich bedankt.

Wenn überhaupt werden also die Anschläge in den Vordergrund gestellt, um dieses Konstrukt von der RAF-Gesamtstrategie zu belegen und weiter auszubauen. Damit dann weitere Verschärfungen, wie jetzt die Kontaktsperre, in der Öffentlichkeit vorzubereiten.

Elard: Es kommt da nicht von ungefähr, daß der justizpolitische Sprecher der SPD, Emmerlich, gefordert hat, daß präventive Maßnahmen ergriffen werden sollen und Wernitz von der SPD hat die Kontaktsperre ja direkt gefordert.

Wolfgang: Er hat sich sogar auf 1977 bezogen!

Elard: Damit soll dann der angebliche Kontakt zwischen Inhaftierten der RAF und deren „bewaffneten Kommandos draußen“ endlich mal zerschlagen werden. Diese behauptete Lenkung der Anschläge draußen durch die inhaftierten RAF-Leute hat natürlich eine ganz klare Funktion: die un-menschlichen Haftbedingungen, die totale Isolation kann nicht mit einer

Ausbruchgefahr begründet werden: das ist bei den Hochsicherheitsstrakten wirklich ausgeschlossen. Die Regierung kann aber natürlich auch nicht zugeben, daß die Haftbedingungen den Zweck verfolgen, die Gefangenen fertig zu machen, sie zu vernichten. Also behauptet man, sie würden aus dem Knaus heraus Aktionen drauß lenken und müßten, damit das verhindert wird, vollständig isoliert werden. Diese behauptete Steuerung aus dem Knaus, die Zellensteuerung steht dem politischen Selbstverständnis der RAF total entgegen. Das würde ja eine zentrale Bestimmung der Politik „von oben“ bedeuten, während für die RAF die Selbstbestimmung des Kampfes in den Metropolen für jede Gruppe und für jeden einzelnen zum Selbstverständnis gehört.

Liest man in einer Broschüre des BMI aus dem Jahr 1983, daß die körperliche Unversehrtheit des politischen Gefangenen hinter dem Schutz der Allgemeinheit zurückstehen müsse, wird klar, wozu eine Gefährdung durch Zellensteuerung konstruiert und verbreitet wird.

## Haftverschärfung seit Hungerstreikbeginn

Wolfgang: Man muß sagen, daß seit zwei Jahren die Verteidigertätigkeit immer mehr behindert wird, immer mehr Verteidigerposten z.B. kommt nicht durch, wir schreiben dann seitenweise Beschwerden, die allesamt mit einem Satz abgelehnt werden. Dann wird der § 146 immer weiter ausgeweitet, so daß politische Gefangene manchmal einige Zeit gar keinen Anwalt haben.

Elard: Es ist nicht so, daß seit Beginn des Hungerstreiks die Verteidigerarbeit noch stärker behindert wird als in den letzten zwei Jahren ohnehin schon. Verschlechtert hat sich die Situation allerdings für unsere Mandanten. Besuche werden seit Beginn des Hungerstreiks immer häufiger abgebrochen, auf den Helmut haben sie es da wohl auch nochmal besonders abgesehen, bei dem wird alles, aber alles nach fünf Minuten abgebrochen. Bei den Celler Gefangenen, die ja nicht nach § 129a verurteilt worden sind, deshalb keine Trennscheibe haben, daß die sich am Anfang umarmen. Seit dem Hungerstreik gibt es ein Berührungsverbot. Wenn man dann allerdings so Sprüche wie die von SPD-Mann Emmerlich hört, dann wird auch klar, daß die Kriminalisierung der Verteidiger so weit auch nicht mehr ist. Da hat man wohl noch was in petto.

**Für den AK sprach Fassanbauer**

Pohrt behauptet:  
Pohrt beleidigt:

# Hungerstreik stört Amnestiekampagne

Das Leben als Polemiker ist hart, nicht jeder Tag bringt etwas, was eine gute Polemik wert ist, vieles hat man schon so oft gesagt, daß es nicht einmal die eingelebtesten Fans mehr hören mögen. Was aber ist ein Polemiker, um den es wochen- und monatelang still ist?

Wolfgang Pohrt mag sich dies, das und anderes gedacht haben, bevor er sich an seinen Schreibtisch setzte, um einen Beitrag für eine Veranstaltung im Frankfurter Kino „Berger Straße“ zu verfassen. Im Anschluß an die Vorführung des US-Films „Underground“, einer Reportage über den bewaffneten Kampf der Weather Underground Organisation in den USA der 70er Jahre, sollte dort über politische Gefangene in Übersee und hierzulande, über Amnestie und Hungerstreik gestritten werden. Die Tendenz war nach kurzer Diskussionszeit klar: in dem Film „Underground“ wurde zwar sehr plastisch und anschaulich berichtet, daß es einen gewaltfreien Widerstand gegen einen imperialistischen Staat nicht geben könne, daß Militanz notwendig sei, aber nicht ohne eine solide Basis auskomme — für die geladenen Diskussionsredner K.D. Wolff (Stroemfeld/Roter Stern-Verleger) und Pohrt ging es aber nicht wirklich um den Film, sondern um die Tatsache, daß die Weather-Leute den bewaffneten Kampf mittlerweile aufgegeben und — nach Darstellung von Pohrt und Wolff — durch Agreements mit der Staatsanwaltschaft eine Art Amnestie für sich aushandeln konnten. Runde frei für eine Neuaufgabe der Amnestiekampagne vom Januar des letzten Jahres also — unterbrochen nur von ein paar heiseren Zwischenrufen und emporien bis

fassungslosem Gelächter etlicher Aktiven aus dem antiaimperialistischen Spektrum. Die Neuaufgabe einer uralten, schon zu ihren Gründungszeiten politisch verfehlten Kampagne allein bringt es natürlich auch nicht. Also griff Pohrt in den „Baukasten für den fortgeschrittenen Polemiker“ und braute ein Manuskript zusammen (s. „taz“, 8.1.85).

Pohrts Ausgangsanalyse: „Die RAF hat das Spielchen Einer gegen Alle gespielt, ein Spiel, in dem es keine Diskussion, keine Vernunftgründe, keine Kritik geben kann.“

Selbst, wenn die RAF zu Beginn dieses „Spielchens“ recht gehabt hätte, so Pohrt, wäre das heute nicht mehr vernünftig, weil man, selbst wenn man immer recht hat, man auf Dauer nicht schlauer ist als derjenige demgegenüber man recht hat. Eine erstaunliche Erkenntnis für einen, der sich für einen Aufklärer hält und der westdeutschen Linken, oft zu recht, ihren schlecht verbrämten germanischen Mystizismus unter die Nase reibt. Vernunft ist nämlich nach dieser Ausgangsanalyse vor allem eine quantitative Frage: Wie viele gegen wen? Wie oft vorgebracht?

Pohrts These 1: Gewalt wird hierzulande von den jeweiligen Extremisten ein „unentwirrbares Gefühlsgeflecht aus heiliger Verehrung und tiefer Verachtung“ eingebracht, deshalb liegt die Durchführung einer Amnestie auch „jenseits des Vorstellungshorizontes aller Beteiligten“. Den einen ist — nach Pohrt — der bewaffnete Kampf ein Heiligtum, den anderen ein Dämon. Pohrt als der Rationalist und Aufklärer (siehe Ausgangsanalyse) hält dagegen: der Staat sollte die Guerilla für einen ganz normalen Gegner halten, die RAF sollte ... ja, was ei-

gentlich? Aber dazu später. Bleiben wir beim Staat. Pohrt setzt sich mit keiner Silbe damit auseinander, wie der Staat die politischen Gefangenen tatsächlich behandelt. Die Haftbedingungen sind sein Thema nicht. Sie können ihm ja sein schönes polemisches Puzzle kaputt machen: der Staat behandelt die Gefangenen nämlich nicht wie Dämonen, er behandelt sie wie Gegner; er will sie verschwinden lassen. Der Weg dorthin ist kein Exorzismus, kein gigantisches Ausreißungspektakel. Er läßt feststellen, ganz kahl, ganz nüchtern und nachvollziehbar: es gibt wichtigeres als die körperliche Unversehrtheit der Inhaftierten, die Sicherheit der Allgemeinheit zum Beispiel. In den Tod führen viele Wege. „Selbstmord“, „Verhungern lassen“ ...

Pohrts These 2: Die RAF sollte ... aufgeben, stillhalten, lieb sein. Um argumentativ zu belegen, daß dies das Einzige ist, was ihnen noch übrig bleibt, ist Pohrt kein Orff zu tief, kein Vergleich zu unappetitlich. Die RAF sollte doch nicht so tun, als kämpfe sie noch — das, so die allerletzte Schlussfolgerung, erinnere doch wirklich an Hitler. Aha! Weil: Kämpfen kann nur, wer eine Waffe und Bewegungsfreiheit besitzt. Wer das nicht vorweisen kann, bei dem ist eine „ganz allgemeine Sucht, jedwede Tätigkeit als Kampf zu deklarieren“ zu verzeichnen, und das erinnert, ganz klar, an „Mein Kampf“ und das ist von Hitler. Das ist die Ergänzung zur These von „Grün = Braun“: „Rot mit Knarre = Hitler“. Vielleicht bringt's Wolfgang Pohrt ja nochmal zu einem interessanten Posten im GdL-Troß, ein Ministerialdirektor für Tiefschläge ... Fassanbauer





## Exzessive Auslegung des Verbots der »Mehrfachverteidigung« Fünf Wochen ohne Verteidiger im Knast

Etwa zehn Jahre ist es her, daß in der Bundesrepublik mit einer Welle von Anti-Terrorgesetzen und der Verschärfung von Haftbedingungen begonnen wurde, die Justiz gegen die neue Erscheinung eines bewaffneten Widerstands in der BRD zu rüsten. Und sie machte ihren Namen als dritte Gewalt alle Ehre.

Als 1975 der erste Prozeß gegen Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan Carl Raspe begann, stellte der »Rechtsstaat« in aller Schnelle — gerade noch rechtzeitig vor Prozeßbeginn — auf das Programm Innere Sicherheit um: Verbot der kollektiven Verteidigung und Beschränkung auf drei Verteidiger. Der Begriff Stammheim — Symbol für das damals noch sozialliberale »Modell Deutschland« — fand Eingang in den internationalen Sprachgebrauch. Inzwischen haben viele Knäste »ihren«, diesem Vorbild nachempfundenen Hochsicherheitsstrakt.

Es folgte die gesetzliche Regelung zum Ausschluß von Angeklagten und Verteidigern aus dem Prozeß und dann als Kernstück der Justiziellen Terrorismus-»Bekämpfung« der § 129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung). Er wurde die eigentliche Mehrzweckwaffe zur Bedrohung und Kriminalisierung eines wie immer gearteten »Umfeldes« — einschließlich der Angehörigen und Verteidiger der RAF-Gefangenen. Er erleichtert die Inhaftierung und erschwert die Haftbedingungen: Tremscheibe, Überwachung des Schriftverkehrs und wie die systematischen Schikanen alle aussehen. In dieser Hinsicht ist der BRD-Staat so außerordentlich phantasievoll — von wen er hat das nur...?

Heute sind etwa hundert politische Gefangene in den Knästen dieses unseres Landes. (Gezählt sind hier nur diejenigen, die Bürger desselben sind. Daß uns das Schicksal von Neofaschisten in diesem Zusammenhang nicht interessiert, mag man uns nachsehen: Liberale sind wir nicht). Die meisten sitzen seit Jahren in Isolation, viele lebenslänglich, manche ein paar Mal lebenslänglich. Acht von ihnen sind in den letzten zehn Jahren im Gefängnis umgekommen. Trotz mehrerer Hungerstreiks hat sich an der Situation nichts geändert.

Inzwischen ist das weitgehend zum Alltag geworden. Wer nicht betroffen ist oder Betroffene in seiner Bekanntschaft hat, hat die anfangs aufsehenerregenden Entwicklungen häufig vergessen — oder etwa nicht? Die »demokratische Presse« schweigt, Umwelt und Tiere sind aktueller. Weil man so menschlich geworden ist heutzutage. Der AK beginnt mit einer Artikelserie über die Lage politischer Gefangener, ohne ein Rezept anbieten zu können.

Wer heute ein Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung, Mitgliedschaft oder Werbung für eine »terroristische Vereinigung« gegen sich laufen hat, hat große Schwierigkeiten, eine/n Verteidiger/in seines Vertrauens und seiner eigenen Wahl zu finden — eine/n erfahrene/n Verteidiger/in zu bekommen, ist schon gar nicht möglich.

### Ohne Verteidiger im Knast

Der Fall von Christa Eckes ist allerdings bisher einmalig. Sie gehört zu der Gruppe von sechs Leuten, die am 2. Juli letzten Jahres in einer Frankfurter Wohnung festgenommen worden sind und unter dem Verdacht stehen, der RAF anzugehören. Gegen alle ist sofort Haftbefehl erlassen worden. Christa Eckes mußte mehr als fünf Wochen nach ihrer Verhaftung im Knast zubringen, ehe erstmals ein Verteidiger Kontakt zu ihr aufnehmen konnte.

Es gehört zu den elementarsten Rechten und vorrangigsten Interessen eines/r Beschuldigten, schnellstens eine/n Vertrauensanwalt/anwältin zu bekommen, vor allem, wenn er/sie in Haft genommen worden ist. Ohne Verteidigung ist mensch einigermaßen hilflos den Vorwürfen und Vernehmungen versunken durch die Ermittlungsbehörden ausgeliefert. Nur ein/e Verteidiger/in hat das Recht, in die Akten Einsicht zu nehmen und sich so ein Bild über die Ermittlungsergebnisse und »Erkenntnisse« der Staatsanwaltschaft zu machen. Ohne diese Aktenkenntnis können Verunsicherungsversuche von Vernehmungsbeamten viel eher greifen. Die Ohnmacht und Orientierungslosigkeit, in die mensch nach einer Verhaftung sowieso leicht verfallen kann, werden gesteigert ohne die Möglichkeit, unüberwachte Besuche von einem/r Verteidiger/in des Vertrauens bekommen zu können. Andere Außenkontakte — soweit sie überhaupt bestehen — können das nicht ersetzen: In der Sache selber, wegen der mensch jetzt im Knast sitzt, können sie sowieso keinen Schutz bieten und außerdem finden solche Kontakte unter strenger Überwachung statt. Keine freie Äußerung ist möglich, z.B. über eigene Schwierigkeiten, mit der Haftsituation fertig zu werden, denn solche Äußerungen werden natürlich sofort registriert und gegen einen verwendet; keine Mitteilung über Schikanen und Mißhandlungen, denn solche Mitteilungen werden als »Störung der Anstaltsordnung« unterbunden, Briefe angehalten, Besuche abgebrochen; keine Frage über die Situation der gefangenen Freunde, die unter demselben Vorwurf verhaftet worden sind, denn solche Fragen können als »Verdunkelungsversuch« gewertet werden und die Unterbrechung des Besuchs- oder Briefkontakts legitimieren.

Weil ein/e Gefangene/r ohne Verteidigung fast schutzlos dem Einfluß und

der Gewalt der Strafverfolgungsbehörden ausgeliefert ist und selber keine Chance hat, den Gang des Ermittlungsverfahrens zu beeinflussen, gehört es in diktatorischen Regimes zur ständigen Praxis, besonders bei politischen Gefangenen anwaltliche Kontakte gerade in der ersten Zeit nach der Verhaftung zu unterbinden.

In der BRD kann nach dem Gesetz jede/r Beschuldigte/r »sich in jeder Lage des Verfahrens des Beistandes eines Verteidigers bedienen« (§ 137 Strafprozeßordnung). Daß dieses Recht für Christa Eckes nur auf dem Papier bestand, geht darauf zurück, daß der zuständige Ermittlungsrichter am BGH drei Mal hintereinander Anwalt/inn/en, die sich um die Übernahme des Mandats bemüht haben, zurückgewiesen hat. Im Zusammenhang mit den sechs Verhaftungen in Frankfurt wurden in insgesamt neun Fällen Anwälte/innen, die ein Mandat übernehmen wollten, nicht zugelassen. Dadurch hatten auch Barbara Ernst erst am dritten und Volker Staub erst am vierten Tag nach der Festnahme den ersten Anwaltsbesuch. Stets wurden die Zurückweisungen damit begründet, der/die jeweilige Anwalt/Anwältin habe bereits eine Verteidigung in »derselben Sache«.

### Stammheimer Sonderrecht...

Diese Begründung ist an sich nicht neu. Kurz vor Beginn des ersten »Stammheim-Prozesses« gegen Ulrike Meinhof u.a. wurde ein Gesetz verabschiedet, das die »Verteidigung mehrerer Beschuldigter durch einen gemeinschaftlichen Verteidiger« verbietet (§ 146 StPO). In keiner Prozeßordnung eines vergleichbaren Landes gibt es dieses pauschale Verbot.

Kurzfristig hatte dieses Gesetz — zusammen mit der gleichzeitig in Kraft getretenen Beschränkung der Verteidigerzahl auf drei — zum Ziel, die Verteidigung im Stammheim-Prozeß empfindlich zu stören. Langfristig hat die Anwendung des § 146 durch die Justiz dazu geführt, daß es immer schwieriger wird, überhaupt noch Vertrauensanwalt/e/innen für RAF-Angeklagte zu finden. In den praktischen Auswirkungen kommt also gerade das Gegenteil davon heraus, was das Gesetz nach dem erklärten Willen seiner Schöpfer erreichen sollte, nämlich einen Schutz für den Angeklagten. Es sollte — so die offizielle Begründung — verhindert werden, daß der Angeklagte durch »Interessenkollisionen«, die bei einer gemeinsamen Verteidigung mehrerer Beschuldigter durch einen Anwalt/Anwältin entstehen könnten, um eine effektive, nur seinen Interessen gewidmete Verteidigung gebracht wird. So weit so gut. Tatsächlich ist dieser Paragraph als Waffe gegen RAF-Angeklagte benutzt worden, indem die Voraussetzungen für die Zurückweisung eines/r Verteidiger/in immer weiter ausgelegt worden sind.

Damit § 146 angewendet werden kann, müssen die Beschuldigten wegen »derselben Tat« angeklagt sein. Jeder normale Mensch würde darunter z.B.

verstehen, daß die Angeklagten demselben Kommando angehört haben sollen, das eine bestimmte Aktion durchgeführt oder geplant hat. Die Justiz aber sieht diese Voraussetzung bei jedem/r, der/die wegen Mitgliedschaft, Unterstützung oder Werbung für dieselbe »terroristische Vereinigung« angeklagt ist, bereits als erfüllt an, egal um welchen konkreten Tatvorwurf es sich handelt. Entgegen dem Gesetzeswortlaut soll es auch nichts ausmachen, wenn die Beschuldigten in getrennten Verfahren angeklagt sind. Sogar wenn das eine Verfahren bereits rechtskräftig abgeschlossen ist, soll die Verteidigung in dem anderen § 129a-Verfahren nicht zulässig sein. Außerdem spielt es nach der Rechtsprechung für die Anwendbarkeit des § 146 keine Rolle, welchen Umfang die frühere Verteidigertätigkeit hatte.

Durch diese Auslegung des Gesetzes wurde das Kriterium des »sachlichen und zeitlichen Zusammenhangs«, das für die Zuordnung zu »derselben Tat« und damit für die Anwendbarkeit des § 146 maßgeblich ist, ad absurdum geführt. Das Ergebnis davon ist, daß jemand, der/die einmal in einem RAF-Prozeß verteidigt hat oder auch nur irgendeinen anwaltlichen Kontakt zu einem RAF-Beschuldigten gehabt hat, für die Zukunft von der Übernahme solcher Mandate ausgeschlossen ist.

Die wenigen Anwälte, die überhaupt bereit sind, RAF-Angeklagte zu verteidigen, sind so früher oder später »verbraucht«. Wie sehr sich die Situation für RAF-Angeklagte verschärft hat, wird durch einen Vergleich vorher/nachher erst richtig begrifflich: Noch in den ersten RAF-Verfahren war es bis zum Erlass des § 146 und der Beschränkung der Verteidigerzahl möglich, durch eine Vielzahl von auch erfahrenen und bekannten Verteidiger/innen einen demokratischen Schutz für die Angeklagten herzustellen. Z.B. hatte Irmgard Möller in ihrem Hamburger Verfahren sechzehn Vertrauensanwälte/innen; im Stammheimer Prozeß gegen Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Andreas Baader hatte jeder von ihnen zehn bis vierzehn Wahlverteidiger/innen (noch bevor die Prozesse angingen, wurden dann allerdings die neuen Gesetze wirksam). Heute wird es zunehmend schwieriger, überhaupt noch eine/n Vertrauensanwalt/anwältin zu finden. Oft handelt es sich um Berufsanfänger/innen, die dann im Prozeß einem durch jahrelange Erfahrung in RAF-Prozessen geschulten Vertreter der Bundesanwaltschaft gegenüberstehen.

### ... wird extensiv ausgelegt

Daß bei der Anwendung des § 146 das Interesse — nämlich RAF-Angeklagte in ihrer Verteidigung zu behindern — die Erkenntnis — d.h. die »Auslegung« des Gesetzes — leitet, hat sich nun bei den sechs Frankfurter Verhaftungen aufs neue erwiesen.

Erstmals ergab sich hier die Frage, ob auch dann ein »sachlicher und zeit-

licher Zusammenhang« zwischen den Tatvorwürfen besteht, wenn ein 129a-Beschuldigter erst zu einem Zeitpunkt zur RAF gestoßen sein kann, wo ältere RAF-Angehörige schon längst im Knast gesessen haben. So wollte die Verteidigerin von Brigitte Mohnhaupt, die Rechtsanwältin Brenneke-Eggers, das Mandat von Volker Staub übernehmen. Staub soll »zumindest seit Juni 1984« Mitglied der RAF sein, zu diesem Zeitpunkt war Brigitte Mohnhaupt längst in Haft. Die Verteidigung von Christa Eckes, die »mindestens seit Anfang 1982« sich wieder der RAF angeschlossen haben soll, wollten Rechtsanwältin Hårdle und die Anwältin Brandt übernehmen. Hårdle vertritt Roland Mayer, der seit 1976 in Isolation sitzt, und Ute Brandt hat den seit 1979 inhaftierten Rolf Heißler gerade einmal im Knast besucht, um ein sogenanntes Haftmandat zu übernehmen. Rechtsanwältin Krause hatte eine Besuchserlaubnis bei Ingrid Jakobsmeier beantragt, die verdächtig ist, »spätestens seit Sommer 1981« Mitglied der RAF zu sein. Die Anwältin ist Pflichtverteidigerin von Rolf-Clemens Wagner, der Ende 1979 in Zürich verhaftet worden ist und später an die Bundesrepublik ausgeliefert wurde.

### »Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung« im Knast?

Alle vier Anträge sind von dem zuständigen Ermittlungsrichter beim BGH abgelehnt worden, wegen Verstoß gegen das Verbot der gemeinschaftlichen Verteidigung. Hier noch einen »zeitlichen und sachlichen Zusammenhang« zu konstruieren, obwohl die jeweiligen Beschuldigten tatsächlich niemals zur selben Zeit der RAF angehört haben können, ist nur auf zwei Wegen denkbar: Entweder reicht es für die Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung« aus, sich zu den Zielen dieser Gruppe zu bekennen — dann können natürlich auch Gefangene, die in Isolationhaft sitzen und keinerlei »terroristische« Aktivitäten entfalten können, nach wie vor Mitglieder der RAF sein; oder aber man geht davon aus, daß die inhaftierten RAF-Gefangenen sehr wohl noch Aktivitäten entfalten und die Aktionen »draußen« steuern — dann wäre natürlich ein konkretes Zusammenwirken von Leuten, die »draußen« für die RAF aktiv sind, und den RAF-Gefangenen »drinnen« möglich. Allein, dafür fehlen jegliche Beweise (daß Parolen wie »Drinnen und Draußen — ein Kampf!« keine gerichtsverwertbaren Beweise darstellen, liegt auf der Hand). Zu allgemeinen Propagandazwecken wird diese Zusammenarbeit zwar immer wieder behauptet, auch werden mit dieser Behauptung Ermittlungsverfahren wegen eines angeblichen »illegalen Informationssystems« bald jahrelang dahingeschleppt, an stichhaltigen Beweismaterial hat es aber bisher gefehlt. Auch in dem konkreten Zusammenhang mit den sechs in Frankfurt Verhafteten gibt es selbst-

verständlich keinerlei Anhaltspunkte für eine »Steuerung aus den Gefängniszellen heraus«.

Der Ermittlungsrichter beim BGH hat deshalb in seinen Zurückweisungsbeschlüssen diesmal die erste Variante von einem »Weiterbestehen der terroristischen Vereinigung in den Gefängniszellen« bevorzugt. Es heißt dort ganz schlicht: »Es ist allgemein bekannt, daß die inhaftierten »RAF«-Angehörigen ihren »Kampf« auch in der Haft nicht aufgegeben haben.« Umstandeslos wird daraus eine »sachliche und zeitliche Überschneidung der Sachverhalte, die bei Rolf Heißler Gegenstand der Verteidigung ... sind und die der Beschuldigten Barbara Ernst in diesem Verfahren angeklagt werden«, abgeleitet (Beschluss v. 30.7.84). In Bezug auf die RAF-Angeklagte Brigitte Mohnhaupt heißt es in einem weiteren Beschluß noch deutlicher: »Ihre Verhältnisse und ihre Erklärungen in der noch andauernden Hauptverhandlung belegen ihre Zugehörigkeit zu dieser Vereinigung bis in die Gegenwart.« Und weiter: »Wegen des engen zeitlichen und sachlichen Zusammenhangs besteht zwischen den der Brigitte Mohnhaupt und dem Beschuldigten Staub vorgeworfenen Taten Identität ..., so daß ... die Voraussetzungen der unzulässigen gemeinschaftlichen Verteidigung gemäß § 146 StPO gegeben sind.« (Beschluss v. 23.7.1984). In einem weiteren Beschluß wird das Weiterbestehen der Mitgliedschaft von Rolf Heißler in der RAF mit dem lapidaren Satz begründet: »Aus seiner Zugehörigkeit zur »RAF« macht er auch nach seiner Inhaftierung keinen Hehl!«, um auch hier den Schluß zu ziehen, daß »die der Beschuldigten Christa Eckes und die der Verurteilten Rolf Heißler angeklagten Straftaten nach § 129a StGB ... sich daher zeitlich wie sachlich (überschneiden)« (Beschluss v. 24.8.1984).

Abgesehen davon, daß die RAF-Gefangenen sich während ihrer Gefangenschaft gerade nicht als Mitglieder der RAF begreifen, weil das mit ihrem Verständnis von einer den bewaffneten Kampf führenden Guerillaorganisation unvereinbar ist, können »Erklärungen« und Bekenntnisse für die juristische Zuordnung zu einer »terroristischen Vereinigung« sowieso keine ausreichende Grundlage sein. Selbst die verbindliche Auslegung des Bundesverfassungsgerichts setzt für eine »mitgliedschaftliche Teilnahme« voraus, daß Handlungen vorliegen, die zumindest die Grundlage für die Tätigkeit der Vereinigung schaffen oder erhalten sollen, und daß der Betreffende gewillt ist, sich am »Verbande« zu beteiligen (BVerfGE 36, 22 ff). Dazu finden sich in den Beschlüssen natürlich keinerlei Argumente. Aber der Bundesanwaltschaft, die die Argumentation in ihren Stellungnahmen zu den Anträgen der Anwälte/innen dem Ermittlungsrichter s.T. wörtlich vorgegeben hat, geht es ja ganz offensichtlich auch nur um das Ergebnis.

F. Anti-Repressionskommission  
Hamburg



# Italien: 15 Tote bei faschistischem Anschlag »Wer wird diesmal freigesprochen?«

„Mörderstaat“, „Gerechtigkeit“, „P2“, „Runter mit den Heuchlern von der Bühne“ und „Wo ist Bettino“ (Ministerpräsident Craxi; Anm. AK) — das waren einige der Parolen auf der offiziellen Trauerfeier am 27.12.84 in Bologna für die 15 Opfer des faschistischen Anschlags vom 23.12. auf den Schnellzug Florenz — Bologna. Diese Parolen machen klar, daß in weiten Teilen der italienischen Bevölkerung die Verantwortung für den Anschlag auf den Staat selbst gesehen wird. Und in der Tat: Offener als in jedem anderen Land Westeuropas ist für Italien erwiesen, daß wesentliche Teile des Staatsapparates, der Geheimdienste und der Polizei bis über beide Ohren in den Anschlag verwickelt sind und daß hier die Verantwortlichen sitzen.

## Das Attentat

Die Bombe explodierte im viertletzten Waggon des Schnellzuges Neapel — Mailand, der mit Weihnachtsurlaubern voll besetzt war, gerade in dem Augenblick, als der Zug durch den mit 19 km zweilängsten Eisenbahntunnel der Welt fuhr. Über 100 Personen wurden verletzt, 15 starben. Die Bergungsarbeiten waren so grausam, daß ein Helfer sich unter dem Eindruck des Grauens selbst erschoss.

Die Auswirkungen hätten noch weit aus schlimmer sein können: Entgegen dem Fahrplan fuhr der Zug zu diesem Zeitpunkt nur 60 km/h (anstatt 140 km/h) und der Gegenzug, der fahrplanmäßig mit dem Schnellzug Neapel — Mailand mitten im Tunnel hätte zusammengetroffen sollen, hatte soviel Verspätung, daß er gerade noch rechtzeitig gestoppt werden konnte. Nach dem bisher hier bekanntgewordenen Stand der Ermittlungen fertigte die Polizei 2 Phantombilder von zwei Männern an, die angeblich in Florenz den Wagen verlassen hatten, in dem die Bombe detoniert war — mehr konkrete Hinweise auf die Täter scheint es nicht zu geben. Die ganze Anlage des Attentats läßt auf Experten schließen und in der italienischen Öffentlichkeit besteht überhaupt kein Zweifel, daß dies ein faschistisches Attentat gewesen ist. Eine kurzfristig lancierte Meldung, die „Brigate Rosse“ (Rote Brigaden) hätten sich dazu bekannt, wurde unmittelbar darauf von diesen selbst dementiert; als weitere „Bekannter“ werden die „Ordine Nuovo“/„Ordine Nero“ (Neue bzw. schwarze Ordnung, faschistisch) sowie die „Nuclei armati rivoluzionari“ (NAR, bewaffnete revolutionäre Zellen), „Rosa dei Venti“ (Windrose; alle faschistisch) und „Terza Posizione“ genannt. Doch wer auch immer genau dies Attentat begangen hat (wenn dies — was sehr unwahrscheinlich ist — je aufgedeckt wird), ein Stichwort taucht in Italien bei solchen Anlässen mit Recht immer wieder auf: „Strage dello Stato“ (Blutbad des Staates). Als die Democrazia Proletaria dieses Stichwort in die Diskussion brachte, flüchtete Innenminister Scalfaro (DC) aus: Wer davon spräche, der „reibe Verbrechen an Verbrechen“.

Frühjahr 74: In Brescia explodiert auf einer Gewerkschaftsveranstaltung eine Bombe; 6 Tote. Täter: unbekannt. 21.4.74: Das erste Attentat auf die Bahnlinie Florenz — Bologna; keine Opfer. 4.8.74: Attentat auf den Italicus-Express — wieder an demselben Tunnel; 12 Tote. Mitte '83 werden der Faschist Mario Tuti und 5 Komplizen aus Mangel an Beweisen freigesprochen (Tuti sitzt wegen eines anderen Mordes ein). 2.8.80: Eine Bombe legt den Bahnhof von Bologna teilweise in Schutt und Asche; 85 Tote, hunderte Verletzte. Bis heute haben die Ermittlungen kein handgreifliches Ergebnis gebracht. Unwidersprochen sind bisher aber folgende Einzelaussagen: So berichtete der Faschist (und Mitglied des Geheimdienstes) Elio Clolini, daß der „Großmeister“ der P2, Licio Gelli, in der Loge von Monaco mit führenden Faschisten, darunter Karl-Heinz Hoffmann und Stefano Della Chiaie, das Attentat geplant habe. Ähnliches (nämlich Hoffmanns Beteiligung) berichtete die englische Zeitschrift „searlight“ 1984. Im Zusammenhang mit dieser Aussage wurde der Faschist Pagliai von Bolivien an Italien ausgeliefert, wo er — ohne auszusagen — starb. In Bolivien war Pagliai Komplize von Della Chiaie und Joachim Fiebelkorn gewesen, die dort eine Nazi-Gruppe („Freunde des Todes“) unter Klaus Barbie gegründet hatten und in

## Die braune Spur

Tatsächlich ist in Italien kein einziges der großen Attentate der letzten 15 Jahre wirklich aufgeklärt worden. Stattdessen hat es bei den Ermittlungen immer Beweise genug gegeben, daß Teile des Staatsapparates dazu beigetragen haben, die Ermittlungen zu behindern, wenn sie nicht sogar selbst die Auftraggeber gewesen sind: 12.12.69: In Rom und Mailand explodieren 2 Bomben, die zuerst der Linken in die Schuhe geschoben wer-

den. Ein Anarchist (Pinelli) fällt bei der polizeilichen „Vernehmung“ aus dem Fenster und stirbt. Erst auf öffentlichen Druck und konkrete Untersuchungen der Linken hin werden 2 Faschisten angeklagt, für die Bombe auf der Piazza Fontana in Mailand (16 Tote) verantwortlich zu sein. In diesen Tagen nun soll die 4. Auflage des Prozesses gegen Freda und Ventura eröffnet werden.

August 83: Ein erneuter Anschlag auf die Bahnlinie geht glimpflich aus. Vermutungen konstruieren einen Zusammenhang zwischen diesem Anschlag und der gleichzeitigen Flucht des P2-„Großmeisters“ Licio Gelli aus Schweizer Haft, bevor er an Italien ausgeliefert werden konnte.

den internationalen Rauschgifthandel sowie verschiedene Militärputsche in Bolivien verwickelt waren. Es gibt einen italienischen Haftbefehl gegen Fiebelkorn wegen Beteiligung an dem Attentat von Bologna. Seine Auslieferung an die italienischen Behörden wurde von westdeutschen Gerichten bisher aber abgelehnt.

13.1.81: Wiederum im Zug Florenz — Mailand wird eine Tasche mit Sprengsätzen und „Dokumenten“ gefunden, die auf eine Verbindung zweier Hoffmann-Kumpans mit dem Attentat von Bologna hindeuten. Wie sich später herausstellte, war diese Tasche als falsche Spur vom SISMI-General Musumeci (SISMI — militärischer Abwehrdienst) und seinem Adjutanten Belmonte gelegt worden. Musumeci wurde im Oktober 84 festgenommen.

Der Schatten der P2

## Als 1981 anlässlich einer Routinefahndung im Zusammenhang mit dem Finanzskandal um den Mafia-Bankier Michele Sindona und die Verwicklungen der Vatikanbank („Werk für göttliche Taten“) die Mitgliederliste einer angeblichen Freimaurerloge „Propaganda 2“ mit ihrem Großmeister Licio Gelli bekannt wurde, war der Skandal da. Aus allen Parteien mit Ausnahme der KPI, aus allen Repressionsapparaten und -diensten, waren führende Vertreter Mitglieder dieser Geheimgesellschaft, über die u.a. intensiver Waffenhandel mit Militärregierungen Südamerikas finanziert wurde, die mit mehreren Morden in Verbindung gebracht wird, deren Mitglieder die „Waschanlagen“ für Mafia-Geld aus dem Drogenhandel organisierten, und die sich insbesondere als Bollwerk gegen den Kommunismus verstand und dementsprechend handelte. Erst im letzten Jahr kam der offizielle Parla-

mentsausschuß zur Frage P2 zu dem Ergebnis, daß wesentliche Teile des Skandals immer noch nicht bekannt seien. Klar ist nur, daß die P2 ständig intensive Beziehungen zum rechten Terrorismus pflegte (was u.a. in einem Gerichtsurteil 1975 im Zusammenhang mit dem Italicus-Anschlag bestätigt wurde). Ein Ergebnis des offiziellen Untersuchungsausschusses zur P2 aber ist, daß in der P2 wesentlich die diversen Geheimdienste und Sicherheitsdienste sich ein parasitäres Machtinstrument geschaffen hatten, das jeglicher öffentlicher Kontrolle entzogen war.

Die Vorsitzende des Ausschusses, Tina Anselmi (DC), hält sogar Spekulationen für begründet, daß im Entführungsfall Moro die P2 im Spiel war. Immerhin waren die Chefs der für die Fahndung zuständigen Geheimdienste sämtlich P2-Mitglieder und bis heute ist beispielsweise nicht klar, wer den Befehl zur Ermordung Moros gegeben hat und wo Moro zuletzt gefangen gehalten wurde. Die „pentiti“ der „Roten Brigaden“ konnten oder wollten zu diesen Fragen jedenfalls nichts aussagen.

Wenn heute bei der Trauerfeier für die Opfer des Attentats vom 23.12.84 die Parole „P2“ gerufen wird, so deshalb, weil diese „Affäre“ den Zusammenhang von Unterdrückungsapparat, bürgerlichem Staat, Terror und Kriminalität in einem Maße offengelegt hat, wie es in keinem anderen westeuropäischen Land der Fall ist. Aber für die These, daß es in den anderen Ländern nichts Vergleichbares gäbe, spricht leider nichts — im Gegenteil. Mensch denke „nur“ an den französischen Faschisten Durand, der in der französischen Polizei selbst für die Aufklärung rechten Terrors zuständig war, oder an den Joachim Fiebelkorn, der in der BRD gerade wieder auf freien Fuß gesetzt wurde und von dem die FR (unwiderprochen) berichtete, daß er für das Bundeskriminalamt arbeitete. Schließlich: Das Attentat auf dem Münchner Oktoberfest und die widersprüchlichen und mageren „Ergebnisse“ der Ermittlungen sollten Anstoß genug zum Denken geben. E., Antifa-Kommission KB, Gruppe Hamburg

# Chile: Mit der Todesstrafe gegen Revolutionäre

Carlos García Herrera ist zusammen mit Victor Zuniga der erste der politischen Gefangenen, gegen die das Todesurteil gefällt wurde. Insgesamt fordert die Militärstaatsanwaltschaft gegen 13 politische Gefangene das Todesurteil — zum Teil nicht nur einmal, sondern bis zu viermal. Drei der Gefangenen sollen vor den sogenannten „Consejos de Guerra“ abgeurteilt werden, gegen die die Verteidiger Widerspruch eingelegt haben und über deren Anwendbarkeit der oberste Gerichtshof in Kürze entscheiden wird.

Carlos García wurde 1953 in der Provinz Talca, in einem ländlichen Gebiet geboren. Bis zu seinem 15. Lebensjahr lebte er dort und ging dort zur Schule. 1969 trat er in die Marine (Armada de Chile) ein, absolvierte dort seinen Militärdienst und spezialisierte sich als Elektromechaniker. Nach Beendigung der Ausbildung wurde er Anfang 1973 in die aktive Truppe abkommandiert und gehörte zur Mannschaft des Seekreuzers Prat. Dort schloß er sich einer Gruppe von Marinesoldaten an, die gegen das Offizierskorps opponierten, das bereits den Putsch gegen die Regierung Allende vorbereitet. Sie denunzierten die Putschpläne und verweigerten den Gehorsam.

„Wir hatten uns mit unserem Eid auf die Fahne verpflichtet, unser Land zu verteidigen, die Gesetze und die Verfassung zu respektieren. Die Beteiligung an einem Staatsstreich bedeutete für uns die Verletzung dieses Eides und bedeutete darüberhinaus einen Angriff auf unser eigenes Volk, das souverän eine Volksregierung gewählt hatte“ (aus einem „Testimonio“ von Carlos García). Nach vor dem Putsch, in der ersten Septemberwoche 1973, wurden über 50 der Marinesoldaten verhaftet, des Aufstandes und der Meuterei angeklagt und zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Carlos García saß eine dreijährige Haftstrafe im Gefängnis von Concepción ab, wo er auf gefangene Militante des MIR traf und sich 1974 dem MIR anschloß. 1976 wurde er freigelassen, beschloß in Chile zu bleiben und sein Recht auf Widerstand gegen die Diktatur wahrzunehmen. 1978 arbeitete er in Santiago mit einer Gruppe von Arbeitslosen für das Recht auf Arbeit und ein würdiges Leben. 1979 schloß er sich

dem aktiven Volkswiderstand, d.h. den Kampfgruppen der Resistencia Popular an. Seine Aufgaben bestanden in verschiedenen Aktionen des bewaffneten Widerstandes gegen die Diktatur wie Sabotage, Angriffe auf den Repressionsapparat, Beschaffung von Geld und Waffen, Hinrichtung von führenden Agenten der Repression. (Wegen seiner Beteiligung am geplanten Anschlag auf General Roger Vergara, dem Chef der Counter-Insurgency-Schule des Heeres, wurde das Todesurteil gegen Carlos García gefällt. Weitere Prozesse wegen seiner angeblichen Beteiligung an zahlreichen anderen Delikten sind noch nicht abgeschlossen, die Staatsanwaltschaft hat aber bereits zwei weitere Todesurteile gegen ihn gefordert.)

Am 25. Januar 1981 wurde er zusammen mit seiner Genosin Carmen Gloria und seiner Tochter, die damals 1 Jahr und 4 Monate alt war, von CNI-Agenten auf der Straße verhaftet. Der

6-jährige Sohn wurde nicht verhaftet, weil er sich gerade im Haus der Großeltern aufhielt. Beide, Carlos García und Carmen, wurden 23 Tage lang in einem Geheimgefängnis der CNI festgehalten, die ganze Zeit mit Handschellen und verbundenen Augen, Folter und ständigen Verhören. Die kleine Tochter wurde 10 Tage lang in einem dunklen Kellerraum festgehalten, um die Eltern zu „Geständnissen“ zu zwingen. Nach 10 Tagen wurde sie mit schweren psychischen und physischen Schäden an die Großeltern „übergeben“. Carmen wurde nach über zwei Jahren Haft 1983 mit Auflagen freigelassen, ein Prozeß gegen sie als Helfershelferin läuft noch.

Letzte Meldung: Am 13.12. wurde das Haus von Carmen Gloria durchsucht, ihr Bruder verhaftet. Carmen und ihr Sohn waren zum Glück nicht zu Hause, ihr derzeitiger Aufenthaltsort ist unbekannt.

Spenden für politische Gefangene in Chile auf das Konto: E.Haffner, Konto-Nr.: 570 980 - 209 Postfachamt Hamburg, BLZ 20010020 Stichwort: „Libertad“

## Carlos García Herrera: Ein Lebenslauf

### Brief von Carlos García und Victor Zuniga an das chilenische Volk und die internationale Solidarität

Am 28. September 1984 wurden wir vom ersten Militärgericht Santiagos zum Tode verurteilt wegen unserer angeblichen Beteiligung am Tod des Generals Roger Vergara, Direktor der counter-insurgency-Schule des Heeres (Escuela de Inteligencia del Ejército). Angesichts dieser Tatsache erklären wir:

- 1) Wir sind angeklagt als Terroristen und als solche wurden wir der Öffentlichkeit präsentiert. Wir betonen, daß der Terrorismus in Chile einzig und allein vom Militärregime und seinen Repressionskräften ausgeübt wird, vom ersten Augenblick der Diktatur am 11. September 1973 an. Als Beweis dafür können wir die Tausende von Verhaftet-Verschwindenden anführen, die Tausende von Ermordeten, die Tausende von Chilenen, die die Gefängnisse der Diktatur kennenlernten, das Klima von Terror und Elend, dem Millionen von Ausgebeuteten und Unterdrückten unseres Landes unterworfen sind.
- 2) Wir sind angeklagt, Gewalt ausgeübt zu haben. Wir sprechen diesem Regime das Recht ab, uns der Gewalttätigkeit anzuklagen; einem Regime, das ständig Gewalt anwendet mit der ganzen Palette von Verbrechen, Folter, Gefängnis, Exil und der allgemeinen Repression, mit der das ganze Land überzogen ist.
- 3) Weder die Diktatur noch die sogenannte Militärjustiz haben das Recht noch die Legitimität, uns zu verurteilen. Unser Kampf ist Teil des Kampfes des Volkes zur Eroberung seiner Rechte. Deswegen kommt es allein dem Volk zu, den Tausenden von



„Retten wir ihr Leben“

Arbeitslosen, den Verfolgten, den Tausenden von Verhaftet-Verschwindenden, den Ermordeten und ihren Familien, den Frauen, der Jugend, den Volksmilitäzen, allein ihnen kommt es zu, unseren Einsatz und unsere Aktion zu beurteilen.

4) Als wir den Weg des revolutionären und konsequenten Kampfes gegen die Diktatur, für Volkdemokratie und Sozialismus wählten, wußten wir, daß damit Kosten verbunden sind. Aber wir ziehen es vor, diese Kosten in Kauf zu nehmen als passiv zu bleiben angesichts von soviel Ungerechtigkeit und Willkür.

Angesichts des wahrhaften Massakers, daß die Diktatur seit ihrer blutigen und gewalttätigen Machtübernahme gegen unser Volk begeht, mußten wir unser legitimes Recht auf Rebellion ausüben. Deswegen schlossen wir uns dem Volkswiderstand an, um eine Antwort zu geben auf den Krieg, den die Diktatur gegen unser Volk ausübt, um die Kraft des Volkes gegen die Diktatur zu stärken, indem wir das legitime Recht des Volkes auf Ausübung der revolutionären Gewalt einklagen.

5) Wir sind immer überzeugt von der Richtigkeit unseres Handelns. Heute wird der Kampf, den wir begonnen haben, von grossen Teilen des Volkes aufgegriffen und weitergeführt. Ganz unabhängig von uns kann der konsequente und revolutionäre Kampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur endgültigen Eroberung von Gerechtigkeit, Demokratie und Sozialismus nicht mehr gebremst werden.

6) Wir rufen fest und entschlossen alle Pobladores, Studenten, Arbeitslosen, Arbeiter, die Armen von Land und Stadt, die Jugend, die Frauen, die Kämpfer für die Menschenrechte und die internationale Solidarität auf, den Kampf zum endgültigen Sturz der Diktatur zu verdoppeln, für die Eroberung der Freiheit für unser Land.

Carlos García Herrera  
Victor Zuniga Arellano  
Cárcel Pública, Santiago, 29. September 1984



# Rund um den 8. Mai

Der „Spiegel“ hatte am 10.12.84 das erste Mal von einer möglichen Begegnung Reagan/Tschernenko am 8. Mai 1985 in Berlin gesprochen. Dies wurde demontiert. Nach der Genfer Vereinbarung über neue Abrüstungsverhandlungen meldete das amerikanische Fernsehen, ein solches Treffen würde am 8. Mai in Wien stattfinden. Auch dieses ist vom „Weißen Haus“ demontiert worden.

## Bundesregierung

Wieweit sich die Linie „stillen Gedenkens“ und „leiser Töne“ der Bundesregierung durchsetzen kann, hängt von der noch nicht entschiedenen Besuchsplanung Reagans ab. Die Spekulationen um einen KZ-Besuch am 8. Mai erhielten durch eine Meldung der „Welt am Sonntag“ vom 13.1.85 neue Nahrung, nach der ein solcher im ehemaligen KZ Dachau geplant sei. Kohl und der bayerische Ministerpräsident Strauß sollen Reagan dabei begleiten. Kohl soll, so andere Spekulationen, wenigstens einen Besuch auf einem Soldatenfriedhof vorziehen.

Die Bundesregierung möchte im Rahmen des Weltwirtschaftspfels eine „Demonstration der Freundschaft im Westen“ mit einer „Botschaft aus Deutschland“ durchführen.

Offensichtlich werden von der französischen und britischen Regierung keine Schwierigkeiten gemacht. Aus Frankreich wird berichtet, daß die Regierung alles unterlassen will, was das deutsche Seelenheil verletzen könnte. Eine Stellungnahme aus dem britischen Außenministerium vom 11. Januar erklärt den Verzicht auf Siegesfeiern, die „bestenfalls als Nostalgie, schlimmstenfalls als anti-deutsche und unangelegene Erscheinung und der Sowjetunion Gelegenheit zu Geschichtsfälschung geben könnte“. Sie widersprechen „unserer hervorragenden Nachkriegspartnerschaft mit Deutschland, Italien und Japan“ (Hamburger Abendblatt, 12.1.85).

Ziemlich sicher ist, daß es am Morgen des 8.5. einen Gottesdienst mit Kohl im Kölner Dom geben wird. Unklar ist, ob dies ein ökumenischer Gottesdienst wird (siehe unten).

Die künftige Regierungslinie, gleichgewichtig Betonung aller von Krieg und seinen Folgen Betroffenen, die Hervorhebung „deutschen Fleißes“ und die Einbindung in den „freien Westen“, dürfte Kohl in seiner Neujahrsansprache formuliert haben: „Wir werden an diesem Tag in Trauer und Selbstbesinnung an die Opfer eines verbrecherischen, eines gottlosen Regimes erinnern: an die Opfer barbarischer Gewaltherrschaft in den Konzentrationslagern und Gefängnissen der nationalsozialistischen Diktatur, an das Leid und den Tod der Gefallenen auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges, an die Not und das Elend der vertriebenen und Flüchtlinge und an die Leiden der Männer und Frauen und Kinder in den zerstörten Städten und Dörfern der Heimat“. „Daher, in der Stunde Null deutscher Geschichte, haben unzählige Männer und Frauen mit Mut und Fleiß, im Glauben an die eigene Kraft und im Vertrauen auf eine bessere Zukunft einen neuen Anfang gewagt und zugepackt. Diese Generation hat die Bundesrepublik Deutschland geschaffen und die Lehre aus der Geschichte gezogen.“ „Wir haben die ausgestreckte Hand unserer ehemaligen Gegner angenommen und uns unwiderruflich für die Wertegemeinschaft der freiheitlichen Demokratien entschieden.“

Weniger zurückhaltend und diplomatisch hat sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Dregger geäußert, für den die Katastrophe 1945 das Verlieren des Krieges gewesen ist und „Katastrophen kann man nicht feiern“. „Über die Niederlage Hitlers könne sich jeder Europäer und Demokrat freuen, über den Sieg Stalins nicht“. Wichtig am Datum des 8. Mai 1945 ist laut Dregger: — er „besiegelt auch die Teilung Deutschlands und seiner alten Hauptstadt Berlins, die bis heute andauert“, — er bedeutet „auch die Vertreibung von 14 Millionen Landsleuten aus ihrer ostdeutschen Heimat“, „wobei zwei Millionen Menschen umgekommen seien“.

— es habe „die Unterwerfung ganz Ostmitteleuropas unter eine kommunistische Zwangsherrschaft eingesetzt“ (FAZ, 27.12.84).

## Sondersitzung des Bundestags

am 8. Mai, darauf wollen sich die Fraktionen von CDU/CSU, FDP und SPD einigen, die Rede soll Bundespräsident von Weizsäcker halten.

Den Geist dieser Sondersitzung umschrieb Bundestagspräsident Jäger (CDU) so: Es solle in Erinnerung gebracht werden, „daß die Deutschen auch aus ihrer Geschichte gelernt hätten“. Wünschenswert sei die Bezeichnung einer „Zukunftsperspektive“, die Verabschiedung „einer europäischen Verfassung, eine europäische politische Union“, des Bundestags in der Zeit um den 8. Mai 1985. Er wolle, daß die Deutschen „nicht für alle Zeiten als diejenigen gebrandmarkt (werden), die im Bürgerkrieg und mit der Asche auf dem Haupt herumlaufen müssen“. Schließlich liegt ihm die Gnade für jene fünf Nazi-Kriegsverbrecher am Herzen, „die 40 Jahre nach Kriegsende wegen Kriegsverbrechen in Gefängnissen sitzen“ (ap, 6.1.85).

## SPD

Die SPD hat am 9.1.85 eine 62seitige Dokumentation vorgelegt, mit der die Gefährdung der Ostpolitik Willi Brandts durch die CDU/CSU und die jetzige Bundesregierung belegt werden soll. Zur „Deutschen Frage“ heißt es: „In jenem alten gegen die Realität der DDR gerichteten Sinn ... ist sie gewiß nicht mehr offen“.

Für die Veranstaltung am 7. Mai in Nürnberg soll eine Parteivorstandskommission aus Eppler, Ehmke, Bahr und Glos ein „Nürnberger Manifest“ der SPD vorbereiten.

## Gewerkschaften

Am Abend des 8. Mai will der DGB-Landesbezirk NRW vor dem Aachener Rathaus eine Kundgebung mit Ernst Breit und Johannes Rau durchführen.

Am Vormittag soll eine „Historische Kundgebung“ zum Jahrestag der Kapitulation stattfinden. Als Redner sind der ehemalige Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) sowie die ehemalige DGB-Vorsitzende Maria Weber (CDU) als „Gewerkschafter der ersten Stunde“ geladen. Als Gäste Gewerkschaftsvertreter aus Frankreich, Belgien, Österreich, Ungarn, Jugoslawien, der Sowjetunion und Israel.

„Aachen war die erste deutsche Stadt, die Anfang 1945 von den Westmächten befreit wurde“ und wo bereits im März 1945 „die ersten freien Gewerkschaften in Deutschland wieder gegründet“ wurden (WdA, 20.12.84).

Der historische Wettbewerb der DGB-Jugend — „Leben nach der Stunde Null“ — soll am selben Tag in Stollberg bei Aachen in Form einer „historisch-politisch-literarischen Konferenz“ gewürdigt werden.

Eine „Friedensstaffette“ per Fahrrad entlang einer 150 km langen Linie der Grenzen zur DDR und CSSR führt die DGB-Jugend vom 1.-11. Mai durch, verbunden mit Veranstaltungen in Orten auf der Strecke. Aus Anlaß des 40. Jahrestages soll damit auf den Vorschlag der Palme-Kommission für ein atomwaffenfreies Europa aufmerksam gemacht werden.



## Die Grünen

haben sich am 3.1.85 in einem Offenen Brief der drei Sprecherinnen der Bundestagsfraktion an Kohl erstmals zum 8. Mai 1985 geäußert. Für die Bundestags-Grünen scheint dieses Datum vor allem Anlaß, ihre Sichtweise der „Überwindung der Blockkonfrontation“ darzustellen. „Gefährliche Redereien von hochrangigen Politikern“ der CDU forderten Revanchismus-Interpretationen geradezu heraus. Kohl würde durch seine Duldung „damit die Fäden hiezu ziehen, aber auch in den osteuropäischen Ländern“ stärken und schwächen dadurch „die Friedensbewegung in Ost und West“. Vorschläge der Grünen: „Angemessen und richtig fänden wir es, anläßlich des 40. Jahrestages des Endes des Faschismus diesen innenpolitischen Kreuzweg schlagend der Grünen: „Angemessen und richtig fänden wir es, anläßlich des 40. Jahrestages des Endes des Faschismus diesen innenpolitischen Kreuzweg gründlich zu beenden. Mutig fänden wir es, die Vertriebenenverbände vierzig Jahre nach Kriegsende aufzufordern, den Ausdruck „Vertriebene“ endgültig abzulegen und sich zu Verbänden umzuwandeln, die die Sprache, die Geschichte, die Friedenssehnsucht und die Kultur von Regionen erhalten. Notwendig fänden wir es, die Diskussion um einen Friedensvertrag mit sicheren Grenzen zwischen den ehemaligen „Feindstaaten“ voranzutreiben und damit manchen Reden endgültig den Boden zu entziehen. Konsequenz und ein Stück praktischer Friedenspolitik fänden wir es, wenn Sie den 8. Mai da begehen würden, wo er am meisten den

Charakter von Befreiung trug: in den Konzentrationslagern der nationalsozialistischen Tyrannei — und zwar gemeinsam mit deren Opfern und den Mitgliedern der Friedensbewegung in Ost und West“, heißt es mit viel feinsinnigem Gespür. Es soll ehemalige KZ-Häftlinge geben, die um nichts in der Welt einen solchen Auftritt wünschten.

## Kirchen

Die katholische Kirche hat den Vorschlag eines ökumenischen Gottesdien-

Boenisch interpretierte das provokatorische Motto: „Die Schlesier wollten ja lediglich ausdrücken, daß „Schlesien im Herzen bleibe““ (FR, 20.12.84). Minister Windelen appellierte an die Landsmannschaften, „daß man das Motto mit Blick auf die Nachbarn weniger mißverständlich formulieren müsse“ (FAZ, 13.12.84). Helmut Sauer befürchtete, daß das Motto „der kommunistischen Polnischen Arbeiterpartei die Chance gebe, diese drei Worte in eine andere Richtung zu interpretieren“. Revanchisten seien die Vertriebenenverbände nicht. „Wir laufen doch nicht wie die Palästinaer mit Pistolen am Gürtel herum, und wir entführen auch keine Flugzeuge“ (Hamburger Abendblatt, 11.1.85).

## DGB-Wettbewerb

stes mit dem Bundeskanzler am 8. Mai begrüßt, aber noch keinen Beschluß gefaßt. Die EKD dagegen hat gegen Kohls Vorstoß protestiert: „Ein solcher Gottesdienst müsse allein in der Verantwortung der Kirchen liegen und dürfe nicht im Auftrage des Staates stattfinden“ (WamS, 13.1.85).

Unklar ist auch, ob beide Kirchen eine gemeinsame Erklärung zum 8. Mai herausgeben. In der EKD soll der Plan einer Erklärung mit der evangelischen Kirche in der DDR bestehen, worin für die „endgültige Anerkennung“ der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen plädiert werde. Die katholische Kirche, deren Zentralkomitee bereits einen Erklärungsentwurf fertiggestellt haben soll, sei nur zur Gemeinsamkeit bereit, wenn „die Grenzfrage ausgeklammert werde“ (nach WamS, 13.1.85).

## „Schlesien bleibt unser“

## „Schlesien bleibt unser“

Noch in dieser Woche soll über eine Änderung des Mottos für das Treffen der schlesischen Landsmannschaften vom 14.-16. Juni in Hannover gesprochen werden. Der Bundesregierung ist das derzeitige Motto „40 Jahre Vertreibung — Schlesien bleibt unser“ außenpolitisch zu heiß geworden, um den Bundeskanzler dort auftreten zu lassen. Zwei Favoriten gibt es: „Schlesien bleibt unsere Heimat“ (Dregger) oder „Heimat Schlesien — Vaterland Deutschland — Zukunft Europa“ (CDU-Bundestagsabgeordneter Helmut Sauer). Von Regierungsseite versuchte man die Wogen nach innen wie außen zu glätten. Regierungssprecher

## BILD-Kommentar

### Das Recht auf Liebe zur Heimat

Mißverständlich war das Motto des Schlesiertreffens „Schlesien bleibt unser“ schon Gemeint ist natürlich Schlesien bleibt unsere Heimat. Und das müßte das Motto sein.

Natürlich ist Schlesien die Heimat der Schlesier. So zu denken ist weder verwerflich noch revanchistisch, es ist die blanke Selbstverständlichkeit. Wenn Reagan sagt, sein Vater sei irischer Handelsreisender gewesen, Irland also seine Heimat, dann muß Irland ja auch nicht damit rechnen, daß die US-Ledernacken kommen.

Kein Mensch hat das Recht, den Schlesier ihre Liebe und Erinnerung an die Heimat zu nehmen. s.v.l.

## Bestechende Logik

Der Vorsitzender der schlesischen Landsmannschaften, Hupka (CDU-Bundestagsabgeordneter), erläuterte das Motto allerdings noch einmal weniger mißverständlich: es meine „ja nichts anderes, als daß Schlesien unsere Heimat bleibt, als daß Schlesien und das Motto allerdings noch einmal weniger mißverständlich: es meine „ja nichts anderes, als daß Schlesien unsere Heimat bleibt, als daß Schlesien unser Auftrag ist, daß wir historisch, geistig, kulturell und moralisch und politisch den Anspruch auf Schlesien nicht aufgeben dürfen und sollten“ (SZ, 31.12.84). Unter Hinweis auf das Potsdamer Abkommen und eine endgültige Grenzregelung in einem Friedensvertrag stellte er fest: „Schlesien gehört heute rein rechtlich nach wie vor den Deutschen ... Der gegenwärtige Standpunkt ist, daß die Polen eine Gebietshoheit besitzen. Sie sind gleichsam Besitzer Ostdeutschlands, aber sie sind nicht der Eigentümer“. Die „letzte Entscheidung könne erst ein gesamtdeutscher Souverän treffen“ (FR, 27.12.84).

Dregger stellt dagegen auf eine „europäische Lösung“ ab. Der jetzt neu aufgeflamte Grenzstreit sei „kontraproduktiv“ und das „Vernachlässigen Stalins“, „weil die Westverschiebung Polens auch den Sinn gehabt habe, zwischen Deutschen und Polen ewige Feindschaft zu stiften“. Er plädiert dafür, statt über Grenzveränderungen „die Einheit Europas und die Selbstbestimmung der europäischen Völker, des polnischen wie des deutschen Volkes, wiederherzustellen“ (FAZ, 7.1.85).

## Bundeswehr und NATO-Geburstag

„Die Geschichte holt die Bundeswehr im Mai 1985 nicht ein“, schreibt der bürgerliche Militärexperte Adelbert Wehstein am 6.1.85 in der WamS. Damit das ohne Zweifel auch so laufen kann, sind die Feierlichkeiten in den Herbst verlagert worden, womit der 30. Geburtstag der NATO (5. Mai 1955), die Umwandlung der Dienststelle Blank in das Bundesverteidigungsministerium (7. Juni 1955) und die Einziehung der ersten Freiwilligen (12. November 1955) zusammengezogen werden sollen.

Im Mittelpunkt soll dabei offensichtlich der 12. November stehen. „Wir werden wahrscheinlich die Herbstmanöver nutzen, um der Bevölkerung eine Truppe zum Anfassen zu präsentieren“ (Hundt, Sprecher im Bundesverteidigungsministerium).

Ausstellungen zur Geschichte der Bundeswehr sind eingeplant.

Die Bundespost wird eine 80-Pfennig-Briefmarke herausgeben: Schwarz-Rot-Gold mit einem Kreuz, angeblich bewußt nicht „antistolg“ ...



Nazis in der Klemme — Wo laufen sie denn?



# Es deutsch so link, wenn deutsche Linke deutschen

Am 22.10.81 verkündete es der „Stern“: „Eine neue Bewegung formiert sich: pazifistisch, neutralistisch, patriotisch“. In großer Schrift zierten die Worte: „Deutschland — Vaterland“ die Titelseite. Dazu das Bild von sieben trutzig-blöd dreinblickenden Personen, die offenbar nichts Besseres zu tun hatten, als alle zusammen eine flatternde Fahne in den deutschen Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold festzuhalten. Im Textteil las man: „Aus der Angst, Schlachtfeld der Supermächte im Atomkrieg zu werden, entwickelt sich ein neues nationales Selbstbewusstsein der Deutschen“. Selbster sind die wohl- und übelmeinenden, immer aber penetrant aufdringlichen Stimmen nicht verstumm, die der Anti-Nachrüstungs-Bewegung unbedingt eine neo-patriotische Identität aufschwätzen wollen. Was nicht ist, soll mit aller verbalen Gewalt herbeigeredet und herbeigeschrieben werden. Gut drei Jahre nach jenem „Stern“-Artikel kann immerhin festgestellt werden, daß der kecke Versuch, den Friedensbewegten die deutsche Fahne in die Hand zu drücken, keine Bilanzierbaren Erfolge gebracht hat. Das Risiko, sich auf einer Friedensdemo plötzlich irgendwelchen

Deppen mit Schwarz-Rot-Gold gegenüberzusetzen, ist heute geringer als 1981. Der Elfer mancher Leute, die seit Stationierungsbeginn abbröckelnde und desorientierte Anti-Nachrüstungs-Bewegung doch noch auf den rechten Weg zu führen und sie zum Stoßtrupp für die Wiedervereinigung umzufunktionieren, hat indessen nicht nachgelassen. Was ihnen an Masse fehlt, ersetzen sie durch Einfallsreichtum, penetrante Hartnäckigkeit und einem gut gefüllten Kostüm-Fundus. Hat man mit der einen Briefkastenfirma keinen Erfolg gehabt, gründet man einfach eine neue. Der Kreis der Unterzeichner, Initiatoren und Träger der meisten neo-patriotischen Aufrufe ist bequem überschaubar und von oder Monotonie. Einige Unternehmungen aus den letzten Monaten sollen hier vorgestellt werden.

## Initiativkreis Linke Deutschland-Diskussion

Sprecher dieses neuerlichen Sammlungsversuchs ist der unvermeidliche Rolf Stolz, deutschnationaler Alt-MLer und seit 1979 Grüner. Mit von der Partie ist der ebenso unvermeidliche Willi Becker, Kampfgefährte von Stolz aus ML-Zeiten und seit Anfang der 70er Jahre bei jeder Dummheit von Stolz dabei. Die beiden hatten Anfang November 1983 eine „Konferenz „Grün-alternative Bewegung und deutsche Frage““ 1983 eine „Konferenz „Grün-alternative Bewegung und deutsche Frage““ in Köln organisiert. Der Erfolg war äußerst mäßig (Wir berichteten in der Beilage zu AK 241, S.5). Beiprodukt der Konferenz war eine programmatische Plattform, betitelt „Kölner Erklärung“, verfaßt vom eingespielten Team Stolz/Becker. Mit diesem stramm deutschnationalen Papier — Deutschland als „wehrloser Spielball und Opfer“ der Supermächte; Forderung nach einem „blockfreien Europa von Portugal bis zum Ural“ — sollten Prominenten-Unterschriften gesammelt werden. Das scheint so famos in die Hosen gegangen zu sein, daß man die „Kölner Erklärung“ schließlich wortlos dorthin beförderte, wo sie von Anfang an hätte plaziert werden sollen: in den Papierkorb. Stattdessen konstituierte sich die alte Firma am 20./21.10.84 unter neuem Namen als „Initiative Linke Deutschland-Diskussion“. Man will, wie es in einer von Rolf Stolz namens des „Initiativkreises“ unterzeichneten Erklärung heißt, „einen handlungsfähigen Kreis von Leuten zusammenbringen, die Deutschland noch nicht verlorengeben. Wir müssen erreichen, daß eine kritische, wache Gegenöffentlichkeit entsteht, die die Blockstabilisierung und die pseudolinken Spaltungsverherrlicher abbildeten läßt“. Natürlich hat man auch wieder eine programmatische Plattform verabschiedet, für die Promi-Unterschriften gewonnen werden sollen. Von der alten „Kölner Erklärung“ unterscheidet sich der neue Text („Anstoß für eine deutsch-deutsche Alternative“) durch linkere Töne. So will man jetzt „eine sozialistische Demokratie in Deutschland“ und grenzt sich pflichtschuldig gegen „deutsches Großmachtsstreben“ ab. Ein „deutsch-deutscher konföderativer Staatenbund“ soll errichtet werden, und die anderen europäischen Völker sollen uns für diesen Schritt auch noch dankbar sein: Die deutsche Wiedervereinigung „dient ihnen“ (den europäischen Völkern!), „weil sie Europa vom deutschen Großmacht-

streben und der Blockkonfrontation auf deutschem Boden befreien kann“. Ist doch logisch: Je größer Deutschland ist, umso weniger haben die europäischen Völker von diesem Land zu befürchten. Das lehrt schließlich die Geschichte. Oder etwa nicht? Ihren Namen hergegeben für diesen „Anstoß“ haben außer Stolz und Becker u.a. Herbert Ammon aus Westberlin (Traditionsfigur der neo-patriotischen Szene), Prof. Ossip Flechtelheim, der einschlägige Völkerrechtler Theodor Schweisfurth und der nicht weniger einschlägige Journalist Wolfgang Vessohr, ferner eine hübsche kleine Zahl von Prof's und Doc's.

„Zur Weiterführung der inhaltlichen Diskussion und zur Entwicklung konkreter Aktionsvorschläge“ soll am 11.-13.1. eine Wochenendtagung in Bonn stattfinden bzw. bei Erscheinen dieses AKs bereits stattgefunden haben.

## Aktion 100.000 Partnerschaften

Auch bei diesem Unternehmen mischt der unvermeidliche Rolf Stolz mit. Ansonsten kommt der Trägerkreis aber aus einem deutlich anderen Spektrum. Da hat es ein paar Grüne, darunter Gerd Bastian; ferner den DGB-Bundesjugendsekretär Klaus Westermann, den 1983-Bundesjugendsekretär Klaus Westermann, den SPD-Landtagsabgeordneten Max von Heckel sowie den in seiner Art gleichfalls ziemlich unvermeidlichen Jo Leinen. Dieser Kreis beschränkt sich bisher auf das praktische Anliegen, „100.000 Partnerschaften“ zwischen Menschen in der BRD und in der DDR zustande zu bringen. 100.000 Möglichkeiten, Menschen in der DDR persönlich zu agnieren und von den Vorteilen des — natürlich kritisch gesehenen — freien Westens zu überzeugen. „100.000mal wollen wir damit gegenüber den Regierenden in Ost und West demonstrieren, daß wir nicht durch die Menschen des anderen Landes bedroht werden, sondern durch ihre Politik der Militarisierung. Uns, die Betroffenen dieser Politik in Ost und West, trennt nichts“. Außer Mauer und Stacheldraht, versteht sich. Aber die überbrücken wir „mit Friedensfahrten zu dem vorgesehenen Partner — Stadt, Kirchengemeinde, Schule“. Man kann es drehen und wenden wie man will: hier geht es im wesentlichen um optimale Möglichkeiten eines kapillaren Hineinwirkens in die DDR.

Am 15./16.12.84 hat in Heidelberg ein „Forum 100.000 Partnerschaften in West-Ost“ stattfinden sollen, um Erfahrungen mit der Partnerschaftsaktion zusammenzutragen und die nächsten Aufgaben zu diskutieren. Ob diese Konferenz stattgefunden hat und was ihre Ergebnisse waren, ist uns nicht bekannt. Aus der Einladung geht hervor, daß Arbeitskreise zu folgenden Themen stattfinden sollten:

- „Die Folgen der Militarisierung in Ost und West“. Der Hinweis auf die Referenten („ehemalige DDR-Bürger“) läßt eine gewisse Schwerpunktsetzung bei der Behandlung dieses Themas vermuten.
- „Bereichspartnerschaften“.

- „Städtepartnerschaften“ (Ein örtlich auch von der SPD gefördertes Projekt).
  - „Umweltzerstörung macht nicht vor der Grenze halt“.
  - „Alliiertenrecht und Souveränität“. Der Arbeitstitel läßt das Schlimmste befürchten, handelt es sich doch um das bevorzugte Thema des Neo-Patriotismus (Als wäre z.B. die Raketenstationierung nicht eine direkte Folge der Politik von Schmidt und Kohl, sondern das Ergebnis „unserer eingeschränkten Souveränität“).
  - „Partnerschaften von Betrieb zu Betrieb“.
- Guter Wille kann vielen der Beteiligten wirklich nicht abgesprochen werden. Das ändert nichts an der Tatsache, daß Projekte wie dieses ein nützliches Pendant zum regierungsamtlichen „Offenhalten der deutschen Frage“ und zur Bewahrung bzw. Restaurierung der „Einheit der Nation“ sind.

## Denkschrift zur Verwirklichung der europäischen Friedensordnung

Ein Papier dieses Titels, mit dem respektablen Umfang von 50 Manuskriptseiten, kursiert derzeit halböffentlich zwecks Einsammlung von Unterstützer-Unterschriften. Für den Trägerkreis zeichnen verantwortlich:

- Herbert Ammon. Er ist einer der Trägerkreise zeichnen verantwortlich:
- Herbert Ammon. Er ist einer der beiden Verfasser des Papiers. Wir trafen ihn schon bei Rolf Stolz.
- „Initiativkreis Linke Deutschland-Diskussion“.
- Theodor Schweisfurth ist der zweite Autor der „Denkschrift“. Gleichfalls auch im „Initiativkreis Linke Deutschland-Diskussion“.
- Peter Brandt hat schon vor Jahren mit Herbert Ammon zusammen Neo-Patriotisches publiziert. Zur Denkschrift hat er jetzt „das Manuskript kritisch durchgesehen und einige Ergänzungen geliefert“.
- Der immer noch unvermeidliche Rolf Stolz hat „die Idee der Denkschrift frühzeitig unterstützt“, was sicher niemanden verblüffen wird.
- Die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz hat ihrem alten Laster gefrönt: dem Unterschreiben von Erklärungen und Appellen, hinter denen sie eigentlich inhaltlich gar nicht voll stehen kann.

Der Inhalt der „Denkschrift“ wird an anderer Stelle dieser Zeitung ausführlich vorgestellt. Hier nur einige Stichworte. Die Autoren behaupten ganz einfach, daß die „Lösung der deutschen Frage“ die „zentrale europäische Friedensfrage“ sei. Mit dieser völlig unlogischen These läßt sich, konsequent zuende gedacht, ein wundervolles Erpressungsspiel beginnen: „Wiedervereinigung her, oder es knallt!“. Denn die „Lösung der deutschen Frage“, von der angeblich der Frieden in Europa abhängt, besteht für die Autoren der „Denkschrift“ selbstverständlich in der „Überwindung der deutschen Teilung“. Erster Schritt auf diesem Weg soll eine „deutsche Konföderation“ sein. Wozu das gut sein soll, außer zur Realisierung nationaler Ambitionen, wird nicht verraten: Die Neutralisierung von BRD und DDR

(als solches gewiß ein nützlicher Schritt) erfordert jedenfalls ein Infragestellen des Status Quo der Zweistaatlichkeit nicht. Da die Neo-Patrioten nie damit zufrieden sind, nur die „deutsche Frage“ zu lösen, sondern immer gleich Pläne für die „friedliche Neuordnung Europas“ machen müssen, darf es in der Denkschrift nicht anders sein. Die Staaten ganz Europas sollen aus der NATO und Warschauer Pakt herausgelöst werden und einen eigenen neuen Militärpakt („Europäisches Sicherheitsystem“) gründen. Aufgabe dieses Paktes soll die „Verpflichtung zur Unterstützung eines Angreifenden“ sein. Über die Konkretisierung dieses interessanten Punkts schweigen sich die Autoren leider total aus. Wenn die gegenseitige Unterstützung der europäischen Staaten gegen einen „Angreifer“ (an wen, bitte schön, wird da wohl gedacht?) nicht nur in netten Worten bestehen soll, so daß das die Existenz eines integrierten strategischen Waffen- und Nachschubsystems voraus. Staaten, die — wie es in der „Denkschrift“ andererseits heißt — nur „defensiv“ zur Landesverteidigung gerüstet sein sollen, könnten einander im Kriegsfall nicht wirksam unterstützen. Im übrigen: wenn die Sowjetunion erstmalig ihre europäischen Verbündeten aus dem Pakt entlassen hat, welche Garantien hätte sie dann, daß dieser riesige neuformierte gesamteuropäische Block sich nicht wieder an die Seite der USA (und gegen die Sowjetunion) stellt? Eindeutig

daß „aus der den Autoren, gegen die Sowjetunion) stellt? Eindeutig ist, daß das von den Autoren der Denkschrift konzipierte „Gesamteuropa“ ein Europa unter der Herrschaft der kapitalistischen Konzerne wäre, die sich Osteuropa im Handumdrehen vollständig unterwerfen würden. Die Hauptnutznießer wären nach Lage der Dinge die bundesdeutschen Konzerne. Und dieses Großeuropa soll dann plötzlich eine völlig friedliche, defensive, gegenüber der Sowjetunion womöglich sogar freundschaftlich eingestellte Politik betreiben? So verkalkt und senil können die Herren im ZK der KPdSU überhaupt nicht sein, daß sie an Wunder zu glauben beginnen. Worin soll also die behauptete Realitätsfähigkeit der „Denkschrift“ bestehen? Etwa in der Hoffnung, daß durch die NATO-„Nachrüstung“ und die Drohung mit den US-Weltraumwaffen endlich eine Situation gegeben sein könnte, in der der sowjetischen Führung das Risiko eines Großeuropas immer noch unangenehmer als die Beibehaltung des Status Quo erscheinen könnte?

Kleine Lumpen, die am Rande einer großen Erpressung ein bißchen für sich Abschauben möchten? Wenigstens die Wiedervereinigung müßte dabei doch herauspringen? Die Verfasser solcher „Denkschriften“ sollten sich mit Kohl um den Titel „Enkel Adenauers“ streiten.



## Nochmals: Es gibt keinen Revanchismus

Daß der Revanchismus nichts weiter ist als das Produkt einer oblen kommunistischen Kampagne, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Was trotzdem wie Revanchismus klingt (z.B. das umstrittene Motto „Schlesien bleibt unser“), ist nichts weiter als ein dummes Mißverständnis, das von den gerissenen kommunistischen Agitatoren rücksichtslos ausgeschlachtet wird. Ein besonders bedauerliches Mißverständnis ist die hier nachgedruckte Karte, die uns ein Leser zugeschickt hat (Dankeschön!) und die nach seinen Angaben von der Landsmannschaft Ostpreußen verbreitet wird. Sie zeigt Deutschland nicht nur, wie von der Bundesregierung offiziell beansprucht, in den Grenzen von 1937, sondern in den „völkerrechtlich gültigen Grenzen“ vom 1.9.1939, mit dem kleinen Schönheitsfehler, daß Danzig eigentlich erst nach Kriegsbeginn annektiert wurde. Ansonsten ist alles korrekt, und historische Exaktheit hat schließlich nichts mit Revanchismus zu tun. Nur der Genauigkeit zuliebe sind außerdem durch punktierte Linien die Gebiete eingetragen, die wir (und Österreich) 1919 durch den Vertrag von Versailles bzw. St. Germain verloren haben.



Karte, die von der ostpreußischen Landsmannschaft verbreitet wird.





# Eine Neudeutsche Denkschrift: Das Europa der Vaterländer

Zur Zielsetzung heißt es in der Einleitung der Denkschrift:

## 1. Einleitung: Die ungelöste Überfallfrage

Unser Kontinent Europa ist reich, mit ihm Deutsch und Berlin, 40 Jahre nun schon dauert dieser Zustand. Es ist an der Zeit, ihn zu beenden.

Dass die europäische Realität unfriedlich, unerträglich und veränderungsbedürftig ist — diese Erkenntnis setzte sich nicht zufällig in den letzten Jahren wieder gegenüber der zuvor weit verbreiteten Tendenz durch, sich in das vermeintlich Unabänderliche zu schücken. Denn wir erleben derzeit in Europa eine neue Phase des nuklearen Wettlaufens. Für alle Europäer, speziell die Deutschen beiderseits der Blockgrenze, haben die Aufstellung neuer Raketenysteme (Vergleich II, Cruise-Missile) sowie die neuen strategischen Konzepte (Air Land Battle 2000) der einen Seite, welche entsprechende Gegenzüge der anderen Seite auslösten, die mörderischen Risiken im Konfliktfall potenziert.

Fragen wie nach den Ursachen für die zunehmende Gefährdung des Kontinents, so stehen wir noch immer vor dem politischen Trümmerfeld, das der Zweite Weltkrieg hinterlassen hat. Seit der neuen Ostpolitik, seit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki 1975 hat man versucht, das Dilemma in dieser europäischen Nachkriegslandschaft erträglicher einzurichten. Aber der Status quo der dreifachen Teilung kann auf Dauer nicht erträglich gemacht werden. Er ist unerträglich, weil er

- von den Militärblocken definiert wird und somit kontinuierlich wachsende Kriegsrisiken in sich birgt,
- den Aufbau einer wirklichen europäischen Friedensordnung hindert und
- die Teilung unseres Landes verweigert.

— die Teilung unseres Landes verweigert

Verfaßt wurde das Dokument von Prof. Theodor Schwesfurth und Herbert Ammon. „Wichtige Anregungen“ seien von Walther Grünwald und Jürgen Graals gekommen. Rolf Stolz habe die „Idee der Denkschrift frühzeitig“ unterstützt und Peter Brandt das „Manuskript kritisch durchgesehen“. Diese Autoren sind schon hinlänglich bekannt dafür, innerhalb und außerhalb der grün-alternativen Wahlbewegung die „ungelöste deutsche Frage“ zum Zentralthema erheben zu wollen (2). Zu diesem Kreis von Neopatrioten gesellte ich auch Ingeborg Drewitz, die „den Inhalt der Denkschrift voll befürwortet und das Unternehmen als Initiatorin mitträgt“ (3).

Der Status quo der dreifachen Teilung ist anachronistisch, weil

- die Völker Ost- und Westeuropas die in Kriegs- und Nachkriegszeit entstandenen Feindschaften los sind und eine gemeinsame, friedliche Zukunft erstreben,
- ausländische Streitkräfte noch immer auf deutschem Boden stehen auf Grund ihrer 1945 erworbenen Siegerrechte,
- dem deutschen Volk der Abschluß des Friedensvertrages und damit die in ihre Selbstbestimmung vorenhaltend wird,
- Berlin noch immer ein Gebiet unter Besatzungsstatus ist, zerstückelt und zur Hälfte umringt von einem absurden Bauwerk (4).

Die Einseitigkeit in die negativen Wirkungen der Blockstruktur unter der Doppelhegemonie der beiden Weltmächte entstand u. a. am Beginn der neuen Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik, wie sie vor allem in der Berliner SPD seit dem Bau der Mauer konzipiert wurde (5).

Es ist heute ein durch nichts begründeter Zweifelskultismus zu meinen, man könne einfach den Entspannungseffekt wiederbeleben und zugleich an der militärischen Blockpolitik statt festhalten (6).

Deutsche Friedenspolitik muß in Zukunft über das Konzept der Blockentspannung hinausgehen. Nur wenn die Blöcke und die ihnen ungewohnten

Unter Neopatrioten aus der linken Ecke und solchen, die es noch werden sollen, kurlert seit Ende 1984 eine 50-seitige „Denkschrift“ mit dem Titel: „Denkschrift zur Verwirklichung der europäischen Friedensordnung — Deutscher Friedensvertrag und Deutsche Konföderation — Europäisches Sicherheitsystem“. In dem Begleitschreiben der Initiatoren werden „kritische Einwände“ und „Änderungsvorschläge“ für diese Denkschrift geradezu erbeten. Daran wollen wir uns im AKKUTUR-KAMPF — nebst einer Dokumentation für den Leser — nach Kräften beteiligen. Eine Berücksichtigung solcher Kritiken wird in dem Begleitschreiben allerdings von der „grundsätzlichen Zustimmung“ zu dem Unternehmen abhängig gemacht. So ist ihr eigentlicher Adressat, wer „vor drei Jahren durch ... Unterstützung des Havemann-Briefes eine derartige friedenspolitische gemeinsame Zielorientierung bekundet“ hat (1).



„Wenn wir die Mauer Stein für Stein abtragen wollen, dann müssen wir Deutsche politische Phantasie und Mut zur politischen Initiative entfalten.“

Konfrontationsmechanismen selbst abgebaut werden, kann die europäische

gebeut werden, kann die europäische Friedensordnung konkrete Gestalt annehmen. Ohne die Lösung dieses Fragenkomplexes bleibt die vielbeschworene „europäische Friedensordnung“ eine wohlfeile Formel ohne Substanz, ohne politischen Gebrauchswert außer dem der Beschwichtigung der von der Struktur des europäischen Unfriedens negativ Betroffenen.

Vor diesem Hintergrund erheben wir die Forderung nach einer Lösung der Deutschen Frage als zentraler europäischer Friedensfrage, und wir machen dazu konkrete Vorschläge. In Stichpunkten lautet unser Konzept: Deutscher Friedensvertrag — deutsche Konföderation — Auflösung der Militärblocke und Errichtung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa (7).

Wir wissen, daß diese Konzeption von den meisten berufenen und unberufenen Sprechern des politischen Establishment heute noch zurückgewiesen oder ignoriert wird. Wir sind aber aufgrund zahlreicher Hinweise davon überzeugt, für Millionen Menschen in Deutschland zu sprechen, die im politischen Leben jenseits und diesseits der Staatsgrenze zur Zeit faktisch keine Repräsentation besitzen. Solange sie sich nicht Gehör verschaffen, d. h. Druck von unten auf die deutschen politischen Verantwortungsträger, Institutionen, Organisationen ausüben, wird der Status quo mit seiner Friedensgefährdenden Brisanz fortauern. Daher verstehen wir unsere Ausführungen nicht als elitäre Absage an die Selbstartikulation der Bevölkerung sondern als Argumentationsmodell, auf das sich sowohl an der Basis engagierter Aktivisten als auch problembewußte „etablierte“ Politiker beziehen können. Erhebt diese Denkschrift keinen Anspruch auf Einseitigkeit und Unangreifbarkeit, so befürwortet sie eine Grundlage für eine längst überfällige Debatte.

Während wir im Hinblick auf die Tagespolitik auch wie vor jedem „kleinen Schritt“ — auch wenn er unter ganz anderen konzeptionellen Prämissen gerät — befürworten, so sind wir doch nicht länger gewillt, passiv an der deutschen Schweigemauer zu verharren (8).

## „Friedensfrage“ und „deutsche Frage“ — zwei paar Schuhe

In der Denkschrift wird eine Beziehung, ein Junktim zwischen der „Friedensfrage“ und der „deutschen Frage“ hergestellt. Die „deutsche Frage“ wird zum „Kernproblem“ und

zum „Schlüssel“ für eine „europäische Friedensordnung“ gemacht. Daß eine „europäische Friedensordnung“ dringend nötig ist und zu einer Überlebensfrage geworden ist, liegt auf der Hand und bedarf hier keines Nachweises. Wir können also auch auf die Ausführungen der „Denkschrift“ zu diesem Thema hier verzichten. Es sei hier soviel erwähnt, daß die „Lagebeschreibung: Struktur des Unfriedens“ sehr stark von einer Sichtweise zweier Supermächte, die Europa strangulieren, bestimmt ist, auch wenn des USA der Hauptteil der Kriegsrückung und die Absicht eines „Tourismus“ der Sowjetunion angelastet wird, während umgekehrt die Sowjetunion zum Konzept des atomaren Präventivschlages übergegangen sei. Kritisiert wird auch das Konzept einer WEU (Westeuropäische Union) bzw. Wiederbelebung europäischer „Verteidigungskonzeptionen“. Denn selbst unterstellt, die europäischen Bestrebungen würden auf eine europäische Streit- und Atomkraft hinauslaufen, würden sie die Konfrontation und einen Rüstungswettlauf mit der Sowjetunion statt tatsächlicher „Sicherheitspartnerschaft“ in Europa beinhalten. In der Denkschrift wird nun das „brennende“ Problem der Verhinderung des Staatfindens eines

## Lesehilfe:

Die Länge dieses Artikels ergibt sich daraus, daß er sowohl eine gekürzte Dokumentation der „Denkschrift“ als auch eine kritische Auseinandersetzung damit enthält. Beide Teile sind deutlich im Schriftbild voneinander abgegrenzt.

Der begleitende Text ist so gehalten, daß er (nicht unbedingt) das Detailstudium des Dokumentationsmaterials voraussetzt, aber auch zusammenhängend mit diesem gelesen werden kann.

jedoch die Abrüstungsbereitschaft in der BRD oder anders gesagt, wären gesellschaftliche Zustände, die gegebenenfalls auch einseitige Abrüstungsmaßnahmen ermöglichen.

Woher also kommt dieser konstruierte Zusammenhang zwischen „Friedensfrage“ und „deutscher Frage“?

## Supermächte und Souveränitätsfrage

Der Ansatz liegt in dem Erklärungsmuster der Kriegsgefahr, wie es heute in der Friedensbewegung vorherrschend ist. Danach befindet sich das kleine und arme Europa (in Ost und West) im atomaren Würgegriff der beiden Supermächte, eine „tiefverwurzelte Macht- und Systemrivalität der Hegemonialmächte“, mit deren Änderung nicht zu rechnen ist (S. 8) (4). Das Erklärungsmuster ist der „Globalkonflikt der Supermächte“, der „in die Katastrophenzonen“ treibt (S. 8). Auch eine horizontale Eskalation (nach Europa) sei Folge des Konfliktes der beiden „Weltmächte“ im Nahen Osten oder anderswo. Das Erklärungsschema ist dem AK-Leser bestens bekannt und braucht hier nicht weiter erläutert zu werden.

Kernpunkt der Lösung wird damit auch der Rückzug der jeweiligen Supermächtsruppen „auf ihren Hegemonialbereichen“ in Europa (S. 10). Für „Deutschland“ wird in diesem Schema die bisher „willige Parteinahme der Deutschen auf Seiten der jeweiligen Führungsmacht“ angeprangert (S. 14). Es wird dann Alfred Mechttersheimer zitiert:

„Es gibt keinen Bereich der Sicherheitspolitik, der nicht potentiell mit völkischer und verfassungsrechtlichen Normen kollidiert. In diesen Fragen steckt eine große politische Brisanz, weil der Bevölkerung der Bundesrepublik dabei klar werden könnte, daß die westdeutsche Sicherheitspolitik deshalb keine Sicherheit für die Deutschen schaffen kann, weil sich im Besatzungsstatus materiell seit 1945 fast nichts geändert hat.“

An diesem Zustand muß gerüttelt werden, damit der Weg frei wird für einen realen Friedenszustand für alle Völker Europas.

Die Aussagen zur Souveränitätsfrage in der Denkschrift sollen hier ein wenig dokumentiert werden.

## 3.4 Der modifizierte Besatzungsstatus: die Souveränitätsproblematik

Nur scheinbar hat — um die Worte des Potsdamer Abkommens hier noch einmal zu wiederholen — das deutsche Volk „seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt“ wieder eingenommen. Deutschland als besetztes Land — diese Formel bezeichnet sicher nicht die ganze Wirklichkeit (heute noch weniger als vor 30 Jahren), die kennzeichnet aber einen Aspekt der Wirklichkeit, ohne den die Lage unseres Landes nicht zu verstehen ist. Die Souveränität beider deutscher Staaten ist de facto gemessen an anderen europäischen Staaten

Beide deutschen Regierungen betonen immer wieder die von ihnen repräsentierten Staaten seien souverän. Keine Regierungen berufen sich auf die einschlägigen Dokumenten, die Bundesrepublik auf den sog. Deutschlandvertrag von 1952/54, wonach die Bundesrepublik „die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben“ werde, die DDR-Regierung auf die sog. Souveränitätserklärung der UdSSR vom 25.3.1954, wonach die DDR „die Freiheit besitzen (wird) nach eigenem Ermessen über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten einschließlich der Frage der Beziehungen zu Westdeutschland zu entscheiden.“ Auch in ihrer Regierungserklärung vom 1.12.1979 wird die Abhängigkeit der DDR von der UdSSR betont. Die DDR-Regierung hat aber nie die Abhängigkeit von der UdSSR bestritten.

Jede echte Friedensregelung sieht vor, daß das Territorium des besetzten Staates bis zu einem bestimmten Zeitpunkt von den Truppen der Sieger geräumt wird, um es durch eine Generalversammlung der betroffenen Völker zu regeln. In der DDR ist dies heute nicht erfolgt. Als vier Supermächte stehen noch heute mit ihren Streitkräften in Deutschland auf der





Fortsetzung von vorheriger Seite

Grundlage ihrer 1945 erworbenen Besitzungsrechte

Die Truppen der USA und der Sowjetunion in Deutschland haben nicht nur ein Präsenzrecht, sondern auch das Recht, über die Art der Bewaffnung ihrer de-facto-Besatzungstruppen nach eigenem Ermessen zu entscheiden. Für die Sowjetunion ergibt sich dies aus ihrem Truppenstationierungsvertrag mit der DDR von 1957, für die Bundesrepublik aus dem „Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 23.10.1964. Die USA und die Sowjetunion kommen daher aus eigener Macht in Deutschland Raketen aufstellen. Erleben wir heute in Deutschland eine qualitativ noch verschärfte Konfrontation der rassistischen Supermächte, so liegt ein geographischer Cordon sanitaire in unserem ureigenen Interesse. Aber ein umfassendes militärisches Disengagement in Mitteleuropa ist ohne eine endgültige Friedensvertragliche Ablösung des militärischen Besatzungszustandes gar nicht möglich.

## 3.5 Der Status quo in Berlin

Politisches Stückwerk repräsentiert der Status quo Berlins, wo die groteske Situation Deutschlands vierzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eingetragt hervortritt.

Berlin ist nicht nur besetztes Gebiet wie alle anderen Gebiete Deutschlands, in Berlin ist noch nicht einmal das Besatzungsregime aufgehoben, wenn es nach 1945 auch mehrmals neu festgelegt wurde. Die verfassungsmäßigen Rechte der Bewohner von Berlin (West) können jederzeit von den Stadtkommandanten außer Kraft gesetzt werden. Es gibt weder Post- noch Telefonheimat. Deutsche Gerichtsbarkeit kann nur mit Genehmigung des jeweiligen Sektorenkommandanten ausübt werden, wenn ein Deutscher in einer Sache klagt, die die Interessen der Minderregierung betührt. Westberliner reisen in die Länder des Warschauer Paktes mit ihrem „befehlsmäßigen Personalausweis“ (1.).

Es folgt eine Liste, was in Berlin noch alles nicht „normal“ ist.

## Neu-patriotische Welle?

Der Versuch, der Friedensbewegung über das Bild vom Würgegriff der Supermächte ganz speziell an „Deutschlands“ Gurgel ein neues patriotisches Maniechen zu verpassen — obwohl die deutsche Frage mit dem Anliegen der Friedensbewegung eben nicht zu tun hat —, konnte auf die wohlmeinende Unterstützung in den Medien rechnen.

Nachdem sich Alberitz auf der ersten Bonner Großkundgebung im Bonner Hofgarten als „Patriot“ vorgestellt hatte, was in der Denkschrift gleich zu den „patriotischen Manifestationen“ der Bonner Großkundgebung im Bonner Hofgarten als „Patriot“ vorgestellt hatte, was in der Denkschrift gleich zu den „patriotischen Manifestationen“ auf der Bonner Großdemonstration am 10.10.81“ (S. 4) aufgeplustert wird, folgten Titelstörchen zum Thema an „Stern“ und „Spiegel“. Immerhin ergab jetzt kürzlich eine Umfrage von Allensbach, daß 53 Prozent der Bundesbürger über 16 Jahren folgendem Vorschlag zustimmen würden: „Die DDR tritt aus dem Warschauer Pakt aus, die Bundesrepublik aus der NATO; das wiedervereinigte Deutschland könnte sein Gesellschaftssystem in freien und geheimen Wahlen selbst bestimmen. Neutralität und Bündnisfreiheit wären garantiert“ (5).

In diesem Sinne üben sich die Autoren in der „Denkschrift“ auch in patriotischen Tönen. Nicht von Schandmauer ist die Rede, aber doch so: „Wenn wir die Mauer Sohn für Sein abtragen wollen, dann müssen wir Deutsche politische Phantasie und Mut zu politischer Initiative entfalten“ (S. 24).

Unter dem Stichwort „das Mißtrauen der Deutschen gegen sich selbst“ wird über die „Verdrängung“ der nationalen Ansichten pathetisiert:

Auf dieser Ebene hat die Frage nach den Ursachen der deutschen Geschichtskatastrophe des NS-Regimes nichts mehr mit einem für die politische Vergangenheit- und Gegenwartswahrnehmung fruchtbaren Selbstzweifel, mit Selbstkritik zu tun. Alles Entsetzen über die Vernichtung des jüdischen Volkes in Europa, über die nationalsozialistischen Verbrechen an den europäischen Völkern, alles Abscheu vor dem vom Deutschen Reich begangenen Aggressionsverbrechen, alle in Erinnerung an diese dunkle Phase der deutschen Geschichte nagenden individuellen Schuldgefühle, alles, was nicht in einer passiven Duldschuldung erlahmen lassen, für die das Jahr 1945 der Fix- und Endpunkt deutscher Geschichte ist und die gegenwärtige Lage unseres durch brutale Orientierung des Volkes im Zentrum des globalen nuklearen Infernos als verdächtige

Straße figuriert. Eine solche Haltung verspielt das Vermächtnis aller Gegner des H der Faschismus von Kurt Schumacher (1.) bis zu Claus Graf Schenk von Stauffenberg (2.).

Aus der Verantwortungsgemeinschaft der Deutschen für ihre Geschichte resultiert die Aufgabe einer gemeinsamen politischen Zukunft (1.) (S. 33/34).

## Keine Angst vor deutschem Patriotismus in Europa?

Eine deutsche Patriotismus-Welle in der Friedensbewegung, die die Autoren als Nährboden für ihre Ideen betrachten, hätte indes verheerende Folgen, über die sie sich jedoch hinwegzusetzen versuchen.

„Es liegt an uns Deutschen, durch politisch verantwortliche Praxis noch bestehende und durch die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg auch völlig verständliche Besorgnisse und Ängste unserer Nachbarn auszuräumen“ (S. 33).

Es ist den Autoren aber keineswegs entgangen, daß genau das Gegenteil davon eintreten würde, wenn die „deutsche Frage“ wieder- bzw. in der Friedensbewegung neu belebt werden sollte. Solche „Ängste“ sind ja keineswegs nur in Osteuropa verbreitet, sondern genauso überall in Westeuropa anzutreffen, sieht man mal ab von den neuen französischen Philosophen, Alva Myrdal und einigen weiteren in der „Denkschrift“ angeführten Persönlichkeiten ab.

Es darf aber auch nicht die Ablehnung von Andreotti's „politischem Zynismus“ (S. 30) fehlen und die besonders abschreckende Äußerung des französischen Sozialisten Hünzingers,

militärische Lage in Europa würde entschärft, so bleibt die BRD als imperialistische Macht bestehen. Die Absicht des Ausbaus dieser Macht sollte unsere Nachbarn nicht beunruhigen? Ganz sicher ist, daß die Übernahme der „deutschen Frage“ in der Friedensbewegung diese gegenüber anderen europäischen Friedenskräften hobeln und in Gegensatz bringen würde. Bislang gehörte es immer noch umgekehrt zum Grundverständnis der Friedensbewegung, andere europäische Bewegungen zu stärken bzw. sich umgekehrt da durch Freiraum verschaffen zu können. Damit würden solche Vorstellungen aufgeräumt.

## „Befreiung“ des Ostens auf friedlichem Wege?

Die Denkschrift kritisiert, wie erwähnt, die Politik der Blockkonfrontation durch die NATO, die WEU, als westeuropäischen Machtblock in „politischer Rivalität mit der Sowjetunion“ und die EG, weil sie „nicht Europa, sondern Westeuropa im Auge hat“. Die westliche Ostpolitik will auf dem Wege militärischer und ökonomischer Machtpolitik und Überlegenheit die Sowjetunion zur Freigabe der DDR und Osteuropas zwingen. (6)

Die Denkschrift kritisiert diese Konfrontationspolitik, weil sie nicht gerade geeignet sei, eine „Bereitschaft der östlichen Vorkräfte“ zu erreichen, „ihren Zugriff auf Osteuropa zu lockern“. (S. 9/10)

Eine wie immer bezeichnete friedliche Revision des Systems von Jalta, der Zweiteilung Europas, kann ohne politische Kooperation der Sowjetunion nicht durchgeführt und nicht einmal anvisiert werden. (7) (1.)

## Deutscher Friedensvertrag

Ein deutscher Friedensvertrag müßte vorrangig folgende Punkte zum Gegenstand haben:

- die Festlegung des militärischen Status Deutschlands,
- den zeitlich genau fixierten Abzug aller fremden Truppen von deutschem Territorium,
- das zeitlich genau fixierte Ausweiden der beiden deutschen Staaten aus NATO/WEU und Warschauer Pakt,
- die Verpflichtung zur Umwandlung der deutschen Streitkräfte auf Friedensschwaffen. Hauptabschnitten bezüglich der für Ultraschallzwecke geeigneten Waffensysteme, den bedingungslosen Verzicht auf ABC-Waffen,
- die Verpflichtung der beiden deutschen Staaten zum Beitritt zu einer ABC-Waffenfreie Zone, interimsweise Kontrolle zur Einhaltung der Rüstungsbeschränkungen,
- die Festlegung der Grenzen Deutschlands nach Maßgabe des derzeit tatsächlich bestehenden Zustands, so daß insbesondere das polnische Interesse an der Endgültigkeit der Grenze an Oder und Neiße befriedigt wird,
- die Verpflichtung Deutschlands, am Aufbau eines europäischen Sicherheitsystems mitzuwirken und diesem beizutreten,
- die Verpflichtung, keinerlei Militärbanden einzugehen, die sich gegen einen der Unterzeichnerstaaten des Vertrages richten.

Neben militärischen Abrüstungsmaßnahmen (ABC-Waffenfreie Zone, Neutralität beider deutscher Staaten und Truppenabzug ausländischer Truppen) kommt dann der eigentliche politische „Knüller“ mit rein, damit die „deutsche Frage“ der gewünschten Lösung zugeführt werden kann, nämlich die vertragliche Zusage für eine

schon Friedensvertragsentwurfes vom 10.1.1959 und Element eines „Nationalen Dokuments“ des „Nationalkongresses der Nationalen Front“ der DDR vom 17.6.1962 neben der Forderung nach Neutralität (9). Man fühlt sich natürlich sehr viel freier von revanchistischem Gedankengut (wie es die Autoren bekunden), wenn man auf solche Pläne zurückgreift. Der Vorschlag der Denkschrift stimmt in den Ausführungen im wesentlichen mit dem Dokument des „Nationalkongresses“ der DDR überein. Die Ausführungen dazu sind so lebhaft im Detail, so daß wir dies hier nur zusammengefaßt wiedergeben wollen.

BRD und DDR bilden eine konföderale Union namens „Deutscher Bund“ unter Ebnerteilung. Bei uns, das „wieder Hauptstadt“ wird. Beide Staaten sollen sich an der „Sicherheit“ Europas beteiligen. Eine Wiedervereinigung dürfte nicht mit Gewalt erfolgen. Selbst eine solche (gewaltsame) Propaganda sei als verfassungswidrig zu bestrafen. Volle Reisefreiheit werde garantiert, aber die generelle Freizügigkeit solle später eine Einigung erzielt werden. Mit Rücksicht auf den BRD-Anspruch auf die „provisorischen“ Pässe in Westberlin soll es „eine je deutsche Kommando- und Staatsangehörigkeit“ geben. Denkbar sei zusätzlich die Beibehaltung der jeweiligen bisherigen Staatsangehörigkeiten. Wir ersparen hier dem Leser alle weiteren Details (die Ausführungen erstrecken sich über 7 Seiten (S. 40-47)), die u.a. alle möglichen Organe, Ausschüsse, Lenkungsstrukturen und die Immunität von deren Mitgliedern beschreiben.

## Europäischer Sicherheitspakt

Eingebettet werden soll das ganze in einen europäischen Sicherheitspakt, mit dem die Auflösung der Militärpakte WVO und NATO und der Abzug der US-Truppen aus Westeuropa sowie der sowjetischen Truppen hinter ihre eigenen Grenzen (möglichst noch ein Stück darüber hinaus) einhergehen soll. Es heißt dort:

— einen Europäischen Sicherheitspakt, bestehend aus:

### Kapitel I: Verbot der Gewaltanwendung

- Verpflichtung der Staaten, sich der Androhung und Anwendung von Gewalt zu enthalten
- Verpflichtung zur friedlichen Streitbeilegung
- Organisations- und Verpflichtung, keine gewalttätigen Grenzänderungen vorzunehmen;
- Verbot der Unterstützung eines Angriffes und Verpflichtung zur Unterstützung des Angegriffenen;
- Bestimmungen über die Überleitung der derzeitigen Pakte in der Miquelsche der SKSE, Auflösung der NATO, WEU und Warschauer Pakt sowie der bilateralen Beistandspakte;

### Kapitel II: Rüstungsbeschränkungen und Rüstungskontrollen

- zahlenmäßige Begrenzung der Truppenstärken, insbesondere der deutschen Streitkräfte (Übernahme der entsprechenden Bestimmungen aus dem Friedensvertrag)
- Waffen- und Kriegsmittelbeschränkungen z.B. Umwandlung des SKSE auf reine Defensivwaffen, Abbau der Nuklearkraften;
- Einrichtung von militärischen Sicherheitszonen; z.B. durch Truppenverdrängung in Grenzgebieten vor allem jenseits der Staaten, die weiterhin über Offensivwaffen verfügen, insbesondere der Sowjetunion;
- Verpflichtung zum einem Beitritt über eine europäische atomwaffenfreie Zone (Sonderabkommen);
- Sicherung vor Überraschungsangriffen neben Truppenverdrängung z.B. Kontrollen und Beobachtungsposten, Satellitenüberwachung (Zuständige beim SKSE Rüstungskontrollen).

### Kapitel III

- Einführung einer atomwaffenfreien Zone in Europa. Als Modell kann hier der Vertrag von Latzko vom 14. Februar 1967 herangezogen werden (mitl. Garantierteckelung der Atomwaffenstaaten, keine Atomwaffen gegen die Zone einzusetzen) Verklärung der bloßen Verhandlungspflicht der Kernwaffenstaaten nach Art. VI des Nichtverbreitungsvertrages vom 1. Juli 1968 in eine Pflicht zur nuklearen Abrüstung

### Kapitel IV:

Die Institutionalisierung der SKSE

Einsetzung

(1.)

### Hinzu kam:

ein Europäischer Vertrag über die wirtschaftliche Zusammenarbeit, das ein kooperational-kommunales zwischen EC, EFTA und ROW eingeht, ein Europäischer Vertrag über die kulturelle wissenschaftliche Zusammenarbeit.

Diesem „Sicherheitsystem“ sollen neben den europäischen Staaten unter Ausschluss der Sowjetunion witterweise auch unbedingt die USA beitreten, obwohl sie gerade mit diesem Vertrag militärisch von der europäischen Bühne verschwinden sollen. Es bleibt



„Tag der Heimat“ in der Waldbühne in West-Berlin am 4. September 1960.

der sich freute, daß mit der Pershing-Stationierung „für Frankreich das deutsche Problem für die nächsten 20 Jahre“ gelöst sei (S. 7).

der sich freute, daß mit der Pershing-Stationierung „für Frankreich das deutsche Problem für die nächsten 20 Jahre“ gelöst sei (S. 7).

Die militärischen Abrüstungspläne (die, wie gesagt, völlig ohne „Deutsche Frage“ verfolgt werden könnten) sollen Europa den „Profit“ bringen, um auch den Rest (das weitere Erstarken „Deutschlands“) hinzunehmen.

Wenn „Nationalismus“ definiert wird als Durchsetzung nationaler Interessen auf Kosten der Interessen anderer Völker, dann kann nur durch eine Begriffsverdrängung unsere Frage des Aufstiegs der Deutschen Frage im gesamt-europäischen Kontext als Nationalismus diffamiert werden. Von einem Divergenz gemeint in Zentralkuropa würden alle europäischen Völker profitieren. (1.)

Das Plädoyer für den Nationalstaat ist kein Plädoyer für den international-uningeschränkten souveränen Machtstaat, für nationalstaatliche Abschottung und Interessengegenseitigkeit (1.) Wir wollen das „Europa der Vaterländer“ und in ihm Deutschland als unser ungeteiltes Vaterland.

Gegenüber der These, daß „insbesondere unsere Nachbarstaaten (1.) gegen jegliche Politik, die „Bewegung“ in die deutsche Frage bringt“ seien, heißt es schlicht patriotisch (S. 30).

Die Gewohnheit, zunächst immer nach den Interessen anderer Staaten zu fragen, ist Ausdruck politischer Unmündigkeit. Jeder Staat definiert erst einmal seine eigenen Interessen und versucht dann, diese in die internationale Politik einzubringen. Die Deutschen sollten nicht anders verfahren.

Man mußte schon übersehen, daß alle europäischen Abrüstungspläne völlig losgelöst von der „deutschen Frage“ betrieben werden könnten, was „unsere Nachbarn“ ganz sicher nicht übersehen würden, zumal die hier angebotenen Pläne sogar ausdrücklich die Zustimmung zur Möglichkeit einer Wiedervereinigung beinhalten sollen (S. 37). Selbst einmal vorausgesetzt, die

Gibt es für die von uns verfochtene Alternative zur Blocklogik eine Realisierungschance? (1.)

Gibt es für die von uns verfochtene Alternative zur Blocklogik eine Realisierungschance? (1.)

Ohne in sentimentale Einseitigkeit oder vorsehnelte moralische Schuldzuweisung zu verfallen, geht es für die für das Schicksal Europas letztlich entscheidenden die Supermacht Sowjetunion darum, ihren Sicherheitsbegriff neu zu definieren (1.).

Die sowjetische Einkreisungsangst hat — jenseits ihrer ideologischen Zweckdienlichkeit — einen rationalen Kern. Militärische Vorziele können zu politischen Nachteilen werden. Vor diesem Hintergrund ist daran zu erinnern, daß zu den politischen Instrumentarien der Sowjetunion seit jeher das System kollektiver Sicherheit gehört. An diesem Begriff ist im Interesse des europäischen Friedens und der friedlichen Emanzipation ganz Europas anzuknüpfen.

Die einzige politische materielle Grundlage für die Pläne der Denkschrift ist das politische Tauschgeschäft: militärische Sicherheit für die Sowjetunion in Europa einerseits, friedlicher, freiwilliger Selbstmord der Sowjetunion als politische Großmacht in (Ost-)Europa andererseits. Wenn man behauptet, dies sei mit den Interessen der Sowjetunion identisch, so ist man materiell darauf, daß die Bedrohung für die Sowjetunion durch die Kriegspolitik der NATO bzw. von Reagan & Co. derzeit groß sei, daß sie auf solch „Geschäft“ eingehen könnte. So wundert es überhaupt nicht, daß die gesamte Denkschrift als „einseitiges“ rüstungspolitisches Ziel lediglich einen Stationierungstop für atomare Mittelstreckenraketen von den USA fordert, aber ansonsten überhaupt nicht daran will, einseitig innerhalb der NATO abzurufen, weil man mit der Drohung durch die NATO-Waffen politische Tauschgeschäfte machen und diesen „Vorteil“ nicht ohne „Gegenleistung“ einfach verschenken will. Wir wollen in folgenden das angebotene Vertragswerk — Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten, europäische Sicherheitsordnung und deutsche Konföderation — vorstellen.



„Wiedervereinigung“. Damit es nicht so „revanchistisch“ klingen möge, beruft man sich auf alte sowjetische Vorschläge:

„Wiedervereinigung“. Damit es nicht so „revanchistisch“ klingen möge, beruft man sich auf alte sowjetische Vorschläge:

— die Erklärung, daß die Verbündeten und Vereinigten Mächte die Wiedereinrichtung der Beziehungen der beiden deutschen Staaten untereinander einschließlich der Frage einer eventuellen Wiedervereinigung als eine inner- und Angelegenheit des deutschen Volkes betrachten. Ein solches wäre auch eine Formulierung im Sinne des Art. 22 des sowjetischen Friedensvertragsentwurfs vom 10. Januar 1959.

„Die verbündeten und vereinigten Mächte erkennen das Recht des deutschen Volkes auf Wiederherstellung der Einheit Deutschlands an und bringen ihre Bereitschaft zum Ausdruck, den beiden deutschen Staaten jegliche Unterstützung zur Erreichung dieses Zieles auf der Grundlage der Annäherung und Versöhnung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland zu gewähren. Beide deutschen Staaten wie auch die Verbündeten und vereinigten Mächte, betrachten den vorliegenden Vertrag als einen wichtigen Beitrag zur Vereinigung Deutschlands, entsprechend den nationalen Hoffnungen des deutschen Volkes sowie den Interessen der Gewährleistung der Sicherheit Europas und in der ganzen Welt.“

— eine Erklärung über die Friedigung aller Reparationsforderungen, eine Verpflichtung der Hauptsiegermächte, eine Revision der Satzung der Vereinten Nationen einzuleiten mit dem Ziel der erweiterten Streichung der Art. 51 Abs. 1 S. 2 u. 3 und Abs. 2 und Art. 107 (Friedensstatut) (8).

## Die „Deutsche Konföderation“ — der „Deutsche Bund“

Der Friedensvertrag soll die Tür zur Wiedervereinigung für die Neopatrioten öffnen, als „Zwischenlösung“ schwebt ihnen eine „Deutsche Konföderation“ vor. Auch dieser Konstrukt war Bestandteil des sowjet-











Fortsetzung von vorheriger Seite

DM auf ein eigenes eingerichtetes KGM Konto in Frankfurt ein. Gleichzeitig wurden 325.000 DM aus Spendengeldern des Streiks um die 35-Stunden-Woche zweckgebunden für britische Bergarbeiterkassen bereitgestellt.

Es ist wohl nicht nur Spekulation, daß der für die NUM positive, mit überwältigender Mehrheit gefaßte Beschluß des britischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC — zu dem der DGB gute Beziehungen unterhält — vom 3.9.84, das Tauwetter im DGB mitbeeinflußt hat (vergleiche AK 250). Am 24.9.84 veröffentlichte die IG Druck das Spendenkonto der NUM in Sheffield, und am 27.9. erschien in der „Welt der Arbeit“ das Konto des Wuppertaler Koordinationsbüros. Diese Konten gewähren im Gegensatz zum IGM Konto die eigenverantwortliche Verwendung der Spendengelder durch die NUM. In der Folge nahmen die Unterstützungsaktivitäten gewerkschaftlicher Untergliederungen zu, die Einladungen an Joe Holmes häuften sich. Der DGB Hamburg rief Anfang November 1984 sogar öffentlich zu einer Aktion „Ein Stundenlohn für die britischen Bergarbeiter“ auf (bislang mehr als 60.000 DM), die Eingänge auf den Spendenkonten der IGM nahmen rapide zu (heute über 600.000 DM).

Das Sheffielder NUM Konto tauchte am 15.9.84 sogar in der „Einheit“ auf, die sich erstmals genötigt sah, auch Informationen über den Streik zu geben. Tenor: Der Streik finde keine ungeteilte Zustimmung, weil der „marxistisch-militante Gewerkschaftsführer“ Scargill in „der sowjetischen Gewerkschaftszeitung TRUD selbst erklärte: „Es geht um die Änderung der britischen Gesellschaftsordnung“. Aber den Familien müsse geholfen werden (siehe AK 250).

### „Wir können uns mit den Streikzielen der NUM nicht identifizieren“

schrrieb der IG Bergbau-Vorstand am 24.10.84 in einem Brief an alle DGB-Vorstände. Alles andere wäre auch verständlich. Aber eine andere wäre auch verständlich.

schrrieb der IG Bergbau-Vorstand am 24.10.84 in einem Brief an alle DGB-Vorstände. Alles andere wäre auch verständlich. Kampf der NUM doch nicht nur um jeden Arbeitsplatz, sondern auch gegen die Kernenergie in Großbritannien (vergleiche dazu AK 249), ganz im Gegensatz zur Pro-Kernenergie-Politik der IGBE. Dieser Brief hat es in sich. Diese Abgrenzung von der NUM erfolgt, weil diese, anders als die drei übrigen Montan-Gewerkschaften in Großbritannien und der BRD — die britische Stahlarbeitergewerkschaft, die IG Metall und die IG Bergbau — gegen Arbeitsplatzabbau kämpfen. Denn die anderen drei „haben in Einsicht unvermeidlicher ökonomischer Zwänge mitverantwortet und mitgetragen, daß der Abwehr sozialer Härten für die betroffenen Arbeitnehmer zahlreiche betriebliche und überbetriebliche Rationalisierungsmaßnahmen griffen, durch die die Beschäftigung in beiden Industrien erheblich reduziert wurde“. Die drei Gewerkschaften seien daher einen Weg gegangen, „gegen den die jetzige NUM-Führung streiken läßt: Stilllegung von Betrieben oder Betriebsstellen bei zufriedenstellender Bewältigung der damit verbundenen sozialen Probleme. Es mußten partielle Eingriffe erduldet werden, um nicht das Ganze zu gefährden“ (siehe AK 252 und voller Wortlaut des Briefs in AK 253). Die politische Ausgrenzung wird zusätzlich zum Antikommunismus auf die Frage der Mitwirkung am Arbeitsplatzabbau ausgedehnt. Der NUM wird das Ausschließen aus dieser „Solidarfront“ vorgeworfen, das aber sei, so die IG Bergbau, „für die eigenen Mitglieder nicht zumutbar“.

Mit der Adressierung dieses Briefes an die DGB-Vorstände hat die Bergbaugewerkschaft unmißverständlich deutlich gemacht, daß sie von allen anderen Gewerkschaften verlangt, in der Solidaritätsarbeit nichts zu unternehmen, was den vorgegeben politischen Rahmen des Antikommunismus und der Ablehnung der Klassenkampf-Position der NUM sprengt.

Dieser Brief wurde am 15.11.84 in der „Einheit“ veröffentlicht. Gleichzeitig wurde die antikomunistische Hetze gegen Scargill verschärft und mit seinen direkten Kontakten zum Terrorismus-Financier Ghaddafi zusätzlich gewürzt.

Auf dem Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau am 27.11.84 wiederholte Adolf Schmidt die Abgrenzung: „Unter Gewährleistung der sozialen Sicherheit für unsere Mitglieder und ihre Familien ertragen wir operative Eingriffe in Teile, um das Ganze zu sichern und zu retten. Diese Politik hat sich bewährt. Es besteht kein Grund, sie zu ändern“ („Einheit“, 15.12.84) und



Arthur Scargill während einer Bergarbeiter-Kundgebung

schrrieb den Bannstrahl gegen die NUM, indem er erklärte, die Gewerkschaft der Steiger und technischen Angestellten, die nicht im Streik stehende kleine NACODS, „vertritt für uns die Stimme der Bergarbeiter Großbritannien“ (FR, 28.11.84). Kein Wort fiel auf diesem Kongreß zum Streikbruch in der BRD. NUM-Generalsekretär Peter Heathfield hatte am 23.11.84 einen Brief in die BRD geschickt, in dem er von zunehmenden Kohleimporten aus der BRD berichtete: „Die Einfuhren aus der BRD sind zehnmal so hoch wie gewöhnlich und fast alles wird über Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen nach Großbritannien verschifft“ (wo es zumeist in den nicht gewerkschaftlich organisierten Häfen ankommt wie gewöhnlich und fast alles wird über Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen nach Großbritannien verschifft) (wo es zumeist in den nicht gewerkschaftlich organisierten Häfen ankommt wie gewöhnlich und fast alles wird über Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen nach Großbritannien verschifft). „Es ist schwer diese Situation zu verstehen, wo deutsche Gewerkschafter auf der einen Seite großzügige Unterstützung leisten, während auf der anderen Seite Kohle weiterhin exportiert wird, welches wiederum unsere Schwierigkeiten erhöht, da es den Streik in Bezug auf seine Wirkung verlängert“. Heathfield nannte auch konkrete Namen von Schiffahrtsgesellschaften: Heinrich Schepers Rheinschiffahrt KG in Duisburg und Peter Dohle Schiffahrts KG in Hamburg. Die bundesdeutschen Verschiffungshäfen sind Hamburg, Duisburg und Emden. Immerhin kam am 15.12.84 in London ein Treffen der NUM, unter der Obhut des TUC mit dem DGB und der ÖTV sowie Transportarbeitergewerkschaften aus Belgien und den Niederlanden zustande. Auf diesem Treffen wurde verbindlich die Zusage gemacht, nach „praktischer und wirkungsvoller Unterstützung“. Der DGB-Vertreter erklärte später gegenüber der „Frankfurter Rundschau“ ohne weitere Begründung hierzu, „daß es nicht möglich sein werde, die Verschiffung durch Boykottmaßnahmen zu begrenzen“. Daher sei die Vereinbarung „entsprechend flexibel formuliert“. Sie solle „als Schutzhilfe für die britischen Gewerkschaften dienen in der öffentlichen Auseinandersetzung um den Streik der Bergarbeiter“ (FR, 21.12.84).

### IG Metall und DGB distanzieren sich von der NUM

Am 13.12.84 wurde der gewerkschaftliche Eiertanz um die Stellung zum britischen Bergarbeiterstreik im DGB eindeutig zugunsten der Position der IG Bergbau im DGB entschieden. Der Vorsitzende der IG Metall wandte sich in zwei Schreiben an die britische NUM und die Untergliederungen der IG Metall in der BRD (siehe Fotokopie).

Im Brief an die NUM wird unmißverständlich festgestellt: — Keine Beteiligung im Namen der IG Metall am Essener Solidaritätskongreß. — Distanzierung von den Streikzielen der NUM. — und keine Spendengelder für den Streik in Großbritannien, sondern nur für die „notleidenden Bergarbeiterfamilien“. Um dieses zu gewährleisten erhält die Britische Stahlarbeitergewerkschaft von der bundesdeutschen IG Metall den „Auftrag“, die Gelder in diesem Sinne zu verwenden.

Damit niemand in der IG Metall die Weisungen des Vorstandes mißverstehen, wurde dies noch einmal erläutert. Die NUM sei aus der Form der antikomunistischen westlichen Gewerkschaften ausgeschieden, sie unterstütze die Ziele, wie die IG Bergbau sie formuliert hat, nicht und könne daher nicht unterstützt werden. Und schließlich: Überweisungen auf die Konten, die der NUM zugänglich sind, in Sheffield und Wuppertal, „sind nicht zulässig“, heißt es da in der bekannten Sprache der Gewerkschaftsausschlußbureaus mit dem drohend erhobenen Zeigefinger an die unbotmäßigen Teile der Basis.

Pa ist geradezu eine Verhöhnung, wenn darauf hingewiesen wird, internationale Solidarität sei für die IGM immer eine Selbstverständlichkeit gewesen, wenn gleichzeitig versucht wird, die britische Bergarbeitergewerkschaft politisch zu isolieren und zu gängeln. Die IG Metall mischt sich damit auch direkt in die Auseinandersetzungen im britischen TUC ein, in dem die Stahlarbeitergewerkschaft zu den rechten Teilen gehört. Über das Verhalten der Stahlarbeitergewerkschaft zum Bergarbeiterstreik schrieb das Wuppertaler Koordinationsbüro in einem Info vom Mitte November 1984 u.a.: „Eine besondere Enttäuschung ist im bisherigen Verlauf des Arbeitskamps die Haltung der Stahlarbeitergewerkschaft ISTC gewesen, die während ihres 13wöchigen Arbeitskamps 1980/81 besonders stark von der NUM unterstützt worden ist. Weil der Druck der kampfunerfahrenen Stahlarbeiter auf ihre Gewerkschaftsführung unter Bill Sirt nicht stark genug war, ihre Kraft nicht ausreichte, konnten sie ihre Führung damals nicht an der Aushandlung eines faulen Kompromisses hindern, der in eine schwere Niederlage führte und schließlich in der Vernichtung der Hälfte aller Arbeitsplätze und einer Schwächung der Gewerkschaft gipfelte. Von dieser Niederlage haben sich die Stahlarbeiter bis heute nicht wiederholt. Die widerstandsbereiten Teile unter ihnen haben es bis jetzt nicht verhindern können, daß der Vorstand der ISTC nicht bereit war, mit der NUM Absprachen zur Unterstützung einzugehen.“

Die N.U.M. hatte angeboten, den beiden besonders von Schließung bedrohten (von den fünf großen) britischen Stahlwerken — Port Talbot in Süd-Wales und Ravenscroft in Schottland — während des Streiks genügend Kokskohle zum Erhalt der Hochöfen zu liefern. Sirt und sein Anhang forderten aber unter Berufung auf die Sicherung der Arbeitsplätze volle Lieferungen zur Aufrechterhaltung der Produktion, nahmen also eine Streikbrecherhaltung ein und lieferten so der Regierung Propagandamunition: Die N.U.M. gefährde mutwillig die Arbeitsplätze der Stahlarbeiter. In Wirklichkeit sind die Arbeitsplätze der Stahlarbeiter gerade in diesen beiden Werken durch die Beschlüsse der EG Kommission bedroht, die zwingend eine Reduzierung der britischen Stahlproduktion verlangen.

Die identischen politischen Argumente des IGM-Vorstandes und der IG Bergbau sind mittlerweile auch vom DGB-Bundesvorstand übernommen worden, wie die „FR“ am 19.12.84 meldete. Daß die Solidarität gegenüber

der NUM verweigert wird, stellte auch der DGB-Bundesvorstandsssekretär Beck klar, als er darauf hinwies, daß die DGB Kontakte nach England über den TUC, nicht aber über die NUM liefen. „Der TUC stellt sicher, daß die auf dieses Konto eingezahlten Spenden ausschließlich zur Unterstützung von hilfsbedürftigen Familien verwendet werden“ (FR, 2.1.85).

Und die DGB-Einzelgewerkschaften, auch die „linken“, beugten sich. Die HBV-Zeitung „Ausblick“ hat in ihrer Dezemberausgabe erstmals das neue Konto des TUC in London veröffentlicht. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff publizierte noch im Dezember in der „Holzarbeiterzeitung“ sowohl den TUC-Konto als auch ein neues Konto des TUC in London veröffentlicht. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff publizierte noch im Dezember in der „Holzarbeiterzeitung“ sowohl den TUC-Konto als auch ein neues Konto des TUC in London veröffentlicht. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff publizierte noch im Dezember in der „Holzarbeiterzeitung“ sowohl den TUC-Konto als auch ein neues Konto des TUC in London veröffentlicht.

Wieder einmal wird die Praxis westdeutscher Gewerkschaften offenkundig. Solidaritätsarbeit zu massiver politischer Einflussnahme in anderen Ländern zu benutzen. Basis dafür ist der relative Reichtum dieser Gewerkschaften, der schon in Spanien und Portugal benutzt wurde, sozialdemokratische, antikomunistische Gewerkschaftsverbände aufzubauen. Im aktuellen Fall begt die Besonderheit darin, daß man sich das humanitäre Mäntelchen desjenigen umhängen kann, der den tatsächlich in Not befindlichen Familien und Kindern großzügig hilft. Der Gestus und die politische Absicht allerdings tragen eindeutig imperialistische Züge und enthüllen, wie hier Außenpolitik im Gleichklang mit Zielsetzungen des westdeutschen Kapitals bei der Befriedung der westeuropäischen Arbeiterbewegung betrieben wird. Wer es angesichts der vordergründigen Geklapperei um die 35-Stunden-Woche vergessen haben sollte: Vor die Alternative gestellt, sich zwischen einem antikapitalistischen, klassenkämpferischen Kurs, wie ihn die NUM vertritt, zu entscheiden oder für den Sozialpartner im eigenen Land, oder „das Ganze“, wie Adolf Schmidt das nennt, entscheiden sich die bundesdeutschen Gewerkschaften nach wie vor für das letztere.

### Scargill muß kommen!

Die NUM hat offensichtlich unter dem Eindruck dieses Vorgehens der DGB-Gewerkschaften Anfang Januar ihre Teilnahme am Essener Kongreß abgelehnt, sie ließ sogar Terminschwierigkeiten von Scargill erklären. Eine NUM-Erklärung für die BRD-Solidaritätsarbeit ist angekündigt, liegt uns aber noch nicht vor.

Wer will es der britischen Gewerkschaft verdenken, daß sie bei allen Differenzen, die sie zum DGB Vorgehen haben dürfte, ihrerseits kein Interesse an einer Konfrontation hat? Immerhin sind über die IG Metall mehr als 400.000 DM für die Bergarbeiterfamilien zusammengekommen, über die IG Bergbau eine Viertelmillion DM und weitere Spenden gehen laufend ein (auf dem Wuppertaler Konto, das zu benutzen wir dringend empfehlen, sind bislang mehr als eine halbe Million DM

eingezahlt worden), Gelder, die dringend benötigt werden. Und schließlich ist die politische Auseinandersetzung um die Schweinereien der DGB-Vorstände ein Problem der Gewerkschaftsarbeit hierzulande. Die NUM kennt zwar ähnliche Probleme aus dem eigenen Dachverband, dem TUC, mit denen sie umzugehen hat, aber sie hat sich bislang von keinem solcher Versuche in ihrem Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze hehren lassen.

Die politische Solidaritätsarbeit in der Bundesrepublik zur Unterstützung des Streiks muß auf jeden Fall intensiviert werden. Die größte Gefahr besteht momentan darin, daß der NUM und ihrem Vertreter Joe Holmes die Arbeitsmöglichkeit über das Wuppertaler Büro verunmöglicht wird. Laut „taz“ vom 3.1.85 hat mittlerweile der GEW-Vorsitzende Wunder in einem persönlichen Brief an die GEW-Wuppertal vorgewarnt, daß er „die Gefahr eines Eingriffs in die internationale Arbeit des Hauptvorstandes“ sieht. Und es gehört nicht viel Phantasie dazu sich vorzustellen, daß der DGB-Druck auf die GEW zunehmen könnte, die erfolgreiche Solidaritätsarbeit in Wuppertal namens der GEW einzustellen.

Wer den politischen Druck im DGB kennt, der versteht, warum der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Hammelrath erklärt, „ich möchte nicht, daß der Eindruck entsteht, die GEW arbeite in einer Bergarbeiterfrage gegen die Politik der KGB“ (taz, 8.1.85). Nur, in der Zentrale der KGB wird man das mit Sicherheit ganz anders sehen und auf entsprechende Maßnahmen drängen.

Wie wäre es, wenn Solidaritätsgruppen, Gewerkschaften, gewerkschaftliche Untergliederungen und Unterstützer-Komitees gemeinsam dafür sorgen, daß Arthur Scargill in der Bundesrepublik reden und den Kampf der britischen Bergarbeiter und die Ziele ihres Streiks hier propagieren kann?

Kommision Betrieb und Gewerkschaft

„Rauschmiff - oh nee! Solidarität mit Rainer, Hans und Peter von BMW!“

### Dokumentation

über den Kampf der drei fristlos entlassenen Gewerkschafter vom Berliner BMW-Werk seit April 84 für Weiterbeschäftigung und die Neuwahl des Betriebsrats — auf jeweils aktuellem Stand (mit Interview der Betroffenen und des Betriebsrats in einer Radio-Sendung, Flugblättern bei BMW, Solidaritätsriefen und -Aktionen, Protokollen an Werksleitung und Betriebsrat, Berichten aus Zeitungen und Zeitschriften, Presseerklärungen über die Arbeitsgerichtsprozesse um Kündigungsschutz, Weiterbeschäftigung und die Anfechtung der Betriebsratswahlen).

Zusendung gegen 5,- DM (in Briefmarken) für Selbstkosten und Porto an das Solidaritätskomitee: Bodo Zeuner, Habebachwälder Allee 10, 1000 Berlin 33.

Solidaritätskomitee für die entlassenen BMW-Gewerkschafter

Januar 1985

### Berichtigung zu AK 253

Im AK 253 haben wir im Artikel „Wie nutzt man einen Konflikt aus? Ein Kundgebung für die Kollegen bei BMW“ einen Fehler gemacht. Wir haben geschrieben, daß die gekündigten Betriebsräte Rainer Knirsch und Peter Vollmer erst 1984 in den Betriebsrat gewählt wurden. Knirsch zog erstmals 1978 als Listenführer der Liste „Einheit“ in den Betriebsrat (40 % der Stimmen) und 1981 als Listenführer der IGM-Liste. Vollmer 1981 als Listenführer der Liste „Metaller für Demokratie“. Wir bitten den Fehler zu entschuldigen.

Kommision Betrieb und Gewerkschaft



# Gepoker um den EG-Beitritt Spaniens und Portugals

Die Regierungschefs der zehn Mitgliedsländer der „Europäischen Gemeinschaft“ (E.G.) bekräftigten auf ihrem letzten Gipfeltreffen Anfang Dezember in Dublin erneut ihre Absicht, zum 1.1.86 den Beitritt Spaniens und Portugals zu vollziehen. Vor allem die Politiker der BRD legten großen Wert auf die Erweiterung der EG und arbeiteten wiederholt mit dem Mittel der Erpressung: Sie wollten der Erhöhung der Mehrwertsteuer-Abgaben an den EG-Haushalt von 1 auf 1,4% nur unter der Bedingung des gleichzeitigen EG-Beitritts der beiden iberischen Staaten zustimmen. Daß insbesondere Kanzler Kohl so vehement auf einen fristgemäßen EG-Beitritt drängt, hat mehrere Gründe. Da spielen die ökonomischen Interessen des westdeutschen Kapitals ebenso eine Rolle wie die volle Mitgliedschaft Spaniens in der NATO. Dennoch scheint der EG-Beitritt der beiden Mittelmeerländer keineswegs gesichert, denn eine Vergrößerung des Wirtschaftsraumes EG bedeutet immer auch eine Zunahme der jeweiligen nationalen Kapitale. Mit dem künftigen Beitritt Spaniens und Portugals in die EG verschärfen sich insbesondere die Widersprüche im Bereich des gemeinsamen Agrarmarktes der EG; vor allem gegenüber Frankreich, Italien und Griechenland. Die großen Industriekapitale, vor allem aus der BRD, Frankreich und Großbritannien sehen da schon optimistisch in die Zukunft, denn es werden sehr profitabile Bedingungen vorfinden hinsichtlich steuerlicher Vorteile und vor allem der sehr billigen Arbeitskräfte. Für die Arbeiter und für viele Kleinbauern und Landarbeiter der iberischen Halbinsel wird der EG-Beitritt alles andere als ein Fortschritt sein: Sie sind in jeder Hinsicht die Geheulten bei den zu erwartenden „Anpassungsprozessen“ und „Strukturmaßnahmen“, die ihnen durch den EG-Beitritt aufgezwingen werden.

lor versperrt

Portugal hat überdies noch eine besonders schwere Kröte zu schlucken. Es laubte bedingungslos, Weizen und Rindfleisch zu niedrigen Weltmarktpreisen aus Nicht-EG-Staaten ein — nach dem EG-Beitritt hat sich Portugal verpflichtet, diese Agrarprodukte zu überhöhten Preisen aus EG-Ländern einzuführen. Die Kosten dafür liegen so hoch, daß Portugal per Saldo mehr in die EG-Kassen einzahlen muß als es herausbekommt!

Portugal mußte sich außerdem verpflichten, die Rohrzucker-Importe aus ihren ehemaligen afrikanischen Kolonien drastisch zu reduzieren und stattdessen den teuren EG-Zucker einzuführen. Des kommt nicht nur Portugal teuer zu stehen, sondern erst recht den afrikanischen Ländern, die auf Deviseneinnahmen dringend angewiesen sind.

Ein anderer Streitpunkt, nämlich die Produktion des Olivenöls, wurde in der EG verhandelt. Italien und Griechenland produzieren 750 000 Tonnen Olivenöl pro Jahr und kassieren dafür 2,1 Mrd. DM aus dem EG-Haushalt. Bisher gibt es keine Überproduktion in diesem Bereich. Kommt Spanien hinzu, werden 570 000 Tonnen dieses Öl zusätzlich auf den Markt geworfen, was Zusatzkosten von 1,6 Mrd. DM verursachen

aus dem Markt geworfen, was Zusatzkosten von 1,6 Mrd. DM verursachen würde. Es liegt auf der Hand, daß Spanien und Portugal ihre Olivenölproduktion noch erheblich erhöhen werden, um zunächst die Überproduktion noch zu steigern, und um dann in der EG möglichst hohe garantierte Abnahmemengen zu festen Preisen herauszuschlagen. Der EG-Ministerrat erteilt in diesem Bereich eine „EG-Fettordnung“ an, aber erst nach 1986.

Im Bereich des Fischfangs konnte sich die EG mit Spanien darauf einigen, sich nicht zu einigen. Bekanntlich verfügt Spanien über die größte Fischflotte der EG mit einem 70%-Anteil und fängt auch zwei Drittel aller Fische in der EG. Spanien verlangte zunächst völlige Neuverhandlungen über die Fangquoten in der EG, was aber für die EG-Länder unannehmbar war. Denn die 10 EG-Länder haben nach langem Tauschen die Fischfangquoten für 8 Fischarten festgeschrieben und diesen Konsens will niemand wieder in Frage stellen. Frankreich, Großbritannien und Irland verlangen von Spanien, nicht mehr vor britischen und französischen Gewässern zu fischen, sondern sich auf das Mittelmeer zu beschränken. Dies lehnte Spanien strikt ab. Der bisherige Kompromiß sieht nunmehr vor, Spanien bis zum Jahre 2001 vom gemeinsamen „EG-Meer“ fernzuhalten, d.h. Spanien bleibt bis zur Jahrhundertwende „nomader“ Konkurrent der EG. Da kann es dann durchaus noch mehrere Male passieren, daß französische Kriegsschiffe auf baskische Fischerboote feuern.

Hoch ging es her bei den Beitrittsverhandlungen Spaniens und Portugals in die EG, als man zum Tafelwein überging. Schon ohne die iberischen Länder gibt es für 1984 eine Tafelwein-Überproduktion von 35 Mio. Hektolitern, die mit 2,3 Mrd. DM aus der EG-Kasse abgekauft werden werden. Beim Tafelwein handelt es sich um keinen Qualitätswein, mit dem sich dennoch beim EG-Preissystem gut verdienen läßt. Vor allem Frankreich und Italien gehören zu den Hauptproduzenten dieses Getränks. Das Problem besteht nun darin, daß mit Spanien ein Land in die EG einziehen soll, das über die größte Weinanbaufläche der Welt verfügt. Zwar sind die Weinträge Spaniens und Portugals aufgrund der niedrigen Produktivität bislang noch relativ niedrig, aber im Zusammenhang mit dem EG-Beitritt werden die Erträge erheblich gesteigert, um sich die hohen Überschüsse aus der EG-Kasse bezahlen zu lassen. Neun der zehn EG-Staaten schlugen daher eine Quotenregelung — ähnlich wie bei der Milch — vor, die aber zunächst von Italien abgelehnt wurde. Die Quotenregelung sah vor, daß bei Überschreiten der Überproduktion über eine bestimmte Weinmenge hinaus nur noch die Hälfte des vereinbarten Preises an die Winzer bezahlt werden sollte. Das Problem

Produktions- und Beschäftigungsstruktur in der EG und den neuen Beitrittsländern in Prozent (1978)

	Portugal	Spanien	Italien
<b>Produktionsstruktur</b>			
Landwirtschaft	12,8	9,4	4,1
Produzierendes Gewerbe	45,3	37,9	44,7
Dienstleistungen	42,0	52,7	51,2
<b>Beschäftigungsstruktur</b>			
Landwirtschaft	32,9	20,0	7,6
Produzierendes Gewerbe	33,2	36,7	39,7
Dienstleistungen	34,1	43,4	52,8

(Aus: Woll/Capron, Spätkapitalismus in den achtziger Jahren)

wurde vertagt und erst Anfang Dezember 1984 nahmen sich die Regierungschefs der 10 EG-Länder höchst persönlich der Sache an. Es kam zu einer Einigung, in der dann doch noch der Absatz der Überschuldproduktion vereinbart wurde. Der Teufel steckt bekanntlich im Detail und so bleibt abzuwarten, ob über die Modalitäten dieser Vereinbarung noch nachverhandelt werden muß.

Zusätzliche Brisanz birgt jedoch noch die Einigung über den gemeinsamen EG-Haushalt, vor allem den Agrarhaushalt. Schon ohne die beiden Beitrittskandidaten gibt es chronische Finanzierungsschwierigkeiten des EG-Haushalts, die sich dadurch verschärfen, daß die landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach dem Motto „Wer mehr produziert, kriegt auch mehr Geld“ weiter auf die gestiegenen EG-Markte strömen. Umgekehrt weigern sich die Haupt-Einzahler in die EG-Kasse — die BRD und Großbritannien — hartnäckig, diese sinnlose Überproduktion noch weiter zu subventionieren. (Dabei geht es hier nur um die direkten staatlichen Subventionen, nicht eingerechnet ist dabei der Umstand, daß die Agrarerzeugnisse selbst viel zu teuer sind, die Endverbraucher bzw. Konsumenten also ebenfalls dieses Preissystem mit subventionieren.)

Konsumenten also ebenfalls dieses

Preissystem mit subventionieren.)

Diesen gordischen Knoten zu durchschlagen, kam dem Zerfall des EG-Agrarmarktes gleich, denn eine Quotierung und bewußte Kontrolle der Mengen landwirtschaftlicher Erzeugnisse würde an den nationalen Interessen, speziell an den Interessen der agrarischen Großproduzenten, scheitern. Eine Preissenkung würde die Bauern und Winzer ebenso auf die Straße bringen und innenpolitische Auseinandersetzungen produzieren.

Die BRD macht sich diese Probleme — nicht nur in der Frage des EG-Beitritts der iberischen Länder — zunutze. Als größter Einzahler in die EG-Kassen verfügt sie über ein hervorragendes Druckmittel gegenüber den übrigen EG-Ländern. Während es Frankreich, Italien und Griechenland zunächst überhaupt nicht so eilig hatten, sich zusätzliche Konkurrenz im EG-Haus zu holen, speite die BRD ihre ökonomische Trumpfkarte aus. Während Großbritannien kategorisch erklärte, keine zusätzlichen Zahlungen an die EG zu leisten (im Gegenteil, sie kriegen noch ein paar Milliarden DM zurück), stellte die BRD ein Junktim her zwischen der Erhöhung der Mehrwertsteuer-Abgaben Erhöhung von 1 auf 1,4% und dem gleichzeitigen Beitritt Spaniens und Portugals in die EG. Kanzler Kohl: „Wenn es keinen Beitritt gibt, dann gibt es auch nicht mehr Geld. Sonst gibt's hier grad so weiter wie bisher.“ (Wirtschaftswache Nr. 30/84).

Und das zog, denn ohne Beitragserhöhungen für den EG-Etat läßt sich allein der bisherige EG-Agrarmarkt kaum noch finanzieren.

und an den EG-Stand anpassen können. Portugal benötigt nicht nur Kapital, sondern vor allem Know-how und moderne Technologien. Andernfalls werden wir auf internationalen Märkten niemals konkurrenzfähig.“

Und Portugal tut sehr gernumter Zehendes dafür, es dem ausländischen Kapital so profitabel wie möglich zu machen. Dafür sorgen u.a. auch die Auflagen des IWF aus dem Herbst 1983, die bewirkt haben, daß

- die Löhne noch weiter gesunken sind,
- die Inlandsnachfrage zurückging, die Staatsgaben sich noch weiter erhöhten,
- die Steuern auf niedriges Einkommen erhöht wurden
- die Importe sanken und die Exporte stiegen.

Ganz ohne Zweifel stellen die niedrigsten Lohnkosten in Europa immer noch ein schwer zu verdrängendes Motiv für ausländische Investoren in Portugal dar“, vermeldet die „Wirtschaftswache“. 1982 lagen die durchschnittlichen Stundenlöhne der portugiesischen Arbeiter bei 1,86 US-Dollar, der westdeutschen Arbeiter bei 10,41 Dollar. Das wissen westdeutsche Unternehmer zu schätzen. Für den westdeutschen und die Textil- und Schuhbranche lassen dort produzieren: „Das ist um Größenordnung besser als in der Bundesrepublik und leistet dort über die Mischkalkulation einen erheblichen Beitrag, um die mit wesentlich höheren Lohnkosten operierenden deutschen Werke ... konkurrenzfähig zu halten.“ („Wirtschaftswache“ 41/84).

Dennoch zieht Portugal wohl eher noch eine stärkere Durchdringung als ausländischem Kapital bevor. In den letzten 3 Jahren wurden insgesamt nur 1 Mrd. DM investiert, allerdings mit stark steigendem Aufwärtstrend. Gegenüber 1982 und die ausländischen Direktinvestitionen um 64,4% gestiegen, offensichtlich im Zusammenhang mit den genannten Auflagen des IWF. Dabei flossen die Investitionen zu 58% in den sogenannten Dienstleistungssektor, vor allem in Kapitalbeteiligungen bei den — erst kürzlich privatisierten — Banken. Die Investitionen in der verarbeitenden Industrie besaßen nur einen Anteil von 38,8%.

Das bislang relativ geringe Investitionsvolumen ausländischer Kapitale ist vor allem damit zu erklären, daß Maßnahmen während der portugiesischen Revolution 1974/75 noch immer nicht restlos beseitigt sind. Das betrifft zum einen die hohe Rate der verstaatlichten Unternehmen, die erst jetzt zunehmend privatisiert werden (z.B. die Banken). Zum anderen bietet die portugiesische Arbeitsgesetzgebung den Arbeitern noch immer einen recht guten Kündigungsschutz und einige Sozialleistungen, die für ausländische Investoren hinderlich sind.

Das wurde nach Kapital nimmt im übrigen hinsichtlich der Investitionen nur einen Mittelplatz ein. Von den 1 Mrd. DM, die ausländische Kapitale im Zeitraum von 1978/1983 in Portugal investierten, stammen 20% aus Frankreich, 13% aus den USA, 13% aus der Schweiz, 8% aus Spanien und nur 7% aus der BRD.

Die IWF-Auflagen sowie der EG-Beitritt Portugals dürften entscheidend mit dazu beitragen, daß die Kapitalimporte in dieses Land noch erheblich zunehmen werden.

Dafür spricht auch, daß ausländischen Investoren — neben den niedrigen Löhnen — allerlei steuerliche Vorteile genießen: so etwa die Transfermöglichkeit der Gewinne ins Ausland in voller Höhe, Zollbefreiung für Produktionsmaterial, Steuerbefreiungen bei Warenexporten usw. Doch damit nicht genug. Das ausländische Kapital möchte weitere Exportanreize erhalten, fordert den Ausbau des Verkehrsnetzes sowie die Anpassung der Arbeitsgesetzgebung an die EG-Richtlinien.

Unter diesen Gesichtspunkten ist zu erwarten, daß Portugal zu einer Exportplattform ausländischer Kapitale, vor allem aus anderen EG-Ländern,

## Spanien und Portugal als „Hinterhöfe“

Spanien und Portugal gehören eher zu den peripheren Ländern Westeuropas, zu den „Hinterhöfen“ der Großen in der EG. Beide Länder zeichnen sich als Lieferanten billiger Arbeitskräfte aus, dies gilt nicht nur für die inländischen Produktionsbedingungen, beide Länder stellen eine beträchtliche industrielle Reservearmee zur Verfügung. Millionen portugiesischer und spanischer Arbeitskräfte sind gezwungen, in den „reicheren“ EG-Ländern zu arbeiten.

Die beiden Länder gehören zu den eher unterentwickelten Staaten im Vergleich zur EG; Produktions- und Beschäftigungsstruktur entsprechen etwa dem Entwicklungsstand einiger „Schwächenländer“. Insbesondere das Insbesondere Portugal mit dem niedrigen Pro-Kopf-Einkommen im Vergleich zu den EG-Staaten abwärts vier Hektar pro Einwohner. Das Entwicklungsland und verfügt den Bereich des Rohstoffsektors des internationalen Weltmarktes (WME). Aus nebenstehender Übersicht geht hervor, daß der Grad der landwirtschaftlichen Produktion weit über dem der übrigen EG-Länder liegt. Die in diesen beiden Ländern gezeigten Entwicklungsstände sind für Weltmarktsituationen als nicht konkurrenzfähig.

Unter diesen genannten Voraussetzungen werden Spanien und Portugal im Falle des EG-Beitritts gravierenden Strukturmaßnahmen aufgezwingen. — Rationalisierungsmaßnahmen großen Ausmaßes werden in der Landwirtschaft dazu führen, die Produktion mittels landwirtschaftlicher Maschinenimporte bei gleichzeitiger gewaltiger Freisetzung von Landarbeitern, den Rest von nicht-konkurrenzfähigen Kleinbauern usw. zu beseitigen.

— Ausländische Industrien werden entweder in Form von Produktionsverlagerungen oder aber als Kapitalbeteiligungen an zukunftssträchtigen einzelnen Industriebereichen Einfluß gewinnen (z.B. die Beteiligung von VW an der spanischen Automobilfabrik SEAT). Bei diesem Prozeß werden nur die konkurrenzfähigen großen Konzerne in diesen Ländern überleben, viele Kleinbetriebe und veraltete Industrien werden ruiniert.

Die EG-Integration ist in der oben skizzierten Richtung durchaus gewollt. Die Großbourgeoisie Spaniens und Portugals erhoffen sich Vorteile für die Produktion im Gemeinsamen Markt ebenso wie die Großgrundbesitzer.

Dennnoch sind die Widersprüche und Probleme vor allem beim EG-Beitritt Spaniens beträchtlich.

## Landwirtschaftliche Probleme

Das größte Hindernis für einen EG-Beitritt Spaniens und Portugals besteht zweifellos im Bereich des Agrarmarktes. Die beiden iberischen Länder treten als zusätzliche Konkurrenten vor allem gegenüber Frankreich, Italien und Griechenland auf bei den für die Mittelmeerländer so typischen Waren wie Obst, Gemüse, Zitrusfrüchte, Oliven, Wein und der Fischerei.

Die Sache wird dadurch kompliziert, weil der schon bestehende EG-Agrarmarkt nicht ausschließlich nach den Gesetzen des Marktes funktioniert, sondern gewisse planwirtschaftliche Züge aufweist. Im Kern besteht die EG-Agrarmarktordeung aus einem System festgesetzter Preise, verbunden mit garantierten Abnahmebedingungen. Daraus resultiert u.a. das Problem der teuren Milch-, Wein-, Rindfleisch- und sonstiger Seen und Berge in der EG, denn anders als unter den Bedingungen „freier“ Märkte wird die Überproduktion aus dem EG-Haushalt bezahlt, 37 Mrd. DM oder zwei Drittel des EG-Haushalts gingen für derartige Zahlungen drauf. Allerdings liegen die bezahlten Preise im Durchschnitt 10% unter den Erzeugerpreisen der EG, was den Großen zugute kommt.

Reim Obst und Gemüse, einschließlich der Zitrusfrüchte, konnte sich der EG-Agrarminister bereits im Oktober 1983 darauf verständigen, im wesentlichen das Interventionssystem zu verstärken, d.h. es wurden gewisse Produktionsquoten festgelegt, für die die Produzenten auch den garantierten Abnahmemengen entgegen. Als Schutz gegen ein noch größeres Überangebot und gegen einen Preisverfall wurden die produktionswirtschaftlichen Maßnahmen gegen Obst- und Gemüseerzeugnisse aus Nicht-EG-Ländern erhöht; dies geschieht vor allem mit erhöhten Schutzquoten, wobei die Finanzmittel aus diesen Zollneuerhebungen den Obst- und Gemüseproduzenten der EG zufließen sollen.

Da die EG-Preise für Obst und Gemüse höher liegen als in Spanien und Portugal, bedeutet dies auf der einen Seite, daß die reichen Bauern in diesen Ländern noch reicher werden, auf der anderen Seite aber werden sich diese Lebensmittel stark verteuern.

Im die ohnehin schon gewaltige Überproduktion zu minimieren, setzte sich Frankreich mit einem 2-Stufen-Plan durch: Bis 1990 bleibt Spanien ohne Vergünstigungen aus dem EG-Haushalt und muß auch die hohen Einfuhrzölle aus der EG „schlucken“. In den darauffolgenden 6 Jahren soll der gemeinsame Markt dann für Spanien geöffnet werden, allerdings bei Kontrolle des Obst- und Gemüsestroms aus Spanien in die EG. De facto bleibt Spanien also bis 1990 der gemeinsame Agrarmarkt auf dem Sch-



Fortsetzung von vorheriger Seite

ausgebaut wird, die in vielerlei Hinsicht Ähnlichkeiten mit asiatischen „Hilfsländern“ aufweisen wird. Die westdeutsche Firma Leltz, Herstellerin von optischen Geräten, läßt ihre Waren neuerdings in Portugal herstellen und hat ihre Produktionsstätten in Taiwan oder Singapur aufgegeben bzw. stark reduziert. Keine neue Qualität wird der EG-Besitz Portugal hinsichtlich der Handelsbeziehungen mit der EG erwiesen. Der Anteil des portugiesischen Außenhandels mit den Ländern der EG beträgt schon jetzt über 50%. 1983 gingen allein 42% der portugiesischen Exporte in die drei EG-Länder BRD, Großbritannien und Frankreich.

### Die Hürde Spanien

Spanien unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von Portugal. Die EG findet hier einen relativ großen Binnenmarkt vor, und es sollte nicht vergessen werden, daß die spanische Binnengüter aus historischen Gründen sehr enge Beziehungen zu vielen der amerikanischen Ländern pflegt, von denen auch andere EG-Staater zu profitieren hoffen. Nach einer EFTA-Stunde mit rund 30% der spanischen Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig. Die spanische Bourgeoisie hat sich jedoch vor ihrer ausländischen Konkurrenz mit hohen Schutzschranken abgesichert. Im Schnitt liegen diese Zölle bei 17%, für die Importe ausländischer PKWs werden gar 37% Zuzugaben erhoben. Es ist daher kein Wunder, daß die hohen Schutzschranken ein wesentlicher Streitpunkt bei den Verhandlungen um den EG-Besitz waren. Vereinbart wurde, die hohen Zölle gegenüber den EG-Staaten in einem Zeitraum von 6 Jahren schrittweise zu senken und den spanischen Markt für ausländische Unternehmen weiten neue Absatzmärkte in Spanien erschlossen und damit teilweise die einheimischen Industrien verdrängen.

Aber das ist bei weitem nicht alles, was von Spanien gefordert wird. Die EG verlangt von Spanien eine drastische „Sanierung“ der Stahl- und Werftenindustrie, da hier im EG-Rahmen neue Überkapazitäten entstehen würden und die spanische Industrie in diesen Bereichen ohne nicht konkurrenzfähig ist. Die sozialdemokratische González-Regierung möchte allein im Stahlbereich 15.000 Arbeitsplätze abbauen, insgesamt sieben durch „Strukturanpassungsmaßnahmen“ in der Stahl- und Werftenindustrie sowie der Haushaltsgeräte-Branche rund 60.000 Arbeitsplätze (= 3% der spanischen Industriearbeiter) zur Disposition. Da spielen jedoch vor allem die baskischen Werftarbeiter nicht mit, die mit zahlreichen Streiks und Demonstrationen den sozialdemokratischen Regierungschef vorerst

allein die baskischen Werftarbeiter nicht mit, die mit zahlreichen Streiks und Demonstrationen den sozialdemokratischen Regierungschef vorerst zwingen, die Stilllegung der Werften in Bilbao aufzugeben. Aber die sozialdemokratische Regierung Spaniens ist gewillt, Spanien den Weg in die EG zu ebnen. Die Wirtschaftsprüfer der OECD haben den „restriktiven Kurs“ der spanischen Wirtschaftspolitik ebenso gelobt wie die „späte Einsicht Spaniens“, aktiven Strukturwandel zu betreiben, anstatt ihre Märkte nach außen hin abzuschotten (1, FR 12.11.84). Die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte der González-Regierung liegen u.a.

- in einer Verminderung der hohen Inflationsrate auf derzeit etwa 8%,
- in einer Förderung der „Gesundschumpfung“ staatlicher Betriebe im Bereich der Werften, der Stahlindustrie, im Kohlenbergbau und der staatlichen Eisenbahnen (Schritt mit dem Ergebnis von Massenentlassungen,
- in einem Abbau der hohen Staatsverschuldung durch Einsparungen vor allem im Sozialsektor einerseits und durch den Versuch einer neuen Steuergesetzgebung, denn rund die Hälfte der Freiberufler und Kapitalisten zahlen keinen Peso Steuern. Außerdem geht es bei der Sanierung des Staatshaushalts auch darum, die Kredite vom staatlichen in den privaten Sektor umzulenken,
- in einer Art „Sozialpakt“ zum Einfrieren der Löhne, die in den letzten zwei Jahren durch die hohe Inflationsrate zu Reallohnverlusten geführt haben,
- in einer Inangriffnahme der spanischen Arbeitsgesetzgebung in Richtung auf mehr Mobilität und „Flexibilisierung“ der Arbeitszeiten einschließlich Teilarbeitszeiten,
- in einer Freilegerung der steuerlichen Lasten.

In einer 1981 erschienenen Studie des spanischen Unternehmensverbandes über die Folgen des EG-Besitzes wer-

den in wesentlichen genannt. Daß viele Kleinbetriebe verschluckt werden, andererseits aber mehr „Rentabilität“ mehr Forschung und Technologie aus der Auslandserfahrung der letzten Jahre, die spanische Produktionsstruktur in Weltmarktschancen anzupassen. Der Konkurrenzdruck werde die spanischen Betriebe dazu zwingen, die Produktion bedeutend zu erhöhen, die im Vergleich zur BRD um etwa die Hälfte geringer ist.

Die restriktive Wirtschaftspolitik Spaniens hat dazu geführt, daß zwar die inländischen Investitionen real-san-

ken, die Auslandsinvestitionen aber einen Boom erleben: Allein in den ersten 6 Monaten 1984 stiegen die Auslandsinvestitionen um 38%. Die BRD investierte allein 280 Millionen DM und liegt an zweiter Stelle hinter den USA. Interessant ist auch die Struktur ausländischer Investitionen: Der größte Anteil (76%) aus und sehr Gelder fließt in Kapitalerweiterungen bei spanischen Banken, Versicherungen — also in den Dienstleistungsbereich, 12% werden in Aktien angelegt und nur 8% gehen in Unternehmensgründungen. Vor allem Japan hat

kräftig Kapital nach Spanien exportiert und liegt bereits an vierter Stelle der ausländischen Investoren.

Die EG-Länder nehmen und nehmen im spanischen Außenhandel eine dominierende Position ein; knapp 50% der spanischen Exporte fließen in Länder der EG, vor allem nach Großbritannien und Frankreich, während die BRD weit zurückliegt. Die USA verfügen — aus historischen Gründen — über eine relativ starke Position in Spanien, was u.a. mit der relativen Isolierung der Franco-Diktatur zusammenhängt und der militär-strategischen

Bedeutung Spaniens für die USA. Ergeben des EFTA-Besitzes Spaniens wird es sein, daß sich diese spanische US-Position gegenüber der EG verschlechtern wird.

### Quellen

„Wirtschaftswoche“ 20, 41, 49, 50 und 51 1984; FAZ 01.08.83, 07.84, 12.1.84; FR 03.04, 27.8.84, 20.9.84; „Springer“ 20.10.84 sowie Welt/Capital, Spätkapitalismus in den achtziger Jahren (Pöhl-Verlag).

D./Westberlin

## Drin bleiben in der NATO!

Zum Kongreß der spanischen Sozialisten



Felipe González und Alfonso Guerra

gen, eine politische Kehrtwendung durchzusetzen. Hilfreich mag ihr dabei gewesen sein, daß sich dem letzten Parteitag 1981 etwa 50.000 Mitglieder in verschiedenste öffentliche Ämter in Kommunen, Regionen und Staat aufgedrückt sind. „Der direkte Kontakt zur Macht ist ein wesentlicher Faktor, um die Unterschiede dieses 30. Kongresses zum vorherigen zu verstehen. Reife und Verantwortung sind die meistwiederholten Begriffe, wenn man ältere Mitglieder nach ihrem Eindruck von dem Kongreß fragt.“ So schreibt die Zeitung „El País“, (11) als sie die Frage nachgeht, ob es eine Rechtsentwicklung auf diesem Kongreß gebe. Nach Angaben der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 18.12.84 waren 60 % der Delegierten Inhaber öffentlicher Ämter auf allen Regierungsebenen.

Bekanntlich hat die BRD-Regierung bei Androhung der Verweigerung erhöhter Zahlungen für den EG-Mitgliedschaft von dem Ablehnen der

Bekanntlich hat die BRD-Regierung bei Androhung der Verweigerung erhöhter Zahlungen für den EG-Mitgliedschaft von dem Ablehnen der

Wie man sehen kann, war das für die PSOE völlig überflüssig — aber das bleibt noch die mehrheitliche Stimmung der spanischen Bevölkerung gegen die NATO. Da mußten natürlich auch die BRD-Vertreter mahnende Worte in Spanien verlieren. Bei einem „Arbeitsbesuch“ von Kanzler Kohl im Mai 84 in Spanien erklärte er in gutdeutscher Arroganz die versammelten Journalisten über den Zusammenhang von EG und NATO auf, ein NATO-Austritt sei ein sehr schwerer Irrtum; man könne nicht den Rahm von der Milch abschöpfen und den sauren Teil stehenlassen, und man könne nicht in Europa Oliven verkaufen wollen, ohne zur europäischen Verteidigung beizutragen (14).

Sicher, in der Parteibasis der PSOE findet sich nach wie vor ein gesunder Anti-Amerikanismus. Aber weder in Bonn noch in Washington braucht sich jemand über mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit der Chefes der Partei zu sorgen. Sie war eigentlich noch nie aus Überzeugung gegen die NATO, sondern hat sich zeitweilig an die Spitze der Anti-NATO- und antimilitaristischen Bewegung gestellt, womit der Aufbruchsstimmung in der Linken und der Arbeiterbewegung am Ende des Franco-Faschismus Rechnung getragen wurde. In der FAZ vom 20.11.1982 also unmittelbar nach dem Wahlsieg der PSOE, wird die außenpolitische Sprecherin der Partei wie folgt zitiert: „Bei einem Konflikt zwischen West und Ost besteht kein Zweifel darüber, auf welcher Seite Spanien, ob nun in der NATO oder nicht, ste-

hen wird. Gerade ein von der spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei regiertes Land wird bei einem hypothetischen Angriff des Warschauer Paktes auf die westlichen Länder diese Länder mit verteidigen.“ Und in der FAZ-Ausgabe vom 23.5.84 verkündet Felipe González bereits entschieden: „Spanien wird sich nicht vom Westen lösen. Das wäre absurd. Spanien ist fest in die westliche Welt eingebaut. (...) Spanien wird seinen Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung Europas leisten; das wissen unsere europäischen Partner und darüber machen sie sich auch keine Sorgen.“

Obwohl bis zu diesem Parteitag der PSOE noch ihr Anti-NATO-Votum vom letzten Parteitag — vor der Regierungsübernahme — galt, obwohl Anfang 1986 das spanische Volk noch in einem Referendum über die NATO-Mitgliedschaft entscheiden können soll, sind längst Fakten geschaffen worden.

einem Referendum über die NATO-Mitgliedschaft entscheiden können soll, sind längst Fakten geschaffen worden.

— Spanien erwägt inzwischen sogar den Beitritt in die WEU.

— Spanien beteiligt sich an der Planung für das europäische Jagdflugzeug für die 90er Jahre (mit Großbritannien, Frankreich, Italien und der BRD).

Spanien hat den Vorsitz in der Arbeitsgruppe Fregate 9 übernommen.

— Anfang 1985 trat Spanien der Logistik-Organisation der NATO bei und soll nun entsprechende Waffensysteme erhalten können. (15) (16)

— Spanien arbeitet ständig im Militärausschuß der NATO mit.

— Spanien hat nicht nur einen Beistandspakt im Rahmen der Überlassung von Stützpunkten an die USA, sondern hat in den letzten Jahren die höchste US-Milithilfe erhalten.

Das Referendum als letzte Hürde soll nun zügig angegangen werden, schon lange gibt es Überlegungen, eine klare NATO-Austritts-Forderung gar nicht mehr abstimmen zu lassen. Man sieht, wie gut die SPD für die PSÖP mit ihren Erfahrungen (aus den 50er Jahren) Pate gestanden hat.

Dr./KB Bremen

### Anmerkungen

- 1 FAZ 13.12.84, Weber-Keller (WK) 11.12.84. Für die Institutionalisierung einer Strömung sind 20 % der Delegierten erforderlich.
- 2 El País, 18.12.84
- 3 ebenda
- 4 El País, 18.12.84
- 5 FAZ 17.12.84, El País 16.12.84
- 6 El País, a.a.O.
- 7 FAZ, a.a.O.
- 8 El País, 18.12.84
- 9 ebenda
- 10 El País, 18.12.84
- 11 ebenda
- 12 Europäische Wochensche 11/84; FAZ 17.9.84
- 13 vergl. WK 20.2.84; FAZ, 17.9.84
- 14 FAZ 17.9.84
- 15 Europäische Wochensche 1/84
- 16 Weber-Keller 3.1.85



# Spanien/Baskenland: Verhandelt die ETA mit der Regierung?

Der spanische Innenminister Barrionuevo forderte am 22.8.1984 die ETA öffentlich zur Kapitulation auf. Angeboten wurde eine individuelle Wiedereingliederungshilfe in die Gesellschaft.

Am 20.11.1984 wird der Präsident der ml-Organisation HASI und führendes Mitglied von Herri Batasuna, der 63jährige Santiago Brocard von Bildung Unbekannten in seiner Arztpraxis in Bilbao erschossen. Viele sprechen von einer Aktion der Rechten.

Es stellt sich heraus, daß der Ermordete als Bote zwischen dem französischen Botschafter in Madrid, Pierre Guldosi, und der ETA fungierte.

Über diesen Zusammenhang wird von regierungsnaher Presse der Eindruck suggeriert (z.B. gesamte „El País“-Berichterstattung ab 22.11.1984), die politische Rechte würde die zaghaft begonnene Kontaktaufnahme zwischen PSOE-Regierung einerseits und ETA andererseits nicht dulden. Und — das ist die Cruz — es wird so getan, als hätte die Regierung ihrerseits schon reelle Angebote zu Verhandlungen gemacht, die über die Kapitulationsforderung vom 22.8.84 hinausgingen. Auch die „Izaz“ vom 22.11.84 versucht diesen Eindruck zu vermitteln; ihr Madrid-Korrespondent überschreibt seinen Bericht „Provokation statt Verhandlungen“. Am 30.11.84 beendet ETA vorläufig alle Spekulationen und Medienmanöver mit der Veröffentlichung eines Kommuniqués und insbesondere mit einschlägigen Dokumenten — in der Herri Batasuna-nahen Zeitschrift „punto y hora“. Trotzdem versucht die regierungsfreundliche „El País“ am 30.11.84 das Bild einer verhandlungsbereiten PSOE-Regierung zu unterstreichen: die Veröffentlichung der Geheimkontakte durch die ETA sei ein Vorgespielen des „harten Flügels“ um Tziklerdi. Dadurch sollte das Konzept der „weichen Fraktion“ um den ETA-Führer Txominia zunichtegemacht werden. Allein die Tatsache jedoch, daß die Regierungs-PSOE selbst die geringste Kontaktaufnahme mit der ETA vor der spanischen Rechten verheimlichte, muß, läßt nicht vermuten, daß sie in der Lage wäre mehr zuzugestehen, als von der ETA die Kapitulation zu fordern.

Im folgenden ist das Kommuniqué der ETA v. 30.11.84 (gekürzt um den Abschnitt „Chronologie der Verhandlungen“) abgedruckt.

E.T.A. spricht über die Verhandlungen

## Kommunique der ETA veröffentlicht in »punto y hora« vom 30.11.84

E.T.A. spricht über die Verhandlungen

## Kommunique der ETA veröffentlicht in »punto y hora« vom 30.11.84

Die baskische Organisation für die nationale Befreiung erachtet es für notwendig, das baskische Volk über verschiedene Vorschläge zu einer Kontaktaufnahme zu informieren, die durch verschiedene Militärs der spanischen Regierung angeregt worden sind. Diese Vorschläge sind durch Personen und Institutionen aus dem politischen und kirchlichen Bereich vorgebracht worden. Sogar solche randständige Elemente in der baskischen Gesellschaft wie es die spanische Polizei ist, wurden dafür verwendet.

Es ist ein Versuch der sozialdemokratischen spanischen Regierung, den baskischen Widerstand gefügig zu machen; und einmal mehr läßt sie keine polizeilichen Mittel aus, die weit entfernt davon sind, einen demokratischen Ausweg zu eröffnen. Im Gegensatz dazu, wie er durch die Alternative KAS (1) gegeben ist. Sie nimmt dadurch eine repressive Position ein, genau wie die früheren spanischen Regierungen. Aber, durch die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) entwickelt, hat sie neue Elemente aufgenommen, die es zu beachten gilt: systematische Hetzjagd gegen das Umfeld der ETA und Angebote zur gesellschaftlichen Wiedereingliederung bzw. Kapitulation einzelner ETA Kämpfer.

Um diese Elemente verstehen zu können, muß man die Bedingungen sehen, unter denen die PSOE in die spanische Regierung kam, wie sie ihre Offensive vorbereitet und wie sie das mit Hilfe des Planes ZEN (Spezialzone Nord) macht (2).

### Der Staat der spanischen Reform

Wir alle wissen, daß es die Faktischen Mächte (3) waren, die die Kise der spanischen Regierung beschleunigten, die damals von der Demokratischen Zentrumsliga UCD gebildet wurde. Zuerst löste die spanische Finanzoligarchie die UCD auf, damit der Regierung später die Militärs am bekannten 23. Februar 1981 den endgültigen Schlag versetzen sollten (auch bekannt als „Tejerazo“), als sie das spanische Parlament bewaffnet besetzten. Schließlich gibt es keinen Zweifel darüber, daß die Faktischen Mächte, angesichts der Notwendigkeit, die Reforma Español zu stabilisieren, sich für die Option PSOE entschieden, die die historisch günstigsten Voraussetzungen dafür mitbrachte. Einer der zentralen Punkte in der 2. Phase der Reform ist von daher die definitive Integration in die NATO, was mit einer PSOE an der Regierung ein machbareres erscheint.

Heute stellen wir fest, daß die PSOE

während ihrer Oppositionszeit gegen den Eintritt in die NATO opponierte, heute, wo sie regiert, sich jedoch geneigt zeigt. In der Tat, die PSOE war mit den geeigneten Bedingungen ausgestattet, um die 2. Phase der Reform einzuleiten. Außerdem ist sie Mitglied der Sozialistischen Internationale, die ihr helfen kann, Spanien in den Institutionen einzuführen, ohne wegen ihrer frankistischen Vergangenheit abgelehnt zu werden. Die PSOE kann mit der Gewerkschaft UGT (Union General de Trabajadores) rechnen, um die ökonomische Reform sicher durchführen zu können.

Heute stellen wir fest, daß die spanische Finanzoligarchie vorsah, diese wie den Rest der reformistischen Gewerkschaften zur Demobilisierung der Arbeiterklasse der Völker des spanischen Staates zu benutzen. Und auf der Linie gibt es einen Druck ohne Gleichen: Stahlwerke, der Schiffbaubereich, die Hochöfen, der Fischereibereich Tausende und Abertausende von Arbeitsplätzen werden abgebaut. Die UGT fügt sich den Anweisungen der Firmenbesitzer.

In der 1. Phase der Reform war vorgesehen, daß ETA und die gesamte MLNV (die baskische nationale Befreiungsbewegung) allmählich ins Abseits gedrängt werden oder zumindest sehr geschwächt bleiben sollten, was ausreichen sollte, um ihnen in der 2. Phase den Rest zu geben. Aber wir — die Organisationen der MLNV — setzen vertrauensvoll den Prozeß der nationalen Befreiung fort, trotz Ausnahmegeetzen und ständiger Repression, trotz des Status von Gernika, das der spanische Unterdrückterstaat und die baskische Bourgeoisie in die Wege leiteten. Ja, obwohl die PNV (4) für den Weg des Autonomiestatus votierte, hielten die Organisationen der MLNV an den minimalen Punkten fest, um zu einer Lösung zu kommen; die Alternative KAS (5).

### Die Offensive

Unter diesen Bedingungen startet die spanische Regierung eine politisch-militärische Vernichtungsoffensive gegen die Organisationen der MLNV. Eine spanische Regierung unter der Federführung der Sozialdemokratischen Felipe Gonzalez, der die Wahlen gewonnen hatte und mit den Faktischen Mächten übereinstimmt in der Verteidigung des „Einen Großen Freien Spaniens“, wie es auch Franco verteidigte. Die Strategie dieser Offensive ist die politische und psychologische Hetzjagd gegen die baskischen Aktivisten mit polizeilichen, sozialen, legalen und



politischen Mitteln soll Druck auf den Widerstand ausgeübt werden, um ihn zu untergraben. Die Aktion richtet sich in erster Linie gegen diejenigen Bereiche, die der ETA unterstützend und positiv gegenüberstehen; insbesondere diejenigen, die ihr auch über familiäre Beziehungen verbunden sind, die Familienangehörigen, die Gefangenen und Exilierten. Weil es ihnen unmöglich ist, mit der ETA politisch fertig zu werden, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als zu versuchen, deren Umfeld zu untergraben, um die ETA schließlich zu isolieren und von ihr die Kapitulation zu fordern.

werden, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als zu versuchen, deren Umfeld zu untergraben, um die ETA schließlich zu isolieren und von ihr die Kapitulation zu fordern.

### Einige Aspekte des taktischen Planes: der „Plan ZEN“

Bei der Planung dieser Offensive — als Teil des Planes ZEN — versuchte die Leitung der Nationalen Sicherheit und des spanischen Innenministeriums, die Staatsinteressen aufrechtzuerhalten. In unserem Fall bedeutet dies, um weiterhin in Süd-Euskadi mit Gesetzen, Notwendigkeiten und Interessen der spanischen Oligarchie einzuwirken — das ist der Plan ZEN. Hinter diesem Plan steckt die Absicht des spanischen Staates, kurzfristig die Initiative in der Auseinandersetzung zu erlangen, wie der Chef der Guardia Civil General Canalejo dies als „Nordkrieg“ gegen die ETA bezeichnete, es also darauf ankommt, die militärische Besetzung Südeuskadis zu sichern. Zur Aufrechterhaltung der Initiative gegen die MLNV sah man sich veranlaßt, die Kenntnisse über die ihr angehörenden Organisationen zu vertiefen. Dies ist u.a. ein Grund für verstärkte Verhaftungen, Verhöre unter Folter und gelegentliche Entführungen baskischer Aktivisten.

### Die Informationsvergiftung

Im „Plan ZEN“ gibt es eine 3. Phase der Informationsvergiftung über die Medien, wobei es keine Rolle spielt, auch mal einen Journalisten samt seines Mediums zu kaufen. Es kommt jedenfalls darauf an, in der Öffentlichkeit ein Bild entstehen zu lassen, daß die gesamte MLNV und insbesondere die ETA eine aktiverische, dekadente, frustrierte, faschistische und mit Drogen handelnde Gruppe sei. Unser Kampf sei dazu da, um weder politische, noch soziale Ziele zu erreichen, Produkt einer Krankheit, die uns andererseits daran hindert, in einer modernen Gesellschaft zu leben. Das Wort „gudari“ (Kämpfer), das vom baskischen Volk gebraucht wird, um seine Sympathie für die Kämpfer der ETA zu zeigen, wird durch den Plan ZEN zu einem Kennwort für „terroristisches Umfeld“ (Plan ZEN, Kap. IV-2.5.).

Man beobachtet kontinuierlich auf die Medien einzuwirken, die öffentliche Meinung dahingehend zu beeinflussen, den nationalen Befreiungskampf des baskischen Volkes als einen Kampf gegen die „junge spanische Demokratie“ gerechnet darzustellen.

### Die französische Kollaboration

In den ausführlichen Vorhaben des Planes ZEN spielt der Punkt des Aufbaus der Kollaboration eine wichtige Rolle. In der Hinsicht hat die sozialdemokratische spanische Regierung ein neues Moment eingeführt: die Verwendung der Sozialistischen Internationale. Während in Süd-Euskadi das sozialpolitische Umfeld der ETA größten Repressionen ausgesetzt ist — härtere Bedingungen für die baskischen Gefangenen in den spanischen Knästen, vermehrte Verhaftungen, Verabschiedung von Ausnahmegeetzen —, schickt die Regierung von Spanien ihre Minister in die Länder, in denen baskische Flüchtlinge leben, um dadurch die Offensive zu vervollständigen. Die französische Regierung sieht eine einmalige Gelegenheit, die Situation zu nutzen: Verhandelt auf Kosten der baskischen Flüchtlinge, um daraus Vorteile gegenüber der spanischen Regierung zu ziehen. Die Vorkufen dieser Zusammenarbeit gehen zurück auf Ende 1982, blutige Realität wird sie jedoch erst im Oktober 1983 mit dem Auftauchen der GAL (antikommunistische Befreiungsgruppe): Zwei baskische Flüchtlinge verschwinden in Bayonne (Südfrankreich), neun werden ermordet, drei schwer verletzt, 26 von den französischen Behörden des Landes verwiesen und drei an die spanische Regierung ausgeliefert. Von nun an konnten keine Zweifel mehr darüber bestehen, daß Paris mit Madrid seit der Auslieferung der drei Flüchtlinge zusammenarbeitete.

### Das Angebot zur Wiedereingliederung und Kapitulation

Von größter Bedeutung für die spanische Polizei im Kampf gegen die MLNV sind die Kollaboration und die Zeugenaussagen von Mitgliedern der baskischen Organisationen. Die Kollaboration; von der wir sprechen, ist die der Verhafteten und Eingesperrten. Diesen baskischen Aktivisten bietet man Strafnachlaß, vorläufige Freilassung etc. für ihre Zusammenarbeit. In diesem Falle ist es unumgänglich, dies geheim zu halten (Plan ZEN Kap. III 1.3.). Für den Fall, daß etwaige Informationen bei gerichtlichen Verfolgungen verwendet werden, müssen sie auch nicht als Zeugenaussagen (Kap. III-2.2. des Plan ZEN).

Die Angebote zur sozialen Wiedereingliederung sollten also das einzige Angebot und der Ausweg für uns sein, die wir für die Befreiung Südeuskadis kämpfen. Für sie ist es ein taktisches Moment innerhalb der Generaloffensive: Sie soll den individuellen Ausstieg aus der ETA ermöglichen, um sie zu isolieren. Ganz in diesem Sinne forderte der spanische Innenminister Barrionuevo in einer Presseerklärung die Niederlegung der Waffen durch unsere Organisation (am 23.8.1984).

Damit war auch gesagt, daß die Repression gegen diejenigen zunehmen wird, die den Kampf fortsetzen. Die spanische Regierung versucht damit letztendlich nichts anderes, als die baskischen Organisationen auseinander zudividieren und auszulöschen, indem sie den einen die Möglichkeit zur Wiedereingliederung gibt und von den anderen die Kapitulation fordert (6) ( )

### Schlußfolgerungen

(...) Was den Inhalt der „sozialen Wiedereingliederung“ und der Kapitulation betrifft, wäre zu sagen, daß dies einer der vielen Versuche ist, sich weiterhin problemlos unter unser Volk zu mischen. Ein Angebot, das andererseits auch ganz klar im Plan ZEN konkretisiert ist (Gesetz zur sozialen Wiedereingliederung). Dessen Inhalt ließe sich kurz wie folgt zusammenfassen: Sie fordern uns auf, daß wir unsere Ziele zurücknehmen. Die Ziele, wegen derer ETA sich gründete und sich deswegen im Volk verwurzelt hat. Als Zeichen ihrer Großzügigkeit bieten sie uns als Gegenleistung die soziale Wiedereingliederung an. Akzeptieren wir das nicht und kämpfen weiter, stellt uns der spanische Unterdrückterstaat sein allmähliches Ultimatum.

Dies ist kein gerechter Weg, um die zahllosen Ungerechtigkeiten lösen zu wollen, die gegen unser Volk begangen wurden. Ohne Zweifel befindet sich dies auf der gleichen Linie der Unterdrückung wie bei den vorhergehenden spanischen Regierungen.

Ohne in Triumphalismus verfallen zu wollen können wir heute sagen, daß die MLNV stärker ist als je zuvor. Ursache dafür ist die Vervollständigung des politisch-militärischen Kampfes durch die ETA und die politische Ausgestaltung unter Führung des Blockes KAS, die Volkseinheit Herri Batasuna und der verschiedenen Volksorganisationen. Sie haben erreicht, daß diejenigen Alternativen aus dem Pakt zwischen den Faktischen Mächten, den reformistischen Parteien und der baskischen Bourgeoisie scheitern sollten. Unsere Aufgabe heute ist es, daß die fünf Punkte des Programms KAS als einzige politische Alternative für die Normalisierung in Südeuskadi akzeptiert werden. Dazu müssen wir die Bedingungen schaffen, daß die Faktischen Mächte und insbesondere die spanische Armee diese Alternative akzeptieren müssen.

Diese Linie werden wir weiterverfolgen: mit unseren bewaffneten Aktionen die Alternative KAS unterstützen und u.a. den Widerspruch aufzeigen, indem sich die gegenwärtigen Repräsentanten des baskischen Volkes befinden; d.h. zu zeigen, daß sie nicht mehr sind, als eine aufgezogene Institution von seiten der spanischen Faktischen Mächte mit einem Konsens, der unter Sabotage hergestellt worden ist.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß über ihre Manöver, ihr falsches Gerede und ihre Vergiftungskampagne die Faktischen Mächte ihren absolut fehlenden Willen zu Verhandlungen demonstrieren haben. Auf diese Tatsache beziehen wir uns, wenn wir die bewaffnete Auseinandersetzung weiterführen mit all den Umständen, die das mit sich bringt. Wir halten andererseits das Angebot eines Waffenstillstands aufrecht unter der Bedingung, daß die Faktischen Mächte über die taktische Alternative KAS verhandeln wollen. Dies ist eine unabdingbare Bedingung für politische Verhandlungen. Dies sind die minimalen Bedingungen, um ein wirkliches Zusammenleben und eine demokratische Normalisierung zu erreichen.

### Anmerkungen

- 1) Alternative KAS ist das Minimalprogramm, unter dem die ETA seit Jahren den Waffenstillstand anfordert (1. Annahme und Legalisierung der verbotenen Unabhängigkeitspartei, 2. Demokatisches Selbstbestimmungsrecht, 3. Rückzug der Repressionskräfte, 4. Verbesserung der Lebensbedingungen der Klasse der Werktätigen, 5. Ein echtes Autonomiestatut des Euskadi den Vorrang gibt der baskischen Regierung die Kontrolle über die Armee in ihrem Territorium erstreckt und Navarra als Teil Euskadis anerkennt).
- 2) Im April 1982 wird Euskadi vom spanischen Innenminister zur „Spezialzone Nord“ (ZEN) erklärt. Der Plan mit einem Finanzierungsvolumen von über 15 Mrd. Pesetas umfaßt auch den Aufbau eines Spitzelnetzes und einer Datenverarbeitungsanlage zur Bräuhung einer radikalen Basken Indolatrie wird durch den Plan ZEN die 2-jährige Indolatrie Navarra zu Euskadi zugeordnet.
- 3) Faktische Mächte so werden Armee, Polizei, Kapital und Kirche genannt.
- 4) PNV = Baskische Bürgerliche Nationalistische Partei.
- 5) siehe Anm. 1.
- 6) In der gleichen Ausgabe veröffentlicht ETA einen Abschiedsbrief, der an den baskischen PNV-Senator J. Askarregaga gerichtet ist. In 1. Para 4.12.84 heißt es: „Wir bitten um oder andere Briefe jemals erhalten zu haben“.



Am 12. Mai stehen in Nordrhein-Westfalen Landtagswahlen an. Der Entwurf einer Landespolitischen Erklärung (LPE), die grüne „Überlebensforderungen“ — hinter die die Partei in Verhandlungen mit der SPD nicht zurück gehen will — auf den Tisch bringt, befruchtet vollständig die Debatte auf der Landesdelegiertenkonferenz am 15./16.12. in Neuenhaus bei Köln.

Schon im November war ein Textentwurf dieser LPE durch die Landtagswahlkommission mit einigen Zusatz- und Veränderungsanträgen an die Parteimitglieder verschickt worden. Damit sollten eine breitere Diskussion in den Kreisverbänden über das Verhalten der NRW-Grünen angesichts einer möglichen rechtserheblichen Mehrheit von SPD plus Grünen nach der Landtagswahl gesteuert, Absicht einer unter hohem Druck legenden Klärung grüner Positionen, wie vormalig in Hessen, ist vorgekündigt; die SPD weiß, was auf sie zukommt.

Infolge der jüngsten Ereignisse in Hessen und der Tatsache, daß die NRW-SPD weitgehend unter der Regie der Kanalarbeiter geführt wird, war längst abzusehen, daß bei den Grünen Vertreter einer Koalition ebenso wie Vertreter einer bitterweichen Tolerierungslinie als Hessen einen schweren Stand haben würden.

### Die Strategie des „pragmatischen Realismus“

Norbert Koste (KV Bielefeld, seit neuestem Bundesvorstandsmitglied) hält eine Tolerierungsstrategie überhaupt nur für ein Übergangsrezept und Beruhigungsmittel unsicherer Nerven der grünen Linia (so in seinem Papier zur LPE). Er meint feststellen zu können, daß in letzter Zeit eine klare Annäherung grüner und sozialdemokratischer Standpunkte in den Bereichen Ökologie, Frieden und Technologiepolitik zu verzeichnen sei. Daraus leitet er eine klare Linie in Richtung Koalition ab.

Dagegen haben andere Vertreter aus dem Lager des „pragmatischen Realismus“ (dem unter Abstrichen auch die ökologische Strömung zuzurechnen ist) weniger Eile auf dem Weg an die Schallkammern grüner „Macht“ beteuert. Das schon in AK 251/252 mit Aufmerksamkeit bedachte Strategiepapier von Müller / Wiesenthal / Falkenberg / Herbers, dessen Grundriss auch dem ökologischen Lager die Türen offenhält, orientiert eher auf Regierungsbeteiligung nach Ablauf einer Periode, in der die Kreisverbände ihre Nerven in konkreter Zusammenarbeit mit der SPD bereits haben stärken können. Denn: „Auf lange Sicht ist es unvermeidlich, wenn wir uns einer Regierungsbeteiligung antziehen: da stehen die Argumente von Norbert Koste (Übrigens gibt es hierüber, wie wir behaupten, zwischen verschiedenen Strömungen der GRÜNEN einen weitgehend verschwiegene Konsens)“ (ebd.). Sollte dieser verschwiegene Konsens auch die Ökolisten einschließen? Hört Ihr am Bierstisch mehr vernommen, als diese offiziell verlauten lassen?

Die Orientierung auf eine Regierungsbeteiligung nach Ablauf einer Periode, in der die Kreisverbände ihre Nerven in konkreter Zusammenarbeit mit der SPD bereits haben stärken können. Denn: „Auf lange Sicht ist es unvermeidlich, wenn wir uns einer Regierungsbeteiligung antziehen: da stehen die Argumente von Norbert Koste (Übrigens gibt es hierüber, wie wir behaupten, zwischen verschiedenen Strömungen der GRÜNEN einen weitgehend verschwiegene Konsens)“ (ebd.). Sollte dieser verschwiegene Konsens auch die Ökolisten einschließen? Hört Ihr am Bierstisch mehr vernommen, als diese offiziell verlauten lassen?

Die Orientierung auf eine Regierungsbeteiligung nach Ablauf einer Periode, in der die Kreisverbände ihre Nerven in konkreter Zusammenarbeit mit der SPD bereits haben stärken können. Denn: „Auf lange Sicht ist es unvermeidlich, wenn wir uns einer Regierungsbeteiligung antziehen: da stehen die Argumente von Norbert Koste (Übrigens gibt es hierüber, wie wir behaupten, zwischen verschiedenen Strömungen der GRÜNEN einen weitgehend verschwiegene Konsens)“ (ebd.). Sollte dieser verschwiegene Konsens auch die Ökolisten einschließen? Hört Ihr am Bierstisch mehr vernommen, als diese offiziell verlauten lassen?

Eine Regierungsbeteiligung soll der Schlüssel für die praktische Umsetzung grüner Positionen sein, sofern — wie das Strategiepapier ausführt — „ministeriell Personen“ vorhanden sind, die die SPD die Grünen als ernstzunehmende Kraft begriffen, die Grünen programmatisch sicherer auftreten und die Wählerbasis sich verbreitert hat. Daß dabei stets der schon notorische Rekurs auf die Selbstverpflichtung gegenüber der fundamentalen Identität der Grünen wiedergekaut wird und die überparlamentarischen Bewegungen genötigt werden, soll zur Beruhigung der schwachen Nerven grüner Skeptiker vollaufreichen. Zudem sind solche Sprüche bei der derzeitigen ideologischen Verfassung der Partei noch Eintrittsbillet für jede Strömung, die mehr als ein Radfahren fristen will. Auf der einen Seite setzt dieser „pragmatische Realismus“ allerdings strategische längerfristige Entwicklungsperspektiven, die bei aller Flachheit und Unbekümmertheit mannschaftlicher Äußerungen („eine Politik der verändernden Gestaltung“) im Trend grüner Entwicklung zu liegen scheinen: „Die Entwicklung unserer Landespartei wird sehr weitgehend in den Kommunalparlamenten entschieden werden, von den 1023 frischgebackenen grünen Parlamentariern, weniger von einer Handvoll Landtagsabgeordneter.“ (ebd.) man setzt auf die „kleine Revolution“ der Kommunalstrukturen, die, eines Verhüllens in der Oppositionsmüde müde, bald auf das Pferd setzen werden, „... durch Absprechen mit der

## NRW: Tolerierung unwahrscheinlich

SPD konkrete Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten in der Kommune zu bekommen.“ (ebd.) Bis die Auswirkungen dieser Praxis der „reformorientierten Machbarkeit“ in der Partei voll durchschlagen, geht es für die pragmatischen Realisten darum, unnötige Festlegungen (wie z.B. ein BuVo-Antrag in Hamburg) forzieren oder aufzuweichen, auf die Selbstheilungskräfte der Verparlamentarisierung zu vertrauen und ansonsten mit den Wölfen zu heulen.

### Und die Ökolisten?

Mit dem Wind der Alltagspraxis grüner Parlamentarier im Rücken können diese Strategien bald durchaus am längeren Hebel sitzen als die Ökolisten. Sie appellieren an Reformillusionen in den Köpfen vieler Mitglieder und Parlamentarier, die, wenn sie morgen mit dem Traum der Innierung einer „anderen Entwicklungslogik“ per Tolerierung der SPD auf die Nase fallen (wie in Hessen), dann der Weisheit letzten Schluß im Ministerressell suchen, weil ihr geschlossener Realismus sie zunehmend die Grenzen bürgerlicher Realität als die Grenzen von Realität überhaupt erfahren läßt. Karl Kerschgens deutete ja jüngst an, daß das Drama um Alken/Nukem in Hessen mit einem grünen Minister nicht passiert wäre (FR, 3.12.84). Natürlich kann man aus diesem Schlamassel auch ganz andere Schlüsse ziehen als die mit Option auf Regierungsbeteiligung. Die vorsichtige Andeutung von Trampert, Bahrou a im BuVo-Antrag der Bundesdelegiertenkonferenz in Hamburg, die Anbindung an überparlamentarische Kräfte zu forcieren, damit in die Grünen ein Schub radikaler Kräfte aus dem Widerstand einfließen zu lassen und in der Parlamentarierarbeit mit wechselnden Mehrheiten zu operieren, statt Verantwortung für die Regierbarkeit des Landes zu deklarieren (was die Realos zu meist als Verantwortung für die Lösung der ökologischen und sozialen Krise verkaufen), ist zwar noch keine Alternative, würde aber den Grünen die Luft verschaffen, sich eine längerfristige strategische Linie zu etablieren, die nicht zwangsläufig im Sumpf der Systemkonformität mündet.

Eine überzeugende Strategie aus dem ökosozialistischen Lager ist deshalb noch nicht da, weil die Ökolisten, die nicht zwangsläufig im Sumpf der Systemkonformität mündet.

Eine überzeugende Strategie aus dem ökosozialistischen Lager ist deshalb noch nicht da, weil die Ökolisten, die nicht zwangsläufig im Sumpf der Systemkonformität mündet.

### Der Kampf um die Überlebensforderungen

Mit den Wölfen heulen in Niedersachsen auch die Realos aus NRW. Beinahe alle erteilen sie jedweder Koalitionsabsicht in Richtung SPD eine Absage und beharren auf Kompromisslosigkeit: wenn Rau & Co die „Überlebensforderungen“ nach 1. Stilllegung bzw. Nichtinbetriebnahme aller Atomkraftwerke / mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohle und 2. Enigntungsprogramm für die Chemieindustrie (Bestandsaufnahme aller Umweltschadstoffe, Sanierung der Altlasten, generelle Veröffentlichung aller Untersuchungsergebnisse und umfassende Verbraucheraufklärung) — so die LPE — nicht vorbehaltlos, d.h. mit einem klaren JA akzeptieren, könne er sich von der CDU oder beim dritten Wahldurchgang mit einfacher Mehrheit von den eigenen Genossen zum Ministerpräsidenten wählen lassen.

Bis hierhin schien breitest taktische Einheit zu herrschen. Zumindest sollte die gemeinsame Abfassung der LPE mit diesen zwei Überlebensforderungen durch R. Buch und die Räte der Realpolitik (Wiesenthal / Falkenberg / Happe) eine solche Einheit widerspiegeln.

Der eigentliche Dissens begann beim letzten Passus der LPE, nämlich der inhaltlichen Ausformulierung, was denn nun als „Umkehr der Entwicklungslogik“ gelten konnte. Daß in der Kompromißformulierung der LPE die „Überlebensforderung“ No. 1 um sofortigen Ausstieg des Landes NRW aus der Atomenergie bescheiden sollte, was den pragmatischen Realisten nun doch zu heiß. Ihr Änderungsantrag: „Für den Ausstieg des Landes NRW aus allen Verpflichtungen, Engagements und Planungen auf dem Gebiet der Atomenergie ...“ (so Änderungsantrag 3 zur

LPE, den auch R. Buch unterschrieben hat) hätte der SPD bei entsprechender zeitlicher Streckung (bis ins Jahr 2000?) und dem Einbau einiger Leitformulierungen zwar harten Tobak vor die Nase gehalten, aber die Kooperation bei der Wahl des Ministerpräsidenten mit der SPD als Einstieg in eine Tolerierung u.U. möglich gemacht. Dieser Möglichkeit einen Riegel vorzuschieben, war Ziel des ökosozialistischen Antrags von E. Stralmann (MdB), Drabinski (MdB) und L. Volmer (Nachrücker).

Die dann erhaltene Forderung nach sofortigem Ausstieg aus der Atomenergie und nach Ausweitung der „Überlebensforderungen“ auf die Gebiete Technologie / Neue Medien (Verkabelung, Rundfunkprivatisierung etc.) plus Arbeitslosigkeit / Neue Armut (35-Std.-Woche im öffentlichen Dienst, Landeszulage für Erwerbslose, Rentner, Sozialhilfeempfänger) ging davon aus, daß in NRW auf Grund seines bundesdurchschnittlich überproportionalen Anteils an Industriearbeitern (Rhein- / Ruhrgebiet) und seiner besonderen Betroffenheit vom Sozialabbau die Grünen hier nur wirklich Fuß fassen können, wenn es ihnen gelingt, im Bewußtsein der Öffentlichkeit die Identifikation mit einer reinen Ökopax-Partei zu durchbrechen.

Im Vordergrund stand dabei die Überlegung, daß eine Öffentlichkeitswirksame Publizität dieser breiteren Positionen im Zusammenhang mit der Wahl des Ministerpräsidenten wirksam wird, nicht aber bei den folgenden Haushaltsverhandlungen als den eigentlichen Tolerierungsverhandlungen, die angesichts der „harten“ Formulierung dieser „Überlebensforderungen“ sowieso unwahrscheinlich sind. Die „Härte“ erklärt sich einzig aus der Einsicht der ökosozialistischen Autoren dieses Antrags, daß gemeinsam mit Rau und seinen Kanalarbeitern der „Einstieg in eine andere Entwicklungslogik“ (was immer das auch heißen mag) nur um den Preis zu haben ist, daß die „andere Entwicklungslogik“ zu einer leistungsfähigen Reparaturlogik pervertiert würde.

Die „Überlebensforderungen“ so zu formulieren, daß eine Ministerpräsidentenwahl durch die Grünen zumin-

dest möglich wird, das ist als der eigentliche Herzenswunsch der pragmatischen Realisten nur zu verständlich. Verständlich im Zusammenhang mit ihrer Strategie, auch in NRW eine Tolerierung als Durchlaufröhre für einen langfristig angelegten Einstieg in eine Regierungskoalition auf Landes- und Bundesebene möglich zu machen. So wird davor gewarnt, „... unseren Einfluß ... nicht dadurch zu verschleppen, daß wir als Preis für eine Tolerierung das totale Einschwenken auf unsere Ziele verlangen. Das hieße nichts gegen die ökologische und soziale Krisenentwicklung zu tun und außerdem noch als „Verweigerung“ darzustellen.“ (s. Erläuterung zur LPE). Wobei unterstellt wird, daß politische Veränderungen nur über parlamentarische Kompromisse zu haben sind und der dominierende Eigenwert des Kompromisses von vornherein die Veränderbarkeit der politischen Landschaft begrenzt (was dann im Zirkelschluß das „Machbare“ ergibt).

Da die pragmatischen Realisten davon ausgehen, daß ihre „Überlebensforderungen“ es zumindest möglich machen, bei der Ministerpräsidentenwahl mit der SPD ins reine zu kommen, wollen sie in den folgenden Tolerierungsverhandlungen, die sich um die Haushaltsfrage drehen werden, „... auch in anderen für uns wichtigen Politikfeldern wie Bildungs-, Sozial-, Wirtschaft-, Verkehrs- und Medienpolitik zentrale grüne Forderungen ...“ (s. Erl. zur LPE) erfüllt sehen. Daß diese politisch zentralen Forderungen dann, wenn Rau einmal mit grüner Hilfe wieder den Ministerpräsidentensessel erklommen hat, à la Hessen von den grünen Realisten (weil Sachzwanglogik) für ein Butterbrot veräußert werden, ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Soweit zu den inhaltlichen Positionen der beiden Hauptströmungen in der LDK.

Einen ersten Sieg errang die ökosozialistische Strömung mit E. Stralmann als Hauptsprecher bei der Abstimmung darüber, ob eine Ausweitung der „Überlebensforderungen“ außer Chemie / Energie auch auf die Bereiche Technologie / Neue Medien und Arbeitslosigkeit / Neue Armut

überhaupt wünschenswert sei.

Je später der Abend, desto moderater die Delegationen. Welche inhaltliche Ausformulierung der nun auf 4 Forderungen angewachsene Katalog für die SPD erfahren sollte, wurde auf den nächsten Tag verschoben. Beide Strömungen sollten dann je einen abstimmungsfähigen Entwurf vorlegen. Am Sonntag knallten die Fronten aufeinander. Die harten Vorwürfe von Happe (Landesvorstand) und Wiesenthal, der Stralmann-Antrag erschöpfe sich — bar jeder Verknüpfung des Machbaren — in Verbalradikalismus, mündeten in einer stundenlangen (aber spannenden) Redeschlacht, die gegenseitig den Beobachter deutlich werden ließ, daß hier in der Klammer einer Partei zwei antagonistische Fraktionen aufeinanderstießen.

Die letztendliche Abstimmung brachte eine gute Mehrheit für den Stralmann-Antrag der glasklaren Absage an jegliche Koalition „... für die Dauer der gesamten Legislaturperiode den sofortigen Ausstieg von NRW aus der Atomenergie (THTR-Hamm, Schneller Brüter Kalkar), die Ausschöpfung aller landespolitischen Spielräume mit dem Ziel der Stilllegung / Nichtinbetriebnahme / Nichtgenehmigung aller anderen Atomkraftwerke.“

Zum Punkt Technologie / Neue Medien hielt es die LDK für brauchbarer, eine knappe Formulierung der Realos gegen „... Unterzeichnung bzw. Aufkündigung der bereits beschlossenen Staatsverträge zum Rundfunk / Fernsehen sowie zum Bildschirmschutz“ zu verabschieden. Die Punkte „Chemie in Produktion und Umwelt“ plus „Erwerbslosigkeit / Neue Armut“ wurden schließlich auf die nächste LDK (im Januar) vertagt.

Fazit: was immer die nächste LDK beschließen wird, schon heute steht fest, daß die Chancen für ein rosagrünes NRW denkbar schlecht ausfallen.

Zum TOP Rotation der zukünftigen Landtagsabgeordneten wurde eine landesweite Urabstimmung (Einsendeschluß 18. Januar) beschlossen. Dabei können die Parteimitglieder wählen zwischen 1. Mandatausübung bis zum Ende der Legislaturperiode, 2. Mandatausübung bis zum Ende der Legislaturperiode ohne Möglichkeit der Wiederwahl und 3. Rotation während der Legislaturperiode, deren Einzelheiten die nächste LDK regeln wird.

Alfred Willen

## Beschluß der Landesdelegiertenversammlung der GRÜNEN NRW vom 16.12.84

Die Grünen haben sich zum Ziel gesetzt, eine grundlegend andere gesellschaftliche Entwicklungslogik durchzusetzen. Statt uns industriekapitalistischen Zwängen zu beugen, orientieren wir uns an ökologischen, sozialen und basisdemokratischen Entwicklungsnotwendigkeiten. Für die gegenwärtige Lage in NRW — Umweltzerstörung und überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit — ist die von SPD und CDU gemeinsam getragene Industriepolitik mitverantwortlich.

Wir sind jedoch weit davon entfernt, die zwischen SPD und CDU bestehenden Unterschiede zu übersehen. Viele gesellschaftliche Zielvorstellungen der CDU und von den Zielen und Prinzipien der GRÜNEN noch weiter entfernt als die der SPD. Wir gehen davon aus, daß es mit einer CDU-Regierung in NRW zu einer Verschärfung der schon existierenden ökologischen und sozialen Probleme kommen würde.

Auf diesem Hintergrund und wir betonen mit anderen Parteien zusammenzuarbeiten, wenn mit ihnen der Einstieg in eine andere Entwicklungsrichtung gewährleistet werden kann. Wir sind bereit einen Ministerpräsidenten mitzuwählen, wenn zuerst in folgenden zentralen Bereichen der Landespolitik unverzichtbare Kurskorrekturen verbindlich vereinbart werden. Wir betrachten die Kurskorrekturen als Mindestforderungen an eine Politik, die wir mitverantworten können.

Während wir bereit sind, über die mögliche Tolerierung einer SPD-Regierung zu verhandeln, schließen wir eine Regierungsbeteiligung (Koalition) der GRÜNEN für die Dauer der gesamten Legislaturperiode aus.

Eine kontinuierliche parteipolitische Zusammenarbeit in Form der Tolerierung wäre allerdings nur möglich, wenn außer einer Vorabzustimmung

Schlüsselforderungen in weiteren Politikfeldern entsprechend dem grünen Landesprogramm Übereinstimmung erzielt wird.

### 1. Energiepolitik

Wir fordern den sofortigen Ausstieg des Landes NRW aus der Atomenergie und die schrittweise Verringerung der Braunkohleförderung als Einstieg in eine dezentrale Energieerzeugung auf der Basis regenerativer Energiequellen. Entscheidend für die Durchsetzungschancen des Ausstiegs aus der Atomenergie ist die politische Konfliktbereitschaft der Landesregierung gegenüber den AKW-Betreibern und gegenüber der Bundesregierung. Im Rahmen dieser politischen Konfliktbereitschaft müssen alle geeigneten, vertragsrechtlichen, finanz- und ordnungspolitischen Handlungsspielräume voll genutzt werden.

Die GRÜNEN betonen unmißverständlich: Bezüglich der beiden in Bau befindlichen Reaktorlinien — Schneller Brüter in Kalkar und Hochtemperaturreaktor in Hamm — sowie der Urananreicherungsanlage in Gronau hat die Landesregierung die Möglichkeit, auch gegen die Bundesregierung den Widerbau und die Inbetriebnahme zu verhindern.

Wir verlangen von der Landesregierung die Ausschöpfung aller landespolitischen und rechtlichen Handlungsspielräume mit dem Ziel des Ausbaus und der Nichtinbetriebnahme des Brennelementwerkes in Ahaus und der Verweigerung der Genehmigung eines Brennelementwerkes in Würgassen.

— der sofortigen Stilllegung des Siedewasserreaktors in Würgassen, so daß auch die Erweiterung des dortigen Brennelementabkühlbeckens (Zwischenlager) überflüssig wird.

Ebenso fordern wir:

— Keine Genehmigung von Frimmersdorf West und anderer TAGEBAU.

— Keine Bau- und Betriebsgenehmigung von Großkraftwerken, insbesondere nicht für die geplanten Braunkohlegroßkraftwerke in Neurath und Goldenberg, weil eine vollständige und sinnvolle Abwärmenutzung nicht zu gewährleisten ist.

— Die damit verbundene schrittweise Verringerung der Förderung und Nutzung von Braunkohle muß einhergehen mit einer Änderung der Energiepolitik hin zu einer umweltverträglichen, ressourcenschonenden, dezentralen Energiewirtschaft, um nicht der Atomenergie Tür und Tor zu öffnen.

### 2. Technologie und Medien

Keine Unterzeichnung bzw. unverzügliche Kündigung des Staatsvertrages zum privaten Rundfunk und keine Zulassung privater Rundfunkveranstalter in NRW.

### 3. Chemie in Produktion und Umwelt

### 4. Erwerbslosigkeit / Armut

Zu den Punkten 3 und 4 formulieren die GRÜNEN NRW ihre Schlüsselforderungen auf der Landesversammlung 19./20. Januar 85 in Quadrate-Hilendorf.



Die Arbeitsgruppe „Berlin und Deutschlandpolitik“ der Alternativen Liste Westberlin lief bisher bei manchen Linken einen leichten Anfall des Horrors hervor. Mit ihren nationalistischen Positionen gelang es ihr nicht nur, blockübergreifende und antiozialistische Positionen (so hieß das früher mal) in breite Teile der Westberliner Friedensbewegung zu tragen. Über ihre „Spitzenfunktionäre“ und mit ihrem Wirken in den GRÜNEN galten sie auch als bundesweite Trendsetter. Damit scheint es aber zunächst einmal aus zu sein. Durch häufige abgegebene Presseerklärungen, die überall den Eindruck hochfunktionaler AL-Positionen heben und durch personelle Verquickungen mit dem nationalrevolutionären Magazin „wir selbst“ begann dieser Stern zu sinken. Denn auch wohlwollenden Kameraden aus alten „KPD“-Zeiten wurde der Ton zu mark. „Europäisierende“ Ideologieverständnisse verbreiten auf modischen Wellen eben einen veränderten Eindruck.

## Alternative Liste Westberlin Berlin- und Deutschlandpolitik mit neuen Akzenten

### Der Weg zum Programm

Der ursprüngliche Entwurf für Berlin- und Deutschlandpolitik der gleichnamigen AG war demart überladen mit nationalistischen und staatsbejahenden

Elementen, daß es außer in der AG selber nirgends in der AL eine Chance auf Annahme gehabt hätte. Daraufhin gab es von den selben Verfassern einen nur unwesentlich entschärften Neuentwurf. Rechtzeitig genug, um in der AL

breit diskutiert zu werden, reagierte die Tiergartener Bezirksgruppe mit einem Gegenentwurf. Modern formuliert und klar antiozialistisch in Aussage und Argumentation konnten viele ALer/innen von der Notwendigkeit der vorbehaltlosen Anerkennung der „Vier Gräner Forderungen“ überzeugt werden (Anerkennung der DDR, Respektierung der DDR Staatsbürgerschaft, Staatsgrenze in der Mitte der Elbe, Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter). Eine Woche vor der entscheidenden Programm-MV tauchte ein als Kompromiß formulierter Mittel-Entwurf auf. Dieser wurde unter Mitarbeit führender Köpfe der Berlin- und Deutschland AG erweitert, die dafür ihren eigenen Entwurf fallen ließ. Außerdem wurden in den vom „Europagedanken“ geprägten Entwurf Teile des Tiergartener Entwurfs eingebaut. Damit stand ein Text, der von ehemaligen „KPD“-Kraften, AL-SO und eher linkssozialdemokratischen Menschen verfaßt war, einem linken Antrag gegenüber. Daß ersterer hegemoniefähig war, zeichnete sich deutlich ab. Dennoch waren ca. 40% der Anwesenden auf der MV dafür, den Tiergartener Entwurf als Diskussionsgrundlage zu nehmen. 1981, anlässlich der letzten Senatswahlen, wäre ein solches Ergebnis noch nicht möglich gewesen.

### Die Maßstäbe

Die bisherigen ideologischen Kernpunkte des Neo-Patriotismus lassen sich vereinfachend in drei Schwerpunkten beschreiben.

a) Zwei äquidistante Blockführermächte gewinnen die Hegemonie im geteilten Europa/Deutschland und produzieren eine Wodka- bzw. Coca-Cola-Kultur. Das Leben ist fremdbestimmt.

b) Die deutsche Wiedervereinigung, ob als Konföderation oder in anderen Formen, ist das angemessene Mittel, um die Identität (der Deutschen) wieder zu erlangen.

c) Entkräftung und Überwindung der „Blockstrukturen“ müssen Ziel und Zweck der Politik sein. Anerkennung der DDR und ihrer Staatsbürgerschaft etc. würden hingegen die „Blockstrukturen“ verfestigen und die Kriegsgefahr eher vergrößern.

Im folgenden wird versucht zu zeigen, wie weit diese Elemente wieder Eingang in das neue Berlin- und Deutschlandprogramm der AL gefunden haben.

### Nationalismus ade?

Das Hervorheben nationaler/völkischer Besonderheiten oder abstrakter Werte einer „Kultur“ gegenüber anderen Völkern oder Staaten unter Vernachlässigung klassenanalytischer Sichtweisen machen das Wesen des Nationalismus aus. „Als Konsequenz der historischen Entwicklung verzichten wir klar und deutlich auf jede Anknüpfung an nationalistische Motive“ (Alle Ziele, soweit nicht anders gekennzeichnet, sind aus dem Programm). Für jeden Linken ist das normalerweise eine Selbstverständlichkeit. In der AL hingegen muß es anstehend extra betont werden. „Wenn die bundesdeutsche Staatsmacht heute wieder die stärksten Streitkräfte Westeuropas unterhält, ist das für uns kein Anlaß zu neu erwachtem Stolz und Nationalgefühl, kein Beitrag zur Verteidigung von Werten und Freiheiten, sondern Anlaß für uns, eine grundlegende Änderung der westdeutschen Außen- und Militärpolitik zu fordern“ (Hervorheb. ab). Hier scheint die AL die Existenz von Werten und Freiheiten anzunehmen, kritisiert aber die Art und Weise ihrer Verteidigung. Unter außenpolitischen Gesichtspunkten stellt sich jedoch die Frage, wer die Werte und Freiheiten bedroht. Um die Antwort, die Ruß und Reiter nennt, drückt sich das AL-Programm herum. Nur eine indirekte Antwort wird gegeben: „Wir sehen aber auch,

wie die DDR-Regierung ihr Land immer weiter militarisiert und zu einer wesentlichen Stütze im sowjetischen Hegemoniebereich entwickelt hat, so folgt die DDR-Regierung der sowjetischen Doktrin einer „gleichgewichtigen Abschreckung“ und legitimiert damit weitere Aufrüstung im eigenen Land.“ Zunächst einmal zeigt diese Passage, daß ihr der Grundgedanke einer symmetrischen Welt mit zwei gleichwertigen Polen der Schwächheit (die beiden „Blockführermächte“) zugrunde liegt.

Läßt man sich auf diese Argumentationsweise konsequent ein, wird es einem verunmöglicht, die wirklich Schuldigen für Krieg und Elend zu benennen und zu bekämpfen. Läßt sich Nicaragua auch auf die „Logik der Abschreckung“ ein, indem es so aufträte, daß der Preis für eine US-Intervention zu hoch wird? Folgt es damit „der sowjetischen Doktrin“?

Diese Art Kritik an den Regierungen der beiden deutschen Staaten führt folgerichtig zu dem Schluß, da seien beide „Musterknoten der Führungsmächte des jeweiligen Blocks“. In der Betonung dieses angeblichen gesamtdeutschen Missstands wird wenigstens die Basis einer immer noch „nationalbewußten“ Haltung deutlich. Die oben erwähnte Gleichgewichtigkeit und Symmetrie kommt aber ins Rutschen, wenn die angesprochenen Kritikpunkte in den beiden deutschen Staaten noch einmal vor Augen geführt werden. In der BRD sind die zu starken Streitkräfte kein Beitrag zur Verteidigung von Werten und Freiheiten, während der Hauptkritikpunkt an der DDR ist, daß sie sich total der „russischen Knete“ unterwirft. Preisfrage: Wer kommt besser weg?

### Von Deutschland nach Europa

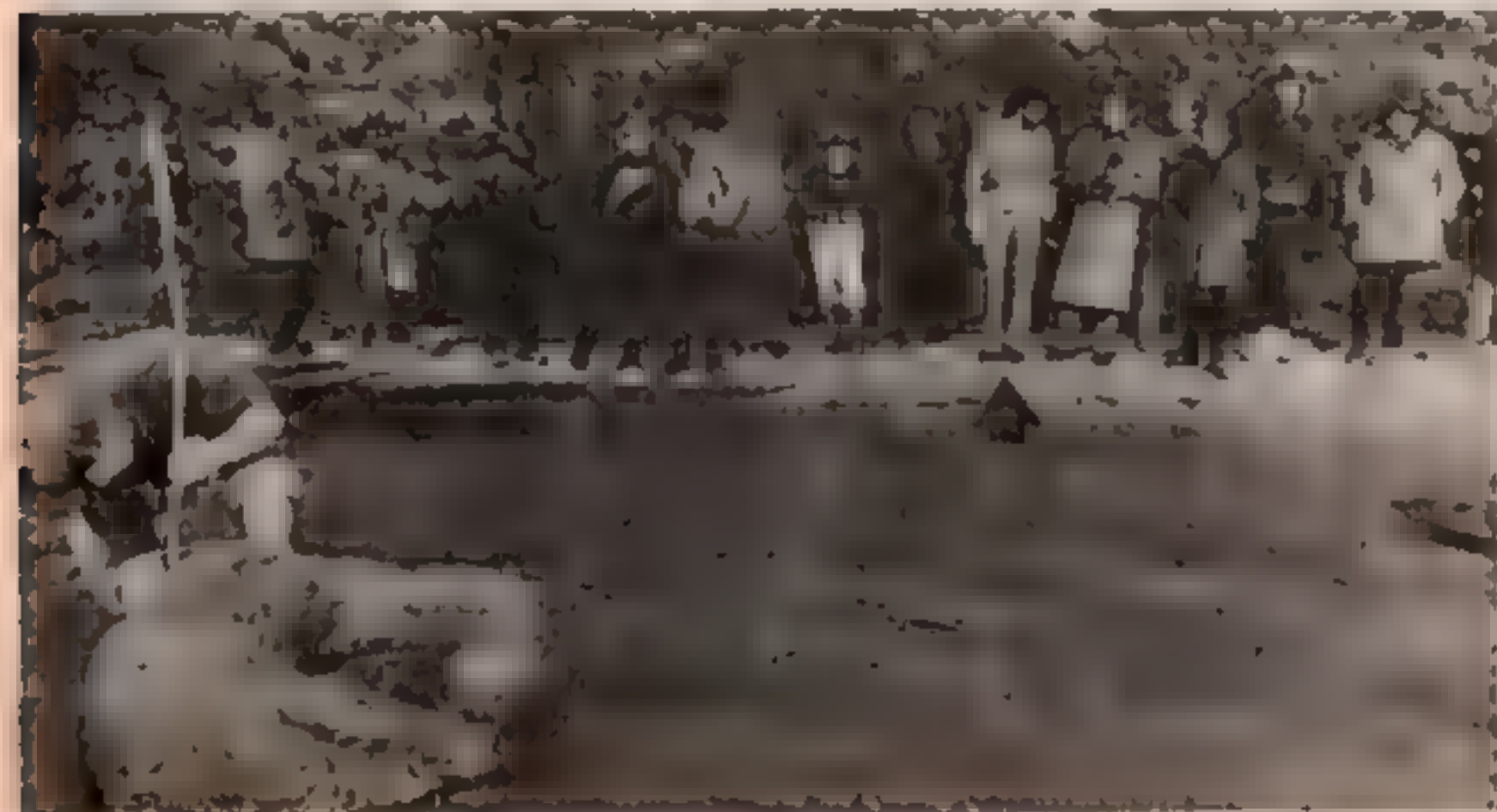
Immerhin gesteht die AL zu, daß bei der Überwindung der „Blockkonfrontation“ deutsch-deutsche Alleingänge ausreichen: „Insofern richten wir unsere Hoffnungen nicht auf die Wiedervereinigung Deutschlands, sondern auf die Einigung der Europäer in West und Ost.“ Hoppla, rief das Kind und fiel die Treppe rauf. Aber wer sind eigentlich die Europäer? In allen Versuchen von Konstellationen oder Fallbeispielen für das Zueinanderfinden der „Gesamteuropäer“ und das Aufbrechen der „verkrusteten Blockstrukturen“ taucht die Sowjetunion nicht auf. Konsequenterweise darf das auch nicht sein. Die holzschichtartige Ideologie der „Blocklogik“ läßt nämlich nur eine globale Supermacht Sowjetunion zu, die, was den Grad der Gefahr für die Völker angeht, genauso schlimm ist wie die USA. Doch für jeden, der sich mit Außen- und Militärpolitik beschäftigt, sollte klar sein, daß es eine ganz entscheidende Disparität zwischen den USA und der SU gibt. Nicht nur, was die realen militärischen Möglichkeiten angeht. Die SU steht im Gegensatz zu den USA unter der Last, dem Imperialismus global (d.h. den USA) Paroli zu bieten und sie steht als wichtige europäische Kontinentalmacht an ihrer westlichen Peripherie einem Block von sie und ihre Verbündeten bedrohenden imperialistischen Staaten gegenüber. Während also der Imperialismus seine Kräfte auf einen Gegener konzentrieren kann, steht die SU zwei Hauptblöcke gegenüber. Wird der (ost)asiatische Raum hinzugezählt, sind es sogar drei Fronten.

Die AL macht es sich in ihrer Sandkasten-Diplomatie zur Aufgabe, an der europäischen Front Veränderungen — wie sie meint positive — zu fordern und fördern. Dem Grundsatz der Symmetrie (als moralische Legitimationsbasis) folgend, werden Veränderungen in West- und Osteuropa gesehen: Da gibt es Versuche von westeuropäischen Ländern wie Dänemark und den Niederlanden, „eine eigene Position gegenüber dem Führungsanspruch der USA zu bestimmen.“ Im Osten hätten angeblich einige Staaten versucht, „die Stationierung der SS 25 Raketen auf ihrem Territorium zumindest zu verzögern.“ Selbstverständlich findet auch die Solidarnosc lobende Erwähnung.

Unter dem Leugenden der (bühlichen) Blockauflösung hätte folgerichtig auch der IWF seinen Platz gehabt, zumal sein Beitrag der größte sein dürfte. Unter Auslassung der SU (siehe oben) fordert die AL eine Intensivierung des Handels zwischen den Staaten der beiden Blöcke. Zum Gefälle zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ökonomien sagt sie: „Erst wenn diese Dimension von aggressiver Wirtschaftspolitik seitens des Westens zur Disposition gestellt wird, kann sich

Fortsetzung nächste Seite

## Erklärung des Bundesvorstandes der GRÜNEN zu den Aktivitäten von Neonazis im Westberliner Landesverband



Grüner von Nemenyl (Pfeil) bei einer Feierstunde der „Heidnischen Gemeinschaft“ am Tegeler See. Grüne um Runen

Der SPIEGEL vom 7.1.85 über das Landesvorstandsmitglied der GRÜNEN

### Die Grünen — Pressedienst vom 7. 1. 1985

Der Bundesvorstand der GRÜNEN hat sich auf seiner Sitzung am 5./6. Januar 1985 eingehend mit den Aktivitäten von Rechtsextremen im Landesverband DIE GRÜNEN BERLIN befaßt und dazu folgende Erklärung beschlossen:

Der Landesverband DIE GRÜNEN BERLIN wurde von einer Gruppe Neonazis und Jimfied unterwandert. Dieser Gruppe war es im Laufe des letzten halben Jahres gelungen, in relevante Positionen des Landesverbandes zu kommen und unter anderem in den Landesvorstand. In das Schiedsgericht und in den Bundeslinenzrat.

Zu der Gruppe gehören Personen, die wegen Besitzes von Waffen und NS-Propagandamaterial rechtskräftig verurteilt wurden. — die Mitglieder der rechtsextremen „Heidnischen Glaubensgemeinschaft“ sind; — die gemeinsame mit dem Gründer der militanten Neonazi-Organisation „Kampfgruppe Priem“ faschistische Flugblätter verteilt haben; — etc.

Einige dieser Neonazis sind nach der Intervention des Bundesvorstandes im Dezember letzten Jahres aus dem Landesverband ausgestiegen, andere sind weiterhin Mitglied. Offen ist, wieviele Anhänger sich außer den bekannten Rechtsextremen noch im Landesverband befinden.

Der Bundesvorstand hat nach einem Gespräch mit einigen Vertretern des Landesverbandes (Mitglieder des Landesvorstandes und des Landeschiedsgerichtes) am 6. Januar 1985 nicht den Eindruck, daß die anwesenden Vertreter des Landesverbandes den ehemaligen Verlierern hier Aufschub nachzukommen, Rechtsradikalen die Basis ihrer Aktivität in den Reihen der GRÜNEN zu nehmen. Die Vertreter klagen vielmehr diejenigen als „Infiltratoren“ an, die auf eine schnelle Bereinigung der Verhältnisse drängen, und lassen jede antifaschistische Grundüberzeugung vermissen. Dies wird auch aus einem anderen Zusammenhang deutlich.

Zwischen dem Bundesvorstand und den Mitgliedern des Landesvorstandes wurde am 29. Dezember 1984 u.a. vereinbart, daß der Landesvorstand innerhalb der nächsten zwei Wochen eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen werde mit dem zentralen Thema:

Umfassende Information der Berliner Mitglieder der GRÜNEN über den Versuch der Einflußnahme neonazistischer Kräfte auf die Arbeit der GRÜNEN BERLIN und die notwendigen Konsequenzen.

In der tatsächlichen Einladung formulierte der Landesvorstand dann diesen Tagesordnungspunkt folgendermaßen: „Rechtsradikale Aktivitäten bei den GRÜNEN BERLIN? — Zu den von Jochen Lange angekündigten „Enthüllungen“ im Falle eines grünen Wahlsieges.“

Rechtsradikale Aktivitäten, obwohl zu dem Zeitpunkt längst erwiesen, wurden somit in Frage gestellt, das Problem auf eine persönliche Auseinandersetzung zwischen einzelnen Mitgliedern reduziert, und infolgedessen wurden Konsequenzen gar nicht erst in Erwägung gezogen. Es ging dem Landesvorstand offenbar nur noch um ein Tribunal gegen antifaschistische Aufklärungsarbeit.

Der Bundesvorstand der GRÜNEN ist davon überzeugt, daß der Landesverband Berlin mit dem Problem nicht fertig wird. Grüne Strömungen, die bisher den Landesverband politisch getragen hatten — Doppelmittglieder bei der Alternativen Liste (AL) und den GRÜNEN die Ökoliberalen und andere — haben den Landesverband verlassen und arbeiten inzwischen in der AL. Es ist so zu der Situation gekommen, daß politisch weitreichende Entscheidungen von nur wenigen Mitgliedern getroffen werden, von denen einige der Neonazi-Szene oder ihrem Umfeld angehören. An der Beitragsliste der Mitglieder des Landesverbandes, ob der Landesverband in keine Form zur AL bei den Wahlen zum Bundestag Abgeordnetenhaus am 10. März 1985 kandidieren sollte. Beteiligt sich nur 40 Mitglieder der Beschlüsse zu kandidieren, der sich eindeutig gegen den Willen und gegen einen Beschluß der Bundesversammlung der GRÜNEN richtete, wurde nur mit einem Stimmenverhältnis von 18:10 Mitgliedern gefaßt.

Der Bundesvorstand befürchtet, daß in Berlin auch in Zukunft politische Beschlüsse im Namen der Grünen von einer kleinen Gruppe unter dem Einfluß rechtsradikaler Ideologien gefaßt werden. Um dauerhaft zu verhindern, daß grüne Willensbildung in diesem Landesverband unter brauner Beteiligung geschehen kann, und unter Benützung des Namens DIE GRÜNEN neonazistische Propaganda verbreitet wird, beschließt der Bundesvorstand folgende Schritte:

1. Wir fordern den Landesverband DIE GRÜNEN BERLIN auf, alle Neonazis und Mitglieder, die deren ideologischem Umfeld zuzurechnen sind, sofort auszuschließen. Der Bundesvorstand wird von sich aus ein Ausgrenzungsgebot gegen vier Mitglieder des Landesverbandes erlassen und schließt diese vier Mitglieder mit sofortiger Wirkung von der Ausübung ihrer Rechte aus. Darunter befinden sich drei Mitglieder der „Heidnischen Glaubensgemeinschaft“.
2. Der Bundesvorstand prüft die rechtlichen Möglichkeiten, den Landesverband aufzulösen und wird dem Bundeshauptplauschuß (BHA) für dessen nächste Sitzung einen Vorschlag zur Entscheidung vorlegen.
3. Der Bundesvorstand wird alle Mitglieder des Landesverbandes DIE GRÜNEN BERLIN umfassend über die Vorgänge unterrichten.
4. Der Landesverband DIE GRÜNEN BERLIN wird aufgefordert, seine Kandidatur für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksparlamentenversammlungen zurückzuziehen.
5. Dem Landesverband DIE GRÜNEN BERLIN wird jede politische und organisatorische Unterstützung von Seiten der Bundespartei entzogen. Wir betonen noch einmal, daß der Bundesverband DIE GRÜNEN mit der Alternativen Liste Berlin zusammenarbeiten und ausschließlich zu deren Wahl aufrufen.
6. Mit der AL wird erneut darüber gesprochen, ob sie sich bereit erklären kann, rechtlich abgesichert in Berlin zu werden. Dabei könnte — ähnlich wie die Regelung mit der GAL Hamburg — die Bezeichnung „AL“ erhalten bleiben.



Fortsetzung von vorheriger Seite

das Verhältnis zwischen europäischen Staaten des Westens und Ostens entkräften." Ein traditioneller Vorschlag für die „Entkräftung“ ist die einseitige Herabsetzung sozialistischer Verhältnisse; im AL-Programm bleibt hier nur eine Lücke im Text, bestenfalls wohlformulierte Fragezeichen. Das folgende Zitat aus der Arbeit eines in Hollandischen, freundschaftlich unterzeichneten Problems, daß eine „europäische Neuordnung“, sei es auch im Namen des Friedens, nicht losgelöst von den realen ökonomischen Verhältnissen betrachtet werden darf: „In einem Briefwechsel zwischen dem niederländischen Journalisten Brugma und Georgi Arbatow, dem Leiter des Nordamerika-Instituts der sowjetischen Akademie der Wissenschaften und als ZK-Mitglied einer der wichtigsten Berater in Sachen Wehrpolitik für die Führung der UdSSR, macht er Brugma auf die besondere Position der Niederlande aufmerksam, indem er die Namen von drei Instituten erwähnt: königlich niederländische Shell, Philips, Unilever. Wurden etwa die Niederlande aufhören, diese und andere, kaum weniger interessanten Institute zu beherbergen, wenn die USA sie aus der Abhängigkeit entläßt? Nein, die Niederlande würden als kleiner, aber wichtiger und moderner Industriestaat fortfahren, die Interessen in aller Welt zu haben, die sie während der Abhängigkeit hatten. Es werden die gleichen Interessen sein, die sie mit ihren ehemaligen Bündnispartnern verbunden hatten — und weiterhin verbinden werden. Die Briten würden ihre Union Ministre behalten, die Deutschen ihre Fahrwerke Höchst, die Engländer ihre BP usw. All diese Institute stehen miteinander in einer Konkurrenz, die sofort zurücktreten wird, wenn die Gesamtinteressenlage bedroht werden würde. Sie würden sich auf diesen Fall vorbereiten, Kooperation verweigern, militärische Absicherung fordern, entsprechende politische Strukturen notwendig machen, das ganze würde nicht mehr NATO heißen, das ist wahr. Aber die weltweiten Interessen und ihre Sachverhalte würden bleiben.“

Und im Osten? Eine Reihe ökonomisch weniger entwickelter Staaten wurde dem Imperium zum Fraß vorgeworfen. Zusätzlich zum Mittelmeerraum entstanden eine zweite ökonomische und wahrscheinlich instabile Peripherie — für die SU völlig unakzeptabel.

#### Deutsche Teilung

In einer Kampfabstimmung gelang es, den folgenden Passus gegen die Positionen der Berlin- und Deutschland AG durchzusetzen: „Die Aufrechterhaltung der staatlichen Souveränität der beiden deutschen Staaten“ sei „eine Voraussetzung für die Entkräftung der Blocklogik...“ Für die AL ist eine solche Position sicherlich ein Fortschritt. Aber die Alternative, im Programm klar als Minderheitenposition ausgewiesen, ließ vielen Alern auch keine andere Wahl. Die abgewiesene Position der Berlin- und Deutschland AG enthält Punkte wie: Paktfreiheit, defensive Bewaffnung, Friedensvertragsregelung.

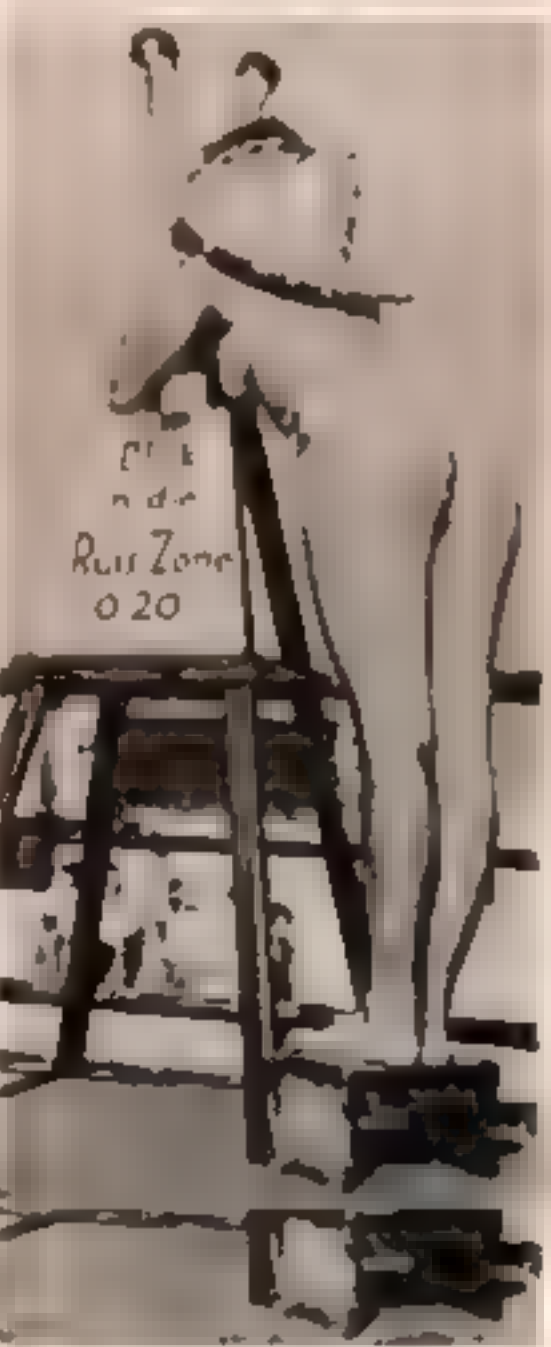
Im angenommenen Programm heißt es weiter: Die BRD solle gegenüber der DDR „alle Rechtsansprüche, die die staatliche Souveränität der DDR in Frage stellen, zur politischen Disposition stellen“. Gemeint sind damit das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes und der Artikel 116 des Grundgesetzes („Deutscher im Sinne des Grundgesetzes“), der auch die Bürger der DDR als BRD-Bürger definiert. Im Gegensatz zur DDR will die BRD Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches sein, „für das in den Grenzen von 1937 eine Friedensvertragliche Regelung noch aussieht, einschließlich des Altersvertragsanspruchs für alle Deutschen. Die DDR hingegen sieht sich (zu recht) als etwas historisch Neues und lehnt daher jegliche Kontinuität, ob in rechtlicher, politischer oder moralischer Hinsicht, als potentieller Nachfolgerstaat des Dritten Reiches ab. Da die BRD sich in ihrem Wahnnissanspruch als für alle Deutschen zuständig wählt, führt sie in der sogenannten Erfassungstabelle Salzgeber eine Karte, wo alle in der DDR begangenen Verbrechen registriert werden. Im Falle der Wiedervereinigung werden die Schuldigen eben nach den dann gültigen Gesetzen verurteilt. — Statt die Auflösung dieser Einrichtung und die Vernichtung der gemammelten Akten zu fordern, will die AL, daß für alle vorliegenden Fälle die Akten an Amnesty International zur Auswertung übergeben werden sollten. Mit der Forderung nach Verlegung der Elbgränze in die Flußmitte sind die vier Gewässer Forderungen im wesentlichen erfüllt. Doch bei der Forderung nach Akzeptierung der DDR Staatsbü-

gerschaft verlangten einige einigle Aler in Großmachtmanner entsprechende „Gegengestaltungen“ der DDR. Nach zähem Ringen konnte von dieser Bedingung Abstand gewonnen werden. Jetzt heißt es in einer parallel gesetzten Formulierung, daß die AL die Beschneidung individueller politischer Rechte und die Verletzung von Menschenrechten in der DDR genauso wenig wie in einem anderen Land toleriere.

#### ... und die alte Reichshauptstadt

Von der DDR umgeben, mit der BRD verbunden und von den Alliierten regiert — kurz als „anachronistisch“ bezeichnet die AL die Lage Berlins. Daher fordert sie die Westalliierten auf, ihre Rolle als Souverän Westberlins zugunsten einer deutschen Verwaltung und Regierung abzugeben. „Sinnvolle Rechtsvorschriften wie das Verbot von Rüstungsproduktion und -forschung oder das Verbot der NPD in Westberlin sollen in der Verfassung verankert werden.“ An die nicht bestehende Wehrpflicht und Bundeswehr in Berlin haben die Igel leider nicht gedacht.

Interessantes gibt es zum „äußeren Status“ zu vermeiden. Ihn sollen die Alliierten auch weiterhin „garantieren“. Gegen wen, wird verschwiegen. Dieses Garantieversuchen spricht die AL unter Anlehnung an das Viermächteabkommen von 1971 zwischen den drei Staaten der Anti-Hitler-Koalition und Frankreich aus. (Um alle Rechtsansprüche offenzuhalten, forderten die westlichen Mächte ein Abkommen für das „gesamte Berlin“, während die Sowjetunion nur eine Gültigkeit für Westberlin zugesprochen wollte. Da Berlin (Ost) Hauptstadt der



DDR sei.) Im Abkommen ist nur die Kompromißformel vom „betreffenden Gebiet“ zu finden. Der zweite konkrete Teil des Abkommens bezieht sich ausdrücklich auf Westberlin. Diese Feinheiten berücksichtigt die AL (absichtlich?) nicht, da sie ihre Vorstellungen auf ganz Berlin projiziert. In bester gesamtdeutscher Weise wird daher zum Verzicht auf militärische Übungen und Paraden in „beiden Teilen der Stadt“ aufgerufen.

Liebes an den Schluß des Programms geknüpft findet sich noch ein umfangreicher Appendix mit vielerlei humanen Forderungen, die — wie könnte es anders sein — sich fast ausschließlich an und gegen die DDR richten.

Neben der Betonung der Solidarität mit der „demokratischen und sozialistischen Opposition“ (von letzterem hatte die AL selbst bitter nötig!), besonders mit den „unabhängigen Friedensgruppen in der DDR“, wird gefordert: freier Informationsaustausch, ungehinderte Berichterstattung; freier Reiseverkehr, Aufhebung des Mundstummens; volle Freizügigkeit zwischen BRD, DDR und Berlin; wissenschaftliche, kulturelle und sportliche Kontakte unabhängig von staatlichen Programmen. Desweiteren Kontakte auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene zu Problemen des Umweltschutzes, der Verkehrspolitik etc.

Fazit: Insgesamt wird dem Leser ein geschlosseneres und strömungsformigeres Programm als zu früheren Zeiten geboten. Schwerverdauliche Klumpen sind gegeben — nur springen sie nicht mehr so unmittelbar ins Auge.

#### Buchbesprechung

## Joschkas Kraft und Herrlichkeit

Die vom Frankfurt-Dave herausgegebene Reihe „fororo-aktuell“ überzeuget von jeher weniger durch die Qualität ihrer Publikationen als durch die Schnelligkeit, mit der zu gerade diskutierten Themen irgendein dünnes Buchlein auf den Markt gebracht wurde. Gleichzeitig mit dem vom Konkret-Verlag als sensationell angekündigten Werk des Gespanns Trampert/Ebermann (vgl. AK 253, S. 17), bringt Rowohlt ein Buch von deren Kontrahenten Joschka Fischer heraus, das drei wesentliche Wettbewerbsvorteile hat: es ist billiger, dünner und enthält eine Reihe von Fotos. Der selbstkritisch-ironische Titel — „Von grüner Kraft und Herrlichkeit“ — und der Werbetext des Verlagslektors tun ein Übriges: „So sind Beiträge entstanden, die (u. a.) die tiefe Identitätskrise der Spontiszenen und die geborgten Utopien der Linken selbstkritisch reflektieren. Abschied nehmen von klassisch-linken — marxistisch-anarchistisch geprägten — Gesellschaftsannahmen und die Anfänge einer ökologischen Neuorientierung ohne lassen, den Verlust des utopischen Überschwangs nicht verschweigen auf dem Weg von der „Bürgerinitiative Chaos“ zum grünen (Real-)Politiker, aber auch den Zugewinn an praktischen Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten sehen.“

Das klingt bedeutend und interessant, das muß man gelesen haben. Nun ja. Auch für Linke ohne „Pfaffenstand“-Abo sind die meisten der Artikel nur mäßig originell. Enttäuschung über die „Realpolitik“ (ja, wohl!) vor allem in der Szene heroisierter Befreiungsbewegungen haben vor Fischer schon andere ausgekollert; und Abschiedsbriefe ehemaliger Proletkultler an die lahmersüchtigen Arbeiter haben auch schon die Seiten so mancher alternativer Presse-Erzeugnisse gefüllt.

Bemerkenswert ist das ganze vor allem als politische Biographie: Fischers „Entwicklungsprozeß“ von der Frankfurter Spontiszenen bis hin zur grünen „Realpolitik“ (J. F., S. 7), die zudem — wie der von dem Buch ob seiner „Offenheit und Aufrichtigkeit“ sehr angelegene Rezensent der „FAZ“ weiß — „repräsentativ für einen großen Teil seiner Generation“ ist. Wer sich wenig für Politik als für Psychologie interessiert, wird von dem Buch nicht enttäuscht sein.

#### Ein „scharfzüngiger Abgeordneter“ (der Verlag)

Schreiben kann der Joschka — und vor allem reden. Die drei an den Schluß des Buches gestellten Bundesratsreden — „Die Schuld an Auschwitz“, zum Tode von Kemal Ataturk und zur Kießling-Affäre — empfehlen ihn für den — noch zu stiftenden — Herben-Wehner-Preis für anti-christdemokratische Polemik. Die offiziellen Wortprotokolle vermerken bei seinen Reden immer wieder heftige Ausfälle der attackierten CDU/CSU-Parlamentarier. Für sie ist Fischer ein „widerlicher Schreihals“ und „unverschämter Lämmer“. Der Spaß an den Formulierungskünsten beider Seiten entschädigt für einige staatsmännische Unappetitlichkeiten, auf die Fischer nicht verzichten mag, z. B. den Appell an den Kanzler „Amtsleid“, „christliche Grundüberzeugung“ und „Menschlichkeit“ in der Debatte um die Auslieferung türkischer Oppositioneller.

#### Drei große Grundthemen ...

... behandelt Joschka Fischer nach eigener Aussage in seiner Artikelssammlung, die „Auseinandersetzung um die Tolerierungspolitik der herrschenden Grünen“ bzw. das Verhältnis der Grünen zur Sozialdemokratie schlechthin — während der vergangenen Monate „Sturmzentrum der innerparteilichen Auseinandersetzung“ (S. 7). Zweitens das „was sich wirklich als deutsches Identitätsproblem bezeichnen läßt — zugegeben, ein vager Begriff“ (S. 8). Was es damit meint, deutet Fischer in einem Seitenhieb gegen „manche Hamburger Freunde aus der GAL“ an, „die diesem Problem zu entkommen glauben, indem sie rhetorisch die Friedensbewegung allein auf ihren „antistatistischen Charakter“ umbiegen wollen, weil alles andere nicht in die verengten Denkschemata erstarrter sozialistischer und kommunistischer Sekten traditionen paßt.“ Als drittes werden Aussagen angekündigt zu den „Perspektiven“ der Grünen „oder gar ihrer Philosophie“, wo die Grünen besonders augenfällige Lücken hätten: „Die intuitive Erkenntnis dieser Lücke läßt viele Teile der Partei gegenwärtig mehr und mehr in die alten antikapitalistischen Positionen wiederrücken.“

#### Abschied vom Internationalismus

Der Aufsatz „Durchs wilde Kurdistan“ entstand Ende 79, zur gleichen Zeit, als im „Kursbuch“ (Nr. 57) der „Mythos des Internationalismus“ entdeckt und zerstört wurde (Teilnehmer eines in dem Band dokumentierten Streikgesprächs: Joschka Fischer). Der „Kurdistan“-Artikel beginnt mit den Worten: „Ja, ja, der Antimperialismus, der gute alte, bis vor kurzem machte er noch die Hälfte meines neu-linken Lebens aus.“ Kein Wochenende ohne Demo, die revolutionäre Weltreise führte (im Kopf) über Persien, Vietnam, Kuba, Chile, Portugal und Nordirland. Zwar war für Joschka der Antimperialismus „Geburtsheifer meiner Politisierung“ (S. 14); kritisch beurteilt er aber die Auswahl der Reiseinsider nach „antimperialistischem Egoismus“: man „solidarisierte sich eher mit jenen antimperialistischen Kämpfern, wo man selbst etwas davon hatte“. Dennoch hat die Spontiszenen, zu deren Wortführer er sich machte, „niemals gesiegt oder zumindest mitgesiegt. Unsere Revolution gab es einfach nicht“ (S. 19). „So verließen wir die jeweiligen Kämpfe schon im Vorfeld möglicher Siege; bei einer Niederlage, wie in Chile, hatten wir dagegen tapfer, weil gefahrlos für unsere Identität, aus“ (S. 21). Die streitbaren Befreiungsbewegungen und Revolutionen kollidierten allesamt mit den Spontiszenen: „Nach innen konservativ bis in die Knochen, und gleichzeitig von industrieller Fortschrittsgläubigkeit besetzt, nach außen den jeweiligen Interessen ihres Nationalstaats gehorchend“ (S. 23). Da sich das ständig wiederholt, ist die Fortsetzung der Reise, nach außen den jeweiligen Interessen ihres Nationalstaats gehorchend“ (S. 23). Da sich das ständig wiederholt, ist die Fortsetzung der Reise sinnlos geworden. Antimperialismus führt zu nichts, außerdem versteht man die Welt sowieso nicht mehr das „Aufbrechen eines revolutionären Islam“ weist auf eine „Rückgewinnung des Religiösen“ (S. 26) hin. Den Verdacht, ihm schwebte nunmehr „die Rückkehr in den Schoß der Mutter Kirche“ oder der „Einstieg ins Sektenwesen“ vor, wies er entschieden zurück: „Ich will hier lediglich die Richtung meiner geistigen Verunsicherung durch die persische Revolution skizzieren“ (S. 27).

In dem zweiten Artikel zur Abrechnung mit dem Antimperialismus ist von Verunsicherung nichts zu spüren. Geschrieben wurde er während der Bombardierung Beirut durch die israelische Armee (September 82), als — geht das schon wieder los! — „Solidarität wieder groß angesagt (war) in der jüngeren westdeutschen Linken“ (S. 30). Zur Sache selbst schreibt Joschka Fischer einiges, über das sich diskutieren ließe: er kritisiert die „auf immer neue Katastrophen und Niederlagen zusteuende Politik der PLO“, fordert die staatliche Anerkennung Israels und lobt Sadats „Friedensinitiative“.

Sein eigentliches Anliegen ist aber (politische) Psychoanalyse: wie können westdeutsche Linke dazu, sich über Jahre hinweg mit immer neuem Schwung für die Sache der Palästinenser zu engagieren? Warum sind einige gar „palästinensischer als die PLO“? Wegen des eigenen verdrängten „nationalen Elends“: „Überhaupt kann man sich des Verdachts nicht erwehren, daß Teile der westdeutschen radikalen Linken in Palästina ihre verdrängte nationale Identitätsfindung als Deutsche austragen. Als Deutscher und Linker eine nationale Identität im



Jahre 1982 zu finden, heißt vor allem, mit einem gespaltenen Bewußtsein zu leben. Als Linker hat man hierzulande zu verzichten, auf die Ostgebiete nämlich, auf die deutsche Tradition, auf ein nationales Selbstbewußtsein überhaupt. (...) als Deutscher allerdings denkt man lieber nicht an all das nationale Elend, sondern verdrängt es besser“ (S. 37).

Wie gut, daß es Palästina gibt, wo man seinerseits gegen „Verzichtsproleten“ und „Verdränger“ vom Leuer ziehen kann. Kein Witz, er meint es wirklich so.

Die „deutsche Identität“ geistert auch durch die „Antipolitik“ zu Karl Heinz Bohrer“ („FAZ“-Kommentator, der sich an der heidenhaften britischen Falklandschlacht berauscht und die schäppige und ehrlose deutsche „Händlergesinnung“ „gewollt“: „... Symbolhaft trifft die konservative Kulturkritik, wenn sie behauptet, daß noch jedes Volk, jeder Staat, jede Generation ohne Traditionen, ohne Ehre, nationale Zwecke und eine, meinetwegen, ihr zugeordnete Spiritualität nicht auskommt. Nur, woher nehmen in diesem Land? Syberberg war es wohl, der in seinem Hülfsfilm jene Worte fand: „Sechzig Millionen ohne Identität, welch eine Zeitbombe! Man kann dem nur fröhlich zustimmen“ (S. 49). Mit konkreten Vorschlägen zur Wiedergewinnung von nationaler Identität und Ehre hält Fischer sich immerhin zurück.

#### „Lebt wohl, Verdammte dieser Erde“

#### „Lebt wohl, Verdammte dieser Erde“

Noch ein Abschied, diesmal vom Proletariat. Als einer derjenigen „heutigen Spontis, die nach 1969 eine Betriebsintervention versucht hatten“ (S. 64), würdigt Fischer das André-Gorz Buch „Abschied vom Proletariat“ als Auseinandersetzung „mit jenen vergangenen Mythen von Sozialismus, Proletariat, kollektiver Aneignung und Arbeitermacht (...). Mythen, die viele von uns zwar längst abgetan, aber eben nicht beseitigt haben“ (S. 65). Die schlimmsten Gorkschen Überspannungen — die „Reinkarnation“ des historischen Subjekts in der „Nicht-Klasse der Nicht-Produzenten“ — erklärt er für „geschichtsphilosophischen Unfug“ (S. 73), dessen Ursache er in Gorz' angeblich nur halbherziger Abkehr vom Marxismus sieht: er hat nicht mehr die marxistische „Fortwortschafflichkeit“ und die Befreiungserwartung. Das ist Joschka Fischer zu wenig pragmatisch. Nichts rechtfertigt seiner Meinung nach das „Marxische Vorurteil, daß die entscheidenden Veränderungen in der Geschichte von unten kommen“ (S. 79). Gefordert sei die „Absage an jene optimistischen Utopien“ (S. 81) und das Eingeständnis, daß es „keinen großen politischen Entwurf mehr gibt“ (S. 82). „Wieso nicht einmal eine pessimistisch-pragmatische Utopie formulieren, die nicht ein glanzvolles Morgen verspricht, sondern von ihrer notwendig schmutzigen, repressiven, unfreien Kezelsseite ausgeht?“ (S. 81). Wer an darauf anlegt, findet überall Begründungen für grüne „Realpolitik“: weg vom „glanzvollen Morgen“, hinein in die „schmutzigen“ Niederlagen der Lagepolitik.

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite



## Grüne Kraft und Herrlichkeit?

An die Garz-Rezension schließt sich der innergrüne Teil an. Verblüffend daran ist vor allem das Tempo, mit dem hier Positionen geändert werden. Der Artikel „Warum eigentlich nicht?“ von Ende 78 bekräftigt noch einmal die alten Sponti-Ideale. Noch kann Fischer die „Politik in erster Person nicht so schnell vergessen“ (S. 91). Und: „Das Problem der Parlamentarisierung wurde von Anfang an gewaltig untertrieben“ (S. 94). Eindringlich warnt er seine Mit-Sponsis vor dem überstürzten Einstieg in die Wahlbewegung. „Warum bleiben wir bei diesen abgefuckten JA-NEIN Kampagnendiskussionen stehen? Nur wegen der Wahlturniere? Ah, TER-MINI! Die Politik ruft, Genosse, wir müssen Entscheidungen treffen, sonst findet die Wahl ohne uns statt. Wieso hören wir mit dieser Katastrophe in unseren Köpfen nicht endlich auf?“ (S. 98).

Zwei Jahre später erfolgt dann „Der Widerspenstigen Zähmung“ (S. 99). „Es gibt sie nicht, die Spontis“, alle sind von den Grünen im höchsten Maße verunsichert. Für Fischer bleibt es ein „kühnes politisches Unterfangen, fortschrittsgläubige Unstürzer (wenn auch von gestern) in Reformer mit konservativer Grundrichtung zu verwandeln“ (S. 107). Noch einmal warnt er vor der Integrationskraft der Institutionen Parlament und Partei. Um die Grünen (für die er erstmals stimmen will) nicht „Funktionäre zu überlassen, für die man dann halt die Gefolgschaft abgegeben hat“ (S. 107), empfiehlt er die Nominierung möglichst unprofiliert Kandidaten: „Besser einer, dem es schwerfällt, wird Vertreter, wenn es schon sein muß, als einer, der immer nur vertreten hat“. Aus heutiger Sicht wirkt das ziemlich skurril, als wessen Vertreter begreift sich der Abgeordnete Fischer/Frankfurt?

Es schließt sich ein Streitgespräch mit Milan Horacek an, in dem Fischer die Hinfälligkeit des prinzipiellen „Fundamentalismus“ vorführt und klassische Tolerierungspositionen verteidigt: „Ich hätte es gut gefunden, wenn die Partei schon in der Wahlkampf (Oktober 82, Anm. AK) gesagt hätte: Keine Startbahn ist uns einen Bönner wert (...) Ein Sachprogramm der SPD vorzuziehen und gesagt: Wir sind bundnisbereit, ihr könnt von uns die Mehrheit haben. Das sind unsere Bedingungen, jetzt streitet euch mal schon in eurer Partei“ (S. 113).

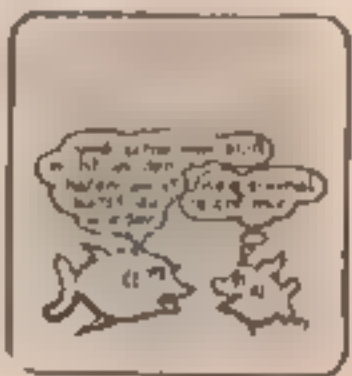
Das war es dann weitgehend. Der aktuelle Aufsatz „Für einen grünen Radikalismus“ — Zwischenbericht „Von grüner Kraft und Herrlichkeit“ — hat nicht, was er verspricht. Er liefert einige Betrachtungen über die „ersten Gehversuche“ der

Spontis in der Grünen Partei, über die dort herrschende „bürokratische Anarchie“ und Zynismus über grüne Basisdemokratie: „Da führt die Öffentlichkeit aller Parteiversammlungen und das damit einhergehende strikte Rauchverbot dazu, daß die Profis und was sich dafür hält die politischen Entscheidungen rauchend, flüsternd vor der Tür ausmachen, während die Basis sich bei grauer Luft und nunmehr zwei Stunden erbittert über Plakatekleben streitet.“

Konkretes über den Inhalt des „Radikalismus“ enthält der Artikel kaum, stattdessen viel Einerseits und Andererseits. Die Grünen dürften sich nur nicht „von ihren Grundlagen abschneiden lassen, sei es aus Gründen der Kontinuität“ (S. 133). Ja, aber kaum, stattdessen viel Einerseits und Andererseits. Die Grünen dürften sich nur nicht „von ihren Grundlagen abschneiden lassen, sei es aus Gründen der kurzfristigen Machterhaltung oder aus Gründen der Reinheit der Lehre“ (S. 133). Ja sogar: „Sie müssen in allen wesentlichen Entscheidungen ihrer Politik die Bindung an die außerparlamentarischen Bewegungen zum Maßstab ihres Handelns machen“ (S. 133). Das klingt fundamentalistisch, ist aber nicht so gemeint. Joschka möchte immerhin austreten, wie groß die Integrationskraft der „alten Mutter Sozialdemokratie“ (S. 134) tatsächlich ist. „Mag sein, daß die Hoffnung auf wirkliche Veränderungen trägt, daß die alternativen Kräfte noch zu schwach und zu unpolitisch sind, um sich dem Integrationssoß widersetzen zu können“. Wenn es so kommt, ist das auch nicht so schlimm: „Was politisch bleibt und lebt, ist die schlechteste Aneignung bescheidener Größen von unten, ist das zersetzende Terminwerk jener ominösen Basis, die sich systematischem Zugriff entzieht, ist eine Pluralität von Kulturen, Lebensformen und Produktionsmöglichkeiten, welche nach einem neuen, Unabhängigkeit garantierenden Konsens von unten drängt.“

Eigentlich sind sie nicht zu beneiden, unsere grünen „Realpolitiker“: Mühsen sich mit den Sortenrumärgern, während die ahnungslose Basis ihr — historisch viel bedeutsameres — „Terminwerk“ verrichten darf. Und dann noch das Mißtrauen. Woher kommt das bloß?

— J. Hamburg

Grüne Kulturpolitik  
Bis zum bitteren Allerlei

Gelegentlich kommt auch ins Gerede, was es nicht gibt: grüne Kulturpolitik ist so ein Fall, Stuttgart findet hat sie bisher bestenfalls als Karrikatur ihrer selbst: neue politische Kultur sollte in die bundesdeutsche parlamentarische Landschaft Einzug halten, penetrant nach außen gekehrt wurde (zugegebenermaßen von TV-Teams und grünen Parteilagsdelegierten gleichermaßen) eine sanfte Alltagskultur des Bockenschießens und verhalten sich. Mit einer Politik, die sich zum Ziel setzt, dem bürgerlichen Umgang mit Kultur das Programm einer Kultur der offenen Auseinandersetzung entgegenzuhalten (um mal eine Richtung anzudeuten, in die eine grüne Kulturpolitik weisen könnte, wenn sie können wollte ...), hat das und alles andere, was über kulturpolitische Vorstellungen der Grünen an die Öffentlichkeit gedrungen ist (und das ist wenig genug) nichts zu tun hat.

Hier deshalb zwei Beiträge, die versuchen sich, auf das fremde Terrain vorzuarbeiten: ein Bericht über ein Gespräch mit Tom Koenigs, Hausbauexperte der grünen Landtagsfraktion in Wiesbaden, beliebter Scene-Realo und Kandidat auf Listenplatz Nr. 2 in Frankfurt, obendrein noch Übersetzer vornehmlich lateinamerikanischer Literatur. Als Zugabe dann ein paar Überlegungen zum Thema nebst einiger kritischer Anmerkungen zum traurigen Abschied eines Teils der Altpolitik von ihren Visionen einer neuen Kultur am Bockenheimer Südhang.

## Abschied vom Zentrum

Frohe Kunde aus Manhattan wie in allen großen Städten wurde dort das Wohnen abgeschafft:

... welch ein Treiben in den Gassen Jubel, Trübel, Essenfassen Wäschewaschen, Liebe und Musik Schluß mit dem Familienleben dem dumpfen Aneinanderkleben der letzte Spießler wird zum Straßenfreak

... endlich Platz für Kommunarden die in engen Dachmansarden hausten wie die Würstchen im Aspick

Nächstens an den Straßenecken brennen Feuer bis zum Wecken leise zieht ein Schnarchen durch die Stadt (Tommi und das Mobile Einsatzorkester)

Eine autofreie Stadt, das kann mensch sich in grünalternativen Kreisen gerade so noch vorstellen, die Abschaffung des Wohnens, wie sie von Tommi und dem Mobilen Einsatzorkester als Grundvoraussetzung für eine kulturelle Revolution angesehen werden, das so noch vorstellen, die Abschaffung des Wohnens, wie sie von Tommi und dem Mobilen Einsatzorkester als Grundvoraussetzung für eine kulturelle Revolution angesehen werden, das so noch vorstellen, die Abschaffung des Wohnens, wie sie von Tommi und dem Mobilen Einsatzorkester als Grundvoraussetzung für eine kulturelle Revolution angesehen werden.

Die kulturpolitischen Programme heute haben anderes zum Inhalt: darf Politik in die Kultur, in künstlerische Prozesse eingreifen? Wie soll sich das

Verhältnis von Zentrum und Peripherie (oder grüner: Basis, Dezentrale) gestalten? Eng damit verknüpft: wie wird das Verhältnis von professioneller Kunstproduktion zur selbstgemachten gesehen?

Den grünen Kulturbegriff, das muß bei der Beschäftigung mit dem Thema dabei gesehen werden, gibt es nicht. Zwar meint der scheidende Mitarbeiter der grünen Bundestagsfraktion Paul F. Pauly in einem Gespräch mit der taz, daß sich „neben Frieden und Umwelt Kultur auch als drittes Standbein der Grünen anbieten (würde)“, aber wie das mit dritten Standbeinen und fünften Wagenrädern nun mal so ist man kann auch gut auf sie verzichten. Das enthebt dann auch der Verpflichtung, sich über die mögliche Beschaffenheit eines solchen Gedankens zu machen.

Immerhin: der Abschied vom Zentrum, die Verlagerung von Gelder und Kulturangeboten in die Stadtteile wird

wohl von Realen, als auch von Fundamentalisten in der Regel gewünscht, und auch Paul F. Pauly hält es für nötig, daß „die innerstädtischen Kulturschwerpunkte ... verlagert, dezentralisiert werden, zugunsten einer Stadtteil- und ländlichen Kultur“ (taz, 27.11.84). Was aber macht die so herbe gewünschte Stadtteilkultur tatsächlich aus? Um am Beispiel Frankfurt zu bleiben: wäre das in einen äußeren Stadtteil, zum Beispiel nach Hausen, verlagerte Deutsche Filmmuseum bereits ein Hort der Stadtteilkultur? Oder würde es das erst, wenn auch seine Konzeption insgesamt verändert würde: „Statt Filmgeschichte in der Vitrine für wenige, Werkstätten zum Selbermachen von Filmen für alle“, wie es der Etatentwurf 76 B 133, den die Römer-Grünen am 30.1.84 zustande gebracht haben, fordert. Daß eine Einrichtung wie das Deutsche Filmmuseum auch strukturell, nicht nur aufgrund seiner räumlichen Lage, bestimmte Besucherschichten anzieht, wird auch in der „Diskussionsvorlage“ von Tom Koenigs kritisiert, wenn es dort heißt, daß sich die Kulturverwaltung in den letzten Jahren zu stark auf die Förderung zentraler Museen, „die sich der öffentlichen Diskussion, Mitwirkung und Gestaltung durch ein breites Publikum entzogen haben“, konzentriert habe. Wird bei den Römer-Grünen also anstelle der Museen die Einrichtung von „Werkstätten zum Selbermachen“ gefordert, setzen andere grüne Kreise auf Museen, die von den Besuchern mitgestaltet werden. Die Forderung nach Dezentralisierung von Kultureinrichtungen beinhaltet in aller Regel also mehr als die bloße örtliche Verlagerung von Kulturinstitutionen in die Stadtteile. Gemeint ist mindestens noch die Erhöhung des Publikumsinflusses auf die Ausstellungen, andernfalls sogar der Verzicht auf eine Institution zugunsten von Laienwerkstätten, Orten der Freizeitkultur also. Beide Vorstellungen müssen heute ausgesprochen problematisch erscheinen, zumal wenn sie im Kontext mit anderen kulturpolitischen Vorstellungen betrachtet werden.

## Selbstverwaltete Avantgarde ...?

## Selbstverwaltete Avantgarde ...?

Wir glauben, daß der Funke zum Überspringen kommt, wenn Kultur sich in den Stadtteilen, in den Gebieten, wo sich Konflikte abspielen, zum Tragen kommt und nicht in den Museen und Galerien. An die Stelle der Auseinandersetzung mit Kunstwerken vergangener Epochen, aber auch in der Gegenwart entstandener, soll eine Kultur der Gegenwart, notwendig eine Hobby- und Freizeitkultur. So eine Kultur muß nicht unbedingt den bürgerlichen Vereinscharakter haben, wie das heute bei vielen Freizeitkulturvereinen (z.B. Chören) der Fall ist — von

Fortsetzung nächste Seite



Deutsche Kulturdebatte: Wust und Leer



Fortsetzung von vorheriger Seite

einer professionell produzierten Kunst unterscheidet sie sich dennoch enorm und zwar nicht nur bezüglich der notwendigerweise geringeren handwerklichen Qualitäten.

Die Kunst zum Selberrmachen ist in einer erschreckenden Mehrzahl von Fällen (und zwar nicht nur von Seiten der Spießbürger mit denen wir ja soooondog nicht zu tun haben) Produkt eines gesunden Kunstverständnisses, eines guten Geschmacks, wie es mit gutem Grund und zornigem Blick auf die Geschichte (und zwar nicht „nur“ die jüngere deutsche ...) gefürchtet werden kann. Das so leichtlich auszusprechen: „Das kann ich auch ...“, das angesichts, was wir mal, kubistischer Gemälde, quäkender Saxophone oder konkreter poetischer Texte nicht nur gelegentlich und nicht nur von CDU/Flügelangehörigen zu hören ist, ist eben nicht auf die enorme, bisher nur nicht zum Ausdruck gekommene künstlerische Potenz bundesdeutscher Passanten zurückzuführen, sondern eher auf ihr Unvermögen, auch anderes als eindeutig identifizierbares, Erklärbares und Wiederzuerkennendes für „künstlerisch wertvoll“ zu halten.

Selbst in den seltenen Fällen, in denen selbstproduzierte Kunst ein anderes Niveau erreicht hat, ist es an bestimmten Punkten an seine Grenzen gestoßen. Die Geschichte des „Sogenannten Linksradiakalen Blasorchesters“ (s. dazu auch AK 226, S. 19 Interview mit Heiner Goebbels) liefert so ein Beispiel. Das heißt nicht, daß Selbstgemachtes an sich schlecht, wertlos oder sinnlos ist — es taugt nur keinesfalls als Alternative zur sogenannten etablierten Kultur, die so etabliert, wie das behauptet wird gar nicht mal unbedingt ist: die Besucherzahl des Deutschen Filmmuseums in den ersten drei Monaten seiner Existenz lag deutlich über 100.000, darunter dürften zahlreiche Besucher aus dem grünen alternativen Wahlspektrum gewesen sein. Die Kulturschranke grenzt ganz andere Bevölkerungsgruppen aus — die allerdings nach Schichtwechsel auch kaum ein selbstverwaltetes Filmzentrum aufsuchen würden.

Was eine Freizeitkultur, im selbstverwalteten Umfeld, leisten kann, ist eben ein Spieß an Kunst zu vermitteln, ein Verständnis von Techniken moderner Kunst (sei das nun Oper, Theater, Malerei ...) — so kann eine Basis geschaffen werden, um allen (d.h. allen, die wollen) einen Zugang zu Kultur zu ermöglichen. Beethovens Neunte von der Bockenheimer Liedertafel gesungen und dem Batschkapp Symphony Orchestra gespielt ist für die Ägernden eine spannende, das Werk in gewisser Weise erschließende Arbeit, eine Interpretation desselben Stücks durch Michael Oelen und das SWF Sinfonieorchester kann dadurch sicher nicht ersetzt werden.

Die Förderung dezentral selbstproduzierter Kunst nicht als Gegensatz zu zentral zu findender professioneller Kunst, sondern als notwendige und sinnvolle Ergänzung — eine solche Förderung würde kulturpolitischen Sinn ergeben, würde sie doch auch die Selbstproduktion nicht nur als notwendiges Freizeitangebot in einer kapitalistischen Gesellschaft sehen, wie beispielsweise bestimmte sozialdemokratische Kulturpolitiker, sondern als selbst schon vorliegendes Fundament für eine Kultur der Herausforderung, die sich dem bloßen Konsum verschließt.

#### Glückauf der Marktwirtschaft!

Die grünen realpolitischen Vorstellungen sind neben der als Schlagwort übernommenen Forderung nach Dezentralisierung des Kulturangebots, gekonnt verknüpft durch einen Verweis auf die Marktwirtschaft. Die Vielfalt soll gefördert werden, die Kulturpolitik sich darauf beschränken, Auftritt- und Produktionsmöglichkeiten zu schaffen; ohne Ansehen der ästhetischen Qualitäten, der politischen und sozialen Substanz der so geförderten Kul-

turrichtungen. Wenn aber jeder kulturell aktiv werden soll, und jeder von politischen Institutionen gefördert werden soll, verzichtet die Kulturpolitik auf eine ihrer wichtigsten Möglichkeiten: gegen die kapitalistischen Marktwirtschaften zu werden. Um einer Kunst zur Wirkung zu verhelfen, die Konsumgewohnheiten der Mehrheit unterläuft, persifliert oder angreift, bedarf es weitaus mehr als des Zur-Verfügung-Stellens von Räumen oder Auftrittsmöglichkeiten. Kunst wird hierzulande ja nicht in ein gesellschaftliches Vakuum hinein produziert, sie muß sich in einer Landschaft durchsetzen, die durch Marktwirtschaft strukturiert ist. Die Machtverhältnisse finden ihren Niederschlag nicht nur, aber doch auch, in der Zusammensetzung der Feuilletonredaktionen und wer eine Zeitung ins Leben rufen will, muß sich mit der Konkurrenz von Springer bis Bärde auseinandersetzen, die nicht nur über weitaus größere Geldmittel sondern auch über erhebliche Beeinflussungsmittel nicht nur im Bundestag verfügt. Eine „multinationale Alternativkultur“, wie sie von Tom Koenigs in seiner „Diskussionsvorlage“ gepriesen

wird, hat auch Durchsetzungsschwierigkeiten, wenn sie Auftrittsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt bekommt. Das 1. Internationale Theaterfestival der Arbeitsmigranten, das im Sommer in Frankfurt stattgefunden hat, belegt das eindrücklich. Die städtischen Bühnen und die Ausländerkulturreize waren mit ihrem Apparat eingespannt: im Schauspiel, Kammer-spiel und im Gullustheater standen Auftrittsmöglichkeiten bereit. Was fehlte, war das Interesse der Öffentlichkeit. Das hatte einerseits durch eine großartige Informationskampagne gewonnen werden können, mittelfristig bedurfte es aber gerade in diesem Bereich einer sehr viel umfassenderen Förderung, die versuchen müßte, durch regelmäßiges Angebot ausländischer Theater- oder Musikgruppen in Zusammenhang mit einer anderen Ausländerpolitik ein kulturell aufgeschlosseneres Klima zu bewirken. Das aber muß ein politisches, ein kulturpolitisches Ziel sein, das sich nicht erreichen läßt, wenn im gleichen Zuge zum Beispiel die Einrichtung neuer Heimatliebestafeln gefördert würde. Eine Kulturpolitik, die darauf verzichtet Ak-

zente zu setzen, Front zu machen gegen eine saturierende, betriebsliche Kultur a la ZDF, ARD, Privatfernsehen, Orenthia oder Nena macht wirklich nur verbal Front gegen „Objekte bourgeoisier Begierden“, tatsächlich überläßt sie ihnen, den finanziell besser ausgestatteten aufgrund ihrer leichteren Konsumierbarkeit schnell auf Zustimmung vorzudringen das Feld. Die Öffentlichkeit wird sachverständig und kritisch nicht allein aus Gewohnheit um Kunst beurteilen zu können, bedarf es Erfahrungen, Kenntnisse, die in der BRD eher Mangelware sind. Mangelware bleiben werden, wenn es nach dem Willen der derzeit Regierenden aber auch der Hobby-Kunst-Verfechter in der SPD geht. Koenigs ist dem Dilemma auf der Spur, wenn er in seiner Diskussionsvorlage feststellt: „Die Grünen sind jedoch kulturpolitisch vor allem Partei der Minderheiten“, und im Interview mit dem Ak nachdrücklich darauf besteht, daß „Kultur nie mehrheitsfähig sein wird. Jede Avantgarde bricht aus. Wir Grünen sind in einem anderen Bereich auch Ausbrecher, deswegen ist Mehrheitsfähigkeit von Kunst für uns ein

falsches Kriterium.“ Um einer widersprechenden, unreifbaren Kultur zur Wirksamkeit gegen die betriebsliche, allgegenwärtige zu verhelfen, bedarf es aber eines orientierenden/politischen Eingriffes, der, in welcher Form auch immer, von den politischen Ägernden ausgehen muß — da hilft kein verschämtes sich zurückziehen auf die alleinige Kompetenz von Publikum und Künstlern.

Wie wichtig aber eine genauere, eher entschiedene Bestimmung dessen ist, was grüne Kulturpolitik will, wird deutlich, wenn mensch sich die Ergebnisse des „kulturpolitischen Parteitags“ der Frankfurter SPD 1984 vor Augen führt. Nicht nur, daß Hilmar Hoffmann dort auf sein neues, im Entstehen begriffenes Werk „Kultur von allen“ hingewiesen hat, es wurde dort beschlossen, das Hauptaugenmerk der SPD auf die Schaffung von „Kulturellen Kleinzentren“ (typisch Städte Ball-tur, Buchereien, Werkstätten, Räume für Ausländer, ...) zu richten. Wie sieht die Ziele gleichen...

Fasanbas

## Kulturrevolutionäre Verkehrsberuhigung — Interview mit Tom Koenigs —

Am Anfang war der „Pflasterstrand“: „Stadt-Teil-Kultur“ war ein Artikel von Frank Wolf, früherer SDS-Funktionär jetzt Soko-Cel ist und kurz Orchester Aktivist überschrieben, der sich das in Frankfurt u.a. zum Filmmuseum ausgedruckte Kulturverständnis der Römer-Grünen vornahm. „Kunst schrempft zur alternativen Folklore“ war sein vernichtendes Urteil, das zwar beleidigte Gesichter, aber keine qualifizierte Gegenrede provozierte. Am 18. September wurde dann im Kreisverband Frankfurt zum großen Nachschlag ausgeholt: Matthias Bätz, ehemals Opelarbeiter, heute Kabarettist mit verzeihlichen Neigungen zum provokatorischen Tiefschlag und Tom Koenigs hatten Thesenpapiere vorgelegt, die Römer-Grünen waren gar nicht erst erschienen und nachdem neun neue Mitglieder aufgenommen worden waren, war man sich stundenlang weitgehend einig. Die Politik, so das beachtenswerte Ergebnis des Abends, habe sich jedweder Einmischung in die Kultur zu enthalten. Soll heißen: Geld her und zwar sofort und viel — ansonsten: es lebe die Autonomie... Das klingt einerseits nicht schlecht, andererseits recht undurchdacht. Am 19. Oktober also fand das Gespräch zwischen Tom und dem freien AK Mitarbeiter statt.

„Wir wollen keine Politikerdenkmäler, weder grüne noch solche für die CDU“, der Einfluß der Politiker auf die Kultur müsse, so Tom Koenigs, schon deshalb zurückgedrängt werden, „weil sich keine Kulturstrukturen bilden: weder grüne noch solche für die CDU“, der Einfluß der Politiker auf die Kultur müsse, so Tom Koenigs, schon deshalb zurückgedrängt werden, um eine an den Interessen der Öffentlichkeit orientierte Kultur entstehen zu lassen, und keine, die Selbstbewährung dient, „wie das Wallmann macht, der sich hier in Frankfurt durch die Postmoderne, wie zum Beispiel den Messeneubau darstellt. Das ist eine Architektur, die die Öffentlichkeit verbietet und unmöglich macht.“ Der Kunst (1) die Möglichkeit zu geben, auch einen Weg nach außen, zum Publikum zu bahnen, ist für Koenigs ohnehin eine der zentralen Aufgaben grüner Kulturpolitik: „Die GRÜNEN (wollen) den ständigen freien Zugang aller zu allen Kulturgütern und Kulturereignissen und zum Kulturschaffen selbst aktiv fördern und den Kulturschaffenden und dem kulturellen Ausdruck allen halben Freiräume zur Entfaltung anbieten“, heißt es in der „Diskussionsvorlage“ zur KV Sitzung vom 18.9. konkret heißt das für Koenigs, daß Räume gefunden, gemietet und geöffnet werden müssen. „Ich finde es nicht sinnvoll, jetzt global ‚Punk‘ zu för-

dern, aber Punk Bands müssen Räume bekommen, in denen sie proben und Konzerte machen können.“ Etwas grundsätzlicher: „Von einer umfassenden Verkehrsberuhigung könnten kulturrevolutionäre Impulse ausgehen. Durch die Aufhebung von Verböten, durch die Erlaubnis, zum Beispiel Wände zu bemalen, würde sich ganz ohne Kosten, sehr viel tun.“ Die andere Seite dieser Argumentation: „Kulturförderung kann nicht als Sozialhilfe wirken.“ Die personen- oder gruppenbezogene Subventionierung von Kulturangeboten erscheint Koenigs problematisch: Auftrittsmöglichkeiten, auch kostenlose, schaffen — ja, darüberhinausgehende Unterstützungszahlungen, die beispielsweise Defizite, die durch zu geringen Publikumszufluß erwachsen, decken könnten, findet er grundsätzlich nicht gut. „Mann muß die Möglichkeit haben, sich darzustellen, aber die Garantie, davon auch leben zu können, werden wir als Politiker nicht geben können. Ein guter Teil des Kulturangebots wird ohnehin gutlich erbracht werden, wie immer.“ Das ist für ihn nicht einmal eine Frage der finanziellen Möglichkeiten, eher eine des Prinzips, denn die Forderung, den Frankfurter Kulturbetrieb zu verdoppeln, könnte, würde sie realisiert, durchaus eine personen- und gruppenbezogene Subventionierung des städtischen Kulturangebots möglich machen. Das würde aber bedeuten, daß die Politiker entscheiden und gewichten müßten, welchen Gruppen und Projekten sie Gelder zukommen lassen. Dem steht aber als Forderung entgegen: „Alle Förderung, Preisung, Hofierung und Absegnung bestimmter Träger oder Richtungen der Kultur (auch als „engagierte Kunst“, „Massenkultur“, „Avantgardekultur“, „kultureller Kultur“ oder „sozialistische Kultur“ etc.) oder deren Verdammung, Behinderung oder gar Verbot durch Politiker oder politische Institutionen lehnen DIE GRÜNEN als Einmischung in die kulturelle Freiheit ab.“ („Diskussionsvorlage“) Das heißt auch: „Jede kulturelle Initiative soll sich der Öffentlichkeit, dem Publikum stellen, jeder kulturell aktiv werden können“ (ebd.) Da ist die Nähe zum Stadtkulturbegriff der Römer-Grünen nicht zu leugnen, auch für diese ist eine selbstbestimmte Kultur abseits der Zentrale, in den Quartieren, in denen der Alltag stattfindet ein unabdingbares Essential. „So groß und die Unterschiede da oft wirklich nicht“ meint

auch Koenigs, der eine stadterneuhau Kultur für außerordentlich wichtig hält. An der bemerkenswertesten kulturpolitischen Aktivität der Römer-Grünen, ihren Protesten gegen die Verleihung des Goethe Preises an Ernst Jünger, übt Koenigs heftig Kritik: die Fraktion hatte Jünger kritisiert, anstatt in der Öffentlichkeit einen breitangelegten Diskurs über Jünger und seinen Antisemitismus zu initiieren. Dem Diktum rechter Politiker über Jünger — „der ist toll“ — hätten die Grünen nur ein grünes Politikerkritikum — „der ist schlecht“ — entgegengesetzt, anstatt die Annahme der Jury, überhaupt etwas zu entscheiden, zu kritisieren und das Jünger'sche Werk eben auf breiter Ebene von Nicht Politikern debattieren zu lassen. Dieses Versäumnis habe sich bei der Auseinandersetzung um Fassbinders Stück „Der Müll, die Stadt und der Tote“ (s. Ak) wiederholt, in der die Grünen überhaupt eine sehr schwache Position gehabt hätten. Die politischen Forderungen und Strategien unterscheiden sich dann auch während der Römer-Grünen in ihrem Fraktionstag E 132 fordern, die Haushaltsansätze für Oper, Schauspiel und Kammermusik um 10% zu kürzen und das eingesparte Geld für ein städtisches Programm „Theater in den Stadtteilen“ zu verwenden (2) setzt Koenigs auf die Verdoppelung des Kulturbudgets, der mit einem Anteil von 11,4% am Gesamthaushalt (3) allerdings ohnehin einer der höchsten in der BRD ist. „Die restriktive Zurückschraubung von Mitteln kann nicht unsere Sache sein.“ Symptomatisch sind auch die Differenzen in der Beurteilung des gigantischen Museumsuferkonzepts (4) von Kulturdezernent Hilmar Hoffmann. Koenigs will klar festgehalten wissen, daß er gegen den Abriss der Bauten ist. „Vor das Museumufer gehört aber der Holmarkt (5), die Straße dort gehören für den Autoverkehr gesperrt, die Museumsportale müssen geöffnet werden — dann verschwindet dort die unsrige berrige Atmosphäre und es kann kulturell etwas entstehen.“ Vor Neuaufbauten in diesem Bereich schreckt Koenigs aber zurück: „Für das Museum fa Moderner Kunst besteht nicht die Priorität wie für Kulturangebote in den Stadtteilen. Damit kann man gut noch warten.“

Ebenso denken die Römer-Grünen, sie wollen aber das Museumsufer auch insgesamt nicht erhalten wissen, setzen auf die Umgestaltung auch der inneren Räume etwa Werkstätten zum Selbsttöpfen anstelle eines Museums für

Kunsthandwerk. Ein interessanter Unterschied besteht in der Frage der Eintrittsgelder. Während die Römer-Grünen in all ihren Anträgen auf die Nichterhebung von Eintrittsgeldern für Museen & B gepocht haben, hält es Tom Koenigs eher, wenn auch nicht ganz endgültig entschieden, mit Frank Wolff: „Man muß etwas geben, um etwas mitzunehmen.“

Die Frage, was für kulturpolitische Forderungen die Grünen auf jeden Fall durchsetzen müßten, wenn sie im Kommunalwahlkampf 1986 erröhen, wird von Tom Koenigs zögerlich beantwortet. Klar ist: „Einen grünen Kulturdezernenten werden wir nicht fordern, ich würde da auch niemand Kompetenzen. Hilmar Hoffmann ist zwar die Best, aber er ist für uns als Dezernent durch die SPD sicher festgeschrieben.“ Der Flohmarkt soll am ersten Samstag nach der Wahl allerdings wieder an seinem alten Platz stattfinden. Eine Forderung, die auch jetzt schon von der SPD Fraktion getragen wird. Über die Mitbestimmung im künstlerischen Bereich im Schauspiel (6) mußte auf jedem Fall geredet werden, ebenso über eine andere Nutzung verschiedener kultureller Institutionen, angefangen mit der Alten Oper, endend bei der neu zu eröffnenden Ausstellungshalle „Kulturschirm“.

Fasanbas

#### ANMERKUNGEN

Fasanbas

#### ANMERKUNGEN

- 1) Kunst und Kultur werden hier als quasi-Synonyme verwendet, was zweifellos ungenau ist, angesichts der unterschiedlichen Debatte über einen linken Kunst bzw. Kulturbegriff aber hier nicht vertieft werden kann.
- 2) Grüne Römerpost, April 1984, S. 80
- 3) nach O. Tolmein, Elite- oder Massenkultur, DLF Feature 10.10.84. Zum Vergleich: der Anteil des Kulturbudgets am Hamburger Haushalt beträgt weniger als 1%.
- 4) Das Museumsufer ist das kulturpolitische Prestigeobjekt von SPD Kulturdezernent Hilmar Hoffmann und CDU Magistrat Am Mainufer entlang soll eine ganze Kette von Museen teils neuerrichtet, teils restauriert werden. Im Sommer 84 wurde als erste das Deutsche Femuseum und das Deutsche Architekturmuseum eröffnet.
- 5) Im Rahmen einer Sicherheits- und Ordnungspolitik wurde der große Frankfurter Flohmarkt vom Mainufer auf das abgesperrte Gelände des ehemaligen Schlachthofes verbannt, gegen den Protest der Beteiligten.





# Sechs GRÜNE unterwegs in Nahost

Vom 16. bis zum 29. Dezember be- reiste eine sechsköpfige grüne De- legation den Nahen Osten: die Mit- glieder Jürgen Reents und Gabi Gottwald, der Fraktionsassistent und Reise-Koordinator Uli Tilgner, der frisch gekürte Bundesvor- sänder Ali Schmeissner, die Europa-Parlamentarierin Brigitte Heinrich, AFI („Arbeitskreis Frie- den und Internationales“) - Mit- glied Muhammad Azazme sowie der „Stern“-Journalist Eugen Schold.

Im Zentrum der „Informations- und Erkundungsreise“ sollten die Situation im besetzten Südlibanon, die Lage der Palästinenser und Ge- spräche mit der israelischen Frie- densbewegung stehen. Die seit 18 Monaten geplante Tour hatte zum Ziel, „Lösungsvorschläge der Pa- lästinenser für den Nahost- Konflikt“ zu erörtern, und man hoffte, „gerade durch die (grünen) Gespräche mit Israelis und Palästi- nensern einen Beitrag zum Abbau der Spannungen leisten zu können“ (Presse-Erklärung der Grünen im Bundestag vom 12.12.84). Schließlich sollte das Projekt einer internationalen Un- tersuchungskommission — im Rahmen des Europa-Parlaments — zur Situation im Südlibanon vorgelegt werden.

Bekanntermaßen haben die Grünen in der Vergangenheit bei außenpoliti- schen Aktivitäten nicht immer die glücklichste Hand bewiesen.

Diesmal sorgte die unbeabsichtigte Veröffentlichung eines Vorbereitungspapiers noch vor Beginn der Reise für ungünstige Publizität. Nachträgliche Dementis und Richtigerstellungen („rein individuelles Papier von Tilgner“, „schon längst passé“ etc.pp) waren vergebens: westdeutsche wie israelische Medien nutzten die drin enthaltenen „großen Patzer“ weidlich aus, um die Dementis und Richtigerstellungen („rein individuelles Papier von Tilgner“, „schon längst passé“ etc.pp) waren vergebens: westdeutsche wie israelische Medien nutzten die drin enthaltenen „großen Patzer“ weidlich aus, um die

Grünen insbesondere in der israeli- schen Öffentlichkeit zu diskreditieren. Anders in den arabischen Ländern: dort hatten sie durchweg eine gute Presse.

Hier führten die Grünen Gespräche in beträchtlicher Zahl.

In Beirut mit dem Staatsminister für den besetzten Südlibanon und Chiten- Führer Berri, mit Ministerpräsident Karamé, Parlamentspräsident Hussein und Drusen-Führer Junblat. Die Grünen besuchten auch die Lager von Sabra und Shatila. In Damaskus sprachen sie einerseits mit dem syrischen Außenminister, andererseits mit Ver- tretern der Demokratischen Allianz (Hawatme) und der Nationalen Al- lianz (Habach). In Amman trafen sie mit dem jordanischen Außenminister sowie mit Yassir Arafat zusammen. Arafat bekräftigte die Bereitschaft der PLO zur Teilnahme an einer interna- tionalen Friedenskonferenz (die bis- lang am Veto der USA und Israels

scheitern) und sprach sich für die ge- genseitige Anerkennung eines jüdi- schen und eines palästinensischen Sta- tes aus. Gegenüber der arabischen Zei- tung „Al Fajr“ (27.12.84) berichtete Delegations-Mitglied M. Azazme von dem „ausgezeichneten Eindruck, den Arafat bei der Delegation hinterließ, besonders was seine Offenheit und um- fassende Information betrifft und sei- ne Fähigkeit, die Verschwörungen zu vereiteln“ (gemeint sind Versuche zur Spaltung der PLO).

Danach fuhr die Delegation weiter nach Israel — allerdings ohne Brigitte Heinrich. Ihr verweigerten die israeli- schen Behörden die Einreise, wie es eine gemeinsame israelisch-deutsche Pressetaktik im Vorfeld empfo- len hatte („Kontakte zur internationalen Terroristen-Szene“, „Waffenschmuggel“ bzw. „Unterstützung der PLO“). In Israel trafen sich die restli- chen Grünen mit der „Progressiven Friedensliste“, dem „Israelisch-Palästinensischen Friedensrat“, der „Bewegung Frieden jetzt“, dem Reservisten Komitee („Es gibt eine Grenze“, dem israelischen Solidari- tätskomitee mit der palästinensischen Universität Bir Zeit, der Shelli Partei und mit der Rakach.

In die BRD zurückgekehrt appellier- te MdB Jürgen Reents an die Bundes- regierung, die PLO als einzige legitime Vertreterin der palästinensischen Vol- kes anzuerkennen, sowie Druck auszu- üben im Hinblick auf das Zustandekommen einer internationalen Nahost Friedenskonferenz. Die Forderung nach Rückzug Israels aus allen besetz- ten Gebieten wurde bekräftigt, wobei MdB Gabi Gottwald, „davor warnte, die israelische Politik zu unterschät- zen. Die Mehrheit der israelischen Be- völkerung sei für die Einverleibung der bisher besetzten Territorien“. „Bei al- lem Verständnis für die eigenen Sicher- heitsinteressen Israels könnten die Grünen nicht einer Politik zustimmen, die auf die Eroberung anderer Gebiete abziele“, erklärte J. Reents weiter (Zi- tate aus „faz“, 4.1.85).

## Ein daneben geratenes Papier und seine Folgen

Vier Tage vor der geplanten Abreise, am 12.12., veröffentlichten zeitgleich

## Ein daneben geratenes Papier und seine Folgen

Vier Tage vor der geplanten Abreise, am 12.12., veröffentlichten zeitgleich israelische wie westdeutsche Presseor- gane Auszüge aus einem Vorbereitungspapier, datiert vom 30.11. und unterzeichnet von Reise- Koordinator Uli Tilgner. Man solle sich um eine Einreise-Genehmigung in den Südlibanon bemühen, heißt es dort beispielsweise. Falls es nicht klap- pe, sei es auch nicht schlecht. Denn: „So bekommen wir frische Argumente in die Hand, auf Grund derer wir dage- gen protestieren können, daß die Isra- elis uns nicht in den Südlibanon hinein- lassen“. Falls es doch klappe — kein Grund zur Verlegenheit: dann sollten die grünen Delegierten sich bemühen, „Anzeichen für die Israelisierung des Gebietes“ aufzutreiben bzw. zu sam- meln. Dazu wird gleich ein Tip ge- reicht: „Schilder mit Ortsnamen auf Hebräisch“. Bei der geplanten Presse- konferenz in Beirut solle der „Akzent auf den israelischen Terror im Süden des Landes“ gelegt werden. Sowa- sem als Organisation spontanen Pro-

testes nicht sehr gut aus. Außerordent- lich kurios mutet die Passage zur Ge- sprächsplanung mit dem syrischen Au- ßenminister an: „Dieses Gespräch ist nicht problematisch... In den meisten Fragen wird Übereinstimmung zwi- schen uns herrschen“. Bitte? Und die syrischen Truppen im Südlibanon? Tripoli '83? Ganz zu schweigen von der massiven Repression in Syrien sel- ber...

Ein ähnlich heftiger Internationalis- mus spricht aus den folgenden Zeilen: „Der Appell zugunsten der Einheit des libanesischen Volkes und die Erklä- rung der Grünen zugunsten des Rech- tes des Libanon auf Souveränität ist demgegenüber (gemeint ist die israeli- sche Besatzungspolitik - Anm. AK) von sekundärer Bedeutung“. Der He- ben Radikalität wegen trifft sich mensch mit absolut gewaltfreien syri- schen oder jordanischen Außenmi- nistern, mit offiziellen Vertretern Israels allerdings nicht. „Ich persönlich halte kein Zusammentreffen mit ihnen für sinnlos... Die Begründung: solange die israelische Regierung die PLO nicht anerkennt, müssen wir unsere Kontak- te mit offiziellen israelischen Vertre- tern so weit wie möglich einschränken“. Ferner stellt der Autor fest: „Die israelische Friedensbewe- gung ist sehr heterogen und zum größ- ten Teil zionistisch“. Von daher wohl soll „unser Hauptkontakt der 'Pro- gressiven Friedensliste' gelten, die ne- ben 'Mappen' den progressivsten Fak- tor in Israel darstellt“. Bei der 'Map- pen' (Peres-Partei) wird ein Treffen erwogen — allerdings nur mit der „ar- abischen Minderheit“ in der Partei.

Ironischerweise schließt das Papier mit dem Satz: „Dieses Papier sollte aus taktischen Gründen nicht weiterver- breitet werden, damit wir bei Visa und auch bei Terminen keine Probleme be- kommen“ (Quellen u.a. „Maariv“, 12.12.84; „Bonner Generalanzeiger“, 12.12.84 etc.pp). Nicht zufällig reagierte die gewöhnlich gut informierte israelische Botschaft in Bonn als Erste. Itzhak Ben Ari erklärte u.a. in einem Interview mit der „Augsburger Allge- meinen“ noch am gleichen Tag: „Wir lebten in der Illusion, Rassismus und Antisemitismus seien in der Bundesre- publik ohne Bedeutung. Das sogenan- nte Strategiepapier bekräftigt uns ei- nes Besseren“. In einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen“ meinte er am gleichen Tag: „Wir lebten in der Illusion, Rassismus und Antisemitismus seien in der Bundesre- publik ohne Bedeutung. Das sogenan- nte Strategiepapier bekräftigt uns ei- nes Besseren“. In einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen“ meinte er am gleichen Tag: „Wir lebten in der Illusion, Rassismus und Antisemitismus seien in der Bundesre- publik ohne Bedeutung. Das sogenan- nte Strategiepapier bekräftigt uns ei- nes Besseren“. In einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen“ meinte er am gleichen Tag: „Wir lebten in der Illusion, Rassismus und Antisemitismus seien in der Bundesre- publik ohne Bedeutung. Das sogenan- nte Strategiepapier bekräftigt uns ei- nes Besseren“.

nach dem Grund für die späte Termin- planung befragt, antwortete Reents: „Wir haben einfach nicht genügend Verbindungen mit Israel“. Wählgemerkt handelte es sich schlicht darum, bei der israelischen Botschaft anzufragen, um sich ein Treffen vermitteln zu lassen. Diese sitzt bekanntlich in Bonn. Wie die grüne Bundestagsfraktion auch.

Zur bestenfalls quasischönen Passage a propos Syrien, erklärte er: „Wir ha- ben die Syrer früher kritisiert, weil sie sich in die Führung der palästinensi- schen Organisationen einmischen. Auch meiner Ansicht nach müssen die Syrer aus dem Libanon rausgehen, doch ohne Zusammenhang mit Israel, das den Libanon im Jahre 1982 gewalt- sam angriff“. Am 13.12. betonte Reents nochmals gegenüber der „Ha- aretz“: „Das Papier habe nicht ich, sondern Tilgner verfaßt... Ich kann den Inhalt nicht in allen Punkten zu- stimmen“. Tags zuvor lag der Presse eine Erklärung der Grünen im Bundes- tag vor: „Ausdrücklich erklären wir, daß Meldungen, die die Grünen halten Ge- spräche mit der israelischen Regierung nicht für 'erstrebenswert', nicht zutref- fen. Derartige Überlegungen wurden von der Fraktion zurückgewiesen. Be- reits vor der Veröffentlichung anders- lautender Meldungen hat es Gesprächs- versuchen über das Auswärtige Amt gegeben“ (die Presseerklärung ist auf den 12.12. datiert, mit „bereits zuvor“ ist wohl der 11.12. gemeint). Zwei Ta- ge später meldete sich Otto Schily in der „Weltläuter Zeitung“ zu Wort (14.12.) und merkte befriedigt an, die grüne Delegation habe die israelische Regierung um ein Treffen mit Sharon ersucht. Wenn schon, denn schon. „Wer sich im Nahen Osten um eine Friedensregelung bemühen und die Konfliktsachen ertönen will, muß selbstverständlich auch Gespräche mit Vertretern der israelischen Regierung führen“.

Im bereits erwähnten „Haaretz“-Interview ging es auch um einen antisemitischen Kalender, der von einigen Grünen vor ca. 2 Jahren erstellt worden war, sowie um teilweise in der Partei erhobene Forderungen nach Streichung der Wiedergutmachungsgelder an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus zugunsten der palästinensischen Flüchtlinge. „Von dem Kalender weiß ich nichts. Auch die Erklärungen, die Sie zitieren, liegen mir nicht vor“, antwortete J. Reents und weiter: „Warum sprechen Sie nicht von den Nazis, die in den ei- gebirgten Bonner Parteien sitzen? In un- serem Falle zwangen wir einen ehemali- gen Nazi zum Rücktritt“ (Fall Vogel).

Auf die wilden Attacken der konser- vativen israelischen Presse — „Grün- gleich Braun“ — reagierten die Dele- gierten oft mit einem knappen „lächer- lich“ oder „absurd“ bzw. mit dem Hinweis auf jüdische Freunde, die mensch habe (so erklärte B. Heinrich, sie kenne jüdische antizionistische In- tellektuelle in Frankfurt, die Israel sehr kritisch — gegenüber stünden; „Haaretz“, 17.12.) oder auch mit der Betonung der „klaren antisemitischen Linie der Partei“.

Ab Schmeissner indes fiel etwas Un- konventionelles ein: „Befragt, ob die deutschen Grünen Schwierigkeiten mit der israelischen Anschuldigung des

Antisemitismus hatten, antwortete Schmeissner: „Nein, einfach weil wir gegen Macht/Leid“ (Betrüger „Daily Star“, 21.12.). „We are simply against force“... Der Rest von Schmeissners Aussage ist ebenfalls „very simply“: „Wir müssen gegenüber solchen An- schuldigungen sehr souverän bleiben“ (englisch: „We have to be very cool“). „da unsere Partei gegen jegliche Art Neonazismus eintritt. Und wenn uns li- banesische Journalisten nach Gemein- samkeiten zwischen der israelischen Politik im Südlibanon und dem Nazi- Verhalten gegenüber den Juden befra- gen, müssen wir hier auch sorgfältig herausstellen, daß wir einfach gegen Gewaltanwendung sind“ („We must also carefully point out, that we are simply against violence“). Wahr- scheinlich hat sich der Gute nichts Bö- ses dabei gedacht. Und hier soll ihm auch nicht in einer deplazierten Pole- mik Sympathie für einen gewaltfreien NS angehängt werden. Aber very sim- ply gehts bei ihm schon zu.

Auf einer abschließenden Presse- konferenz in Tel Aviv betonte Dele- gationschef Reents, die Beschuldigun- gen, wonach die Grünen antisemitisch seien, hätten „ihnen weh getan“. Im Gegensatz zu den übrigen bundesdeut- schen Parteien hielten die Grünen die Rechnung mit der Nazi-Vergangenheit nicht für beglichen. Es sei aber gerade für die antifaschistischen Kräfte in der BRD eine Verpflichtung, für eine Wie- dergutmachung an den Palästinensern, „den Opfern der Nazi-Opfer“, einzu- treten. All denjenigen, die in Israel für Gespräche mit der PLO und für das Selbstbestimmungsrecht des palästi- nensischen Volkes eintraten, sagte Reents die „Hilfe der Grünen“ in ih- rem Kampf zu. Bekräftigt wurden zwei „vorgefaßte“ Meinungen: „Kein Staat hat das Recht, einen anderen anzutref- fen und zu erobern. Daher fordern wir den sofortigen Rückzug Israels aus dem Südlibanon“, und „Ein unab- hängiger jüdischer und ein unabhängi- ger palästinensischer Staat müssen ein friedliches Zusammenleben von Juden und Arabern ermöglichen“ (dpa- Meldung, 30.12.).

## Israelische Pressekampagne: „Nein zu den Grünen“

## Israelische Pressekampagne: „Nein zu den Grünen“

Eröffnet wurde die Medienhetze gegen die Grünen mit dem ominösen (Tilgner-)„Dokument“: „Ein zyni- sches Zeugnis für den Mangel an politi- scher Aufrichtigkeit in den Reihen der- jenigen Partei, deren Mitglieder ange- blich neue Wert- und Moralfassaden in ihrem Land einführen wollen“ („Ma- ariv“, 12.12.). In der „Haaretz“ vom 13.12. wird auf die Mitgliedschaft ehe- maliger Nazis bei den Grünen, wenn's auch weniger wären als in den anderen Parteien, hingewiesen, während die „Maariv“ vom gleichen Tag auf Bri- gitte Heinrich abbebt. Der Leitartikel dieser Ausgabe („Nein zu den Grünen“) erklärt markant: „Der Zionisten-Staat hat keinerlei Ursache, Zionistenfeinde freundlich zu empfan- gen... Die Grünen, die Frieden und Gerechtigkeit als ihre Parole aus- geben, sind für uns nichts als Rassisten“. Einen gemäßigteren Ton schlägt die „Davar“ (Hissradus) ein: Man solle nicht vergessen, daß sie heute „die dritgrößte politische Kraft in der BRD sind und einen beträchtlichen Teil der besten Intelligenz der jungen Genera- tion enthalten“.

„Ein entsetzliches 'Nein'“ (welt- die „Yedioth Achthonoth“ vom 17.12.: „Man kann sogar von ihnen sagen, sie seien antisemitischer als die Nazis, denn die Nazis repräsentierten nur die antisemitische Rechts, während die Grünen die antisemitische Rechts und Linke zusammen repräsentieren“). Die „Haaretz“ hält den Grünen zugute, daß es auch andere Kreise in der Partei gebe, die gegen das „antisemitische“ Papier zu Felde ziehen wollten.

„Maariv“ empfiehlt, die Delegierten in den Südlibanon hineinzulassen. „Vielleicht werden ihnen die Kugeln, die hier und dort an ihren Ohren vor- befliegen, sogar einen heilsamen Schock verpassen“. Die Regierung sol- le sie auch offiziell empfangen, denn: Man sollte die Tatsache ausnutzen, daß sie sich in einer prekären Situation



DAV 8, der tägliche Comic-Strip von Amnon Dankner und Avi Katz, „Die Grünbergers“: Ein Familienmitglied der „Grünbergers“ sitzt vor dem Fernsehschirm, auf dem die Ankunft der Grünen in Israel gezeigt wird



und sagt: „Was wir brauchen könnten, das sind ein paar Grüne aus Ame- rika — nicht aus Deutschland“ („Grüne“ steht in der hebr. Umgangs- sprache für Dollars).





Israelische Pressekarikaturen zum Grünen-Besuch (aus „Maariv“ vom 27.1.84)

Fortsetzung von vorheriger Seite

bedürfen, weil sie „erzuppt“ worden sind“. Gleichzeitig werden zionistische Kreise und Parteien (wie „Mapam“, die Bürgerrechtspartei „RAZ“ oder die Sheli-Partei) aufgefordert, ihre Verbindungen zu den Grünen zu überprüfen, „Maariv“: „Wir sollten dafür sorgen, wenigstens im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Besuch der Grünen, daß wir auch zukünftige Nazis so empfangen, wie es ihnen gebührt“. Einige Tage später (21.12.) berichtet „Maariv“ über den Hamburger Parteilager der Grünen und hebt Joschka Fischer lobend hervor, „den Haß, den ein wesentlicher Teil der Grünen Israel entgegen bringt, mit offenen Augen betrachten“. Hingewiesen wird auf einen Artikel Fischers: „Israel – der Alptraum der deutschen Linken“ (während des Libanon-Krieges veröffentlicht). In ihrer Wochenend-Beilage (21.12.) schreibt Dava: „mit grüner Ideologie auseinandersetzen: „Doch die Grünen stellen nicht nur für Israel, sondern auch für die Demokratie als solche eine Gefahr dar. Wer eine ihrer Demonstrationen erlebt hat und das Feuer in ihren Augen sah, den Rausch, der sie ergriß, kann nicht umhin, sich erschauernd an frühere Bewegungen zu erinnern, die in Deutschland existierten. Ideologisch existiert zwar ein großer Unterschied zwischen den grünen Pazifisten und den Nazis, doch ihr Mystizismus und ihre Exzentrizität können sehr schnell in etwas anderes umschlagen“ (21.12.).

Am 25.12. weiß „Davar“ zu melden, aus welcher Ecke die „aggressive antisraelische Linie“ stamme: „Das Ergebnis des Sieges der Fundis auf dem letzten Parteilager der Grünen... Der stellvertretende Außenminister

sehr schnell in etwas anderes umschlagen“ (21.12.).

Am 25.12. weiß „Davar“ zu melden, aus welcher Ecke die „aggressive antisraelische Linie“ stamme: „Das Ergebnis des Sieges der Fundis auf dem letzten Parteilager der Grünen... Der stellvertretende Außenminister

R. Milo erklärte: „Die Grünen können einreisen, doch ohne die Delegierte, die den Terroristen halfen... Man sollte sich ins Gedächtnis rufen, daß heute in Erez Israel noch Menschen leben, die Opfer der Nazi-Greuel waren, zehntausende von Bürgern, die die eindringende Nummer auf dem Arm tragen. Man sollte sich vor Augen halten, daß der Staat Israel besteht, damit Juden in Zukunft nicht mehr völlig schutz- und wehrlos dastehen“ („Hazote“, 25.12.). In der „Jerusalem Post“ vom 26.12. weist ein westdeutscher „Volontär“ auf die zahlreichen Kommunisten innerhalb der Grünen hin. Er schlägt vor, Israel solle auch den Grünen nur zur Durchreise (Transit) anbieten: „Khomeini's Iran“. In der „Yedioth Achronit“ schlägt der Verfasser des Artikels vom 17.12. wieder zu: „Daß wir den Grünen gestatten haben, herzukommen, um unsere 'Verbrechen' zu untersuchen, ist einer der schlimmsten psychologischen Fehler, die wir machen konnten... Denn wie die Sowjets, die ihre Popom-Gier von den Zaren erben, diese jetzt als Antizionismus hinstellen, wollen die Grünen, die ihr Nazi-Egyptinden von Hitler erben, dies als 'Fortschritt' hinstellen“ (26.12.).

Eine der „Mapam“ nahestehende Journalistin, S. Hattis-Rofel, schreibt in der „Jerusalem Post“ (27.12.) an die Grünen differenzierter zu betrachten. Sie seien keine homogene Partei. Zwischen den beiden Extremen – einerseits als Neonazi darzustellen, andererseits als übertrieben freundlich zu behandeln wie Uri Avnery – müsse ein Mittelweg eingeschlagen werden. Es seien nur wenige Grüne, die hinter dem „Nahost-Papier“ stünden. Diese hätten eben Kontakte zur „PLO“, zur Friedensliste in Israel und zu einigen in Frankfurt wohnenden antizionistischen Juden“. Obgleich es eine Übernahme grüner Positionen wie Abrüstung und Ähnliches mehr in Israel seiner Selbstmord

Am gleichen Tag gibt es Tumult in der Knesset. Die Abgeordnete Geula Cohen von der ultrarechten „Hatechiya“-Partei hielt ein kleines Transparent hoch: „Braune Grüne raus!“ in deutscher und hebräischer Schrift. Als der arabische Abgeordnete der Chardash versuchte, ihr das Plakat zu entreißen, kam es zum Handgemein. Ihm selber wurde zugerufen: „Sie sind auch nur ein Gast!“.

In der „Haaretz“ und in der „Maariv“ wird das Vorgehen der „Hatechiya“-Abgeordneten dezent kritisiert. Am nächsten Tag wird die „Yadva-Schem“-Affäre durch Presse und Rundfunkanstalten groß hochgezogen. Behauptet wurde, die Grünen weigerten sich, die Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus zu besuchen. Was dann, nach Protesten der Grünen beim Außenministerium etwa so verarbeitet wurde: „Die Grünen ändern ihre Meinung nicht – besuchen aber Yad-vashem“ („Hazote“, 28.12.).

In der „Haaretz“-Ausgabe vom 28.12. schreibt jemand über eine vorangegangene TV-Reportage über die deutschen Grünen: „All dies sage Gerde über eine Veränderung der Welt und über eine Rückkehr zur Natur und Reinheit ist gefährlich. Die Romantik ist die deutsche Kitsch-Romantik, die Unglücke und Katastrophen nach sich zieht“. Allerdings wird ein pragmatisches Vorgehen empfohlen: „auch weil sie die dringende Partei in Deutschland sind“. Ähnliches in der tags drauf erscheinenden Ausgabe: „Etwas macht einen nervös bei den Grünen. Ihre Frechheit, Moral zu predigen, ihre Unverschämtheit“. Wer allerdings von der Gerechtigkeit des Zionismus überzeugt sei, brauche die Diskussion mit ihnen nicht zu fürchten.

Am 29.12. schreibt die „Jerusalem Post“ über die Ausgabe: „Etwas macht einen nervös bei den Grünen. Ihre Frechheit, Moral zu predigen, ihre Unverschämtheit“. Wer allerdings von der Gerechtigkeit des Zionismus überzeugt sei, brauche die Diskussion mit ihnen nicht zu fürchten.

#### Die guten, alten Freunde in der BRD...

Viele gute und alte Freunde besitzt das jüdisch-israelische Volk hierzulande. Vom „Bonner Generalanzeiger“ hin zur Springers „Welt“, renommiertere Organe wie die „Augsburger Allgemeine“ oder „Rhein-Neckar-Zeitung“ und und und nicht zu vergessen. Alle waren sie zuletzt besorgt: die Beziehungen der BRD zu Israel brähen“ („Bonner Generalanzeiger“, 12.12.84). Die „Welt“ konzentrierte sich thematisch auf biographische Daten aus dem Leben Brigitte Heinrichs. Hierbei ging es nicht nur um angebliche Geschichten aus der Vergangenheit. Springers Blatt weiß nämlich von den „französischen Sicherheitsbehörden“, daß „im Umfeld der Regenbogenfraktion“ eine Häufung ehemals wegen terroristischer Verbrechen verurteilter Linksextremisten aus Deutschland registriert wird („Welt“, 13.12.).

Die „Augsburger Allgemeine“ orakelte von „Zoff“ und „Turbulenzen“ anlässlich des Israel-Aufenthalts der „unbekannten Grünen“ (13.12.).

Alle Blätter sahen in Tilgners Papier die Drohung eines „Konfliktes mit Israel“ enthalten. So auch die „Stuttgarter Nachrichten“ (13.12.), die eine „Schwere Belastungsprobe“ ankündigten. Denn bekanntlich kann keiner das westdeutsche Volk in Israel so schön vertreten wie unser Kanzler. Die „Bild“ (Hamburger Ausgabe) kam in ihrer Berichterstattung auch etwas durcheinander. So zitierte sie den Satz: „Wir kennen die Vergangenheit“ als angeblich von Jürgen Reents stammend (der damit einen Besuch von Yad-vashem ablehnen hätte), wo doch jeder weiß, daß der von Kohl ist („Bild-Hamburg“, 28.12.).

Scharf pointiert warf ein

„Welt“-Editorialist die Frage auf, warum sich die Grünen nicht um das Selbstbestimmungsrecht unserer Brüder und Schwestern im Osten bekümmerten (31.12.). Die „Süddeutsche Zeitung“ befand die grüne Reise als „ungeheuer deutsch“. „War mit seiner Selbstgerechtigkeit, Borniertheit, und Gefühlslosigkeit aufrichtig, hat jedes Recht verloren, sich zu Hause zum Lehrmeister aufzuschwingen. Jürgen Reents unterzeichnet plötzlich nicht mehr all zu viel von Helmut Kohl. Reents scheint auch entgangen zu sein, daß weder die Grünen, noch die Deutschen eine Großmacht sind, die im Nahen Osten irgend etwas zu sagen hat“ (2.1.85).

Auch die „FAZ“ verzeichnete „wilde Attacken der Grünen gegen Israel“ (4.1.85). Merkwürdigerweise befand sich diese Sparte der bundesdeutschen Presse nicht mit dem konservativen israelischen Vergleich „Grüne gleich Nazis“. Das wäre doch spannend gewesen, berührt es doch, wenn nicht intime, doch recht delicate Bereiche. Immerhin verglich der „Spiegel“ dies mit „Minister Geißlers antigrünen Tiraden“ (1.1.85).

Die „faz“ begleitete die Reise, wenn auch von „schlechter PR Abteilung“ die Rede war bzw. eine mangelhafte Betonung des Existenzrechtes Israels beklagt wurde (2.1.85), alles in allem (kritisch-) solidarisches. Anders das „Metropoliten Magazin“ „Pflasterstrand“, wo mit geballten Fäustchen Jo Müller und ein Peter Zollinger loswüteten (Nr. 201). Hatte man beide vorher gefragt, hätten sie gleich sagen können, daß es schief geht. Befindens sich nicht unter den „Reisekademern“ zwei „gute Bekannte“. Jürgen Reents, MdB, der einst den „Arbeiterkampf“ herausgab und Brigitte Heinrich, MdEP, die westdeutsche Passionaria des antirassistischen Kampfes“, schreibt Zollinger. Und dann kommt noch der Ulrich Tilgner dazu: „Reents parlamentarischer Knecht“. Alle drei Figuren eines „ausrangierten Internationalismus“ – einfach „zum

Gähnen“. Kosmopolit Jo Müller ist mit sich selbst nicht ganz im Reinen. Ist die mangelnde „Sensibilität für die Geschichte des jüdischen Volkes“ der „beiden Fraktionsantimipus vom Dienst“ (Gabi Gottwald und natürlich Reents) primär auf ihren deutschen Paß zurückzuführen, oder auf ihre ergebene Verbundenheit zur Sowjetunion. Immerhin pflegt Joschka Fischer den letztgenannten als „Kussknecht“ zu bezeichnen. Und wenn das sagt, muß ja was dran sein. Überhaupt: „Daß Reents und Gottwald die Gnade ihrer Solidarität immer schon nur entlang der Linke der Blockkonfrontation und der immer als richtig eingeschätzten Seite zueiltkommen ließen, ist verhältnismäßig egal, weil es noch keinen öffentlichen Schaden angerichtet hat“ (armet Jürgen, wo du doch mit der Afghanistan-Resolution deinen guten Willen so nett demonstrierst!).

Jetzt allerdings wird es ernst. Nicht nur, daß speziell Reents uninteressant wird, „hier wieder einmal einen anderen Juden“ zu fordern, „einen nicht aggressiven, der mal wieder die Boche hinhält, der Kulturjude ohne Staat“. Nein, Gottwald und Reents befeinigen ihr historisches Gewissen, indem sie „die Juden Israels mit den Nazis“ gleichstellten. „Diese zynische Ungeheuerlichkeit kommt in der Reents'schen Formel zum Ausdruck: 'Die Palästinenser seien Opfer der Opfer'“. Da fällt's dem Müller schwer, „den Antisemitismus-Vorwurf zurückzuweisen“. Zumal sich die „deutsche orthodoxe Linke“ nicht in gleicher Weise (wie für die Palästinenser) „für die Rechte der Schwarzen in Südafrika oder der von allen Blöcken verurteilten Eritreer“ engagiere.

#### „Die Grünen sind die besten Deutschen“

Dies teilte Uri Avnery (von der Progressiven Friedensliste) der „FAZ“

(31.12.84) mit. Anders als Zollinger, Müller, die „Welt“ oder die „Rhein-Neckar-Zeitung“ verurteilte beispielsweise Adam Keller, Sprecher der „Progressiven Friedensliste“ die „wilde Heizkampagne, die der israelische Botschafter in Bonn zusammen mit faschistisch-rassistischen Elementen in Israel gegen die Grünen führt. Solche Angriffe werden schon seit Jahren systematisch lanciert und sollen faschistischen und nationalistischen Kreisen in Deutschland in die Hände spielen. Leuten wie Franz-Josef Strauß, die mit irreführenden Regierungskreisen verhandeln. Ziel der Angriffe auf die Grünen ist es, alles, was in der jungen Generation von Deutschen gut, fortschrittlich und friedensliebend ist, zu diskreditieren, weil die Grünen es wagen, israelische Regierungspolitik zu kritisieren, wie jede andere Regierung auch kritisierbar ist“ („faz“, 15.12.).

Ähnlich klar äußerte sich der Sprecher des Solidaritätskomitees mit der palästinensischen Blz Zelt Unverfäht, Gideon Spiro: „Das Antisemitismus-Argument soll jedwede Kritik zum Schweigen bringen. Natürlich gibt es Antisemitismus und Rassismus, aber gerade Israels Führer sind die engsten Verbündeten dieser Rechtsextremen und ihrer Regimes in allen Kontinenten. Der Vorwurf des Antisemitismus gegenüber deutscher Kritik ist natürlich besonders effektiv“ (ebda.). Uri Avnery erklärte gegenüber einer israelischen Tagessatzung: „In Deutschland entstand eine Partei der Jugend. Eine Generation, die den Fortschritt repräsentiert. Wie kann die israelische Regierung und ihr Außenministerium der jungen Generation den Krieg ansagen, um Franz-Josef Strauß und der Rechten zu helfen, deren Leute Nazis waren und der SA und SS angehörten?“ („AHM“, 14.12.).

Die Diskussion geht weiter. Vermutlich am 5. Februar findet zum Thema „Nahost-Relais“ eine mehr oder weniger öffentliche Fraktionsatzung in Bonn statt. E./Ptm.



DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG Bundeshaus 5300 Bonn

## DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

5300 Bonn  
Bundeshaus  
Fernruf 16 7583  
Telex 885589 gruen d

## Grüner Alltag in Bonn

Geschichten aus dem alltäglichen Leben des Parlamentarismus

## Grüner Alltag in Bonn

Geschichten aus dem alltäglichen Leben des Parlamentarismus

Die im AK 252 begonnene Übersicht über Aktivitäten der Grünen im Bundestag soll hier fortgesetzt werden. Selbstverständlich stellen die dokumentierten Anfragen und Erklärungen nur einen kleinen Ausschnitt des parlamentarischen Alltags der Grünen dar.

#### Radikalenrat gegen die Grünen

Weil sie nicht die „entwicklungspolitischen Grundsätze“ der Bundesregierung mittragen, sollen die Grünen auch in Zukunft vom Zugang zum Verwaltungsrat des Deutschen Entwicklungsdienst (DED) ferngehalten werden. Zur diesbezüglichen Ankündigung der Bundesregierung vom 12.12.84 erklärten die grünen Vertreter im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit, G. Gottwald und W. Schwemmlinger: „Die GRÜNEN IM BUNDESTAG protestieren gegen diesen politischen Radikalenrat der Bundesregierung und weisen darauf hin, daß es schließlich nicht Aufgabe einer Oppositionspartei sei, die Regierungspolitik mitzutragen. Zensur oder Selbstzensur könne doch wohl nicht Voraussetzung für die Präsenz in Aufsichtsgremien oder Verwaltungsräten sein.“

Mit der intendierten Entscheidung der Bundesregierung, mit der Anfang Januar zu rechnen ist, die unter ausdrücklicher Mißachtung des Grundrechtes auf freie Meinungsäußerung zustande kommen soll, wird ein Präzedenzfall für weitere Gremienbesetzungen geschaffen: In Kontrollgremien dürfen nur solche Kontrollierte, die die Bundesregierung in einem ihr erträglichen Maß kritisieren...

#### Firma NUKEM in verbrocherische Aktionen verwickelt

In einer Presserklärung vom 13.12.84 heißt es: „Die hessische Firma NUKEM hat versucht, Brennstäbe mit angereicherter Uran an den Irak zu liefern, die zur Gewinnung waffenfähigen Plutoniums besonders geeignet sind. (...) Sie behauptet aber bewußt irreführend, „abgereichertes und Natururan sind nicht dazu geeignet, Waffen daraus herzustellen“. Denn gerade Brennstäbe mit angereicherter Uran und Natururan bieten die beste Möglichkeit, waffenfähiges Plutonium zu gewinnen. NUKEM wollte dafür 12 T abgereichertes Uran als Brennstoffrohlinge von US-amerikanischen-konfessionellen Lieferanten beziehen, ohne den Endverbraucher Irak zu nennen. Als deren Regierung auf Nachfrage den Sachverhalt erfuhr, verweigerten sie die Ausfuhrgenehmigung.“ (Spiegel Nr. 25/1981, S. 124).

Auch die Angabe von NUKEM, Irak habe nach Unterzeichnung des Sperrvertrages alle seine nuklearen Einrichtungen vertraglich der Kontrolle der Internationalen Atomenergiekommission (IAEO) unterworfen, ist irreführend, da Irak nur die Anlagen im Lande kontrollieren läßt, die es selber als nukleare Anlagen bezeichnet. So besitzt Irak eine Plutoniumextraktionsanlage im Labormaßstab sowie eine leicht umzurüstende Demonstrationsanlage im halbindustriellen Maßstab, die es nicht kontrollieren läßt.

Der Empfänger der verbotenen NUKEM-Lieferungen sollte dieselbe irakische Regierung sein, die Monate später den Grenzvertrag mit Iran durch einen Angriffskrieg beiseite fegte, die völkerrechtswidrig Giftgas in diesem Krieg einsetzt und der Bundesregierung die Bezeichnung der von der Firma Pilot Plant gefertigten „Schadungsbe-

kämpfungsmittelfabrik“ untersagt, in der chemische Kampfstoffe hergestellt werden können.

Die GRÜNEN kritisieren scharf die Desinformationspolitik der Firma NUKEM und erwarten von der Hessischen Landesregierung, daß sie den genannten Praktiken der Firma NUKEM auf den Grund geht.

#### Geheimplan Geleisers: Dioxin-Produktion soll schrankenlos weitergehen

Am gleichen Tag heißt es in einer Presseklerung:

„Hinter verschlossenen Türen wurden in seinem Ministerium in Zusammenarbeit mit dem sogenannten Bundesgesundheitsamt und der chemischen Industrie Dioxingrenzwerte ausgemacht, die bedeuten, daß die chemische Industrie weiterhin dioxinverunreinigte Produkte ohne Einschränkung produzieren kann (siehe STERN 31/84). So wird der Dioxingehalt in Abfällen auf 0,1 ppm festgesetzt. Er beträgt heute höher chlorierter Superstoffe aus der Dioxin-Klasse überhaupt nicht, obwohl diese Gifte selbst vorliegen. Bisher gibt es keine wirkliche Entsorgungsmöglichkeit für diesen Industrieabfall.“

Dioxingrenzwerte, wie sie in der Produktion von Fabriken künftig erlaubt sein werden, machen stillgelegte Dioxin-Schleudern wie die Firma Boehringer geradezu zu Musterbetrieben, und sie könnten wieder eröffnet werden. Umweltkriminalität soll gesetzlich sanktioniert werden.

Es ist ein Skandal, daß selbst hohe Umweltschutzbehörden nicht von den beabsichtigten Werten, die in der geplanten Gefahrstoff-Verordnung aufgenommen werden sollen, in Kenntnis gesetzt wurden. Wie inzwischen aus

Fortsetzung auf Seite 87



„Fünf Jahre in Quarantäne?“ — „Hunderttausende sterben — Nur ein Wunder kann noch helfen!“ — „Eine Epidemie, die erst beginnt!“ — „Die Bombe ist gelegt!“ — „Tödliche Seuche AIDS!“ — Liebesverbot für AIDS-Kranke bis 3 Jahre Gefängnis? Viel tiefer hat sich verurteilt mit Schlagzeilen wie diesen:

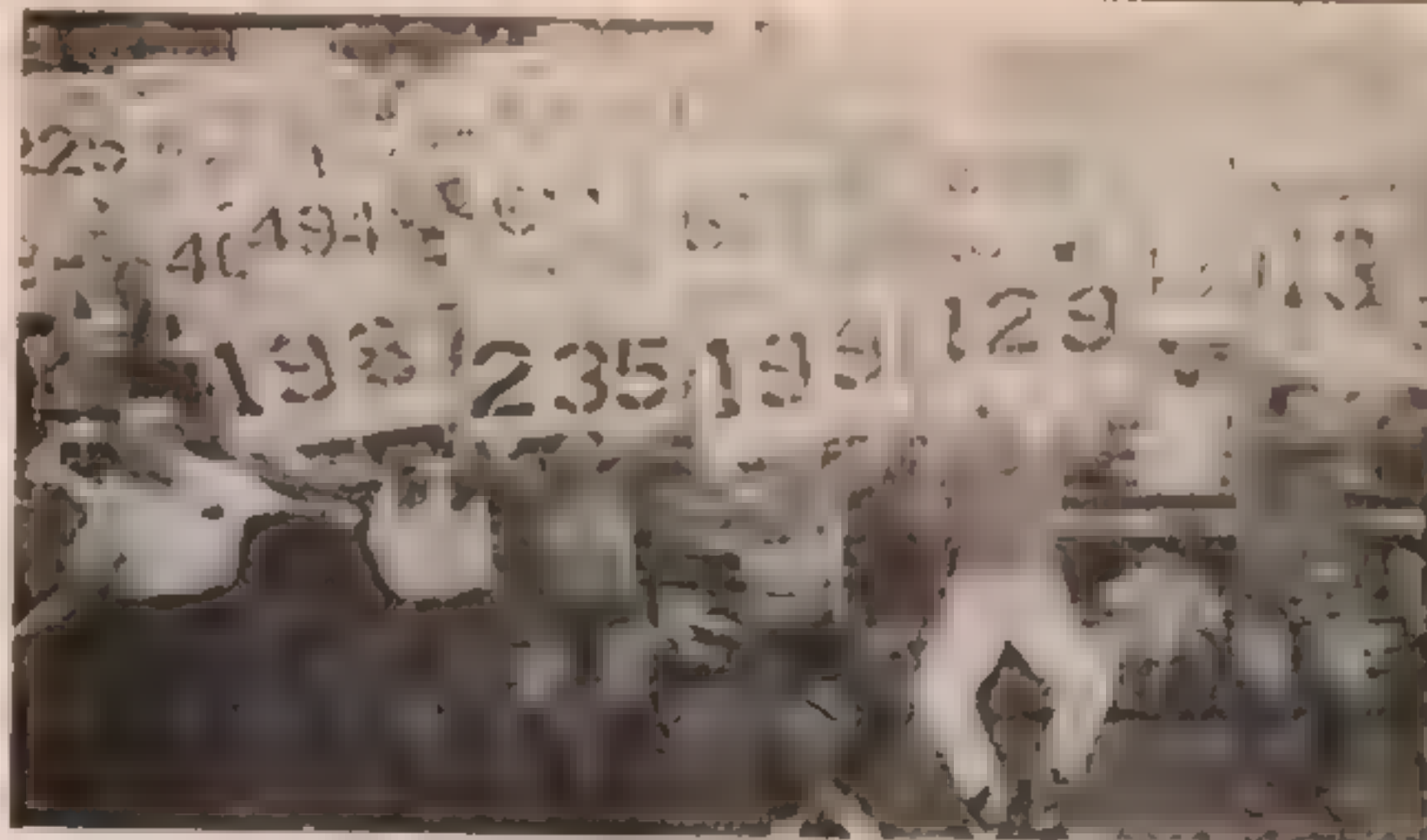
„AIDS-Kranke im Bus — Angst in Hamburg“ (Bild, 14.11.84). Der Bus wurde desinfiziert. Der Mann hatte aber nur einen Kreislaufkollaps, was in derselben Ausgabe nach zu lesen war. Was im stützen sich alle Medien so plötzlich so lustvoll auf diese Krankheit? Diese Krankheit ist eine besondere Krankheit. Diese Krankheit hat nämlich auch etwas mit Sexualität zu tun. Diese Krankheit eignet sich vorzüglich auch in den locker-flockigen Liebesbeziehungen unserer Bundesbürger „die Wende“ herbeizuführen. Lang genug hat man's sich angeschaut. Punkmache gegen Pille, Herpes und allerlei Liebes-Mikroben hatte nichts gefruchtet. Aber AIDS, das bringt's. AIDS kann töten, AIDS ist noch unheilbar. Und AIDS ist eine besondere Krankheit, die sich gut dazu eignet, auf die Homosexuellen und ihre Lebensweise einzudreschen. Denn auch und die Homosexuellen von der Krankheit am meisten betroffen. „Der Virus muß im Ghetto der Homosexuellen zirkulieren“ so gehört es der „Brennpunkt“-Sendung zu AIDS im November '84. Die Familie steht wieder im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens. Die „Unschuldigen“ sollen nicht dafrachten. Die weitere breite Hoffnung, AIDS werde nur die Schwulen, die Exer und die Kranken helfen quersperren, ist eine fromme Illusion“, bedauert ein SPIEGEL-Redakteur (3.11.84). Die harte akzeptierte Diktung schwarzer Lebensweise in den letzten 15 Jahren läßt sich schnell umschichten.

Aber inzwischen weiß man, daß AIDS keine Geschlechtskrankheit ist. Der Virus kann durch Blut und Blutprodukte auf alle Menschen egal welchen Geschlechts und Alters übertragen werden. Bundesminister Heiner Gieseler hat bereits im Mai 1983 „der gefährlichen Krankheit“ den Kampf angesagt. Nun, anderthalb Jahre hat er sich an anderen Fronten gekämpft. So groß war die Angst wohl doch nicht? Die Zahl der in der BRD an AIDS Erkrankten hat in dem Zeitraum noch nur geringfügig zugenommen. AIDS kam erst wieder ins Gespräch, als umstrittene Bluttest-Ergebnisse veröffentlicht wurden.

Auslöser der Kampagne ist das Bundesgesundheitsamt (BGA). Professor Meinrad Koch, Leiter der Abteilung Virologie im BGA, leitete 444 Personen und entwickelte daraus eine Hochrechnung, die den „Durchseuchungsgrad“ der Homosexuellen-Szene und der BRD-Bevölkerung angeben sollte. Darauf kochte dann ein Teil der Presserechnung, die den „Durchseuchungsgrad“ der Homosexuellen-Szene und der BRD-Bevölkerung angeben sollte. Darauf kochte dann ein Teil der Presse ihr Suppen der „Hunderttausend Infizierten“ und tausend zukünftig Tote. Inzwischen mußte Koch zugeben, daß seine Zahlen wohl nicht repräsentativ sind.

Gießler's weihnachtliche Vorschläge für ein AIDS-Gesetz zur Erfassung, Kontrolle und Isolierung AIDS-Infizierter und der strafrechtlichen Verfolgung ihrer Intimkontakte konnten sich bei den Landesministern für das Gesundheitswesen nicht durchsetzen. Glücklicherweise, Horst Jaunisch, Obmann der SPD-Bundesfraktion im Gesundheitsausschuß zu „Geißler's Schnellzug in Sachen AIDS“: „Daß diese Regierung und insbesondere der Bundesgesundheitsminister einen ausgeprägten Hang zum Überwachungsstaat hat, ist bekannt. Es überrascht deshalb nicht, daß der Gesundheitsminister die berechtigten Besorgnisse der Bevölkerung vor dem weiteren Vordringen dieser neuen Viruserkrankung dazu nutzt, ein diffamierendes und diskriminierendes Instrument der Repression zu präsentieren. Zur Bekämpfung von AIDS ist nicht Repression, sondern zielgerichtetes politisches Handeln erforderlich. Doch aber unterläßt der Bundesminister. Statt dessen präsentiert er der Öffentlichkeit einen Vorschlag, der auf infame Weise eine Minderheit (die Homosexuellen) indirekt zu „Schuldigen“ macht, die bestraft werden müssen. Er schürt Hysterie, wo ein klarer Kopf erforderlich ist.“

Die Tagung der Minister und Senatoren der Bundesländer am 29./30.11.84 in Berlin hat ergeben: Für die Bevölkerung der Bundesrepublik besteht „kein generelles AIDS-Risiko“ und auch „eine Gefährdung im alltäglichen Umgang ist nicht gegeben.“ Also noch keine neue Gesetz. Aber wenn AIDS als „Seuche“ eingestuft wird, dann gilt das Bundesgesundheitsgesetz. Hier mußte nur ein entsprechender Paragraph eingefügt werden. DER SPIEGEL: „Schon nach dem heute geltenden Bundesgesundheitsgesetz kann jedes Gesundheitsamt eine Fülle einschneidender Maßnahmen im Zusammenhang mit AIDS anordnen. Der Gesundheitsminister, sagen wir von Tübingen, könnte sich auf das Gesetz berufen und Ermittlungen auf eigene Faust anstellen. Grundstücke, Räume, Anlagen und Fahrzeuge betreten, Gegenstände untersuchen, Blutproben entnehmen lassen, Betroffene zu Auskünften verpflichten, sich von ihnen fernhalten lassen, Schleimhautabschürfungen anordnen — alles das ist jetzt schon zulässig, wenn es ein Staatsrat erklärt. AIDS ist bei uns eine Gefahr für die Bevölkerung.“ Darauf antwortete Manfred Steinbach, Leiter der Abteilung Gesundheitswesen des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit: „Das ganze tatsächlich alles ( ) im Grunde ist das Seuchengesetz so beschaffen, daß eigentlich alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden könnten, mit Ausnahme der Meldepflicht.“ Schwulenbars, Homokinos und Gay-Saunen könnten nach diesem Gesetz geschlossen werden. „Schwulenbars, Homokinos und Gay-Saunen könnten nach diesem Gesetz geschlossen werden (Spiegel 32/1984). Steinbach und viele seiner beamteten Kollegen halten eine „Repression“ eigentlich für „angemessen“. Nur: „Sie ist nicht praktikabel“ (Spiegel, 19.11.84). Mit einer Regelung wird im Frühjahr dieses Jahres gerechnet.



Mahnwache für AIDS-Opfer im New Yorker Central Park

# AIDS

den Bundesgesundheitsgesetz kann jedes Gesundheitsamt eine Fülle einschneidender Maßnahmen im Zusammenhang mit AIDS anordnen. Der Gesundheitsminister, sagen wir von Tübingen, könnte sich auf das Gesetz berufen und Ermittlungen auf eigene Faust anstellen. Grundstücke, Räume, Anlagen und Fahrzeuge betreten, Gegenstände untersuchen, Blutproben entnehmen lassen, Betroffene zu Auskünften verpflichten, sich von ihnen fernhalten lassen, Schleimhautabschürfungen anordnen — alles das ist jetzt schon zulässig, wenn es ein Staatsrat erklärt. AIDS ist bei uns eine Gefahr für die Bevölkerung.“ Darauf antwortete Manfred Steinbach, Leiter der Abteilung Gesundheitswesen des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit: „Das ganze tatsächlich alles ( ) im Grunde ist das Seuchengesetz so beschaffen, daß eigentlich alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden könnten, mit Ausnahme der Meldepflicht.“ Schwulenbars, Homokinos und Gay-Saunen könnten nach diesem Gesetz geschlossen werden. „Schwulenbars, Homokinos und Gay-Saunen könnten nach diesem Gesetz geschlossen werden (Spiegel 32/1984). Steinbach und viele seiner beamteten Kollegen halten eine „Repression“ eigentlich für „angemessen“. Nur: „Sie ist nicht praktikabel“ (Spiegel, 19.11.84). Mit einer Regelung wird im Frühjahr dieses Jahres gerechnet.

## Wieviele in der BRD haben AIDS?

Stand der AIDS-Erkrankten in der BRD am 4.12.84 laut Bundesgesundheitsamt Berlin 124. Davon sind 52 Erkrankte verstorben. In Hamburg sind lt. Gesundheitsbehörde am 10.12.84 15 an AIDS erkrankt. Davon sind 4 gestorben. In den USA sind lt. SPIEGEL vom November 84 6.620 AIDS-Fälle registriert. 3.089 Erkrankte sind gestorben.

Ein paar Todeszahlen zum Vergleich: 1982 begingen 13.000 Menschen in der BRD Selbstmord, 150.672 Menschen starben an Krebs, 360.582 Menschen starben an Herz-Kreislauferkrankungen, 715.857 Menschen starben an Krankheiten und Unfall. Bei „nur“ 124 Erkrankten kann man nicht von einer „Seuche“ sprechen. Seuchen sind lt. gesetzlicher Definition sich schnell und leicht ausbreitende Infektionskrankheiten. Die Politiker, Wissenschaftler und Medien sprechen von einem hohen „Durchseuchungsgrad“ unserer Bevölkerung. Das macht Angst bei Unwissenden. Die Krankheit darf andererseits nicht als verharmlost werden. Das ist richtig. Denn sie ist gefährlich, bisher unheilbar und sie verläuft bei 90% der schwer Erkrankten tödlich. Aber nicht alle, die sich mit dem Virus angesteckt haben, bekommen diese Krankheit.

## Was ist AIDS?

AIDS ist die Abkürzung für „Acquired Immune Deficiency Syndrome“ —

also etwa Syndrom der erworbenen Immunschwäche. (Der folgende Text ist einem Informationsblatt der Deutschen AIDS-Hilfe e.V. (Berlin) entnommen, an einigen Stellen gekürzt, verändert und ergänzt worden.) Immunschwäche bedeutet, daß die körpereigene Abwehr gegen Infektionen und gegen das Entstehen von Krebserkrankungen vermindert ist oder völlig fehlt (T-Helfer-Zellen). Erworben steht im Gegensatz zu angeboren oder durch Medikamente zur Krebsbehandlung oder zur Unterdrückung der Abwehr z.B. nach Transplantationen geriet und rückbildbar ausgelöst. Man erwirbt diese Krankheit wahrscheinlich durch einen Virus.

Syndrom heißt es deshalb, weil durch die verminderte Abwehr ganz unterschiedliche Krankheitsbilder entstehen können — meist handelt es sich um seltene Krebsarten und/oder um Infektionen mit Erregern, die zwar sehr verbreitet sind, mit denen aber der gesunde Organismus ohne Krankheitszeichen fertig wird (sog. opportunistische Infektionen). Besonders häufig tritt bisher das Kaposi-Sarkom auf, ein Hautkrebs, der sonst nur bei alten Männern vorkommt, und eine Lungenentzündung, die von einem Erreger hervorgerufen wird, der sonst keine Krankheit verursacht. AIDS-Kranke sind auch anfälliger für Pilzinfektionen (besonders im Mund), Toxoplasmose, Cytomegalie Virus-Infektionen, Tuberkulose und verschiedene Krebserkrankungen.

## Was ist der AIDS-Related-Complex?

Das mit ARC bezeichnete Krankheitsbild beruht ebenfalls auf einem Immundefekt. ARC kann — muß aber nicht — in AIDS übergehen und begründet lediglich einen AIDS-Verdacht. ARC kann vorliegen, wenn zwei der folgenden klinischen Symptome und gleichzeitig mindestens zwei der derzeit möglichen Laborbefunde vorliegen:

- chronische Lymphknotenschwellung an mindestens zwei Körperpartien (Hals, Achsel, Leiste), die länger als zwei Monate anhält,
- Durchfälle, die länger als 7 Tage andauern,
- Gewichtsverlust von mehr als 10% des üblichen Gewichts,
- andauernde oder schubweise auftretende erhöhte Körpertemperatur,
- Nachtschweiß,
- Leistungsabfall.

## Ursache und Übertragung von AIDS

Amerikanische und französische Wissenschaftler haben den sog. HTLV-III-Virus (Human T-cell Leucemia (Lymphotropic) Virus) entdeckt, den sie für

den Erreger von AIDS halten. Nachgewiesen wurde der HTLV-III-Virus bei der überwiegenden Zahl der an AIDS bereits manifest Erkrankten. Ob dieser Virus die alleinige Ursache für die AIDS-Erkrankung ist, konnte bisher nicht bewiesen werden.

Die Inkubationszeit (Zeitraum von der Ansteckung bis zum Ausbruch der Krankheit) beträgt in der Regel zwischen sechs Monaten und 4 Jahren. Wissenschaftler vermuten, daß sich der Virus vorwiegend über Blut, Blutprodukte und Sperma verbreitet. Neuerdings wird auch eine Verbreitung über Speichel vermutet (Science, 26.10.84). Diese infizierten Körperflüssigkeiten des einen Menschen müssen irgendwie in das Blut eines anderen gelangen (Also beim Küssen muß man sich schon die Lippen blutig beißen!). Es wird auf verschiedene Übertragungsmöglichkeiten geschlossen:

- Geschlechtsverkehr, insbesondere Analverkehr (mit kleinen Hautverletzungen),
- bei Fixern das gemeinsame Benutzen einer Nadel,
- bei ungeborenen Kindern durch die Mutter,
- bei Blutern durch Blutprodukte gegen Gerinnungsstörungen (sofern sie noch nicht hitzebehandelt wurden),
- durch Frischblutkonserven.

Durch alltägliche soziale Kontakte (Händeschütteln, zusammen arbeiten, essen, etc.) wird AIDS nicht übertragen.

## Wer ist von AIDS betroffen?

### Wer ist von AIDS betroffen?

Die bisher bekannt gewordenen AIDS-Erkrankungen treten vorwiegend bei folgenden sog. „Risiko-Gruppen“ auf: 80% der Erkrankten sind homo-/bischexuelle Männer, 4% sind Fixer, 2% sind Afrikaner, 7% sind Bluter und 7% andere. (Zahlen für die BRD und Westberlin vom 25.9.84, Quelle: Bundesgesundheitsamt.)

### Die Bluter

Seit Anfang der siebziger Jahre werden die Bluter (die Bluterkranke) in erblich und befällt nur Männer) mit gerinnungsfördernden hochkonzentrierten „Faktor VIII“-Blutpräparaten behandelt. 90% dieser Präparate werden aus dem AIDS-Land USA importiert. Bei einem beträchtlichen Anteil der Bluter hat der HTLV-III-Test schon ein positives Ergebnis gezeigt. Da der Test nichts über eine zukünftige Erkrankung aussagt, hofft man, daß auch nur wenige Bluter erkranken werden.

## Ist AIDS eine Schwulenkrankheit?

AIDS kann jeden betreffen, dessen Blut mit infiziertem Blut in Verbindung kommt. AIDS ist keine Krankheit, die speziell Homosexuelle betrifft. Unter Schwulen hat sich die Krankheit wahrscheinlich deshalb so schnell ausgebreitet, da ein Großteil der Homosexuellen viele anonyme sexuelle Kontakte hat.

Homosexuelle sind für diese Krankheit nur eine sogenannte Indikatorgruppe, d.h. aufgrund schnell wechselnder Sexualpartner (Promiskuität) läßt sich der Ausbreitungsmechanismus einer Infektionskrankheit beobachten. Es könnte ja auch sein, daß Homosexuelle inzwischen eher von Ärzten auf AIDS hin untersucht werden. Es könnte auch sein, daß bei He-

terosexuellen AIDS-Anzeichen nicht „entdeckt“ werden, weil die Häufigkeit erstmal wegen Grippe oder Magen-Darm-Verstopfung behandelt. Es könnte auch sein, daß Homosexuelle, die häufig mit Infektionskrankheiten fertig werden müssen, schon ein dadurch geschwächtes Immunsystem haben (geschwächter Körper durch Anstrengung) und deshalb anfälliger für AIDS sind.

## Ist AIDS heilbar?

Bisher gibt es kein medizinisches Verfahren, um AIDS-Patienten zu heilen. Die Entwicklung eines Impfstoffes gegen AIDS wird wahrscheinlich noch fünf bis zehn Jahre auf sich warten lassen, und den bis dahin an AIDS Erkrankten wird der nicht mehr helfen können.

## Der HTLV-III Bluttest

Wie bereits von der Presse berichtet, weilt der Medizinern seit wenigen Wochen ein Bluttest zur Verfügung, der den Nachweis von Antikörpern ermöglicht, die sich aufgrund des HTLV-III-Virus im Blut bilden. Wer diese Antikörper in seinem Blut hat, erhält das Untersuchungsergebnis „HTLV-III-positiv“, sind keine Antikörper im Blut vorhanden, dann „HTLV-III-negativ“.

## Was nutzt der Test?

Die Wissenschaftler können derzeit nicht erklären, was ein positives Testergebnis für den Untersuchten medizinisch bedeutet:

- Wissenschaftler schätzen, daß nur ca. 2-10% der Infizierten auch manifest an AIDS erkrankt.
- Es wird diskutiert, daß ein positives Testergebnis auch auf eine bereits stattgefundenen Auseinandersetzung mit dem Virus hinweisen, d.h. Immunität anzeigen könnte.
- Man weiß nicht, ob durch eine eventuelle Immunität eine Übertragung des Virus noch möglich ist oder ob Infizierte, auch wenn sie nicht manifest erkranken, den Erreger an andere weitergeben können. Aber auch wer keine Antikörper gegen das HTLV-III-Virus im Blut hat, kann bereits an AIDS erkrankt sein oder noch daran erkranken! Ein positives Testergebnis ist also gegenwärtig nicht interpretierbar und von keinerlei Nutzen für den einzelnen! Personen mit positivem Testergebnis sind der Gefahr ausgesetzt, per Verordnung als Ansteckungs- und Krankheitsverdächtige Zwangsuntersuchungen bis hin zur Absonderung unterworfen zu werden, obwohl entsprechende medizinische Erkenntnisse durch den Test nicht erbracht werden können. Anlässlich der Gesamtversam-

lung wurden die entsprechenden medizinischen Erkenntnisse durch den Test nicht erbracht werden können. Anlässlich der Gesamtversammlungen eines HTLV-III-Tests wäre die Einführung einer namentlichen Meldepflicht nach dem Bundesgesundheitsgesetz möglich. Aufgrund ähnlich zu befürchtender Folgen und der Aussage-schwäche des jetzigen Tests haben Wissenschaftler in den USA empfohlen, den Test vorerst nur zur Untersuchung von Blut und Blutprodukten, die für Transfusionen bestimmt sind, einzusetzen.

Unter den amerikanischen Schwulenorganisationen besteht Einigkeit darüber, an dem Test nicht teilzunehmen, solange Garantien zur Anonymität und Vertraulichkeit nicht bestehen. Derselben Forderungen hat die Aktionseinheit der Hamburger Schwulengruppen veröffentlicht.

## Von Ämtern, Ärzten und Finanzen

Professor Koch vom Bundesgesundheitsamt befürchtet das Schlimmste, wenn es mit den Homosexuellen so weitergeht:

„Nur wenn es gelingt, die promiskuen Homosexuellen zu Verhaltensänderungen zu bewegen, wird sich die Situation bessern.“ (Spiegel, 3.11.84). Koch zur „Tas“ (Hf, 3.11.84). „Wenn jemand Krebs hat, dann ist das sein privates, persönliches Schicksal. Jemand, der von einem Erreger infiziert ist, braucht ja selber gar nicht krank zu werden, er kann aber diesen Erreger an irgendeinen anderen weitergeben, der aber dann stirbt. Da sind die Konsequenzen doch schon ganz anders.“ Hautarzt Dr. von Preys, Sprecher der niedergelassenen Ärzte: „Ob wir unsere Patienten anzeigen, bleibt noch unter uns zu diskutieren. Ich meine, daß die ärztliche Schweigepflicht





AIDS-krankes Kind

Fortsetzung von vorheriger Seite

leichter wiegt — denn schließlich bringt einer den anderen um, wenn er AIDS hat. Es bleibt zu überlegen, ob man AIDS-Kranke nicht isolieren sollte" (Bild, 4.12.84).

Gesundheitsämter haben an die „Risiko-Gruppen“ der Schwulen und Fixer appelliert, kein Blut mehr zu spenden. Professor Manfred Dietrich, Leiter der Krankenhausarzt im Hamburger Tropeninstitut auf die Frage, was man gegen AIDS tun könne: „Wichtig wäre es, etwas an der Hand zu haben, Säuren, Bats und Clubs, in denen sexuelle Kontakte auf promiskuitiver Basis stattfinden, zu schließen (...). Man muß alles unterlassen, was die direkte Übertragung von Mensch zu Mensch zuläßt. Dazu gehören auch die in Risikogruppen gepflegten Sexualpraktiken.“ (Morgenpost, 6.11.84).

Die Schuld an der Ausbreitung dieser Krankheit sieht er vor allem bei den Homosexuellen. „Völlig Unschul-dige“, denen unkontrollierte Blutkonserven verabreicht werden, müs-

sen geschützt werden. Auf einer Veranstaltung zu AIDS in der Hamburger Uniklinik (10.12.84) sprach er sich gegen anonyme Blutuntersuchungen aus: „Ich will Raß und Reiter kennen!“ Er läßt umfangreiche Fragebögen zum persönlichen Lebensstil ausfüllen. Dietrich betonte dagegen, daß er weder an das BGA noch an die örtlichen Gesundheitsämter personenbezogene Daten herausgibt. Professor Dietrich ist die von der Hamburger Behörde ernannte „Anlaufstelle“ für alle AIDS-Fragen in Hamburg. Das Hamburger Tropeninstitut beteiligt sich als eines von 6 Zentren in der BRD an der AIDS Studie des Bundesgesundheitsamtes. Diese zusätzlichen Aufgaben müssen nebenher geleistet und aus laufenden Mitteln bezahlt werden.

Erst jetzt, ab 1983, werden ganze zwei Millionen DM für die AIDS-Forschung in der BRD zur Verfügung gestellt.

Mit AIDS beschäftigen sich im Bundesgesundheitsamt fünf eine Wissenschaftler aus dem Institut und zwei Ärzte, die auf Teilzeitzustellen beschäftigt sind. Zum Vergleich:

Mit AIDS beschäftigen sich im Bundesgesundheitsamt fünf eine Wissenschaftler aus dem Institut und zwei Ärzte, die auf Teilzeitzustellen beschäftigt sind. Zum Vergleich:

Die USA stellen 35 Millionen Dollar zur Verfügung. Allein die Stadt San Francisco (wo viele Schwule leben) mit 700.000 Einwohnern gibt 7 Millionen Dollar für die AIDS-Forschung aus!

In Hamburg wurde noch vor zwei Monaten großartig getönt, die jährlich gespendeten 120.000 Blutkonserven sollten alle auf HTLV-III getestet werden. Aber das ist nun doch zu teuer. Und der geplante Vorstoß ist nicht ganz sicher, d.h. es gibt HTLV-III-Träger, die er nicht anzeigt. Die Planung steht nun so aus, daß ab Januar die Blutspender nach einem Zufallsprinzip (wer steht drogen aus, wer nicht homosexuell aus?) ausgewählt und getestet werden. Mit diesem Wechsel des Untersuchungszieles von der Überprüfung aller Blutspenden zur Überprüfung ausgewählter Blutspender geht auch einher, daß man die bisher geplante Risikoverminderung durch eine Risikoverminderung ersetzt hat!

— Es gibt kein Geld für die Forschung, um die Krankheit in den Griff zu bekommen!

— Menschenfeindliche Gesetze kosten nichts!

— Gute Ratschläge sind umsonst: geht früh ins Bett, möglichst allein und ernährt Euch ausreichend, dann haltet Ihr Euer Immunsystem in Ordnung!

Was bleibt im bundesdeutschen Hirn nach all dem Geschrei um AIDS hängen? Die AIDS-Risikogruppen werden noch weiter an den Rand unserer Gesellschaft gedrückt!

## Die Schwulen wehren sich!

Viele Schwulenzentren der BRD haben inzwischen Presseerklärungen und Aufklärungsbücher zu AIDS verfaßt. Von einigen Gruppen wird die Promiskuität in Frage gestellt, um eine weitere Verbreitung der Krankheit in der Schwulenzene zu verhindern. Anonyme Sexkontakte sollten gemieden werden. Die Gruppen rufen dazu auf, kein Blut zu spenden, um erstens nicht andere eventuell zu gefährden und zweitens um nicht als Homosexueller erfaßt zu werden. Ohne persönliche Einwilligung sollte keiner diesen Bluttest durchführen lassen. Solange der Staat und die Behörden ihre Seuchen- und Gesetzespläne nicht ernstlos aufgeben haben, sollte man sich nicht zu Forschungsprojekten zur Verfügung stellen, bei denen es um AIDS geht.

## Es geht auch anders: Niederlande

Die Bonner Pläne zur Eindämmung

## Es geht auch anders: Niederlande

Die Bonner Pläne zur Eindämmung der AIDS-Epidemie haben in den Niederlanden scharfe Kritik ausgelöst. Die Organisation für die gesellschaftliche Eingliederung von Homosexuellen (COG) bezeichnete die Vorschläge Geißeln als „skandalös, diskriminierend und ungerecht“. In einem Protestschreiben wurde die Bundesregierung aufgefordert, sich an den Niederlanden ein Beispiel zu nehmen (FR, 14.11.84).

In den Niederlanden gibt es 26 AIDS-Kranke, alle sind schwul oder bisexuell. Seit April 1982, als man mit dem ersten Patienten konfrontiert wurde, hat es zu einer Zusammenarbeit vieler niederländischer Organisationen gekommen. Gesundheitsbehörden, Blutbanken, Bluterorganisationen, Forschungsinstitutionen der Universität Utrecht, Zentren für die Behandlung der Geschlechtskrankheiten, Organisationen für Drogenabhängige und Organisationen der Schwulenbewegung arbeiten zum Problem AIDS zusammen.

Für 1984/85 liegt der Etat für die AIDS-Forschung bei über vier Millionen Gulden (ca. 4 Millionen DM), was für so ein kleines Land eine respektable Summe ist. In den Niederlanden wird gegenwärtig nach einer nicht diskriminierenden Blutspendepraxis gesucht, so daß auch Homosexuelle weiterhin Blut spenden können. Möglich scheint, daß alles gespendete Blut dem Test unterzogen wird und HTLV-positive Konserven vernichtet werden. Der Spender dieser Konserve soll nicht über das „positive“ Ergebnis unterrichtet werden, solange dieser Test noch so aussageunsicher ist.

Zu keinem Zeitpunkt wurde in den Niederlanden von irgendeiner Seite der Vorschlag gemacht, bestimmte Orte der Subkultur zu schließen. In den Niederlanden gibt es kein Gesetz, welches Geschlechtsverkehr unter Strafe stellt, wenn einer dabei eine Geschlechtskrankheit weiterträgt.

Die Öffentlichkeit wird sachlich und breit über AIDS informiert (Informationen aus GAY-Express Nr. 3/Dez 84).

# Grüner Alltag in Bonn

Geschichten aus dem alltäglichen Leben des Parlamentarismus

Fortsetzung von Seite 25

dem Bundesarbeitsministerium verläutelt, sind die Grenzwerte „nicht mehr strittig“. Schon Anfang nächsten Jahres soll die Verordnung im Kabinett verabschiedet werden und erst danach sollte die Presse informiert werden.

## Finanzierung von Frauenhäusern

Die Bundestagsgrünen haben einen Gesetzentwurf zur Errichtung einer Bundesstiftung „Finanzierung von Frauenhäusern“ eingebracht und erläutern dazu:

„Frauenhäuser, die geschlagenen Frauen und Kindern vorübergehend Unterkunft gewähren, befinden sich zur Zeit in einer finanziellen Notlage. Ihre Finanzierung ist nicht bundeseinheitlich geregelt und hängt sowohl von der jeweiligen Belegung des Hauses als auch der Finanzierungsbereitschaft der zuständigen Länder und Kommunen ab. Es zeichnet sich bereits jetzt ab, daß ein Teil der Frauenhäuser in Zukunft aus Kostengründen den Betrieb einstellen muß.“

Dieser Notlage soll mit einer zu errichtenden Bundesstiftung, die jährlich 50 Mill. DM zur institutionellen Förderung von Frauenhäusern zur Verfügung stellt, abgeholfen werden. Mit den Stiftungsmitteln könnten Frauenhäuser die anfallenden Raum- und Personalkosten abdecken. (...)

Die Bundesregierung, die sich mit der Stiftung „Mutter und Kind“ so tatkräftig für den Schutz des ungeborenen Lebens eingesetzt hat, wird Farbe bekennen müssen, wieviel ihr der Schutz von geborenem Leben, nämlich, mißhandelte Frauen und Kindern, wert ist.

## Für autofreie Sonntage

Als Beitrag zur Verringerung der Luftverschmutzung wird in einem Antrag „des Abgeordneten Drabinski und der Fraktion DIE GRÜNEN“ die Einführung von zwölf autofreien Sonntagen im Jahr gefordert — unter ausdrücklicher Berufung auf die Fahrverbote im Herbst 1973 („Ökose“).

„Der Bundestag möge beschließen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein gesetzliches Fahrverbot an 12 Sonntagen eines jeden Jahres zu erlassen. Ausnahmeregelungen werden analog der Sonntagsfahrverbote 1973 gehandhabt.“

Begründung: Im November/Dezember 1973 wurden als Reaktion auf die sogenannte Energiekrise in der Bundesrepublik autofreie Sonntage (richtig: Sonntage; Anm. AK) eingeführt. Die katastrophale ökologische Krise unseres Landes bürdet mit allen ihren Folgeschäden ein wesentlich höheres Gefahrenpotential für unsere Volkswirtschaft sowie die langfristige Sicherung der Lebensgrundlagen. Die Bekämpfung der Luftvergiftung als Ursache für das Waldsterben und zunehmende Erkrankungen der Atemwege in den Ballungszentren der Bundesrepublik Deutschland erfordert eine Vielzahl von einzelnen Gegenmaßnahmen. Von entscheidender (Hervorhebung AK) Bedeutung und hierbei kurzfristige Entlastung bewirkende Sofortmaßnahmen, wie Geschwindigkeitsbegrenzungen und Fahrverbote. Im folgenden werden die laut Statistik des Umweltbundesamtes durch die Fahrverbote voraussichtlich bewirkten Reduzierungen der Schadstoffmengen, der Unfalltopfer und des Benzinverbrauchs aufgelistet. Zur Frage der Popularität von Sonntagsfahrverboten heißt es weiter: „Die autofreien Sonntage 1973 fanden in der Bevölkerung breite Zustimmung. Meinungsumfragen haben seinerzeit ergeben, daß rund 60-70% der Bevölkerung autofreie Sonntage „ziemlich“ bis „sehr sympathisch“ fanden. Nicht zuletzt wird das Erleben von autofreien Sonntagen die gesellschaftliche Einstellung zum umweltfeindlichen Auto mitverändern und eine verstärkte Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel bewirken.“

## „Europäisierung“ und „Konventionalisierung“ der NATO bedeuten Aufrüstungsschub

„Eine Europäisierung der Sicherheitspolitik“, die mit einem gewaltigen Aufrüstungsschub verbunden wäre, wird von den westeuropäischen Friedensbewegungen entschieden abgelehnt. Dies ist das Ergebnis eines internationalen Arbeitstreffens zur „Europäisierung und Konventionalisierung der NATO“, das von der Fraktion der GRÜNEN IM BUNDESTAG am Wochenende in Bonn durchgeführt wurde. Mitglieder der Bundestagsfraktion und der Regierendenfraktion des Europaparlaments sowie Mitglieder der bundesdeutschen Friedensbewegung diskutierten mit Friedensforschern und Repräsentanten der nationalen Friedensbewegungen aus den Niederlanden, Belgien, der Schweiz, Italien, Frankreich, Spanien, Großbritannien, Dänemark und den USA über die friedensgefährdenden Folgen einer „Europäisierung“ der Sicherheitspolitik und einer „Konventionalisierung“ der NATO-Strategie, wie sie aus den Kreisen der etablierten Politik in Westeuropa seit einiger Zeit verstärkt propagiert wird. Themen waren die Krise der NATO, die verschiedenen Modelle, die in herrschender Politik für eine „Europäisierung“ verfolgt werden und die friedenspolitischen Alternativen, die die westeuropäischen Friedensbewegungen einer solchen „Europäisierung“ entgegenzusetzen können; ein Europa der Abrüstung anstelle eines Europas der Rüstung, eine Zivilmacht statt einer Militärmacht.

Einig war man sich darin, daß die Bestrebungen zur „Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO“ von den Friedensbewegungen abzulehnen sind. Denn diese Bestrebungen führen sich einerseits in eine aggressive militärische Globalpolitik der USA, die von den westeuropäischen Staaten eine „gerechtere Lastenteilung“ — sprich verstärkte Mehraufwendungen für Militär und Rüstung — verlangen. Andererseits besteht darüber hinaus die Gefahr, daß sich Westeuropa zu einer eigenständigen nuklearen militärischen dritten Supermacht entwickle.“ (17.12.)

„Der Entwurf des Zivilschutzgesetzes stellt ihnen verschleierte Akt der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung dar. Alle Vorwände, im Kriegsfall die Zivilbevölkerung schützen zu wollen, täuschen nicht darüber hinweg. Der nächste Krieg in Mitteleuropa gibt niemandem die Chance zum Überleben.“

Die GRÜNEN IM BUNDESTAG fordern die Bundesregierung auf, diesen Entwurf schnellstens ad acta zu legen. Andernfalls muß davon ausgegangen werden, daß die Bundesregierung einen Atomkrieg auf dem Gebiet der Bundesrepublik für möglich hält, wie es in der Begründung für den Zwangsbunkerbau zu lesen ist.

„Die Bundesregierung geht vielmehr davon aus, daß ein Krieg in Mitteleuropa mit konventionellen Waffen geführt wird. Dabei kann allerdings eine Eskalation, die zu einem begrenzten Einsatz atomarer oder chemischer Waffen führt, nicht ausgeschlossen werden. Aber auch im letzteren Fall könnte der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung durch Schutzräume, die Schutz gegen radioaktive Niederschläge und chemische Kampfstoffe bieten, wirksam geschützt werden.“

Wir stellen fest:

— Mit dem neuen Gesetzentwurf (944) sollen die Grundrechte eingeschränkt werden können und durch Beamtenrechtsänderungen Beamte erfaßt und zivilen Stellen der NATO verfügbar gemacht werden.

— Nach §45 soll der Bundesverband für Selbstschutz zu einer Bundesanstalt aufgewertet werden und damit staatliche Machbefugnisse bekommen.

— Katastrophenschutz sollen den Verteidigungsfall üben.

— Der Entwurf stellt die Voraussetzungen in materieller, personeller und zeitlicher Sicht her, durch rechtlich abgesicherte Organisationsformen registrierte und mobil gemachte Helfer übergangslos zu verpflichten.

Der Entwurf aus dem Innenministerium ist ein Skandal ersten Ranges. Allen Friedensgründungen der Unionsfraktionen entgegen sind hier der dritte und letzte Weltkrieg als beherrschbare, naturkatastrophenhafte Situation verharmlost werden mit dem kleinen Nebeneffekt, daß einige Baufirmen noch ein dickes Geschäft mit der Angst machen.

Für den Januar werden „parlamentarische Schritte“ der Grünen angekündigt, „um dieses Machwerk zu probieren“.

„Der Entwurf des Zivilschutzgesetzes stellt ihnen verschleierte Akt der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung dar. Alle Vorwände, im Kriegsfall die Zivilbevölkerung schützen zu wollen, täuschen nicht darüber hinweg. Der nächste Krieg in Mitteleuropa gibt niemandem die Chance zum Überleben.“

Die GRÜNEN IM BUNDESTAG fordern die Bundesregierung auf, diesen Entwurf schnellstens ad acta zu legen. Andernfalls muß davon ausgegangen werden, daß die Bundesregierung einen Atomkrieg auf dem Gebiet der Bundesrepublik für möglich hält, wie es in der Begründung für den Zwangsbunkerbau zu lesen ist.

„Die Bundesregierung geht vielmehr davon aus, daß ein Krieg in Mitteleuropa mit konventionellen Waffen geführt wird. Dabei kann allerdings eine Eskalation, die zu einem begrenzten Einsatz atomarer oder chemischer Waffen führt, nicht ausgeschlossen werden. Aber auch im letzteren Fall könnte der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung durch Schutzräume, die Schutz gegen radioaktive Niederschläge und chemische Kampfstoffe bieten, wirksam geschützt werden.“

Wir stellen fest:

— Mit dem neuen Gesetzentwurf (944) sollen die Grundrechte eingeschränkt werden können und durch Beamtenrechtsänderungen Beamte erfaßt und zivilen Stellen der NATO verfügbar gemacht werden.

— Nach §45 soll der Bundesverband für Selbstschutz zu einer Bundesanstalt aufgewertet werden und damit staatliche Machbefugnisse bekommen.

— Katastrophenschutz sollen den Verteidigungsfall üben.

— Der Entwurf stellt die Voraussetzungen in materieller, personeller und zeitlicher Sicht her, durch rechtlich abgesicherte Organisationsformen registrierte und mobil gemachte Helfer übergangslos zu verpflichten.

Der Entwurf aus dem Innenministerium ist ein Skandal ersten Ranges. Allen Friedensgründungen der Unionsfraktionen entgegen sind hier der dritte und letzte Weltkrieg als beherrschbare, naturkatastrophenhafte Situation verharmlost werden mit dem kleinen Nebeneffekt, daß einige Baufirmen noch ein dickes Geschäft mit der Angst machen.

Für den Januar werden „parlamentarische Schritte“ der Grünen angekündigt, „um dieses Machwerk zu probieren“.

„Der Entwurf des Zivilschutzgesetzes stellt ihnen verschleierte Akt der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung dar. Alle Vorwände, im Kriegsfall die Zivilbevölkerung schützen zu wollen, täuschen nicht darüber hinweg. Der nächste Krieg in Mitteleuropa gibt niemandem die Chance zum Überleben.“

Die GRÜNEN IM BUNDESTAG fordern die Bundesregierung auf, diesen Entwurf schnellstens ad acta zu legen. Andernfalls muß davon ausgegangen werden, daß die Bundesregierung einen Atomkrieg auf dem Gebiet der Bundesrepublik für möglich hält, wie es in der Begründung für den Zwangsbunkerbau zu lesen ist.

„Die Bundesregierung geht vielmehr davon aus, daß ein Krieg in Mitteleuropa mit konventionellen Waffen geführt wird. Dabei kann allerdings eine Eskalation, die zu einem begrenzten Einsatz atomarer oder chemischer Waffen führt, nicht ausgeschlossen werden. Aber auch im letzteren Fall könnte der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung durch Schutzräume, die Schutz gegen radioaktive Niederschläge und chemische Kampfstoffe bieten, wirksam geschützt werden.“

Wir stellen fest:

— Mit dem neuen Gesetzentwurf (944) sollen die Grundrechte eingeschränkt werden können und durch Beamtenrechtsänderungen Beamte erfaßt und zivilen Stellen der NATO verfügbar gemacht werden.

— Nach §45 soll der Bundesverband für Selbstschutz zu einer Bundesanstalt aufgewertet werden und damit staatliche Machbefugnisse bekommen.

— Katastrophenschutz sollen den Verteidigungsfall üben.

— Der Entwurf stellt die Voraussetzungen in materieller, personeller und zeitlicher Sicht her, durch rechtlich abgesicherte Organisationsformen registrierte und mobil gemachte Helfer übergangslos zu verpflichten.

Der Entwurf aus dem Innenministerium ist ein Skandal ersten Ranges. Allen Friedensgründungen der Unionsfraktionen entgegen sind hier der dritte und letzte Weltkrieg als beherrschbare, naturkatastrophenhafte Situation verharmlost werden mit dem kleinen Nebeneffekt, daß einige Baufirmen noch ein dickes Geschäft mit der Angst machen.

Für den Januar werden „parlamentarische Schritte“ der Grünen angekündigt, „um dieses Machwerk zu probieren“.



Nur wenigen Neonazis ist eine Medien-Resonanz wie dem Michael Kühnen vergönnt. Seine Person animiert die Journalisten offenbar zu immer neuen Charakterstudien. Nicht daß aus dem Thema besonders reizen würde. Aber als Kommunist muß man sich halt in die aktuellen Debatten einschalten. Wir meinen: Keiner kann für die eulenspiegeln, mit denen die Natur ihn ausgestattet hat. Da aber die arische Rasse in Kühnens Kreisen ab besonders edel gilt, scheint es berechtigt, deren Vorräte an der Person eines Führers zu studieren. Wie finden also einen Fleckchen vor, der über stämmig gebaut ist. Glieder nach dem Motto kurz, aber rund. Beschäftigt, vom Lederkoppel umramm gefalteter Bierbauch. Zwei Finger breit hohe Stirn über dem feinen babyface. Dichter Haarwuchs an der Stirn, wo bei vorg. minderwertigen Rassen das Gehirn sitzt. Wenn er ein Bulle wäre, würde man sagen: Das wandelnde Beispiel dafür, warum der Bulle Bulle heißt. So aber müssen wir auf landesübliche Attribute zurückgreifen wie z.B. ein ganzer Kerl. Ein gerader Typ, der seine Knochenbecker nicht mal im Bett ablegt. Wo der hinterher, wächst kein Gras mehr. Liebt über Kameradschaft und Gemütlichkeit (die achte, wie die an der Front zu haben ist). Hat alle Abarigge. Kühnen zeigt uns, warum wir wieder stolz sein dürfen, ein Deutscher zu sein. Schon darin ist der kleine Adolf seinem großen Vorbild durchaus ähnlich.

Der Neonazi-Führer von der ANS (Aktionsfront Nationaler Sozialisten), der nach einem halbjährigen Frank reich-Aufenthalt im Oktober anfreiwilg ins „Reich“ heimkehrte, steht zur Zeit in Frankfurt vor Gericht. Mit angeklagt ist Arndt Heinz Marx, früher Wehrsportgruppe Hoffmann, dann die Nr. 2 bei Kühnens Sammlungsversuchen am äußersten rechten Rand der nationalen Szene. Marx sitzt zur Zeit eine Gefängnisstrafe ab, weil er einen seiner „Kameraden“ namens Andreas Sachse einer „Strafaktion“ unterzog, die man auch als Froheitzbeurteilung und Forderung bezeichnen kann. Prokuren dieser Art sind durchaus nicht unüblich, weder in Hoffmanns (WSG Libanon) noch in Kühnens Truppe (Ermordung eines schwulen Hamburger Anstlers).

Im Frankfurter Prozeß geht es jedoch nicht um Taten, sondern um Worte. Die Staatsanwaltschaft wirft Kühnen als Autor und Marx als presse-rechtlich Verantwortlichem Verbreitung von NS-Propaganda vor. Hauptsächlich werden Forderungen nach Wiederrücknahme der NSDAP beanstandet. Als Beweismittel liegen dem Gericht entsprechende Passagen aus einschlägigen Schriften vor: ein sog. „Frankfurter Appell“, ein Flugblatt „Man nennt uns Neonazis — na und“ und die Publikation „Die innere Front“ sowie „Das Corps“. Hinzu kommt ein Beitrag Kühnens in der „Bauernschaft“, dem Organ des zur Zeit inhaftierten Altnazis Christophersen, und ein als unveröffentlicht bezeichnete Text „Die 2. Revolution“ alias „Das 4. Reich“, den Kühnen

zeichneter Text „Die 2. Revolution“ alias „Das 4. Reich“, den Kühnen während seiner Knastzeit (1979) verfaßt haben will. Tatsächlich ist dieser Text ab Sommer 1983 als Serie im „NS-Kampf“ von Gary Lauck (USA) erschienen.

Kühnen war zunächst einmal besorgt, Marx als potentiellen Mitbewerber um den Posten des Leithammels in die Schranken zu weisen. Einerseits soll dieser wegen seiner eigenmächtigen (?) Bestrafungspraktiken aus der

# Kühnen vor Gericht

oder

## Wenn ein Arier auf schlau macht

„Front“ ausgeschlossen (?) worden sein. Andererseits nimmt Kühnen mannhaft die Alleinverantwortung für die inkriminierten Schriften auf seinen muskulösen Rücken. Das macht sich bei den Kameraden gut und ist auch für das Strafmaß unerheblich.

Sodann berief sich Kühnen auf die staatlichen Instanzen selbst als Zeugen für die Legalität der NS-Propaganda. Die Programme der diversen Wahlkämpfe „Aktion Ausländer-Rückführung“ (AAR) seien nicht einmal vom Bundeswahlleiter beanstandet worden, obwohl sie auf Ausarbeitungen der ANS beruhen. Auf diesen Vorstoß ging das Gericht zwecks Vermeidung von Peinlichkeiten für die FDGO lieber nicht ein.

Die gesamte Auseinandersetzung konzentriert sich also auf Kühnens Verhältnis zum Nationalsozialismus. Der ehemalige Bundeswehr-Leutnant versucht dabei den Anschein zu erwecken, als vertrete er einen irgendwie „neuen“, „differenzierten“ oder „entschärften“ Faschismus, für den er Legalität beansprucht, wie sie seinerzeit der KPD/AO ebenfalls gewährt worden sei. Zwar bekennt er sich weiterhin zu „Kern und Sinn des 25 Punkte-Programms der NSDAP von 1920“. Doch sei die ANS „kein simplen Abklatsch der NSDAP“. Der Nationalsozialismus, wie Kühnen ihn den Richtern präsentiert, beziehe sich auf einen angeblich „revolutionären, sozialistischen Fingel“ seines Vorbilds und schlage einen „dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus“ ein. „In der Tradition der SA“ steuere er, Kühnen, ein „unabhängiges Großdeutschland“ an.

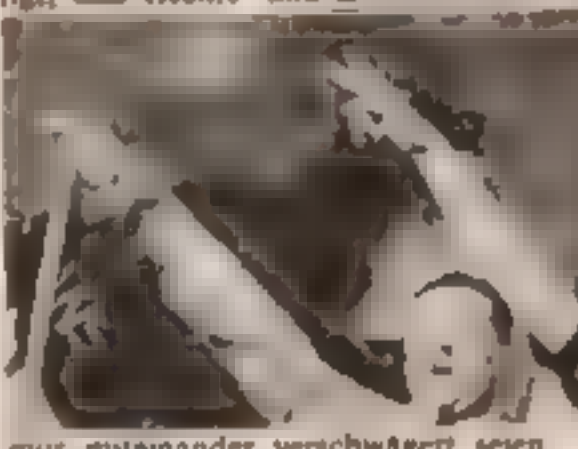
Diese eher läppischen und gewiß nicht neuen oder originellen Sprüche haben dem Mann, der es so trefflich wie heute kaum einer versteht, den rechten Arm zum zackigen Gruß hochzureißen, bei einigen Publizisten so gleich den Ruf eines „klugen Kopfes“ eingetragen. Eine Zeitung mit zugegeben bescheidenen geistigen Ansprüchen urteilt: „Kühnen ist zweifellos der einzige Kopf in der robusten Riege der Neonazis. Er ist auch der einzige, der solche diffizilen politischen Themen reflektiert und sie verständlich vorzutragen weiß“ (FAZ, 14.11.84). Klar — für die FAZ ist Faschismus ein diffiziles, um nicht zu sagen delikates Thema, zumal 40 Jahre danach.

Ein gelegentlicher freier Mitarbeiter des „Spiegel“ muß da noch was draufgeben, um mit seiner hochinteressanten Meinung aufzufallen. Sebastian Cobler, der die Marktlücke des schriftstellersch ambitionierten Links-Anwalt tapfer verteidigt, äußert in einem Gespräch mit dem „Pflasterstrand“ (Nr. 198) „Kühnen ist diesen Juristen

Gespräch mit dem „Pflasterstrand“ (Nr. 198): „Kühnen ist diesen Juristen dort nicht nur rhetorisch, sondern auch vom historischen Wissen her haushoch überlegen“. Da die Frankfurter Szene (deren Qualifikation außer Frage steht, weil sie noch bei Adorno in die Vorlesung ging) ihren „Coli“ heiß liebt, bleiben solche profunden Einschätzungen nicht ohne Wirkung. In einem „laz“-Kommentar aus Frankfurt (22.12.84) wird berichtet: „Ich wundere mich immer wieder,

wenn innerhalb der Linken (?), der Buerischunden (!), der Kantingensprache (natürlich: — Das Proletariat muß hier einfach dazugedichtet werden — Anm. AK) mit leicht gedämpfter Stimme gemurmelt wird: „Aber der ist doch ein Intellektueller, der Kühnen, nicht wahr?“ Was die Bourgeoisie kann, kann die Alternativ-Bourgeoisie noch lang.

Die verschrobene Debatte um Kühnens Intelligenzquotienten (dessen Meßbarkeit überhaupt noch nie nachgewiesen wurde) verdeckt nur, daß die Genannten Grund zum Jubel sehen. Je mehr der Neonazi über eine angeblich „sozialistische“ oder „revolutionäre“ Seite des NS zusammenphantasiert, desto mehr fühlt sich der Salonliberale in seiner Lieblingsheute bestätigt, daß Rechte- und Linkstexten



mus miteinander verschwägert seien. Wie diesem Essential der herrschenden Ideologie Nahrung gibt, wird dankbar zur bedeutenden Persönlichkeit hoch stilisiert. Wobei die Anerkennung einem SA-Schläger ebenso zuteil wird wie einem Deutschnationalen aus einer ehemaligen K-Gruppe.

Die Feinheiten, die der Prozeß zutage fördert, sind damit keineswegs erschöpft. Beim Verlesen des Textes „Die 2. Revolution“ steigerte sich der beitzende Richter Ulrich Fidora in ein derart gekonntes Pathos hinein (FAZ: „mit soviel Gespur für Sportpalastreden“) daß eine Schulkasse unter Protest den Zuhörerraum verließ. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde die Sitzung unterbrochen, um die fortschreitende Entblößung der „unabhängigen Gewalt“ abzuwenden. Es bleibt Richtern und/oder erlesenen Publizisten vorbehalten zu erklären, weshalb die in dieser Schrift enthaltene Everbrows von „Führer beschl.“ bis zum „Widerstand gegen das Judentum“ etwas „Neues“ oder „Gemäßigtes“ sein sollen. Kühnen jedenfalls distanzierte sich, um seine Verteidigungsstrategie zu retten, so vorsichtig und so allgemein wie nur irgend möglich. Er sei damals wegen seiner Gefangnisstrafe erzürnt gewesen (warum nur ist es ständig das Judentum, an

dem so etwas abregiert wird?). Andererseits unterließ er es, diejenigen Punkte konkret zu benennen, die er angeblich nicht mehr aufrecht erhält. Ein Arier macht auf schlau. Kühnen möchte von Le Pen lernen: *Leg dich erst mit den Schwächsten an, das sind heute die Ausländer. Werde dabei stark. Dann kommt alles andere dran, was der Art zuwider läuft.* Ein glänzender Beispiel für das nordische, soldatische Wesen.

Was heißt das eigentlich: Ein bißchen weniger Faschismus? Auf jüngsten Plakaten der Kühnen-Gruppe heißt es ungemein differenziert: „Für Rassenstolz, Volksgemeinschaft, deutsche Einheit“. Wir dachten bisher immer, das reicht, um in diesem unseren Lande zu wissen, woran man ist. Aber wir und ja auch Dogmatiker

Cobler plädiert tatsächlich auf Freispruch für Kühnen. Eine republikanische Gesellschaft müsse auch gefährlichen Schwachsinn aushalten, anstatt ihn strafrechtlich zu verfolgen und zu verbieten. Diese Grundsatzposition sollte dann aber auch an zugespitzten Beispielen diskutiert werden, anstatt bei wohlformulierten Allgemeinheiten stehenzubleiben. Einer der Ziehväter Kühnens, Erwin Schönborn, der z.Zt. eine Strafe in der JVA Butzbach absitzt, wurde am 30.11.84 erneut verurteilt. Er hatte einige Schmierblätter verfaßt, die er durch Kumpans aus dem Knast herauszuschmuggeln, vervielfältigen und verbreiten ließ. Wörtliche Zitate: „Die Vergasungsmaschine ist voll stöhnt, wenn früh am Morgen die KZ-Sirene tönt“. „Simon Wiesenthal durch die Länder rast, er wurde 17 mal vergast.“ Dafür bekam Schönborn noch einmal zehn Monate. Ein Terrorurteil, gegen das zu protestieren wäre? Oder der Beweis dafür, daß Worte nicht nur gefährlicher Schwachsinn, sondern auch Gewalt sein können?

Leider hat sich auch Erich Fried dazu hürte lassen, sich dem Gericht brieflich als Zeuge zugunsten Kühnens anzubieten (was abgelehnt wurde). Fried, der einmal ein längeres Ge-

spräch mit Kühnen geführt hat, verurteilt dessen „irriges Ansichten“. „Dennoch habe er von ihm einen „guten Eindruck“ gewonnen. Kühnen sei objektiv ehrlich und weder verstockt noch unbelehrbar. „Ich würde auch dieser Begegnung mit Kühnen jederzeit ihm mein Leben anvertrauen.“ (zitiert nach PR, 13.12.84) Lieber nicht!

Frieda (und Coblers) Hauptfehler besteht darin, aus einer — und sei es nur minimalen — Relativierung faschistischer Wesenszüge auf eine Veranordnung hin zu sehr latein zu schließen. Man möchte wissen, wann sich diese Hoffnung erfüllt hat? Ist? Aber man muß nicht erst in die Geschichte zurückgehen, um dieses Problem zu diskutieren. Das Zugeständnis am 23.12.84 in Italien hat der Welt auf fürchterliche Weise erneut die Präferenz Handlungsfähigkeit und den unveränderten Charakter des Neofaschismus klargemacht. Und was ist mit den mindestens 23 Opfern des Nazi-Terrors in der BRD, die in einem halben Jahrzehnt ermordet wurden? Es ist die Absurdität dieses Prozesses, daß über eine angebliche Wandlung Kühnens verhandelt wird, ohne daß der Angeklagte darauf überhaupt angesprochen wird. Kühnen aber ist es (neben Hoffmann, Roeder, Fiebekorn und natürlich Marx), der darüber manchen, wenn nicht alles berichten könnte, wenn er sich wandeln wollte.

Hörst du nur auf ihre Worte, so wirst du durch ihre Taten unkommen

Zwei Frankfurter Genossen

### Begleiterrechnungen

- Am ersten Prozeßtag waren ca. 70 ANS-Anhänger in Zuhörerraum. Trotz Anfangschor ~~Einzelungen~~ se tons des Richters konnten sich Sieg He ~~größen~~ an 1000 H hier Größ vorlegen, ohne belangt zu werden.
- Nur das NS-Paar Müller (Mainz) erhalt an einem späteren Tag wegen unfähigen Verhaltens Ordnungshalt. Er verlor Tage als einziger Tag.
- Ebenfalls am ersten Tag beobachtete die Polizei 10000 Flugblätter „Freiheit für Kühnen“ vom dem Gerichtsausschuss.
- Ornen scheinen eine sign Justiz wachmeister ein inniges Verhältnis zu verschiedenen Neonazis zu haben. Schulkollegen, Lachen u. a. machen den Ton aus.
- Verschiedentlich ist der Gebäudetakt mit NS-Klebern „verziert“.
- Neonazi P. Müller konnte einmal Einblick nehmen in die Besucherliste, als war angeblich ohne Aufsicht gewesen worden.
- Etliche antifaschistische Besucher müssen sich dreiste Pöbeleien durch Nazis gefallen lassen.

## Die Wehrsportgruppe Jürgens

## Die Wehrsportgruppe Jürgens

Seit September 1984 hat es nun auch das niedersächsische Innenministerium anscheinend begriffen: Die „Nothilfstechnische Übungs- und Bereitschaftsstaff“ des Arztes Uwe Jürgens aus Celle ist die Tarnung für die wohl größte neonazistische Wehrsportgruppe seit dem Verbot der WSG-Hoffmann. Mit rund 2 Dutzend Fahrzeugen, Übungsgelände und Stützpunkt in der Heide bei Celle und über 100 „Aktiven“ trieb diese Bande seit mindestens 1978 ihr Unwesen. Die Ursprünge reichen aber noch viel länger zurück.

Schon Mitte der 70er Jahre hatte Jürgens in Berkenhain bei Lüneburg eine Praxis und ... seine Wehrsportgruppe, die u.a. des öfteren mit Uwe Rohwer zusammen ins Mandör ging, eben jenem Uwe Rohwer, der für seine diversen Überfälle 1977/78 im Zusammenhang mit der Kühnen-Bande für mehrere Jahre in den Knast wanderte.

Es ist wohl kein Zufall, daß Jürgens

seinen Verein mit dem teros klingenden Namen dann gründete, als die Rohwer-Gruppe aufflog. Immerhin war er selbst nahe davor, ebenfalls einzufahren und trat im Bückeburger Prozeß gegen Rohwer und Co. „nur“ als Zeuge für Beschaffungs- und Kundschaftsfahrten der Angeklagten auf.

Und nicht nur Rohwer gehört zu den guten Freunden des Uwe Jürgens. Mit zum Gründungskreis seines Vereins gehören auch Mitglieder des Freundeskreises um den Formmeister Lemke, der als angeblicher „Einzelstärker“ und „Waffensammler“ 30 Kisten mit Waffen verbuddelt hatte und tot in seiner Zelle aufgefunden wurde, bevor er — auf seinen Wunsch hin — mit der Bundesanwaltschaft sprechen konnte.

Bis auf einige Ausnahmen blieb es ruhig um die WSG Jürgens. Manche Übung auf Bundeswehrgelände wurde registriert und das wars denn auch, was außer ein paar ganz eingefuchsten Antifa-Spezis die sonstige Öffentlich-

keit erfuhr.

Ist dann im Sommer '84 bekannt wurde, daß eben diese WSG-Jürgens ganz offenbar in politische Bahnen für diese ANS-Kader übertrat. Mehrere Male fuhrten so prominente Nazis wie Christian WOLFF oder Gert PAHL mit Jürgens-Fahrzeugen durch die BRD, ANS/NA Mitglieder aus Hannover fuhren TENO-Fahrzeuge und auf dem Gelände in Suroide oben ANS-Mitglieder aus Hannover einträchtig gemeinsam mit Jürgens-Leuten.

Fotografen, die diese Übungen beobachteten, wurden von den Nazis mit einer Leuchtkugel beschossen. Jürgens — ganz auf Ehrbarkeit erpicht — hat inzwischen die Flucht nach vorn angetreten: Er erstattete Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gegen die eigenen Leute — ein auf der Dauer recht selbstmörderisches Verfahren, den eigenen Laden aufzulösen.

### Taten

Die Tatsache, daß eine Reihe fahrender Neonazis z.Zt. inhaftiert ist oder vor Gericht steht, könnte zu der Annahme verleiten, diese Kreise seien geschwächt oder relativ unaktiv. Das Gegenteil ist der Fall:

- Am 28.10. verhaftete die Polizei fünf Wehrsportler auf einem Bauernhof in der Nähe von Schwerte (NRW). Munition, Revolver, Handgranaten, 9 kg Sprengstoff und NS-Propaganda wurden kistenweise gefunden und abtransportiert.
- In Aachen wurde Anfang November das Wohnhaus eines stadtbekannten VVN-Mitglieds beschlagnahmt. Im DKP-Büro wurden die Scheiben eingeworfen und neonazistische Parolen hinterlassen.
- In Westberlin führte die Polizei am 1.11. Durchsuchungen bei 15 Neonazis durch, wobei auch Waffen gefunden wurden.
- In Bremen wurden am 23.11. die Fenster des VVN-Büros eingeschlagen. Als Visitenkarte hinterließen die Täter Hakenkreuz-Schmierereien und NSDAP-Parolen.
- In Andree Sachse, ehemals „Kommando Totenkopf“ unter der spe-

ziellen Betreuung von A.H. Marx (siehe Artikel) lieferte sich zusammen mit seiner Freundin und dem ANS-Mann Grimmehäuser am 2.11. in Stade eine Schießerei mit der Polizei. Während das Paar einen Polizisten anschoß und zuhinaus fliehen konnte, wurde Grimmehäuser gestellt. Bei ihm fand die Polizei 4 Gewehre, 3 Pistolen, über 1000 Schuß Munition, Funkgeräte und andere Ausrüstungsgegenstände. Sachse und Freundin wurden am 13.11 bei einem Einbruchversuch in Emmerich (NRW) erappt. Die Waffen soll das Trio u.a. von einem Hamburger Polizisten bezogen haben, der seit 7.12. vom Dienst suspendiert ist.

- Die inhaftierte Nazi-Größe Roeder zeigt leider auch keine Anzeichen von Wandlung oder Resozialisierung. Stattdessen fertigt er NS-Propaganda an, die er über Boten an seine Frau (die dumme Kuh lei so braves Weib — oder das brave Weib ist eine so dumme Kuh, daß sie anscheinend gar nicht geschickt hat, wie ihr Gatte mit einer anderen Gans auf Terror-Reisen war, Gott zum Gruß!) und eine Coburger Druckerlei weiterleitet. 40 kg Material und Druckplatten wurden beschlagnahmt.

## TENO abgebrannt

## Antifaschistische Selbsthilfe

In der Nacht vom 10. auf den 11. Dezember wurde der „Hof Hasselmann“ in Meißendorf/Kreis Celle durch einen Brandanschlag zerstört. Der Hof diente der „Nothilfstechnischen Übungs- und Bereitschaftsstaff“ (der WSG Jürgens) als Stützpunkt. Neben der Scheune, die völlig ausbrannte, wurden insgesamt 19 Fahrzeuge zerstört und der Sachschaden dürfte gar eine halbe Million betragen.

In derselben Nacht brannten im Gehöft „Adlerhorst“ in Meißendorf/Kreis Celle zwei Gebäude und ein Schuppen aus. Dieser „Adlerhorst“ war Stütz-

punkt der rassistischen „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik- und Verhaltensforschung“, des „Freundeskreises Filmkunst“ (zeigt Nazi-Filme) und dienten weiteren Nazi-Vereinen wie dem Bund Heimattreuer Jugend oder der Wehrsportgruppe Blankensee als Übungsgelände. Ebenfalls im „Adlerhorst“ ansässig ist die „Freiwillige Werkfeuerwehr Adlerhorst“ (angeblich mit Kontakten zum THW Harburg und Wismar/Luhe), aus deren weitgehend aufgelösten Fuhrpark die Jüngertruppe ihren Wagenpark aufgebaut hat.

Wer genaueres über die „Nothilfstechnische Übungs- und Bereitschaftsstaff“, die „Wehrsportgruppe Jürgens“ wissen will, sollte sich unbedingt die gerade erschienene Brochure dazu besorgen.

16 Seiten, DM 2,-, zu beziehen über Antifaschistische Initiative Hannover c/o Pavillon 1 hinter Nr. 4 3000 Hannover 3 Geld bitte in Reichsmarken beilegen



## Das Lager

Ende 1939 stellte der Inspektor der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SIPO und SD), SS-Oberführer Arpad Wigand, einen Antrag auf Errichtung eines Konzentrationslagers zur Unterbringung von Verhafteten, da die Gefängnisse in Oberschlesien und im Revier von Dabrowa überfüllt seien. Wigand, der dem SS-Gruppenführer Erich von dem Bach-Zelewski, der Chef im Amt des Höheren SS- und Polizeiführers Südost in Breslau war, unterstand, schlug Auschwitz als Ort für dieses Projekt vor. Kavernen außerhalb der eigentlichen Stadt, die eine Isolierung von der Außenwelt möglich machen würden, waren bereits ebenso vorhanden wie günstige Eisenbahnverbindungen nach Schlesien, dem Generalgouvernement, der Tschechoslowakei und Österreich. Ende am 21. Febr. 1940 entsandte Inspektionskommission unter SS-Oberführer Gack nach Auschwitz, bestätigte die Eignung des Ortes, und am 1. April gab der General der Flieger Halm seine Zustimmung zur Verpachtung des Lagergebietes Auschwitz und zur Übergabe an die Leitung der SS. Zum Abschluß der Verhandlungen untersuchte eine Kommission unter Leitung von SS-Hauptsturmführer Rudolf Höß (2) am 18./19. April mit Wigand, dessen Pläne zur Organisation eines Gaskammlagers für polnische Häftlinge in Auschwitz. Der Inspektionsbericht vom Höß veranlaßte den Reichsführer SS Himmler am 27. April den Befehl zu geben, in Auschwitz ein Konzentrationslager mit Hilfe von Häftlingen auszubauen. Höß, der am 4. Mai offiziell zum Kommandanten von Auschwitz ernannt wurde, wurden vom Bürgermeister von Auschwitz für anderthalb Monate 300 ortsansässige Juden zur Gebietserkundung zur Verfügung gestellt. Um das Lagergebiet von der Bevölkerung zu isolieren, schuf die SS durch Aussiedlung einen Gürtel um das KZ. Das über einen längeren Zeitraum entvölkerte Gebiet von 40 qkm wurde das „Interessengebiet“ des Lagers genannt und ständig von SS-Männern, örtlicher Gestapo und Polizei kontrolliert. Die Bauarbeiten im Lager wurden von polnischen Häftlingen ausgeführt.

Am 20. Mai wurden 30 Häftlinge, sog. Berufsverbrecher (BV), deutscher Nationalität aus dem KZ Dachau, nach Auschwitz gebracht. Sie bekamen die ersten Nummern von 1 bis 30 und wurden zu Funktionshäftlingen ernannt, die die Verlagerung des SS-Apparates bildeten und ihnen somit eine Machtposition gegenüber den restlichen Häftlingen sicherte. Sie wurden mit einem grünen Dreieck gekennzeichnet und fungierten später als Kapos (Konzentrationslagerpolizei), die viele Häftlinge grausam ermordeten. Damit gehörten sie zur Lagerleitung, die aus SS-Mannschaft, Angehöriger der Politischen Abteilung und diesen Kapos bestand. Am 14. Juni wurden aus dem Gefängnis in Tarnob die ersten 728 Polen — polnische Häftlinge — nach Auschwitz gebracht.

An diesem Tag begann die offizielle Existenz des KZ-Auschwitz. Diese Häftlinge erhielten die laufenden Nummern von 31 bis 758. Ebenfalls zu dieser Zeit trafen SS-Männer und Offiziere verschiedener Dienstgrade ein, die leitende Funktionen übernahmen. Adjutant von Höß wurde der SS-Obersturmführer Karl Frisch (abkommandiert aus dem KZ-Dachau) und SS-Untersturmführer Franz Xaver Mayer (abkommandiert von der SS-Totenkopf-Division), Leiter der Verwaltung war SS-Untersturmführer Max Meyer (abkommandiert vom Inspektorat der Konzentrationslager), Kassenleiter war SS-Oberscharführer Herbert Minkos (abkommandiert aus dem KZ-Buchenwald), Sachbearbeiter für Verpflegung war SS-Untersturmführer Willi Rieck (abkommandiert aus dem KZ-Dachau), die Unter- und Verwaltung unterstand SS-Hauptsturmführer Otto Reinecke (abkommandiert aus dem KZ-Dachau), Lagerärzte waren zunächst SS-Hauptsturmführer Max Höpferich und SS-Obersturmführer Robert Neumann. Leiter der polnischen Abteilung (Gestapo) wurde SS-Obersturmführer Maximilian Grabner (4) zugeteilt von der Gestapo aus Katowice.

Neben der SS gab es noch verschiedene Machtpositionen innerhalb der Häftlinge, die von der SS fast immer an Häftlinge deutscher Nationalität vergeben wurden. Die höchste Stellung im Lager hatte der Lagerälteste inne, direkt unter ihm stand der Blockälte-

re, der als Häftling einen Stabesführer zu seinen bekam. Die Kontrolle beim Arbeitskommando teilten sich die bereits erwähnten Kapos: Lagerkapo, Oberkapo, Unterkapo und Vorarbeiter.

## Todesfabrik Auschwitz



Binow: Folterkammer ohne Wände (Auschwitz, 1945)

Am 17. Januar 1945 wurde das größte faschistische Menschenvernichtungslager in der Zeit des deutschen Faschismus von der sowjetischen Armee befreit. In der Zeit des Bestehens von Auschwitz, vom 14. 6. 1940

Am 27. Januar 1945 wurde das größte faschistische Menschenvernichtungslager in der Zeit des deutschen Faschismus von der sowjetischen Armee befreit. In der Zeit des Bestehens von Auschwitz, vom 14. 6. 1940 bis zum 27. 1. 1945, wurden in dem Lager etwa 4,5 Mio. Menschen umgebracht. Die Gesamtzahl der Personen, die innerhalb der zwölfjährigen NS-Herrschaft durch die KZ gingen, ist wegen der ständig wechselnden Belegschaft schwer festzustellen. Jedoch kann die Zahl auf mindestens 8 - 10 Mio. geschätzt werden, insgesamt existierten etwa 2.352 KZ-Außenlager, Haftanstalten usw. im Machtbereich des deutschen Reiches („EL REICH“ 27. 5. 1961). Die Konzentrationslager waren in der Phase der Vernichtung der Gegner des Faschismus die wichtigsten Einrichtungen zur Liquidation von Menschen. Sie waren der stärkste Ausdruck des autoritären Charakters des faschistischen Kontroll- und Willkürapparates, die Menschen absondern, diffamieren und mit den brutalesten Methoden zu Tode qualen sollte. Dabei werden qua NS-Definition alle Menschen, die aufgrund ihrer bloßen Existenz nicht in die Arterdealkategorie fielen, und die aufgrund ihrer politischen (Herzangung in Opposition zum NS-Staat standen, nach dem Motto: „Lieber zehntausende zuviel, als einer zu wenig, zu Tode geschunden, erschossen, vergast. Hitler: „Ich wünsche nicht, daß man aus Konzentrationslagern Sanatorien macht. Terror ist die wirksamste politische Waffe. Jeder wird es sich vorher überlegen, etwas gegen uns zu unternehmen, wenn er erfährt, was ihn im Konzentrationslager erwartet ... Ich brauche Leute, die hart durchgreifen und sich nicht erst überlegen müssen, wenn sie jemand umbringen sollen ... Jede Tat hat ihren Sinn, genauso jede Untat ... Das Gewissen ist eine jüdische Erfindung.“ (1)

Im folgenden soll die Geschichte des KZ-Auschwitz — als Beispiel für den größten organisierten kaltherzigen Massenmord — beschrieben werden.

### Ursprüngliche Pläne zum Bau des Konzentrationslagers

Bevor mit dem Ausbau des Stammlagers in Auschwitz begonnen wurde, kam bereits in einem Plan Ende 1940 der Erbauung zur Schaffung eines zweiten Lagers. Den endgültigen Befehl dazu gab Reichsführer-SS Himmler nach seinem ersten Besuch in Auschwitz am 1. März 1941, bei dem ihn auch Konzentraler von IG-Farben begleiteten. Der Befehl Himmlers an Höß lautete: 1. Das Lager in Auschwitz für 30 000 Häftlinge auszubauen; 2. auf dem Gebiet des Dorfes Brzezinka (Birkenau) ein Lager für 100 000 Kriegsgefangene zu errichten; 3. den IG-Farben 10 000 Häftlinge für den Bau von Industriewerken in Dwork bei Auschwitz zu liefern; 4. das Gebiet landwirtschaftlich zu nutzen; 5. Lager-Workstätten einzurichten.

Im Sommer 1941 wurde schließlich mit dem Ausbau des Stammlagers begonnen. Bis zum Herbst 1941 wurden Straßen, Kanalisation, Wasserwerk, Feuerleitung und über 30 Gebäude errichtet. Der Bau der Banawerke in Dwork wurde schon im April von Häftlingen, nach Vereinbarungen von WVHA, Lagerkommandantur und IG-Farben angefangen. Die vom Lager in Auschwitz bereitgestellten 8 000 billigen Arbeitskräfte in dem Werk für synthetischen Kautschuk und Benzin lieferten jeden Tag vom Stammlager in die Banawerke. Als jedoch Schwierigkeiten beim Transport der Häftlinge auftraten, wurde bewilligt, im

ausgewählten Dorf Monowice in der Nähe der Banawerke ebenfalls ein Lager zu errichten. Seit dem Oktober 1942 wurden die Häftlinge dort untergebracht und das Lager in KZ Monowitz, zugehörig zu Auschwitz III, umbenannt. Der Kommandant des KZ Auschwitz III wurde SS-Hauptsturmführer Heinrich Schwarz. Der Bau des Lagers in Birkenau begann im Oktober 1941. Lagerkommandant von Auschwitz II wurde SS-Sturmabführer Fritz Hartjenstein. Während dieser Zeit stieg die Häftlingszahl in Auschwitz auf 30 000 an, denn vom 7. bis zum 25. Oktober wurden dort etwa 10 000 sowjetische Kriegsgefangene eingeliefert, die aus dem Gefangenenlager in Lamsdorf (heute Lambinowice) kamen. Zwischen März 1941 und Februar 1942 und beim Bau der Banawerke und des Lagers in Birkenau etwa 18 000 Häftlinge gestorben, die verhungerten oder umgebracht wurden. Das Lager in Birkenau wurde in äußerster Eile, ohne Kanalisation usw. gebaut, weil das Stammlager bereits überfüllt war. Der SS-Sturmabführer Karl Bischoff wurde als Bauleiter in Birkenau von der Arbeitsgruppe C im SS-WVHA in Berlin abkommandiert. Er war zunächst Bevollmächtigter der Sonderbauleitung für die Errichtung eines Kriegsgefangenenlagers der Waffen-SS in Auschwitz, deshalb wurde das Lager nach dem ersten Plan für den Bau eines Kriegsgefangenenlagers in Birkenau vom 14. Oktober 1941, der von Bischoff bestätigt und von Höß unterzeichnet wurde, gebaut.

### Der Vernichtungslager-Plan

Himmler hatte jedoch bereits im Sommer 1941 Auschwitz zur Massenvernichtungslager für Juden bestimmt, was eine Veränderung der Pläne nach sich zog. Höß schlug das Lager Birkenau für die Durchführung des Vernichtungsplanes vor, er berichtete darüber in seinen Aufzeichnungen: „Im Sommer 1941, den genauen Zeitpunkt vermag ich nicht anzugeben, wurde ich plötzlich zum Reichsführer-SS nach Berlin befohlen, und zwar direkt durch seine Adjutantur. Entgegen seiner sonstigen Gepflogenheiten eröffnete er mir ohne Wissen eines Adjutanten, dem Sinne nach folgendes: Der Führer hat die Ermordung der Judenfrage befohlen, wir — die SS — haben diesen Befehl durchzuführen. Die bestehenden Vernichtungsstellen im Osten sind nicht in der Lage, die beschlossene Aktion durchzuführen. Ich habe daher Auschwitz dafür bestimmt, einmal wegen der günstigen Verkehrsverhältnisse, und zweitens, weil sich das dafür zu bestimmende Gebiet leicht absperren und tarnen... Nähere Einzelheiten erfahren Sie durch Sturmbannführer Eichmann von RSHA, der in nächster Zeit zu Ihnen kommt. Wir führen ins Gelände, um den geeigneten Platz festzulegen. Wir halten das Bauerngehöft an der Nord-West-Ecke des späteren Bauabschnittes III Birkenau für geeignet. Es war abgeleitet, gegen Einsicht durch umliegende Waldstücke und Hecken geschnitten und nicht zu weit von der Bahn entfernt. Die Leichen sollten auf dem angrenzenden Wiesenplan in langen Gruben untergebracht werden. An ein Verbrennen dachten wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Wir errechneten, daß man in den dort vorhandenen Räumlichkeiten ungefähr 800 Menschen gleichzeitig nach Gaskammerung durch ein geeignetes Gas töten könne. Dies entsprach auch der späteren Kapazität. Den Zeitpunkt des Beginnes der Aktionen konnte mir Eichmann noch nicht sagen, da alles noch in Vorbereitung wäre und der RFSS (Reichsführer-SS — Anm. AK) noch nicht den Anfang befohlen hätte.“ (15)

Die Austrottung der Juden in Birkenau begann im Januar 1942. Am 17./18. Juli 1942 inspezierte Himmler Auschwitz zum zweiten Mal, dabei sah er sich „nach der Beschäftigung in Birkenau... den gesamten Vorgang der Vernichtung eines gerade eingetroffenen Juden-Transportes an. Zu dem Vernichtungsvorgang äußerte er sich in keiner Weise, er sah nur ganz stumm zu.“ (6) Zu diesem Zeitpunkt waren in Birkenau bereits zwei Bunker zur Tötung mit Zyklon B in Betrieb genommen. Hünner besichtigte ebenfalls das IG-Farben Banawerk, das bereits ca. 30 000 Fachkräfte besaß und das Frauenlager im Stammlager, das aus zehn ausgesonderten Blocks bestand. Sie wurden eingewiesen, nachdem am 1. März 1942 die sowjetischen Kriegsgefangenen liquidiert und die noch verbliebenen 945 Gefangenen zusammen mit anderen Häftlingen nach Birkenau verlegt wurden. Dieser neu angelegte Frauenabteilung wurden am 26. März 1942 die ersten 999 deutschen weiblichen Häftlinge aus dem KZ Ravensbrück, sowie 999 jüdische weibliche Häftlinge aus Pöppel in der Slowakei, zugeführt. Diese Frauen bekamen die laufenden Nummern von 1 bis 1998. Die ersten 127 Polinnen — polnische Häftlinge — kamen am 27. April 1942 aus dem Montelupich-Gefängnis in Krakau und dem Gefängnis in Tarnob. Sie erhielten die Nummern von 6784 bis 6910. Rudolf Höß berichtete weiter über Himmlers Besuch: „Im Frauenlager ließ er sich die Durchführung einer Prügelstrafe an einer Berufsverbrecherin (Prostituierte), die laufend einbrach und stahl, was sie erreichen konnte, vorführen, um die Wirkung festzustellen. Die Genehmigung von Prügelstrafen an Frauen hat er sich persönlich vorbehalten.“ (7)

Am 19. Juli, nach der Inspektion in Auschwitz, gab Himmler an Höß folgenden Befehl: „Die von mir angeordneten sicherheitspolizeilichen Aktionen dürfen auf keinen Fall gestoppt werden... Eichmanns Programm geht weiter und wird von Monat zu Monat gesteigert. Sehen Sie zu, daß Sie mit dem Bau von Birkenau vorwärtstkommen. Die Zigeuner sind der Vernichtung zuzuführen. Ebenso rückwärtslos vernichten Sie die arbeitsunfähigen Juden... Ihre Arbeit und Leistung habe ich gesehen, ich bin zufrieden, ich danke Ihnen, ich befördere Sie zum Obersturmbannführer.“ (8)

Zur Durchführung dieses Befehls entstand der nächste Plan zum Ausbau des Lagers in Birkenau am 15. August 1942, der einen Lagerkomplex für 200 000 Häftlinge vorsah. Mit der Realisierung des Planes wurde aber schon im Juli begonnen, in dem die Firma J. A. Topf und Söhne aus Erfurt mit dem Bau von Verbrennungsöfen in den

vier vorgesehenen Krematorien, sowie der Errichtung und Montage von Anlagen für den Gaskammern beauftragt wurde. Die Krematorien und Gaskammern waren im März/Juni 1943 fertiggestellt und sofort in Betrieb genommen.

### Der Aufbau des Lagers

Das gesamte Lager bestand aus drei Bauabschnitten, von denen der Abschnitt I (B1), der in die Lager B1a und B1b eingeteilt war und wo das Krematorium II stand (das Krematorium I befand sich im Stammlager) bereits fertiggestellt war. Im Laufe des Jahres 1943 wurde der Bauabschnitt II (B11) fertiggestellt, in dem das Krematorium III und sechs Wohnlager, von B11a bis B11f, errichtet wurden; ebenso wie das Effektenlager („Kamda“), das für Kleidung etc. der Gefangenen diente, die an verschiedene Nationalitäten verteilt wurden (Wertgegenstände an die Reichsbank), die Einlaufs- und Badeanstalt („Sauna“) usw. Als erstes wurde das Lager B11e eröffnet und dort im Februar 1943 ein Lager für Sinti und Roma eingerichtet. Zwischen dem 26. Februar 1943 und dem 21. Juli 1944 wurden insgesamt in der Baracke 20 967 Menschen untergebracht. Es war 1 700 wurden sofort, wegen angeblichem Flecktyphusverdacht, vergast und tauchen nicht in der Lagerkartei auf. Ungefähr am 5. April 1944 wurde nach 9 000 Sinti und Roma, von denen ein Teil in andere Lager verlegt wurde (die ersten sind am 2. August 1944 in das KZ Buchenwald transportiert worden), das in Birkenau verbleibenden wurden verlegt. „2. Aug. 1944. Um 19 Uhr wurde im Zigeunerlager B11e in Birkenau Lager-sperre angeordnet. Gleichzeitig kamen Lastautos und eine Gruppe SS-Männer vorfahren, die die Zigeuner zu liquidieren hatte. 2 897 wehrlose Frauen, Kinder und Männer wurden in die Krematorien gebracht, wo man sie vergasteführte, die anfangs auf 1 000 reduzierte hatte. 2 897 wehrlose Frauen, Kinder und Männer wurden in die Krematorien gebracht, wo man sie vergasteführte.“ (9) Mit dieser Aktion wurde das Sinti- und Roma-Lager beendet, nachdem zuvor von der SS etwa 20 000 Sinti und Roma umgebracht wurden.

Das Lager B11f war als Häftlingskrankenhaus vorgesehen und galt als „Wartesaal zum Krematorium“. Das Lager B11d war für männliche Häftlinge, die in verschiedenen Arbeitskommandos beschäftigt waren, errichtet. Die Durchschnittsbelegschaft betrug dort in den Jahren 1943/44 etwa 13 000 Häftlinge. Im Lager B11b wurde ein Familienlager für Juden aus dem Ghetto in Theresienstadt eingerichtet. Von diesen jüdischen Familien wurden alle vergast, die letzten 7000 Männer, Frauen und Kinder am 11./12. Juli 1944, außer 75 Menschen, die Ärzte oder Zwillinge waren, an denen der Lagerarzt SS-Hauptsturmführer Josef Mengele Experimente durchführte, und 3 080 junge Männer und Frauen, die in andere KZ überführt wurden.

Im Juni 1944 wurde im Bau des Lagers B11g und auf dem noch nicht fertiggestellten dritten Bauabschnitt (B111), „Mektka“, in dem das vierte und nicht mehr ganz beendete fünfte Krematorium entstand, ein Durchgangslager für jüdische Frauen eingerichtet, die vergast oder in Arbeitslager gebracht werden sollten. Die SS-Ärzte Josef Mengele und Heinz Tibbo führten dort wahlweise Selektionen durch, von denen kleinere Gruppen neben den Öfen der Krematorien II und III erschossen wurden. Ende September 1944 wurde dieses Lager von der SS liquidiert, indem innerhalb von 10 Tagen in den Gaskammern über 40 000 jüdische Frauen umgebracht wurden.

### Die Beteiligung der deutschen Konzerne an den Verbrechen in Auschwitz

In den Jahren 1942 bis 1944 wurden 40 Nebenlager des KZ-Auschwitz errichtet, die für wirtschaftliche Zwecke des Deutschen Reiches genutzt wurden. Sie unterstützten die Tätigkeit von Fabriken, Bergwerken und Hütten deutscher Konzerne, wie z.B. der IG-Farben, Berghütte, Oberschlesische Hydrierwerke AG, Energieversorgung Oberschlesien AG, Hermann-Göring-Werke, Siemens-Schuckert, Rheinmetall-Borsing, Deutsche Reichsbahn.

28 der 40 Nebenlager arbeiteten direkt oder indirekt für die Rüstungsindustrie. „Neun Lager entstanden neben Werken der Hütten- und Metallindustrie, sechs bei Stenokohlegruben, sechs bei Werken der chemischen Industrie, drei bei Fabriken der Leichtindustrie, zwei beim Bau von Elektrokräften, eins bei einem Werk der Baustoffindustrie und eins bei einer Fabrik der Lebensmittelindustrie.“ (10)



Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Arbeiter in Buhwe, Budy, Hermere, Pawy und in Rajko verrichteten auf Anordnung Himmlers landwirtschaftliche Arbeiten. Die im Sommer befindlichen Handwerksbetriebe wurden im Jahre 1941 zum Unternehmen der SS unter dem Namen „Deutsche Ausrichtungswerke“ (DAW) ausgebaut, die Reparaturaufträge der Wehrmacht erhielten.

**IC-Farben**  
Die wohl umfangreichste Ausbeutung der Häftlinge aus Auschwitz wurde von dem IC-Farben-Konzern (IC Farben AG) durchgeführt. Im Jahre 1941 lieferte der Konzern bei einer 10 bis 12stündigen Arbeit pro Tag und Häftling nur 3 bis 4 Mark an die Lagerleitung. Da die Häftlinge bei Krankheit nur bis zu 14 Tagen von dem Werk beurlaubt wurden, sorgte die SS-Lagerleitung dafür, daß alle Arbeiter innen, die länger als 14 Tage krank waren, sequestriert wurden, um die Produktion nicht zu senken. Das Gas Zyklon B war ein IC-Farben-Produkt und wurde von den Firmen Tesch und Stabenow (Hamburg) und Degesch (Dessau) an das KZ Auschwitz geliefert. Aus den Schiebern eines Angestellten der IC-Farben an das KZ Auschwitz wurde deutlich, daß der Konzern zu Experimenten mit Medikamenten regelrecht Frauen als Sklavinnen aufkaufte.

Im Hinblick auf Experimente und von neuen Schlafmitteln waren wir ihnen dankbar, wenn Sie uns eine Anzahl Frauen besorgen wollten. Wir erhielten Ihre Antwort, sehen jedoch den Preis von 200 Mark pro Frau als übersteigert an. Wir schlugen ihnen einen Preis von höchstens 170 Mark pro Frau vor. Wenn Sie damit einverstanden sind, werden wir die Frauen kommen lassen. Wir benötigen annähernd 150. Die bestellten 150 Frauen erhielten trotz ihrem kümmerlichen Gesundheitszustand werden sie als genügend erachtet. Die Versuche sind vorgenommen worden. Alle Versuchssubjekte sind gestorben. Wir werden Sie in Kürze betreffend einer neuen Lieferung benachrichtigen.“ (11)

Zusätzlich zu den Bananwerken und in Kürze betreffend einer neuen Lieferung benachrichtigen.“ (11)

Zusätzlich zu den Bananwerken unternehmen die IC-Farben in den Außenlagern des KZ Auschwitz die Fürstengrube, die Grube Hekabreck, die Janinagrube (Libiaz) und die Gönnergrube (Liedzy).

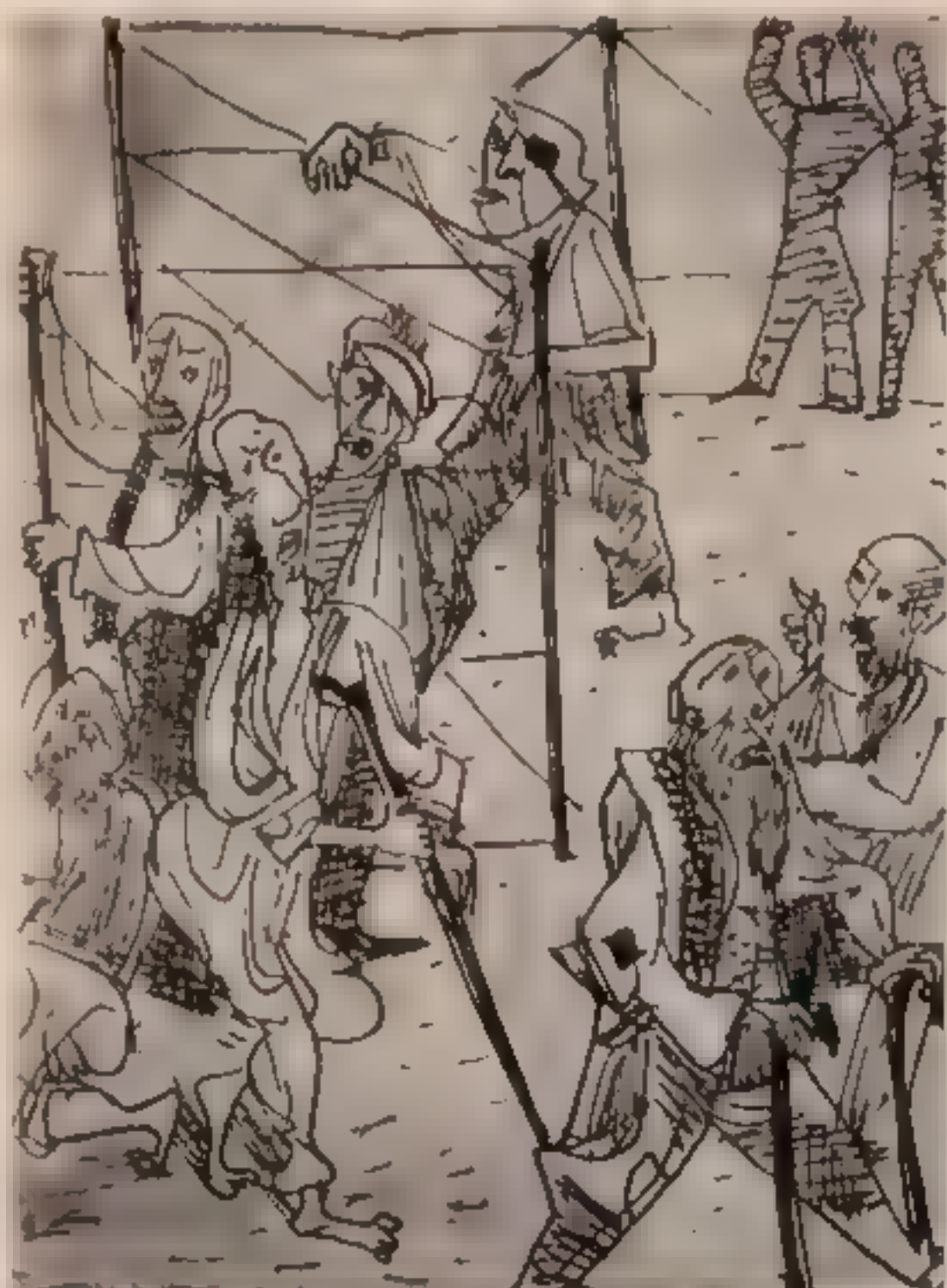
**Krupp**  
Im Jahr 1943 wurde für den Krupp-Konzern eine Halle zur Produktion von Flugzeugteilen und zur Lagerung Granaten im Stammlager fertiggestellt. Im Oktober 1943 übernahm die Firma Westfälische Metallwerke die Fabrikhalle und begann eigene Maschinen und Ausrüstung für Artilleriematerial herzustellen.

**Firma J.A. Topf & Söhne**  
Die vier Krematorien und Gaskammern in Birkenau wurden von dem Juli 1942 von der Erfurter Firma J.A. Topf und Söhne erbaut.

Außer in den KZ Groß-Rosen, Buchenwald, Ravensbrück und dem Lager Uckermark richtete sich der Konzern Siemens in dem KZ Auschwitz Außenlager Bobrek eine Produktionsstätte ein.

In einem Bericht des Siemens-Konzerns heißt es hierzu: „Infolge der starken Schäden, die das Kleinbauwerk der SAH (Siemens-Schuckert-Werke) bei den Luftangriffen vom 3. und 4. September 1943 und vom 22. und 23. November 1943 erlitt und bei denen besonders die gesamten Werkzeuglager zerstört wurden, war das Werk nicht mehr in der Lage, die ihm zugewiesenen Fertigungsprogramme zu erfüllen. Der Sonderbeauftragte für Vorräte im Rahmen der Elektroindustrie im Reichsministerium für Rüstung und Kriegproduktion wies dem Werk aus, daß die Einrichtung des Ausweichbetriebes im Dezember 1943 von den Siemens-Schuckert-Werken in Angriff genommen werden mußte.“ (12)

Außerdem hat Siemens die größten Elektromotoren mit umfangreichen Blockanlagen geliefert, die das schnelle Abtragen des Gases aus den Gaskammern möglich machten. Nur damit konnten zeitlich hintereinander Massen von Menschen vergast werden. Aus einem Brief der beiden ehemaligen Auschwitz-Häftlinge, Roger Pollson und Georges Gallot, an einen Freund vom 20.8.1947 wird ersichtlich, daß noch mehr Anlagen in den Gaskammern von Siemens stammten. „... Ja, mein Kamerad Georges Gallot und ich haben in den Krematorium III und IV viele Menschen verschwinden lassen, sowohl für die Gaskammern als auch für die gesamten elektrischen Anlagen der Lager Auschwitz und Birkenau viel



Ernst Janko, Juden im Konzentrationslager Janów (1942)

Siemens-Material benutzt wurden ist, so z.B. vergitterte Wandarmaturen, Schalt-Tafeln, Schalter, Transformatoren, Verteilungsdosen, Rohrschellen usw. ...“ (13). Ebenfalls wurde eine im Jahre 1944 in Auschwitz errichtete Desinfektionsanlage von Fachleuten des Siemens-Konzerns erbaut.

## Die Ankunft der Häftlinge im Lager

## Die Ankunft der Häftlinge im Lager

Die meisten in das KZ-Auschwitz eingelieferten Menschen waren vorher in jassen anderer KZ, Ghettos, Durchgangslagern und Gefängnissen gewesen, was Spuren von Hunger, Torturen und Krankheiten hinterließ. Die mit Eisenbahntransporten angekommenen Häftlinge stiegen an der Lager Rampe aus, die sich in der Nähe der Wohnblocks des KZ-Auschwitz I befand. 1942 wurde eine zweite Rampe für Transporte von zur Vernichtung bestimmten Juden eingerichtet, die „Judenrampe“. Von diesen Transporten kam nur ein geringer Teil nach der Selektion ins Lager und wurde dort registriert, die meisten wurden sofort vergast. Ab Mai 1944 wurden Eisenbahntransporte auf einer besonderen Rampe entladen, die sich im KZ Birkenau, zwischen dem Abschnitt BI und BII befand. Die Transporte in Lastkraftwagen wurden gewöhnlich am Lagerort an die SS übergeben. Die Transportierten trafen zu unterschiedlichen Zeiten, am Tag und in der Nacht, ein, fortwährend seit der Existenz des Lagers und auch als bereits ab August 1944 die verstärkte Liquidierung des Lagers begann.

Ein jüdischer Arzt, Gordon Jakob aus Wilna, ehemaliger Häftling in Auschwitz mit der Nr. 92627, berichtete über die Fahrt nach und die Ankunft in Auschwitz: „Die Liquidierung des Ghettos in Gdansk wurde am 19.1.1943 begonnen und dauerte 5 Tage. Am frühen Morgen des 21.1. kamen deutsche Gendarmen in meine Wohnung und trieben mich samt meiner Familie auf die Straße. Dort fand sich bereits eine größere Gruppe von Juden. Auf der Straße, rundherum, war eine riesige Menge Leichen zu sehen, erschossen von Deutschen — Männer, Frauen und Kinder. Wir wurden zu dem großen Gebäude der Synagoge geführt, wo sich bereits einige tausend Personen befanden. Kurz danach wurden wir aus dem Gebäude geführt, in Fünfer-Reihen aufgestellt und mit starkem Konvoi zu der Station Łódź geföhrt, wo bereits ein Zug wartete, zusammengesetzt aus rund 35 Waggons. Wir wurden zu je 120 Personen in ein Waggon geladen. Es war so eng, daß nur ein Teil der Leute sitzen konnte, die Restlichen mußten stehen. Im Waggon fanden wir einige Laibe Brot und etwas Wurst. Auf jeden entfiel mehr oder weniger 1/2 kg Brot und 25 g Wurst. Wasser gab es dagegen nicht. Auf dem Weg hatten wir sehr aufgrund des Durstes. Die Deutschen im Konvoi schossen auf die Bauern, welche uns Wasser oder Schneereiben wollten. In der Nacht des

22.1.43 kamen wir in Auschwitz an. Der Zug hielt an der Rampe in Birkenau. Unter unmenschlichen Schreien — „raus, los, schneller! und schrecklichen Schlägen wurden wir zum Verlassen der Waggon gezwungen. Packchen, Koffer, Ranten mußten sofort auf den Boden fallen gelassen werden. Alle Neuankommen wurden in einer Kolonne hingestellt, die sehr schnell in 4 Gruppen einsortiert wurden: Erstens waren es junge und gesunde Männer, vorgesehnt zur Arbeit ins Lager. Die zweite Gruppe setzte sich aus jungen Mädchen im Alter von 16-20 Jahren zusammen, ebenfalls zum Arbeiten im Lager vorgesehen. Die dritte Gruppe setzte sich aus zu alten oder zu jungen Männern zusammen. Die vierte endlich, die größte Gruppe, setzte sich aus Frauen mit Kindern und älteren Frauen zusammen. Unser Transport zählte 3.650 Personen. Aus ihm wurden in die erste Gruppe ausgewählt, Männer zum Arbeiten im Lager — 265 Personen; in die zweite Gruppe: Frauen zum Arbeiten im Lager — rund 800 Personen. Die Restlichen über 3.000 Leute wurden in Lastwagen geladen und, wie sich später herausstellte, zum Krematorium geföhrt, wo sie vergast und verbrannt wurden. Unter den sofort nach der Ankunft Vergasteten waren meine Frau, Sohn, Mutter und Vater. Ich und mein Bruder trafen im Lager ein.“ (14)

## Die Einteilung der Häftlinge im Lager und der Tagesablauf

Hanna Karpel, ein weiblicher Häftling aus Auschwitz, berichtete in ihren „Erinnerungen“, was mit den zur Arbeit ausgesuchten Menschen weiter geschah: „Es folgte das „Baden“. Das ging so, daß die nackten, frierenden Menschen, ohne Rücksicht auf die Jahreszeit, die ganze Nacht hindurch draußen oder in den Baracken gehalten wurden und von Zeit zu Zeit mit kaltem Wasser übergossen wurden. Handtücher gab es nicht, man mußte an der freien Luft „trocknen“. Die Folgen so eines Badens waren unzählige Erkältungen, Lungenentzündungen und andere Krankheiten. Danach folgte das Rasieren. Die Frisuren, in der Mehrzahl keine Fachkräfte, rasierten ungeachtet, vor allem mit stumpfen, verrosteten und dreckigen Werkzeugen. Rasiert wurde sehr genau, nicht nur die Kopfhaare, sondern auf dem ganzen Körper, ohne die Schamhaare auszulassen. Die Frauen mußten sich diese Prozedur von den männlichen Frisuren gefallen lassen. Da ebenfalls Rasierseife fehlte, hatten alle Rasierten am Körper lauter schmerzende Wunden und Kratzer. Zusätzlich folgte noch dem Rasieren noch die Desinfektion — das Zwangswaschen in der dreckigen chemischen Lösung „Saprolan“; als nächstes das Abwischen der rasierten Stellen mit schmutzigen Lappen, vollgesogen mit dem stinkenden Mittel „Cupress“. Als Resultat so einer Desinfektion entstanden bei den Unglücklichen schmerzende Enzyme und ansteckende Hautkrankheiten.“ (15)

Nachdem die Häftlinge verlaute Kleider und Holzparolen bekamen, wurden ihnen Nummern einblasiert. Anschließend kam die Einteilung nach Winkel-Farben. Die wesentlichsten dieser Kennzeichnungskategorie waren: ein rotes Dreieck kennzeichnete politische Häftlinge, ein grünes Dreieck bekamen sog. Betrüger, die schwarze Dreieck stand für sog. „asoziale“ Häftlinge (ASO), zu denen z.B. Prostituierte, Sinti und Roma gehörten, die Bibelforscher bekamen einen violetten und Homosexuelle einen rosa Winkel. Juden erhielten bis Mitte 1944 einen gelben Stern, danach einen gelben Streifen. Auf diese Winkel wurde der erste Buchstabe der Nation der jeweiligen Person geschrieben. Die Nationalitäten der Häftlinge waren sehr unterschiedlich, darunter u.a. Belgier, Bulgaren, Deutsche, Franzosen, Griechen, Italiener, Jugoslawen, Polen, Russen, Tschechen, Ungarn. Die größte Gruppe stellten Juden und Polen.

Nach diesen gesamten Maßnahmen wurden die Häftlinge in die sog. Quarantäne gebracht, die angeblich vor Epidemien schützen sollte, jedoch bei dem mehrwöchigen Aufenthalt nichts anderes als einen zweiten Selektionsort darstellte. Diejenigen, die von dort ins Lagerhospital im Block BII kamen, wurden auch früher oder später in die Gaskammern geschickt. Das Krankmelden war somit eine Vorstufe zum Krematorium. Die Selektion in der Quarantäne BIIa wurde von den SS-Ärzten Helmerson, Thiele, Koenig und Mengele durchgeführt. Als Resultat dieses Quarantänebesuches überlebten dort nur 10% aller Häftlinge, um bei der nächsten Gelegenheit doch in die Gaskammern geschickt zu werden oder auf eine andere Weise zu sterben. Jeder folgende Tag im Lager konnte den Tod bringen.

Die miserablen Wohnverhältnisse waren eine Ursache für viele Epidemien und Infektionskrankheiten. In Mauer- und Holzbaracken und Pferdeställen schleppten die Häftlinge auf dreckigen Holzprischen mit je drei Strohsäcken (oft auch direkt auf den Holzbohlen), auf denen wiederum zwei oder mehr Häftlinge schliefen. Die Baracken wurden im Durchschnitt mit der doppelten Anzahl an Häftlingen als vorgesehen vollgestopft, in z.B. Baracken für 700 Personen wurden 1.400 untergebracht. „Durch die in den Baracken herrschende Feuchtigkeit, die undichten Dächer und das von den an ständigem Hungerdurchfall leidenden Häftlingen verunreinigte Stroh verschlechterten sich die ohnehin schon unerträglichen Wohnbedingungen noch mehr. Das war umso schlimmer, da es aufgrund bestehender Vorschriften nicht erlaubt war, nachts die Türen zu öffnen und zu lüften. In den Baracken wimmelte es von Ungeziefer und die im Lager grassierenden Ratten belästigten die Schlafenden und nagten an den Leichen. Hinzu kam ein ständiger Wassermangel und das Fehlen entsprechender sanitärer Einrichtungen.“ (16)

Die nichtpassenden Holzparolen als Schuhwerk hatten an den Füßen, wegen Avitaminose und allgemeiner Auszehrung, eiternde Wunden zur Folge, an denen die Häftlinge starben oder wegen Arbeitsunfähigkeit selektiert wurden.

Die Lebensmittellieferungen waren auf jeder Ebene, quantitativ und qualitativ, zum Leben unzureichend. Die täglichen Mahlzeiten setzten sich z.B. aus dünner wässriger Kohlrabensuppe und Kaffeeersatz zum Mittagessen und saurem harten Brot mit etwas Marmelade und Kräuterauflauf zum Abendessen zusammen. Morgens erhielten die Häftlinge lediglich etwas zu trinken. Nicht nur, daß die Lebensmittel oft verschimmelt und alt waren, hinzu kam noch das Stehlen der Nahrung durch SS-Männer und Funktionshäftlinge, die damit den Häftlingen die so wieso kargen Normationen kürzten.

Der Tagesablauf begann mit dem Wecken um 4 Uhr morgens und dem „Frühstück“. Es folgte der Lagerappell, bei dem ebenfalls Selektionen stattfanden. Danach ging es, unter Begleitung des sich in allen drei Teilen des KZ Auschwitz befindlichen sog. Lagerorchesters, zu der etwa elfstündigen schweren Arbeit, bei der SS-Männer mit scharf dressierten Hunden Wache hielten und zum schnelleren Arbeiten antrieben. Von diesem Arbeiten konnten viele nicht mehr lebend zurück. Ab ca. 21 Uhr war Nachtruhe und keiner durfte die Baracke verlassen.

## Die Ausrottung

Ein wirksames Mittel zur Vernichtung von Häftlingen war Arbeit. Die Zahl der von Industriebetrieben aufgekauften Häftlinge stieg von 6.000 1942 auf 41.000 1944. Die Norm der täglichen Arbeit überschritt bei weitem die phy-

siologischen Möglichkeiten der Häftlinge, die dabei noch ständig geschlagen wurden. Von 25.000 Arbeitern, welche im Frühjahr 1944 in Buna arbeiteten, starben 1.223 durch Erschöpfung beim Buna-Werk, 1.547 kamen nach Birkenau in die Gaskammern, weil sie nicht mehr arbeitsfähig waren.

Alle Häftlinge, die während der Arbeit oder an anderen Orten etwas verloren, was den SS-Männern je nach Laune nicht paßte, bekamen eine Packung von „Strafen“, die nichts anderes als Folterungen waren und zur Abschreckung der anderen Häftlinge öffentlich auf dem Appellplatz durchgeführt wurden. Es gab die Prügelstrafe, die auf einem Block mit Knütteln ausgeführt wurde und beim Geschlagenen etwage und faulige Platz- und Schlagwunden hinterließ. Beim sog. Pfahlbuden, bei dem der Häftling mit nach hinten gedrehten Armen, ohne den Boden zu berühren, an einen Pfosten gehängt wurde, war Schüttelschmerz die Folge. Im Block II von Auschwitz waren Stieh- und Wasserzellen eingerichtet, in denen tagelang ohne Bewegung und mit minimaler Luftzufuhr, ausgeharrt werden mußte. Beim Einschließen von mehreren Häftlingen in eine Zelle waren Erstickungen oft die Todesursache. Auch beim Straf exerzieren, dem „Sport“, starben viele Häftlinge aufgrund ihres völlig erschöpften Zustands.

Eine weitere Variante der Strafe war die Isolierung der Häftlinge durch Verlegung in die „Strafkompanie“ für mehrere Wochen und Monate. Das Aufsichtspersonal der Kompanie, die SS-Männer Gerlach, Siernberg, Mol, Ruf und Umlauf wam den Kapos, sorgte dafür, daß es um Verpflegung, Wohnen und Arbeiten dort noch schlimmer bestellt war als im restlichen Lager, daß dort noch mehr schikaniert wurde. Josef Krejchiliderie in seinem Bericht: „Ein Tag in der Strafkompanie“ die dortigen Zustände: „In Finsternis standen wir vor dem Block. Ein SS-Mann gab den Befehl zum Abmarsch. Man brachte uns nach Birkenau, wo sich seit April die Strafkompanie befand. Der SS-Mann Mol war ein Fachmann der Zermürbungspsychologie. Einer so großen Gruppe mußte er eine breit angelegte Methode der Zerrüttung anpassen. Er bemühte sich, die einen körperlich zu zerbüteln, die anderen seelisch. Es war, als

psychologie. Einer so großen Gruppe mußte er eine breit angelegte Methode der Zerrüttung anpassen. Er bemühte sich, die einen körperlich zu zerbüteln, die anderen seelisch. Es war, als eine ganz eigenartige Experimentalpsychologie, deren sich die SS im Lager bediente, mit dem Ziel, die Häftlinge zu Tode zu quälen. Auf der anderen Seite (des Grabens) ging Moll vorüber. Sein Erscheinen bei der Arbeit zeigte Schlimmes an. Kurz darauf erhoben sich auf dem ganzen Arbeitsabschnitt von 400 Meier Länge schreckliche Schreie. Alle Stöcke, Stangen und Ochsenzäune waren in Bewegung. Rasende Wut hatte die von Moll aufgetriebenen Kapos erfüllt. Bestürzung und Todesangst lagen auf den Gesichtern aller Häftlinge, die die letzten Kräfte aus sich herausholten, um das rasende Tempo auszuhalten, das ihnen die Kapos aufzwangen, und so den schmerzenden Hieben zu entgehen. Wieder macht sich mich an die Arbeit. Der Blick versuchte jene schrecklichen Bilder zu meiden, um keine Peiniger und Gegenmitleid zu sehen. Altes war einem hier verkehrt, was mit den Menschen in Verbindung stand. ... Aber wie konnte ich meinen Blick abwenden, da man doch neben mir die Toten aus dem Teufel und aus dem Graben vorbeischießen? ... Sein größtes Vergnügen (des Kapos Sepp) nach der Arbeit war, Häftlinge mit dem Lasso zu fangen und sie im Hof herumzuführen. Heute hatte er sich einen von den Häftlingen ausgesucht, die Ziegel zerschlagen. Er warf ihm die Schlinge um den Hals und brachte ihn in zuckenden Schreie, daß er die Kameraden mit dem Fuß stieß. Nach einigen solchen Umherführungen schnüßte der Häftlinge in die Leichengasse neben der Latrine. Heute ging es mit dem Häftling zu schnell zu Ende, folglich fing er einen zweiten und begann mit diesem das gleiche Spiel.“ (17)

Die härtesten Strafen waren der Tod durch Verhungern, der oft nach Fluchtversuchen verhängt wurde, und die Hinrichtungen nach Fluchtversuchen, Fluchthilfe und vor allem bei politischer Arbeit im Lager. Etwa 20.000 Menschen wurden in Auschwitz erschossen — oft wurden sie davor noch gefoltert. Frauen wurden dabei z.B. in Henzin getauchte Tümpfen eingeföhrt und angezündet. Die Hinrichtungsstätte war ein durch zwei Mauern abgegrenzter Hof zwischen den Blocks II und 10 im Stammlager. Vor einer schwarzen Wand war Sand zum Aufwaschen des Blutes gestreut. Die Hinrichtungen durch Erhängen wurden im Liegen zum Erschießen öffentlich

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

vorgenommen. Alle Hingerichteten wurden in den Krematorien verbrannt. Aufgrund der unzureichenden Hygiene und unzureichender Ernährung waren viele Krankheiten unter den Häftlingen verbreitet, von denen die häufigste der Hungerdurst (ab) war, von dem im Winter 1942 und 1943 80% der Häftlinge in Birkenau betroffen waren. Die Erscheinungen dieser Krankheiten waren der Schwund von Verdauungsfunktionen, Auszehrung des Organismus und rascher Gewichtsverlust. Die skelettförmigen Häftlinge starben oft noch vor der Selektion. Außerdem arbeiteten die Häftlinge massenhaft an Flecktyphus (monatlich mehrere hundert und tausende), Malaria, Krätze, Flegronien usw. Die „Beseitigung“ der Krankheiten erfolgte, in dem die Kranken vergast wurden.

### Medizinische Experimente

Zusätzlich waren die Menschen im Lager Experimenten — im Namen der Wissenschaft — von SS-Ärzten und deutscher chemischer Industrie ausgesetzt. Im Block Nr. 10 von Auschwitz I führte der SS-Arzt Carl Clauberg Sterilisationsversuche an Frauen durch, um Methoden zur Massensterilisation von zur Vernichtung vorgesehenen Völkern zu testen. Dazu wurden Experimente an 400-500 jungen jüdischen Frauen zwischen dem 16. und 30. Lebensjahr durchgeführt. Bei den Frauen wurde mit chemischen Substanzen von der Schering Werke eine Verstopfung der Eileiter hervorgerufen und die Wirkung von eingespritzten Kontrastmitteln in der Gebärmutter und den Eileitern untersucht, was zu starken Schmerzen führte. Der SS-Arzt Schuma in sterilisierte Frauen durch Verbrennung der inneren Organe mit Röntgenstrahlen und kastrierte sie anschließend, indem er die Eileiter entfernte. Im Block Nr. 21 machte der SS-Arzt Wirthus diese Operationen. Röntgenstrahlen wurden auch Männer mit nachfolgender Entfernung der Hoden ausgesetzt. Nur wenige der Häftlinge überlebten diese Experimente. Ein Teil starb sofort, die anderen wurden mit Phenol abgespritzt oder in die Gaskammern geschickt. Weitere Versuche machte der SS-Arzt Josef Mengele an lebenden sowie an eigens mit Phenol gebliebenen Zwillingen aus den Familienlagern der Sinij und Roma und Juden aus Theresienstadt, in dem er die Organe ineinander verglich. Er arbeitete dabei mit dem Institut für Rassenbiologische und Anthropologische Forschung in Berlin zusammen. Im Auftrag von Arzneimittelfirmen erprobten die SS-Ärzte neue Medikamente an oft extra infizierten Personen, z.B. an den mit Flecktyphus erkrankten Menschen

### Gaskammern und Krematorien

#### Gaskammern und Krematorien

Die Gaskammern in den Krematorien IV und V bestanden aus der „Garderober“, der Gaskammer, den Einrichtungen für die Frisur- und Zahnpflege und einem Buffet für die SS-Männer. Die Gaskammern sollten einem Duschraum gleichen und hatten an der Decke Öffnungen, in die das Zyklon B geschüttet wurde. Der Tod erfolgte, in dem die Blausäure den Sauerstoffaustausch zwischen Blut und Gewebe unterbrach. Die Zeitdauer der Vergasung konnte auf fünf Minuten beschränkt werden. Im Jahr 1944, als die meisten Tausende in die Menschen zur Vergasung nach Auschwitz geschickt wurden, erreichte die Zahl der Vergasungen an einem Tag, dem 28.6.1944, 24.000. In dem gesamten Jahr 1944 wurden vergast: 600.000 Juden aus Ungarn, 690.000 Franzosen (auch Juden), 70.000 Juden aus dem Ghetto in Lodz, 40.000 Juden aus Bessarabien, 30.000 Juden aus Theresienstadt, 43.000 Juden aus Saloniki, 30.000 Juden aus Athen. (18)

Nach der Vergasung wurden den Frauen die Haare abgeschnitten und die Leichen nach Gold- und Platinzähnen, sowie Schmuck durchsucht. Die Haare wurden zu 50 Pfennig pro Kilo an deutsche Textilfirmen als Material zur Herstellung von Vogelfederhaarfärbemittel verkauft. Die Firma „Alex Zink“ in Rott befand sich ebenfalls unter den Abnehmer. Gold- und Platinzähne wurden sofort in Stäbe geschmolzen und nach Berlin geschickt.

Nach dem Fleddern kamen die Leichen zur Verbrennung in die Krematorien, in denen pro Stunde mindestens 750 Metektonen verbrannt werden konnten. Der Leiter der Krematorien war von 1942 bis 1943 SS-Hauptsturmführer Otto Mühl (im Dachau-Prozess zum Tode verurteilt). Viele Häftlinge, wie das Entfernen der Leichen aus den Gaskammern usw. wurde den Häftlingen eines zusammengestellten



Pierre Mendès, Der Transport (Buchenwald, 1943)

„Sonderkommandos“ aufgezogen. Diese Häftlinge wurden nach einer gewissen Zeit umgebracht, weil sie zu viel gesehen hatten und damit für die SS zu gefährlich wurden.

Falls die Zahl der Vergasungen, wie im Sommer 1944, die Kapazitäten der Krematorien überstieg, wurden die Menschen in Gruben — oft noch lebend — draußen verbrannt. „Schreien und Weinen der lebendig Verbrannten verbreitete sich im ganzen Lager. Nachts war es im Lager von den hochbrennenden Flammen aus den Öfen der Krematorien und den unten in Flammen stehenden Gruben hell. Die Last der brennenden Körper drückte auf die Luft in der Brust, das Schreien der Vergast und Verbrannten, dicke Rauchwolken über dem ganzen Lager, und zwischen dem allem, im Vordergrund der toten Feuerflammen — wilde Bestiengebrüll, tobende SS-Männer, in welchen sich die Blut-Raserei ausbreitete — das Bild des Inferno, das sich für immer in die Gedanken der Zeugen, dieser furchtbaren germanischen „Walgungsländchen“ eingezeichnete.“ (aus: *Das Inferno*, das sich für immer in die Gedanken der Zeugen, dieser furchtbaren germanischen „Walgungsländchen“ eingezeichnete. Ein Zeuge dieser Szenen, Arbeiteraktivist aus Krakau, Cyrankiewicz, beschreibt so im Rapport an die PPS (Polnische Sozialistische Partei — Anna AK) seine Erfahrungen in dieser Hölle. Henker der Hitler-SS gerieten außer sich, werden zu bestialischen, halb-wahnsinnigen, wilden Tieren, falls wilde Tiere so überhaupt bedroht werden können — morden mit fieberhafter Schnelligkeit, bevor noch die Nachricht in Ungarn und hinter der Grenze ankam, verloren völlig das Bewusstsein über die Verantwortung. (19)

### Widerstand in Auschwitz

Jede nur geringste politische Beteiligung wurde in Auschwitz mit dem Tod bestraft, so daß es nur sehr schwer möglich war, organisierten Widerstand aufzubauen. Dennoch gelang es im Laufe der Jahre, trotz ständig wechselnder Lagerhäftlinge (wegen Tod oder Verlegung), mehrere Kampfgruppen zu errichten.

Eine der ersten organisierten Gruppen bildeten polnische politische Häftlinge in der zweiten Hälfte des Jahres 1940. In der Gruppe waren Mitglieder der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), der „Roten Pfadfinder“ und der Kommunistischen Partei Polens (KPP), die über Zivilarbeitslager im „Interessengebiet“ mit einigen polnischen Städten Verbindung herstellen konnten. Die meisten Aktivisten dieser Gruppe starben oder wurden in den Jahren 1941-43 ermordet. Aktivitäten entwickelten auch ehemalige polnische Berufsoffiziere etc., die Kleidung und Nahrungsmittel organisierten und einigen Häftlingen auf Flucht verhelfen. Seit dem Herbst 1941 organisierten sich auch rechte polnische Anhänger der „Nationalradikalen Partei“

und des „Nationalradikalen Lagers“, deren zwei Hauptinitiatoren 1942/43 von der SS umgebracht wurden. Ende 1941 wurde von diesen Gruppen die Bildung einer gemeinsamen vereinigten Kampfgruppe mit einheitlicher Leitung beschlossen. Die Leitung übernahmen Rybarski, Dubois, Moysdorf, Pilecki und Rawicz (im August 1942 nach Mauthausen überführt), den später Julius Gilewicz (1943 erschossen) ersetzte. Als die Lagerbehörden 1943 eine Reihe von Offensivaktionen gegen die Organisation des Widerstands unternahmen, wurde die gesamte Leitung zerschlagen. Bei Massenevakuierungen von Personen, die illegale Tätigkeit verdächtigt wurden, erschoß die SS am 25. Januar 1943 51 und am 11. Oktober 54 Häftlinge. Dennoch entstand im Stammlager 1943 wieder eine linke polnische Gruppe mit u.a. Josef Cyrankiewicz und Tadeusz Holuj. Auch in Birkenau formierte sich eine Gruppe mit u.a. Alfred Fiedorowicz und Tadeusz Borowski, die Kontakte zu der Gruppe im Stammlager hielten und durch verstärkte Medikamentenversorgung im Stammlager vielen Häftlingen das Leben retteten. Im Frauenlager bildete sich im Sommer 1943 ebenfalls eine Untergrundorganisation mit Stanisława Rachwałowa, Antonia Piarkowska, Helena Hofman usw., die mit den Gruppen im Stammlager in Verbindung standen. Trotz der Gruppen, die oft große politische Widersprüche untereinander hatten, bestand unter den vielen polnischen Häftlingen ein auf fallend starker Ansturm und Chauvinismus gegenüber anderen Nationalitäten. Tadeusz Holuj (Mitglied der KPP) berichtete: „Es gab in Auschwitz keine französischen, belgischen, norwegischen oder andere Faschisten, — es gab dagegen polnische Faschisten. Der Hitlerismus, wie jeder Imperialismus, bediente sich der Methode der Gewinnung der einen Nationalität gegen andere. Das passierte überall, sehr oft im Lager ...“ (20)

Seit 1942/43 entstanden auch andere nationale Gruppen. Als eine der ersten begann 1942 die österreichische Gruppe mit Mitgliedern der Internationalen Brigaden, Kommunisten und Sozialdemokraten zu wirken. Den Kern bildeten Hermann Langhein, Ernst Burger, Alfred Klehr, Heinz Dürmayer, Ludwig Sosnowski u.a., die vor allem im Lagerkrankenbau tätig waren. Ebenfalls seit 1942 konstituierte sich eine französische Gruppe mit Georges Varennes, Roger Abada, Eugene Gagner und Roger Pelissou in der Leitung. Seit Januar 1943 gehörten dazu auch die Franzosen im Frauenlager, Danielle Casanova (Mai 1943 an Typhus gestorben), Mlle Politzer, Raymond Salez u.a. Mit der französischen Gruppe arbeitete eine belgische Zelle unter der Leitung des Kommunisten Berliner

Eine russische Gruppe in Birkenau und im Stammlager bestand aus dem Kern Wiktor Iwanow, Walerin Silyn, Iwan Mitrow u.a., mit denen

die Frauen Nina Gusewa, Antona Trynd, Shenna Saritschewa u.a. zusammen arbeiteten. Eine jüdische Gruppe bestehend aus etwa 300 Personen versetzte sich im Sonderkommando aus u.a. Zalmen Gradowski, Jankiel Handelsmann und kaminski zusammen, die am 7. Oktober 1944 einen Aufstand organisierten. Seit 1943 existierte auch eine deutsche Gruppe mit Mitgliedern der KPD und SPD und anderen Antifaschisten. Ihre Aktivitäten waren Bruno Baum, Ludwig Wörl, Karl Lill, Stefan Heymann u.a. Im Frauenlager waren Orly Reichert, Judith Dürmayer, Gerda Schneider u.a. tätig. Auch eine tschechische Gruppe mit den Mitgliedern Emil Panewic, Jan Cepivy, Milan Nedved u.a. und den Frauen Helena Sozinska, Vera Polynowa, Vlasta Kladivova u.a. arbeitete im Lager. Genauso wie die jugoslawische Gruppe mit den Frauen Norka Vokunovic, Stefka Stieber, Jelena Vasiljevic u.a.

Im Mai 1943 wurde beschlossen, eine internationale Organisation, die „Kampfgruppe Auschwitz“, zu gründen. Die Initiative ging von der österreichischen Gruppe aus, in die Leitung wurden aufgenommen: Josef Cyrankiewicz, Tadeusz Holuj, Ernst Burger, Hermann Langhein, Heinz Dürmayer und Ludwig Sosnowski. Nach der Überweisung Langheins am 24. August 1944 in das KZ-Neuengamme hinzu. Nach der mäßigen Flucht von Burger am 30. Dezember 1944 im Lager gehängt wurde Bruno Baum in die Leitung aufgenommen. Die Widerstandsgruppe in Monowitz hatte eine eigene Leitung mit u.a. Stefan Heymann

### Die „Kampfgruppe Auschwitz“

Die Formen des Widerstandes in Auschwitz waren:

- Beschaffung von Medikamenten und Lebensmitteln,
- Dokumentation faschistischer Verbrechen, die an den Häftlingen verübt wurden,
- Vorbereitung von Fluchtversuchen aus dem Lager,
- Sabotageakte,
- Überzeugung der Häftlinge zum aktiven Widerstand,
- Benutzungen, Funktionsposten im Lager mit politischen Häftlingen zu besetzen,
- Liquidierung von Spitzeln, die für die Lagerführung arbeiteten,
- Vorbereitung eines Aufstandes im Lager (21)

Eine Lösung, die als erste im Stammlager verbreitet wurde, war, alle zur Vergasung geführten Menschen, an der Eisenbahnkreuzung Oberschlesien-Krakau, zur Massenflucht zu bewegen, da sie sowieso nichts mehr zu verlieren hatten. In den Reihen von Juden fand sie Anklang und führte zur Sammlung neuer Aktivisten. Um die Kampfer zu richtigen Folgerungen zu bewegen, wurden Nachrichten aus Polen und Krakau (datiert 1944) gesammelt und Rundfunk (datiert aus Landliche Sender) gesammelt und mündlich weitergegeben, die beim Vorücken der sowjetischen Armee auch neuen Mut geben konnten.

Hilfsaktionen wurden auf der Ebene von Nahrungsbeschaffung aus der SS-Küche, SS-Lazarett, Truppenversorgungs-lager, Schlachthof usw. organisiert, die mit dem Auftrag alles zu stehen, was nur möglich war, durchgeführt wurden. So konnten viele Hungernde mit etwas mehr Nahrung versorgt werden. Polen und Tschechen, u.a. Nichtjuden, die Pakete empfangen durften, wurden Hungernde zugeleitet, die sie verspeisten. Trotz des lange nicht gedeckten Bedarfs an Lebensmitteln, konnten einige Häftlinge noch erleben, daß es auch in diesem Todeslager so etwas wie Solidarität gab.

Um Selektionen (vor allem an Juden vorgenommen) zu vermeiden, die oft gerade die über 50 Jahre alten Häftlinge trafen, wurde der Blockschreiber beauftragt, die „Kartekarten“ dieser Häftlinge zu fälschen. Bei der Sammlung zur Selektion konnten durch Hilfe einige Häftlinge über das Desinfektionsgebäude entweichen, was u.a. dem Knapo in der Desinfektion, Alfred Pomihus, einem deutschen Kommunisten, zu verdanken war. Zur Organisation von bewaffnetem Widerstand wurden auf den Metall betriebenen Zangen mit isoliertem Handgriff zum Zerschneiden des elektrischen Lagerzauns beschafft. Schußwaffen wurden von draußen oder von korrupten SS-Leuten besorgt. Wichtig war Sprengstoff, der von den in der Union Werkhülle arbeitenden Frauen, in Brot gewickelt, beschafft wurde. Dieses Material wurde unter dem Dach des Desinfektionsgebäudes aufbewahrt. Die Wache diente während der Wachverteilung der Informationsvermittlung, indem Aufträge in 2 H

Zahnposten oder in Sicherungspatronen versteckt wurden.

Da bekannt war, daß die Häftlinge des „Sonderkommandos“ regelmäßig vergast wurden, organisierten sich im August 1944 einen bewaffneten Aufstand. Einmalig wurden Waffen beschafft. Am 7. Oktober 1944 wurde die Nachricht, daß wie der ein großer Teil von ihnen vergast werden sollte. Die Leitung unserer Gruppe im Sonderkommando trat im Krematorium III zusammen, um zur Lage Stellung zu nehmen. Der Oberkapo — ein deutscher krimineller Bandit — kam dazu und drohte mit einer Anzeige bei der SS. Nach einem Wortwechsel wurde kurz darauf der Bandit erschossen und in die Flammen geworfen. Nun gab es kein Zurück mehr.

Das Krematorium wurde in Brand gesteckt, die Waffen aus dem Versteck geholt — und in wenigen Minuten raste der Aufstand von 600 Häftlingen durch diesen Teil des Lagers. Kaum eine Viertelstunde dauerte es und die Postenkette war durchbrochen, wobei einige Posten getötet, andere geflohen waren. Eine große Vorwärtsherrschaft herrschte in einem Teil des Lagers. In einer solchen Situation gelang es den Aufständischen bis in den Raum von Budz vorzustoßen, was etwa 6 km vom Lager entfernt liegt. Erst hier wurden sie von größeren SS-Verbänden gestoppt und bei diesem Knäuel, bis auf wenige, die entkommen konnten, vernichtet. Das mutige Sterben der Kämpfer vom Sonderkommando trug — abgesehen von seiner symbolischen Bedeutung — mit dazu bei, daß die Zusammenhänge zwischen Juden und nichtjüdischen Häftlingen aus den verschiedenen Ländern vertrauensvoller wurde, denn hier war ein stichbares Beispiel gegeben, daß Juden kämpfen können. Viele von der Russenheit der Nazis injizierte Polen und Deutsche hatten bis dahin nicht geglaubt. (22)

Verbindungswege gab es nach draußen meistens nur einseitig aus dem Lager hinaus über heimlich abgeschickte Briefe. Aber auch innen die Nachrichten in besonders präparierte Kerzen eingeschmolzen, in Zigaretten eingeklebt, in Fußfederhüllen, Schlüssel usw. gesteckt wurden. Mit einem selbstinsabierten Kurzwellengerät wurden Nachrichten über die Massenmorde an die Öffentlichkeit gesendet. Jedoch erst Mitte 1944 wurde in einem ausländischen Sender ein Aufruf der KZ-Häftlinge veröffentlicht. Von diesem Zeitpunkt an wurden im Lager verstärkt Artikel und Berichte über die Zustände verfaßt. In Krakau veröffentlichten mit der Gruppe in Auschwitz in Kontakt stehende Widerständler, die Zeitung „Auschwitzer Echo“, die im Lager geschrieben wurde. Sie berichtete über Morde von SS-Männern.

Insgesamt wurde etwa 700 Häftlingen zur Flucht verholfen, von denen 400 aber wieder gefaßt wurden. Als die Liquidierung des Lagers auf vollen Touren lief und die Häftlinge massenhaft umgebracht oder in andere Lager

400 aber wieder gefaßt wurden. Als die Liquidierung des Lagers auf vollen Touren lief und die Häftlinge massenhaft umgebracht oder in andere Lager gebracht wurden, beschloß die Auschwitz-Gruppe, einigen Personen zur Flucht zu verhelfen, um außerhalb des Lagers und an der sowjetischen Front Nachrichten zu verbreiten. Am 29. Oktober 1944 fuhren Ernst Burger, Zyzyk Raynoch und Benedikt Brzezina in einem Lastwagen mit einem SS-Fahrer, den sie vorher für sich gewonnen hatten, aus Auschwitz hinaus. Dann aber sogleich wieder ins Lager zurück, zum Bunker II. Dort wartete die Gestapo bereits, denn der SS-Fahrer war ein Verräter und erhielt dafür das Kriegsverdienstkreuz mit zusätzlich 14-tägigem Urlaub. Die beim Fluchtversuch ergriffenen Widerständler nahmen alle noch am gleichen Tag Gift (Überhaupt gab es in Auschwitz viele Selbstmorde). Raynoch starb daran und die anderen wurden am 30. Dezember öffentlich gehängt. „Nach während der Verlegung der Leiche führte man den ersten Kameraden, einen Polen, unter die Schlinge. „Es lebe Polen!“, rief er. Der Henker schlug ihm ins Gesicht. „Es lebe der Sozialismus!“, rief der zweite. „Es lebe die Sozialunion!“, der dritte. ... Der letzte war Viktor Waschek. „Es stieg er auf eine Rednertribüne trat er auf den Schemel und rief mit seiner jugendlichen Stimme: „Nieder mit der braunen Horden!“ „Es lebe die Freiheit!“ (23)

Am 6. Januar 1945 hängte die SS noch vier jüdische Frauen aus Polen, die von Spitzeln verraten wurden, aus der Betriebs-Union für den Aufstand des Sonderkommandos Sprengstoff zu haben

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

Dall es selbst in Auschwitz Widerstand gibt, zeigt die Schwäche des menschenfeindlichen Nationalsozialismus selbst dort, wo dieser am stärksten war." (24) „Auschwitz war für uns die eine harte Schule, wohl die härteste, die je Menschen durchgehen mußten. Als wir das Lager verlassen konnten, wir es selbst nicht zu werden, daß wir lebend davon gekommen waren. Aber viele, nur zu viele haben wir dort lassen müssen. Sie sind dem Profit der IG-Farben, der Krupp, der Siemens und vieler anderer monopolistischer Unternehmen zum Opfer gefallen, und sie starben furchtbarsten Todes. Daran sollten wir, die der Hölle von Auschwitz entkommen sind, immer denken und nicht ruhen, bis die Urheber der Verbrechen ihre gerechte Strafe erhalten haben und ihre Unternehmen in die Hände des Volkes überführt sind." (25)

## Die Befreiung des Lagers

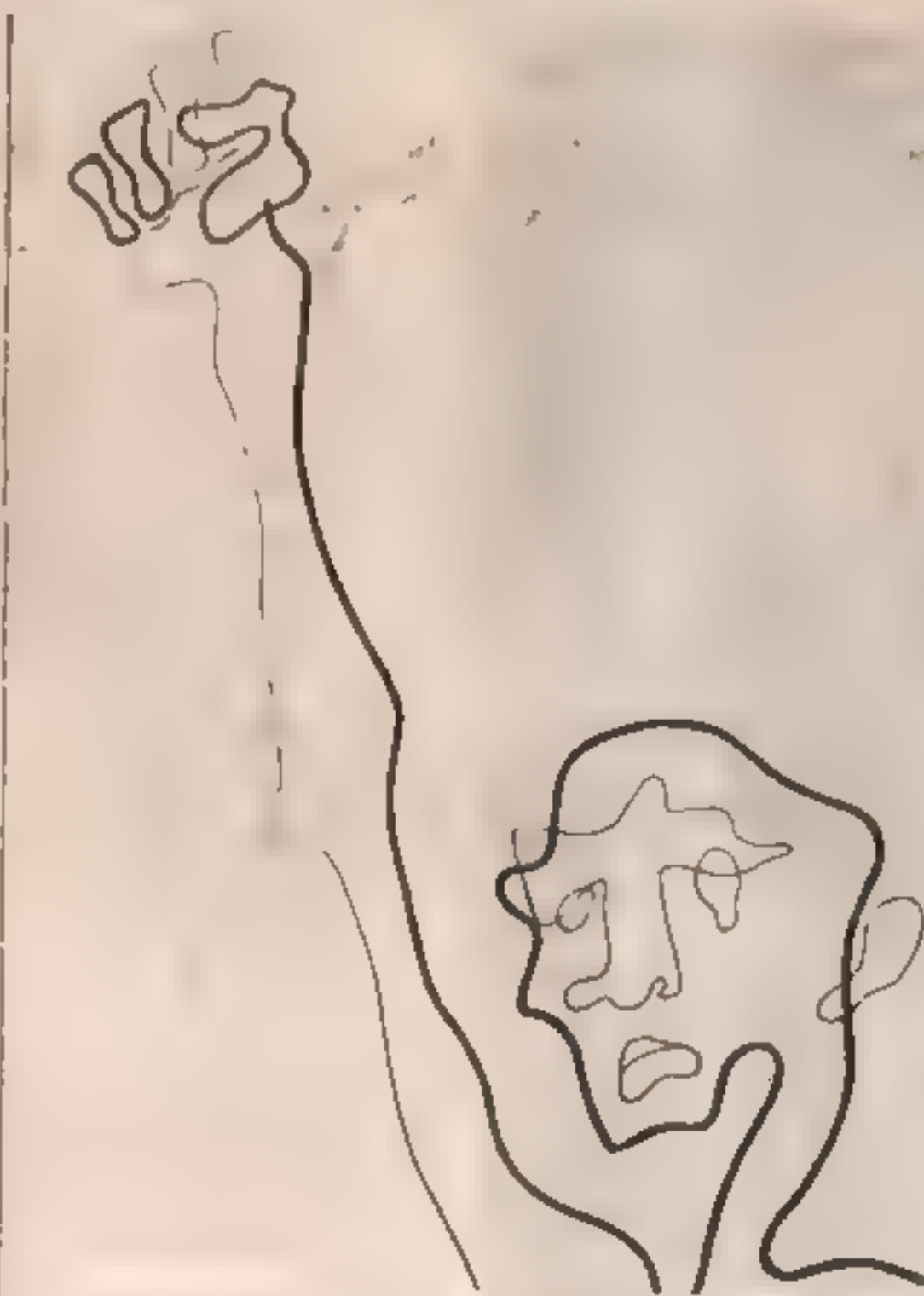
Aufgrund der Niederlagen der deutschen Wehrmacht an der Ostfront und dem Vorrücken der sowjetischen Armee wurde von zentralen Behörden des Dritten Reiches eine Liquidierung des Lagers verordnet. Die Befreiung des Konzentrationslagers Majdanek (in Lublin) am 24. Juli 1944 durch die sowjetische Armee und die Verhaftung von SS-Leuten führte dazu, daß bereits Ende Juli 1944 die Politische Abteilung des Lagers in Auschwitz mit der Vorbereitung von Namenslisten von in Gaskammern umgebrachten Personen, Karthäuten und Dokumenten aufging. Im August 1944 wurde von der SS-Lagerleitung die Liquidierung des Lagers begonnen, was bedeutete, daß die Häftlinge in Gaskammern umgebracht und teilweise in andere KZ transportiert wurden. Im Oktober wurde der Ausbau des Stammlagers in Auschwitz und des Barackenkomplexes III in Birkenau (die Baracken des III) kamen ins KZ Groß-Rosen unterbrochen und der geplante Ausbau des Abschnittes B IV nicht angefangen. Die Demontage des Krematoriums IV setzte ein. Bis zum Jahresende 1944 wurden die Gaskammern der neuartigen I und die Häftlinge der Krematorien I und III ins KZ Gross-Rosen transportiert.

Die Vergasungen wurden im November eingestellt und die Gräben mit verbrannten Leichen mit Grassoden bedeckt.

Am 17. Januar 1945 traten 67 012 männliche und weibliche Häftlinge zum letzten Appell an. Davon 39 894 Personen in Birkenau und 35 118 Personen in den Lagern von KZ Monowitz. Am 18. Januar wurde im Stammlager die letzte Nummer (202 499) an einen deutschen sog. Berufsverbrecher vergeben. Alle zum Fußmarsch fähigen Häftlinge aus Auschwitz und Birkenau wurden bis zur Ortschaft Wodzislaw Slaski getrieben und dann in andere KZ gebracht. Auch Häftlinge aus dem KZ Monowitz mußten Strapazen über sich ergehen lassen. Von den insgesamt 88 000 evakuierten Personen starben viele auf dem Weg vor Erschöpfung oder wurden gleich erschossen. Im Lager wurden ca. 8 000 kranke Häftlinge ohne Nahrung zurückgelassen. Es bestand der Plan, das Lager mit den Kranken in die Luft zu sprengen. Da aber der sowjetische Vormarsch schnell herannah, zog es die SS vor, sich aus dem Lager zu machen. Trotz dem waren die Zurückgebliebenen fast noch ermordet worden, weil am 25. 1. 1945 um 16 Uhr am noch eine Gruppe von etwa 120 Gestapo-Leuten im Lager in Gasse in dem Vorhaußen alle Häftlinge zu erschießen. Im letzten Augenblick wurden sie aber von zwei Gestapo (1) zieren zum schnellen Verlassen des Lagers aufgefordert, da ein sowjetischer Panzerverband die hinteren deutschen Linien durchbrechen hatte und die Wege zu versperrten drohte. So verließen diese 120 Gestapo-Leute zwei Stunden früher als vorgesehen das Lager. Nur deshalb überlebten die Häftlinge.

Am 27. Januar 1945 befriete die 60. Armee der UdSSR die Front des KZ Auschwitz und fand 1 210 Menschen im Stammlager, etwa 4 000 Frauen und 1 000 Männer in Birkenau sowie 630 Personen in Monowitz, d.h. etwa 7 640 Menschen, noch lebend vor. Insgesamt hat die Lagerleitung des KZ Auschwitz über 400 000 Personen ermordet (darunter in andere KZ Überwiesene aus dem KZ Auschwitz bei Leina Personen) — 1,7% der insgesamt etwa 4,5 Millionen ermordeten Menschen.

Dr. Hm.



Bialas Wagner, Auschwitz (Polen, 1946)

Die Abbildungen dieses Artikels stammten aus Janet Blatner, Sybil Milton, Art of the Holocaust, New York 1981

## Anmerkungen

- (1) Danuta Czech, Tadeusz Iwaszko u.a. Auschwitz, Hamburg 1980, S. 102.
- (2) Am 1. Dezember 1934 wurde Rudolf Höß zum Dienst in Konzentrationslagern berufen. Innerhalb von vier Jahren wurde er vom SS-Unterscharführer zum SS-Hauptsturmführer befördert. Zunächst Leiter des KZ Sachsenhausen, wurde er am 4. Mai 1940 zum Kommandanten des KZ Auschwitz ernannt. Die ersten Pläne zur Errichtung des Konzentrationslagers in Auschwitz wurden im November 1934 erstellt. Er wurde kommissarischer Chef des Amtes D in der Gruppe Amt I der SS WVHA. Am 2. April 1942 wurde er durch ein Urteil des Obersten Nationalgerichtshofes in Krakau zum Tode verurteilt.
- (3) Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ Majdanek. Am 22. Dezember 1947 wurde er vom Obersten Nationalgerichtshof in Krakau zum Tode verurteilt.
- (4) Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ Majdanek. Am 22. Dezember 1947 wurde er vom Obersten Nationalgerichtshof in Krakau zum Tode verurteilt.
- (5) Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ Majdanek. Am 22. Dezember 1947 wurde er vom Obersten Nationalgerichtshof in Krakau zum Tode verurteilt.
- (6) Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ Majdanek. Am 22. Dezember 1947 wurde er vom Obersten Nationalgerichtshof in Krakau zum Tode verurteilt.
- (7) Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ Majdanek. Am 22. Dezember 1947 wurde er vom Obersten Nationalgerichtshof in Krakau zum Tode verurteilt.
- (8) Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ Majdanek. Am 22. Dezember 1947 wurde er vom Obersten Nationalgerichtshof in Krakau zum Tode verurteilt.
- (9) Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ Majdanek. Am 22. Dezember 1947 wurde er vom Obersten Nationalgerichtshof in Krakau zum Tode verurteilt.
- (10) Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ Majdanek. Am 22. Dezember 1947 wurde er vom Obersten Nationalgerichtshof in Krakau zum Tode verurteilt.
- (11) Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ Majdanek. Am 22. Dezember 1947 wurde er vom Obersten Nationalgerichtshof in Krakau zum Tode verurteilt.
- (12) Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ Majdanek. Am 22. Dezember 1947 wurde er vom Obersten Nationalgerichtshof in Krakau zum Tode verurteilt.
- (13) Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ Majdanek. Am 22. Dezember 1947 wurde er vom Obersten Nationalgerichtshof in Krakau zum Tode verurteilt.
- (14) Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ Majdanek. Am 22. Dezember 1947 wurde er vom Obersten Nationalgerichtshof in Krakau zum Tode verurteilt.
- (15) Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ Majdanek. Am 22. Dezember 1947 wurde er vom Obersten Nationalgerichtshof in Krakau zum Tode verurteilt.
- (16) Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ Majdanek. Am 22. Dezember 1947 wurde er vom Obersten Nationalgerichtshof in Krakau zum Tode verurteilt.
- (17) Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ Majdanek. Am 22. Dezember 1947 wurde er vom Obersten Nationalgerichtshof in Krakau zum Tode verurteilt.
- (18) Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ Majdanek. Am 22. Dezember 1947 wurde er vom Obersten Nationalgerichtshof in Krakau zum Tode verurteilt.
- (19) Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ Majdanek. Am 22. Dezember 1947 wurde er vom Obersten Nationalgerichtshof in Krakau zum Tode verurteilt.
- (20) Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ Majdanek. Am 22. Dezember 1947 wurde er vom Obersten Nationalgerichtshof in Krakau zum Tode verurteilt.
- (21) Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ Majdanek. Am 22. Dezember 1947 wurde er vom Obersten Nationalgerichtshof in Krakau zum Tode verurteilt.
- (22) Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ Majdanek. Am 22. Dezember 1947 wurde er vom Obersten Nationalgerichtshof in Krakau zum Tode verurteilt.
- (23) Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ Majdanek. Am 22. Dezember 1947 wurde er vom Obersten Nationalgerichtshof in Krakau zum Tode verurteilt.
- (24) Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ Majdanek. Am 22. Dezember 1947 wurde er vom Obersten Nationalgerichtshof in Krakau zum Tode verurteilt.
- (25) Seit dem 11. Mai 1944 bis zur Befreiung des Lagers war SS-Sturmbannführer Richard Baer Kommandant von Auschwitz. Später wurde er Kommandant des KZ Majdanek. Am 22. Dezember 1947 wurde er vom Obersten Nationalgerichtshof in Krakau zum Tode verurteilt.

Der Fall des SS-Judenvernichters Alois Brunner, mit dem sich das britische antisemitische Magazin „searchlight“ in seiner Dezember-Nummer (1984) beschäftigt, gehört zu den hochrangigsten Nazi-Verbrechen der 1940er und 1950er Jahre in arabischen Staaten in engen Beziehungen zu den entsprechenden Regierungen aufgenommen, mit Poeten und Schriftstellern versehen wurden. Neonazistische Kontakte, die etwa der libanesischen Fatange oder Teilen der PLO nachgesagt wurden und werden, stehen, soweit etwas daran ist, in dieser Tradition. Ein gesuchter und verurteilter NS-Kriegsverbrecher bis heute regierungsge schützt in Syrien — das allerdings ist außergewöhnlich und gleichrangig skandalös wie das Unterschleppen eines SS-Verbrechers in Mongolei in Paraguay (oder wo sonst er sich gerade aufhalten mag). Das in Art. kollektive Schreien der „searchlight“-Redaktion an die Adressen der syrischen Regierung ist im übrigen bis heute — einen Monat später — unbeantwortet. Sollte die syrische Regierung sich auch gegenüber Anfragen aus der BRD so laub stellen?

## NS-Verbrecher von Syrien geschützt? Eichmann-Gehilfe Alois Brunner in Damaskus vermutet

### Brunners SS-Verbrechen

Ein Nazi-Kriegsverbrecher lebt unbehindert in Damaskus und steht unter Schutz der syrischen Regierung. Der gebürtige Österreicher Alois Brunner war Adolf Eichmanns rechte Hand bei der Durchführung der „Endlösung“ an den europäischen Juden. Während Eichmann selbst als großer Schreibtischtäter der Welt gelten muß, waren Brunners Hände viel direkter blutbeschmiert.

Während der NS-Besetzung der Sowjetunion gehörte Brunner einem der Sonderkommandos der SS an, im Range eines Obersturmbannführers. Seine Brutalität in Minsk und anderen osteuropäischen Städten verschaffte ihm in den Augen seiner SS-Vorgesetzten einen Ruf, so daß er 1943 auf die jüdische Einwohnerschaft von Saloniki (Griechenland) losgelassen wurde. Als Ergebnis wurden 46 091 Juden in die Todeslager verfrachtet, die nur wenige überleben sollten. Augenzeugen erinnern sich an ihn als einen Mann, der leicht zu Peitsche griff. Oft hatte er eine Pistole in jeder Hand, um auf schreiende Frauen und Kinder zu schießen.

1944 wurde Brunner nach Frankreich versetzt, in das Konzentrationslager in Drancy in der Nähe von Paris. Dort übernahm er die gesamte Lagerleitung. Die Tausende französischer Juden, welche dorthin geschickt wurden, um nach Auschwitz weitertransportiert zu werden, wurden von Brunner in Empfang genommen. Klaus Barbie, dem zur Zeit in Frankreich wegen Kriegsverbrechen der Prozess bevorsteht, war einer der besten Judenfänger in den französischen Provinzen, als die Alliierten in der Normandie landeten und auf Paris vordrangen.

So sehr war Brunner von der Erfüllung seiner humanen Aufgabe für die „Endlösung“ überzeugt, daß er als die

So sehr war Brunner von der Erfüllung seiner humanen Aufgabe für die Gaskammern besessen, daß er, als die Alliierten oswärts vorrückten, SS-Offiziere, die nur noch daran dachten sich aus dem Staub zu machen und ihre Haut zu retten, bestachen haben soll, die verbliebenen Juden in Drancy in drei Viehwaggons zu pferchen, die an den letzten SS-Zug gelang, wurden der noch die Region Paris verlassen konnte. Diese Deportation dürfte wohl niemand überleben haben.

Während andere längst dabei waren sich zu verstecken oder unterzutauchen, eilte Brunner nach Ungarn, wo die jüdische Bevölkerung es durch gewagte Manöver jüdischer Widerstandskämpfer erreicht hatte, bis in die letzten Monate des Krieges zu überleben. Brunner und Eichmann waren durch die Warnung vor zu erwartenden Vergeltungsmaßnahmen der Alliierten bestochen, beschworen und eingeschüchelt worden, schließlich aber blieb Brunner seinem NS-Gelohnen treu und schickte die Juden Ungarns doch in den Tod in polnische KZs.

### Geschäftsmann in Ägypten

Nach dem Krieg war Brunner denen, die Kriegsverbrecher aufspürten, besetzt bekannt, als sein Vorgesetzter Eichmann, weil er sich nicht wie dieser hinter einem Schreibtisch verschaukelte gehalten hatte.

1946 wurde sein älterer Bruder ebenfalls Angehöriger eines SS-Mordkommandos, in Österreich zum Tode verurteilt. Alois dagegen war verschwunden, um Anfang der 50er Jahre zusammen mit dem Ex-General Otto Ernst Remer in Ägypten wieder aufzutreten. Gemeinsam und im Heineke-Dritten in der BRD gründete sie die Orient Trading Company (ORAC), die „offiziell“ mit Waffenhändlern Remer stand in der BRD bereits wegen Neonazi-Aktivitäten auf der Fahndungsliste. Beide wechselten bald nach Damaskus über, wo Brunner sich im Dienst des damaligen syrischen Präsidenten Amin Hafez nützlich machte.

### Als „George Fischer“ in Damaskus

Zu dem Zeitpunkt hatte Brunner den Namen George Fischer angenommen, den er bis heute führt.

In Syrien soll er für den Staatssicherheitsdienst gearbeitet und für diesen eine teuflische Folterungsmaschinerie entwickelt haben.

1962 wurde er mit einem geplanten Mordanschlag auf den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Nahum Goldmann, in Verbindung gebracht. Brunner soll einen Libanesen nach Wien geschickt haben, der den Anschlag organisieren sollte. Das Eingreifen des westdeutschen Geheimdienstes vereitelte den Plan; eine Reihe von BRD-Neonazis war in die Affäre verwickelt. Im Sommer 1982 versuchten Serge und Beate Klarsfeld, auf der Spur des Nazis ihn zu stellen, indem sie in Damaskus seine Anwesenheit in Frankreich verlangten wollten (wo er in Abwesenheit wegen seiner Beteiligung an den Deportationen zum Tode verurteilt worden ist). Serge Klarsfeld, der für die Aufspürung Klaus Barbies verantwortlich war und dessen Vater einer der durch Brunner Deportierten war, wußte, daß Brunner mit Sicherheit noch in Syrien war. Die syrische Regierung erteilte Klarsfeld keine Einreise-erlaubnis.

Anfang 1983 lebte ein Reporter der „Londoner Times“, Robert Fisk, nach Damaskus und versuchte Brunner persönlich zu sprechen. Laut Fisk bestritt die syrische Regierung jegliche Kenntnis von Brunner oder „Fischer“. Als Fisk Brunner schließlich jedoch telefonisch erreichte, erklärte er ihm, daß er eine Vereinbarung mit der syrischen Regierung getroffen habe, keine Interviews zu geben.

Brunner wohnt in der George Had-dad Straße in einem ruhigen Viertel

Brunner wohnt in der George Had-dad Straße in einem ruhigen Viertel von Damaskus. Sein Haus wird rund um die Uhr von paramilitärischer Polizei bewacht, die mit Maschinenpistolen bewaffnet ist. Wenn er sich aus dem Haus wagt, wird er stets von bewaffneten Leibwächern begleitet. Vor einigen Jahren erhielt er eine Briefbombe, abgeschickt in Wien, die in seiner Hand explodierte. Er verlor vier Finger und ist angeblich seitdem auf einem Auge blind. Heute scheint das Assad-Regime jedoch sehr gut auf ihn aufzupassen — trotz der Behauptung, daß er nicht für die Regierung arbeite.

### Nachfragen zwecklos?

„searchlight“ wollte von dem syrischen Presseattaché in London wissen, warum seine Regierung diesen Kriegsverbrecher beschützt. Als Antwort wurde verlangt, daß die Frage in schriftlicher Form eingereicht werden müsse, damit sie nach Damaskus geschickt werden könnte. Obwohl auf den Redaktionschluß hingewiesen und der Presseattaché gebeten wurde, die Antwort per Telex einzulassen, bestand er darauf, daß die von ihm verlangte Form eingehalten wurde. Zu hoffen steht, daß eine Antwort im nächsten Monat veröffentlicht werden kann. Mittlerweile tritt Brunners früherer Kompagnon Otto Ernst Remer, in der westdeutschen rechtsextremen Szene zunehmend an die Öffentlichkeit. In einer Serie von Artikeln im „Neonazi-Organ UN (unabhängige Nachrichten)“ propagiert er unbehindert eine Renaissance des deutschen Nationalismus, attackiert Amerika und fordert eine stärkere Einwendung zum westlichen Volk. Seine Gruppe „Die deutsche Freilebungsgruppe“ — Der Bismarck-Deutsche — ist aus seinem Meinen Diktum Bayerns nach München abgewandert. Darunter, wieviel Unterstützung er aus weiter östlicher Ferne und von seinen alten Freunden in Syrien erhält, kann einwärtigen nur spekuliert werden. (beendet aus „searchlight“ Der 84. Zwischenüberschriften: AK)

**DEGESCH**  
G M B H

**ALUMA GmbH**

**HEERDT-LINGLER**  
G M B H

**DEGESCH**  
Technik GmbH

**DGS**

**DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR**  
**SCHALLUNGSBEKÄMPFUNG MBH**

FRANKFURT AM MAIN  
HAMBURG MÜNCHEN DUISBURG BREMEN

Das Verbrechen hat Name  
Anschritt und Gesicht  
(oben) 40 Jahre danach: Der  
ehemalige Zyklon-B-Hersteller  
wird am Frankfurter  
Flughafen Gate B damit  
das Internat onale Pub kum  
weiß, wo es angekommen  
ist. (rechts)



## Der Verteidigungsauftrag der Bundeswehr »Überall und von Beginn an angreifen«

Ende 1983 hatte das „Heilbronner Schriftstellertreffen“, verfaßt von Günter Grass, zur Kriegsdienstverweigerung aufgerufen und damit in der bürgerlichen Presse für Wirbel gesorgt. Die Argumentation des Manifests spiegelt ein Denken in Teilen der Friedensbewegung wider, das ebenso wegweisend wie fragwürdig ist: Die Stilllegung der Pershings II und Cruise Missiles mache die Bundeswehr zum Bestandteil eines Offensivkonzepts, sie werde damit einer aggressiven US-Strategie mitverworfen und um ihren Verteidigungsauftrag „betrogen“. Dies grenze an „nationalen Verrat“. Jedenfalls sei die Frage, ob das „verzerrte NATO-Konzept überhaupt noch im deutschen nationalen Interesse liegt.“ An diesem aber müsse der Widerstand anknüpfen. (1)

Dieser Artikel versucht nachzuweisen, daß die Bundeswehr keineswegs erst jetzt in eine aggressive Strategie „eingebunden“ oder gar ihr „unterworfen“ wird. Sie ist von vornherein mit einer aggressiven Konzeption entworfen worden und hat in der NATO aggressive Komponenten vorangestellt.

Auf „nationale Interessen“ haben sich stets auch die Herrschenden berufen. Und es hat sich gezeigt, daß die „nationalen Interessen“ der BRD in ihrer Geschichte stets expansiv begriffen worden sind — vor allem in Hinblick auf die DDR.

Eine nähere Beschäftigung mit der Bundeswehr kann sich nur lohnen und — hoffentlich — einer nationalistisch angefärbten Optik in der Friedensbewegung entgegenarbeiten.

er geschrieben und wurde 1957 als NATO-Befehlshaber im Bereich Europa (CINCEURF). Dann waren in der Historical Division versammelt die späteren Generalsinspektoren der Bundeswehr Adolf Heusinger (57-61), Heinz Treutner (64-66) und Ulrich de Maizière. De Maizière war Offizier im Polen- und Rußlandfeldzug, dann 44-45 direkt im Führerhunker beschäftigt gewesen. 1951 wurde er von dem Duo Heusinger-Speidel ins Amt Bunk geholt (Vorläufer des Bundesverteidigungsministeriums), wurde Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr (62), Inspektor des Heeres (64) und der Bundeswehr (66). Ferner begannen wir den späteren Inspektoren der Luftwaffe, Josef Kammhuber (57-62) und Werner Panitzki (62-66) den Inspektoren des Heeres Hans Röttiger (57-60) und Albert Schnez (68-71), den Inspektoren der Marine Karl Adolf Zenker (61-67) und Friedrich Ruge (57-61), der an dem Plan der Spindel Rummlachs Weimarsung beteiligt war; dem späteren Inspektor des Bundesgrenzschutzes Gerhard Matzky. Auch Graf Baudissin, der Erfinder der „Inneren Führung“ (trippelnd) „Die Erziehung muß führen zu dem hochqualifizierten harten Kämpfer, der sich aus Einsicht ein- und unterordnet“, war als früherer Wehrmachtsoffizier dabei. Ein Cozanzach ist auch General Adolf Graf von Kiemannsegg (1903-68) CINCENT. Von ihm stammt das Buch „Panzer zwischen Warschau und Aulanuk“ (1941). Darin heißt es über den Krieg in Frankreich:

Im Herzen nur den einen Gedanken, daß dieser Kampf der letzte und

entscheidende sein müsse, daß das deutsche Schwert gezogen wurde, um Frankreich den Todesstoß zu versetzen.

Zum Schluß bekannt er: „Uns erfüllt das überwältigende Bewußtsein, an dieser wahrhaft geschichtlichen Entscheidung kämpfend mitgewirkt zu haben. Wir können nicht, daß wir den Auftrag, den die Gewissheit, Deutschland und der Führer uns gestellt haben, durchführten bis zum Tode, und wir können melden, daß wir bereit sind, genauso den Auftrag durchzuführen, der als einziger noch zwischen uns und der Freiheit steht, die Vernichtung Englands. Keine Anerkennung kann uns eher stützen machen als die des Führers.“ (2)

Kiemannsegg hat auch für seinen Chef Heusinger im OKW die „Gesamtberichte“ zusammengestellt, z.B. Stand 3.4.44, 12.00 Uhr, J. Frankreich: 80 Einwohner erschossen, 20 festgenommen, mehrere Lager und Häuser zerstört, 24 Territorien erobert, 107 festgenommen.

In dieser Heutagalerie ehemaliger Wehrmachtsoffiziere eine Zukunft zu geben, setzten die LSA vor dem Nürnberger Militärgerichtshof durch, daß das Oberkommando und der Generalstab der Wehrmacht nicht als verbrecherische Gruppe oder Organisation zu bewerten sei. Für die SS wäre dies nicht möglich gewesen, und so wurden auch keine SS-Offiziere in die Historical Division aufgenommen.

Wenn bestand nun die Tätigkeit des Generalstabs ohne Truppen? In der Auswertung der Wehrmachtsverfahren, vor allem im Rußlandfeldzug, d.h. des Blitzkriegskonzepts mit be-

weglichen Angriffsoperationen des Heeres, besonders von Panzerverbänden. Diese Erfahrungen wurden so der US-Armee zugänglich und z.B. von TRAXX bei der Erstellung von Air Land Battle verwertet (Air and Battle nennt ausdrücklich das Blitzkriegskonzept als Vorbild).

Natürlich zerbrach man sich in diesen Kreisen auch den Kopf über einen zukünftigen deutschen Wehrbeitrag. Als der Weg zur Wiederbewaffnung lie war. Fante Adenauer einen kompletten Generalstab zusammen, der zu dem schon das grundlegende Konzept der Bundeswehr entworfen hatte: in der „Himmeroder Denkschrift“.

### Die Himmeroder Denkschrift

Im September 1950 ließ Adenauer unter strenger Geheimhaltung ein Gremium mit französischer Experten in dem abgelegenen Eifelkloster Himmerod zu sammeln.

In der frommen Idylle des Klosters begegnete man wieder den nun schon bekannten alten Wehrmachtsoffizieren, darunter die unvermeidlichen Heusinger, Speidel, Kiemannsegg Ruge und Baudissin. Die Gruppe von 13 Offizieren sollte für Adenauer die Bedingungen und Erfordernisse eines westdeutschen Wehrbeitrages analysieren. Ihr Produkt, eben die Himmeroder Denkschrift, gilt als „Mappe Charte“ der Bundeswehr. Die Denkschrift enthält politische, psychologische und militärische Forderungen und Konzepte. (3)

Politisch forderten die Offiziere und Generäle:

— die volle Souveränität der BRD;  
— das Einverständnis der Sozialdemokratie und des DGB damit: „Das Erbe der Landesverteidigung muß das gesamte Volk umfassen.“

— „Kraftvolle Bekämpfung der die Demokratie zersetzenden Elemente, innerer Schutz der anlaufenden Aufbauarbeit, planmäßiger Beginn der Aufrüstungsarbeit im deutschen Volk.“

Auf psychologischem Gebiet ging es um die Ehrenerklärung und Rohabklärung der Wehrmacht und Waffen. „Es ist die Aufgabe jeder, Diffamierung des deutschen Soldaten hinsichtlich der im Rahmen der Wehrmacht seinerzeit eingesetzten Waffen-SS und Maßnahmen zur Umstellung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland“; denn: „Es fehlt in vielen Kreisen noch der Wehrwille.“ (Die Ehrenerklärung erfolgte durch Eisenhower 1951 und durch Adenauer mehrfach). Das operative Konzept der Denkschrift betont Offensive und Beweglichkeit. Natürlich geht auch die Denkschrift über von einem Verteidigungsszenario aus.

„1. Der westeuropäische Raum muß sowohl auswärts wie möglich verteidigt werden.“

4. Die Verteidigung muß, wo immer möglich, offensiv geführt werden. Das bedeutet, daß überall und von Beginn an angegriffen werden muß, wo es durchführbar ist. Daß diese Kampfhandlungen möglichst bald auf ostdeutsches Gebiet vorgetragen werden, muß mit allen Mitteln angestrebt werden. — Zugleich sollten die ersten Einsätze der anglo-amerikanischen Luftwaffe mit Schwerpunkt der Unterstützung des Erdkampfes dienen durch:

— Zugleich sollten die ersten Einsätze der anglo-amerikanischen Luftwaffe mit Schwerpunkt der Unterstützung des Erdkampfes dienen durch Zerschlagung der über die Weichsel laufenden Verbindungen, Niederkämpfen der feindlichen Luftwaffe und Angriffe auf die angreifenden sowjetischen Divisionen selbst. Dagegen werden großangelegte Angriffe nach Rußland mit Ausnahme vom Einsatz der Atomwaffe und Vernichtung des Ölgebietes von Baku voraussichtlich erst erfolgen können, wenn das russische Vorgehen zu Lande zum Stehen gebracht ist. Denn darauf kommt zu nächst alles an. — Auch U-Boote, Schnellboote und Landungsverbände sollten von vornherein im Bereich des nördlichen Eismeres, vor allem aber auch in der Ostsee und im Schwarzen Meer auftreten, um auch ihrerseits den offensiven Charakter zu betonen.“

Dies sind keine Auszüge aus dem Rogersplan. Die Himmeroder Denkschrift zeigt vielmehr, daß strike deep, Air interdiction, Offensive, Counter Air usw. alte Planungen der NATO sind und keineswegs von den USA der Bundeswehr aufgedrückt wurden.

Das Bewaffnungskonzept für das Heer sah dementsprechend 12 Divisionen vor, die sämtlich gepanzert sein sollten. Für weiträumige schnelle Vorstöße gibt es keine bessere Waffe als der Panzer. Die 12 Divisionen des Heeres waren vorzuziehen ein „Planowski Treiber“ und sind noch heute Maßstab. Die totale Panzerung war aber selbst der NATO, besonders Frankreich, damals zuviel, und sie ließ nur eine Kombination von 6 Panzer- und 6 Infanteriedivisionen zu. Die Panzerdivisionen wurden also auch von der NATO als offensiv begriffen!

Erst die Sozialdemokratie mit Apel als BMVig ist dem Traumziel von 1950 so nahe wie möglich gekommen. Mit der „Heeresstruktur 4“ von 1978 wurden 10 Panzer- bzw. Panzergrenadierdivisionen beschlossen (die Bundeswehr hat zudem immer eine Luftlande- und eine Gebirgsjägerdivision). Zudem wurde das Territorialheer gepanzert.

Nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“ argumentierte auch das taktische Lehrbuch der Bundeswehr Ferdinand Maiss von Senger und Esterlin (CINCENT 1979 - 83) schlecht 1944 in „Der Gegenwärtig“. „Der Gegenwärtig schließt normalerweise an die Verteidigung an. Diese Kampfform ist aber auch selbständig oder nach vorhergehendem Vorzögerungskampf denkbar. Sie ist das Ziel, welches es zu erreichen gilt. Ihre Beherrschung wird im Atomkrieg das Unterpfand des Sieges sein.“ (4)

Die offensive Militärdoktrin der Bundeswehr wurde von dem SPD-Vorsitzenden Kurt Schmied als „drücklich unmissbar“ und „gedrückt Schumacher“ (1. September 1984) von SPD-Präsidenten verurteilt. Parte-

### Die Schwarze Bundeswehr

#### Die Schwarze Bundeswehr

Die Geschichte der Bundeswehr beginnt nicht mit den 50er Jahren, geschweige denn mit ihrer offiziellen Gründung 1955. Während Nachkriegspolitikern wie Strauß noch pazifistische Reden hielten, redete kein Mensch davon, daß die Westalliierten unmissbar nach Deutschland zurückgekehrt seien. Ein deutsches militärisches Potenzial, zusammenzufassen — und zwar so weit, daß sie die Erfahrungen der Wehrmacht auswerten konnten und sich eine Basis für eine spätere Reaktivierung einer deutschen Armee erhielten.

Bekannt ist die Tatsache, daß der gegen den Osten gerichtete Nachrichten dienst General direkt übernommen wurde. Weniger bekannt ist, daß in den sogenannten „Dienstgruppen“ bei den westlichen Besatzungsmächten deutsche Kader und Spezialisten zusammengehalten wurden. Diese Dienstgruppen wurden später vom Bundesnachrichtendienst übernommen oder konnten als geschlossene Einheiten in die Bundeswehr übertreten. Sie erreichten zeitweilig eine Stärke von über 200.000 Mann. Fast 1/2 Million Deutsche sind durch diese Dienstgruppen gegangen. Die Truppen hatten einen deutschen Kommandostab, stellten Wachposten, Munitionshüter, Bodenbesetzer der Luftwaffe u.a. Es erfüllte nicht eines gewissen Reizes, daß im deutschen Generalstab — als er die Niederlage abmahnte — ein solches Dienstgruppenkonzept diskutiert worden war — um für bessere Zeiten „überwintern“ zu können.

Vor allem aber gab es die sogenannte HISTORICAL DIVISION beim Hauptquartier der US-Armee. Dort zog die Army 500 hohe Wehrmachtsoffiziere zusammen. Wie man an den Namen sieht, wurde hier ein zukünftiger deutscher Generalstab zusammengehalten. Die Liste wird angeführt von Hans Speidel, Offizier bei Rommel, mit dem zusammen den Plan einer sogenannten „Westlösung“ entworfen hatte, d.h. Waffenstillstand (keine Kapitulation!) mit Eisenhower und Montgomery, Rückführung der deutschen Wehrtruppen hinter einen „Westwall“. Briten und Amerikaner sollten dann Deutschland von Osten, Sowjetunion von Westen her angreifen. Die Westlösung sollte durch die Divisionen gewirkt werden. Ein weiträumiger Plan, der auf solche Kräfte wie Churchill spekulierte. „Wie haben das falsche Schweigen bewahrt.“ (5) (6) (7) (8) (9) (10) (11) (12) (13) (14) (15) (16) (17) (18) (19) (20) (21) (22) (23) (24) (25) (26) (27) (28) (29) (30) (31) (32) (33) (34) (35) (36) (37) (38) (39) (40) (41) (42) (43) (44) (45) (46) (47) (48) (49) (50) (51) (52) (53) (54) (55) (56) (57) (58) (59) (60) (61) (62) (63) (64) (65) (66) (67) (68) (69) (70) (71) (72) (73) (74) (75) (76) (77) (78) (79) (80) (81) (82) (83) (84) (85) (86) (87) (88) (89) (90) (91) (92) (93) (94) (95) (96) (97) (98) (99) (100) (101) (102) (103) (104) (105) (106) (107) (108) (109) (110) (111) (112) (113) (114) (115) (116) (117) (118) (119) (120) (121) (122) (123) (124) (125) (126) (127) (128) (129) (130) (131) (132) (133) (134) (135) (136) (137) (138) (139) (140) (141) (142) (143) (144) (145) (146) (147) (148) (149) (150) (151) (152) (153) (154) (155) (156) (157) (158) (159) (160) (161) (162) (163) (164) (165) (166) (167) (168) (169) (170) (171) (172) (173) (174) (175) (176) (177) (178) (179) (180) (181) (182) (183) (184) (185) (186) (187) (188) (189) (190) (191) (192) (193) (194) (195) (196) (197) (198) (199) (200) (201) (202) (203) (204) (205) (206) (207) (208) (209) (210) (211) (212) (213) (214) (215) (216) (217) (218) (219) (220) (221) (222) (223) (224) (225) (226) (227) (228) (229) (230) (231) (232) (233) (234) (235) (236) (237) (238) (239) (240) (241) (242) (243) (244) (245) (246) (247) (248) (249) (250) (251) (252) (253) (254) (255) (256) (257) (258) (259) (260) (261) (262) (263) (264) (265) (266) (267) (268) (269) (270) (271) (272) (273) (274) (275) (276) (277) (278) (279) (280) (281) (282) (283) (284) (285) (286) (287) (288) (289) (290) (291) (292) (293) (294) (295) (296) (297) (298) (299) (300) (301) (302) (303) (304) (305) (306) (307) (308) (309) (310) (311) (312) (313) (314) (315) (316) (317) (318) (319) (320) (321) (322) (323) (324) (325) (326) (327) (328) (329) (330) (331) (332) (333) (334) (335) (336) (337) (338) (339) (340) (341) (342) (343) (344) (345) (346) (347) (348) (349) (350) (351) (352) (353) (354) (355) (356) (357) (358) (359) (360) (361) (362) (363) (364) (365) (366) (367) (368) (369) (370) (371) (372) (373) (374) (375) (376) (377) (378) (379) (380) (381) (382) (383) (384) (385) (386) (387) (388) (389) (390) (391) (392) (393) (394) (395) (396) (397) (398) (399) (400) (401) (402) (403) (404) (405) (406) (407) (408) (409) (410) (411) (412) (413) (414) (415) (416) (417) (418) (419) (420) (421) (422) (423) (424) (425) (426) (427) (428) (429) (430) (431) (432) (433) (434) (435) (436) (437) (438) (439) (440) (441) (442) (443) (444) (445) (446) (447) (448) (449) (450) (451) (452) (453) (454) (455) (456) (457) (458) (459) (460) (461) (462) (463) (464) (465) (466) (467) (468) (469) (470) (471) (472) (473) (474) (475) (476) (477) (478) (479) (480) (481) (482) (483) (484) (485) (486) (487) (488) (489) (490) (491) (492) (493) (494) (495) (496) (497) (498) (499) (500) (501) (502) (503) (504) (505) (506) (507) (508) (509) (510) (511) (512) (513) (514) (515) (516) (517) (518) (519) (520) (521) (522) (523) (524) (525) (526) (527) (528) (529) (530) (531) (532) (533) (534) (535) (536) (537) (538) (539) (540) (541) (542) (543) (544) (545) (546) (547) (548) (549) (550) (551) (552) (553) (554) (555) (556) (557) (558) (559) (560) (561) (562) (563) (564) (565) (566) (567) (568) (569) (570) (571) (572) (573) (574) (575) (576) (577) (578) (579) (580) (581) (582) (583) (584) (585) (586) (587) (588) (589) (590) (591) (592) (593) (594) (595) (596) (597) (598) (599) (600) (601) (602) (603) (604) (605) (606) (607) (608) (609) (610) (611) (612) (613) (614) (615) (616) (617) (618) (619) (620) (621) (622) (623) (624) (625) (626) (627) (628) (629) (630) (631) (632) (633) (634) (635) (636) (637) (638) (639) (640) (641) (642) (643) (644) (645) (646) (647) (648) (649) (650) (651) (652) (653) (654) (655) (656) (657) (658) (659) (660) (661) (662) (663) (664) (665) (666) (667) (668) (669) (670) (671) (672) (673) (674) (675) (676) (677) (678) (679) (680) (681) (682) (683) (684) (685) (686) (687) (688) (689) (690) (691) (692) (693) (694) (695) (696) (697) (698) (699) (700) (701) (702) (703) (704) (705) (706) (707) (708) (709) (710) (711) (712) (713) (714) (715) (716) (717) (718) (719) (720) (721) (722) (723) (724) (725) (726) (727) (728) (729) (730) (731) (732) (733) (734) (735) (736) (737) (738) (739) (740) (741) (742) (743) (744) (745) (746) (747) (748) (749) (750) (751) (752) (753) (754) (755) (756) (757) (758) (759) (760) (761) (762) (763) (764) (765) (766) (767) (768) (769) (770) (771) (772) (773) (774) (775) (776) (777) (778) (779) (780) (781) (782) (783) (784) (785) (786) (787) (788) (789) (790) (791) (792) (793) (794) (795) (796) (797) (798) (799) (800) (801) (802) (803) (804) (805) (806) (807) (808) (809) (810) (811) (812) (813) (814) (815) (816) (817) (818) (819) (820) (821) (822) (823) (824) (825) (826) (827) (828) (829) (830) (831) (832) (833) (834) (835) (836) (837) (838) (839) (840) (841) (842) (843) (844) (845) (846) (847) (848) (849) (850) (851) (852) (853) (854) (855) (856) (857) (858) (859) (860) (861) (862) (863) (864) (865) (866) (867) (868) (869) (870) (871) (872) (873) (874) (875) (876) (877) (878) (879) (880) (881) (882) (883) (884) (885) (886) (887) (888) (889) (890) (891) (892) (893) (894) (895) (896) (897) (898) (899) (900) (901) (902) (903) (904) (905) (906) (907) (908) (909) (910) (911) (912) (913) (914) (915) (916) (917) (918) (919) (920) (921) (922) (923) (924) (925) (926) (927) (928) (929) (930) (931) (932) (933) (934) (935) (936) (937) (938) (939) (940) (941) (942) (943) (944) (945) (946) (947) (948) (949) (950) (951) (952) (953) (954) (955) (956) (957) (958) (959) (960) (961) (962) (963) (964) (965) (966) (967) (968) (969) (970) (971) (972) (973) (974) (975) (976) (977) (978) (979) (980) (981) (982) (983) (984) (985) (986) (987) (988) (989) (990) (991) (992) (993) (994) (995) (996) (997) (998) (999) (1000) (1001) (1002) (1003) (1004) (1005) (1006) (1007) (1008) (1009) (1010) (1011) (1012) (1013) (1014) (1015) (1016) (1017) (1018) (1019) (1020) (1021) (1022) (1023) (1024) (1025) (1026) (1027) (1028) (1029) (1030) (1031) (1032) (1033) (1034) (1035) (1036) (1037) (1038) (1039) (1040) (1041) (1042) (1043) (1044) (1045) (1046) (1047) (1048) (1049) (1050) (1051) (1052) (1053) (1054) (1055) (1056) (1057) (1058) (1059) (1060) (1061) (1062) (1063) (1064) (1065) (1066) (1067) (1068) (1069) (1070) (1071) (1072) (1073) (1074) (1075) (1076) (1077) (1078) (1079) (1080) (1081) (1082) (1083) (1084) (1085) (1086) (1087) (1088) (1089) (1090) (1091) (1092) (1093) (1094) (1095) (1096) (1097) (1098) (1099) (1100) (1101) (1102) (1103) (1104) (1105) (1106) (1107) (1108) (1109) (1110) (1111) (1112) (1113) (1114) (1115) (1116) (1117) (1118) (1119) (1120) (1121) (1122) (1123) (1124) (1125) (1126) (1127) (1128) (1129) (1130) (1131) (1132) (1133) (1134) (1135) (1136) (1137) (1138) (1139) (1140) (1141) (1142) (1143) (1144) (1145) (1146) (1147) (1148) (1149) (1150) (1151) (1152) (1153) (1154) (1155) (1156) (1157) (1158) (1159) (1160) (1161) (1162) (1163) (1164) (1165) (1166) (1167) (1168) (1169) (1170) (1171) (1172) (1173) (1174) (1175) (1176) (1177) (1178) (1179) (1180) (1181) (1182) (1183) (1184) (1185) (1186) (1187) (1188) (1189) (1190) (1191) (1192) (1193) (1194) (1195) (1196) (1197) (1198) (1199) (1200) (1201) (1202) (1203) (1204) (1205) (1206) (1207) (1208) (1209) (1210) (1211) (1212) (1213) (1214) (1215) (1216) (1217) (1218) (1219) (1220) (1221) (1222) (1223) (1224) (1225) (1226) (1227) (1228) (1229) (1230) (1231) (1232) (1233) (1234) (1235) (1236) (1237) (1238) (1239) (1240) (1241) (1242) (1243) (1244) (1245) (1246) (1247) (1248) (1249) (1250) (1251) (1252) (1253) (1254) (1255) (1256) (1257) (1258) (1259) (1260) (1261) (1262) (1263) (1264) (1265) (1266) (1267) (1268) (1269) (1270) (1271) (1272) (1273) (1274) (1275) (1276) (1277) (1278) (1279) (1280) (1281) (1282) (1283) (1284) (1285) (1286) (1287) (1288) (1289) (1290) (1291) (1292) (1293) (1294) (1295) (1296) (1297) (1298) (1299) (1300) (1301) (1302) (1303) (1304) (1305) (1306) (1307) (1308) (1309) (1310) (1311) (1312) (1313) (1314) (1315) (1316) (1317) (1318) (1319) (1320) (1321) (1322) (1323) (1324) (1325) (1326) (1327) (1328) (1329) (1330) (1331) (1332) (1333) (1334) (1335) (1336) (1337) (1338) (1339) (1340) (1341) (1342) (1343) (1344) (1345) (1346) (1347) (1348) (1349) (1350) (1351) (1352) (1353) (1354) (1355) (1356) (1357) (1358) (1359) (1360) (1361) (1362) (1363) (1364) (1365) (1366) (1367) (1368) (1369) (1370) (1371) (1372) (1373) (1374) (1375) (1376) (1377) (1378) (1379) (1380) (1381) (1382) (1383) (1384) (1385) (1386) (1387) (1388) (1389) (1390) (1391) (1392) (1393) (1394) (1395) (1396) (1397) (1398) (1399) (1400) (1401) (1402) (1403) (1404) (1405) (1406) (1407) (1408) (1409) (1410) (1411) (1412) (1413) (1414) (1415) (1416) (1417) (1418) (1419) (1420) (1421) (1422) (1423) (1424) (1425) (1426) (1427) (1428) (1429) (1430) (1431) (1432) (1433) (1434) (1435) (1436) (1437) (1438) (1439) (1440) (1441) (1442) (1443) (1444) (1445) (1446) (1447) (1448) (1449) (1450) (1451) (1452) (1453) (1454) (1455) (1456) (1457) (1458) (1459) (1460) (1461) (1462) (1463) (1464) (1465) (1466) (1467) (1468) (1469) (1470) (1471) (1472) (1473) (1474) (1475) (1476) (1477) (1478) (1479) (1480) (1481) (1482) (1483) (1484) (1485) (1486) (1487) (1488) (1489) (1490) (1491) (1492) (1493) (1494) (1495) (1496) (1497) (1498) (1499) (1500) (1501) (1502) (1503) (1504) (1505) (1506) (1507) (1508) (1509) (1510) (1511) (1512) (1513) (1514) (1515) (1516) (1517) (1518) (1519) (1520) (1521) (1522) (1523) (1524) (1525) (1526) (1527) (1528) (1529) (1530) (1531) (1532) (1533) (1534) (1535) (1536) (1537) (1538) (1539) (1540) (1541) (1542) (1543) (1544) (1545) (1546) (1547) (1548) (1549) (1550) (1551) (1552) (1553) (1554) (1555) (1556



Fortsetzung von vorheriger Seite

„Alle die kleinen Schieber mit der partiellen Aufrüstung“ und mit der „Verteidigung der Elbline“, das sind durch die Abschreiber von Ostdeutschland und Berlin. Das Nichtabschreiben ist nur möglich in der Form der Defensive, die zur Offensive übergeht und die Entscheidung zwischen der Weichsel und dem Njemen sucht (Also in Polen und Weißrussland, d. Verf.). ...Die deutsche militärische Leistung hat dann einen Sinn, wenn die Weltmacht Deutschland offensiv nach dem Osten verteidigt, das heißt Deutschland vor den schweren Zerstörungen bewahrt und als Antwort auf einen russischen Angriff östlich von Deutschland die Kriegsentcheidung suchen will. Das ist die erste und materiell die einzige Voraussetzung für das Ja und Nein zur deutschen Aufrüstung. Das große Können und Wollen der USA und der anderen Demokratien muß hier in Deutschland eindrucksvoll sichtbar werden, das heißt, es muß nicht die Vermehrung der Bewährungstruppen um ein oder zwei Panzerdivisionen kommen, sondern die große Zentralisierung der Kräfte.“ (15)

Wenn wir noch einen Moment auf der Ebene rein militärischer Überlegungen bleiben, dann fällt auf: — Die besondere geographische Lage der BRD als „Frontstaat“ macht sie nicht gerade zu einem besonders defensiv gesonnenen Staat; im Gegenteil, Kampflandungen sollen früh, schnell und weit in den Osten getragen werden.

Die Argumentation läuft in ihrer Logik deutlich auf einen Präventivschlag hinaus. Wenn es keinen Verlust an Boden geben soll, wenn die Verbindungen über die Weichsel zerstört werden sollen, bevor sie überschritten sind, wenn die gegnerische Luftwaffe (am Boden?) zerschlagen werden soll, dann wird dies umso leichter möglich sein, je überraschender man zuschlägt (diese logische Konsequenz haben die USA mit AirLand Battle gezogen). Es wird einer militärischen Führung in einer Spannungssituation auch die Argumentation nicht schwerfallen, daß nur in dem überraschenden Angriff die Rettung liege — sozusagen als „Verteidigung“ auf einen gedachten Angriff in dem überraschenden Angriff die Rettung liege — sozusagen als „Verteidigung“ auf einen gedachten Angriff des Ostblocks.

Hierfür gibt es historische Vorbilder. Die Kriegseröffnung durch Deutschland 1914 wurde so begründet, die SPD stimmte für die Kriegskredite, da Deutschland sich verteidigen müsse und selbst Hitler erklärte zum Überfall auf Polen am 1. September 1939: „Seit 4.45 Uhr wird zurückgeschossen.“ Deutschland hat sich eben immer nur verteidigt.

In Wirklichkeit geht es aber nicht nur um die Logik, die sich aus einer derartigen militärischen Konzeption ergibt. Die politischen Ziele der BRD trugen erklärmaßen einen offensiven Charakter, als die Bundeswehr konzipiert und aufgebaut wurde.

## Annexionsziel DDR

Die expansiven Ziele der BRD, die in den 50er Jahren offen ausgesprochen wurden und heute wieder zunehmend öffentlich proklamiert werden, können hier nur sehr grob skizziert werden (s. den kleinen Zitatenschatz in diesem Artikel). Es hat aber nicht nur Sprüche für die Öffentlichkeit gegeben. Es gab ganz konkrete Planungen (6).

Am 10. März 1952 hatte die sowjetische Note die deutsche Einheit angeboten mit einer einzigen deutschen Armee bei außenpolitischer Neutralität — von Adenauer als ein „Fetzer Papier“ bezeichnet (7).

Am 24. März wurde beim Ministerrat für Gesamtdeutsche Fragen der „Forschungsbereich“ gegründet. Das war die Antwort. Dieser Rat arbeitete an detaillierten Richtlinien zur Einführung der Marktwirtschaft in der DDR nach vollzogener Annexion. So lagen z. B. in der Schlußphase des Ministeriums „Richtlinien zur Reprivatisierung der Apotheken“ und anderen, zusammengefaßt im sogenannten „Gartenplan“, „Die vorrangige Aufgabe besteht darin, Alternativen zu dem zu finden, was im anderen Teil Deutschlands als Volkseigentum bezeichnet wird.“

In 4. Tätigkeitsbericht des Forschungsbereichs vom 1961/62 heißt es unter anderem:

„Es ist bei der zweifachen Aufgabe geblieben...die Wirtschaft und Gesellschaft Mitteldeutschlands freitlich zu formen, um sie so mit Westdeutschland zu einem einheitlichen deutschen Wirtschafts- und Sozialkörper zu integrieren, vorbereitende wirtschaftliche und sozialpolitische Überlegungen müssen deshalb davon ausgehen, daß



Die Bundeswehr: Eine traditionsreiche Armee

Die Bundeswehr: Eine traditionsreiche Armee

die deutsche Wirtschaft nach der Wiedervereinigung entsprechend den Grundsätzen der Markt- und Wettbewerbswirtschaft zu ordnen sein wird. Die Dauer dieser Transformation und Integration ist nicht vorauszusagen, sie soll so kurz wie möglich sein.“ (Grauert Plan, S. 16-18)

„In diesem Sinne hat sich der Forschungsbeirat vor allem mit den „Volkseigenen Betrieben“ der Industrie befaßt. Sie sollen nach seinen Vorschlägen mit der Wiedervereinigung zu rechtlich und wirtschaftlich selbständigen Unternehmen werden...In vielen Fällen wird es zweckmäßig sein, sogenannte Betriebsnutzungsverträge abzuschließen, da auf diese Weise die private unternehmerische Initiative besonders wirkungsvoll zur Geltung kommen kann.“ (Grauert Plan, S. 201)

„Im Zeitpunkt der Wiedervereinigung werden verantwortungsvolle und ohne vergleichbares Vorbild zu lösende Aufgaben allein aus der Überführung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) in privatwirtschaftliche Betriebsformen entstehen. Mit der Wiedervereinigung werden die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften mit dem vorhandenen Bestand an Mitgliedern kraft Gesetzes „Landwirtschaftliche Übergangsgemeinschaften“...Die Regelung der wirtschaftlichen und sozialen Fragen hat davon auszugehen, daß die Übergangsgemeinschaften zwar aktivitätsfähig, aber nur vorübergehend bestehende Einrichtungen sein sollen, die dem Zweck dienen, die ehemaligen LPG in einem geordneten Verfahren der Auflösung eigenverantwortlich Personen, die am 8. Mai 1945 als Eigentümer im Grundbuch eingetragen waren und das Eigentum auch nach den in der SBZ geltenden Bestimmungen behalten haben, können von der Übergangsgemeinschaft die Herausgabe der im Grundbuch verzeichneten Grundstücke verlangen. Der Herausgabeantrag kann von dem Rechtsnachfolger des Eigentümers geltend gemacht werden, wenn er die Rechtsnachfolge durch Erbschein oder offizielles Testament nachweist.“

„Personen, denen durch die sowjetische Bodenreform der Besitz entschädigungslos entzogen worden ist.“ (A a O., S. 263-271)

„Die Arbeitsbedingungen sind wieder

primär durch Tarifverträge und individuelle Vereinbarungen zu gestalten. Dies setzt voraus, daß...Arbeitsgeberverbände gebildet werden.“ (A a O., S. 22)

„Soweit die „Deutsche Notenbank“ nach den in der SBZ bestehenden Regelungen Geschäftsbankentätigkeit ausüben hat, soll dies unter organisatorischer Trennung weiterhin geschehen. Es ist aber dafür zu sorgen, daß wieder private und öffentliche Kreditinstitute errichtet und unbehindert tätig werden können, damit die Aufgaben voll erfüllt werden, die in einer Marktwirtschaft dem Bankensystem zukommen.“ (A a O., S. 22)

„Die Wirtschaft der Bundesrepublik wird seit dem 1. Januar 1948 schrittweise in den gemeinsamen Markt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eingegliedert. Gehen man davon aus, so wird Mitteldeutschland durch die Wiedervereinigung nicht nur mit Westdeutschland, sondern auch mit den anderen Partnern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft integriert werden.“ (A a O., S. 19)

„Natürlich muß die Entwicklung weiter systematisch verfolgt und anhand dessen das bisherige Arbeitsergebnis laufend überprüft werden. Im ganzen aber läßt sich jetzt schon feststellen, daß im Bereich des wirtschaftlichen und sozialen für den reibungslosen Gesamtlauf der Wiedervereinigung gedanklich und planend vorgesorgt ist... In dem wiedervereinigten Deutschland soll eine im Grundsatz marktwirtschaftliche Ordnung bestehen.“ (A a O., S. 20)

„Es wird noch dahin kommen, daß in der Sowjetzone bis zu 90 Prozent aller im Staatsapparat tätigen Personen in den ersten Wochen ausgewechselt werden müssen. Schon jetzt ist eine listenmäßige Erfassung aller Menschen notwendig, die für die Übernahme von Ämtern in Frage kommen.“

## Von der Schild- zur Schwermetallmacht

Aus dem, was wir mit „Annexionsziele DDR“ überschrieben haben, ergab sich für die BRD ein starkes Interesse an konventioneller Aufrüstung — da mit aber auch eine immer deutlicher werdende Unzufriedenheit mit der NATO-Doktrin der „Massiven Vergeltung“. Die Massive Vergeltung wiegen konventionellen Streitkräften

Fortsetzung nächste Seite

## Ostpolitik damals ...

„Wir waren der Meinung, daß die freie Welt durch ihren Zusammenstoß und durch den Druck ihrer NATO-Mitglieder es erreichen könnte, daß die Sowjets sich aus Mitteldeutschland und aus den osteuropäischen Staaten zurückziehen.“

Der FDP-Vorsitzende Mende 1958 vor dem Bundestag (zit. nach L. Albrecht, Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland, S. 281)

„Es hat noch niemand zeigen können, wie ohne ein starkes und einiges Europa die deutsche Einheit in Freiheit zu verwirklichen wäre... Erst wenn der Westen stark ist, ergibt sich ein wirklicher Ausgangspunkt für friedliche Verhandlungen mit dem Ziel, nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze versklavte Europa östlich des Eisernen Vorhangs zu befreien, in Frieden befreien.“

Adenauer am 3.3.1952 im Nordwestdeutschen Rundfunk

„Wir sind auf dem Wege, die Sowjetzone zurückzuholen, wenn die westliche Welt eine entsprechende Stärke erreicht haben wird.“

Adenauer Ende 1954 (DPA 16.11.1954)

„Was östlich von der Elbe und der Werra liegt, sind Deutschlands unerlöste Provinzen. Daher heißt die Aufgabe nicht Wiedervereinigung, sondern Befreiung...“

Adenauer 1961 (Rheinischer Merkur v. 20.6.1961)

„Unser Ziel ist die Befreiung unserer 18 Millionen Brüder und Schwestern in den Ostgebieten... Wie sollten sagen „Befreiung“, denn sie leben in Ostdeutschland in Sklaverei und Knechtschaft.“

Adenauer am 7.9.1953, einen Tag nach seinem Bundeswahltriumph (Die Neue Zeitung v. 9.9.1953)

Es gilt, „nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze versklavte Europa östlich des Eisernen Vorhangs zu befreien.“

Adenauer im März 1952 (Der Spiegel, 9.10.1963)

„Verwüstetes Niemandsland, auf dem kein Halm und keine Ahre wächst, das die Polen weder wirklich, noch politisch, noch organisch auszugestalten in der Lage sind, das ist das Terrain, um das wir kämpfen.“

Kurt Schumacher über die Gebiete jenseits von Oder und Neiße (Sozialdemokrat und Sozialismus heute, Köln 1968, S. 63)

„Unsere Gebietsforderungen gehen bis weit hinter die Oder-Neiße-Linie; wir wollen die alten deutschen Herrschaftsgebiete wiederhaben. Das Jahr 2000 darf nicht zum 83. Jahr der Oktoberrevolution in der Welt werden.“

Verteidigungsminister von Haniel 1960 (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 21.8.1961)

## ... und heute

### ... und heute

„Die Bundesregierung hat die Überwindung der deutschen Teilung wieder zu einem realistischen Ziel ihrer Politik gemacht.“

Der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Windelen, am 10.6.1984 auf dem Schleslertreffen

BRAUNSCHWEIG, 2. September. Bundeskanzler Helmut Kohl hat am Sonntag in Braunschweig beim „Tag der Heimat“, dem der Bund der Vertriebenen (BDV) veranstaltete, Vorwürfen aus dem Osten widersprochen, in der Bundesrepublik gebe es revanchistische Kräfte. Zugleich bekräftigte der Kanzler unter starkem Beifall der versammelten Verbände, daß die deutsche Frage offen bleibe. Für die Lösung dieser Frage brauche das deutsche Volk allerdings einen langen Atem. „Was ist vor dem, was die Geschichte bringen kann, die Amtszeit eines Bundeskanzlers?“ wog Kohl ab. Er versicherte, die Bundesregierung stehe zu den Ostverträgen. Die Verträge seien ver-

fassungsgemäß zustande gekommen und rechtskräftig. Die Bundesrepublik sei an die Feststellung gebunden, daß Oder und Neiße die Westgrenze Polens bilden. Ein späteres, wiedervereinigtes Deutschland sei daran aber nicht gebunden. „Unser Vaterland“, sagte Kohl, „ist nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, sondern das Land, wo unsere Kultur in Jahrhunderten gewachsen ist.“ Der Kanzler unterstützte das vom BDV proklamierte „Recht auf Heimat“ und erklärte: „Heimat ist ein in keine andere Sprache übersetzbare deutsches Wort.“

BDV-Präsident Herbert Czaja (CDU/MdB) dankte Kohl dafür, daß erstmals seit Jahrzehnten wieder ein Bundeskanzler bei einem solchen Treffen spreche und sich „durch das Revanchismusgeschwätz nicht einschüchtern“ lasse. Es sei nicht etwa so, daß die Deutschen polnisches Gebiet forderten, vielmehr fordere Polen deutsches Gebiet.

(Bux: Frankfurter Rundschau v. 3.9.1984)

## Politische Bildung in der Bundeswehr damals ...

Da die Möglichkeiten des Westens erschöpft scheinen, vom Osten auf friedlichem Wege ein Nachgeben zu erzwingen, bleiben nur die Möglichkeiten einer gewaltsamen Änderung des status quo oder die Aufgabe eigener Prinzipien. Die gewaltsame Änderung heißt Krieg mit dem Ziel, die latente Gefahr des Bolschewismus für die Freiheit der westlichen Welt auszuschalten.

Wehrwissenschaftliche Rundschau 3/1961

Jenseits der Oder-Neiße-Linie befinden sich eine blühende Landschaft, die früher Lebensmittelüberschüsse für die Ernährung vieler Millionen Menschen hervorbrachten, im Zustande des Verfalls. Die dort angesetzten polnischen Soldaten betrachten ihre Anwesenheit in den deutschen Ostge-

bieten als vorübergehend.

Information für die Truppe, Nummer 11 „Die deutschen Ostgebiete“ (1966)

Nein, in dieser deutschen Schicksals- und Lebensfrage ist volle Klarheit und Aufrichtigkeit umso mehr vonnöten, als unter dem Schlagwort „Wiedervereinigung“ bereits in Teilen der westlichen Ausland, aber auch schon bei uns, nur noch die Zusammenführung von West- und Mitteldeutschland verstanden wird. Hier wird durch ungenügende Aufklärung die erste Etappe, Mitteldeutschland, mit dem Endziel der Reichseinheit, gleichmäßig der deutschen Ostgebiete, verwechselt.

Deutsches Soldatenjahrbuch 1966



... und 1984

Unser Staat

Unser Staat ist die Bundesrepublik Deutschland. Sie ist Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches und steht für das gesamte Deutschland.



(aus „Taschenbuch für Wehr- und Jugendbildung, Ausgabe Heer“)

Versteht man darunter eine Festigung, ein Sichabfinden mit dem Status quo, dann hat man unsere Entspannungspolitik allerdings nicht verstanden.

(Regierungshilfen v. 31.1.1967)

Worte des Vorsitzenden Strauß in „Entwurf für Europa“ (1966):

„Unsere Aufgabe muß es heute sein, einen Gürtel zwischen Rußland und Westeuropa zu schaffen, ein 'Zwischeneuropa'“ (S.55)

zu den wirtschaftlichen Beziehungen:

Der Westen „muß Mittel und Wege suchen, die dazu beitragen, diese Situation in unseren politischen Verhältnissen umzumünzen, d.h. er sollte nur solche Projekte unterstützen, die mehr der Auflockerung Europas als der wirtschaftlichen Stärkung des osteuropäischen Regimes dienen“ (S.42)

„Eine solche Politik der gesamteuropäischen Auflockerung kann nur Schritt für Schritt zum Erfolg führen. Man wird kaum eine rasche Lösung erwarten können.“

sondern eher in Dimensionen einer historischen Prozesses denken müssen. Während dieser Periode müssen wir die ost- und südosteuropäischen Völker durch kulturelle und wirtschaftliche Bindungen stärker an Westeuropa heranziehen; durch Jugend- und Akademikeraustausch, durch Tourismus, Sportveranstaltungen und viele andere passende Mittel.“

„Die einzige Hoffnung für die Osteuropäer, ihre Freiheit wiederzugewinnen, besteht im Aufbau eines starken und vereinigten Europas.“ (S.84)

„Jeder Europäer muß das Recht haben, seine Heimat in einem freien und rechtsstaatlichen Europa, das vom Atlantik bis zum Rugs und zum Schwarzen Meer reicht, frei zu wählen.“ (S.83)

„Das Problem ist nicht, wie man (West-)Deutschland wirtschaftlich stark, politisch aber schwach halten soll — das ist eine falsche Prämisse. Das Problem ist vielmehr, wie man seiner wirtschaftlichen Stärke einen politischen Einfluß verschaffen kann... Auf die Dauer kann es kein Deutschland geben, das wirtschaftlich ein Riese und politisch ein Zwerg ist. Deshalb braucht die deutsche Politik einen europäischen Rahmen“ (S.149f)

Atomrakete als Erpressungsmittel unglaublich geworden sei.  
„Das nukleare strategische Patt hat auch nachteilige Konsequenzen. Wegen der Einrichtung der Schandmauer in Berlin kann man nicht mehr glaubwürdig mit der Wasserstoffbombe drohen... (wir schäde, die Bombe ist als Mittel der Ostpolitik verloren, d. Verf.)... Was die NATO in Europa braucht, sind mehr Soldaten, besser ausgebildete Soldaten, mehr Panzer, bessere Panzer, mehr taktische Flugzeuge zur Luftverteidigung und zur Unterstützung des Heeres, Feldartillerie, mehr Stützpunkte, Einheitlichkeit der Ausrüstung und des Nachschubs insgesamt.“ (9)

Der Atomkurs

1960 trat die Bundeswehrführung — mit stillschweigender Unterstützung der Bundesregierung — mit einer Stellungnahme „zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr“ an die Öffentlichkeit (10).

Durch die Bewaffnung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen sollte die „Eskalationslücke“ geschlossen werden.

„Bei einem einseitigen Verzicht auf atomare Bewaffnung der Schuttschuttskräfte kann die Bundesrepublik nicht verteidigt werden.“

Die Bundeswehr muß dieselbe wirkungsvolle Bewaffnung haben wie die verbündeten Schuttschuttskräfte.

Die Schuttschuttskräfte der NATO müssen ein Ganzes sein. Sonst wählt der Gegner die in ihrer Bewaffnung unterlegenen Verbände als Angriffsschwerpunkte.

Die Soldaten der Bundeswehr haben Anspruch auf Waffen, die denen des Gegners mindestens ebenbürtig sind.

Die Verantwortung für die anvertrauten Soldaten zwingt die Truppenführer, in der heutigen Situation die für Schuttschuttskräfte unentbehrliche atomare Bewaffnung zu fordern. Andernfalls besteht die Gefahr, daß die Soldaten vor unlosbare Aufgaben gestellt und in ihrem Selbstvertrauen erschüttert werden.

Die Rüstung des Gegners macht eine abgezielte Abschreckung unerlässlich.

Tatsächlich hatte die Bundeswehr nach dem Pariser NATO-Beschluß von 1954 zur Bewaffnung der Schuttschuttskräfte mit taktischen Atomwaffen schon in den 50er Jahren Trägersysteme für Atomsprenghörper erhalten (Honest John, Nike, Matador, in den 60er Jahren folgten Starfighter und Penning II). 1961 schon gab sich das Heer sogenannte „Führungsgrundlagen“ des Heeres für die atomare und nichtatomare Kriegsführung, die Heeresdienstvorschrift (HDV) 100/2 (11), die man für einen Auszug aus AirLandBattle halten könnte.

„Atomwaffen haben eine Flächenwirkung. Sie können mit ihrer gewaltigen Feuerkraft schlagartig und überraschend Ziele aller Art vernichten und mit wesentlich geringerem Aufwand weit größere Verluste und Schäden herbeiführen, als nichtatomare Waffen das vermögen.“

„Atomwaffen haben eine Flächenwirkung. Sie können mit ihrer gewaltigen Feuerkraft schlagartig und überraschend Ziele aller Art vernichten und mit wesentlich geringerem Aufwand weit größere Verluste und Schäden herbeiführen, als nichtatomare Waffen das vermögen.“

„Durch ihre gewaltige Wirkung in Verbindung mit ihrer Beweglichkeit sind Atomwaffen das wichtigste Kampfmittel in der Hand der militärischen Führung. Je mehr Einsatzmittel und Atomsprenghörper zur Verfügung stehen und je bessere Aufklärungsgebäude vorliegen, desto stärker können diese Waffen die gesamte Gefechtsführung bestimmen.“

„... durch den Einsatz von Atomwaffen kann das Gefecht entschieden oder die Freiheit des Handelns wiedergewonnen werden. Auch der Unterlegene vermag mit ihrer Hilfe eine schwierige Lage plötzlich und grundlegend zu seinen Gunsten zu ändern, vor allem dann, wenn er die Möglichkeit, den Feind zu überrumpeln, ausreizt.“

Durch die Atomwaffen kann die Führung freier, unabhängiger und beweglicher werden und größere Handlungsfreiheit erhalten. Krisen können leichter entstehen, aber auch rascher gemindert werden, da die Atomwaffen durch ihre vernichtende Wirkung die Lage blitzschnell zu verändern vermögen.“

Die HDV wurde 1973 durch die neue HDV 100/2 abgelöst (12).

1116. Durch rechtzeitigen Einsatz von Atomsprenghörpern an entscheidender Stelle kann der Truppenführer auch mit sonst unterlegenen Kräften Überlegenheit erzielen und seine Handlungsfreiheit erweitern. Wirkungsbereite atomare Einsatzmittel und freigegebene Atomsprenghörper sind auch die stärkste Reserve des Truppenführers, sie können das letzte Mittel sein, Krisen zu meistern und die Freiheit des Handelns wiedergewinnen.

1117. Atomsprenghörper sind das stärkste Mittel, einen Schwerpunkt zu bilden. Ihr Einsatz spart Kräfte und beansprucht oft auch weniger Zeit als der von Truppen. Sie können Truppen jedoch nur vorübergehend ersetzen.

Trotz aller Dienstvorschriften: Das Problem der Bundeswehr ist heute die fehlende Verfügungsgewalt über die Atomsprenghörper geblieben.

Besonders der ehemalige Atomminister Strauß (Kriegsminister 1956-63) hielt dieses Ziel für rechnerisch. Dabei spielen zwei Motivationen eine Rolle: 1. das Mißtrauen gegenüber den USA, deren atomare Garantie nicht sicher sei, d.h. der alte Atompaktungsraum der Europäer;

2. der Versuch, die Ostpolitik auf ein zeitgemäßes technisches Niveau zu heben. Eine „Politik der Stärke“ war in den 60er Jahren ohne Besitz von Atomwaffen nicht mehr denkbar. Die Wiener Generalität hatte 1961 in einer geheimen Denkschrift deshalb erklärt:

„Ohne den Besitz der Atomwaffe ist nicht daran zu denken, daß Deutschland in seinen geschichtlichen und nationalen Grenzen wiederhergestellt werden kann.“ (13)

Insofern nahm die Flut von Äußerungen zu, die darauf hinwiesen, daß die Bundesrepublik nach dem Protokoll zum WEU-Vertrag zwar keine Atomwaffen herstellen, wohl aber besitzen dürfe. Nur mußte man jemand finden, der sie lieferte.

Der projektierte Weg war deshalb der einer europäischen Atomstreitmacht. Der nationale Abgang (zu dem die BRD technisch sehr wohl fähig

1118. Nach der BRD in ihrer zweiten klassischen Rolle — eine auf Dauer unbefriedigende Lösung.

Hinzu kam, daß im Zuge der amerikanischen „Entspannungspolitik“ (BRD) gedrängt wurde, dem Atomwaffenverbot beizutreten (1969 durch die sozialliberale Koalition). Adenauer sprach von einem „Todesurteil“, Schlagzeile der BRD: „So sollen die kleinen fertig gemacht werden!“ Und WDI Prudent Berg wußte genau:

„Wenn dieser Vertrag unverändert akzeptiert würde, dann könnte man sich ausrechnen, wann die Bundesrepublik auf das Niveau eines Agrarstaates zurückgeworfen würde“ (14).

Heute tauchen die Pläne für eine europäische Atomkraft (und zugehörige auch Weltatomkraft) erneut wieder auf. Strauß und Dierckx wollen eine „Force de Frappe“ einbringen. Jungt forderte Todenhöfer in der „Europäischen Wehrkunde“ eine europäische Atomstreitmacht.

„Gewiß gibt es zwischen den drei genannten Entscheidungszentren (Washington, Paris, London) vielfältige Konsultationen, und es gibt in der NATO Absprachen institutionalisierter Gremien wie der „Nuklearen Planungsgruppe“. Es gibt Kontakte in Form bilateraler Gespräche, wie sie zur Zeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik stattfinden. Aber das genügt nicht und kann nicht die Ursache verdecken, daß wir in Europa Nuklearstrategien mit anachronistischen Sonderrechten haben. Der Gedanke liegt nahe, alle in Europa vorhandenen französischen, britischen und amerikanischen Nuklearwaffen zusammenzufassen und einem gemeinsamen Kommando zu unterstellen und damit die bisherigen nationalen Lösungen schrittweise in eine Gemeinschaftslösung zu überführen.“ (17)

Todenhöfer stellt sich einen „Europäischen Nuklearen Verteidigungsrat“ vor, in dem die BRD über Ziel und Einsatzplanung mitbestimmen kann. Ein solcher Weg, so Todenhöfer, würde die Zahl der Atomwaffen verringern und damit auch nicht gegen den Atomwaffenverbot verstoßen.



April 1965: Eine Panzerdivison wird der NATO unterstellt.

wäre) galt nur als Notlösung.

Außenminister Schröder drängte in der ZEIT vom 16.7.1946 auf eine atomare Organisation.

„Wenn dies durch die Schaffung einer multilateralen atomaren Abschreckungsarmee oder einer gleichwertigen Lösung geschehen ist, könnte Deutschland seinen Alliierten gegenüber auf den Erwerb eigener Atomwaffen verzichten.“

Und Strauß schrie in seinem weitplanenden Werk „Entwurf für Europa“ 1966:

„Nach meiner Überzeugung gibt es... auf die Dauer nur eine Lösung, die der Bundesrepublik die wirkliche Gleichberechtigung mit vergleichbaren Partnern bringt, nämlich ein europäisches Atomwaffenpotential“ (14).

Der wichtigste Vorstoß in diese Richtung war der Plan einer MIF (Multilaterale Flotte bzw. Multilateral Force). Die MIF sollte aus einer Flotte von 25 großen Handelsschiffen gebildet werden, die mit 300 Polaris-Raketen bestückt werden sollten.

Militärisch wäre die MIF ziemlich wertlos gewesen — leicht zu entdecken und zu überwachen — aber die BRD hätte das Eis gebrochen und erstmals einen Zugang zu Atomwaffen erhalten.

Der SPD-Parteitag von 1964 stimmte dem MIF-Plan übrigens bis auf wenige Stimmen zu. Ihr Wehrsexperte Erler schob ein nicht gerade sehr mutiges Argument vor: Dadurch werde die BRD an der Fortentwicklung der Technik teilhaben, was auch der Industrie zugutekomme (15).

Das Pech war nur: Die BRD war lediglich der einzige Staat, der dem Plan zustimmte. Der Plan scheiterte an Frankreich, an Großbritannien, das seine alten, sehr Sonderförmlichkeiten und schließlich gegen F.J.S. selbst der Plan damals nicht weit genug. Über ein Testschiff ist die MIF nie hinausgekommen. Die „Lösung“, die mehr einem Troschiff glich, war die Einrichtung der NPG, der Nuklearen Planungsgruppe der NATO 1966, in der die BRD neben den USA, GB und Italien ständiges Mitglied ist.

II C.W. Wehrhilfen 1 unabhängigen Plenum (MIP) (18)

- Anmerkungen:
1. Vgl. Frankfurter Rundschau vom 2. 7. 1973 und 27. 2. 84.
  2. Vgl. die Graubuch Berlin (DDR) 1967 S. 367.
  3. Denkschrift in: Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Klaus von Schubert Bd. 2 S. 91 ff und 262 ff und 311 ff.
  4. S. 142 und 143.
  5. Rede in: Die Sicherheitspolitik - Bd. 2 S. 83 ff.
  6. Vgl. hierzu das Graubuch S. 57 ff und Karl-Heinz Roth, Nicolaus Neumann, Mainz, 1973, psychologische Kriegsführung, Invasionskrieg, DDR vom Kalten Krieg zum neuen Ostpolitik, Hamburg 1971, S. 17 ff.
  7. Texte in: Die Sicherheitspolitik S. 114 ff und 118 ff.
  8. Offener Brief an die Landesregierung im Rahmen der Gesamtverhandlung 1964.
  9. Die deutsche Politik - Bd. 2 S. 137.
  10. abends S. 208 ff.
  11. Vgl. die „Militärische und politische Lage der Bundesrepublik Deutschland“ 1981 S. 20.
  12. Militärische und politische Lage der Bundesrepublik Deutschland 1981 S. 20.
  13. Deutsche Woche vom 1.1.1982 S. 101.
  14. Die Welt vom 27.11.1984.
  15. AP vom 11.2.1987.
  16. Vgl. die Wehrkunde S. 198 ff.
  17. Vgl. die Wehrkunde S. 198 ff.
  18. Vgl. die Wehrkunde S. 198 ff.

Fortsetzung von vorheriger Seite

diglich die Aufgabe eines Schildes zu, eines Stützpunktes, der den nuklearen Schlag auslösen sollte. Das „Schwert“, mit dem die Sowjetunion geschlagen werden sollte, war also die amerikanische Nuklearstreitmacht.

So kam insbesondere von deutscher Seite Kritik an der Rollenverteilung zwischen Schild und Schwert und — dazu später — der Versuch, die Bundeswehr atomar zu bewaffnen und damit die Schuttschuttskräfte aufzuwerten. Die Kritik an der Massiven Vergeltung wurde vor allem von Heusinger und Speidel vorgetragen (7). Der Argumentationsgang von Seiten der Bundeswehr läßt sich wie folgt darstellen: — mit Aufnahme der BRD in die NATO und der Einführung taktischer Atomwaffen (als Ersatz für die nicht aufgestellten NATO-Divisionen) ist die Stärke der Schuttschuttskräfte gewachsen.

— und zwar so stark, daß Europa nicht mehr am Rhein, sondern an der äußersten östlichen Grenze verteidigt werden kann.

das Heer ist so stark, daß es keine atomare Eskalation zu strategischen Atomwaffen mehr geben muß!

— aufgrund des atomaren Patts, also einer strategisch nuklearen Schwäche hat die Bedeutung der konventionellen Streitkräfte zugenommen. Dies hat nun wichtige Konsequenzen: — der konventionellen Abwehr wird wieder denkbar und führbar. Lokal begrenzte Konflikte können auch ohne strategische Kernwaffen bewältigt werden.

— die Voranstellung der NATO entlang der DDR-SSR-Grenze muß durchgeführt werden. Zu dieser Zeit waren 2/3 des Heeres bereits in einem

150 km breiten Streifen entlang dieser Grenze stationiert. D.h., was die US-Army mit dem Master Restoring-Programm heute plant, hat die Bundeswehr schon vor über 20 Jahren durchgeführt!

So war es die BRD, welche in der NATO die damals noch ehrlicher „Vorwärtswendung“ genannte Doktrin durchsetzte. Nachdem sie 1963 offizielle NATO-Doktrin geworden war, schrieb der Malzke:

„Mit dem Durchsetzen der Vorwärtswendung hat die Bundesregierung einen entscheidenden Erfolg errungen, der nur durch den Aufbau der Bundeswehr und ihre Eingliederung in die NATO möglich geworden war.“ (8)

Nicht der amerikanische Luftkrieg, sondern eine „kontinentale Offensivstrategie“, so das Bundeswehr-Schlagwort, sollte im Mittelpunkt der NATO-Konzeptionen stehen. Damit sollte die Rollenverteilung zwischen Schwert und Schild gerade umgedreht werden. Während die nukleare strategische Kräfte einen Atomschild bildeten, sollten die konventionellen Kräfte (mit taktischen Atomwaffen allerdings) und damit die Bundeswehr als Kernstück den entscheidenden Schwerepunkt führen.

Diese Tendenzen kamen auch der SPD entgegen, die beim Stichwort „Konventionalisierung“ ja stets Morgenluft wahrte. 1961 schrieb Helmut Schmidt sein Buch „Verteidigung oder Vergeltung“ und mehrere ZEIT-Artikel zum Thema. Schmidt plädierte anstelle des atomaren Patts (eine atomare Überlegenheit schien damals anders als heute nicht möglich) für konventionelle Aufrüstung, eine sogenannte „abgestufte Abschreckung“ (was nichts anderes ist als die flexible response), da die Drohung mit der



# Sri Lanka und die Tamilen: Pogrom gegen eine nationale Minderheit

Tausende von Jahren lebten Singhalesen und Tamilen auf Ceylon, heute Sri Lanka friedlich nebeneinander. Seit 1956 jedoch ist die tamilische Bevölkerung Ziel der Aggression und Diskriminierung der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit. Die Mehrheit der tamilischen Bevölkerung strebt heute einen eigenständigen Staat im Nordosten der Insel an und unterstützt dabei die Aktivitäten der Guerillabewegung. Der folgende Artikel soll die Hintergründe des nur vorübergründig ethnischen Konfliktes aufzeigen.



## Das koloniale Erbe

73% der ca. 15 Mio. Einwohner Sri Lankas gehören zur singhalesischen Bevölkerungsgruppe buddhistischen Glaubens, sie besiedelten bereits vor 2500 Jahren die Insel. Vor ca. 1000 Jahren folgte die tamilische Bevölkerungsgruppe, die von Südiinden aus einwanderte. Im wesentlichen kam sie aus dem Gebiet des heutigen indischen Bundesstaates Tamil Nadu. Die Tamilen unterscheiden sich in Sprache und Religion (Hinduismus) von den Singhalesen. In der Folgezeit wurden mehrere Königreiche gegründet, unter anderem im Norden, auf der Halbinsel Jaffna das hinduistische Königreich „Eelam“. (Die heutige Forderung nach einem unabhängigen Tamilenstaat „Tamil Eelam“ lehnt sich an den Namen dieses Königreiches an.) Das tamilische Königreich blieb bis ins 16. Jahrhundert unabhängig, wurde jedoch dann von der portugiesischen und später niederländischen Kolonisation überrollt.

Das singhalesisch - buddhistische Königreich im Innern der Insel konnte bis zur Machtübernahme durch die Engländer Anfang des 19. Jahrhunderts unabhängig bleiben. Aufgrund der längeren Kolonisationsgeschichte der tamilischen Bevölkerungsgruppe und dem jahrzehntelangen „erfolgreichen“ Wirken christlicher Missionsschulen, fanden die Engländer bei der Eroberung der Insel eine ihren singhalesischen Nachbarn gegenüber gebildete tamilische Oberschicht vor, „Teile und herrsche“ nach dieser Devise die beiden ethnischen Gruppen gegeneinander auspielend, besetzten die Engländer in der Folgezeit fast den gesamten Verwaltungsapparat des Kolonialreiches mit der tamilischen Elite. Während der Kolonialzeit „verfrachteten“ die Engländer hunderte indische Tamilen nach Sri Lanka, um sie in der ausgedehnten Plantagenwirtschaft des Hochlandes für sich arbeiten zu lassen. Die Bevölkerungsgruppe der indischen Tamilen (im Gegensatz zu den alteingesessenen ca. 1,5 Mio. Ceylon-Tamilen im Nordosten des Landes) umfaßt heute 1,2 Mio. Menschen. Obwohl die indischen Tamilen ganz wesentlich zum materiellen Reichtum der Insel beitragen (sie produzieren u. a. das wichtige Exportgut Tee), gehören sie sozial und materiell zur deklassierten Bevölkerungsgruppe (1) 1948 wurde Sri Lanka unabhängig

Und 1956 gewann die Sri Lanka Freedom Party (SLFP) mit einem singhalesisch-chauvinistischen Programm die Wahlen. „Sinhala only“ war das Motto dieses Programms und es wurde konsequent in die Tat umgesetzt. Singhalesisch wurde zur Staatssprache erhoben, die tamilische Elite ihrer kolonialen Privilegien entbunden, desgleichen aber die gesamte tamilische Bevölkerungsgruppe am Zugang zum Staatsdienst und zu den Bildungsinstitutionen behindert. So werden in den 50er Jahren auch die ersten Forderungen nach einer autonomen Verwaltung für den tamilischen Nordosten der Insel laut. Seit dieser Zeit hat es zahlreiche blutige Pogrome gegen die tamilische Bevölkerung gegeben, den ersten 1958, im Sommer 1983 war der jüngste Vorfall dieser Art. Aufgrund der Erfahrungen mit der „Sinhala only“ Politik und diesen blutigen Pogromen, entwickelt die tamilische Linke in den 70er Jahren die Forderung nach einem eigenständigen, sozialistischen Tamil Eelam, 1976 vereinigten sich unter dieser Forderung Tamilenorganisationen der Nord- und Ostprovinzen zur Tamil United Liberation Front (TULF). Die TULF gewann bei den Wahlen 1977 bis auf eine Ausnahme alle für die Nordostprovinzen vorgesehenen Sitze

## Allparteiengespräche

Die Wahl des Jahres 1977 gewann die rechtgerichtete United National Party (UNP). Die UNP war unter anderem mit dem Wahlversprechen angetreten, die verfeindeten Bevölkerungsgruppen miteinander zu versöhnen. Heute weiß jedes Kind in Jaffna, daß Teile des Staats- und Parteiapparates der UNP an der Vorbereitung und Durchführung des Pogroms von 1983 beteiligt waren. Mit von der Partie war auch die regierungstreue „Gewerkschaft“ J.S.S. Diese „Gewerkschaft“ machte bereits 1981 von sich reden, als ihre Mitglieder in Jaffna die Bibliothek in Brand setzten. Hier lagerte der größte Teil des nationalen Kulturgutes der Tamilen. Tausende alter Handschriften und Bücher wurden verbrannt (2) Vorsitzender Cyril Mathew, landesweit einer der prominentesten Tamilenhaser, ist gleichzeitig Industrieminister des Landes. Die Organisatoren des Pogroms waren mit Adressenlisten der tamilischen Familien und Geschäfte ausgerüstet (genauer gesagt waren es von staatlichen Stellen zur Verfügung

gestellte Wählerverzeichnisse). Dieser sechste Tamilenpogrom seit 1956 kostete mehr als 1000 Familien das Leben, 130 000 wurden obdachlos und 40 000 flohen ins Ausland oder in den Norden.

Während der Tage des Pogroms gab es keinen öffentlichen Aufruf der Regierung in Radio oder Fernsehen an die singhalesische Bevölkerung, die Ausschreitungen einzustellen. Armee und Polizei sahen dem Massaker tatenlos zu oder halfen beim Brandschatzen auch mal mit vollen Benzinkanistern nach. Nach dem Massaker fand die Regierung keine Wort des Bedauerns, stattdessen machte sie die kleine trotzkistische N.L.S.S.P., die marxistische J.V.P., die K.P.-Sri Lankas sowie dunkle Mächte des Auslandes für die Ausschreitungen verantwortlich. Danach verpflichtete sie per Gesetz jeden Parlamentsabgeordneten auf die Einheit des Landes zu schwören, später wurde diese Schwurverpflichtung auf alle höheren tamilischen Regierungsangestellten ausgedehnt. Der Schwur auf die Einheit des Landes kam dem faktischen Verbot der TULF gleich, sie kann seitdem ihre Parlamentssitze nicht mehr wahrnehmen.

Doch die Regierung holte noch weiter aus, sie ließ die Äußerung der Forderung nach einem unabhängigen „Tamil Eelam“ unter Strafrecht stellen. „Wir werden nicht nur jedem Propagandisten der Teilung des Landes die bürgerlichen Ehrenrechte entziehen, sondern auch die gesetzlichen Grundlagen dafür schaffen, sein Eigentum zu konfiszieren. Nicht nurmal mehr im Ausland werden die Betreiber der Teilung des Landes darüber sprechen können. Nach ihrer Rückkehr nach Sri Lanka werden wir sie bestrafen.“ (Premier-Minister Premadasa in einer Parlamentssitzung am 28. Juli 83) (3)

Ein halbes Jahr nach dem „schwarzen Juli“ berief Präsident Jayewardene auf Druck der internationalen Öffentlichkeit, sowie der indischen Regierung, eine Allparteiokonferenz ein. Diese Konferenz sollte jedoch nicht etwa die Hintermänner des Juli-Pogroms aufdecken, oder über die Autonomieforderungen der tamilischen Bevölkerungsgruppe verhandeln, stattdessen sollten dort die hinfänglich bekannten Ursachen des „Terrorismus“ untersucht werden sowie die Probleme aller ethnischen Gruppen Sri Lankas. (Neben Singhalesen und Tamilen gibt es auch noch eine moslemische Minderheit mit sieben Prozent Bevölkerungsanteil.)

Die radikale singhalesische Linke weigerte sich an diesen Scheinverhandlungen teilzunehmen, nach anfänglichem Zögern trat die TULF den Verhandlungen jedoch bei. In diesen Verhandlungen hat und hatte die singhalesische Regierung nur ein wenig lokaler Selbstverwaltung (Distrikträte) nichts anzubieten. Im Laufe der Verhandlungen, die immer wieder ergebnislos verlegt oder ausgesetzt wurden, rückte die TULF von ihrer Forderung nach einem unabhängigen „Tamil Eelam“ ab und will sich heute auch mit einer Teilautonomiezufriedengeben. Das opportunistische Lavieren der TULF-Führung, ihr Eintritt in die Allparteiokonferenz und die Aufgabe eines unabhängigen „Tamil Eelam“, hat heute ihren ehemals vorhandenen Masseneinfluß auf die tamilische Bevölkerung gegen Null minimiert. Damit ist auch die Hoffnung, die politische und nationale Souveränität auf friedlichem Verhandlungswege zu erreichen, unter den Tamilen kaum noch vorhanden. So dient die Allparteiokonferenz, und das muß mittlerweile auch die TULF zugeben, letztendlich der singhalesischen Regierung nur dazu, Zeit zu gewinnen: Zeit zu gewinnen das „Tamilenproblem“ militärisch zu befrieden.

## Armeeterror in den Nord- und Ostprovinzen

Der Nord- und Ostteil Sri Lankas ist besetztes Land, seit 1961 wurde die Armeepresenz kontinuierlich erhöht. Mittlerweile sind an die 6000 Soldaten dort stationiert. Die Gesamtstärke der lankanischen Armee umfaßt 18 000 Soldaten. Zu 99 % sind die Soldaten singhalesischer Herkunft. Nach offizieller Darstellung dient die Armeepresenz der „Terrorisusbekämpfung“. Dazu ist die Armee mit weitestgehenden Vollmachten ausgestattet. „Vergeltungsschläge“ gegen die Zivilbevölkerung zu führen sowie die Opfer dieser „Vergeltungsschläge“ zu vernichten, um deren Identifizierung zu verhindern. So erinnert das Agieren der lankanischen Armee sehr an die Praktiken der Todesschwadronen in Lateinamerika. Aufgrund der Vielzahl der Terroranschläge der lankanischen Armee können diese hier nicht chronologisch vollständig dargestellt werden. Für das Jahr 1984 seien nur ein paar Beispiele genannt (4):

— Am 28.3.84 nahm die lankanische Luftwaffe, auf der Jagd nach Terroristen, den Marktplatz der Kleinstadt Chunnakam unter Feuer. Der Marktplatz war zu diesem Zeitpunkt dichtbevölkert, zahlreiche Passanten und Marktbesucher wurden verletzt und getötet.

— Eine Bombe tötete am 9.4.84 sechs Soldaten eines Armeekonvols in Jaffna. Die Überlebenden Soldaten des Konvols überfielen daraufhin das Feuer auf die umwohnende Zivilbevölkerung und ermordeten 20 Zivilisten.

— Danach setzten sie das größte Kaufhaus Jaffnas sowie zahlreiche Geschäfte, eine Tankstelle und mehrere Privathäuser in Brand und nahmen eine katholische Kirche unter Beschuß. In der darauffolgenden Nacht fielen trotz Ausgangssperre 60 Tamilen dem Racheakt der Armee zum Opfer. Am Morgen des 11.4.84 entdeckte man in einem Abwassergraben 20 weitere, von der Armee ermordete Tamilen, die durch Verbrennen unkenntlich gemacht worden waren.

— Die lankanische Armee operiert auch von See aus gegen die tamilische Bevölkerung, in Singapur hat sie sich mit mehreren schnellen Patrouillenbooten eingedeckt. Diese sollen den Seeraum zwischen Indien und Sri Lanka kontrollieren, um zu verhindern, daß die tamilische Guerilla vom indischen Festland übersetzt. Allein im August 84 nahm die Marine sechs Mal Küstenorte des Nordostens unter Granatfeuer, am 4.8. machten sie den Küstenort Valvetituras beinahe dem Erdboden gleich. Ca. 3000 Bewohner wurden obdachlos. Valvetituras ist der Geburtsort zahlreicher tamilischer Revolutionäre, sowie des Führers der LTTE (5) und hat damit einen hohen politischen Symbolwert.

— Als letztes Beispiel mag das auch international starkes Aufsehen erregende „Busmassaker“ vom 11. September gelten. Uniformierte hielten einen Privatbus an, selektierten die singhalesischen Reisenden und ermordeten



daraufhin 15 tamilische Fahrgäste. Weitere sechs wurden verletzt.

Insgesamt hat die tamilische Bevölkerung 1984 mehr als 800 Opfer des Armeeterrors zu beklagen. Faustregel: Für einen toten oder verletzten Armeemitglied werden vier oder fünf Tamilen getötet oder verwundet — so berichtet ein Arzt des Krankenhauses in Jaffna. Dazu kommen Tausende von Festnahmen junger Tamilen. Mittlerweile gilt jeder junge männliche Tamil in der Altersgruppe von 16-30 Jahren als potentiell verdächtig, der Untergrundbewegung anzugehören, oder sie zu unterstützen. Ca. 500 der Festgenommenen wurden in den Süden des Landes verschleppt. Diese Massenhäftnisse haben den Charakter von Gaskammern, sie sollen die Angehörigen der Verhafteten nachhaltig einschüchtern, um die Unterstützung der tamilischen Bevölkerung für die Guerilla zu brechen. Der momentane Ausnahmezustand im Nordosten beeinträchtigt auch die materiellen Lebensgrundlagen der Küstenbewohner. Seit Oktober letzten Jahres sind das Fischen zwischen 18.00 und 6.00 Uhr verboten. Wer sich mit seinem Boot weiter als vier Meilen von der Küste entfernt, setzt sich der Gefahr aus, als „Terrorist“ behandelt zu werden. Mehrfach haben Marineangehörige auf See befindliche Fischer geplündert.

## Die Guerilla

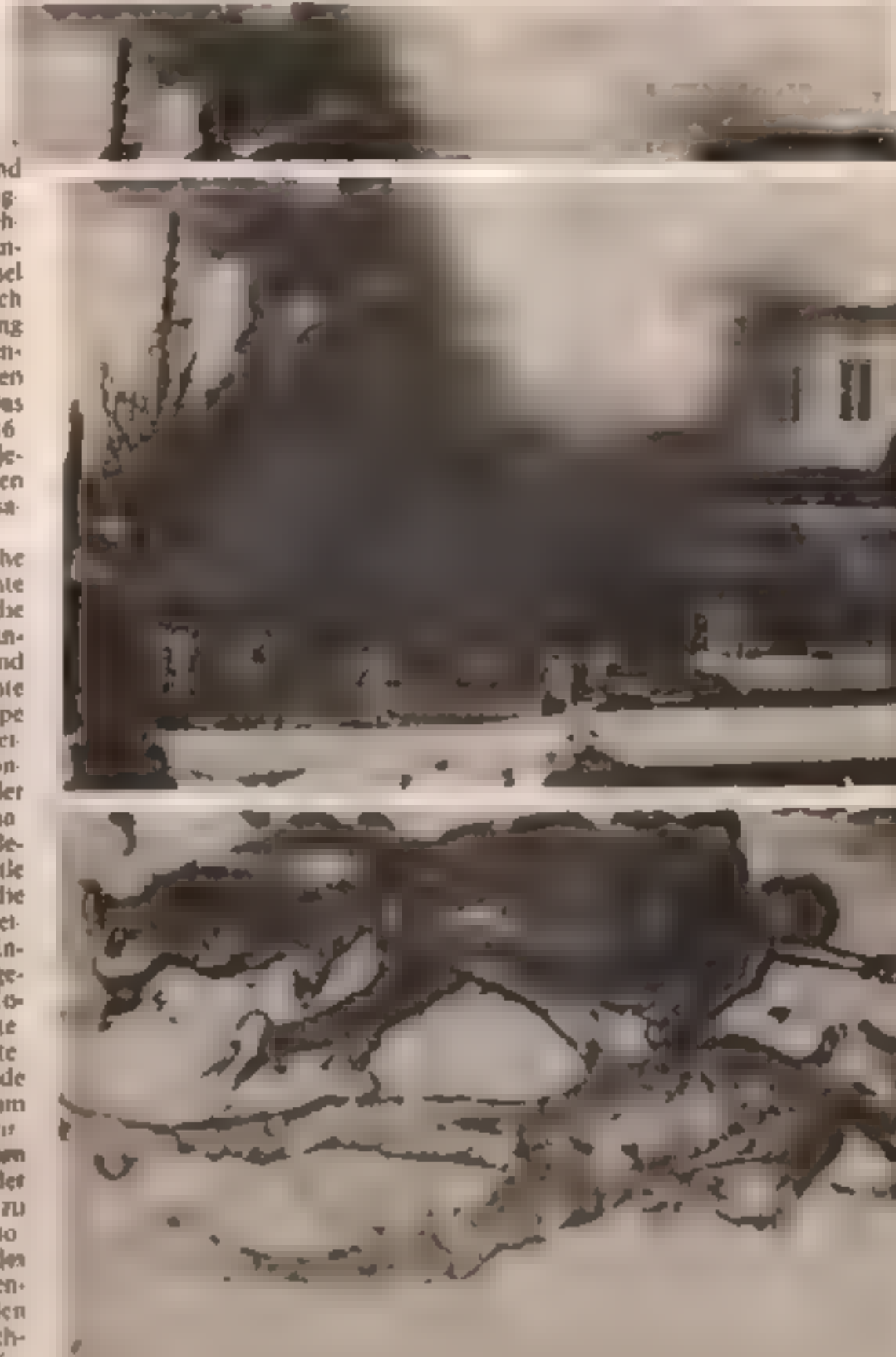
Die revolutionäre Linke der Tamilen Sri Lankas ist in eine Vielzahl von Organisationen zersplittert. Alle Versuche zu einer gemeinsamen politisch-militärischen Führung zu gelangen sind bislang gescheitert. Was jedoch alle Organisationen eint, ist das Ziel eines unabhängigen, sozialistischen und anti-imperialistischen Staates im Nordosten Sri Lankas, der freundschaftliche Beziehungen zum Nachbarn Indien unterhält. Die verschiedenen Organisationen können hier nicht vollständig erwähnt werden, es seien nur die wichtigsten genannt (5):

— Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), 1972 gegründet ist sie die älteste aller Guerillaoorganisationen. Sie gilt als die am stärksten organisierte und aktivste Gruppe und wird im Volksmund meist nur kurz „Tigers“ genannt. Ihr werden 500 Kämpfer zugeschrieben. 1979 spaltete sich von der LTTE die

— Peoples Liberation Organisation of Tamil Eelam (PLOTE). Sie ist mit 2800 geschätzten Kämpfern die größte Organisation und betrieb längere Zeit einen schwimmenden Radiosender vor der Küste Indiens. Im Mai 1982 trugen die beiden leitenden Kadern Prabhakaran (LTTE) und Maheswaran (PLOTE) auf einer belebten Straße in Madras / Südiinden ihre strategischen Differenzen mit dem Revolver aus. Beide wurden unverletzt verhaftet.

— Eelam Peoples Revolutionary Liberation Front (E.P.R.F.). Ihr werden 600 Kämpfer zugeschrieben.

— Tamil Eelam Liberation Organisation (TELO), ca. 900 Bewaffnete. Die Gesamtstärke der tamilischen Guerilla, die im Nordosten Sri Lankas zum Einsatz kommen könnte, wird auf 5000-6000 geschätzt, sie gelten allgemein als gut ausgebildet, sind jedoch nur unzureichend bewaffnet. Die letztgenannte Organisation (TELO) leitete im November 84 mit einem großangelegten Angriff auf eine Polizeikaserne nördlich von Jaffna die Offensive ein, 24 Stunden vorher flog ein Armeekonvol in die Luft.



Ermordete Tamilen



Fortsetzung von vorheriger Seite

## Siedlungspolitik

Die tamilische Guerilla (in diesem Fall LTTE) griff im November/Dezember 1984 erstmals singhalesische Zivilisten an. Vorherige Aktionen zielten ausschließlich auf Repräsentanten und Einrichtungen des singhalesischen Staats- und Militärapparates. Ziel der jüngsten Anschläge waren singhalesische Neu-Siedler im Grenzgebiet des tamilischen Nordens und des singhalesischen Südens. Nach Angaben des Tamil Information Centers London waren ein Teil der singhalesischen Siedler ehemalige Strafgefangene, die vor ihrer Ansiedlung in der mehrheitlich von Tamilen bewohnten Region auf die Vertreibung der answarigen Bevölkerung vorbereitet wurden. Sie sollen bewaffnet gewesen sein. Mittlerweile ist die Regierung dazu übergegangen, auch Teile der singhalesischen Küstenbevölkerung zu bewaffnen. Ziel der Siedlungspolitik scheint es zu sein, die ethnische Struktur im tamilisch-singhalesischen Grenzgebiet nachhaltig zu verändern. In diesem Grenzgebiet siedelten sich nach den Vertreibungen von 1977 und 1981 viele tamilische Flüchtlinge aus den Teelplantagen des Hochlandes an. In einem roll back versucht die Regierung Sri Lankas nun dieses Grenzgebiet weiter in den Norden zu verlegen, um den von der singhalesischen Mehrheit kontrollierten Raum zu vergrößern. Gleichzeitig wurden mehrere traditionell tamilische Dörfer in singhalesische Verwaltungsbezirke „eingemeindet“.

## Die Internationalisierung des Konfliktes

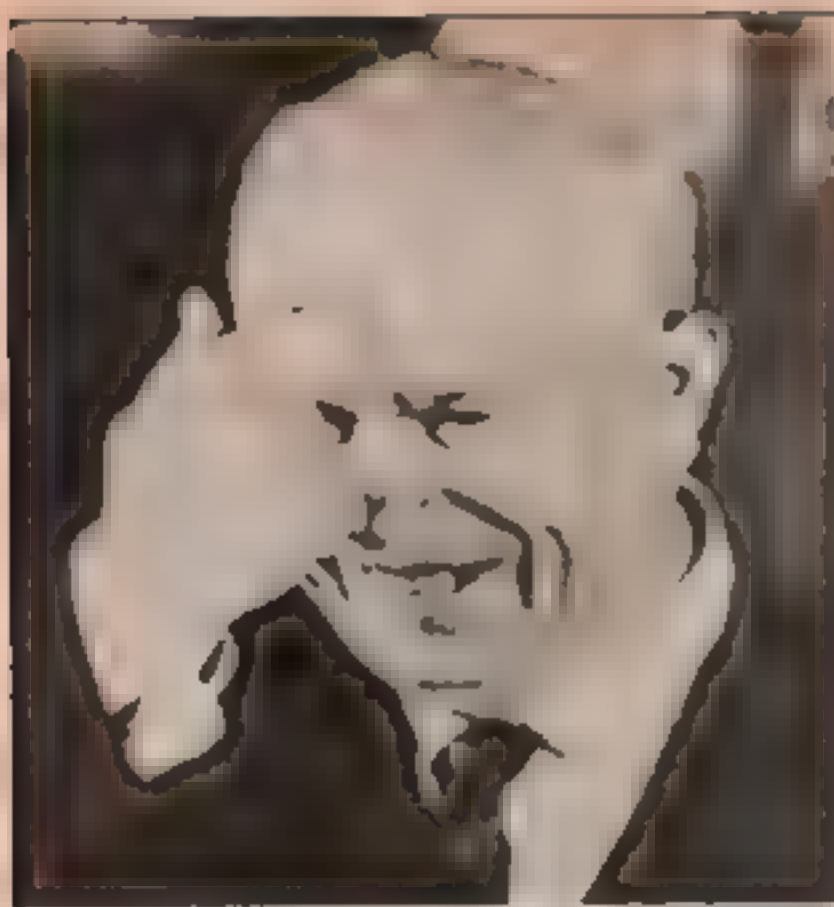
Interzonenbewegung bewegte sich Sri Lanka einerseits in der Fahrwasser des großen Nachbarlandes Indien und andererseits in der Blockade und durch einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion verbunden. Das hat sich in den letzten Monaten verändert. Präsident Jayewardene bereiste die USA und schloß dort einen wissenschaftlichen und kooperativen Vertrag ab. Eine Basis Station für „Voice of America“ ist im Gespräch. Im Juni 84 holte die lankanesische Regierung auf amerikanische Empfehlung den israelischen Geheimdienst MOSSAD und die britische Spezialtruppe SAS ins Land. Sie sollen sich bei der Ausbildung von „Anti-Terror-Spezialisten“ nützlich machen. Wo der MOSSAD auflautet, ist der CIA nicht weit. Der Ex-Vize-Direktor des CIA, General Walters, heute unter der Bezeichnung „Special beauftragter für Sicherheitsfragen“ tätig, traf im Dezember 84 in Colombo ein. Auch er soll die Regierung in der „Terrorbekämpfung“ beraten. Die strategischen Interessen des US-Imperialismus liegen im Nordosten der Insel. Die Stadt Trincomalee (sie liegt in dem für „Tamil Eelam“ beanspruchten Gebiet), besitzt den besten Naturhafen des indischen Pazifiks, ausgestattet mit einer Treibstoffkapazität von einer Mio. Tonnen. Bislang hat sich die US-Flotte vergeblich darum bemüht, hier eine Militärbasis einzurichten. Nun steigen die Chancen wieder.

Ma., KB Hamburg

## Anmerkungen:

Solange nicht anders angegeben, sind die verwendeten Zahlen, Daten und Fakten der deutsch- und englischsprachigen Presse 1983/1984 entnommen. (1) Die Bevölkerungsgruppe der indischen Tamilen (5,5% der Gesamtbevölkerung) lebt räumlich getrennt von den Tamilen der Nordostprovinzen. 400.000 von ihnen sind staatenlos, ohne politische Rechte. Die indischen Tamilen sind in den Kampf um ein unabhängiges „Tamil Eelam“ bislang kaum eingebunden. Die Gewerkschaft Ceylon Workers Congress (CWC), die einen Teil ihrer Anhänger unter den indischen Tamilen rekrutiert, unterstützte bei den Wahlen 1977 sogar die UNP. Auf der Flucht vor Zwangs-„Repatriierung“ nach Südafrika und nach den Pogromen 1981/83 scheint sich dies etwas verändert zu haben, die indischen Tamilen flüchten massenweise in den Norden von Ceylon und siedeln sich dort nieder. (2) LTTE = Liberation Tigers of Tamil Eelam. (3) The United Front Political Movement and the Future of Democracy in Sri Lanka. In: Journal of Asian Studies, Vol. 23 (1984). (4) In der Vorrede der Publikation der South Pacific and Gewerkschaftsorganisation der Tamilen steht es: (5) 1.000.000. (6) 1.000.000. (7) 1.000.000. (8) 1.000.000. (9) 1.000.000. (10) 1.000.000. (11) 1.000.000. (12) 1.000.000. (13) 1.000.000. (14) 1.000.000. (15) 1.000.000. (16) 1.000.000. (17) 1.000.000. (18) 1.000.000. (19) 1.000.000. (20) 1.000.000. (21) 1.000.000. (22) 1.000.000. (23) 1.000.000. (24) 1.000.000. (25) 1.000.000. (26) 1.000.000. (27) 1.000.000. (28) 1.000.000. (29) 1.000.000. (30) 1.000.000. (31) 1.000.000. (32) 1.000.000. (33) 1.000.000. (34) 1.000.000. (35) 1.000.000. (36) 1.000.000. (37) 1.000.000. (38) 1.000.000. (39) 1.000.000. (40) 1.000.000. (41) 1.000.000. (42) 1.000.000. (43) 1.000.000. (44) 1.000.000. (45) 1.000.000. (46) 1.000.000. (47) 1.000.000. (48) 1.000.000. (49) 1.000.000. (50) 1.000.000. (51) 1.000.000. (52) 1.000.000. (53) 1.000.000. (54) 1.000.000. (55) 1.000.000. (56) 1.000.000. (57) 1.000.000. (58) 1.000.000. (59) 1.000.000. (60) 1.000.000. (61) 1.000.000. (62) 1.000.000. (63) 1.000.000. (64) 1.000.000. (65) 1.000.000. (66) 1.000.000. (67) 1.000.000. (68) 1.000.000. (69) 1.000.000. (70) 1.000.000. (71) 1.000.000. (72) 1.000.000. (73) 1.000.000. (74) 1.000.000. (75) 1.000.000. (76) 1.000.000. (77) 1.000.000. (78) 1.000.000. (79) 1.000.000. (80) 1.000.000. (81) 1.000.000. (82) 1.000.000. (83) 1.000.000. (84) 1.000.000. (85) 1.000.000. (86) 1.000.000. (87) 1.000.000. (88) 1.000.000. (89) 1.000.000. (90) 1.000.000. (91) 1.000.000. (92) 1.000.000. (93) 1.000.000. (94) 1.000.000. (95) 1.000.000. (96) 1.000.000. (97) 1.000.000. (98) 1.000.000. (99) 1.000.000. (100) 1.000.000. (101) 1.000.000. (102) 1.000.000. (103) 1.000.000. (104) 1.000.000. (105) 1.000.000. (106) 1.000.000. (107) 1.000.000. (108) 1.000.000. (109) 1.000.000. (110) 1.000.000. (111) 1.000.000. (112) 1.000.000. (113) 1.000.000. (114) 1.000.000. (115) 1.000.000. (116) 1.000.000. (117) 1.000.000. (118) 1.000.000. (119) 1.000.000. (120) 1.000.000. (121) 1.000.000. (122) 1.000.000. (123) 1.000.000. (124) 1.000.000. (125) 1.000.000. (126) 1.000.000. (127) 1.000.000. (128) 1.000.000. (129) 1.000.000. (130) 1.000.000. (131) 1.000.000. (132) 1.000.000. (133) 1.000.000. (134) 1.000.000. (135) 1.000.000. (136) 1.000.000. (137) 1.000.000. (138) 1.000.000. (139) 1.000.000. (140) 1.000.000. (141) 1.000.000. (142) 1.000.000. (143) 1.000.000. (144) 1.000.000. (145) 1.000.000. (146) 1.000.000. (147) 1.000.000. (148) 1.000.000. (149) 1.000.000. (150) 1.000.000. (151) 1.000.000. (152) 1.000.000. (153) 1.000.000. (154) 1.000.000. (155) 1.000.000. (156) 1.000.000. (157) 1.000.000. (158) 1.000.000. (159) 1.000.000. (160) 1.000.000. (161) 1.000.000. (162) 1.000.000. (163) 1.000.000. (164) 1.000.000. (165) 1.000.000. (166) 1.000.000. (167) 1.000.000. (168) 1.000.000. (169) 1.000.000. (170) 1.000.000. (171) 1.000.000. (172) 1.000.000. (173) 1.000.000. (174) 1.000.000. (175) 1.000.000. (176) 1.000.000. (177) 1.000.000. (178) 1.000.000. (179) 1.000.000. (180) 1.000.000. (181) 1.000.000. (182) 1.000.000. (183) 1.000.000. (184) 1.000.000. (185) 1.000.000. (186) 1.000.000. (187) 1.000.000. (188) 1.000.000. (189) 1.000.000. (190) 1.000.000. (191) 1.000.000. (192) 1.000.000. (193) 1.000.000. (194) 1.000.000. (195) 1.000.000. (196) 1.000.000. (197) 1.000.000. (198) 1.000.000. (199) 1.000.000. (200) 1.000.000. (201) 1.000.000. (202) 1.000.000. (203) 1.000.000. (204) 1.000.000. (205) 1.000.000. (206) 1.000.000. (207) 1.000.000. (208) 1.000.000. (209) 1.000.000. (210) 1.000.000. (211) 1.000.000. (212) 1.000.000. (213) 1.000.000. (214) 1.000.000. (215) 1.000.000. (216) 1.000.000. (217) 1.000.000. (218) 1.000.000. (219) 1.000.000. (220) 1.000.000. (221) 1.000.000. (222) 1.000.000. (223) 1.000.000. (224) 1.000.000. (225) 1.000.000. (226) 1.000.000. (227) 1.000.000. (228) 1.000.000. (229) 1.000.000. (230) 1.000.000. (231) 1.000.000. (232) 1.000.000. (233) 1.000.000. (234) 1.000.000. (235) 1.000.000. (236) 1.000.000. (237) 1.000.000. (238) 1.000.000. (239) 1.000.000. (240) 1.000.000. (241) 1.000.000. (242) 1.000.000. (243) 1.000.000. (244) 1.000.000. (245) 1.000.000. (246) 1.000.000. (247) 1.000.000. (248) 1.000.000. (249) 1.000.000. (250) 1.000.000. (251) 1.000.000. (252) 1.000.000. (253) 1.000.000. (254) 1.000.000. (255) 1.000.000. (256) 1.000.000. (257) 1.000.000. (258) 1.000.000. (259) 1.000.000. (260) 1.000.000. (261) 1.000.000. (262) 1.000.000. (263) 1.000.000. (264) 1.000.000. (265) 1.000.000. (266) 1.000.000. (267) 1.000.000. (268) 1.000.000. (269) 1.000.000. (270) 1.000.000. (271) 1.000.000. (272) 1.000.000. (273) 1.000.000. (274) 1.000.000. (275) 1.000.000. (276) 1.000.000. (277) 1.000.000. (278) 1.000.000. (279) 1.000.000. (280) 1.000.000. (281) 1.000.000. (282) 1.000.000. (283) 1.000.000. (284) 1.000.000. (285) 1.000.000. (286) 1.000.000. (287) 1.000.000. (288) 1.000.000. (289) 1.000.000. (290) 1.000.000. (291) 1.000.000. (292) 1.000.000. (293) 1.000.000. (294) 1.000.000. (295) 1.000.000. (296) 1.000.000. (297) 1.000.000. (298) 1.000.000. (299) 1.000.000. (300) 1.000.000. (301) 1.000.000. (302) 1.000.000. (303) 1.000.000. (304) 1.000.000. (305) 1.000.000. (306) 1.000.000. (307) 1.000.000. (308) 1.000.000. (309) 1.000.000. (310) 1.000.000. (311) 1.000.000. (312) 1.000.000. (313) 1.000.000. (314) 1.000.000. (315) 1.000.000. (316) 1.000.000. (317) 1.000.000. (318) 1.000.000. (319) 1.000.000. (320) 1.000.000. (321) 1.000.000. (322) 1.000.000. (323) 1.000.000. (324) 1.000.000. (325) 1.000.000. (326) 1.000.000. (327) 1.000.000. (328) 1.000.000. (329) 1.000.000. (330) 1.000.000. (331) 1.000.000. (332) 1.000.000. (333) 1.000.000. (334) 1.000.000. (335) 1.000.000. (336) 1.000.000. (337) 1.000.000. (338) 1.000.000. (339) 1.000.000. (340) 1.000.000. (341) 1.000.000. (342) 1.000.000. (343) 1.000.000. (344) 1.000.000. (345) 1.000.000. (346) 1.000.000. (347) 1.000.000. (348) 1.000.000. (349) 1.000.000. (350) 1.000.000. (351) 1.000.000. (352) 1.000.000. (353) 1.000.000. (354) 1.000.000. (355) 1.000.000. (356) 1.000.000. (357) 1.000.000. (358) 1.000.000. (359) 1.000.000. (360) 1.000.000. (361) 1.000.000. (362) 1.000.000. (363) 1.000.000. (364) 1.000.000. (365) 1.000.000. (366) 1.000.000. (367) 1.000.000. (368) 1.000.000. (369) 1.000.000. (370) 1.000.000. (371) 1.000.000. (372) 1.000.000. (373) 1.000.000. (374) 1.000.000. (375) 1.000.000. (376) 1.000.000. (377) 1.000.000. (378) 1.000.000. (379) 1.000.000. (380) 1.000.000. (381) 1.000.000. (382) 1.000.000. (383) 1.000.000. (384) 1.000.000. (385) 1.000.000. (386) 1.000.000. (387) 1.000.000. (388) 1.000.000. (389) 1.000.000. (390) 1.000.000. (391) 1.000.000. (392) 1.000.000. (393) 1.000.000. (394) 1.000.000. (395) 1.000.000. (396) 1.000.000. (397) 1.000.000. (398) 1.000.000. (399) 1.000.000. (400) 1.000.000. (401) 1.000.000. (402) 1.000.000. (403) 1.000.000. (404) 1.000.000. (405) 1.000.000. (406) 1.000.000. (407) 1.000.000. (408) 1.000.000. (409) 1.000.000. (410) 1.000.000. (411) 1.000.000. (412) 1.000.000. (413) 1.000.000. (414) 1.000.000. (415) 1.000.000. (416) 1.000.000. (417) 1.000.000. (418) 1.000.000. (419) 1.000.000. (420) 1.000.000. (421) 1.000.000. (422) 1.000.000. (423) 1.000.000. (424) 1.000.000. (425) 1.000.000. (426) 1.000.000. (427) 1.000.000. (428) 1.000.000. (429) 1.000.000. (430) 1.000.000. (431) 1.000.000. (432) 1.000.000. (433) 1.000.000. (434) 1.000.000. (435) 1.000.000. (436) 1.000.000. (437) 1.000.000. (438) 1.000.000. (439) 1.000.000. (440) 1.000.000. (441) 1.000.000. (442) 1.000.000. (443) 1.000.000. (444) 1.000.000. (445) 1.000.000. (446) 1.000.000. (447) 1.000.000. (448) 1.000.000. (449) 1.000.000. (450) 1.000.000. (451) 1.000.000. (452) 1.000.000. (453) 1.000.000. (454) 1.000.000. (455) 1.000.000. (456) 1.000.000. (457) 1.000.000. (458) 1.000.000. (459) 1.000.000. (460) 1.000.000. (461) 1.000.000. (462) 1.000.000. (463) 1.000.000. (464) 1.000.000. (465) 1.000.000. (466) 1.000.000. (467) 1.000.000. (468) 1.000.000. (469) 1.000.000. (470) 1.000.000. (471) 1.000.000. (472) 1.000.000. (473) 1.000.000. (474) 1.000.000. (475) 1.000.000. (476) 1.000.000. (477) 1.000.000. (478) 1.000.000. (479) 1.000.000. (480) 1.000.000. (481) 1.000.000. (482) 1.000.000. (483) 1.000.000. (484) 1.000.000. (485) 1.000.000. (486) 1.000.000. (487) 1.000.000. (488) 1.000.000. (489) 1.000.000. (490) 1.000.000. (491) 1.000.000. (492) 1.000.000. (493) 1.000.000. (494) 1.000.000. (495) 1.000.000. (496) 1.000.000. (497) 1.000.000. (498) 1.000.000. (499) 1.000.000. (500) 1.000.000. (501) 1.000.000. (502) 1.000.000. (503) 1.000.000. (504) 1.000.000. (505) 1.000.000. (506) 1.000.000. (507) 1.000.000. (508) 1.000.000. (509) 1.000.000. (510) 1.000.000. (511) 1.000.000. (512) 1.000.000. (513) 1.000.000. (514) 1.000.000. (515) 1.000.000. (516) 1.000.000. (517) 1.000.000. (518) 1.000.000. (519) 1.000.000. (520) 1.000.000. (521) 1.000.000. (522) 1.000.000. (523) 1.000.000. (524) 1.000.000. (525) 1.000.000. (526) 1.000.000. (527) 1.000.000. (528) 1.000.000. (529) 1.000.000. (530) 1.000.000. (531) 1.000.000. (532) 1.000.000. (533) 1.000.000. (534) 1.000.000. (535) 1.000.000. (536) 1.000.000. (537) 1.000.000. (538) 1.000.000. (539) 1.000.000. (540) 1.000.000. (541) 1.000.000. (542) 1.000.000. (543) 1.000.000. (544) 1.000.000. (545) 1.000.000. (546) 1.000.000. (547) 1.000.000. (548) 1.000.000. (549) 1.000.000. (550) 1.000.000. (551) 1.000.000. (552) 1.000.000. (553) 1.000.000. (554) 1.000.000. (555) 1.000.000. (556) 1.000.000. (557) 1.000.000. (558) 1.000.000. (559) 1.000.000. (560) 1.000.000. (561) 1.000.000. (562) 1.000.000. (563) 1.000.000. (564) 1.000.000. (565) 1.000.000. (566) 1.000.000. (567) 1.000.000. (568) 1.000.000. (569) 1.000.000. (570) 1.000.000. (571) 1.000.000. (572) 1.000.000. (573) 1.000.000. (574) 1.000.000. (575) 1.000.000. (576) 1.000.000. (577) 1.000.000. (578) 1.000.000. (579) 1.000.000. (580) 1.000.000. (581) 1.000.000. (582) 1.000.000. (583) 1.000.000. (584) 1.000.000. (585) 1.000.000. (586) 1.000.000. (587) 1.000.000. (588) 1.000.000. (589) 1.000.000. (590) 1.000.000. (591) 1.000.000. (592) 1.000.000. (593) 1.000.000. (594) 1.000.000. (595) 1.000.000. (596) 1.000.000. (597) 1.000.000. (598) 1.000.000. (599) 1.000.000. (600) 1.000.000. (601) 1.000.000. (602) 1.000.000. (603) 1.000.000. (604) 1.000.000. (605) 1.000.000. (606) 1.000.000. (607) 1.000.000. (608) 1.000.000. (609) 1.000.000. (610) 1.000.000. (611) 1.000.000. (612) 1.000.000. (613) 1.000.000. (614) 1.000.000. (615) 1.000.000. (616) 1.000.000. (617) 1.000.000. (618) 1.000.000. (619) 1.000.000. (620) 1.000.000. (621) 1.000.000. (622) 1.000.000. (623) 1.000.000. (624) 1.000.000. (625) 1.000.000. (626) 1.000.000. (627) 1.000.000. (628) 1.000.000. (629) 1.000.000. (630) 1.000.000. (631) 1.000.000. (632) 1.000.000. (633) 1.000.000. (634) 1.000.000. (635) 1.000.000. (636) 1.000.000. (637) 1.000.000. (638) 1.000.000. (639) 1.000.000. (640) 1.000.000. (641) 1.000.000. (642) 1.000.000. (643) 1.000.000. (644) 1.000.000. (645) 1.000.000. (646) 1.000.000. (647) 1.000.000. (648) 1.000.000. (649) 1.000.000. (650) 1.000.000. (651) 1.000.000. (652) 1.000.000. (653) 1.000.000. (654) 1.000.000. (655) 1.000.000. (656) 1.000.000. (657) 1.000.000. (658) 1.000.000. (659) 1.000.000. (660) 1.000.000. (661) 1.000.000. (662) 1.000.000. (663) 1.000.000. (664) 1.000.000. (665) 1.000.000. (666) 1.000.000. (667) 1.000.000. (668) 1.000.000. (669) 1.000.000. (670) 1.000.000. (671) 1.000.000. (672) 1.000.000. (673) 1.000.000. (674) 1.000.000. (675) 1.000.000. (676) 1.000.000. (677) 1.000.000. (678) 1.000.000. (679) 1.000.000. (680) 1.000.000. (681) 1.000.000. (682) 1.000.000. (683) 1.000.000. (684) 1.000.000. (685) 1.000.000. (686) 1.000.000. (687) 1.000.000. (688) 1.000.000. (689) 1.000.000. (690) 1.000.000. (691) 1.000.000. (692) 1.000.000. (693) 1.000.000. (694) 1.000.000. (695) 1.000.000. (696) 1.000.000. (697) 1.000.000. (698) 1.000.000. (699) 1.000.000. (700) 1.000.000. (701) 1.000.000. (702) 1.000.000. (703) 1.000.000. (704) 1.000.000.





# Kubakrise 1961-1963

## 2. Teil

Nach dem vergeblichen Versuch des US-Imperialismus, die kubanische Revolution mit der Invasion in der Schweinebucht zu Fall zu bringen, setzten die USA im folgenden Jahr 1962 fast alles ein, um doch zum Ziel zu kommen. Daß der Imperialismus bereit ist, auch wenn es „nur“ um eine kleine Insel geht, einen Atomkrieg vom Zaun zu brechen, bewies der Oktober 1962.



Das Scheitern der Invasion in der Schweinebucht verwies den US-Imperialismus in mehrfacher Hinsicht sowohl auf seine „historische Schwäche“ als auch seine taktische Stärke. Geplant war im Rahmen der Schweinebucht-Invasion zunächst die Bindung eines Brückenkopfes auf Kuba. Die Lösung dieses ersten militärischen Problems war der Truppe von Ex-kubanern übertragen worden. Sodann sollte die in den USA getaufte kubanische Exilregierung in diesen Brückenkopf eingeflogen werden, die dann ihrerseits einen Hilferuf an die USA senden sollte. Gleichzeitig — so lautete die Einschätzung der CIA — würde die Revolutionsregierung der Insel durch die Bekämpfung konterrevolutionärer Gruppen im Inland gebunden sein (1). Die Niederlage des US-Imperialismus im April 1961 bewies, daß erstens die Revolutionsregierung das Vertrauen und die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Menschen auf Kuba besaß, und zweitens nur eine direkte militärische Intervention der USA selbst zum „Erfolg“ führen würde. Aus der Sicht der USA mußte jedes kurzfristige Konzept zur Niederwerfung der Revolution militärischer Natur sein. Entweder eine Invasion oder die Liquidierung der politischen Führung. Langfristig angelegte Konzepte zur Unterstützung einer Konter-„Revolution“ auf Kuba sind unausgegoren.

Für eine mögliche Invasion begannen die Planungen ein halbes Jahr nach der Niederlage in der Schweinebucht. „Im Oktober 1961 ließ Präsident Kennedy die Pläne ein halbes Jahr nach der Niederlage in der Schweinebucht. „Im Oktober 1961 ließ Präsident Kennedy, der noch immer von der Katastrophe gezeichnet war, an die Vereinigten Stabschefs die geheime Weisung ergehen, einen Invasionsplan für Kuba auszuarbeiten — zwecks Verwendung wann und wenn erforderlich. Die Ausarbeitung des streng geheimen Kriegsplanes dauerte Monate, doch als die Strategen und Computer endlich zu Ende überlegt hatten und jedes Flugzeug, jedes Kriegsschiff und jede Angriffseinheit gleichsam etikettiert, markiert und festgelegt war, nahm man an, daß die ersten Gruppen acht Tage nach dem Signal zum „Zuschlagen“ die Küste von Kuba erreichen könnten“ (2/3, 334). Die Pläne offenbarten aber auch, daß eine solche Aktion politisch und militärisch sehr konspätig war: Moralisch, so kalkulierten z.B. Robert Kennedy im Oktober 1962, würde ein Luftangriff auf ein kleines Land wie Kuba „unserem Ansehen in der Welt schaden“ (2/3, 365). Und militärisch war eine Invasion der Insel nur mit dem Verlust von 20 000 bis 40 000 US-Soldaten zu haben.

Ein anderes Kapitel dieser Politik der Waffen schrieb die zahlreichen Versuche, mit direkter oder indirekter Unterstützung der CIA Fidel Castro oder andere Revolutionäre zu töten. Bewaffnete Angriffe oder vergiftete Zigarren und Zyanalkal im Trinkwasser aus Fidels Privatwasserhahn, darüber ließen sich abendfüllende Erzählungen zusammensetzen. Aber auch hier mußte der US-Imperialismus mit der Zeit erkennen, daß auch ein mächtiger Apparat keinen Blankoscheck auf den Erfolg ausstellen konnte.

Die verdeckten und gescheiterten Angriffe gegen Kuba führten dazu, daß der Revolution immer mehr Sympathie der lateinamerikanischen Völker zukam. Die Herrscher von US-Genossen mußten dies ihrerseits anerkennen, und mit jedem Triumph des kubanischen Volkes wuchs die Besorgnis der lateinamerikanischen Bourgeoisie, daß die Völker das ermutigende Beispiel nachmachen könnten. Demzufolge waren die lateinamerikanischen Staaten nicht gewillt, in der Frage der Isolation Kubas jeder Verhaltensanweisung aus Washington zu folgen. Auf den Wirtschaftskonferenzen der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) in Punta del Este hatte Kuba zwar die Mehrheit gegen sich, aber bis zum Herbst 1962 konnten die USA die OAS auf keine geschlossene Linie

bringen. Im August 1961 hatte Ernesto Che Guevara dort einen erfolgreichen Auftritt, als er auf die Erfolge der wirtschaftlichen Entwicklung Kubas und auf die Errungenschaften des Volkes im alltäglichen Leben hinwies. Darüber hinaus versuchte Guevara den Anwesenden den Eindruck zu machen, daß die Zukunft der Fortschritt ein Versuch sei, Kuba zu isolieren und er warb um die Unterstützung des kubanischen Volkes im Kampf gegen den US-Imperialismus. „Propagandaerfolg Guevaras in Punta del Este“ betitelt die Zürcher Zeitung ihren Bericht über diese Konferenz. Der Finanzminister Brasiliens gratulierte Guevara zu seiner Rede, der Staatspräsident Uruguays lud ihn zum Mittagessen ein.

Im Januar 1962 anläßlich der nächsten Konferenz in Punta del Este lag den Außenministern der amerikanischen Länder eine Resolution vor, die den Ausschluß Kubas aus diesem Verband beinhaltete. 14 der 21 Mitgliedsstaaten sprachen sich für den Ausschluß aus, aber die großen Länder wie Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador und Mexiko nahmen an der Abstimmung nicht teil. Erst auf der Oktober-Konferenz der amerikanischen Außenminister wurde unter massivem Druck der USA eine Resolution verabschiedet, die das Vorgehen der USA im Oktober 1962 billigen sollte und die lateinamerikanischen Staaten auf eine offensive Anti-Kubahaltung einzwang (3).

### Die erste Eskalation

#### Die erste Eskalation

Die Revolutionsregierung mußte nach den Äußerungen der US-Regierung, den militärischen Vorbereitungen und der Propaganda der USA davon ausgehen, daß der US-Imperialismus nicht gewillt war, die Souveränität der Insel anzuerkennen. Die Revolution auf Kuba tat infolgedessen das einzig Richtige: Sie rüstete sich gegen einen Angriff der US-Armee aus. Raul Castro und Ernesto Guevara reisten nach Moskau und Peking, und im Sommer 1962 begann die Sowjetunion Kuba im großen Maße mit Waffen zu versorgen: MiG-21, Dosenbomben mit einer Reichweite von 800 Meilen, Schnellboote mit Abwehraketen und Luftabwehraketen von dem Typ, mit dem über der Sowjetunion 1960 ein Spionageflugzeug U-2 abgeschossen worden war. Dazu reisten 3 000 bis 4 000 Bürger der sozialistischen Staaten nach Kuba, um dort wissenschaftliche und militärische Ausbildung und Unterstützung zu leisten.

Bis Anfang September vertrat die US-Regierung öffentlich die Meinung, daß die Ausrüstung der kubanischen Armee rein defensiven Charakter trage. Wenn dies jedoch anders werde, würden ernste Konsequenzen daraus erwachsen. „Dem Castro-Regime wird nicht erlaubt werden, seine aggressiven Ziele mit Gewalt oder mit der Drohung von Gewalt nach außen zu tragen. Es wird — welche Mitteln auch immer nötig sein werden — daran gehindert werden irgendeine Aktion gegen irgendeinen Teil der westlichen Hemisphäre zu unternehmen.“ (New York Times, 9.9.62). Mitte September ermächtigte der Senat Kennedy einstimmig, 150 000 Reservisten wegen der bedrohlichen Lage einzuberufen. Gleichzeitig erklärte der Präsident, daß „eine einseitige Intervention der Vereinigten Staaten in Kuba (...) unter den heutigen Umständen weder erforderlich noch gerechtfertigt“ ist (NZZ, 15.9.62).

In dieser „Kuba-Deklaration“ wurden jedoch die Bedingungen umrissen, unter denen die USA auch vor einer militärischen Aktion gegen Kuba nicht zurückschrecken würden. „1. Wenn die Sicherheit des amerikanischen Stützpunktes Guantanamo bedroht ist; 2. wenn die Sicherheit des Panama-Kanals in Frage gestellt ist; 3. wenn die Raketenversuchsanstalt auf Kap Canaveral in Florida gestört wird; 4. wenn Menschenleben auf dem Ge-

biet der Vereinigten Staaten gefährdet werden; 5. wenn Kuba aggressiv gegen andere lateinamerikanische Nationen vorgeht; 6. wenn die Insel zu einer offensiven Basis für die Sowjetunion wird. Auch zu diesem Zeitpunkt vertrat die US-Regierung die Auffassung, daß auf Kuba lediglich Defensiv-Waffen vorhanden seien, und Staatssekretär Dean Rusk erklärte, daß das Pentagon dank ausgedehnter Überwachungsmaßnahmen über den militärischen Aufbau in Kuba ziemlich gut Bescheid wisse (NZZ, 22.9.62). Gleichzeitig wurde der Präsident durch den Senat ermächtigt, gegen Kuba militärisch vorzugehen um: „1. die Ausbreitung des Kommunismus von Kuba auf Nachbarstaaten, wenn nötig, mit Waffengewalt zu verhindern; 2. den Aufbau oder die Anwendung militärischer Machtmittel zu verhindern, die mit Hilfe einer auswärtigen Macht erfolgen und die Sicherheit der USA bedrohen; 3. mit der Organisation der amerikanischen Staaten (OAS) und mit „freibleibenden“ Kubanern zusammenzuarbeiten, um das Selbstbestimmungsrecht des kubanischen Volkes zu verwirklichen“ (FAZ, 22.9.).

Angesichts dieser offenen Drohungen gegen Kuba hatte die Sowjetunion am 11. September erklärt, daß sie bereit sei, Kuba gegen eine Aggression seitens der USA zu verteidigen. Die SU nahm in dieser Erklärung auch Stellung in der Frage der Stationierung von Kernwaffen auf Kuba. Die SU erklärte, daß sie „es nicht nötig hat, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel zur Abwehr einer Aggression, für einen Gegenschlag, in irgendeinem anderen Land, zum Beispiel nach Kuba, zu verlagern. Unsere Kernmittel sind in ihrer Sprengkraft so mächtig, und die Sowjetunion verfügt über so starke Raketenräger für diese Kernladungen, daß es sich erübrigt, einen Platz für deren Stationierung irgendwo außerhalb der Sowjetunion zu suchen. Wir sagen und wiederholen es, daß die Sowjetunion, wenn ein Krieg entzündet, wenn ein Aggressor diesen oder jenen Staat überfallen und dieser Staat um Hilfe ersuchen wird, die Möglichkeit hat, von ihrem Territorium aus jedem freilebenden Staat Hilfe zu leisten, und nicht nur Kuba.“ (...) in einem Moment, da die USA Maßnahmen zur Mobilisierung ihrer Streitkräfte durchführen und eine Aggression gegen Kuba und andere freilebende Staaten vorbereiten, möchte die Sowjetunion darauf aufmerksam machen, daß man heute Kuba nicht überfallen und darauf rechnen kann, daß dieser Überfall für den Aggressor strafflos ausgehen wird. Wird ein solcher Überfall unternommen, so wird das der Beginn der Entfesselung eines Krieges sein“ (4).

### Die zweite Eskalation

All dies spielte sich bis grob gesagt Ende September 1962 ab. Trotz der ganzen Dramatik war das Feld der internationalen Politik von den USA noch nicht so bestellt, daß eine wesentliche Änderung der bisherigen Kuba-Politik möglich war. In den USA selbst war nach verschiedenen Umfragen einschließlich einer Gallup-Befragung noch keine Mehrheit für eine Invasion geschaffen. Lediglich 24 Prozent stammten für eine Invasion. 63 Prozent waren dagegen und 13 hatten keine Meinung (2/3, 360). International schätzte die New York Times die Lage folgendermaßen ein: „Die USA finden keine große Unterstützung in Lateinamerika, und noch weniger bei der NATO, für eine starke Aktion gegen Kuba. Außer den Zentralamerikanischen Republiken ... sind die lateinamerikanischen Regierungen nicht aus gegen starke Aktion gegenüber Kuba, sondern sind sogar unwillig gegenüber milderen Maßnahmen.“ (24.9.) In der Tat hatte sich bis dahin die US-Regierung bei nahezu allen europäischen Regierungen eine Abfuhr eingehandelt, als sie wegen eines Boykotts europäischer Schiffe gegen Kuba vorstellte wurde

Großbritannien erklärte einfach, daß es sich dieses Geschäft nicht entgehen lassen wolle, schon wegen der großen Konkurrenz im Schifffahrtsgeschäft. Auch die Bundesregierung ging lediglich so weit, künftige Schiffsfrachten nach Kuba von einer Regierungserlaubnis abhängig zu machen.

Mitte Oktober beginnt dann das Drama, das heute noch als eigentliche „Kuba-Krise“ präsent ist. Fotos der US-Aufklärung identifizieren am 15. Oktober Raketenbasen auf Kuba, und daneben die MiGs und Düsenjäger, von denen die USA schon lange wußten. Am 18. Oktober findet ein Treffen zwischen Kennedy und dem sowjetischen Außenminister Gromyko statt, in dem Gromyko nochmals auf den rein defensiven Charakter der kubanischen Waffen hinweist. Kennedy läßt den Außenminister bewußt im Unklaren darüber, daß die US-Regierung über diese Waffen zu einer grundsätzlich anderen Einschätzung gekommen ist. Gleichzeitig beraten US-Regierung und Militär den nunmehr einzuschlagenden Kurs. Wichtiger Bestandteil der nun folgenden Politik der USA war die rasche Eskalation der internationalen Situation, und der in der Öffentlichkeit vermittelte Wille, bis zum buchstäblich letzten zu gehen.

Am 22. Oktober tritt Kennedy mit einer dramatischen Rundfunk- und Fernsehansprache an die Öffentlichkeit. „Viele Jahre haben beide, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten, die standortmäßige Verteilung von strategischen Kernwaffen mit großer Vorsicht gehandhabt, damit niemals der prekäre status quo gestört würde, der sicherste, daß diese Waffen nur im Falle einer lebensbedrohenden Herausforderung eingesetzt würden. (Die) Raketen auf Kuba (verschärfen) lediglich eine bereits eindeutige und vorhandene Gefahr — allerdings waren die lateinamerikanischen Länder, das sollte betont werden, niemals zuvor einer potentiellen nuklearen Bedrohung ausgesetzt.“

„Aber dieser geheime, rasche und außergewöhnliche Aufbau kommunistischer Raketen in einem Gebiet, das dafür bekannt ist, eine besondere und historische Beziehung zu den Vereinigten Staaten und den Nationen der westlichen Hemisphäre zu haben, und zwar unter Verletzung sowjetischer Zusicherungen und unter Mißachtung der amerikanischen Politik der westlichen Hemisphäre, diese plötzliche Ingeheim getroffene Entscheidung, ... ist eine bewußte provokatorische und ungerechtfertigte Änderung des status quo ...“ (4). Auf diese Weise rechtfertigte Präsident Kennedy das extreme Vorgehen der USA, nämlich die Verhängung einer Seeblockade, die eigentlich eine kriegerische Handlung war, gegen den Versuch der Sowjetunion, auf der Insel Raketen zu stationieren.

Im Süden der USA wurden 100 000 Soldaten zusammengezogen, desweiteren 100 000 der Air Force, 85 000 der Marine und 12 000 Marines. Die Verwundten der auf Guantanamo stationierten Soldaten wurden aus, stattdessen zwei weitere Marine-Divisionen eingeflogen. Neunzig Schiffe, darunter acht Flugzeugträger, kreuzten während der Krise im Atlantik, die strategische Bomberflotte mit Atomwaffen an Bord war rund um die Uhr in der Luft, und 146 Intercontinental-Raketen wurden auf Ziele in der SU gerichtet. Um Kuba wurde eine Blockade errichtet mit dem Ziel, kein Schiff zur Insel durchzulassen, das Offensiv-Waffen (nach US-Definition) an Bord habe.

Am 23. Oktober antwortete die sowjetische Regierung ihrerseits mit einer Erklärung: „Die Völker aller Länder müssen sich klar vorstellen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika, indem sie auf ein solches Abenteuer eingehen, einen Schritt auf dem Wege zur Entfesselung eines thermonuklearen Weltkrieges tun, indem sie die Völkerrechtsnormen für das Verhalten der Staaten und die Prinzipien der UN-Charta dreist mit den Füßen treten, ha-

ben sich die Vereinigten Staaten das Recht anmaßt und verkündet, Schiffe anderer Staaten auf offener See zu überfallen, das heißt, sich mit Piraterie zu befassen.“ (...)

Die führenden Staatsmänner der Vereinigten Staaten sollten endlich begreifen, daß jetzt andere Zeiten sind. Nur Wahnsinnige können heute auf eine Politik der Stärke setzen und glauben, daß diese Politik ihnen irgendeinen Erfolg bringen könnte, ihnen erlauben würde, ihre Ordnung anderen Staaten aufzuzwingen. Wenn die Vereinigten Staaten sich früher als militärisch stärkste Macht betrachten konnten, so gibt es jetzt dafür keinerlei Grund. Es gibt in der Welt eine andere Kraft, die nicht minder stark ist und die dafür eintritt, daß die Völker ihr Leben so gestalten, wie sie es wünschen. Heute ist es mehr denn je zuvor erforderlich, daß die Staatsmänner Kaltblütigkeit und Vernunft beweisen und kein Waffengeklirr zulassen.“ (4)

### Der Schritt zurück ...

Tagelang eskalierte nun die Situation. Ganz allgemein bestand eine Haltung unter den Menschen, von einem Tag auf den anderen den großen Knall zu erwarten. Bis dann am 28. Oktober die Sowjetunion die Bedingungen der USA akzeptierte, die Waffensysteme aus Kuba unter Aufsicht der UN abzubauen, und den weiteren Transport solcher Systeme nach Kuba abzubrechen. Weiterhin erklärte Kennedy in einem Brief: „Wir unsererseits wären bereit, nach Schaffung hinreichender

chen. Weiterhin erklärte Kennedy in einem Brief: „Wir unsererseits wären bereit, nach Schaffung hinreichender Vorkehrungen für die Durchführung und das Andauern dieser Verpflichtungen durch die Vereinten Nationen a) alsbald die gegenwärtigen Quarantänemaßnahmen aufzuheben und b) Zusicherungen gegen eine Invasion Kubas zu machen.“ (FAZ, 31.10.62). Die Sowjetunion zog die Raketen aus Kuba ab, und nach einigen Tagen hoben die USA die Blockade gegen Kuba auf. Während dieser ganzen Zeit konferierten nur noch die Sowjetunion und die USA miteinander, und auch über die Entscheidung, die Raketen aus Kuba abzurufen, wurde Castro später als Kennedy informiert.

Im Nachgeplänkel dieser Konfrontation ging es für Kuba darum, sich einer Inspektion durch die USA oder deren Stellvertreter zu unterziehen. In einer Rundfunkerklärung am 28. Oktober forderte Fidel Castro neben der Aufhebung der Wirtschaftsblockade die Einstellung jeglicher Art subversiver Handlungen gegen Kuba, die Beendigung aller Piratenangriffe, die von Stützpunkten in den Vereinigten Staaten und Puerto Rico aus geführt würden, Beendigung aller Verletzungen des Luftraums und den Rückzug des Flottenstützpunktes in Guantanamo. Die USA weigerten sich jedoch, in direkte Verhandlungen mit der Revolutionsregierung zu treten. Die US-Regierung ging einfach davon aus, daß die Raketen und Flugzeuge, die die Sowjetunion aus Kuba abgezogen hatte, immer Eigentum der SU waren und so die Klärung der Kuba-Krise lediglich einer Regelung zwischen der SU und den USA bedurfte. Und so gab es auch niemals eine Garantieerklärung der USA für die Achtung der Souveränität Kubas der Revolutionsregierung gegenüber. Ihrerseits war die kubanische Regierung inoffiziell verpflichtet worden, von jeglicher offensiven Unterstützung revolutionärer Kräfte in Lateinamerika abzusehen. Dies konnte nur noch auf inoffiziellen Wegen geschehen. Die USA betreiben auch heute noch die Verletzung des kubanischen Luftraums, und die letzten Maßnahmen einer Wirtschaftsblockade gegen die Insel bestehen noch fort.

### Imperialismus-Kommission

Quellen: Tagespresse von 1961 bis 1963;  
1) vgl. Magnus Brannenberg, „Das Verbot von Habana“;  
2) David Morowitz, Kälter Krieg;  
3) H.M. Pachter, Collision Course;  
4) Europa Archiv, 22. Folge, 1962



## Dialog und Pacto Constitucional

Christdemokraten, Teile der Rechten und auch Teile der Sozialistischen Block hatten seit Mitte des Jahres an unterschiedlichen Vorschlägen zu ersten Verhandlungen und einem neuen Dialog mit der Regierung, aber zu mindest mit Teilen der Streitkräfte, gearbeitet. Der Vorschlag mit der größten Resonanz war der sogenannte „Punto Constituyente“, der von der „Gruppe der 14“ (eine Gruppe von Persönlichkeiten verschiedener Parteien) ausgearbeitet, dann vom Sozialistischen Block übernommen und schließlich von der Demokratischen Allianz (AD) als Verhandlungsgrundlage für die Gespräche verwendet worden war.

Die Opposition verschiedener Wenden war Ende September durch General Maillat, Mitglied der Junta, ein Interview in dem er die Verhandlung so nahe zu nahem Kommt auf ist. Anfang Oktober hielt Pinochet vor dem Kongress gewisse Verhandlungsbereitschaft zu demonstrieren mit dem letzten Spektrum von Angebot. Auch die Kirche ist der Person Bischof Fresno, ebenfalls öffentlich in den Übermuten und tief zu Frieden und zu neuer Übereinstimmung auf. A dies befreit den Hintergrund für eine wenn auch flüchtige Aktion (über die AD), um der Sozialistischen Block in einen gemeinsamen Pakt ein zu binden, die KP zu einer Absage an die Unterstützung aller Kampfstrategien, einschließlich des bewaffneten Kampfes, zu bringen, und die radikale Linke (insbesondere den MIR und die Patriottische Front Manuel Rodríguez, FPMR) politisch zu isolieren. Nach solchen Verhandlungen innerhalb und zwischen den verschiedenen Sektoren der Opposition schien sich der „Pacato“ als große nationale Übereinkunft durchzusetzen, ohne allerdings eine Richtung zur Lösung der grundsätzlichen Probleme (Abschaffung der Diktatur, Neustrukturierung der Armee, Auflösung der CNF etc.) aufzuzeigen.

Alle diese Dinge sind inzwischen voll  
ständig von den Tatsachen überholt.  
Mit der Verhängung des Beagerungs  
zustands und der folgenden unfan-  
kenden Repressionswelle bei Jahren  
und alle Hoffnungen auf Dialog und  
Verhandlung zunächst völlig vom  
Tisch.

## Der Puro Nacional

Dem Belagerungszustand vorausgegangen war aber der „nationale Streik“, nach einhelliger Meinung der gesamten Opposition der größte Erfolg aller bisherigen Proteste.

Entsprechend dem politischen Klima und Kräfteverhältnis innerhalb der Opposition, war der schon Anfang des Jahres beschlossene Streik zunächst nicht durchsetzbar. Wichtige Bereiche der Gewerkschaften zögerten, weil befürchtet wurde, daß die Arbeiterklasse angesichts der hohen Arbeitslosigkeit nicht für einen Streik (der den Verlust des Arbeitsplatzes bedeuten kann) mobilisierbar sei.

Anfang Oktober wurde der Streik-  
beschluss von der Gewerkschaftsmen-  
schheit für einen Streik (der den Verlust  
des Arbeitsplatzes bedeuten kann) mo-  
bilisierbar sei.

Anfang Oktober wurde der Streik beschloß von der Gewerkschaftszentrale CNT (erneut) gefallt, vorangesie-  
ben im wesentlichen von den Kräften  
des MDP Spektrums (MDP = Volks-  
demokratische Bewegung). Dies nicht  
mit der Illusion, daß derzeit ein voll-  
ständiger Generalsstreik durchführbar  
sei, aber mit dem Ziel, einen Prozeß  
einzuleiten, der die bisherigen Prozes-  
tage auf eine neue Ebene des Wider-  
stands hebt. Trotzdem blieb eine  
schwankende Haltung der Gewerk-  
schaften vorherrschend, einige Einzel-

## Chile

# Massenprotest und Belagerungszustand

gewerkschaften sprachen sich gegen einen Streik aus, so daß es wirklich so aussah, als habe allein eine konsequente Minderheit den Aufruf beschlossen. Im Laufe des Oktober lief die Entwicklung jedoch für den Streik. Die enormen Preissteigerungen, verschiedene Mobilisierungen gegen die Preise und den Hunger, und viele Aktivitäten an der Basis der Gewerkschaften und in den Elendsvierteln, stärkten den Streikbeschuß. Auf politischer Ebene war die Haltung der Christlichen Linken, einer der wesentlichen Kräfte innerhalb des Sozialistischen Blocks, von Bedeutung. Sie beschloß eindeutig, die Linie der „sozialen Mobilisierung“ und den Streik zu unterstützen. Damit wurden heftige Diskussionen innerhalb des Sozialistischen Blocks ausgelöst, die schließlich zu einer Unterstützung des Streikaufrufs führten. Die bürgerliche Opposition, d.h. die AD, geriet immer mehr unter Druck. Sie gab schließlich ihre verbale Zustimmung zum Streik, ohne sich dem Aufruf direkt anzuschließen. Ihre Erklärungen gingen in die Richtung, Wir haben Verständnis, wenn das Volk friedlich gegen Hunger und Unterdrückung protestiert, das ist sein Recht usw., der Aufruf zum Streik- und Protesttag wurde aber nicht unterzeichnet.

Und dann kam der 30. Oktober, von allen mit Spannung erwartet, vom Regime mit massenhaften Präsenzverhaftungen und Verbannungen vorbereitet, und schlug alle Erwartungen Verkehr und Geschäftsleben waren in Santiago schon in den Morgenstunden fast vollständig, in den anderen Städten des Landes zu großen Teilen, lahmgelegt. In den Elendsvierteln fand ein großer Festtag statt, alle und jeder waren gegen Abend auf der Straße, in den kampferfüllten Zonen wurden Anschläge auf öffentliche Einrichtungen, Supermärkte etc. durchgeführt. Gütertransport und Personenverkehr waren landesweit stark behindert, aus mehreren Städten insbes. Santiago wurde berichtet, daß kein einziger Paco (= Bulke) in die Elendsviertel reinkam usw. usw. So umfassend landesweit und unter so breiter Beteiligung hatte bisher kein Protesttag stattgefunden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die starken und erfolgreichen Protesttage vom September sicher eine wichtige Voraussetzung für den Streikbeschluß und seine Durchführung waren. Die besondere, neue Qualität bestand aber darin, daß der Streik tatsächlich auch im Produktionsbereich stattfand. Ungefähr 900 Fabriken des Landes waren in unterschiedlicher Weise vom Streik betroffen. Von „langsam arbeiten“ über Protestversammlungen im Arbeitsbereich stattfand. Ungefähr 900 Fabriken des Landes waren in unterschiedlicher Weise vom Streik betroffen. Von „langsam arbeiten“, über Protestversammlungen in den Betrieben bis zur tatsächlichen Stilllegung der Fabriken gab es unterschiedlichste Formen der Streikbeteiligung. Nach der Einschätzung von CODEPU (Komitee zur Verteidigung der Rechte des Volkes) war der Produktionsapparat des Landes natürlich nicht lahmgelegt. Aber es hat sich mit diesem Streik eine Avantgarde innerhalb der Arbeiterklasse herausgebildet, die bereit ist, nicht nur als Pobladors, sondern auch als Arbeiter im Betrieb Protestformen

zu entwickeln. Dies wird als wesentlicher Schritt und besonders wichtig für alle weiteren Protest- und Widerstandsaktionen gesehen.

### Die Antwort der Diktatur

Auch das Regime hatte offensichtlich nicht mit einer so breiten Beteiligung für den Streik gerechnet. Innerhalb der Regierung und der Streitkräfte gab es offensichtlich — wie auch schon in den Wochen zuvor — eine Reihe von Widersprüchen über das weitere Vorgehen. Mit dem, nach allgemeiner Einschätzung, innewohnenden Rücktritt des gesamten Kabinetts, und dem anschließend am 6.11. verhängten Belagerungszustand setzte sich jedenfalls die „harte Linie“ durch. Innenminister Jarpa, im vorigen Jahr als Manager der Öffnung und des Dialogs angesehene, wurde zum Chef der Repression. Pinochet begründete die Verhängung des Belagerungszustands und die Ausgangssperre für die Regionen Santiago und Valparaíso mit der Notwendigkeit, den entschlossenen Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die Subversion zu führen und die Ruhe im Land wiederherzustellen. Explizit nannte er den Bombenanschlag gegen einen Polizeibus in Valparaíso, bei dem sechs Polizisten starben, den Anschlag auf eine Polizeikaserne im Süden Santiagos (beide Anfang November) und die Bombe, die direkt gegenüber dem Regierungsgebäude Diego Portales explodierte (im Oktober).

Der Belagerungszustand, der jetzt gultig ist (Estado de Sitio), herrschte von 1973 bis 1978. Seitdem waren andere, z.T. etwas abgemilderte Formen von Ausnahmezuständen in Kraft. Im Rahmen der geltenden Verfassung hat der Präsident das Recht, den Belagerungszustand für 90 Tage zu verhängen; er kann danach verlängert werden. Mit dem Belagerungszustand können alle Repressionsmaßnahmen — die bisher auch durchgeführt wurden, sich aber nach der Verfassung und bestimmten Gesetzen richten mußten — ohne jegliche Kontrolle durch Beschluß des Präsidenten durchgeführt werden: Verbannung, Hausarrest, Ausweisung, Einreiseverbot, Einschränkung der Bewegungsfreiheit, Aufhebung des Versammlungsrechts, Zensur. Verhaftete können von der CNJ ohne Begründung und Benachrichtigung festgehalten werden, Häuser können durchsucht werden usw.

Entsprechend wurde vorgegangen. Alle Nachbarn, die die Bombenzone NI ohne Begründung und Benach-  
tigung festgehalten werden, Häu-  
ser können durchsucht werden usw

Entsprechend wurde vorgegangen. Die Nachrichten, die die Bevölkerung zuhören könnten, sind verboten, mehrere Zeitungen vollständig suspendiert, d.h. dürfen nicht erscheinen (am 7.11. wurden die Büros von MDP und Sozialistischem Block überfallen und 26 Leute verhaftet. Am 15.11. besuchte" die CNI die AD, ohne jedoch Verhaftungen vorzunehmen und so ging es weiter. Überfälle auf verschiedene Gewerkschaftssitze, Admapu, die Mapuche-Organisation in Temuco, dabei immer Verhaftungen,

Relegationen, Tagelang bei der CNI  
Verhandlungen

Am 10.11. wurden die Kampagnen los (bezeichnete Land) Raúl Sika Hernández und Juan Francisco Fresno überfallen. Rund 3 000 männliche Bewohner wurden in ein Militärgefängnis verschleppt, 300 von ihnen ausgewandert und verhaftet. Die CNJ drapierte ungewählte Verhaftete mit Fahnen der MIR und der FPMR, mit Sprengstoff und Propaganda, und der nationale Fernsehkanal filmte dann das ganze

Am 15. 11. fand praktisch dasselbe in dem Elendsviertel La Victoria statt (wo im September der französische Priester Jarlan ermordet worden war). Darüberhinaus gab es quasi flächendeckende Durchsuchungen in ganz Santiago; jedes Viertel war in irgendeiner Weise betroffen, sei es durch gezielte Verhaftungen, sei es durch Durchsuchungen in unmittelbar benachbarten Vierteln. Tagelang patrouillierten Militärs auf offenen Lastwagen mit Maschinengewehren im Anschlag und Panzern vorwiegend durch die Straßen. Genaue Zahlen über die Verhafteten liegen nicht vor; man schätzt, daß vorübergehend rund 3 000 Menschen verhaftet wurden, daß mehr als 300 auf längere Sicht in Haft blieben. Im KZ in Pisagua im Norden sitzen inzwischen fast 300 Verbannte, 100 weitere und in andere Teile des Landes verbannt. Der Vorsitzende der „Vicaría de Solidaridad“, einer kirchlichen Menschenrechtsorganisation, erhielt ein Einreiseverbot nach Chile, verschiedene Priester wurden als angebliche Agitatoren verhaftet, ein Bericht des Erzbischofs

tion auf die Kriege zu" und sie dann zu einem späteren Zeitpunkt auf eine Liste von Verhandlungen eintrug, unter Bedingungen die das Regime diktiert.

Aus gut unterrichteten Kreisen ver-  
lautet, daß es auch innerhalb der  
Streckkräfte Zweifel gibt, ob der Bela-  
gerungszustand und die Repressions-  
politik diese Ziele durchsetzen können.  
Die Befürchtung ist, daß vielmehr eine  
weitere Zuspitzung und Polarisierung  
das Ergebnis sein könnte, und damit  
auch die letzten Illusionen in Dialoge  
und Verhandlungen zerschlagen werden.  
Offensichtlich hat auch das State  
Department seine Zweifel bezüglich  
der jetzigen Linie der Diktatur. Bei ei-  
nem kürzlichen Chilebesuch äußerte  
der Lagerleiterkennbefragte die Be-  
fürchtung eines zweiten Nixonputsch in  
Chile. Passende Druck und auf-  
leuchtend nicht ausgebl. — gegenüber  
der wachsenden Massenbewegung ist  
Pincheb immer noch das kleinere  
(bei)

Für den Zusammenschluß und die Einheit der gesamten Opposition (d. h. von MDP bis AD) waren die Bedingungen nie günstiger als im Augenblick. Der Antrag zum Protest gegen den Belagerungsstand am 27. 28. November wurde von der gesamten Oppositionsfront unterzeichnet auf der Grundlage der sozialistischen Mobilisierung. Ein weiterer Aufruf, ebenfalls von allen Kräften getragen, erging inzwischen für den 15. Dezember. Trotzdem sind die traditionellen Widersprüche natürlich nicht verschwunden. Teile der bürgerlichen Opposition



## „Nein zu den Kriegsverlehten“

Fresno über die Zustände in Pisagua durfte nicht veröffentlicht werden. Diese Konfrontation gegenüber der Kirche hat den Erzbischof, einst sehr freundlich im Umgang mit der Diktatur, veranlaßt, deutlich kritische Töne anzuschlagen.

### Auswirkungen auf die Opposition

### Auswirkungen auf die Opposition

Die Entwicklung der letzten Monate hat die Einschätzung der Linken und die Politik der MDP in mindestens zwei wesentlichen Punkten bestätigt: Die Reaktion des Regimes auf den erfolgreichen Streik, die Verhängung des Belagerungszustands und die neue Repressionswelle haben gezeigt, daß es mit Pinochet und unter seiner Verlastung keinen Dialog oder nationale Übereinkunft geben kann. Es hat sich zugleich gezeigt, daß es die Linie der „sozialen Mobilisierung“ der Proteste und des aktiven Widerstands ist, die die Diktatur destabilisieren. Die letzten Proteste, einschließlich des Streiks, und Beweis dafür, daß der massenhafte und aktive Widerstand wächst, daß ein neues Niveau der Proteste ohne und trotz sogar gegen die bürgerliche Opposition durchgesetzt werden kann. Sie gegenüber hat die Linke mit diesen Aktionen deutlichen Spielraum gewonnen. Die „linea rupturista“, die Politik des radikalen Bruchs mit der Diktatur, war am Streiktag von großen Teilen des Volkes aufgegriffen und aktiv umgesetzt worden.

Die aktuelle Repressionspolitik der Regierung zielt ganz offensichtlich darauf ab, diese Entwicklung aufzuhalten. Sie richtet sich in erster Linie gegen die anfänglichen Bereiche — die sozialen Massenorganisationen, die politische Linke und die Studenten. Viele der Maßnahmen zielen auf die 'Entwappung' der Organisationen und die grundlegende Einschränkung von Angst verbreiten und die politischen und Massenorganisationen bremen und desorganisieren. Nach Einschätzung der MDP will das Regime damit die Aufschwung der radikalen Kräfte stoppen und die bürgerliche Oppor-

haben ihre Bedenken gegen eine zu tiefgreifende und konsequente Mobilisierung nicht aufgegeben und werden jede minimale „Öffnung“ benutzen, um wieder und erneut an einem bürgerlich-demokratischen Übergang zu basteln. Die MDP-Kräfte halten trotzdem ein höheres Niveau der Einheit der Opposition für möglich und für unumgänglich. Ein Zusammenschluß, ein Zentrum aller Oppositionsgruppen, das die inneren und äußeren Grenzen der bisherigen Blöcke überbrückt (MDP, Sozialistischer Block, AD) und weitere Gruppierungen und Persönlichkeiten einschließt. Als Minimum dieses Oppositionszentrums gilt die Fortführung der „sozialen Mobilisierung“ mit folgenden Zielen: Schluß mit dem Belagerungszustand, Schluß mit dem Regime, Verfassunggebende Versammlung, sozialer und wirtschaftlicher Demut, volle Respektierung der Menschenrechte. In diesem Sinn hat der MIR im November eine Aufforderung an alle Oppositionsgruppen zu schneller Gesprächen zu kommen, geteilt.

Es ist nicht zu bestreiten, daß das Regime mit seinen Maßnahmen ein hohes Maß an Entfaltung der Kunst erzielen konnte. Militärisch hat sich die Diktatur diesmal weder durchgesetzt, so die Einschätzung von CODEPU, aber politisch ist ihr Scheitern nicht mehr zu verkennen. Die Lage unterscheidet sich grundsätzlich von der in den ersten Jahren der Diktatur. Fast zwei Jahre regelmäßiger Proteste, mehr als ein Jahr legale oder halblegale Arbeit der linken Organisationen und durch den Belagerungszustand nicht wegzuräumen, wenn auch jetzt wieder stark eingeschränkt. Es wird sehr hoch bewertet, daß trotz Belagerungszustand der Protesttag am 27. und 28. November durchgeführt wurde, nämlich kleinere Aktionen stattfindend, immer wieder Anschläge auf die Metro, auf Feiertagsmessen und Polizeikontrollen durchgeführt werden. Die Einschüchterung, die das Militärregime zunächst verbreiten konnte, wird nicht wieder jahrelang vorherrschen.









# Im Kampf gegen Bahro weit über's Ziel hinausgeschossen

Klaus-Peter Klingelmeier hat ein kpk der Realis vom Dienst in der „Luz“. Der Handel mit faulen Hoffnungen auf eine „Machtbeteiligung“ per Bündnis mit der SPD gehört zu seinen wichtigsten journalistischen Tätigkeiten. Kein Wunder also, daß kpk die Wahlniederlage von Rudolf Bahro auf dem Hamburger Parteitag der Grünen zum Anlaß einer Polemik in der „Luz“ (22.12.84) genommen hat. Sein Text beweist, daß man selbst im Kampf gegen Bahro weit über das Ziel hinausgeschossen kann, falls die eigenen Ideen verkehrt genug und als Farnepel für die in Realis-kreisen gepflegte halbkreisförmige, oberflächlich mitunter brillante Form von Demagogie verpackt kpk's „Anti-Bahro“ (O-Ton „Luz“) beschönigt.

„Der abgeklärte ‚Citoyen‘ könnte lachen, wenn nicht die deutsche Geschichte voll wäre von diesen Apokalypsenpredigern und Heilslehrern. Noch immer, wenn Finsternis droht ... , findet sich ein Messias — und immer endete die ‚Errettung‘ im Massengrab.“

So leitet kpk seinen Text ein. Wichtige Elemente der Polemik sind damit schon eingeführt: der Bezug auf die deutsche Geschichte (falsche Geschichtsbewußtsein vor; das Wörtchen „immer“ beansprucht Kontinuität und Kausalzusammenhang des Behaupteten. Bahro als Reinkarnation eines deutschen Geschichtstyps als zeugenössische Verkörperung des gleichen Typs, zu dem „auch“ (man muß das aussprechen, denn haargenau so ist es von kpk gemeint) Adolf Hitler gehörte.

Klopft man diese einleitenden Sätze von kpk aber ein bisschen ab, so halbiert sich nicht stand. Es wimmelt in der deutschen Geschichte keineswegs überdieschüttelt mit „Apokalypsenpredigern und Heilslehrern“. Und in „Massengrab“ hat mit der einzigen Ausnahme der NSDAP — falls man diese denn den „Heilslehrern“ unbedingt zuordnen will — keiner von ihnen geführt. Schon das von kpk benutzte Wort „Messias“, das hebräischen Ursprungs ist, deutet darauf hin, daß es sich wohl nicht so sehr um eine genuine, „typische“ Erscheinung der deutschen Geschichte handelt. Die Beispiele, die kpk beibringt, sind denn auch allesamt, mit Ausnahme eben des Nazismus, aus der Geschichte an

genuine, „typische“ Erscheinung der deutschen Geschichte handelt. Die Beispiele, die kpk beibringt, sind denn auch allesamt, mit Ausnahme eben des Nazismus, aus der Geschichte an der Länder zusammengekauft. Nämlich (nachdem kpk zu Protokoll gegeben hat, daß Bahro bei seiner Hamburger Rede ein „Flackern in den Augen“ und „Schaumwölkchen in den Mundwinkeln“ gehabt habe).

„Das gleiche Leuchten in den Augen konnte bei Bernhard von Clairvaux beobachtet werden, als er zum Kinderkreuzzug aufrief. Savonarola hatte diese Schaumwölkchen im Mund, als er als Bußprediger durch Italien zog — mit der Brandfackel in der Hand. Die Heilslehrer aller Zeitalter trieben ihre Anhänger mit dem Namen ihres ‚Gottes‘ auf den Lippen nach Magdeburg, Austerlitz, Leipzig, Verdun und Stalingrad und in ihrem Namen starben Millionen auf den Scheiterhaufen und in den Öfen der Schlächter.“

Geschichte einmal absolut unendifferenziert betrachtet. Oder: was hat der italienische Mönch und Prediger Savonarola aus dem 15. Jahrhundert mit dem Eroberer Napoleon gemeinsam, und was wiederum dieser mit dem Völkermörder Hitler? Sprechen wir von Savonarola, dessen Wandertrieb sich übrigens ebenso in gemäßigten Grenzen hielt wie seine Pyromanie. Savonarola hatte nach der Vertreibung der Medici-Familie aus Florenz (1494) praktisch die Funktion eines Staatsoberhauptes in diesem Stadtstaat. Sein Regime richtete sich u.a. gegen die Vörschraff und die Privilegien des Adels (und der mit dem Adel gleichgestellten Großkapitalisten). Seine Basis war ausgerechnet jene soziale Schicht, die kpk unter der Bezeichnung „Citoyen“ als Hort des Guten, Wahren und Schönen naiv verklärt. Und was die erwähnte Brandfackel angeht: Savonarola zumeist jugendliche Anhänger (der aufgekärte „Metropolitenallgenier“ möge dabei wohlweisen an die HJ oder an die Roten Garden denken) verbrannten zwar gern allerlei Luxus-Artikel, die sie aus den Wohnungen der Reichen zusammengetragen hatten, aber Menschen wurden unter Savonarola's Regime nicht verbrannt. Hingegen endete Savonarola selbst am 23. Mai 1498 auf dem Scheiterhaufen, den ihm Florentiner Adel, Kirchenstaat und einige italienische Oberhäupter anderer italienischer Staaten errichtet hatten. In den Augen“ und „Schaumwölkchen in den Mundwinkeln“ (hatte) aber nicht.

schon Staaten errichtet hatten. In den Augen“ und „Schaumwölkchen in den Mundwinkeln“, als rationale Techniker der Macht und des Reichtums, den Bündnispartner markieren, an dessen breite Brust sich kpk gern werfen möchte, um sich gemeinsam der unbe-rechenbaren Fanatiker zu erwehren.

Der eifernde Heilslehrer, so zeigt Geschichte von Jesus bis Rudi Dutschke, steht jaunter selbst in der Gefahr, von kühlen, berechnenden Machthabern liquidiert oder zu Tode geheizt zu werden. Die Demystifizierung des Eifers an potenter Mächtigem mag dabei bei unter Umständen wegberetend wirken. Es soll also vorsichtiger damit umgegangen werden. Würden jemals Schlüsse auf Rudolf Bahro fallen, so möge man kpk ein Waschschüsselchen reichen. Damit soll aber nicht bestritten werden, daß kpk in seiner Polemik gegen Bahro viel Sinnvolles, zumindest Bedenkenswertes gesagt hat. Man muß eben nur „ein bisschen“ über das Ziel hinausgeschossen, indem man mit grobem Filzler Linsen von Bahro zu Hitler, vom grünen Parteitag nach Nürnberg und gleich schon mit, bei allen richtigen Beobachtungen und allen Schreibkünsten im Detail, das gesamte Bild nicht mehr.

Der eifernde Heilslehrer mit dem irren Blick und dem Schium im Mund stellt als solches für seine Umwelt nur in engen Grenzen eine Gefahr dar. Zur Todesgefahr für viele wird er erst, wenn sich die Macht-Haber seiner bedienen. Daß Bernhard von Clairvaux den 2. Kreuzzug (1147-1149) stimuliert, ist schlimm genug. Aber so irrelevant geblieben wie der Masseneinfluß Bahro's heute, wenn Bernhard's fanatische Tiraden nicht mit Interessen zusammengetroffen wären, die vom reaktionären Eifer sehr wenig, dafür von Großmachtpolitik und Profit sehr viel wußten. Für das Zustandekommen des Massensoldaten, das die Kreuzzüge nun einmal waren, haben ihrer Blick und Schiumwölkchen eine viel geringere Rolle gespielt als die Aussichten auf Beute in jeder Form. Der Grundfehler von kpk ist, daß er bei derartigen Veranstaltungen auf den (geifernden) Mönch als Verursacher weist, statt auf den deutschen Kaiser Konrad, den französischen König Louis und den Papst Eugenius, die auf den (geifernden) Mönch als Verursacher weist, statt auf den deutschen Kaiser Konrad, den französischen König Louis und den Papst Eugenius, die ihrerseits nur als „Charaktermasken“ für politische und soziale Interessen stehen.

Insofern ist Heilslehre keineswegs gleich Heilslehre. Zu prüfen ist, wie sich die jeweilige Heilslehre zu den Interessen der Macht-Haber verhält. Läuft sie ihnen so krass zuwider wie die von Jesus, so wird der Weg des Eifers (und seiner Nachfolger/innen) mit einiger Wahrscheinlichkeit am Kreuz, unter dem Beil, auf dem Rad, in siedendem Öl, am Galgen oder an der Wand enden. Stimmt die Heilslehre hingegen so phantastisch mit Herrschaftsinteressen zusammen wie die von Hitler, Gorbels & Co., so können ihre Propheten es unter Umständen sehr weit und allzu weit bringen. Macht so gesehen die flotte Linienziehung von Bahro zu Hitler irgendeinen anderen Sinn als den der unzähligen, infamen Aufreizung? In Details wird es „Übereinstimmungen“ geben aber dies zu konstatieren ist ungefähr so sinnvoll, als wollte man jeden österreichischen Vegetarier, der zudem noch das Pech hat, ein nett dilettaierender Zeichner zu sein, als Hitler-Reinkarnation verdächtigen. Mit anderen Worten: dies ist sachlich so gehaltvoll wie das „Grün gleich Braun“ von Heiner Geissler.

Die (übrigens in permanenter Metamorphose befindliche) Heilslehre Bahro's ist total durchgeknallt und mußte, falls realisiert, zu einem millionenfachen Massensterben führen, wie kpk zukünftig schreibt und wie zuvor auch schon im AK zu lesen war. Denn daß auf dem von Bahro gewollten Produktionsniveau nur ein kleiner Teil der Erdbbevölkerung satt werden würde, selbst bei Ausbeutung des Arbeitsages bis zur Auschöpfung, ist berechenbar. Dennoch ist die Gefahr, daß Bahro's Ideen von den Macht-Habern in ihrem Sinne instrumentalisiert werden könnten, äußerst gering. Sie laufen allzu offensichtlich der kapitalistischen, und also auch imperialistischen, Entwicklungslogik und Interessengenerierung zuwider. Bahro, auch nur in Bruchstücken realisiert, wäre das totale Qui für alle imperialistischen Ambitionen der Macht-Haber dieses Landes. Bahro

als Prediger des Null-Wachstums und der bedingungslosen einseitigen Abstrahlung ist genau der Mann, den man seinem ärgsten Konkurrenten gern auf den Hals wünscht. Bahro als Dissident in der Sowjetunion: Streicheleinheiten im Übermaß wären ihm in den heutigen Medien (und vermutlich auch in der „Luz“) sicher. Bahro als Gegengift gegen japanische Intelligenz und Tüchtigkeit: auch sehr hübsch. Aber im eigenen Land wird aus diesem Propheten nichts werden.

Kpk's „Anti-Bahro“ verfolgt eine unmittelbare taktische Absicht und mit Bahro attackiert man mühe- und populär den allerschwächsten Punkt jenes makabren Zweckbündnisses zwischen Fundamentalismus und Okozualisten, das quer zum Durchmarsch der Realis liegt. Wer Bahro angreift, vermischt die Schwächen einer Polemik gegen Trampert und Ebermann, und erreicht auf diesem doch das gleiche Ziel. Neben dieser kleinen heissen Lust scheint der „Anti-Bahro“ von kpk aber auch Tiefersünderes, echte Emotion zum Ausdruck zu bringen. Das deutet sich an in der laut gedachten Überlegung Klingelmeiers, ob man nicht — falls Bahro's Ideen in der Grünen Partei je mehrheitsfähig werden sollten — „im Verein mit Sozialdemokraten, ‚Citoyens‘ und Antifaschisten aller Lager vorgeht“. Eine antifaschistische Einheitsfront der Vereinigten und Zivilisierten im Lande, an deren Spitze sich ohne große Mühe die Realis-Staatsorgane setzen könnten. Und warum das Spektakel? Vielleicht deshalb, weil kpk glaubt, er spräche als „Metropolitenallgenier“ für eine soziale Schicht, die bei einer Revolution nichts zu gewinnen hat und die darum gut beraten ist, sich — mit reformistischer Vernunft und Augenmaß für das Machbare im Bestehenden irgendwie möglichst komfortabel einzurichten? Es ist vielleicht mehr als die kleine heisse Lust, wenn Realis Cohn-Bendit ausgerechnet die Frankfurter Fundamental-Grünen die als Kommunistenfresser aus wirklich einen Ruf haben, mit dem als Schimpfwort gemeinten Namen „Bolschewiken“ attackiert. Und es könnte bezeichnend sein, daß kpk diese Begriffs-



Goya: El sueno de la razon produce monstruos (Der Traum der Vernunft erzeugt Ungeheuer)

verfälschung nicht etwa als geschichtliche Unfug zurückweist, sondern nur mikke korrigiert: „sicher eine Fehlinterpretation, weil hinter der Wortrodikahist der Zierans (Wortführer der Frankfurter Fundamentalos und Haudogen in zahllosen Schlachten gegen kommunisten und Kommunismus-Verdächtige) der große Entwurf fehlt“. Und, nicht Lenin, sondern Stalin sei eigentlich die historische Parallele zu Bahro und den Fundamentalos. Womit der anfangs zitierte Satz von den „Heilslehrern aller Zeiten“, die ihre Anhänger „mit dem Namen ihres ‚Gottes‘ auf den Lippen“ u.a. nach Stalingrad getrieben haben, nun endlich die Doppeldeutigkeit hat, in der er klammheimlich wohl von Anfang an gemeint war. Dem an bundesdeutschen Medien geschulten Ohr drängen sich beim Wort „Heilslehre“ sowieso Begriffsverbindungen wie „revolutionäre Heilslehren“, „kommunistische Heilslehren“ ganz zwanglos auf. Daß es von den Realis so wohl auch gemeint ist, im angesagten in ihrem allzu glückseligen Bekenntnis, daß für sie „die großen und fundamentalen Revolutionsverhältnisse li-

tionen sind und bleiben werden“. „Wir bekennen uns ausdrücklich zu einer Politik der ökologischen Reform, da wir in der ‚grundwärtlichen Systemopposition‘ lediglich einen Rückfall in die überkommenen Systempositionen der siebziger Jahre erkennen können.“ (Antrag von Fischer, Kleinert, Schily, Schoppe u.a. zum Hamburger Parteitag). Fazit: Revolution ist gleich illusionäre Verheißung ist gleich sektiererische Heilslehre ist gleich Waterloo, Stalingrad und Auschwitz. „Wir — die Bewohner der Städte und Anhänger der urbanen Kultur — werden diese Kultur gegen den Zugriff der Apokalypsenprediger mit Zähnen und Klauen verteidigen“, erstickt sich kpk. Sieht er unsere recht komfortable Lage denn wirklich ausgerechnet durch absehbare Exzessive wie Rudolf Bahro bedroht? Das wäre ja schon eine nette Paranoia. Sind da nicht vielleicht noch ganz andere Ängste, die kpk schon heute zu einem apophyllaktischen Zähnefletschen zwecks Wahrung unseres Besitzstandes veranlassen? Dritte Welt und so? Nein, gar nicht, wirklich nur der Bahro? Ach so, ja dann wirklich nichts für ungut Kt., Hamburg

## Glaubwürdigkeitslücke

## Glaubwürdigkeitslücke

42. 4. 1. 85  
Bedrohungslüge Nr. (34)

## Rakete über Norwegen

„Sowjetische Rakete rast über Norwegen“, Springer, „Bild“ war wieder mal dabei. „Unglaublich!“ Eine sowjetische Atomrakete ist über Norwegen und Finnland gerast. Ein Fehlschuß — oder eine bewußte Provokation? Es passierte am 28. Dezember ...“

Vergleicht man die Meldungen, so ist Umlauf sind, dann besteht Übereinstimmung nur in einem Punkt: Im Datum. Es geschah am 28. Dezember.

Was kam geflogen? Eine „sowjetische Cruise-Missile-Rakete“ (ddp) eine „sowjetische Atomrakete“ (Bild), eine „sowjetische Übungsrakete“ (NRZ).

Was tat die Rakete? Sie überflog norwegischen Luftraum und ist „schließlich in Richtung Finnland verschwunden“ (ddp). Die „Rakete überquerte die Grenze bei Nord-Norwegen, schlug einen Bogen und stürzte dann vermutlich über Finnland ab“ (Bild). Sie „let dann über Finnland zurück in die UdSSR fliegen“ (Reuter). Sie sei „vermutlich außer Kontrolle geraten und später über Finnland abgestürzt“ (NRZ).

Es geht eben nichts über seriöse, verlässliche Informationen!

Aber es kommt noch besser. Die britische Nachrichtenagentur Reuter, die sich seit geraumer

Zeit als antikomunistische „Entziffern“ zu profilieren sucht, hat da noch einen hübschen politischen Gag auf Lager. „Aus Regierungenkreisen verlautete ergänzend, das NATO-Mitglied Norwegen werde möglicherweise gegen diese Verletzung seines Luftraumes mit allem Nachdruck protestieren.“

Da sieht man doch schon den Botschafter auf dem roten Teppich stehen und „möglichweise“, aber selbstverständlich „mit allem Nachdruck“ protestieren.

Die neue Weihnachtsgeschichte vom roten Marschflugkörper der aus der Kälte kam, erinnert an Geschichten ähnlichen Kalibers. Die spielten allerdings vor der Schwedischen Küste mehr unter Wasser. Eine Variante auf der Uralt-Geschichte: Die Russen kommen — zu Lande, zu Wasser und dieses Mal aus der Luft. Wie gehabt!

Und sie kommen pünktlich — nämlich kurz vor dem Treffen von Andrej Gromyko und George Shultz in Genf. Zeitgleich mit der Nachricht aus Washington, daß US-Verteidigungsminister Weinberger eine „harte Verhandlungsstrategie“ für Genf durchgesetzt habe, die ihnen in jedem Fall freie Hand läßt für das Weiterführen der Programme zur Militarisierung des Weltraums.

„Bedrohungslüge“ nennt sich eine ständige Rubrik in der DKP-Zeitung „Luz“. An guten Tagen wurde dort schon so mancher antisowjetische Entzifferer umgedreht. An schlechten Tagen jedoch macht man sich die Sache einfach und streift ebenso wortreich wie substanzlos irgendeine Geschichte ab, mit der man lieber etwas vorsichtiger umgehen sollte. Wenn dann zur eigenen Quasialität auch noch eine Portion Pech kommt, muß man sich von den sowjetischen Neossen bestätigen lassen, was man gerade eben noch vehement dementiert hatte.

### UdSSR bedauert Vorfall

### Zielflugkörper vom Kurs abgekommen

Moskau. UZ — Während eines Übungsabfluges sowjetischer Schiffe in der Barentssee am 28. Dezember 1984 ist ein Zielflugkörper durch einen Defekt vom vorgegebenen Kurs abgekommen, in Richtung Küste geflogen und dann weiter in westlicher Richtung verschwunden, meldet TASS. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er das Territorium Norwegens teilweise überflogen hat und auf dem Territorium Finnlands niedergegangen ist. Der Zielflugkörper hatte keine Sprengstoffe und keine toxischen Mittel an Bord. Im Zusammenhang mit dem unbeabsichtigten Vorfall, der durch einen Materialdefekt verursacht wurde, hat die sowjetische Seite die finnische und norwegische Seite informiert und Bedauern über den Vorfall geäußert.

UZ. 8.1.85







Der 1983 durch den Roman „Der Name der Rose“ schlagartig populär gewordene italienische Semiotik-Professor Umberto Eco hat unlängst im S.-Fischer Verlag eine 1984 erstveröffentlichte Aufsatzsammlung „Apokalyptiker und Integrierte“ zur Massenkultur und deren Kritiken herausgebracht.

Dieses Buch möchte ich den AK-Lesern und Leserinnen wärmstens empfehlen.

## Junk Culture

# Umberto Eco: »Apokalyptiker und Integrierte«

### „Semiotik“?!

Eco gilt als einer der geistigen Väter der modernen Semiotik, der Wissenschaft von den sprachlichen Zeichen, die sich u.a. mit Literatur, Baudenkmälern, Filmen, Moden, kurz: allen menschlichen Zeichensystemen, befaßt und sie im Hinblick auf ihre Bedingungen, Bedeutungen, Strukturen etc. zu entschlüsseln sucht.

### ... und einige Anwendungen

Im vielfach raubgedruckten Szenen-Bestseller „Der Name der Rose“ ging es um die Aufklärung einer Mordserie in einem Kloster, bei der die jeweiligen Todesarten der Johannes-Offenbarung, einer Vision des Weltendes, entlehnt waren. Ein eigenartliches Interesse an der Apokalypse kennzeichnet übrigens auch einige von Ecos bundesdeutschen Jüngern; erwähnt sei hier nur der Kreis um die alte „Sound“-Redaktion (D. Diederichsen, O. Dante-Marx et. al.), speziell „Die semiotische Katastrophe“ in „Schocker“, rowohlt 7731, 166 ff.

### Der Verdacht des Kulturverfalls

Im vorliegenden Band bemüht sich Eco, einige Strukturmerkmale populärer Kultur (z.B.: Comics, Fortsetzungsromane, Filme) konkret zu analysieren, den Inhalt ihrer Botschaften zu entschlüsseln und ihren Stellenwert im gesellschaftlichen Überbau zu bestimmen.

Ein wesentliches Merkmal seiner Untersuchungen ist dabei, daß er den Spaß an der Massenkultur nicht leugnet, sondern ihn zum Gegenstand der Untersuchung macht, ohne daß diese

„... Untersuchungen ... zeigen, daß es kein Spaß an der Massenkultur nicht leugnet, sondern ihn zum Gegenstand der Untersuchung macht, ohne daß diese inquisitorische Züge annimmt. „ (...) vielleicht habe ich diese Aufsätze nur geschrieben, um mir selbst und anderen zu beweisen, daß man von derlei Dingen sehr wohl fasziniert sein konnte, ohne sie deshalb um jeden Preis zu rechtfertigen (oder zu entschuldigen)“ (S. 9)

### Millionen glauben an den Zusammenhang von Sex, Gefühl und Ehrlichkeit. In Wahrheit zählt die Kunst des Zitats

Ecos Argumentation zur Massenkultur verläuft etwa so: Die Massenkultur ist ein Produkt des Industriezeitalters mit seinem Aufstieg der Unterklasse zum geschichtlichen Subjekt; „ (...) das Universum der Massenkommunikation (...)“ (18) „ (...) entsteht mit dem Aufstieg der subalternen Klassen zum Gegenstand der kulturellen Werte und mit der Möglichkeit, kulturelle Güter mittels industrieller Verfahren herzustellen“ (18).

Am Beispiel früher Volksbücher führt Eco dann den Doppelcharakter der Massenkultur vor: „Indem diese Bücher den Rahmen einer offiziellen Moral unter dem Volk verbreiteten, besorgten sie das Geschäft der Befriedung und der Kontrolle. Indem sie den Ausbruch bizzarrer Launen begünstigten, lieferten sie das Material für Ausflüchte.“ (20 - 21) Die verbreitete Kritik an der Massenkultur sieht in dieser das Ende jeglicher Kultur (mindestens) sich ankündigen (eine repräsentative Auswahl populärer Anklagen gegen die Massenkultur findet sich ab Seite 42 ff).

Ironie wagt aber auch auf den ideologischen Hintergrund der üblichen Kritik: „Versteht man unter Kultur eine „ästhetischste“ Tatsache, die offensichtlich, beharrlich und einseitig Übung einer Innerlichkeit, die sich stetig veredelt, der Vulgarität der Menge entgegensteht (...), dann ist die schon der Gedanke einer von allen geteilten, einer offenen Kultur ein monströser Widerspruch. Die „Massenkultur“ erscheint dann als die Antikultur“ (13).



Auf den Polen der Anklage bzw. der Verteidigung der Massenkultur macht Eco einerseits die Apokalyptiker, an-

### Illusionen im Herzen der

### Illusionen im Herzen der

Während die rückwärts orientierten Apokalyptiker also dem Einreisen enträuen, geben die Integrierten, von denen viele die Massenkultur, an deren Produktion sie oft selber beteiligt sind, bereits für die Kultur der Massen halten, auch nicht viel Anlaß zur Beruhigung. „Die Apokalypse ist eine Besessenheit des dissenters, des Andersdenkenden; die Integration ist die konkrete Realität derjenigen, die nicht abweichen, nicht anderer Meinung sind.“ (16)

### Das Mögliche im Wirklichen sehen

Eco versucht einen dritten Standpunkt zu skizzieren, der sich von den beiden vorgenannten durch sein konkretes Einlassen auf die Objekte unterscheidet. „Wir sind der Ansicht, daß dann wenn wir in einer und für eine nach menschlichem Maß gebaute Welt wirken wollen, dieses Maß nicht durch die Anpassung der Menschen an die tatsächlichen Bedingungen bestimmt werden kann, sondern vielmehr allein im Ausgang von diesen tatsächlichen Bedingungen.“ (18)

Auf diese Weise läßt sich zu brauchbaren Aussagen über Massenkultur kommen. „Sobald die Kulturindustrie korrekterweise als ein System von Bedingungen verstanden wird, das mit (...) geschichtlichen Bedingungen zusammenhängt, verläßt die Diskussion die Ebene der Allgemeinheit und betritt die komplementären Zonen der analytischen Beschreibung der Phänomene und ihrer Interpretation anhand des geschichtlichen Kontexts, in dem sie auftreten.“ (22)

Die Massenkultur und ihre Industrie einmal als geschichtliches Faktum akzeptiert, muß die „Einstellung gegenüber dieser Situation (...) die gleiche sein wie einst die gegenüber dem System der Bedingungen des „industriellen Maschinenzeitalters“, für welches das zentrale Problem nicht war, wie man zur Natur, d.h. hinter die Industrie zurückgehen könnte, sondern wie ein neues Bild vom Menschen im Verhältnis zur gegenwärtigen Lebenswelt zu gewinnen wäre — eines Menschen, der nicht von der Maschine befreit ist,

sondern der frei ist im Verhältnis zur Maschine.“ (22-23)

sondern der frei ist im Verhältnis zur Maschine.“ (22-23)

### Die semiotische Guerilla

Eco beschreibt die Zielrichtung semiotischer Analysen (und semiotisch orientierter Intervention generell) mit folgendem Satz: „Das Problem besteht nicht darin (...), den Sessel des Fernsehintendanten zu besetzen, sondern dann, einen Sessel vor jedem Fernsehgerät zu besetzen (...).“ (13)

Wobei ein solches Unterfangen mit Sicherheit nicht gelingen wird, solange „Dallas“, „das erste vollmarxistische Kunstwerk aus den USA“ (D. Diederichsen, „Spiegel“ 30.4.84), eben nur ein heimliches Laster linker Aktivisten bleibt, solange nur mit großer Geste die „bürgerliche Kultur“ insgesamt abgelakt wird oder aber Ideologiekritik, also der Nachweis falscher Ansichten des/der Produzenten/in, als non-plus-ultra linker Befassung mit Kultur gilt, als ob dieser Nachweis auch bedeutet, daß ein/e Besitzer/in falscher Ansichten nicht richtige Beobachtungen machen kann.

### Who is to say what is what? Welcome to conditioning Howard Jones, conditioning

Ein kommunistisches Interesse (oder, bescheidener: ein Interesse von kommunist/innen und anderen Linken) an der Massenkultur könnte es z.B. sein, genaueren Aufschluß über die Methoden der Herstellung und Durchsetzung des gesellschaftlichen Grundkonsens zu erhalten. Wie wir gerade im gottlob abgelaufenen Jahr 1984 nicht müde wurden, festzustellen, funktioniert die Aufrechterhaltung der bestehenden Unordnung sehr gut ohne tägliche 10 Haß-Minuten und Big Brother Poster „Heute laßt das alles viel subtiler ist ja linker (und was sich für das haken mag) Gemeinplatz geworden. Ja, nur wie?

Angesichts des sich rasch ausbreitenden Mediensektors, angesichts der neueren Entwicklungen insbesondere der visuellen Medien (technisch wie ästhetisch) erscheint mir die verbreitete linke Kultur-Arrroganz ausgesprochen anachronistisch. Und wie ich bereits in meinen vorigen Artikeln bemerkt habe, scheint mir ein sehr enger Zusam-

menhang zu bestehen zwischen politisch gesellschaftlicher und kultureller Isolation der Linken. (Ist es eigentlich wirklich nur bürgerliche Propaganda, daß „Kommunisten selten lachen“?)

### No more wasting time synchronize tell them this is mine Heaven 17, this is mine

Wenn die Linke in der BRD ihre gesellschaftliche Isolation nicht noch (ohne Not?) weiter treiben will, indem sie ein besenfalls oberflächliches Interesse daran zeigt, woher die Ideen der Menschen kommen, wird ihren Aktivitäten wohl nichts anderes übrig bleiben, hin und wieder ins Kino zu gehen, ein Buch oder einen Comic zu lesen, auch mal die eigene und fremde Garderobe zu betrachten, kurz: Interventionen auf kulturellem Gebiet schon mal durch mal kundig-machen vorzubereiten. (Wo dies bereits heute geschieht, nehmen die linken/alternativen/grünen etc. Aktionen eigenartigerweise meist die Richtung zur Farblosigkeit, zum Grau, wie sich besonders augenfällig an der Kleidung (z.B. die grüne Bundestagsfraktion mit ihrer aus allen Mäusen spritzenden Lebendigkeit; jeder/r wird Beispiele aus ihrer/seiner Umgebung kennen). Die Ursache für diese Tendenz dürfte in der Weigerung liegen, sich der Mode anzukleiden, was natürlich auch deren kreative und produktive Aneignung ausschließt.

### Wider den Kulturbolschewismus!

Angenommen, linke Intervention auf kulturellem Gebiet sei als Notwendigkeit akzeptiert, dürfte Ecos Behauptung, „ (...) daß die Kategorie des Reformismus auf die Sphäre der Kultur überhaupt nicht anwendbar“ (50) ist, von Belang sein. „Auf der Ebene der Zirkulation der kulturellen Werte kommt es (...) niemals vor, daß eine Idee, auch wenn sie isoliert in Umlauf gebracht wird, zum statischen Bezugspunkt von Wünschen wird, die nun mehr befriedigt sind; vielmehr erweitert sie den geführten Diskurs oder eröffnet einen neuen.“ (50)

Gute Ansichten also für alle, die bereit und interessiert sind, sich „auf der Ebene partikulärer Entscheidungen, nämlich des Eingriffs“ einzulassen, „der sich in der Doppelgestalt der Kolaboration einerseits, der kritisch-konstruktiven Analyse andererseits vollzieht.“ (51)

Gegenstände für solche Analysen bieten sich ja massenhaft an, für ein lühnendes Unternehmen hätte ich eine Analyse der verschiedenen Formen des Irrationalismus, der Hinwendung zum Okkulten, dem Verstand (angeblich) nicht zugänglich.

Um einen Eindruck von dem Einfluß solcher Strömungen zu geben, sei hier auf die neue TV-Reklame für den Renault 5 erwähnt, die sich in Form und Inhalt eindeutig auf Steven Spielbergs messianische Kassenknüller „Unheimliche Begegnung der 3. Art“ und „E.T.“ bezieht. Mittels der gleichen Methoden, mit denen Spielberg seinen Außerirdischen die Sympathie des Publikums sichern, sollen nun also Autos angepriesen werden. Wobei Spielberg immerhin für die Dauer des Films die Illusion vom außerirdischen Freund aufrecht erhält, während Renault offen zynisch wird.

Offenkundig glaubt die von Renault beauftragte Werbeagentur, die von ihr gewünschten Effekte mittels der von Spielberg entwickelten Darstellungsweisen okkulten, magischer Zeichen bewirken zu können.

Hingegen bekomme ich von Linken auf die Frage nach Spielberg — oder John Carpenter Filmen meist zu hören: „Solche Filme schau ich mir nicht an“, wobei unklar bleibt, was der/die Sprecher/in mit „solchen“ Filmen eigentlich meint.

Wenn aber kein Verständnis für die Vermittlungswesen z.B. des Neuen (also des alten) Irrationalismus besteht, kann auch die Erkenntnis des I. K.B.-Kongress, daß nämlich die (relativ) massenhafte Hinwendung zum Marxismus Anfang der 70er Jahre eine Modeerscheinung war, nicht viel fruchten, weil über die Gründe solcher ideologischer Moden weitgehende Unklarheit herrscht und anscheinend auch kein sehr starkes Interesse vorhanden ist, diese Lücken in der materialistischen Weltanschauung aufzufüllen. (Phantasma, 2/71, Köln, 7.84) (Die Überschrift habe ich der gleichnamigen OMD-LP entlehnt)

Das Buch von Umberto Eco kostet 34,- DM, ISBN 3-10-016602-7, es ist erschienen im S. Fischer-Verlag



## Diktatur der Freundlichkeit

Im Oktober 1984 erschien das Buch „Diktatur der Freundlichkeit: Über Bhagwans Ashram-Bewegung, die kommende Psychokratie und die Lieferanteneingänge zum wohlhabenden Wohlstand.“ Herausgegeben wird die Textsammlung von der Initiative Sozialistisches Forum Freiburg (ISF). Deutung der Psychowelle, des Sektentums, der Magie und Astrologie — das ist das Anliegen der Autoren.

Sprachlich wird dem Leser einiges zugemutet! Die „Erfahrungsberichte“ wie „Ashram in Freiburg“, „Sommerurlaub 1983 in Oregon ...“ sind noch leicht zu lesen, während z.B. der Einleitungsartikel der ISF wegen der fast unumsetzbaren komplizierten Ausdrucksformen den geduldrigen Leser — leider — ständig dazu verführen will, das Buch aus reiner Wut in die Ecke zu schieben. Das hätte bedacht werden sollen. Schließlich sollen Menschen überzeugt werden, die Autoren können inhaltlich etwas bieten, und, auch wichtig, die Autoren setzen ihr Werk in größeren Dimensionen. Die von ihnen nachgerechnete Entwicklung schaffe „den gesellschaftlichen Resonanzboden für die Freundlichkeit der Diktatur“ (li. Klappentext).

Für viele einschlägig Interessierte könnte der Titel des Buches eine ungeheuerliche Provokation sein. Wie kann „Freundlichkeit“ — eine Paradoxie, keine Eigenschaft, die Wertschätzung meinem Gegenüber in höchster Maße ausdrücken soll — gerade Wesensmerkmal einer neuen Diktatur sein? Trotzdem, es lohnt, das Buch zu lesen.

nem Projekt, Freiwilligkeit und Reduktion äußerer Sanktionen, unaggressive, liebevolle Umgangsweisen. Zu essen von Emotionen, Körperlichkeit und bindungsloser Sexualität“ (S. 47) Oder noch viel direkter Joachim Bruhn (S. 61): „Jeder Teil der Sozialen Bewegung hätte seinen Teil dazu beizutragen zu dieser neuen Theorie und Praxis Bhagwans. Die Spontis durch ihre „Propaganda der Politik in erster Person“ (Bhagwan predigt: „Sobald du anfängst, dich zu akzeptieren, erlebst du dich als ein Reservat an Energie ...“ — Bhagwan Shree Rajneesh, „Sprengt den Fels der Unbewußtheit“, Frankfurt a.M. 1980, S. 20, abgekürzt im folgenden B., S. ...), die Frauenbewegung durch die „Entdeckung der Ur-Produktivkraft Mütterlichkeit“, „die aus dem Körper eine Waffe macht“, die Friedensbewegung, die „im Sinn des Lebens ... das Leben selbst“ sieht, und Eppler, der „Mehr Menschlichkeit wagen“ propagiert.

Doch bitte, was bringt es, Leute, die den Bhagwan nahesteht zu schocken mit der Artikel-Überschrift „Poonas oder: Der latente Faschismus“ (R. Reich)? Der Beleg für diese Aussage wird nicht geliefert. Stattdessen: Allgemeinplätze. „Der massenpsychologische Prototyp für alle solche Bewegungen und Sektens ist der deutsche Faschismus“.

Zwar nennt er als aktuelle Beispiele nur die AA (Antiautoritäre Aktionskommune) und Jones Temple-of-Haven-Sekte. „In Zeiten, die gewaltsam-gewalttätigen historischen Ereignissen vorausgehen, nehmen diese Sektens, Bewegungen, Strömungen zu und kündigen so das Ergebnis, das sie in sich

Tatsache, daß viele Heilung-Suchende ihre neue Identität in der Gruppe zu finden hoffen, ist doch verständlich, wenn die Selbstzweifel, Perspektivlosigkeit an der Identität naget.

Selbst wenn wir der These folgen, daß hauptsächlich Lebenswächlerlinge Zuflucht in Gruppen suchen, was nützt es, kaltblütig „Selbstmordgefahr“ bei ihnen festzustellen, wie Joachim Bruhn es andeutet: „Ashram als Selbstmordprävention“ (S. 65)?

„Die zur Lebensform radikalisierte Encountergruppe (2), in der Jeder Jedem rund um die Uhr in den Ohren liegt, ist das letzte Mittel, die Überflüssigen von ihrer Selbstabschaffung abzuschrecken.“ (S. 66) Er zitiert Bhagwan: „Entweder die totale Vernichtung oder eine Revolution. Eine Revolution nicht politisch, nicht sozial, sondern eine Revolution der Herzen“ (S. 67). Ja, was passen, wenn ... der halbgebildete Wunsch nach der „tiefen Ruhe des Selbst“ ...“ (S. 68) nicht um Gruppenleben herzustellen ist? Bei diesen Überlegungen zur Therapie von Sannyasins ließen sich die Autoren wohl von der Elektroschock-Therapie inspirieren?

Ins Buch aufgenommen wurde auch — aufgrund ähnlicher Überlegungen? — ein Artikel über eine US-Sekte des Führers Jones. Am 18. November 1978 verübte eine Gruppe (ca. 900 Menschen) um den Sektenführer Jones in Guyana kollektiv Selbstmord. Enrico Pozzi schreibt: „Unzählige Dokumente, Beobachtungen und Berichte belegen diese Auflösung der persönlichen Identität in der Gruppe ...“ (S. 122). „Der Mythos der perfekten solidarischen Gruppe läuft Gefahr einzustürzen.“ „Wenn wir es wirklich



Endlich — die Erleuchtung

bürger erscheint so als Resultat einer gelingenden Auswertung der Betriebspsychologie auf das in seiner Freizeit für die Arbeit sich reproduzierende Subjekt.“ Achgeben sollte mensch nach Meinung vieler Autoren auf einen Initiator dieser „Übertragungsbeziehung“, auf den US-Psychologen Carl Rogers (S. 71). Er und andere wollen daß die Kontrolle des Individuums durch das System „Gruppe“ übernommen wird. „In der Psychokratie tritt an die Stelle von Befehl und Kommando der seibte Sinn der subalternen Menschen, die das Befohlene schon vor seiner Proklamation ahnen und das Geahnte der Kommandostelle als eigenen Wunsch vortragen ... den diese dann freundlich genehmigt.“ (S. 73)

Und wenn sich die Therapeuten dann „freiwillig“ in die Gruppe einbringen, mitleben, dann ziehe das dar auf, „... Stück für Stück Kontrollierte und Kontrollierte einander näher zu bringen, die bürokratische Kontrolle, die manchmal noch ungenau und lückenhaft ist, durch eine verchränkte (oder wechselseitige) Kontrolle der Gleichen zu ersetzen ...“ (wie Andre Bè, in schreibt, S. 136).

Selbstzweifel, Selbstanalyse, Gewissensforschung, Selbstbeziehung als positive Werte ... „Ist dieses Bild, das ich von mir vermittele, adäquat? Bin ich „natürlich“, bin ich spontan, wie es angemessen ist?“ (S. 137)

Jede die privaten Rückzugsgebiete werden zu geschlossenen. Diese Selbstbeziehung führt zum Psychoterror. „Im Weltstreit um den ersten Platz unter den Schwertgeschädigten schallt auch dann wie im Leben die Führerpersonlichkeit heraus“ (S. 142).

In der Tat, außer Kontrolle geratene Gruppenprozesse — massenhaft — könnten zu neuen Formen der Herrschaft ausgebaut werden. Auch wenn vieles in den Ausführungen noch überzeichnet erscheinen mag, diese Hinweise des Buches sind sehr hilfreich und ergiebig.

## Okkultismus

Im Buch wird dieser Komplex von den meisten Autoren als „therapeutischer

## Okkultismus

Im Buch wird dieser Komplex von den meisten Autoren als „therapeutischer Okkultismus“ bezeichnet.

Viele Therapie-Suchende sind von der fixen Idee besessen, sie hätten in ihrem bisherigen Leben kaum die eigenen Gefühle zugelassen, sie hätten bisher alles verdrängt. Deshalb seien sie nur eine „Teil-Persönlichkeit“, von der erstrebten „Ganzheitlichkeit“ meilenweit entfernt. „Der Mensch ist so verkrüppelt, daß es nahezu ein Wunder ist, daß es ihn noch gibt.“ (Bhagwan, S. 15) Dieser Zustand jedoch sei der Beginn eines verhängnisvollen Kreislaufs: „Wenn die Gefühle aber unterdrückt werden, beginnt der Verstand, ein Ungleichgewicht zu schaffen.“ (ebd.) „Der Verstand möchte manipulieren, kontrollieren, sich nach festgelegten Mustern bewegen.“ (ebd., S. 12) Der Schlüssel für die Geistesreise ist gefunden. Doch das Glück leuchtet in der Ferne.

„Er lebt im Göttlichen, er spricht aus ihm ... denn ihn“ als separates Ich gibt es nicht mehr.“ (Vorwort B., S. 8) Bhagwan hat's geschafft. Er sieht schon das Jenseits! Und gleich dem Meister gehen alle nach dem „tieferen“ Wissen, daß die Welt größer ist, als man je durch das Ich erschauen, erschauen, erfahren kann.“ (ebd., S. 8)

Der Ansatzpunkt des Mystizismus, des Geheimnisvollen, Dunklen liegt in dem Versprechen, dem Ich (oder dem Menschen) etwas zu vermitteln, was mit den Mitteln „westlicher“ Logik, Wissenschaft, u.U. sogar christlicher Religion nicht zu vermitteln ist.

Jürgen Gräber / Rudolf Huxter schreiben: „Nicht nur vorindustrielles Leben, auch die Vorläuferin der Technik, die Magie, als frühere Form der Bewältigung einer übermächtigen Natur, kommt wieder zu ihrem Recht. Wo Sinn kulturell nicht mehr ge-

schöpft werden kann, wird Natur zum einzigen Ort, ihn noch aufzusuchen.“ (S. 183)

Bhagwans Religion diene vielen seiner Konsumenten als Einstiegsdroge ins Reich des irrationalen Denkens. „Das Christentum, der Judentum und der Islam — und diese drei Religionen sind im Westen sehr bedeutsam geworden — sind der Grund dafür, daß die Vorstellung von der Wiedergeburt (Hervorleb. vom Verf.) verlorengegangen ist. Wenn du aber jemanden in diesem Leben sehr tief liebst, wirst du ihn im nächsten Leben wiederfinden.“ (B., S. 32)

Schon 1971 (li. Werbeschrift) verkündete Bhagwan: „Frage die Karten und du erfährst dich selbst.“ So werden dann auch in den Bhagwan-Zentren Neo-Tarot Karten Kurse angeboten.

„Astrology means you are not, the universe is; you are not, the cosmos is. It means enormous forces are at work all around, and you are nothing before them.“ (ebd.) Bei allem Verständnis für neue Wege: dies dürfte als Erklärung der Welt und Wegweiser zu neuen Leben doch wohl nicht ausreichen.

Wie dem auch sei: auch wenn mancher/m algedienten Linken und mancher/m aufstrebenden Jungen Radikalen das ganze „psychogeschichte“ der Bhagwan-Kultur lächerlich vorkommen mag, gibt es sicherlich Grund sich damit auseinanderzusetzen. Einerseits werden die Sannyasins von Sinn und Kriege recht massiv bekämpft. Insofern sollten sie sich unserer Solidarität als bedrängte Minderheit sicher sein. Andererseits aber — und hier liegt die ernstzunehmende Herausforderung für die Linke — dienen sie der ideologischen Stabilisierung des Kapitalismus durch die Entwicklung einer Akzeptanz-Ideologie, nach der die Verhältnisse so zu nehmen seien wie sie „here and now“ nun mal sind.

Das Buch bietet einige interessante Ansätze, die Art dieser mystizistischen „Theoriebildung“ genauer unter die Lupe zu nehmen. Das sollte mensch nutzen.

## Antifa-Kommission Hamburg

Anmerkungen:  
(1) Seitenzahlen ohne jede weitere Bezeichnung weisen auf entsprechende Buchstellen hin.  
(2) Encounter-Gruppe: In der Psychologie Bezeichnung für eine Form von therapeutischer Gruppe, in der die Leitung eines Therapeuten versucht, die Gruppenmitglieder spontanen und ungehemmten Aggressionen, Sympathien und Antipathien auszudrücken und so zu einem neuen Verhältnis zu sich und anderen zu kommen. (Def. nach Meyers Taschenrechner)

## Antifa-Kommission Hamburg

Anmerkungen:

(1) Seitenzahlen ohne jede weitere Bezeichnung weisen auf entsprechende Buchstellen hin.  
(2) Encounter-Gruppe: In der Psychologie Bezeichnung für eine Form von therapeutischer Gruppe, in der die Leitung eines Therapeuten versucht, die Gruppenmitglieder spontanen und ungehemmten Aggressionen, Sympathien und Antipathien auszudrücken und so zu einem neuen Verhältnis zu sich und anderen zu kommen. (Def. nach Meyers Taschenrechner)



Encountergruppe auf Reisen in ein früheres Leben

## Ebnete die Linke Bhagwan den Weg?

Da empört sich so ein psychoanalytisch geschulter „Recke“ der Studentenbewegung — genannt Reimund Reiche, daß er den Poonas-Film in einem „Stadteilkinos der Linken unknirsch inszeniert“ ansehen muß. Und tat wirklich, die Zuschauer fanden den auch noch toll! Das reizt doch zum zurückschlagen: „Selbstunterwerfungsbewegung“, Autoritarshonne, Beziehungshungrige, Menschen, „die von dem Führer ... auf magische und irrationale Art und Weise geheilt und geheilt, gesund und stark gemacht werden möchten“ (S. 39) (1)

Mit Vorwürfen allein ist kein „Schwarzer Schaf“ (wenn es denn tatsächlich eines ist!) in den heimischen (gesunden?) Stall zurückzulocken.

Aber Reiche kann auch anders. Zu denken gibt allerdings die These (S. 41), es sei „die männliche (= krankhafte) Heiler — Ann. Verf.) Verleugung der historischen Niederlage der Protestbewegung“, die schuld sei am Zulauf, den Bhagwan u.a. hatten. Schließlich habe die Protestbewegung den „Hunger nach Sinn“ wachgerufen. Die Linke erräumte „... die Verbindung von Leben und Arbeit, die Auflösung einer engender traditionellen Familienstrukturen, gemeinschaftlicher Arbeit an ei-

tragen, an, zuletzt den deutschen Faschismus.“ Sektens gab's zu jeder Zeit. Mit ihrer Existenz allerdings die Faschismusgefahr zu beschwören, das liegt doch wohl daneben.

Reimund Reiche wagt dann auch keinen Analogie-Schluß von der „klassischen faschistischen Bewegung auf moderne therapeutische Sektens“ (S. 40). Warum dann aber der Vergleich?

## „Die Gruppe“ — nicht nur soziologisch betrachtet

So bitter es für einen „Alt-Linken“ auch sein mag: vieles, was von uns in der Vergangenheit propagiert und auch gelebt wurde, wird heute z.B. von den Sannyasins aufgenommen und auf ihre Art und Weise „fortentwickelt“. Wurde den Linken früher angekreidet, ihnen fehle die Leichtigkeit, Freundlichkeit, Offenheit, Lebenslust und spontane Ausgelassenheit, so scheint's heute, als haben diese Leute all das für sich erreicht. In ihren Gruppen. Mit Einschränkungen?

Wolfgang Pöhl weist zurecht darauf hin, daß die „Gruppe“ auch als „Zuflucht“ dient, jenen Leuten, „den das Leben alle Ansprüche aufzuerleben hat. Ob sie dort basteln oder heilen, politisieren oder nicht ist ihnen ziemlich egal, wenn sie nur nicht mehr allein sein müssen.“ (S. 140) Aber die

schaffen, zusammen Selbstmord zu begehen, dann sind wir wirklich die totale Gruppe“ (S. 124)

## Liebe und Autorität

„Die Beziehung zwischen Junger und Meister ... ist eine ganz und gar intime, eine Liebesbeziehung.“ (Vorwort, B., S. 6) „... die Liebe Bhagwans und die Verano zu ihm“ wird erlebt „als eine von uns jeweils individuell anders erlebte, tief unser Leben verändernde Kraft“ (ebd.) Findet dann durch diese Kraft zu euch selbst!

Dazu gleich ein typischen Pöhl kommentar: „Wie der Therapeut seine spirituelle (1) Energie gibt, so der Patient im Gegenzug seine maßlose Dummheit.“ (S. 145) Und Idioten kann man nicht helfen. Abgehakt!

Glücklicherweise dringen viele Autoren tiefer ins Problem ein. (Überrascht hat P. auch in dem abgedruckten Aufsatz nicht nur Sprüche auf Lager.)

Ausgehend von den Forschungsergebnissen der Betriebspsychologie würden gruppendynamische Prozesse auf alle Lebensbereiche übertragen. Es ließen demzufolge Selbststeuerungsprozesse in vielen Gruppen ab, die Mitglieder unterworfen und freiwillig diesem Mechanismus. „Das zunehmende Verlangen nach Therapie für gesunde und normale Durchschnitts-



Die perfekte Wahrsagerin mit Tarot Karten Vorgangenhalt, Gegenwart und Zukunft!



## Die Hauptpersonen

**ALBINO LUCIANI** (besser bekannt als Johannes Paul I.) wurde am frühen Morgen des 26. September 1978, dreiunddreißig Tage nachdem er überraschend zum neuen Papst gewählt worden war, tot in seinem Bett gefunden. Nach Angaben des Vatikans war eine Herzattacke die Ursache seines plötzlichen Ablebens.

**JEAN VILLOT**, der damalige Chef der römisch-katholischen Kurie, verhinderte die Durchführung einer Autopsie, ließ die Papst-Leiche vor Ablauf der gesetzlich vorgeschriebenen 24-Stunden-Frist einbalsamieren, gab bewußt falsche Erklärungen über die Entdeckung der Leiche ab und ließ eine Reihe von Gegenständen aus den Gemächern des toten Papstes verschwinden.

**JOHN CODY**, Kardinal der reichsten Erzdiözese der Welt, Chicago, sollte nach langem Hin und Her, auf Anordnung Lucianis, wegen Veruntreuung von großen Geldsummen und despotischer Herrschaftsmethoden endlich abgelöst werden und war damit alles andere als einverstanden.

**PAUL MARCINKUS** (genannt: der Gorilla) hielt sich, als Lucianis Leiche entdeckt wurde, zu außergewöhnlich früher Stunde in der Vatikanstadt auf. Als Leibwächter und Sicherheitsberater von Lucianis Vorgänger, Montini alias Paul VI., kannte er die Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz des Papstes wie kein zweiter. Am Tage vor seinem Tod hatte Luciani beschlossen, Bischof Marcinkus als Chef der Vatikanbank abzulösen.

**MICHELE SINDONA** (genannt: der Hal) kam die von Luciani beschlossene Ablösung seines Freundes Marcinkus sehr ungelegen, da er diesen noch dringend als Entlastungszeugen in dem Prozeß brauchte, der ihm in den USA wegen seiner Geschäfte als Mafia-Banker bevorstand.

**ROBERTO CALVI** (genannt: der Ritter) war sicherlich auch bereit, einen hohen Preis dafür zu zahlen, die Ablösung von Marcinkus zu verhindern — notfalls mit äußersten Mitteln; nicht nur, um sich die langsam aber sicher aufdringlicher werdenden italienischen Behörden vom Hals zu halten, sondern auch, um die gigantischen Geschäfte seiner Banco Ambrosiano unter Deckung der Vatikanbank fortsetzen zu können.

**LICIO GELLI** (genannt: der Marionettenspieler) brauchte Sindona, Calvi und Marcinkus noch als Finanziers der von ihm geführten geheimen Freimaurerloge P2. Der zu dieser Zeit „heimliche Herrscher Italiens“ dürfte zudem nicht gerade erfreut gewesen sein, als er in Südamerika von Lucianis Vorhaben erfuhr, eine Reihe weiterer einflussreicher P2-Logenbrüder im Vatikan zu degradieren.

reicher P2-Logenbrüder im Vatikan zu degradieren.

## Der Papst ist tot!

Als Schwester Vincenza am 29.9.1978 wie immer um 4.30 Uhr morgens an die Schlafkammer des Papst Johannes Paul I. klopfte, um ihn zu wecken, bekam sie ungewöhnlicherweise keine Antwort. Um 4.45 Uhr öffnete die beunruhigte Nonne, die im päpstlichen Haushalt arbeitete, die Tür und fand den Papst bei brennendem Licht tot in seinem Bett sitzend. Er hatte seine Brille auf und hielt ein paar Blätter Papier in den Händen. Die schockierte Schwester alarmierte sofort die päpstlichen Sekretäre Pater Magee und Pater Lorenzi, die wiederum den Kardinalstaatssekretär Villot verständigten. Dieser betrat gegen 5.00 Uhr die päpstlichen Gemächer und übernahm das Kommando.

Villot befahl den Anwesenden, das Geschehene vorläufig geheim zu halten. Er nahm dem Togen die Papiere aus den Händen und steckte sie zusammen mit dem Arznei-Fläschchen, das auf dem Nachtschisch stand, in seine Tasche. Auch das Testament des Papstes sowie seine Brille und seine Hauschuhe verschwanden auf Nimmerwiedersehen in Villots Tasche. Der Kardinalstaatssekretär benachrichtigte ein paar Kardinäle und rief erst danach einen Arzt, und zwar den stellvertretenden Leiter des vatikanischen Gesundheitsdienstes, Dr. Buzzonetti.

Buzzonetti nahm eine kurze und provisorische Untersuchung des Toten vor und erklärte, die Todesursache sei eine Herzattacke. Den Todeszeitpunkt setzte er auf 23 Uhr fest. Buzzonetti hatte den Papst noch nie vorher untersucht und auch sonst nicht näher gekannt. Trotzdem diagnostizierte er aufgrund einer rein äußerlichen Unter-

# Ambrosianische Früchte

## Der mysteriöse Tod des 33-Tage-Papstes

Albino Luciani, unter dem Namen Johannes Paul I. gerade einen Monat lang Oberhaupt der katholischen Kirche, wurde am 29. September 1978 tot aufgefunden. Schon unmittelbar nach seinem plötzlichen Verschwinden wurde gemunkelt, der Papst sei ermordet worden. 1981 erhielt der britische Journalist David Yallop von Personen aus dem Vatikan, die nicht näher genannt werden wollen, Informationen über den Fall. Aufgrund der — zumindest von Yallop so gesehene — Tatsache, daß mit dem reaktionären „Superstar Wojtyla“ ein gänzlich anderer Typ mit einem gänzlich anderen Programm zum Nachfolger Lucianis gewählt worden war und aufgrund der mysteriösen Todesumstände Lucianis beschloß Yallop, der Sache auf den Grund zu gehen. Drei Jahre recherchierte er und entdeckte vieles, was ihn in Erstaunen versetzte, über Machtkämpfe in der Kirche, dunkle Geschäfte des Vatikans sowie Verbindungen zur Mafia und zur Freimaurerloge P2. Vor einigen Monaten legte er der Öffentlichkeit das Ergebnis seiner Nachforschungen vor: Ein 450-seitiges Buch, das in insgesamt 35 Ländern erscheinen soll. Die deutschsprachige Fassung ist unter dem Titel „Im Namen Gottes? — Der mysteriöse Tod des 33-Tage-Papstes Johannes Paul I. — Tatsachen und Hintergründe“ erschienen. David Yallop ist überzeugt, daß Albino Luciani ermordet wurde. In dem folgenden Artikel werden die zentralen Aspekte (und Interpretationen) von Yallops Untersuchung dargelegt.



Italienische Freimaurer

Italienische Freimaurer

suchung eine Herzattacke; und der Vatikan hielt es nicht für nötig, den Hausarzt des Verstorbenen, der diesen alle zwei Wochen gründlich untersucht hatte, sowie Professor Rama, der den Papst im Krankenhaus behandelt hatte, herbeizurufen. Villot weigerte sich hartnäckig, eine Autopsie der Leiche vornehmen zu lassen. Bis heute ist der Vatikan nicht in der Lage, einen offiziellen Totenschein vorzulegen, was wohl bedeutet, daß kein vatikanischer Arzt bereit war und ist, die Verantwortung für die Diagnose der Todesursache zu übernehmen.

Villot muß, bevor er Dr. Buzzonetti verständigte und sogar noch bevor er den toten Papst selbst überhaupt gesehen hatte, angeordnet haben, die Leiche sofort einbalsamieren zu lassen. Bereits um fünf Uhr morgens soll ein vatikanischer Dienstwagen die Leichenkosmetiker abgeholt haben. Auf Intervention der Kardinäle Felici und Benelli wurde die Einbalsamierung bis zum Abend hinausgezögert. Dennoch wartete der Vatikan damit nicht einmal die nach italienischen Gesetzen vorgeschriebene Minimalfrist von 24 Stunden ab.

Weshalb hatte man es so eilig? Die Antwort auf die Frage könnte lauten: Der Papst war vergiftet worden! In diesem Fall wären die Giftspuren durch das Vollpumpen der Leiche mit Chemikalien jedenfalls vernichtet worden.

Auf Anordnung Villots entnahmen die Kosmetiker der Leiche unüblicherweise weder die Eingeweide noch das Blut. Auch dies deutet darauf hin, daß Villot etwas zu versuchen hatte. Ein einziger Tropfen Blut hätte einem Pathologen womöglich genügt, das Vorhandensein von Giftstoffen festzustel-

len. Die Kosmetiker teilen übrigens keineswegs die Ansicht von Dr. Buzzonetti, der Papst sei bereits gegen 23 Uhr gestorben. Aufgrund der Hauttemperatur und des Fehlens aller Anzeichen von Leichenstarre am frühen Morgen, als sie sich die Leiche ansahen, schlossen sie, daß der Papst zwischen 4 und 5 Uhr, also kurz bevor er gefunden wurde, gestorben sein müsse.

## Gottes Wille oder Mord?

Zweidreiviertel Stunden nach der Entdeckung der Leiche, also um 7.30 Uhr, meldete Radio Vatikan den Tod des Papstes zum ersten Mal. Es hieß, die Leiche sei um 5.30 Uhr von Pater Magee entdeckt worden. Dies war die erste, aber keineswegs letzte Fehlinformation, die der Vatikan zum Tod von Albino Luciani an die Öffentlichkeit brachte. In einem Kommuniqué wurde behauptet, der tote Papst habe das Buch „De imitatione Christi“, ein Werk aus dem 15. Jahrhundert, in den Händen gehalten. In Wirklichkeit hatte Luciani (wie David Yallop u.a. von Pater Corenzi und Schwester Vincenza — die nach Lucianis Tod nach Nordirland in ein Kloster verbannt wurde — bestätigt wurde) Papiere in den Händen gehalten, auf denen er handschriftlich die einschneidenden persönlichen Veränderungen skizziert hatte, die er im Vatikan vorzunehmen gedachte und die u.a. Jean Villot seinen Posten — als Chef der Kurie — kosten sollten. Was in den Tagen nach dem Tod in der Welpresse alles an falschen Informationen auftauchte über Lucianis — angeblich schwachen — Gesundheitszustand, über sein Leben, sein Wirken und seinen Tod, sowie an

Kommentaren, in denen die Meinung breitgetreten wurde, Luciani sei ungeeignet für das Papstamt gewesen, trug den Ruch einer vom Vatikan inszenierten Kampagne, mit der die 500 Millionen Katholiken davon überzeugt werden sollten, daß Luciani von Gott selbst abberufen und ins Jenseits geholt worden sei.

Trotz dieser Kampagne wurde die Forderung nach einer Autopsie der Leiche überall auf der Welt von Ärzten (darunter auch Lucianis Hausarzt Dr. Da Ros), Journalisten und katholischen Geistlichen (darunter der mexikanische Bischof Sergio Arata) erhoben. Der Sekretär der traditionellen-katholischen Organisation Civiltà Cristiana verlangte vom Vatikan eine umfassende Aufklärung der Todesumstände mittels einer vollständigen kriminalistischen Untersuchung. Der spanische Professor Rafael Gamba äußerte die Befürchtung, daß Luciani — seiner Reformansichten wegen — ermordet wurde. Er beschuldigte den Vatikan, gewisse Dinge „auf italienische Art oder auf florentinische Art, wie in der Renaissance“ zu erledigen. Der ehemalige Direktor des vatikanischen Gesundheitsdienstes, Professor Fontana, wiederholte 1980 in der Öffentlichkeit, was er im privaten Kreis bereits kurz nach Lucianis Tod gesagt hatte: „Wenn ich unter solchen Umständen nach dem Ableben irgendeines gewöhnlichen, unbedeutenden Bürgers einen Totenschein ausstellen müßte, ich müßte mich einfach weigern und würde nicht zulassen, daß er beerdigt wird.“

Villot behauptete vor der Öffentlichkeit, die Autopsie verstoße gegen kirchliche Bestimmungen. Daß dies schlicht erlogen war, bewiesen diverse italienische Zeitungen, indem sie enthielten, daß es in der Vergangenheit durchaus Autopsien an verstorbenen Papsten gegeben hatte. Im internen Kreis der in Rom anwesenden oder eintreffenden Kardinäle soll Villot denn auch ein ganz anderes Argument zur Verteidigung seiner Haltung vorgebracht haben: Der Papst sei durch einen tragischen Unfall ums Leben gekommen. Er habe eine Überdosis der Arznei gegen seinen niedrigen Blutdruck, die auf seinem Nachtschisch stand, eingenommen. Um Spekulationen über einen Selbstmord oder Mord keinen Auftrieb zu geben, habe Villot die Autopsie verhindert. Diese Version ist jedoch alleine deshalb schon nicht glaubwürdig, weil es sehr unwahrscheinlich ist, daß Villot diesen Unfall an jenen 29. September so blitzschnell erkennen konnte, als er das Arzneifläschchen und die anderen Gegenstände aus den päpstlichen Gemächern verschwinden ließ.

Ein kurioser Zwischenfall trug sich am 3. Oktober zu. Nachdem die Pforten des Petersdoms, in dem Albino Luciani aufgebahrt lag, geschlossen worden waren, betrat kurz vor 20 Uhr eine Gruppe von vatikanischen Würdenträgern und Ärzten den Dom. Um den Katafalk wurden Sichtschirme aufgestellt, und erst um 21.30 Uhr verließ das abendliche Kommando den Dom wieder. Obwohl der Vatikan mit Fragen von Journalisten bestürmt wurde, hüllte er sich in Schweigen. Inoffiziell erfuhr eine italienische Nachrichtenagentur, es habe lediglich eine normale Überprüfung des Konservierungszustands der Leiche stattgefunden, an der auch Professor Gerin und die beiden Kosmetiker, die die Leiche behandelt hatten, beteiligt gewesen seien. Sowohl der Professor als auch die beiden Kosmetiker bestritten dies jedoch nachdrücklich. Hat der Vatikan vielleicht doch eine Teilautopsie vornehmen lassen, die die offizielle Diagnose der Todesursache nicht bestätigte?

Eine ganze Reihe weiterer Fragen zu den Todesumständen Albino Lucianis sind bis heute unbeantwortet geblieben: Weshalb z.B. hielt sich Bischof Marcinkus, den Luciani ebenso wie Villot von seinem Posten ablösen wollte, am 29.9.1978 zu so außergewöhnlicher Stunde in der Vatikanstadt auf? Hatte das Alarmlämpchen im Vorzimmer des Papstgemäches tatsächlich die ganze Nacht über gebrannt, wie ein Gericht besagte? Wurde im Schlafzimmer Lucianis Erbrochenes gefunden, wie zu hören war? Ist es möglich, daß der russisch-orthodoxe Erzbischof Nikodem, der während einer Privataudienz bei Luciani am 5.9.1978 ganz plötzlich gestorben war, Gift in seinem Kaffee getrunken hatte, das eigentlich bereits für Luciani bestimmt gewesen war?

## Verschwörung von Vatikan ...

Motive, Albino Luciani aus dem Weg zu räumen, hatten mehrere Personen, deren Namen z.T. in unmittelbarer Verbindung mit einer — fast unzählbar

langen — Reihe weiterer Morde stehen.

Die Wahl Albino Lucianis zum Nachfolger Paul VI. am 26.9.1978 war eine Kompromißlösung zwischen dem rechten und dem „linken“ Flügel unter den Kardinälen gewesen. Allerdings stellte sich bereits in den ersten Tagen nach dem Konklave heraus, daß der kleine Mann, der zuvor Patriarch von Venedig gewesen war, unter den Gläubigen rasend schnell populär wurde und den Beinamen „Der lachende Papst“ erhielt, keineswegs das leicht manipulierbare Leichtgewicht war, das die Kurie erwartet hatte. Es gab diverse Konflikte über die Rituale und pompösen Zeremonien, die im Vatikan Brauch waren, jedoch von Luciani alles andere als geliebt wurden. Luciani weigerte sich, den Pluralis majestatis zu benutzen, was der Kurie ein Grauel war, da das fürstliche „Wir“ eben auch die staatliche Souveränität zum Ausdruck bringen soll. Immer wieder wich der ebenso eigenwillige wie bescheidene und freundliche neue Papst ab von den von Vatikan-Funktionären verfaßten salbungsvollen Reden, die dann allerdings in ihrer ursprünglichen Form in der vatikanischen Zeitung *Observatore Romano* abgedruckt wurden. Auch Radio Vatikan zitierte auffällig selten die Worte des Papstes selbst, die der Kurie so profan waren. Teilweise wurden Lucianis Positionen sogar regelrecht verfälscht. Luciani wandte sich vergeblich dagegen, die Staatsoberhäupter Argentiniens, Chiles und Paraguays zu seiner feierlichen Amtseinführung einzuladen. Wenn der neue Papst, schreibt David Yallop, bei seinem Amtsantritt wahrscheinlich weniger Feinde als jeder andere Kardinal hatte im Vatikan, dann änderte sich das rasch und gründlich.

Bereits in der Diskussion um die Haltung der Kirche zur künstlichen Geburtenkontrolle im Jahre 1968 hatte Luciani sich in einer offiziellen Stellungnahme an Papst Paul VI. dafür ausgesprochen, den Gläubigen den Gebrauch der Pille zu „erlauben“. Nach der Verkündung der päpstlichen „Enzyklika Humanae Vitae“, mit der den Katholiken alle Verhütungsmittel verboten wurden, hatte Luciani zwar seine Loyalität dem Papst gegenüber bewiesen, gleichzeitig aber war er in der Praxis recht liberal mit dem Verbot umgegangen. Jetzt, wo er selbst zum Papst gewählt worden war, zeigte er sich fest entschlossen, auch die offizielle Haltung der Kirche in dieser Frage zu liberalisieren. Das paßte der Kurie nun gar nicht, und so wurde Lucianis Reformabsicht sabotiert. Der Vatikan behauptete bzw. suggerierte in der Öffentlichkeit immer wieder, der neue Papst stehe hundertprozentig zu der Enzyklika seines Vorgängers, und leugnete der Presse gegenüber platt das Bestehen von Lucianis Stellungnahme aus dem Jahre 1968. Insofern fanden Treffen statt, auf denen die Frage beraten wurde, wie der „Verrat an Paul VI.“ zu verhindern und Luciani zu bremsen sei.

Auch Staatssekretär Villot war ein Gegner der von Luciani eingeleiteten Liberalisierung.

Auch Staatssekretär Villot war ein Gegner der von Luciani eingeleiteten Liberalisierung. Möglicherweise liegt in dieser Tatsache der Schlüssel zu Villots eigenartigem Verhalten nach der Entdeckung von Lucianis Leiche, das für David Yallop nur verständlich ist, „wenn man annimmt, daß er entweder Mitwisser bzw. Teilhaber einer Verschwörung zur Ermordung des Papstes war oder im Schlafzimmer des Toten eindeutige Hinweise darauf entdeckte, daß der Papst ermordet worden war, und sich sofort entschloß, im Interesse der Kirche die Corpora delicti verschwinden zu lassen“ (S. 305). Aber Villot könnte auch noch andere Motive gehabt haben, den Papst aus dem Weg räumen zu lassen. Etwa sieben Stunden vor dem offiziellen Todeszeitpunkt hatte Luciani Villot diverse einschneidende personelle Umbesetzungen im Vatikan mitgeteilt, die vorzunehmen er sich entschlossen hatte. Eine davon war, daß Villot als Staatssekretär durch Kardinal Giovanni Benelli abgelöst werden sollte. Nun wollte der schwermütige Villot sich zwar sowieso bald zurückziehen. Aber der Zeitpunkt, den Luciani für seine Ablösung gewählt hatte, war ihm zu früh. Außerdem war er keineswegs davon angetan, daß Luciani Kardinal Benelli und nicht den bisherigen „Außenminister“, Kardinal Agostino Casaroli, zu seinem Nachfolger auswählte hatte. Leider kann Villot sich selbst nicht mehr dazu äußern, was er von den von Luciani beschlossenen Umbesetzungen hielt. Am 9.3.1979, also nur wenige Monate nach Lucianis Tod, starb der Staatssekretär. Zu seinem Nachfolger ernannte Karol Wojtyla nicht Giovanni Benelli, sondern Agostino Casaroli.

Fortsetzung nächste Seite



**Matia**

## Willt der KGB Woityla ermorden?

(David Yallop in einem Interview mit der niederländischen „Volkskrant“ vom 16.6.1984.)

Sicherlich gehörten auch Michele Sindona und Roberto Calvi zu denen, die am 29.9.1978 erleichtert aufatmeten, als sie erfuhren, daß Luciani tot war. Allerdings nutzte ihnen Marcinkus in seinem Amt nicht mehr lange. Sindona, obwohl er die „kommunistische Intrige“ gegen ihn mit allem Mitteln bekämpfte dabei verschiedene seiner Gegner (Giorgio Ambrosoli, Antonio Varisco, Boris Giuliano) ermorden ließ und sogar seine eigene „Entführung“ inszenierte, um heimlich nach Italien zurückkehren und Unterstützung mobilisieren zu können, landete im Sommer 1980 endlich im Knast. Der neue Staatssekretär im Vatikan, Casaroli, hatte — da man anscheinend einschätzte, daß Sindona nicht mehr zu retten war und das Ansehen der Kirche nicht unnötig weiter verschlechtert werden sollte — im entscheidenden Moment Marcinkus verboten, zugen-



## Das Buch und sein Autor

Die Namen der Personen und Organisationen, die Yallop als Quellen nennt, beanspruchen eine ganze Seite seines Vorwortes. Viele der genannten Personen – wie z.B. Kardinal Benelli oder Schwester Vincenza – sind oder waren im bzw. für den Vatikan tätig. Auch aufgeführt sind diverse vatikanische Institutionen, britische Behörden und internationale Banken, das US-Außenministerium sowie das FBI. Im Buch wird verschiedentlich auf amtliche Ermittlungsakten usw. verwiesen. Für seine Angaben im einzelnen gibt Yallop – aus Sicherheitsgründen, wie er schreibt – nicht die jeweilige(n) Quelle(n) an. Allerdings versichert er dem Leser, „daß alle Angaben, alle behaupteten Sachverhalte, alle Einzelheiten geprüft und gegengeprüft worden sind, gleich aus welcher Quelle sie stammten. Wenn der Text dennoch Fehler enthält, fallen diese in meine Verantwortung.“ (S. 9)

Daran anschließend behauptet er: „Die Verbindungen, die beispielsweise zwischen den Roten Brigaden und der neopaganistischen Mafia bestehen, sind bekannt und gut dokumentiert.“ (S.370f.) Daß Yallop zudem ein vaterlandslebender Brite ist, wird aus seiner Empörung darüber deutlich, daß die Exocet-Raketen, die Argentinien im Malvinen-Krieg gegen Großbritannien einsetzte, z.T. von Calvi und damit letztendlich möglicherweise von britischen Bankkunden finanziert worden sind. (Calvi hatte auch bei britischen Banken Geld geliehen.) Yallop Vaterlandsliebe drückt sich auch in seinem Lob für Albino Luciani aus, den einen irischen Erzbischof nicht zum Kardinal beförderte, weil dieser gegen die Zustände im Maze-Gefängnis von Long Kesh protestiert hatte.

Trotz allem, auch trotz der Tatsache, daß Yallop bei der Lohpreisung Albino Luciani manchmal die Pferde durchgehen — er unterstellt Luciani

(Die wichtigsten Quellen für diesen Artikel waren — außer Yallop's Buch — zwei ausführliche Artikel in den niederländischen Zeitungen „De Volkskrant“ und „Vrij Nederland“ über das Buch und den Autor.)

Sein viertes Buch schrieb Yallop um einen Mann ins Gefängnis zu bringen. „Deliver us from evil“ war das Ergebnis von Yallops Suche nach den „Yorkshire Ripper“. Sieben Monate nach dem Erscheinen des Buches wurde der Mann, der eine ganze Reihe von Frauen ermordet hatte, u.a. aufgrund der von Yallop gelieferten Personenbeschreibungen verhaftet.

Hilf. Niederlande-Kommunikation



# Hilfe! Der DGB zürnt!

Als die Hessen-Grünen mit Väterchen Börner brachen, mußte die SPD in Öffentlichkeitsarbeit machen. Konnte man also in früheren Zeiten gelegentlich den Luft-Schrei sozialdemokratischer Polizeipräsidenten vernehmen: — Knüppel frei! Es geht gegen die Chaoten! —, so ging das Kommando nun an die Publizisten der Partei: Spalten frei! Es geht gegen die Grünen! Doch das Gefammer, Gezeter und Gestänke, welches spontan anhub, war ein laues Frühlingsluftlein verglichen mit dem guten alten Gewerkschaftsbund, der die Parole ausgab: **Schau! Schau! Auf daß wir kietelaf waten!**

Bereits im letzten AK dokumentierten wir einen Schrieb des gewerkschaftseigenen Chefredakteurs, Dieter Schmidt, unter der gelungenen Rubrik „Zur Sache“. Auf vielfachen Wunsch hin machen wir das einfach nochmal. Weil es so schön war. Wann hat man es schon, daß die Gewerkschaftspresse Erinnerungen selbst an die jungen, noch unverbrauchten Zeiten des heutigen Reglergesprächers (siehe Lamuv-Verlag) verblasen läßt? Dieter Schmidt hat sich den Peter-Hoenisch-Preis 1984 redlich verdient. Da der „Welt der Arbeit“ aber mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit kein Heinrich Böll noch irgendein anderer Pazifist antworten wird, haben wir uns eine kleine Erwidrerung erlaubt gemäß der alten Lehre: Einem groben Klotz hatte die untere Backe hin. Und die sieht so aus:

## Hallo Pfeife!

Wie du sicher sehr genau weißt, sind wir keine Grünen. Wir sind echte Chaoten geblieben, ohne ökologische Mäntelchen. Hoffentlich verubeln Sie es uns trotzdem nicht, wenn wir uns mal ungefragt auf ihre Seite schlagen.

Vorab zu den Voraussetzungen, die wir machen, ohne sie direkt beweisen zu können (da legen wir schlicht 150 Jahre Erfahrung der deutschen Arbeiterbewegung zugrunde). Wir gehen davon aus, daß du vom Bedienen deiner Schreibmaschine (oder ist es ein Diktiergerät?) keinesfalls schwierige Hände bekommen hast. Wir gehen ferner davon aus, daß zwischen deiner realen Welt als leitendem Angestellten und (um es konkret zu machen) dem Status der grünen Abgeordneten im hessischen Landtag zwar keine „Unversen“, wohl aber Klassenunterschiede liegen. Falls dir der altmodische Begriff nicht mehr geläufig sein sollte, weil du nur noch Geber und Nehmer kennst, ein paar Veranschaulichungen: Erstens verdient ein sorgengeplagter Sesselhocker deiner Preislage mehr als

kennst, ein paar Veranschaulichungen: Erstens verdient ein sorgengeplagter Sesselhocker deiner Preislage mehr als das Doppelte als Kerschgen und Co. Weil diese — da hast du recht — gewiß nicht am Hungertuch nagen, geht es dir mithin ganz schön mittelpfächtig.

Zweitens brauchst du nicht nach zwei Jahren zu rotieren, und sollte deine Schreibe, was uns ganz unwahrscheinlich vorkommt, den DGB-Obere einmal nicht mehr schmecken, pflegt deinesgleichen weich zu fallen. Drittens, armes Schwein, bist du selbstredend „total überarbeitet“ und permanent „urlaubstief“. Können die grünen Abgeordneten jedoch in den Genuß deines geregelten Tagesablaufs, so wäre für sie eine nicht zu verachtende Arbeitszeitverkürzung erreicht. Über deine Vermögensbildung, Altersvorsorge, Privatversicherungen etc. wollen wir lieber nicht reden, weil wir darin so wenig praktische Erfahrung haben. Daß du eine Sekretärin ausbeutest, finden wir gar nicht fortschrittlich, aber deinen Ladersessel, den hätten wir auch gern. Man sieht schon: Einer wie du versteht was von den Existenzsorgen der Arbeiter. Machen wir's kurz: Du bist eine gekaufte Existenz, und daß du beim DGB angestellt bist, ändert absolut nichts an der Tatsache, daß du der Grundregel des bürgerlichen Journalismus folgst: **Wes' Brot ich eß, des' Lied ich sing.**

Jetzt jaulst du auf, Pfeife, was? Dir zu unterstellen, daß du geschmiert seist — welche Ungerechtigkeits! Tun wir ja gar nicht. Wir stehen nur fest: Wenn du bisher keine Scheine in geschlossenen Umschlägen entgegengenommen hast, dann nur aus Mangel an Gelegenheit. Du läßt ja selber keinen Zweifel daran, daß du bis ins Rückenmark korrumpiert bist:

„Polit-Kasperlei ist es, sich aus den gutgefüllten Staatskassen schmel-

zend zu leben und zu behaupten, man mache da nicht mit.“

Wer sich aber aus dem Sackel bedient ohne die doofe Verweigerungsgeißel, der ist o.k., der ist politikfähig, ist Vorbild. So sollen es die verdammten Grünen endlich auch haben, denn das ist normal. Aber Staatsknete für Alternativprojekte verlangen und trotzdem noch an der Atompolitik rumnörgeln — das geht zu weit, geht! Das ist ungezogen. Du kritisiert nicht die Tatsache öffentlicher Zuwendungen für eine parteipolitische Klientel. (In dem Fall würden dir auch einige Kollegen und Genossen schneller das Maul stopfen, als du dich entschuldigst kannst). Du keifst über den Undank. Du keifst, weil du dich nicht traust, was sich Grüne rausnehmen. Du keifst, weil du selber schon in so viele Arscheingetrochen bist. Weil du jeden haßt, der dir vormachen könnte, daß es auch ohne geht.

Sag mal, Pfeife: Wenn das, was die Grünen mit den paar Krumen treiben, die für sie abfallen, ein Schmatzen und Laben ist, wie nennen wir dann die Praxis von Christ-, Sozial- und Freidemokraten? Ein Schlemmen und Aasen? Ach so, du meinst, geschmatzt

schließlich ihrer Wohngemeinschaften, Hauptkern, Topfpflanzen etc. zu ernähren.

Nun ist Pfeife aber echt genervt, wie man so am Thema vorbeireden kann. Da hat er einen politischen Sachverhalt kommentiert, und die Chaoten antworten mit einem Schwall persönlicher Beschimpfungen. Wenn du nur wüßtest, wie sehr wir uns zurückhalten ... Salon-Demokraten, wie du einer bist, haben der Öffentlichkeit monate- und jahrelang über die Staats- und Parteienverdrossenheit die Ohren voll getollt. Und innerlich gebangt, daß nur ja keiner auf den Gedanken einer Gewerkschaftsverdrossenheit komme. Wo der doch so nahe liegt. Das ist der Grund, daß unsereins auch mal persönlich werden darf. Daß man halt ein wahnsinniges Bedürfnis hat, auszusprechen, welche Voraussetzungen zum Arschloch Leute wie du einfach mitbringen. Und erzähl uns bloß nicht, du habest schon mal linke Sprüche geklopft. Daß du mit der Konjunktur geist, ahnen wir schon. Deshalb sind wir auf Linke wie dich so besonders gut zu sprechen.

Du ärgerst dich also über Zeitgenossen, die den Streifen eines Humphrey Bogart (nicht: Borgart) mehr Interesse

gerweise haben wird, die ungrünen Chaoten, das Frühjahr 1984 nicht in unseren Lotterbetten verbracht. Nichts von dem, was wir hier schreiben, richtet sich gegen diejenigen Kollegen, die wir erlebt haben, die sich ungeheuer eingesetzt haben und z.T. sogar durch reaktionäre Übergriffe verletzt worden sind. Aber wir erinnern uns auch ziemlich gut, wie großartig die gewerkschaftliche Chefetage zur Sache gestanden hat. Ihr wolltet auf effektive Weise die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Und habt anschließend kein Wort mehr über dieses Anliegen verloren. Momentan ist die offizielle Arbeitslosenrate 2,300.000. Verarschen können sich die Betroffenen selber. Was habt ihr riskiert, wenn es angeblich um die Existenz der größten Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung, der Einheitsgewerkschaft DGB, geht? Welche Opfer haben die Herren Hauptvorstände gebracht, wer sitzt im Knaus? Oder hat auch nur eine Anlage eingefangen? Aufforderung zu strafbaren Handlungen, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Landfriedensbruch — der Paragraphen sind genug, und Nötigung von Verfassungsorganen verlangen wir einstweilen gar nicht, weil wir so bescheiden geworden sind.

Das soll ein Kampf auf Leben und Tod gewesen sein? Das war schon alles ... an Kampfmaßnahmen, die die Gewerkschaften aufzubieten haben? Ach du Scheiß! Einem von Brokdorf bis zur Startbahn West erprobten Bürgerinitiativen entlockt ihr damit ein müdes Gähnen. Was aber soll ein britischer Bergarbeiter zu euch Helden sagen??

Ganz im Gegenteil zu dir sind wir der Meinung, daß der Kampf um die 35 Stunden-Woche nicht als Existenzkampf geführt wurde und, nebenbei bemerkt, im wesentlichen noch vor uns und nicht hinter uns liegt. Ganz im Gegensatz zu dir sind wir aber auch der Meinung, daß die Arbeiterklasse, wenn sie will, intelligenter, kühner, charmanter, angriffslustiger und spritziger sein kann, als Bogart es je war. Arthur Scargill gibt einen Vorgeschmack davon. Und wenn der Bergarbeiter-Streik auf die Leinwand kommt, werden die Kinosäle so voll sein wie bei Casablanca, und wir werden jede einzelne Sequenz in uns hineinschlingen, das schwören wir dir. Übrigens gibt es Scargills nicht nur in England. Talente gibt es auch im DGB. Mehr als dir lieb sein kann. Man muß sie nur lassen, anstatt sie rauszuschmeißen. Merk dir eins, Pfeife: Schwierige Hände sind nicht, wie du vielleicht glaubst, gleichbedeutend mit Stroh im Kopf und langen Unterhosen an den Beinen.

Für dich ist der Prolo ein Arbeitstier und soll es auch bleiben. Dieses Arbeitstier ist in Ordnung, wenn es morgens beim Kaffee der Alten von der 35 Stunden-Woche erzählt und abends die Kinder in die Geheimnisse des Tarifvertrags einweiht, bevor es sich in der Glotze Kulenkampff und Udo Jürgens verabschiedet. (Zu den Gewerkschaften hat der Vertrag einweilt, bevor es sich in der Glotze Kulenkampff und Udo Jürgens reinzieht (weil die fortschrittlicher sind als Fuchsberger und Peter Alexander). Das Tier hört Platten von der DGB-Songgruppe und läßt sich geduldig vom Vertrauensmann deine Artikel in der „Welt der Arbeit“ erklären. An Weihnachten kauft es ein Buch mit Fotos vom Frühjahrskampf (die schönsten Bilder von den schönsten Werktoeren mit den schönsten DGB-Transparenten). Das Tier zahlt immer pünktlich seinen Mitgliedsbeitrag. Dafür darf es sich auch einmal die Woche vollauf lassen. So richtig proletarisch. Aber du liegst wieder mal glasklar daneben, Pfeife. Wenn du das Leben ist, dann ist es proletarisch, sich je den Abend vollauf lassen und auch schon morgens auf der Arbeit damit anzufangen. Wie es ja viele tatsächlich tun. Wie es übrigens auch ein Humphrey Bogart tun würde, wenn er diese Rolle zu spielen hätte.

Aber das ist nicht das Leben, darf es nicht sein. Das ist nur das, was sich Spieler seines Schlages vorstellen. Denn du bist es ja, der z.B. vor Bildung warnt, weil sie arrogante und undankbare Geschöpfe wie die Grünen hervorbringe. Auf deine eigene Bil-

dung möchtest du wohl nicht verzichten. Du merkst gar nicht, wie sympathisch du die Grünen mit deinem Gabsbäre machst!

Du bist nicht die einzige Gewerkschaftspfeife, die auf Arbeiterunmitleid macht und in Wahrheit Menschen für Affen halt, nur weil sie nicht wie du am Schreibtisch sitzen, sondern in der Produktion stehen. Als kürzlich in München ein Prozeß stattfand, in dem es darum ging, daß zwei Arbeiter einen türkischen Kollegen am Werkort aufgehängt hatten, da sagten CSU, reaktionäre Presse und andere gestandene Schweine, das habe mit Ausländerfeindlichkeit nichts zu tun gehabt.

Das sei halt derber Spaß gewesen. Sowas kommt bei Leuten vor, die „Handarbeit“ ausüben. Da weisen also dieselben, die die Ausländerfeindlichkeit bei jeder Gelegenheit aufheizen, die Verantwortung von sich und schieben sie auf die Arbeiter, die es nicht besser verstehen. Rausismus und nicht Internationalismus wäre müßig das Resultat proletarischer Klassentage. Ihr Gewerkschaftspfeifen habt ein bißchen protestiert, aber d i e s e r Behauptung habt ihr nicht widersprochen, und niemand hat sie als Beleidigung zurückgewiesen. Weil ihr im Grunde gar keine so verschiedene Auffassung von „Handarbeit“ habt.

Wenn man euch „Arbeitnehmer-Vertreter“ so erlebt, möchte man ausnahmsweise wirklich mal Handarbeit nach euerem Verständnis wahlen lassen. Und zwar an der richtigen Adresse. Man möchte euch stundenlang in die Fresse schlagen. Natürlich nur mit weißen Handschuhen, um sich die Hände, die sogenannten schwierigen, nicht schmutzig zu machen. Wie Humphrey Bogart. Nix für ungut. War nur ein kleiner derber Spaß von uns.

## Proletarische Grüße!

Brotherhood of men! (aber das versteht du erst, wenn du mehr von Bogart weißt).

Komitee zur Befreiung der Arbeiter von der „Welt der Arbeit“

## Ankündigung Staatschulung (2. Teil) in Nürnberg am 18./17. März

Im zweiten Teil der Staatsschulung wollen wir einige der im ersten Teil aufgeworfenen Fragen anhand eines konkreten historischen Abschnitts deutscher Staatgeschichte diskutieren, nämlich anhand des deutschen Faschismus.

Neben der Vermittlung von Wissen über diesen — auch die heutige Gesellschaft prägenden — Abschnitt deutscher Staatgeschichte sollen folgende Fragen im Mittelpunkt der Diskussion stehen: aus welchen Gründen wurde 1933 die politische Macht an die Nationalsozialisten übergeben. Befand sich die Bourgeoisie damals in einer für sie ausweglosen Situation oder: war die Machtübergabe hauptsächlich erfolgt, um die innen- und außenpolitischen Ergebnisse des Ersten Weltkrieges fundamental zu revidieren. Wie lief in der Zeit von 1930-33 der Diskussions- und fundamental zu revidieren. Wie lief in der Zeit von 1930-33 der Diskussions- und Entscheidungsprozeß innerhalb der Bourgeoisie ab, wie erfüllte der Staat in dieser Zeit seine Funktion als ideeller Gesamtkapitalist?

— Welche Art von Politik haben SPD und KPD eingeschlagen. Trug diese möglicherweise zum Sieg des Faschismus bei?

— War der Faschismus an der Macht reiner Bützel des Kapitals oder gab es unterschiedliche Fraktionen innerhalb des „herrschenden Blocks“, die unterschiedliche und divergierende Interessen verfolgten?

Oder mußte sich die Bourgeoisie dem Nationalsozialismus politisch unterwerfen, auch wenn sie ökonomisch die Macht behielten?

Als Grundlage der Schulung werden wir Reinhard Köhler: Formen bürgerlicher Herrschaft — Liberalismus, Faschismus, fortoro, 5.80 heranziehen.

Zusätzlich werden wir ein Schulungsinfo und ergänzende Texte verwenden.

Anmeldung bitte frühzeitig an: KB-Nürnberg, M. Pickardt, Postfach 910 552, 85 Nürnberg.

## Nochmals verschoben

Engegen der Ankündigung im letzten AK wird die Serie „Zwischen den Weltkriegen“ erst im AK 255 fortgesetzt. In voraussichtlich drei Folgen (AK 255-257) soll der Verlauf des 2. Weltkriegs, die Entwicklung des Kräfteverhältnisses sowie die Problematik der Anti-Hitler-Koalition skizziert werden. Voraussichtlich im AK 258 (Mai) soll der Übergang zum „Kalten Krieg“ nach 1945 dargestellt werden.

## Polit-Kasperlei der grünen Partei

Von WdA-Chefredakteur Dieter Schmidt

Aus: „Welt der Arbeit“ 13.12.84

Hände mit Schwielen wird es am Wochenende nicht gegeben haben, die Delegiertenkarten der Grünen hochhielten. Zwischen der realen Welt der Industriearbeiterschaft und der sozial sorglosen Welt vieler Grüner liegen Unversen. Was wissen sie, die sich da so medienbunt tummeln, von den Existenzsorgen eines Werft- oder Stahlhärtners oder Bergmanns, wenn es um deren Arbeitsplatz geht?

Wetten, daß die meisten mehr über die Filme von Humphrey Bogart wissen als über den Kampf um die Arbeitszeitverkürzung und sicherlich genau die Sequenzen aus dem Film Casablanca kennen, aber wenig über die Durchsetzung von Tarifverträgen?

So ist es denn auch oberwiegend, wenn sie behaupten, sie verweigerten sich der Macht und der Politik. Dann, sofern sie logisch denken könnten, müßten sie der

Parlamentsarbeit fernbleiben und dürften nicht kandidieren. Wenn die Grünen in Hessen bei der Verabschiedung des Haushalts mit der von ihnen so beschimpften Union und der, so ihre Worte, Fack-FDP stimmen, haben sie sich der Politik nicht verweigert, sie machen ganz konkret Mägel mit Köpfen. Weil sie im Parlament sitzen, entscheiden sie mit. Wenn sie Börner nicht „tolerieren“, dann „tolerieren“ sie die Gegenseite.

Polit-Kasperlei ist es, sich aus den gutgefüllten Staatskassen schmelzend zu leben und zu behaupten, man mache da nicht mit. Bisherlich haben sich die sozialdemokratischen Großväter der Bildungspolitik ihre Einzel andere verdient. Frei von Schwielen, frei von sozialen Sorgen, das Betriebsklima können sie nur aus DGB-Filmen, so sind sie nun ge-

worden, die durch Bildung freier sein sollten. Sorglos und arrogant wurden sie. Die Sozialdemokraten müssen mit dem Leben, was sie auch hinterlassen haben: Polit-Fraske, die aufblüht von ihrer Politik.

Das ist die Sache der Gewerkschaften nicht. Die Gewerkschaften haben derzeit keinen Grund, sich auf zu einen Meter auf diese Grünen zuzubewegen. Während der schweren, an die Existenz gehenden Arbeitskämpfe im Frühjahr 1984 haben wir kaum grüne Aktivisten an den Werktoeren gesehen. Zur Zeit der Morgenlichter liegen die auch meist noch in den Betten, weil die Diskussion am Abend zuvor so lange dauerte. Blühen sie denn ab. Die Wirtschaft wird sie einholen. Oder auch überholen. Schauen wir zu, wie sie sich mit sich selbst beschäftigen.

wird nur bei denjenigen, die selten was an Beißern kriegen, während die, die im

entgegenbringen als dem Beinahe-

wird nur bei denjenigen, die selten was an Beißern kriegen, während die, die im

wird nur bei denjenigen, die selten was an Beißern kriegen, während die, die im

Leidiges Thema, was? Schlecht geeignet für Betrachtungen in der „Welt der Arbeit“? Bleiben wir noch ein Weilchen dabei. Haben wir also momentan so eine feine, so eine noble öffentliche Erörterung über „gläserne Taschen“ unserer Damen und Herren Abgeordneten. Transparenz und Glaubwürdigkeit, Selbstreinigung und Anstand. Warum eigentlich nicht auch gläserne Taschen für die Kollegen Gewerkschaftsfunktionäre? Damit endlich Schluß ist mit niederträchtigen Diffamierungen und wilden Spekulationen über das dolce vita der DGB-Boxen. Von wegen Ferienhaus (nur Wohnung!) und Mercedes Benz (nur Diesel!). Damit jede Kollegin und jeder Kollege sieht, wie in Düsseldorf die Groschen umgedreht werden. Schließlich lebt man hier nicht in Polen. Hier nicht, niemals ... Und doch tüt uns interessieren, ob man nur zwei oder doch drei Spitzenglieder im DGB-Apparat braucht, um sämtliche grünen Parlamentarier im Hessen-Landtag ein-

entgegenbringen als dem Beinahe-Arbeitszeit-„Verkürzung“. Du findest, das sei eine typisch grüne Einstellung. Du irrst du aber gründlich. Anscheinend hast du locker überschauen, welche Einschaltquoten bei Casablanca erreicht werden. Vielleicht solltest du dich doch mal vom Schreibtisch erheben, um dich unter jungen und weniger jungen Prolos davon zu überzeugen, wie genau sie die Sequenzen von Casablanca kennen, und wie wenig sie andererseits über Tarifverträge wissen. Diese ganz entsetzliche Ignoranz ist unter Grünen ebenso verbreitet wie anderswo. Und warum auch nicht?

Casablanca ist im Unterschied zum überwiegenden Medienangebot ein antifaschistischer Film, noch dazu gekonnt gemacht. Und Humphrey Bogart hat in anderen Filmen auch mal den streikenden Kollegen gespielt, wobei er sich allerdings mit mafiotischen Gewerkschaftsführern rumschlägt (weshalb dir solche Rollen anscheinend auch entgangen sind). Sollte man nicht froh darüber sein, daß die Leute für sowas schwärmen anstatt für John Wayne/Ronald Reagan? Aber nein: Für den Arbeiter mit der schwierigen Hand (nicht mal: Faust) ist das nix. Der kommt am Ende auf dumme Gedanken. Erhofft sich vom Leben Dinge, die er nie kriegen wird (jedenfalls nicht vom DGB). Geht der bürgerlichen Ideologie auf den Leim, was? So denkst du doch, Pfeife, in deinem Spatzennirn. Schuster, bleib bei deinen Leisten. Gewerkschafter, bleib bei deinen Tarifverträgen.

Es fragt sich doch, warum euer Existenzkampf (vermutlich steht du jedesmal auf, bevor du das Wort in den Mund nimmst) so ein langweiliger Schinken war, der es mit Casablanca eben nicht aufnehmen kann. Zufälli-





# Für den ARBEITERKAMPF ist es



(Foto All Haubitz)

## nie zu spät, Herr Novotny!

### Das bisherige Ergebnis der Weihnachtsspendensammlung

Der erstmals in AK 252 erschienene diesjährige Spendenaufruf für den AK hat bisher ein Spendenaufkommen von 27.465 Mark gebracht. Wir danken allen bisherigen Spendern und sind zuversichtlich, daß wir das genannte Ziel von 30.000 Mark noch erreichen werden. Wer sich daran noch beteiligen will, der/die sende bitte auf das Konto:

Heinrich Eckhoff  
Dresdner Bank Hamburg  
BLZ 200 800 00  
Konto-Nr. 4 806 104 00

Im folgenden die Spender im einzelnen:

U.W., Hamburg	95.-
Th.	150.-
A., Westberlin	300.-
R., Münster	50.-
K. Th., Hamburg	300.-
Gruppe Harburg	1300.-
F., Hannover	50.-
F.P., Hamburg	50.-
Th., Essen	300.-
Ph. R., Hamburg	40.-
U., Bochum	100.-
H. R., Bremen	500.-
K., Heidelberg	1000.-
G., Hockberg	300.-
J., Freiburg	250.-
M. Sch., Westberlin	50.-
E. W., Göttingen	500.-
O., Kiel	40.-
A. G., Hamburg	140.-
R., Essen	100.-
M. Sch., Westberlin	50.-
E. W., Göttingen	500.-
O., Kiel	40.-
A. G., Hamburg	140.-
R., Essen	100.-
O., Hamburg	200.-
H. M., Hamburg	200.-
H.H.	200.-
H.H.	500.-
KB/Gruppe Frankfurt	550.-
H.C., Hamburg	1500.-
W.N., Westberlin	200.-
J., Stuttgart	100.-
J., Herne	30.-
R., Kiel	200.-
A., München	25.-
R., Mönchengladbach	1000.-
G., Trier	50.-
F., Bremen	250.-
P., Frankfurt	150.-
R., Hamburg	1000.-
W.G.	100.-
G., Hannover	50.-
A., Lübeck	100.-
HSG, Göttingen	700.-
N.N.	250.-
2 Gen., Flensburg	200.-
Hans-Peter	10.-
M.M., Hamburg	100.-
D., Tuttingen	300.-
N.N.	50.-
Wahlzettel Hamburg	150.-
D., Hamburg	50.-
Antirep., Hamburg	20.-
Ma., Antimil Hamburg	100.-
U., Antimil Hamburg	100.-
Hj., Antimil Hamburg	1000.-
Th., Kirchenkommission	400.-
Ch., Hamburg	200.-
H. u. C., Hamburg	5000.-
Hr., Hamburg	100.-
Wo., Hamburg	200.-
K., Hamburg	100.-
H., St. Pauli	300.-
N.N.	100.-
Tl., Hamburg	200.-
Gl., Hamburg	150.-
N.N.	100.-
O.P., Bremen	50.-
El.	265.-
H.z., Hamburg	1000.-
P., Hamburg	100.-
No. + Nis., Arbeitseinsatz	200.-
J., Göttingen	500.-
Gruppe Westberlin	1000.-
Gruppe Baden-Württemberg	1400.-
Gruppe Braunschweig	1050.-

# Arbeiterkampf

Absender: .....

An die  
Hamburger Satz-  
und Verlagskooperative  
Lindenallee 4  
Postfach 7685  
2000 Hamburg 19

bitte mit der Schreibmaschine ausfüllen

Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

- ☐ Halbjahresabo DM 33,- ☐ Förderabo DM 50,-  
☐ Jahresabo DM 60,- ☐ Förderabo DM 100,-

- ☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der  
Hamburger Satz- und Verlagskooperative  
Postcheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203  
☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

Ort, Datum Unterschrift

#### Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir/uns zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unsere\* Girokontos.

\*Nichtzuwendendes bitte streichen

Kto. Nr.  
Kto.-Inhaber  
Bla. 1288  
mittels Lastschrift einzuziehen

BLZ

den

(Unterschrift)

## Inhalt

### aktuell

BYG-Urteil zur Raketenstationierung	S. 2
Die Ermächtigung	S. 4
Chronologie der Hungerstreiks seit 1973	S. 4
Anschläge, »Angriffe«, Sabotage - Versuch einer aktuellen Zählung	S. 4
Interview mit den Verteidigern von Christian Klar und Helmut Pohl	S. 6
Pohl beleidigt: Hungerstreik stört Amnestiekampagne	S. 6
Chile: Mit der Todesstrafe gegen Revolutionäre	S. 8
Italien: 15 Tote bei faschistischem Anschlag	S. 8
DGB verhindert Solidaritätsveranstaltung mit britischen Bergarbeitern	S. 14
<b>Kampf dem Faschismus</b>	
TENO abgebrannt	S. 28
Die Wehrsportgruppe Jörgens	S. 28
Kühnen vor Gericht	S. 28
Todesfabrik Auschwitz	S. 29
Eckmann-Gehilfe Alois Brunner in Damaskus vermutet	S. 32
<b>Grüne und Alternative</b>	
NRW: Tolerierung unwahrscheinlich	S. 19
Erklärung des Bundesvorstandes der GRÜNEN zu den Aktivitäten von Neonazis im Westberliner Landesverband	S. 20
Joschkas Kraft und Herrlichkeit	S. 21
AL: Neue Akzente in der Berlin und Deutschlandpolitik	S. 21
Grüne Kulturpolitik	S. 22
Sechs GRÜNE unterwegs in Nahost	S. 24
12.12.84 - 8.1.85	
Grüner Alltag in Bonn	S. 25
<b>Militarismus</b>	
Der Verteidigungsauftrag der Bundeswehr »Überall und von Beginn an angreifen«	S. 33
<b>Europa</b>	
Gepoker um den EG-Beitritt Spaniens und Portugals	S. 16
Drin bleiben in der NATO! Zum Kongreß der spanischen Sozialisten	S. 17
Verhandelt die ETA mit der Regierung?	S. 18
<b>Afrika</b>	
Südafrikas »Homelandpolitik« Ausbürgerung der schwarzen Mehrheit	S. 37
<b>Asien</b>	
Sri Lanka und die Tamilen: Pogrom gegen eine nationale Minderheit	S. 36
<b>Lateinamerika</b>	
Chile: Massenprotest und Belagerungszustand	S. 39
Cuba-Krise 1961 - 1963, Teil II	S. 38
<b>Kultur</b>	
Umberto Eco: »Apokalyptiker und Integrierte«	S. 43
Chile: Massenprotest und Belagerungszustand	S. 39
Cuba-Krise 1961 - 1963, Teil II	S. 38
<b>Kultur</b>	
Umberto Eco: »Apokalyptiker und Integrierte«	S. 43
<b>Westdeutsche Linke</b>	
DKP: Zügellose Angriffe gegen die Partei Lenins	S. 40
Im Kampf gegen Bahro weit über's Ziel hinausgeschossen	S. 41
<b>Neue Rechten</b>	
Kleine Enzyklopädie der Neuen Rechten	S. 40
<b>Neue Deutsche Welle</b>	
Es deutsch so link, wenn deutsche Linke deutschen	S. 10
Eine Neudeutsche Denkschrift Das Europa der Vaterländer	S. 11
<b>Klassenjustiz</b>	
Verbot der »Mehrfachverteidigung« Fünf Wochen ohne Verteidiger	S. 7
<b>Ohne Rubrik</b>	
AIDS	S. 26
Buchbesprechung: Diktatur der Freundlichkeit	S. 44
Ambrosianische Früchte: Der mysteriöse Tod des 33-Tage-Papstes	S. 45
Hilf! Der DGB zürnt!	S. 47



„Ihr habt mich überzeugt, euer Weg ist der richtige. Ich gehe mit euch!“